Die

wichtigsten Weltbegebenheiten

I.

Die
Wichtigsten Weltbegebenheiten.

I.

Die wichtigsten
Weltbegebenheiten

vom

Ende des lombardischen Kriegs bis zum Anfang des deutschen Kriegs

(1860—1866).

Dargestellt

von

Wolfgang Menzel.

In zwei Bänden.

Erster Band.

Stuttgart.
Verlag von Adolph Krabbe.
1869.

Schnellpressendruck von Aug. Wörner, vorm. J. G. Sprandel, in Stuttgart.

Vorwort.

Die „Geschichte der letzten vierzig Jahre" (1815—1856) wurde von mir in einem Supplementbande (1856—1860) fortgesetzt. Die große Wichtigkeit des Krieges von 1866 veranlaßte mich, eine besondere Geschichte dieses Krieges zu schreiben, welche 1867 in zwei Bänden im gleichen Verlag wie die übrigen Werke erschienen ist. Mit dem vorliegenden fülle ich nun die Lücke aus, welche zwischen dem Supplementband von 1860 und der Kriegsgeschichte von 1866 offen geblieben ist, so daß den Lesern meiner Geschichtswerke nunmehr die ganze neuere Geschichte in zusammenhängender Folge vorliegt.

Der Inhalt der zwei Bände, womit ich die gedachte Lücke ausfülle, bietet sehr viel Interessantes dar. Zunächst die Entwicklung der Dinge in Deutschland bis unmittelbar vor dem großen Entscheidungskampf in Böhmen, das unter Widerwärtigkeiten und Hemmnissen aller Art dennoch unaufhaltsame Vorschreiten der deutschen Politik Preußens und das merkwürdige Hin- und Herschwanken Oesterreichs in seiner innern wie äußern Politik. Während des kurzen Zusammengehens beider deutschen Großmächte flößte die Befreiung der deutschen Elbherzogthümer das lebhafteste Interesse ein. Gleichzeitig nimmt uns die Entwicklung der Dinge in Italien in Anspruch.

Auch hier beobachtet man ein Vorschreiten der Nationalpolitik, wenn auch unter ganz andern Umständen und geleitet von andern Charakteren als in Deutschland. Garibaldis rasche Ueberwältigung Neapels fällt in diese Epoche. Wiederum von großer Bedeutung ist die Entwicklung der Dinge in Rußland, im Innern die Abschaffung der Leibeigenschaft, nach außen die großen Eroberungen im Kaukasus, in der Turkomanensteppe und im Norden von China. In diese Zeit fällt auch das neue Trauerspiel der polnischen Revolution.

Während in der Mitte und im Osten Europas große Bewegung herrschte und Saaten der Zukunft gesäet wurden, waren auffallenderweise die sonst so sehr beweglichen Westmächte in einen verhältnißmäßigen Ruhestand versetzt. England bewahrte mit Vorsicht seinen großen Besitz und Reichthum. Frankreich tastete wohl nach vielen Seiten hin aus, mit großer Klugheit, großer Voraussicht, aber ohne Erfolg, ohne Glück. Es hätte gern Polen geholfen und konnte nicht. Es setzte seine Kreatur Couza in Rumänien ein, dieser aber wurde vertrieben. Es verlor viel von seinem Einfluß in Egypten. Es entwarf vergebliche Pläne in Bezug auf die pyrenäische Halbinsel, die es gern, gleich Italien, von sich abhängig gemacht hätte. Es fand in Italien selbst für seine Hülfeleistung nur eine zweideutige Dankbarkeit. Es hätte gern von den Verwicklungen in Deutschland Nutzen gezogen, aber ohne Alliirten durfte es das Schwert nicht ziehen. Es streckte seine Hand nach Mexiko aus, um sie mit Blut befleckt und ruhmlos wieder zurückziehen zu müssen.

In dieselben Jahre, deren Geschichte sich in diesen Bänden entfalten soll, fällt der große Bürgerkrieg in Nordamerika, wunderbar reich an Kraftanstrengungen und verhängnißvoll für die Zukunft der Union. Weniger großartig und doch gleichfalls von welthistorischer Bedeutung sind die Vorgänge in Südamerika, besonders der Kampf zwischen Monarchie und Republik am Rio de la Plata; das Zerwürfniß der Engländer mit dem König Theodor in Abyssinien, die Einnistung der Franzosen in Siam, die fortgesetzten Wirren in China

und die unter Parteikämpfen dennoch siegreich fortschreitende Politik, welche Japan dem europäischen Handel und der europäischen Civilisation öffnet.

Ich glaubte zugleich in diesem Werke, worin die Thatsachen geschildert werden, welche den großen Krieg von 1866 vorbereiteten, die Bedeutung betonen zu müssen, welche dieser Conflict zwischen Oesterreich und Preußen für Deutschland und seine europäische Stellung gehabt hat. Es handelt sich um einen großen Principienkampf, nämlich um den Kampf des Nationalitätenprincips mit dem Princip der absoluten Staatsgewalt, die nichts nach der Nationalität fragt. Napoleon III. hat sich unstreitig ein Verdienst um Aufklärung des politischen Urtheils erworben, indem er das Nationalitätenprincip zur Geltung brachte und jede politische Berechtigung ausschließlich aus dem Nationalwillen herleitete, d. h. aus dem Nationalinteresse. Jede Nation hat ein ewiges, unveräußerliches Recht, das Recht der freien und unabhängigen Existenz als der Grundbedingung ihrer Fortdauer und Wohlfahrt. Das ist ihr naturwüchsiges Recht, das sich unter allen Umständen von selber versteht. Dagegen ist das Recht der absoluten Staatsgewalt oder der Legitimität nur ein künstliches, parasitisches, veränderliches und vergängliches Recht, wenn es das Urrecht der Nationen nicht achtet, kränkt, verletzt oder ganz unterdrückt. Fallen beide Rechte zusammen, wie in Frankreich, wo die Staatsgewalt nur über eine einzige, aber ganze und ungetheilte Nation herrscht, dann erfreut sich Nation und Staat eines unschätzbaren Vorzugs. Dieser ist es, der Frankreich groß gemacht und ihm seine überlegene Stellung in Europa erworben hat.

Natürlich wäre, daß jedes Volk eben so, wie das französische, innerhalb seiner Sprachgrenzen einig und nach außen frei und unabhängig seyn sollte. Unnatürlich dagegen ist es, wenn eine große Nation innerhalb ihrer Sprachgrenzen in verschiedene, noch dazu einander mißgünstige und feindliche Staaten getrennt, dadurch geschwächt ist und wichtige nationale Bestandtheile, ganze Provinzen

ans Ausland verliert. Eben so unnatürlich ist der Staat, der mehrere, durchaus der Sprache und Volksart nach verschiedene und einander sogar in vieler Beziehung entgegengesetzte Nationen zu einem nur künstlichen Ganzen mit Gewalt zusammenschmieden und in diesen Fesseln ewig halten will. Im ersten Fall der Unnatur nun befindet sich Deutschland, welches seit Jahrhunderten in viele Staaten getheilt und eben dadurch so geschwächt war, daß es nicht nur wichtige deutschredende Provinzen dauernd in fremde Gewalt mußte fallen lassen, sondern auch in der lockeren Conföderation, in welche das ehemalige deutsche Reich zusammenschrumpfte, auf die schmählichste Weise ausländischer Bevormundung, politischer Beeinflussung und fremder Mode unterlag, und jetzt erst angefangen hat unter Führung des allein dazu befähigten Preußen der Nationaleinheit, der endlichen Wiederzusammenfassung aller seiner herrlichen Kräfte zuzustreben. Im zweiten Falle befindet sich Oesterreich, welches seit Karl V. das große deutsche Nationalinteresse hat fahren lassen, indem es dasselbe seinen angeheiratheten und angeerbten Kronländern und ihren nicht deutschen Nationalitäten aufgeopfert hat, so zwar, daß es dem germanischen Element in Italien und Spanien gar keinen, in Ungarn und Böhmen nur einen sehr schwachen Einfluß gestattete, seine deutschen Kronländer aber unnatürlich und gewaltsam gegen das übrige Deutschland absperrte und dagegen dem italienischen und spanischen Einfluß öffnete. Auch gegen diese Unnatur, die nur eiserne Gewalt künstlich aufrecht erhielt, hat die Natur der Nationen erst in neuerer Zeit energisch reagirt. Das ist der allein natürliche und welthistorisch richtige Gesichtspunkt, unter welchem der große Conflict, von welchem Deutschland gegenwärtig bewegt wird, aufgefaßt werden muß.

Inhalt des ersten Bandes.

Erstes Buch.

Die letzten Zeiten des deutschen Bundes.

Der deutsche Bund ist bekanntlich nach den großen Befreiungskriegen im Jahr 1815 gestiftet worden, als Surrogat für das vormalige deutsche Reich, welches sich damals trotz der großen Siege der Deutschen nicht mehr wiederherstellen ließ. Der Kaiser von Oesterreich konnte nicht mehr deutscher Kaiser werden und über die andern deutschen Fürsten eine Oberhoheit üben, denn diese Fürsten waren schon zu mächtig und selbständig geworden, insbesondere der König von Preußen, dessen Heere zum Siege über Frankreich das meiste beigetragen hatten. Es konnte also nur ein Bund selbständiger Staaten geschlossen werden. Es ist unnütz, darüber zu klagen, daß die deutsche Nation mit so viel vergossenem Blute und so großer Kriegsehre keinen festern Verband für die Zukunft gewann. Die Nation hatte keine Stimme, die miteinander rivalisirenden Fürsten allein hatten zu entscheiden und gestatteten sogar den auswärtigen Mächten, in der deutschen Verfassungsfrage mit zu entscheiden, weil sich jeder des Beistandes der einen oder andern aus=

wärtigen Macht versicherte, um seinen Ansprüchen gegenüber den andern deutschen Mitfürsten mehr Nachdruck geben zu können. Da wurde nun das große deutsche Nationalinteresse nicht nur außer Acht gelassen, sondern die patriotische Partei, die gern ein einiges deutsches Reich hergestellt hätte, unterdrückt und Preußen, wo sie während der Befreiungskriege am erfolgreichsten die Begeisterung der Heere und des Volkes genährt hatte, außer Stand gesetzt, sie ferner in Schutz zu nehmen.

Die deutschen Fürsten nämlich fürchteten, ihre Sonderstaaten in das einige deutsche Reich aufgelöst zu sehen und die Stücke, die sie einst von der heiligen Krone des deutschen Reichs abgerissen hatten, wieder herausgeben zu müssen. Die auswärtigen Mächte aber zitterten vor der Möglichkeit, daß die große deutsche Nation in der Mitte Europas sich einmal in voller Kraft und Einigkeit erheben könnte. Demnach wurde der neu errichtete deutsche Bund auf das kunstreichste zu dem Zwecke zusammengesetzt: 1) Daß der Bund überhaupt gar nicht mehr die Grenzen des alten Reichs umfassen, sondern um ganze Provinzen (namentlich die Niederlande) kleiner werden mußte. 2) Daß innerhalb des Bundes jeder Staat vollkommen souverän und vom andern unabhängig blieb, sich auch jeder vom andern durch Mauthen und Zölle absperren mußte, damit es keine Deutschen mehr gebe, sondern nur Oesterreicher, Preußen, Bayern &c.*) 3) Daß die deutsche Nation keine Nationalvertretung haben, daß es neben dem Bundestag kein deutsches Parlament geben solle. 4) Daß Preußen, von dem die patriotische Begeisterung der Deutschen ausgegangen war, gelähmt und

---

*) Marschall Davoust hat einmal auf deutschem Boden die Frechheit gehabt zu sagen: Es gibt keine Deutsche, sondern nur Oesterreicher, Preußen, Bayern &c. Dieser Ausspruch ging in der Franzosenzeit von Mund zu Munde und veranlaßte Ernst Moritz Arndt zu seinem berühmten Liede: Was ist des Deutschen Vaterland?

geschwächt werden solle, um die nationalen Einheitsbestrebungen in Deutschland nicht mehr fördern zu können.

Das war für den Congreß von Wien die Hauptaufgabe. Man nahm zwar die Miene an, als ob die neuen Territorialveränderungen an den Grenzen und im Innern des deutschen Bundes den Zweck hätten, Frankreich zu bedrohen. In Wahrheit aber sollten sie nur Preußen bedrohen. Hätte man Frankreich bedrohen wollen, so hätte man, wie das auch beim zweiten Pariser Friedensschluß von Preußen und vom Kronprinzen von Württemberg verlangt wurde, Metz und Straßburg zu deutschen Bundesfestungen machen, Lothringen und Elsaß in den deutschen Bund aufnehmen und am Oberrhein einen größeren Staat gründen müssen. Allein Lothringen und Elsaß durften bei Frankreich bleiben und Straßburg gegenüber blieben nur kleine deutsche Staaten bestehen und jedem Angriff von dort aus blosgestellt. Die Vertheidigung Deutschlands gegen Frankreich am Niederrhein wurde mit einer gewissen Ostentation Preußen anvertraut, als wolle man sich damit für die großen Leistungen Preußens im Kriege dankbar erweisen und als setze man das größte Vertrauen in die preußische Macht. In der Wirklichkeit aber war das ganze Arrangement, welches der Wiener Congreß an den Niederungen des Rheines traf, nur eine Schwächung und argwöhnische Ueberwachung Preußens. Anstatt nämlich Preußen hier freie Hand zu lassen, um die deutschen Interessen im Norden zu schützen, wie Oesterreich im Süden, engte und klammerte man Preußen in feindliche Nachbarstaaten ein. Man schnitt es von der Nordsee ab. Man gab ihm nicht einmal Ostfriesland zurück, das ihm schon gehört hatte. Man vereinigte Holland und Belgien, dazu noch unsere alten Reichslande Lüttich, Limburg und Luxemburg zu einem neuen Königreich der Niederlande. Man ließ Dänemark, obgleich es immer im Bunde mit Frankreich Deutschland angefeindet hatte, nicht nur Schleswig und Holstein, sondern gab ihm auch noch Lauen=

burg dazu. Man schuf drittens ein neues Königreich Hannover und vergrößerte es auf Kosten Preußens, namentlich mit Ostfriesland. Durch dieses Königreich Hannover wurde die kleinere westliche Hälfte des Königreichs Preußen von der größern östlichen getrennt. Die drei genannten Königreiche wurden in dieser Weise ohne alles Verdienst ihrer Besitzer nur zu dem Zweck vergrößert, um Preußen einzuengen und dessen Einfluß im nordwestlichen Deutschland zu neutralisiren. Das Perfideste in diesem Arrangement des Wiener Congresses war die Bestimmung, daß nicht das gesammte Niederland, obgleich es bis zur französischen Revolutionszeit zum deutschen Reich gehört hatte, in den deutschen Bund gezogen wurde, um Verpflichtungen für denselben zu übernehmen, sondern daß nur die kleinen Provinzen Limburg und Luxemburg sich dem deutschen Bund anschließen mußten, wie man auch Holstein und Lauenburg beim deutschen Bunde ließ, einzig zu dem Zweck, daß Niederland und Dänemark Sitz und Stimme am Bundestag erhielten, Oesterreich daher immer auf zwei Stimmen mehr gegen Preußen rechnen konnte.

Indem nun Preußen mit seinem kleinern Bestandtheil auf dem linken Rheinufer von dem weit mächtigern Frankreich in unmittelbarer Nähe bedroht und von seinen nächsten deutschen Nachbarn, den Niederlanden, Hannover und Dänemark, stets feindselig und gehässig überwacht blieb, war es in seiner schmalen, von der russischen bis zur französischen Grenze sich erstreckenden Längenausdehnung viel leichter angreifbar, als Oesterreich, welches nicht nur überhaupt von viel größerm Umfang, sondern auch trefflich zu einem Ganzen abgerundet war. Endlich hatte man auch nicht ohne Absicht die katholischen Rheinlande und Westphalen Preußen angehängt und ihm dagegen die protestantischen Provinzen, Ostfriesland und die fränkischen Markgrafschaften, nicht mehr zurückgegeben. Durch den Gegensatz der Confessionen glaubte man es innerlich schwächen zu können, wie man es durch das geo-

graphische Arrangement äußerlich geschwächt hatte. Weil nun der damalige König von Preußen, Friedrich Wilhelm III., selber die Aechtung der deutschen Nationalpartei gut hieß und sich der österreichischen und russischen Politik fügsam zeigte, so war auf lange Jahre hinaus dafür gesorgt, daß in der deutschen Nation Einheitsbestrebungen nicht mehr aufkommen konnten.

Inzwischen war die neue Verfassung, die man den Deutschen gegeben hatte, ein Unrecht an der Nation und eine Unnatur, weshalb sie nach dem großen Naturgesetz der Weltgeschichte zuletzt ihren Urhebern selbst gefährlich werden mußte. Sie befriedigte nicht, sie weckte einen langsamen und doch unwiderstehlichen Widerstand.

Um die Einheitsbestrebungen der deutschen Nation gründlich und für immer vergessen zu machen, wählten die Lenker der drei Hauptbestandtheile des deutschen Bundes verschiedene Mittel, wie sie einem jedem am nützlichsten schienen und sich auch wirklich eine Zeitlang als nützlich bewährt haben. Die drei Bestandtheile waren die großen absoluten Monarchien Oesterreich und Preußen und das Conglomerat der vormaligen Rheinbundstaaten, die man jetzt deutsche Mittelstaaten nannte. Das Mittel nun, dessen sich Oesterreich bediente, um keine deutschen Einheitsbestrebungen mehr aufkommen zu lassen, war die Absperrung des Kaiserstaats vom übrigen Deutschland durch Mauthen, Paß-Quälereien und Censur, das Niederhalten deutschen Geistes und deutscher Bildung in Deutsch-Oesterreich und die Begünstigung der nichtdeutschen Magyaren, Czechen und Italiener. Das Mittel, dessen sich Preußen bediente, war die künstliche Treibhaushitze der Universitäts- und Schulbildung, insonderheit einer die jugendlichen Geister berauschenden Philosophie, die Pflege des wissenschaftlichen Hochmuths, den man auf die christlich-deutsche Begeisterung der Freiheitskriege nur noch verächtlich herabsehen ließ. Das Mittel endlich, welches man in den vormaligen Rheinbundstaaten anwandte, war die Nachahmung des

modernen französischen Verfassungswesens. Die Annahme der französischen Charte, die Einmischung constitutioneller Illusionen, die Pflege parlamentarischer Eitelkeit schien am besten geeignet, die nationalen Gefühle zu unterdrücken und die Sympathien, die Frankreich während der Kriege in Deutschland verloren hatte, wieder dorthin zu lenken. Nicht wenige der kleinern Regierungen hatten sich in der Rheinbundzeit durch ihre Tyrannei verhaßt gemacht; wenn sie nun den Schein des Liberalismus annahmen, ließ sich das gutmüthige Volk wieder mit ihnen versöhnen. Zudem blieb Frankreich immer noch ihr Rückhalt gegenüber von Oesterreich und Preußen, wenn ihnen diese etwa Zwang hätten anthun wollen.

So die Mittel, die wirklich eine zeitlang gute Dienste leisteten. Allein jedes von ihnen trug einen bösen Keim in sich. Indem Oesterreich die nichtdeutschen Nationalitäten in seinen Kronländern begünstigte, wandten sie sich nach und nach gegen die Regierung und wuchsen ihr über den Kopf. Indem Preußen nur die kosmopolitische Wissenschaft und destructive Philosophie begünstigte, schuf es sich in den gebildeten Classen eine gefährliche Opposition, denn undankbar wandten sich die, welche die Regierung begünstigt hatte, von ihr ab. Der Liberalismus in den Mittelstaaten endlich, anfangs von den Regierungen octroyirt, kehrte sich ebenfalls gegen sie und wuchs in derselben Weise zu einer Macht an, in welcher er im Musterlande Frankreich selbst die Oberhand gewann.

Bis zur Julirevolution vegetirte der deutsche Bund unter russischer und österreichischer Vormundschaft. Es war die Zeit der europäischen Congresse, der systematischen Unterdrückung aller nationalen, wie auch liberalen Bestrebungen. In Frankreich aber conzentrirte sich die Kraft des Widerstandes gegen den fünffachen eisernen Reif, in welchen die Pentarchie der Großmächte die europäischen Völker geschmiedet hatte, und explodirte zum erstenmal in der Julirevolution. Die große deutsche

Nation empfing vom Nachbar her den Stoß wie einer, der aus dem Schlaf aufgerüttelt wird, und fiel auch wieder in den Schlaf zurück, bis sie von eben demselben Frankreich her achtzehn Jahre später durch die Februarrevolution 1848 einen noch viel derbern Stoß empfing. Die Initiative war immer bei Frankreich, wir in Deutschland ließen uns nur von dorther stoßen, wie auf trägen Stoff lebendige Kraft einwirkt. Dem wahren deutschen Patrioten, der sich an die Energie des deutschen Volks vom Jahr 1813 erinnerte, war dieses Sichstoßenlassen von den Franzosen und Nachäffen ihres Treibens in hohem Grade widerwärtig. Allein der Liberalismus, der seinen Impuls in Paris empfing, erwies Deutschland wenigstens die Wohlthat, die bisherige österreichische Vormundschaft, das s. g. Metternich'sche System, tief und für immer zu erschüttern. Der Liberalismus hatte sich über Italien und Ungarn ausgebreitet und in schweren Kriegen verdankte die österreichische Dynastie ihre Erhaltung einzig dem Genie einiger großer Feldherrn. Obgleich nun aber unter dem thatkräftigen Minister Fürsten Schwarzenberg Oesterreich seine ganze alte Macht herstellte und durch sein Bündniß mit Rußland nicht nur Ungarn wieder unterwarf, sondern auch alle Vorbereitungen, welche Preußen zu einer bessern Neugestaltung Deutschlands bereits getroffen hatte, zu Olmütz wieder vereitelte, ließ sich doch das Werk der deutschen Einigung nur aufhalten und keineswegs mehr für immer hemmen.

Schon bald nach der Julirevolution hatte die Erschütterung Deutschlands in zweien der drei Hauptbestandtheile des deutschen Bundes (Preußen und den Mittelstaaten) Veränderungen hervorgerufen, die als eine natürliche und vernünftige Rückkehr zum christlich deutschen Programm der Freiheitskriege angesehen werden mußten, während in dem dritten Bestandtheile (Oesterreich) das Metternich'sche System noch in voller Blüthe stand. In Preußen nämlich erfolgte seit dem kräftigen Auftreten Hengstenbergs in Berlin und seit den Kölner Wirren im

protestantischen wie im katholischen Gebiet eine mächtige und unwiderstehliche Reaction des christlichen Geistes gegen seine bisherige Unterdrückung, die hauptsächlich der Cultminister Altenstein und die Hegel'sche Philosophie verschuldet hatten. Zugleich erfolgte eine Vereinbarung Preußens mit den meisten Mittelstaaten im Interesse der Industrie, des Handels und Verkehrs, der berühmte Zollverein, seit 1832. Das war der erste große Schritt aus dem Particularismus hinaus zur Nationaleinheit. In Bezug auf die materiellen Interessen wurden die Mittelstaaten mit Preußen verbunden, fielen die bisherigen Zollschranken und halfen die zehn Jahre später aufgekommenen Eisenbahnen den so lange in kleine Pferche eingesperrten Deutschen gehörig Luft machen.

Während sich Preußen und die Mittelstaaten dieser Vortheile erfreuten, blieb Oesterreich in Bezug sowohl auf die religiöse und sittliche Erstarkung als auf seine materiellen Interessen zurück. In blinder Ueberschätzung seiner mit Rußlands Hülfe 1849 durch Unterwerfung Ungarns, 1851 durch Demüthigung Preußens in Olmütz erlangten Machtstellung that es lediglich nichts für Wiederbelebung des religiösen Sinnes, noch für den Wohlstand. Sein Concordat war nur eine Spiegelfechterei, womit man dem Ausland imponiren wollte; in Oesterreich war der katholische Geist aufs tiefste gesunken und das Kreuz verachtet und geschändet durch die von der Regierung selbst begünstigte, alles überwuchernde Judenpresse. Eben so gesunken war der Wohlstand durch die Judenwirthschaft im Staatshaushalt, welche in allen Zweigen der Verwaltung Betrug und Unterschleife zur Tagesordnung machte und die Staatsschulden ins Ungeheure anhäufte. Als nun im J. 1854 Oesterreich durch seine Theilnahme am Krimkriege die bisherige Gunst Rußlands verscherzte, ohne das Vertrauen Preußens wiedergewonnen zu haben, war es isolirt und konnte mit seiner braven, aber elend commandirten Armee den vereinigten Truppen Frankreichs und Italiens im J. 1859 nicht Stand halten, als Napoleon III. es unternahm, wie

einst Karl VIII., Franz I., Ludwig XIV. und Napoleon I. dem Hause Habsburg die Hegemonie in Italien zu entreißen. Oesterreich verlor die Lombardei und seine Niederlage enthüllte zugleich den tiefen Abgrund seiner innern, selbstverschuldeten Corruption.

Man hegte die Besorgniß, Napoleon III. werde, nachdem es ihm so glücklich gelungen war, im Krimkriege Rußland und im lombardischen Kriege Oesterreich zu demüthigen und die Niederlage seines großen Oheims an ihnen zu rächen, nun auch an Preußen Rache nehmen wollen. Allein er war zu klug dazu und rühmte sich sogar, durch seine Zusammenkunft mit dem Prinzregenten von Preußen in Baden-Baden am 16. Juni 1860 seine freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen befestigt zu haben, obgleich der Prinzregent ihm im Angesicht der mit ihm in Baden versammelten Könige der Mittelstaaten und einiger deutschen Großherzoge und Herzoge einfach erklärt hatte, er werde zu keinem Arrangement seine Zustimmung geben, durch welches die Integrität des deutschen Bundes alterirt werde. Was er auch vorher der preußischen Regierung insinuirt haben mochte, es war damit abgelehnt und er hielt es für räthlich, für diesmal von jeder Combination, durch die ihm etwa das linke Rheinufer in die Hände gespielt werden könnte, abzusehen.

Durch die Art und Weise, wie der Kaiser von Oesterreich dem lombardischen Kriege im Frieden von Villafranca unter falscher Anklage gegen Preußen, als ob ihn das habe im Stich lassen wollen, ein rasches Ende bereitet hatte, war die Spannung zwischen Oesterreich und Preußen vergrößert worden. Von österreichischer Seite sehr übereilt und übel berechnet. Inzwischen war es geschehen und die Mittelstaaten hofften mehr als je, aus dem Zwiespalt der deutschen Großmächte Vortheil zu ziehen. So kam die Triasidee zur Geltung, nämlich die Idee, in der Dreitheilung des deutschen Bundes den Mittelstaaten eine festere Sonderstellung zu geben und ihnen wo

möglich am Bundestage ein Uebergewicht über jeden der beiden mächtigen Stärkern zu verschaffen. Die Verfechter dieser Idee waren zwei geniale Männer, der erste Minister in Bayern, Herr von der Pfordten, und der erste Minister in Sachsen, Herr von Beust.

Inzwischen wurde der Kaiser von Oesterreich durch das loyale Benehmen des Prinzregenten in Baden beruhigt und geneigt, sich Preußen wieder zu nähern, dies geschah in einer Zusammenkunft des Kaisers mit dem Prinzregenten in Töplitz am 25. Juli. Nachher lud der Kaiser von Rußland beide nach Warschau ein, um etwaigen Bedrohungen von Frankreich her durch eine neue Allianz der drei nordischen Mächte zu begegnen. Die drei Monarchen kamen am 22. October in Warschau zusammen, schritten jedoch so wenig zu einer Offensive, als Napoleon III. eine gewagt hatte, und der Frieden blieb erhalten. Nur das Mißtrauen dauerte fort und hinderte auch jedes weitere Zusammengehen der beiden deutschen Großmächte.

Je dringender es schien, mit gutem Willen und gemeinsamer Anstrengung die deutschen Angelegenheiten zu fördern und zu bessern, und von wie vielen Seiten man auch einen Anlauf dazu nahm, so ließ sich doch bei der dynastischen Eifersucht und der Verschiedenheit der dynastischen Interessen keine Vereinbarung erzielen.

Das Kriegsjahr 1859 hatte bewiesen, daß der vielköpfige deutsche Bund, wenn es gelte, gemeinschaftlich einen Krieg zu führen, sich über die Führerschaft, über den Oberfeldherrn nicht einigen könne. Die Mittelstaaten wollten sich nicht unbedingt unter einen der Großstaaten fügen, und unter ihnen selbst herrschte Eifersucht. So hatten sich, als 1840 ein Krieg zu drohen schien, Bayern und Württemberg über das Commando nicht einigen können. In den Mittelstaaten war das Militärwesen überhaupt während des langen Friedens hinter den Anforderungen der Zeit zurückgeblieben. Preußen hatte also nicht nur das Recht, sondern sogar auch die Pflicht, eine Reform der Bundes-

kriegsverfassung zu beantragen. Man kam damit aus alten Eifersüchteleien nicht aufs Reine, konnte aber nicht umhin, von der Kriegsverfassung auf die gesammte Bundesverfassung überzugehen und auch für diese eine totale Reform zu beantragen. Gleichfalls vergebene Mühe, weil sich die Sonderinteressen Oesterreichs, Preußens und der Mittelstaaten auf keine Weise befriedigend ausgleichen ließen. Auch hieß es so viel als die Quadratur des Cirkels finden wollen, wenn man eine freiwillige Unterordnung verlangte, wo nur zwingende Nothwendigkeit durchdringen kann.

Preußen hatte sich der Vertheidigung Deutschlands auch in der ungünstigsten Zeit der österreichischen Vormundschaft bei jeder Gelegenheit angenommen, z. B. in der Bundesfestungsfrage. Hier einige Enthüllungen, die in meiner Geschichte der letzten 40 Jahre noch nicht aufgenommen sind.

Bekanntlich wurde von den 20 Millionen Franken, welche 1815 von Frankreich bezahlt und einstweilen dem jüdischen Hause Rothschild in Frankfurt a. M. anvertraut worden waren, 25 Jahre lang der Gebrauch nicht gemacht, für den man sie anfangs, um das gute deutsche Publikum zu täuschen, auf dem Papier bestimmt hatte. Es hatte nämlich von diesem Gelde eine große deutsche Bundesfestung zur Vertheidigung der kleinen Staaten am Oberrhein gegen Frankreich erbaut werden sollen. Sie wurde aber nicht erbaut, sondern die Zinsen des Geldes anders verwendet. Wurde einmal nach dieser wichtigen Angelegenheit gefragt, so hieß es, der Festungsbau pressire nicht, man habe ja Frieden und überdies seyen Oesterreich und die süddeutschen Mittelstaaten über die Wahl des Orts noch nicht einig geworden. Baden und Württemberg wollten eine Festung im Rheinthal Straßburg gegenüber, zum Schutz ihrer Länder haben, Oesterreich aber ziehe Ulm vor, weil dies in mehr unmittelbarer Nähe den Kaiserstaat schütze. So wurde die Entscheidung wissentlich und künstlich hingehalten, bis

erst im Jahr 1840 Frankreich zum erstenmal wieder Deutschland mit Krieg bedrohte und Becker sein berühmtes Lied anstimmte: „Sie sollen ihn nicht haben!“ Jetzt erst glaubte die Diplomatie etwas thun zu müssen, um das aufgeschreckte deutsche Publikum wieder in Schlaf zu wiegen, und der Bundestag nahm den Vorschlag an, welchen Preußen bereits am 29. August 1839 gemacht hatte, daß von dem vorhandenen Gelde die beiden Festungen, unter denen man bisher keine Wahl hatte treffen können, nämlich Rastatt und Ulm, zugleich gebaut werden sollten.

In der Bundesmilitärcommission wurden damals noch andere Vorschläge erörtert, ohne daß ihnen wäre Folge gegeben worden. Sie bezweckten, das Vertheidigungssystem des nordwestlichen Deutschland durch ein süddeutsches dergestalt zu vervollständigen, daß es dem wirklichen Bedürfniß auch genügen könne, wozu Rastatt und Ulm allein nicht ausreichten. Es handelte sich dabei nicht darum, eine Operationsbasis zum Angriff zu gewinnen, sondern lediglich um Vertheidigung gegen die Angriffe, die von Frankreich her gemacht werden könnten.

Die Hauptlinie, welche die Franzosen gewöhnlich wählten, wenn sie in Deutschland einfielen, war die Straße, welche von Straßburg aus nördlich um den Schwarzwald herum führt, über Pforzheim nach Cannstadt, von welchem ersten Knotenpunkt aus sie sich nach Ulm, Nördlingen oder Würzburg bewegen konnten. Ein noch näherer Weg führte sie über den Kniebis und Freudenstadt nach Stuttgart und Cannstadt.

Ein zweiter mittlerer Weg führte sie über Offenburg durch das Kinzigthal nach Hausach und von da entweder über Rottweil und Tuttlingen oder Villingen und Donaueschingen nach Stockach in die Nähe des Bodensees. Ein dritter mittlerer Weg führte sie von Breisach über Freiburg durchs Höllenthal ebenfalls nach Stockach.

Nun folgen noch vier Straßen vom Süden aus der Schweiz her,

die eine von Basel aus über Waldshut und Schaffhausen nach Stockach, die andere von Aarau über Zurzach und Schaffhausen nach Stockach, die dritte von Zürich aus über Winterthur und Schaffhausen nach Stockach, die vierte von Frauenfeld aus über Constanz nach Stockach. Hieraus nun ergab sich die außerordentliche Wichtigkeit Stockachs für die Vertheidigung Oberschwabens und auch die Zweckmäßigkeit einer Befestigung von Offenburg oder Hausach.

Die zuerst genannte nördliche Operationslinie der Franzosen erscheint als die wichtigste, weil auf ihr die beiden Hauptstädte Karlsruhe und Stuttgart liegen, deren rasche Besitznahme dem Feinde von politischem Interesse seyn muß, und weil von hier aus der Feind am leichtesten mit andern seiner Heertheile, die vom Mittel- und Niederrhein eingefallen sind, gegen die Mitte Deutschlands cooperiren kann.

Der zweite wichtigste Punkt der Vertheidigung ist Stockach, wohin alle westlichen und südlichen Operationslinien des Feindes convergiren. Beide Vertheidigungssysteme, das nördliche, welches mit Rastatt beginnt, und das südliche, welchem die Befestigung von Stockach noch fehlt, finden ihren Schlußpunkt in Ulm, wohin der Feind auf dem nördlichen, wie auf dem südlichen Wege zu gelangen trachten wird. Um ihm den Zugang von Süden zu erschweren, hat man an eine Befestigung von Biberach gedacht, welches zwischen Ulm und Stockach in der Mitte liegt.

So weit gingen die Vorschläge und Pläne in der Bundesmilitärcommission vor jetzt 28 Jahren. Unterdeß hat man Ulm und Rastatt gebaut. Weiter aber ist nichts geschehen.

Wir kehren zum Jahr 1860 zurück. Der preußische Antrag betreffend die Revision der Bundesmilitärverfassung forderte eine doppelte Führerschaft im Bundeskriege; im Süden sollte Oesterreich, im Norden Preußen mit derselben betraut werden. Das entsprach, wie dem Machtverhältniß beider, so auch der räumlichen Ausdehnung des Bundes

und verhinderte jede Eifersucht der einen deutschen Großmacht auf die andere. Allein die Mittelstaaten kamen dabei zu kurz und da auch Oesterreich (als Präsidialmacht des Bundes) seinen Anspruch auf die Oberleitung nicht gerne aufgab, so wurde der preußische Antrag am 2. Mai 1860 vom Bundestage abgelehnt. Auf einer Conferenz der Südstaaten zu Würzburg wurde am 6. August beschlossen, an der Einheit des Oberbefehls im Kriege festzuhalten. Nun ruhte die Sache. Am 15. April 1861 aber ließ Preußen eine Mahnung an Bayern ergehen, worin es auf das Unzureichende des Kriegswesens in den süddeutschen Mittelstaaten aufmerksam machte und voraussagte, dasselbe werde sich in einem ernsten Kriegsfall als hinreichend tüchtig nicht bewähren.

Mittlerweile griff Herr von Beust die Frage auf und stellte am 15. Oktober 1861 beim Bundestage einen Antrag auf Reform der ganzen deutschen Bundesverfassung, natürlich im einseitigen Interesse der Mittelstaaten, weshalb er nicht durchgehen konnte. Er verlangte nämlich, Oesterreich und Preußen sollten jährlich im Präsidium wechseln, dem Bundestage aber sollte ein Parlament zur Seite gesetzt werden, wozu Oesterreich und Preußen jedes 30, die Mittel- und Kleinstaaten alle zusammen 68 Abgeordnete schicken sollten. Das hieß die Eifersucht der beiden Großmächte nähren, jede durch die andere neutralisiren und schwächen, den Mittelstaaten aber eine Mehrheit im Parlamente sichern. Ueberdies verlangte Herr von Beust auch noch eine Executivgewalt des Bundes, in der neben dem österreichischen und preußischen Executor auch noch ein mittelstaatlicher Platz nehmen sollte. Ein Eindrängen der Mittelstaaten, welches sich die beiden Großstaaten begreiflicherweise verbaten. Doch glaubte Graf Rechberg, der damalige erste Minister Oesterreichs, die Gelegenheit benutzen zu sollen, um, wenn man doch einmal an eine Bundesreform denke, den Anschluß auch des nichtdeutschen Oesterreich an den deutschen Bund in Vorschlag

zu bringen. Der Bund würde alsdann ein „Siebzigmillionenreich“ darstellen und allen andern Mächten überlegen seyn. Da sich indeß Oesterreich damit ein Uebergewicht im Bunde zuerkannt hätte, welches ihm Preußen und die Mittelstaaten nicht gönnten, so fiel auch dieser Antrag durch.

Der badische Minister Roggenbach sagte das richtige Wort am 13. Dezember 1861 in der badischen Kammer: die Rivalität der beiden deutschen Großmächte mache eine einheitliche Bundesgewalt eben so unmöglich, als die letztere ein unabweisliches Bedürfniß der deutschen Nation bleibt, Preußen werde sich Oesterreich, Oesterreich Preußen nie unterwerfen und doch müsse man eine einheitliche Oberleitung haben. Es sey natürlich, daß, weil die Fürsten am Bundestag nicht einig wurden, die große nationale Einheitsfrage auf den Straßen und in allerlei Vereinen verhandelt werde. Das sey unzuträglich, die Entscheidung komme nicht den Dilettanten zu, nur die Regierungen allein hätten sich geschäftlich damit zu befassen, sollten sich daher nicht durch das Eingeständniß ihrer Unfähigkeit das Heft aus den Händen winden lassen; sie sollten aber, was ihr Recht sey, auch als ihre Pflicht ansehen und der Nation statt des Brodes für ihren Hunger nicht einen Stein anbieten wollen. Schon habe man als Ableiter der Gefahr des Verlangens einer Centralgewalt eine Volksvertretung am Bunde in Vorschlag gebracht. Damit würde die Gefahr nur vergrößert und das Ziel, zu einer Einheit der Executivgewalt zu gelangen, in weitere Ferne gerückt. Jemehr Leute mitreden, jemehr Meinungen streiten wider einander und man gelangt zu einem Kriege aller gegen alle, anstatt zur Einheit. Wollen die Fürsten den Platz behaupten, ihr bisheriges Recht nicht aus den Händen geben, so dürfen sie auch die letzte Entscheidung nicht von den stürmischen Wogen eines Parlaments abwarten, sondern sie selbst müssen die Initiative ergreifen und, wenn es ihnen auch Opfer kostet, die Nation befriedigen. Dies könne nun auf keine andere Weise

geschehen, als durch Gründung eines engern Bundes. — Dies war der Kern der ausführlichen Rede Roggenbachs und es lag darin etwas Prophetisches, denn fünf Jahre später kam der engere Bund wirklich zu Stande. Es war im Grunde derselbe Gedanke, den die Mehrheit in der Paulskirche und nachher die Gothaer Partei gehegt hatte. Doch das war neu und bedeutungsvoll, daß eine Regierung sich von freien Stücken jetzt wieder zu diesem Gedanken bekannte. Die badische Kammer stimmte dem Minister bei und sprach in ihrer Adresse an den Großherzog mit allen gegen eine Stimme die Ueberzeugung aus: „Nur eine bundesstaatliche Verbindung, welche für den militärischen Schutz des Ganzen und die Vertretung der Nation nach außen ein einheitliches constitutionelles Organ schafft und dasselbe mit einer Nationalrepräsentation umgibt, wird im Stande seyn, das gute Recht aller mit kräftiger Hand zu schützen. Mit gerechtem Stolz begleitet das badische Volk Ew. Königlichen Hoheit hochherziges Streben, mit dem Beispiel eigener Opferwilligkeit die vorhandenen Schwierigkeiten zu ebnen."

Aehnlich faßte Preußen die Frage auf. Graf Bernstorff, Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin, beantwortete am 30. Dez. den Vorschlag des Herrn von Beust dahin, „daß ein ernster Versuch, den ganzen Bund in bundesstaatliche Formen zu zwängen, leicht zur Auflösung des Bundes führen könne, während die Bildung eines Bundesstaats im Staatenbunde mit dem Fortbestehen des letztern sehr wohl vereinbar scheine." Das wurde wie von Oesterreich, so auch von den Mittelstaaten (außer Baden) übel aufgenommen und beide, Oesterreich und die Mittelstaaten lehnten am 2. Februar 1862 in einer identischen Note die Idee des Bundesstaats im Staatenbund aufs entschiedenste ab.

Der Verfassungsstreit wurde noch lebendiger, indem für Oesterreich ein neues Motiv hinzutrat, die Mittelstaaten von Preußen abzuziehen. Preußen nämlich schloß mit Frankreich am 12. März 1862 einen Zoll-

und Handelsvertrag ab unter Vorbehalt des Beitritts aller seiner Zollvereinsgenossen. Wollten die letztern nicht beitreten, so mußten sie überhaupt aus dem Zollverein austreten. Das war nun eine günstige Gelegenheit für Oesterreich, die Mittelstaaten zu einem gemeinschaftlichen Verhalten gegen Preußen aufzufordern. Oesterreich verlangte nämlich im Sommer 1862 seine Zulassung zum deutschen Zollverein und die Mittelstaaten drohten Preußen mit ihrem Austritt aus dem bisherigen Zollverein und dem Abschluß eines neuen mit Oesterreich, wenn Preußen die Aufnahme Oesterreichs in den bisherigen Zollverein verweigerte. Bis diese Vorfrage entschieden sey, erklärten sie sich gegen den neuen Vertrag mit Frankreich. Ein ziemlich leichtfertiges Vorgehen' denn es war den Mittelstaaten nicht ernst, die den materiellen Interessen ihrer Bevölkerungen höchst zuträgliche Zollvereinigung mit Preußen aufzugeben und dagegen eine mit dem finanziell zerrütteten und in seiner nichtdeutschen Völkermasse noch viele barbarische Elemente enthaltenden Oesterreich einzugehen. Auch die Agitation gegen den Handelsvertrag mit Frankreich war eine unaufrichtige und erkünstelte. Jemehr die Verkehrsmittel sich vervielfältigt hatten, gewann auch das System des Freihandels die Oberhand über das der Schutzzölle. Wie hatte man nicht früher gegen den deutschen Zollverein und noch vor kurzem gegen den Handelsvertrag, welchen Frankreich mit England abschloß, agitirt und nur Unheil davon verkündet, während der Erfolg der günstigste war und beide betheiligte Länder nur Gewinn davon hatten. Preußen lehnte den Eintritt Oesterreichs in den Zollverein am 20. Juli 1826 entschieden ab, lud seine bisherigen Zollvereinsgenossen ein, dem Vertrage mit Frankreich beizutreten, widrigenfalls ihr Verhältniß zum Zollverein von selbst gelöst sey, und wartete das Weitere ruhig ab. Obgleich Bayern, Württemberg, Hannover und Darmstadt den Vertrag mit Frankreich verwarfen, so war doch der Termin, an welchem der Zollverein statutenmäßig sich auflösen oder seinen Fortbestand neu be=

schließen mußte, noch nicht abgelaufen, und in der ganzen industriellen und Handelswelt der Mittelstaaten wußte man wohl, daß die Regierungen dem Zollverein nicht entsagen könnten, daß sie niemals wagen würden, mit der Kündigung desselben ihren Völkern ins Gesicht zu schlagen. Ihre Sprödigkeit gegen Preußen hatte nur den Zweck, dasselbe vielleicht einschüchtern zu können. Die Nothwendigkeit, den Zollverein zu erhalten, leuchtete außer der badischen Regierung auch der sächsischen ein und beide bemühten sich zu vermitteln.

Oesterreich benutzte nun die Situation, um, wenn es auch seinen Eintritt in den Zollverein nicht durchsetzen, noch den Handelsvertrag mit Frankreich rückgängig machen könne, doch in der Bundesverfassungsfrage die Mittelstaaten ganz auf seine Seite zu ziehen. Es setzte nämlich grade in diesen Tagen, am 14. August, dem preußischen Reformvorschlag einen andern entgegen, für den es die Mittelstaaten bereits gewonnen hatte. Der Vorschlag ging auf eine imponirende Weise vom Kaiser von Oesterreich, den vier Königen von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg, dem Kurfürsten von Hessen, dem Großherzog von Darmstadt und dem Herzog von Nassau aus und verlangte die sofortige Einberufung eines aus den einzelnen deutschen Ständekammern durch Delegationen hervorgehenden Parlaments, welches neben dem Bundestage die allgemeinen deutschen Angelegenheiten berathen solle. Das schien geeignet, den preußischen Plan zu beseitigen und zugleich den mittelstaatlichen Liberalismus zu befriedigen. Preußen verfehlte nicht, sich dagegen feierlich zu verwahren und im Voraus zu erklären, es werde sich einem etwaigen Mehrheitsbeschluß am Bundestage nicht fügen, wozu ihm die Bundesverfassung das Recht gebe. Dagegen erließ nun wieder Oesterreich am 28. Februar 1863 eine scharfe Note, worin namentlich auf die empfindlichste Weise eine Aeußerung gerügt wurde, welche der neue preußische Ministerpräsident, Herr von Bismark, gethan haben sollte. Man legte ihm nämlich in den Mund, es

wäre am besten, wenn Oesterreich den Schwerpunkt seiner Macht von Wien nach Ofen verlegte. Wenn er diese Aeußerung gethan hat, so war sie eine sehr vernünftige, denn es ist Oesterreichs größtes Unglück gewesen, daß es seine ganze Aufmerksamkeit immer dem Westen, statt dem Osten zugewendet hat. Seine Aufgabe war, den Russen im Orient zuvorzukommen und das byzantinische Erbe mit Zustimmung und Hülfe des ganzen mittlern und westlichen Europa in Besitz zu nehmen, nicht aber sich in fruchtlosen Kämpfen gegen die deutsche und italienische Nationalität, gegen Preußen und Frankreich abzuquälen.

Im Verlauf des Sommers tagten die Mittelstaaten in München, um den Zutritt Oesterreichs zum Zollverein zur Bedingung ihres Verhaltens gegen Preußen zu machen. Doch glaubte Oesterreich mit Recht, wenn man an die materiellen Interessen allein denke, werde es gegen Preußen den kürzern ziehen. Es schob daher eine engere politische Vereinigung mit den Mittelstaaten vor, in der Hoffnung, wenn erst diese zu Stande gekommen wäre, würde auch sein Eintritt in das Zollgebiet sich leichter bewerkstelligen lassen. Nachdem es hinter dem Rücken Preußens mit den Höfen der Mittelstaaten heimliche Verabredungen getroffen hatte, lud es sämmtliche deutsche Regenten zu einem großen Fürstentage nach Frankfurt a. M. ein, am 4. August 1863. Absichtlich sollte die Zusammenkunft der Fürsten schon in kürzester Frist nach nur zwölf Tagen am 16. August stattfinden. Man wollte nämlich Preußen keine Zeit lassen, wirksame Einreden zu machen. Das Geheimniß war gut bewahrt worden. Der König von Preußen wußte gar nichts, als ihm der Kaiser von Oesterreich, mit dem er zufällig im Bad Ischl zusammentraf, das erste Wort sagte und auch ihn nach Frankfurt einlud, am 3. August. Vielleicht hätte der Kaiser mit der allgemeinen Einladung, die gleich am folgenden Tag erfolgte, noch nicht so sehr geeilt, wenn er nicht persönlich mit dem König zusammen gekommen wäre, da ihm in diesem Falle aus Rücksichten des Anstandes

doch nicht mehr möglich war, den König länger in Ungewißheit zu lassen. König Wilhelm von Preußen machte ihm die Bemerkung, es wäre doch wohl richtiger gewesen, daß sich das Wiener Kabinet erst mit dem Berliner verständigt haben würde, ehe es eine so wichtige Frage den Mittelstaaten vorlege. Allein der Kaiser wollte den Fürstentag nicht mehr verzögern und glaubte, im Einverständniß mit den Mittelstaaten Preußen jedenfalls überstimmen zu können, mochte der König der Einladung Folge leisten und nach Frankfurt kommen oder nicht. Der Hauptzweck war erreicht, man hatte Preußen hintergangen und überrascht, ihm keine Zeit gelassen, Gegenmaßregeln zu treffen und die Mittelstaaten umzustimmen.

Der Kaiser von Oesterreich und die übrigen eingeladenen Fürsten kamen, außer dem König von Preußen, am 16. August beim schönsten Wetter in Frankfurt zusammen und am folgenden Tage wurde ihr Congreß feierlich eröffnet. Kaiser Franz Joseph redete die Versammelten gnädig an und forderte sie auf, dem großen Werk der neuen Einigung mittelst einer Reformakte des deutschen Bundes schleunigst beizutreten, „um die Annahme des Plans, der jedenfalls im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustand einen hohen Gewinn für Deutschland in sich schließe, auch nicht einmal um eine kurze Frist zu verzögern.“ Im Namen der übrigen Fürsten antwortete der König von Bayern, indem er aufs freudigste dem Plane zustimmte, der Versammlung jedoch vorbehielt, etwaige Modificationen der kaiserlichen Vorlage zu belieben. Auf diese Vorlage hier ausführlicher einzugehen, ist um so unnöthiger, als der ganze Versuch mißlang. Wir beschränken uns hier nur die Grundzüge des österreichischen Planes zu skizziren. Derselbe kam auf das schon früher bei den Dresdener Conferenzen angeregte Directorium zurück. Ueber dem Bundestage sollte ein engerer Ausschuß der Bundesregierung unter dem Namen eines Directoriums die höchste Gewalt im Bunde ausüben. Das Directorium sollte aus fünf Personen be-

stehen, nämlich außer den drei mächtigsten Bundesfürsten, dem Kaiser von Oesterreich und den Königen von Preußen und Bayern, noch aus zwei Souveränen, die am 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps betheiligt seyen und gewählt werden müßten. Man wollte nicht blos Könige ins Directorium bringen, oder solche doch nur mit freier Zustimmung der Großherzoge und kleinern Fürsten. Den Vorsitz im Directorium behielt sich Oesterreich vor. Neben dem Directorium sollten die siebzehn Stimmen des bisherigen engern Raths der Bundesversammlung einen Bundesrath bilden, welcher ebenfalls unter dem Vorsitz Oesterreichs mit zwei Drittheilen der Stimmen über einen Krieg des Bundes, mit einfacher Stimmenmehrheit aber über einen Krieg entscheiden sollte, den ein Bundesglied, welches noch außer dem Bunde Besitzungen habe, führen werde. Durch diese Bestimmung sollte Preußen genöthigt werden, seine Truppen Oesterreich für dessen spezielle Zwecke zur Verfügung zu stellen. Neben dem Directorium und Bundesrath wurde noch ein Bundesgericht vorgeschlagen, zu welchem zwölf Mitglieder einzelner deutschen Ständeversammlungen beigezogen werden sollten. Endlich wurde der Nation ein Parlament bewilligt, aber nur in der Form einer Delegation aus sämmtlichen präsenten Ständeversammlungen, nach dem früher schon gemachten Vorschlage. Diese Delegirtenversammlung sollte 300 Mitglieder zählen, je 75 aus Oesterreich und Preußen und 150 aus den übrigen Bundesstaaten. Hielten nun wie bisher die Mittelstaaten zu Oesterreich, so mußte Preußen beständig überstimmt werden.

Grund genug für Preußen, diesen Reformplan abzulehnen. Die Fürstenversammlung lud den König von Preußen nochmals dringend ein, nach Frankfurt zu kommen und der König von Sachsen begab sich persönlich zu ihm nach dem nahen Baden-Baden, um ihn mit freundlichen Bitten herüberzulocken. Allein König Wilhelm ließ sich durch nichts bewegen, nach Frankfurt zu kommen.

Seine Gründe sind formulirt in dem Bericht, den er sich durch seine Minister am 15. September erstatten ließ und der zur Veröffentlichung und Aufklärung der deutschen Nation bestimmt war. Es heißt darin: „Die erste Anregung zu einer dem nationalen Bedürfniß entsprechenden Ausbildung der Bundesverfassung ist von Preußen ausgegangen, ehe die Ereignisse von 1848 hereinbrachen. Die ernsten Erfahrungen, die darauf gefolgt sind, haben weder in den Regenten noch im Volke Preußens das Bestreben vermindert, dem berechtigten Verlangen nach Verbesserung der bestehenden Einrichtungen Befriedigung zu verschaffen; aber sie haben die Schwierigkeiten richtiger erkennen lassen und heilsame Lehren gegeben, die zur Vorsicht mahnen müssen in einer großen Sache. Sie haben auch gezeigt, daß es nicht wohlgethan ist, das vorhandene Maß des Guten zu unterschätzen und das Vertrauen auf bestehende Institutionen zu untergraben, ja diese selbst zu erschüttern, ehe das Bessere mit Sicherheit in Aussicht steht.

Diese Erwägungen ließen es Ew. Majestät als geboten erscheinen, in Zeiten, welche jedem Theilnehmer des Bundes den Werth der äußern und innern Sicherheit, die ihm derselbe bisher gewährte, besonders anschaulich machen, die wünschenswerthen Reformen nur mit sorgfältiger Schonung des vorhandenen Maaßes von Einigkeit und von Vertrauen auf die Bürgschaften der bestehenden Bundesverträge anzustreben. Wir haben aus den uns vorgelegten Aktenstücken ersehen, daß dieselbe Vorsicht von anderer Seite nicht beobachtet, die Aenderung der Bundesverfassung vielmehr aus Gründen verlangt worden ist, deren Darlegung das Vertrauen auf den Werth und den Bestand der Bundesverträge schwer erschüttern und Zweifel an denselben hervorrufen mußte, welche noch heute der Widerlegung harren.

Um so dringender wäre zu wünschen gewesen, daß die Einleitung von Verhandlungen zur Verbesserung und Befestigung der so gelockerten Beziehungen auf Wegen erfolgt wäre, welche einen befrie-

digenden Abschluß mit möglichster Sicherheit in Aussicht stellten. Unter denselben lag ohne Zweifel der Versuch einer Verständigung Preußens und Oesterreichs über die Grundzüge der zu machenden Vorschläge am nächsten, und konnte das k. k. Cabinet einer bundesfreundlichen Aufnahme derselben von Seiten Ew. Majestät gewiß seyn. Statt dessen ist von Oesterreich einseitig die demnächst in Frankfurt vorgelegte Reformacte ausgearbeitet und über den Inhalt derselben Ew. Majestät am 3. August d. Jahres so unvollständige Mittheilung gemacht worden, daß sich darauf ein Urtheil über die Tragweite der Vorschläge nicht begründen ließ. Nur die beabsichtigte Form der Verhandlungen war klar und gab Ew. Majestät zuerst zu den gerechten Bedenken Anlaß, welche Allerhöchst dieselben gegen das Beginnen des Werks durch einen schleunig zu berufenden Fürstencongreß in dem Schreiben vom 4. August an Se. Majestät den Kaiser von Oesterreich ausgesprochen haben.

Nicht wenige Tage einer unvorbereiteten Besprechung und nicht der edelste persönliche Wille der Fürsten konnte ein Werk zum Abschluß bringen, dessen Schwierigkeiten nicht allein in den verschiedenen persönlichen Ansichten, sondern in Verhältnissen liegen, welche tief im Wesen der deutschen Nation wurzeln und Jahrhunderte hindurch in wechselnden Formen sich immer von neuem geltend gemacht haben.

Nichtsdestoweniger haben Ew. Majestät Ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, im Interesse eines so großen Werks auch auf einen ohne Preußens Mitwirkung vorbereiteten Versuch desselben einzugehen, und nur den Aufschub der vorgeschlagenen Fürstenversammlung bis zum 1. October verlangt, ein Aufschub, welcher neben wesentlichen außerhalb der Sache liegenden Hindernissen der Betheiligung Ew. Majestät durch die für einen Congreß zahlreicher Souveräne nothwendigen geschäftlichen Vorbereitungen bedingt war. Wenn ungeachtet dieses Entgegenkommens Ew. Majestät und nachdem Allerhöchst Dero wohlbe-

gründete Weigerung, am 16. August in Frankfurt zu erscheinen, dem k. k. Cabinet bekannt war, die Einladung zu diesem Tage dennoch unter einem der ersten Mittheilung an Ew. Majestät vorhergehenden Datum an alle Genossen des Bundes erlassen wurde, so können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, als ob dem k. k. Cabinette von Haus aus nicht die Betheiligung Preußens an dem gemeinsamen Werke, sondern die Verwirklichung des Separatbündnisses als Ziel vorgeschwebt habe, welches schon in der ersten an Ew. Majestät gelangten Mittheilung vom 3. August für den Fall in Aussicht genommen war, daß Preußen sich den Anträgen Oesterreichs nicht anschließen werde. Die letzteren sind auch bis zum heutigen Tage nicht amtlich zur Kenntniß der k. Regierung gelangt." Erst von einigen am Fürstentage betheiligten Fürsten erhielt der König Mittheilung davon.

Der Bericht führt dann noch weiter aus, wie das von Oesterreich für den Fürstentag aufgestellte und von den Mittelstaaten gutgeheißene Programm dem Bedürfniß der deutschen Nation lediglich nicht genüge. Darin sey nämlich in Aussicht genommen, daß sich jeder der beiden deutschen Großstaaten künftig bei Bundesabstimmungen der Mehrheit zu fügen und deren Beschlüsse auszuführen habe, ohne daß ihm ein Veto gestattet sey. Das würde dahin führen, daß die Mittelstaaten mit einem der beiden Großstaaten verbunden, durch ihr Stimmenmehr den andern Großstaat zwingen könnten, gegen sein eigenstes Interesse handeln zu müssen. Der Bestand und die Stärke des Bundes hänge nur von der Eintracht der beiden Großmächte, nicht von den Stimmen der schwächeren Mittelstaaten ab; daher dürfe keine der beiden Großmächte mit Hülfe der Mittelstaaten der andern Zwang anthun, sondern jeder der beiden Großmächte müsse in Bundesfragen ein Veto zustehen. Sofern nun der Fürstentag davon Umgang nähme, würden dadurch in Bezug auf den Fortbestand und die Stärkung des deutschen Bundes die Schwierigkeiten nicht beseitigt, sondern vermehrt.

Der Fürstentag hatte in der That keinen andern Zweck, als Preußen die Hände zu binden, falls es sich gutwillig dazu hergäbe, sich bei jeder Gelegenheit von einer ihm feindlichen Partei am Bunde dominiren zu lassen, oder aber es mit dem Vorwurf zu belasten, es wolle sich in die Einheit nicht fügen. Man glaubte, Oesterreich wolle es darauf ankommen lassen, daß Preußen förmlich aus dem Bunde ausscheide. Allein die Mittelstaaten waren nicht geneigt, sich nach dem Ausscheiden Preußens Oesterreich blind hinzugeben. Die Fortdauer der österreichischen und preußischen Rivalität war für sie viel vortheilhafter. Hätten sie sich gegen Oesterreich allein ernstlich verpflichten wollen, so würden sie dessen Uebergewicht bald haben fühlen müssen. Die Fürsten ließen es daher in Frankfurt bei schönen Redensarten bewenden, schmeichelten und liebkosten dem Kaiser, hielten aber nicht für nöthig, sich ihm bündig zu verpflichten oder gar ihm ihre Hülfe gegen das dem Reformplan widerstrebende Preußen mittelst einer Bundesexekution anzubieten. Die schöne Sonne jener Sommertage sah auf ein unfruchtbares Werk herab. Die heitern Mienen der versammelten Fürsten, in denen sich zuweilen sogar der Schein einer Begeisterung abspiegelte, täuschten den Kaiser von Oesterreich. Am 1. September ging der Fürstentag zu Ende ohne ein festes Ergebniß, denn ehe man weitere Entschlüsse faßte, wollte man erst die preußische Antwort abwarten, indem man das Berliner Cabinet zur Zustimmung zu dem österreichischen Reformplan gemeinschaftlich aufgefordert hatte.

Der Herzog Ernst von Coburg hatte in Frankfurt sich viel um das Zustandekommen einer Vereinbarung bemüht und auch große Popularität bei der Bevölkerung genossen und der Kaiser verfehlte nicht, auf der Rückreise Coburg zu berühren und die daselbst zum Besuch verweilende Königin von England zu begrüßen.

Unmittelbar darauf gaben Preußen und insbesondere auch Baden ihre Erklärung ab, welche die widerrechtliche Benachtheiligung Preußens

durch die Beschlüsse des Fürstentags in helles Licht setzten und die Competenz des Fürstentages überhaupt bestritten. Namentlich erklärte Baden, so lange kein Einverständniß zwischen allen Bundesgenossen (also zunächst mit Preußen) erzielt sey, müsse feststehen, daß die in Frankfurt versammelten Fürsten dort keine bindende Verpflichtung übernommen hätten.

Bei der Rückkehr des Königs von Sachsen nach Dresden war diese Stadt festlich geschmückt. An einem Hause aber waren drei Fahnen angebracht, eine schwarz-roth-goldene mit der Inschrift: „Trau," eine grün-weiße mit „Schau" und eine schwarz-gelbe mit „Wem." Dies bezeichnete wohl hauptsächlich das confessionelle Mißtrauen gegen die katholische Großmacht.

Die Regierung von Preußen faßte das Vorgehen Oesterreichs als eine absichtliche Feindseligkeit auf und zweifelte nicht, auch das preußische Volk und seine Vertreter würden es so auffassen. Der König löste daher schon am 4. September die bisher nur vertagte Kammer auf, um sofort eine neue wählen zu lassen, die sich an ihn anschließen würde, um der von Oesterreich her drohenden Gefahr entgegen zu treten. In dem Bericht des Ministeriums an den König hieß es: „Auf dem Gebiete der deutschen Bundesverfassung sind Bestrebungen zu Tage getreten, deren unverkennbare Absicht ist, dem preußischen Staate diejenige Machtstellung in Deutschland und in Europa zu verkümmern, welche das wohl erworbene Erbtheil der ruhmvollen Geschichte unserer Väter bildet. Dem k. österreichischen Cabinet hat von Haus aus nicht die Betheiligung Preußens an dem gemeinsamen Werke, sondern die Verwirklichung des Separatbündnisses vorgeschwebt." Dann wird dargethan, daß der ganze Reformplan, wenn er durchgeführt werden könnte, wenn er nicht blos Aushängeschild der österreichischen und mittelstaatlichen Absicht wäre, Preußen zu isoliren, durchaus unausführbar und absurd wäre: „Es wäre eine verhängnißvolle Selbsttäu-

schung, wenn Preußen sich zu Gunsten einer scheinbaren Einheit Beschränkungen seiner Selbstbestimmung im Voraus auflegen wollte, welche es im gegebenen Falle thatsächlich zu ertragen nicht im Stande wäre. Der Anspruch jeder der beiden Großmächte auf ein derartiges Veto ist um so weniger ein unbilliger zu nennen, als die Berechtigung, eine Kriegserklärung zu hindern, verfassungsmäßig jeder Minorität beiwohnt, welche ein Drittheil der Stimmen auch nur um eines übersteigt (Art. 40 der Wiener Schl.-A.), ein solches Drittheil aber, sobald ihm keine der beiden Großmächte angehört, niemals eine Bevölkerung repräsentiren kann, welche der der preußischen oder der österreichischen Bundesländer gleichkäme. Die vier Königreiche, Baden und beide Hessen bilden zusammen das an Volkszahl stärkste Drittheil der Plenarstimmen, welches sich ohne Betheiligung einer der Großmächte combiniren läßt; sie haben zusammen 12,916,000 Einwohner und 25 Stimmen im Plenum, welche zusammen nur 2,400,000 Einwohner ihrer Staaten vertreten, und jeder Kriegserklärung ihr gemeines Veto entgegensetzen können. Um wie viel mehr hat Preußen, mit einer Bevölkerung von 14½ Millionen im Bunde, auf dasselbe Recht Anspruch."

Auf den Wunsch Oesterreichs tagten die Bevollmächtigten der zu Frankfurt versammelt gewesenen Fürsten am 23. October noch einmal zu München, um über die preußische Erklärung zu rathschlagen, und am 30. desselben Monats ließ Oesterreich seine Replik nach Berlin abgehen. Damit aber war die Sache abgethan. Was man mit so großer Ostentation begonnen hatte, verlief wie weiland das Hornberger Schießen, weil man kein Pulver mehr hatte. Preußen hatte sich nicht einschüchtern lassen. Den Mittelstaaten war es gleich anfangs nicht ernst gewesen, durch Dick und Dünn mit Oesterreich zu gehen. Also stand Oesterreich von weiterer Verfolgung nutzloser Berathungen ab und die Wiener Presse nahm eine Zeitlang einen etwas gereizten Ton gegen die Mittelstaaten an. Am Ende entschloß sich das Wiener Cabinet, die

unzuverlässigen Mittelstaaten hinter sich zu lassen und ein neues Verständniß mit Preußen anzubahnen. Das that Graf Rechberg, der damals in Wien am Staatsruder saß, und der Conflict des deutschen Bundes mit Dänemark gab ihm einen natürlichen Anlaß, besondere Verabredungen mit Preußen zu treffen.

Auch in der Zollangelegenheit trug Preußen den Sieg davon. Die Mißstimmung zwischen Oesterreich und den Mittelstaaten erleichterte den letztern das Aufgeben der Sympathien und Anstrengungen, mit denen sie bisher Oesterreich in der Zollfrage zu Diensten gestanden hatten. Das ganze Gewicht der industriellen und Handelsinteressen fiel in die Wagschale und als der entscheidende Termin kam, nahmen sämmtliche Zollvereinsstaaten die preußischen Vorschläge an, einschließlich den Handelsvertrag mit Frankreich, und erklärten ihr Verbleiben im Zollverein, am 12. October 1864.

Während aller dieser Vorgänge in den höhern Kreisen des Bundestags und der fürstlichen Berathungen war auch das deutsche Volk in seinen Organen, der Presse, den Kammerverhandlungen und mannigfaltigen Vereinen, lebhaft aufgeregt und thätig. Man kann die vielen tausend Stimmen, die sich hier vernehmen ließen, mit dem Chorus der altgriechischen Tragödie vergleichen, um den sich die eigentlich handelnden Personen nicht viel bekümmern und der die Handlung nur mit Randglossen begleitet und commentirt, aber nicht thatkräftig eingreift, noch auch den handelnden Personen eine andere Handlungsweise aufnöthigt. Man war zwar von der Paulskirche her eine anmaßliche Sprache gewohnt, durch die sich aber keine Regierung mehr imponiren ließ. Es kam vor, daß politische Vereine in sehr kleinen Städten in Fragen der deutschen Bundesverfassung, des dänischen Conflicts, der Vorgänge in Italien und Polen förmliche Beschlüsse faßten und dem Bundestage vorschrieben, was er zu thun habe, aber kein Mensch achtete darauf. Dieses viele Geschwätz konnte dem Bundestag um so

weniger imponiren und das große deutsche Nationalinteresse um so weniger fördern, als sich auch jetzt immer noch die Thorheit von 1848 breit machte, nämlich die gänzliche Verranntheit in die französische Schablone liberaler Bestrebungen und Begeisterungen, ohne Verständniß der nationalen Aufgabe. Selbst der große Verein, der sich ausdrücklich Nationalverein nannte, war noch ganz in der Illusion der Paulskirche befangen, so daß er, als sich die preußische Regierung nicht von ihm commandiren ließ, Hand in Hand mit Oesterreich und dem mittelstaatlichen Particularismus gegen Preußen Front machte und sich in der unvernünftigsten Weise beeiferte, anstatt Deutschland einig zu machen, zu den vielen unnützen Mittel- und Kleinstaaten des deutschen Bundes in den Elbherzogthümern unter dem Augustenburger noch einen neuen schaffen zu wollen.

Der Nationalverein war unmittelbar nach dem Frieden von Villafranca am 27. Juli 1859, hauptsächlich durch den patriotischen Eifer des Gutsbesitzers von Bennigsen, des berühmten liberalen Abgeordneten aus Hannover, vorbereitet und unter den Auspicien des Herzog Ernst II. von Coburg gefördert, am 16. September in Frankfurt a. M. förmlich constituirt worden. Er schien nur die ehemalige Mehrheit der Paulskirche oder die Gothaer Partei fortzusetzen, da er Deutschland unter Preußen einigen wollte, mit Ausschluß Oesterreichs. Auch der Herzog von Coburg entwarf in diesem Sinne einen Bundesreformplan. Das ärgerte die Mittelstaaten, insbesondere die Regierung von Hannover, weil ein Hannoveraner sich bei Gründung des Vereins am eifrigsten betheiligt hatte. Deshalb erklärte Minister von Borries in der zweiten Kammer von Hannover am 1. Mai 1860: „Der Nationalverein will eine preußische Centralgewalt; das bedeutet soviel als eine Mediatisirung der deutschen Fürsten, zu der es, so lange das Recht noch heilig ist, nicht kommen darf und welcher entgegenzutreten die deutschen Staaten genöthigt werden, sich unter einander oder mit aus

wärtigen Mächten zu verbinden.“ Zum Lohn für diese patriotische Rede erhielt Borries von seinem König die Grafenwürde. Da der Nationalverein sich unterdeß in den Mittelstaaten ausbreitete und seine Wirksamkeit fortsetzte, trug die Darmstädter Regierung am 5. Januar 1861 beim Bundestage auf förmliche Unterdrückung des Vereins an, aber ohne Erfolg. Die Fürsten und ihre Minister begriffen sehr gut, daß ihnen der Verein nicht gefährlich sey, so lange er jeder Eitelkeit Gelegenheit gäbe, sich öffentlich auszuschwatzen. Sie hatten schon längst begreifen lernen, daß der deutsche Philister Phrasen für Thaten nimmt und befriedigt ist, wenn er nur Reden halten oder anhören kann. Die ungehinderte Agitation des Nationalvereins hatte daher auch keine praktischen Folgen und durchkreuzte nirgends die Politik der Fürsten.

Die Leiter des Vereins schienen das zu fühlen, und da der Verein als solcher nur eine Privatgesellschaft war, so suchte man nach einem Mittel, der Partei ein halb amtliches Ansehen zu verschaffen. Nicht ohne eine gewisse Schlauheit adoptirte man den Gedanken der Delegirtenversammlung, der von den Fürsten ausgegangen war, und improvisirte am 28. September 1862 in Weimar einen s. g. Abgeordnetentag, zu dem die Mitglieder sämmtlicher deutscher Ständeversammlungen, die mit dem Parteizweck einverstanden waren, sich zusammenfanden. Wieder einmal eine Art Vorparlament ohne Autorisation und daher auch nur ein Schein ohne Wesen. Diese Versammlung hielt noch am Programm des Nationalvereins fest, erklärte sich daher ausdrücklich gegen die Delegirtenversammlung, die von den süddeutschen Fürsten vorgeschlagen worden war, und verlangte ein frei gewähltes Parlament und die Reichsverfassung von 1848. Also schien die kleindeutsche Partei der Paulskirche wieder ins Leben getreten zu seyn und das hatte zur Folge, daß auch die großdeutsche Partei sich wieder regte und am 28. October 1862 eine große Versammlung in Frankfurt a. M. abhielt,

auf welcher sie beschloß, dem System der Nationalvereine ein System s. g. Reformvereine entgegenzusetzen. Beide hatten das deutsche Nationalinteresse zum Aushängeschild, die eine Partei war aber eigentlich nur die preußische, die andere die österreichische. Der rührigste Agitator für den Reformverein war Graf Lerchenfeld in München.

Als im folgenden Jahre Kaiser Franz Joseph den Fürstentag in Frankfurt eröffnete, wurde dort gleichzeitig auch wieder ein freiwilliger Abgeordnetentag abgehalten und an diesem kühnen Unternehmen, dem Fürstentag ein Quasiparlament nebenzuordnen, auch nicht gehindert. Denn diese Versammlung war den Fürsten nicht gefährlich. Sie verlieh ihrer Conferenz sogar einen populären Schein und war ihnen behülflich zur Agitation gegen Preußen. Denn damals schon hatten sich die Liberalen der Mittelstaaten von denen des Berliner Abgeordnetenhauses in den unvernünftigen Haß gegen das neue Ministerium Bismarck hineinreißen lassen. Der Abgeordnetentag, der mehr als 300 Stimmen zählte, erklärte, er sey nicht in der Lage, sich zu dem österreichischen Entwurf lediglich verneinend zu verhalten, doch fordere er die Gleichberechtigung der beiden Großmächte im Staatenbunde, ein aus freier Wahl hervorgehendes Parlament und die Wiederherstellung der Selbständigkeit der Elbherzogthümer unter der Herrschaft des augustenburgischen Mannsstammes. Eine solche Erklärung konnte den in Frankfurt versammelten Fürsten nur angenehm seyn, denn sie wies jeden Anspruch Preußens auf die Elbherzogthümer zurück und wollte dort nur wieder einen Klein- oder Mittelstaat gründen, also die Zahl der vorhandenen noch vermehren. Da sich diese Erklärung doch gar zu stark den Anschauungen des Wiener Cabinets näherte, und sonderlich die Reformvereine davon profitirten, trat eine Generalversammlung des Nationalvereins in Leipzig am 16. October zusammen, erklärte sich scharf gegen die österreichische Reformacte und wollte an der Reichsverfassung von 1848, d. h. am engern Bundesstaat festhalten. Dagegen

nun hielten auch die Reformvereine am 28. October eine Generalversammlung, vertheidigten die Reformacte des österreichischen Kaisers und hofften sie durchzusetzen, obgleich bei den Fürsten selbst nicht der geringste Eifer mehr dafür vorhanden war.

Der österreichische Minister Graf Rechberg rieth dem Kaiser, da er im eigenen Reich noch immer nicht mit den Ungarn hatte fertig werden können und da ihm sein Versuch mit den unzuverlässigen Mittelstaaten mißlungen war, sich lieber mit Preußen auszusöhnen und gemeinschaftlich mit ihm zunächst den dänischen Conflict zur Entscheidung zu bringen, beide in ihrer Eigenschaft als europäische Großmächte, und alle lästigen Bedenken und Einreden der mittlern und kleinen deutschen Bundesgenossen damit abzuschneiden. Die beste Auskunft, zu welcher Oesterreich greifen konnte. Einig mit Preußen braucht es weder vor einer äußern, noch vor einer innern Gefahr zu bangen. Die weise Politik des Grafen Rechberg ist verkannt worden. Aber die Nachwelt wird sie zu würdigen wissen.

Als Graf Rechberg am 4. Dezember 1863 zum erstenmal vor dem Wiener Reichstag das Einverständniß der Cabinette von Wien und Berlin öffentlich erklärte, erschrack man in den Mittelstaaten und steckte alles die Köpfe zusammen, hier die Cabinette, dort die Parteien. Die Mittelstaaten konnten nun nicht mehr aus der Eifersucht Oesterreichs und Preußens Kapital machen. Wenn diese beiden Großmächte eines Sinnes waren, so erschien der Bundestag in Frankfurt eigentlich überflüssig, denn die übrigen Genossen des deutschen Bundes waren zu schwach, sich dem Willen der beiden Mächtigen zu widersetzen. Aber auch die Parteien wurden kopfscheu. Was konnte der Nationalverein mit seinen Reden noch ausrichten, wenn die Großstaaten gemeinsam handelten? Was hatte der großdeutsche Reformverein noch in der Welt zu schaffen, wenn er nicht mehr gegen Preußen hetzen durfte, weil Oesterreich und Preußen einig waren? Beide Vereine hatten sich be-

reits für das Erbrecht des Prinzen von Augustenburg in Schleswig-Holstein erklärt. Eine solche Erklärung war in den Wind gesprochen, sobald die Großstaaten etwas anderes beliebten. Durch die Macht der Thatsachen in ihren Illusionen gestört und wie angedonnert, faßten sie sich doch wieder, um wenigstens ihrer Eitelkeit zu genügen. Schon am 6. Dezember versammelten sich die Corpsführer des kleindeutschen Nationalvereins und des großdeutschen Reformvereins in Nürnberg und schrieben einen Abgeordnetentag auf den 21. September nach Frankfurt a. M. aus. Hier versammelten sich wirklich über 400 Mitglieder meist mitteldeutscher Kammern und faßten wieder Beschlüsse, ohne irgend eine Vollmacht und auch ohne irgend welche Mittel, um denselben Kraft geben zu können. Hier erreichte die Thorheit des deutschen Liberalismus ihren Gipfelpunkt, einmal die fixe Idee der Philister, Worte seyen soviel werth wie Thaten, und zweitens die Vornirtheit, dem großen deutschen Nationalinteresse aufhelfen zu wollen mit einem neuen Kleinstaat an der Eider, da die Kleinstaaterei grade das Unheil Deutschlands war, was man hätte bekämpfen sollen. Wir kommen bei Besprechung des Dänenkriegs darauf zurück und bemerken nur, daß jener Abgeordnetentag nicht auseinanderging, ohne 36 seiner Mitglieder als einen permanenten „Sechsunddreißigerausschuß“ in Frankfurt zurückzulassen mit dem Auftrage, das Vorgehen zunächst der beiden deutschen Großmächte im Namen (aber nicht aus Auftrag) der deutschen Nation zu überwachen.

Außer dem National- und dem Reformverein, die einander gegenseitig neutralisirten, entstanden noch eine Menge andere patriotische Vereine, oder wurden schon bestehende zu immer größerem Umfang erweitert. Alle trugen das Panier des deutschen Vaterlandes vor sich her und machten bei Generalversammlungen und Jahresfesten einen gewaltigen Lärm. Die Gesangvereine kleiner Districte und Staaten zogen sich in große Sängerbünde zusammen, und ihre Prachtfeste

dauerten mehrere Tage lang. Desgleichen die Turnerfeste, Schützenfeste, Feste der Feuerwehrmänner. Auch Jahresfeste einzelner Berufsclassen, z. B. die Juristentage, nahmen eine mehr oder weniger politische Färbung an. Der wachsende Conflict mit Dänemark rief fast überall in Deutschland neue Schleswig-Holsteinvereine hervor und endlich waren überall, selbst in kleinen Städten liberale, demokratische, viel seltener conservative Clubs in Thätigkeit. Man bemerkte indessen, daß der Glanz der Feste, die Berauschung in öffentlicher Freude, die Eitelkeit des Redenhaltens, die Großthuerei der Trinksprüche, und vor allem das Wohlbehagen bei den reichlichen und oft wiederholten Zweckessen und bei den täglichen Trinkgelagen bei weitem mehr Theilnehmer anzog, als der patriotische Eifer oder der politische Gedanke. Einer überaus großen Menge war es nur um das Vergnügen zu thun. Viele Gewerbsleute ergriffen gern den Vorwand einer patriotischen oder politischen Pflichterfüllung, weil sie lieber schwatzen, trinken und müßig herumbummeln wollten, als arbeiten. Nicht Wenige, und zwar nicht blos Koryphäen wie der Darmstädter Metz, machten das patriotische Hausiren zu ihrem eigentlichen Geschäft. Es wurde in den Vereinen und bei den Zweckessen entsetzlich viel renommirt; alle diese Maulhelden aber waren spurlos verschwunden, als 1866 der Krieg ausbrach, und die, welche am ärgsten nach deutscher Einheit geschrieen hatten, waren die ersten, die sich bitterlich seufzend und ergrimmt über die Fortschritte des durch Preußen in die Hand genommenen deutschen Einheitswerkes beklagten.

Das erste allgemeine deutsche Sängerfest wurde am 21. Juli 1861 unter ungeheurem Zulauf von vielen tausend Sängern zu Nürnberg begangen. Dasselbe verlief ruhig, ohne politische Demonstrationen von irgend ernsterem Charakter.

Aus Anlaß eines Schützenfestes in Gotha in dem nämlichen Jahre trug daselbst Herzog Ernst auf die Stiftung des allgemeinen

deutschen Schützenbundes an, der im folgenden Jahre zum erstenmal in Frankfurt a. M. eingeweiht werden sollte. Es wurden ungeheure Vorbereitungen dazu gemacht und Gäste nicht nur aus dem ganzen deutschen Bunde, sondern auch von außen her eingeladen. Obgleich die Schweizer nicht zum deutschen Bunde gehören, so gehören sie doch alle, eine welsche Minderheit abgerechnet, zur deutschen Nation, und wenn auch viele unter ihren Schützen mehr auf den Ruhm ihrer Kunstfertigkeit und auf die reichen Gewinne und Ehrengeschenke sahen, als auf nationale Sympathien, so war es doch recht, da sie gerne kamen, sie als echten deutschen Volksstamm mit fliegenden Fahnen zuzulassen. Nun glaubten aber auch die Italiener, durch so manche ehrvergessene Aeußerung der deutschen Presse irre geführt, sich als Gäste beim deutschen Schützenfeste melden zu dürfen, und auch das Frankfurter Comité war so kopflos, dem von Garibaldi zur Beschickung Frankfurts aufgerufenen italienischen Schützenverein zu erklären, daß sie bei dem deutschen Nationalfeste willkommen seyn würden. Was war das für eine Vorbereitung zu einem deutschen Einheitsfeste, wenn man dabei Garibaldi's Alpenjäger willkommen heißen wollte, von deren Ruf morte ai Tedeschi noch die lombardische Luft widerhallte! Indessen wurde das Niederträchtige doch nicht ausgeführt, denn die Schützen von Bayern und Tirol weigerten sich, nach Frankfurt zu kommen, wenn die Italiener nicht augenblicklich abgewiesen würden. Das geschah nun und den Frankfurtern wurde die Schmach erspart, die Italiener mit der schon bereit gehaltenen Marmorstatue Garibaldis triumphirend in ihre Mauern einziehen zu sehen.

Während der Vorbereitungen und Bauten der Festhalle und den Schützenständen brach am 6. Juli 1862 ein furchtbarer Orkan aus und zerstörte einen großen Theil der Arbeit, doch wurde alles mit größter Anstrengung wieder hergerichtet und das Fest konnte am 12. beginnen. Es war überaus großartig, der Festzug wurde vom Herzog

von Coburg eröffnet. Unter den Gästen wurden am meisten die schönen und gewaltigen Tiroler in ihrer Landestracht bewundert, aber auch die tausend Schweizer, die alle auf ihren Hüten Alpenrosen trugen, mit großer Herzlichkeit begrüßt. Das Fest war und blieb vorzugsweise ein Schützenfest, denn das Schießen war den Betheiligten die Hauptsache. Unbestritten trugen die Schweizer mit den meisten Gewinnsten auch den Ruhm ihrer Kunst davon. Die Tiroler kamen ihnen aber so nahe, daß man glaubt, wenn ihre Gewehre nicht schlechter gewesen wären, würden sie den Sieg davon getragen haben.

Was die politische Seite des Festes anlangt, so fehlte es natürlicherweise nicht an jenen obligaten Prahlereien mit deutscher Einheit, die in den letzten Jahren in dem Maaße zugenommen haben, in welchem die wirkliche Einheit immer mehr in die Brüche gegangen ist. Man hatte in Frankfurt eine kolossale Statue der Germania errichtet. Zum Ueberfluß figurirte auch noch eine Schauspielerin als lebendige Germania, schimmerte Frankfurt von den deutschen Farben und wurde in Prosa und Versen, in Reden und Trinksprüchen das große deutsche Vaterland gefeiert. Aber unter diesem glänzenden Scheine ließ sich der reelle tiefe Zwiespalt der Nation nicht einmal auf ein paar Tage zudecken, sondern brach in seiner ganzen Häßlichkeit als derselbe klein- und großdeutsche Gegensatz hervor, in dessen Kluft das deutsche Parlament in demselben Frankfurt begraben worden war. Am 15. Juli beging Metz, der sich mit seiner Redseligkeit überall hervorzudrängen pflegte, die Taktlosigkeit, von Deutschlands Schmerzenskindern zu reden, und als dieselben die Kurhessen, die Schleswig-Holsteiner und die Deutsch-Oesterreicher zu bezeichnen. Unmittelbar nach ihm ergriff der junge Professor Wildauer aus Tirol das Wort und sagte: „Wir sind keine Schmerzenskinder. Wir hängen treu an unserem Kaiser und sagen es unverholen. Wir haben ein Vaterland und haben Ursache es zu lieben. Wir geben keinem deutschen Stamme und Lande das

Privilegium, von sich zu sagen, daß es deutscher fühlt als wir. Wir haben einen Kaiser, der bei Villafranca es vorgezogen hat, sein Reich zu verkleinern, um keinen Fußbreit deutschen Landes am Rhein hinwegzugeben. Oesterreich hat so gut wie andere mitgewirkt, das gefallene Recht in Kurhessen wieder aufzurichten, und seyen Sie überzeugt, in Zukunft wird dasselbe Oesterreich auch mitwirken, daß das zertretene Recht wieder aufblühe in Schleswig-Holstein. Wir sind keine Schmerzenskinder, wir stehen in Deutschland, wir stehen fest auf deutschem Boden. Wir sind hierher gekommen, um unser Recht zu üben als Angehörige derselben Familie. Wir sind nicht Gäste, wir gehören hierher als Kinder des Hauses. Wir sind auch nicht mit leeren Händen gekommen. (Die Tiroler hatten die Fahne mitgebracht, die sie in den Schlachten in Italien getragen.) Vor einigen Jahren sind wir, wie wir jetzt zum friedlichen Wettkampf nach Frankfurt gezogen, auch an die Grenzmarken Deutschlands geeilt, auch dort haben wir Schützenfeste gefeiert, aber von blutigem Ernst. Es waren keine Schmerzenskinder, die dort den frechen Angriff zurückgewiesen haben. Wir werden ferner die Wache halten an den Grenzen und dafür sorgen, daß uns der Feind nicht einmal eine Alpenrose stiehlt. Wenn aber einst der Erbfeind deutschen Namens seine Hände nach den Rebenhügeln des Rheins ausstreckt, dann werden wir Oesterreicher und Tiroler auch am Platze seyn und werden nicht glauben, damit eine Pflicht zu erfüllen, nein wir nehmen das Recht dazu in Anspruch. Denn wir wollen die erhabene Mutter Germania nicht bei lebendigem Leibe seciren." Das war gut gesprochen. Der Conflict überhaupt bewies aber, wie wenig man in Deutschland, trotz alles Toastirens, einig war.

Bei dem großen eidgenössischen Schützenfest zu La-Chaux-de-Fonds im Juli 1863 fanden sich auch viele deutsche Schützen ein, unter denen mehrere Redner zum Ekel der Schweizer selbst diese wegen ihrer republikanischen Tugenden bis in den Himmel erhoben, dagegen auf

Deutschland schimpften und mit den anwesenden Italienern fraternisirten. Auf dem Schützenfest in Mannheim in demselben Jahre kamen ähnliche Ungebührlichkeiten und Unverschämtheiten vor.*) Am 3. Aug. desselben Jahres fanden sich viele tausend deutsche Turner zu einem großen Turntag in Leipzig ein und diese, sowie die großen Sängerfeste wiederholten sich seitdem alle Jahre. Am 17. Juli 1865 begann das zweite große deutsche Schützenfest in Bremen. Auch hier zeigte sich mehr radikaler Schwindel, als deutsches Nationalgefühl. Die deutschen Schweizer zogen mit einer Fahne auf mit der Inschrift: Tireurs Suisses und einer ihrer Redner durfte ungestraft die Deutschen hofmeistern, sie hätten in der Schweizer Schule noch nicht genug gelernt, um ins gelobte Land der Freiheit einziehen zu können. Die anwesenden Preußen wurden beleidigt. Indem die Schützen durch die Straßen zogen, wurden sie so reichlich mit starkem Wein bewirthet, daß sie schaarenweise umfielen. Ein Woche nachher, vom 22. Juli an, wurde ein noch größeres allgemeines deutsches Sängerfest in Dresden begangen, wobei sich 20,000 Sänger einfanden und alles gemüthlicher herging.

Die deutschen Demokraten hofften, indem sie das Volk trunken zu machen suchten, es in revolutionäre Hitze zu bringen, wie denn wirklich

---

*) „Einer Nachricht der Kreuzzeitung von 1863 Nr. 178 zufolge trugen die bei einem Schützenfest in Mannheim anwesenden Schützen kein Bedenken, in Gegenwart des Großherzogs von Baden wegen der Hitze die Röcke auszuziehen. Als der Bürgermeister von Mannheim den ersten Toast auf den Großherzog ausbrachte und sich vor demselben neigte, schrie einer, er solle sich umdrehen und zum Volke reden. Als der Großherzog den Toast erwiderte, rief man: lauter sprechen! Dann folgten wilde demokratische Reden, wurde gegen Tyrannen und Fürstenknechte, gegen Fürsten, Pfaffen und Bismarck gedonnert. Von den so heftig angefeindeten Fürsten wurde der gegenwärtige Großherzog ausdrücklich ausgenommen und einer wollte ihn sogar zum deutschen Kaiser machen."

die Schweizer in den Jahren vor dem Sonderbundskriege durch unaufhörliche Volksversammlungen, Sänger- und Schützenfeste, durch ewiges Saufen, wildes Geheul und kolossale Redefrechheit in den Krieg gehetzt worden waren.

Wichtiger als die Vereine der gebildeten Classen, der großmauligen Redner und Zweckesser waren die Arbeitervereine, Arbeiterversammlungen und Arbeitseinstellungen. Die sociale Frage begann, sich langsam, aber unwiderstehlich in die politischen Fragen einzudrängen. Der Liberalismus hatte den Höhepunkt seiner Macht erreicht und seine Unfähigkeit, den wahren Bedürfnissen der Völker zu genügen, wurde immer offenkundiger. Mit ihm und durch ihn nämlich herrschte die Mittelclasse, und wurde immer mächtiger durch Beraubung der bisherigen höhern Classen, des Adels und Klerus einerseits, und durch Unterdrückung, Knechtung und Exploitirung der niedern, arbeitenden Classe andererseits. Indem sie allein das Volk zu seyn behauptete, tyrannisirte sie die beiden andern Classen des Volks. Die Monarchie ließ sich das gefallen, so lange sie nicht selber angefochten wurde. Ludwig Philipp, dessen Regierung in dieser Beziehung mustergültig war, dem aber viele andere constitutionelle Regierungen nachahmten, verband sich auf das engste mit dem liberalen Mittelstande gegen Klerus und Adel und gegen das Proletariat. Mit Hülfe der Regierungen nun und der zweiten Kammern, in welche vorzugsweise die Mittelclasse wählte, verschaffte sich diese Classe das Monopol der Gesetzgebung und zog alles Capital an sich, indem sie Klerus und Adel seiner alten Rechte und seines alten Besitzes beraubte, noch viel mehr Capital aber aus der Arbeit des Proletariates zog. Aller Gewinn der Arbeit fiel den reichen Unternehmern, den s. g. Arbeitgebern zu, die Arbeiter selbst standen stets vor dem Hungertode und wurden künstlich in dieser Noth erhalten. Beschwerten sie sich, so waren die liberalen Kammern und die liberale Presse scheinbar ihre eifrigsten

Vertheidiger, schlugen aber niemals vor, ihnen Brod zu geben, sondern gaben ihnen nur papierene Rechte, Wahlrechte, Gewerbefreiheit, Freizügigkeit 2c. Aber die Wahlzettel enthielten keinen Nahrungsstoff, mit Wahlzetteln konnten sie den Hunger ihrer armen Kinder nicht stillen. Die freie Concurrenz, um derentwillen man sie beglückwünschte, war gerade ihr Verderben. Der kleine Handwerker hatte nicht Capital genug, um mit den großen Fabrikherren concuriren zu können, mußte ihm also als Arbeiter um geringen Lohn dienen. Wer aber einmal in der Fabrik arbeitete, wurde so kärglich bezahlt, daß er nie ein eigenes Capital sammeln konnte, und durch kleine Vorschüsse, die ihm der arglistige Fabrikherr machte, kam er gänzlich in dessen Gewalt, mußte sein ewiger Schuldner bleiben und sich alles von ihm gefallen lassen. So wurden Millionen arbeitsame Menschen die Leibeigenen der Fabrikherren und großen Capitalisten und mehrten mit ihrer Arbeit den unermeßlichen Reichthum dieser Müßiggänger, welche herzlos das Volk mißhandelnd, doch immer mit ihrem Liberalismus prahlten. Kamen die armen Arbeiter in Zorn und Verzweiflung, so wurden sie von den liberalen Chorführern mit teuflischem Hohn gegen die Kirche gehetzt. An allem Elend der Welt seyen die Pfaffen schuld und das Christenthum, welches die Menschen knechte und verdumme. In allen Handwerkerherbergen und Arbeitervereinen, sogar in den Spitälern wurden die gottlästernden Bücher von Strauß, Renan und den modernen Materialisten verbreitet.

Die liberalen Kammern und Zeitungen haben Unglaubliches geleistet, um die arbeitende Classe zu täuschen und ihr zu verbergen, wer allein ihr Feind ist. Alles versprechen sie für die Arbeiter zu thun. Nur die reichen Geldsäcke sollen unangetastet bleiben. In England und Frankreich fingen die Arbeiter an, sich selber zu helfen. Zuerst zu Leeds in England wußten sich die Leineweber eine eigene Dampfmaschine zu verschaffen, arbeiteten damit und theilten den Gewinn, der

sonst einem einzigen Fabrikbesitzer zugefallen wäre. Aber daß dieses Beispiel nicht nachgeahmt würde, dagegen war die ganze Welt des Capitals verschworen. Nur die Consumvereine wurden geduldet und belobt, denn indem sie möglich machten, daß der Arbeiter um einige Pfennige wohlfeiler essen konnte, lachte der Fabrikherr ihn aus, gab ihm ein paar Pfennige weniger Lohn und trug auch von dieser Maßregel allein den Gewinn davon.

In Deutschland war Schultze-Delitzsch, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, der große Advokat des Geldsacks contra die Arbeiter. Indem er auf der Höhe des politischen Liberalismus stand, wollte er das Flämmchen austreten, ehe die Flamme daraus würde, die das ganze Gebäude des modernen Liberalismus verzehren sollte. Durchaus nur Beschützer des Capitals und der Fabrikherren, ließ er diesen alles, was sie bisher mit so schnödem Unrecht besaßen, und forderte nichts von ihnen; alles aber forderte er von den Arbeitern, indem er ihnen mit unerschöpflicher Beredsamkeit Rath ertheilte, wie sie es machen, wie sie sich einschränken, wie sie sparen müßten, um nicht zu verhungern, ohne daß es ihren Tyrannen einen Pfennig kosten dürfte. Der Sinn der weisen Belehrung war: nur dem Einzelnen thut der Hunger weh, hungert ihr gemeinschaftlich, so ist euch geholfen.

Gegen diese liberale Schönrednerei trat der schlesische Jude Lasalle mit der überwältigenden Wahrheit auf, daß die Volksarbeit einer völlig neuen Basis der Gesellschaft und einer Reorganisirung des Staates überhaupt bedürfe. Die Staatsgewalt begünstigte unter dem System des liberalen Oekonomismus ausschließlich die Capitalisten und die arbeitende Classe blieb ohne Schutz. In Frankreich hatten daher die Arbeiter schon mehr als einmal den Staat umwälzen wollen, um in eine bessere Lage zu kommen. Mit der zerstörenden Gewalt ist es aber nicht gethan. Es bedarf einer auferbauenden, belebenden Thätigkeit, einer gesunden Reorganisation der menschlichen Gesellschaft.

Im Jahr 1863 wurde die Arbeiterfrage in großen Arbeiterversammlungen in Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M. auf das lebhafteste besprochen und plazten hier die Anhänger von Schultze-Delitzsch und Lassalle heftig auf einander, ohne daß sie sich vereinigen konnten. Die immer noch zahlreichen Anhänger der alten Handwerksinnungen hielten 1862 einen ersten Handwerkertag in Weimar ab, und in den folgenden Jahren noch einen in Frankfurt a. M. und einen in Köln, ohne durchdringen zu können, obgleich sie nur für das Vernünftige und nicht für die Mißbräuche des Zunftwesens votirten und schlichte Handwerker sehr gute Wahrheiten sagten.*) Hübbe aus Hamburg und Schüren aus Aachen waren die Führer dieser Partei. Von Köln aus wurden durch Kolping katholische Gesellenvereine gegründet, um der Gottlosigkeit entgegenzuarbeiten, welche die Liberalen und Demokraten den Arbeitervereinen einzuimpfen suchten. Lassalle war leider ein frivoler Jude, ein Don Juan bei vornehmen Damen und fand in einem Duell den Tod. Seiner richtigen Anschauung der Arbeiterfrage fehlte die religiöse Weihe, ohne welche die Association der Arbeiter ihr eigentliches Ziel niemals erreichen kann.

Principiell ist zu bemerken, daß die Arbeiterfrage sich in Extremen

---

*) So sprach der Maurermeister Pesche von Breslau: „Die ersten Gegner der Gewerbeordnung sind die Fabrikherren, denn diesen machen wir Concurrenz. Die zweiten Gegner sind die Idealisten, die sprechen und reden viel, und denken wirklich, daß, wenn das Wort ‚Freiheit‘ bloß gebraucht wird, daß darin schon die ganze Glückseligkeit liegt. Die dritten Gegner sind die Intriganten, das sind die Männer, welche eine Volksumwälzung haben wollen, das sind die Männer, die den Handwerker erst dahin bringen wollen, daß er Hunger bekommen, und daß er durch den Hunger zum Verbrechen verleitet werden soll, und das nennen diese Leute ‚Volks-Wirthschaft‘ (Stürmischer Beifall). Die vierten Gegner sind die Juden. Sie wollen Meister werden, ohne daß sie ein Handwerk gelernt haben. Aber sie vergessen vollständig, daß sie von der dritten Partei zuerst erwürgt werden.“.

bewegt, deren Gegensatz sich nur in einer christlich germanischen Praxis ausgleichen könnte. Im Romanismus ist der Begriff des persönlichen Eigenthums bis zur äußersten Härte gegen andere ausgebildet und durch das römische Recht weiter ausgebreitet worden. Im Slavismus hat sich dagegen der Begriff des gemeinschaftlichen Besitzes einer ganzen Horde und Dorfgemeinde fortgepflanzt. Daher bekanntlich die slavische Nichtachtung des persönlichen Eigenthums. Nur im Germanismus ist das natürliche Recht der Person auf Eigenthum mit der socialen und religiösen Pflicht ausgeglichen worden, sofern er im Mittelalter alles Eigenthum nur als göttliches Lehen oder anvertrautes Gut ansah, dessen Nutznießung an Erfüllung von Pflichten gebunden war. Daraus folgte das Zusammenstehen im Genuß gleicher Rechte und in der Ausübung gleicher Pflichten in den Genossenschaften. In diesen wurde Jedem sein Eigenthum, seine Arbeit und der Lohn derselben, mit einem Wort die ökonomische Existenz gesichert, wurde zweitens Jedem Antheil an der Ehre und verhältnißmäßigen Macht der Genossenschaft gesichert, wurde drittens jede unnatürliche und den Arbeiter um seinen Lohn betrügende Concurrenz vermieden, sofern kein Capitalist, der von der Arbeit nichts verstand, dieselbe treiben durfte, sondern nur gelernte Meister, die selber mit ihren Gesellen und Lehrlingen arbeiteten. Daß der Mangel an Concurrenz innerhalb desselben Gewerbes der Gesellschaft keinen Schaden brachte, dafür sorgte die Ehrenhaftigkeit des Standes und die gegenseitige Controle aller Gewerbe. Das Genossenschaftswesen hielt viertens, indem es jedem Genossen herkömmliche und unabänderliche Pflichten auflegte, Zucht und Sitte aufrecht. Meister, Gesellen und Lehrlinge lebten und arbeiteten immer zusammen und bildeten eine Familie, eine Häuslichkeit. Darin lag ungleich mehr gesunder Menschenverstand und Rücksicht auf das Wohl Aller, als in unseren heutigen Zuständen, in welchen trotz aller liberalen Gesetze der Arbeiterstand in seiner ökonomischen Existenz stets bedroht ist, statt der Standes-

ehre nur Verachtung von den Reichen einerntet, politisch ganz ohnmächtig und bei der Gesetzgebung nicht vertreten ist, ja zu völliger Sclaverei erniedrigt würde, wenn er sich nicht zuweilen durch eine Revolution Luft machte. Das sind wahrlich unhaltbare Zustände, in welchen der Arbeiter durch maßlose Concurrenz wie ein armes Wild durchs Leben gehezt wird, bald um den Lohn verkürzt, bald ganz ausgestoßen und dem Hunger preisgegeben, so daß man sich endlich nicht wundern darf, wenn sich Zorn und Verzweiflung seiner bemeistern, wenn er sich über sein Elend durch Branntweingenuß und Lüderlichkeit wegzutäuschen sucht und Gott anklagt und lästert, der ihm kein besseres Loos beschieden habe.

Zweites Buch.

Die Desorganisation in Oesterreich.

Nach so schrecklichen Erfahrungen, wie sie Oesterreich im lombardischen Kriege 1859 machte, hätte man erwarten sollen, das Grundübel der Verwaltung der österreichischen Monarchie würde sofort erkannt und gehoben werden. Allein es ist nicht geschehen. Alles kam darauf an, der Judenwirthschaft ein Ende zu machen, die mit der tiefen Corruption in den einflußreichen Kreisen sowohl der Aristokratie, als der höhern Beamtenwelt zusammenhing, durch die fast ausschließlich von Juden geleitete Presse auch die Mittelclassen systematisch irre führte und entsittlichte, und die Monarchie des katholischen und überhaupt christlichen Charakters entkleidete. Obgleich aber ein Theil der ungeheuern Betrügereien, durch welche die Finanzen des Staats so tief heruntergebracht worden waren, enthüllt wurde und in Folge dessen nicht nur der Chef der Armeeverwaltung, Feldmarschall-Lieutenant von Eynatten, und der Director der österreichischen Kreditanstalt, Richter, sondern sogar auch der berühmte Finanzminister von Bruck

selbst als Mitschuldige an dem großen Staatsbetruge sich aus Verzweiflung entleibten, waren doch der Mitschuldigen zu viele, als daß nicht durch Bestechungen und Drohungen und durch die Beschönigungen der allmächtigen Judenpresse weiteren Enthüllungen vorgebeugt, die ganze Tiefe des Abgrunds von Verbrechen verschleiert worden wäre. Wie die Betrügereien sonderlich in der Armeeverwaltung unbeirrt fortdauerten, erwies sich später in dem traurigen Feldzuge von 1866.

Ueber dieses Grundübel der österreichischen Monarchie habe ich so weit es mir zuverlässige Quellen möglich machten, ausführliche Details im zweiten Buch des ersten Bandes meiner Geschichte des Krieges von 1866 mitgetheilt, weil der traurige Ausgang jenes Krieges für Oesterreich wesentlich dadurch motivirt war. Ich weise auf jene Darstellung hin, ohne mich auf diesen häßlichen Gegenstand hier nochmals näher einzulassen.

Nur eine Thatsache muß nachträglich noch hervorgehoben werden. Ein „hochgestellter Geistlicher Oesterreichs" sagt in dem „offenen Sendschreiben an die Ultramontanen Bayerns und Süddeutschlands": „Die Umgebung, die man dem jungen, aufrichtig frommen Kaiser an die Seite gab, konnte nicht schlimmer seyn. Bekannte Wüstlinge und Roués wie Graf Grünne, G. d. C. Fürst Lichtenstein waren nicht die Männer, die auf den jungen, feurigen und vom besten Willen beseelten Monarchen einen wohlthätigen Einfluß ausüben konnten. Graf Grünne, dessen ganzes Hauptbestreben die Pflege des k. k. Hofpferdestalles war, entblödete sich nicht, vor seinen Creaturen im Hofe des k. k. Marstallgebäudes in seiner gewohnten rauhen Manier freche Witze über kirchliche Einrichtungen und Gebräuche zu reißen. Seinem Stallpersonal gestattete er nicht einmal an Sonn- und Festtagen den Besuch der h. Messe. ‚Herrendienst geht über Gottesdienst!' fuhr er einen Reitknecht in seiner näselnden Sprechweise an, der sich beschwerte, daß er seit Monaten in keiner Kirche war. ‚Man kann auch im Pferdestall

beten!' war eine seiner häufigen Aeußerungen. Als ein Reitknecht einst zwei von dem englischen Bereiter Holmes nach Wien gebrachte englische Lotterbuben verdientermaßen durchprügelte, weil diese frechen Bengel sich über die katholische Kirche lustig gemacht und die Gebräuche der h. Messe verspottet hatten, ohrfeigte der edle Graf höchsteigenhändig den braven Reitknecht, schimpfte ihn einen lumpigen ‚Pfaffenknecht' und ließ ihn 48 Stunden krummschließen und bei Wasser und Brod fasten, damit ihm die ‚Frömmigkeit ferner vergehe.' Feiertage gab es für Grünne überhaupt nicht. Er besuchte am Charfreitage eben so gewiß die Ställe, wie am h. Weihnachtstage. ‚I kenn kane Feiertage — äußerte er oftmals — meine (!) Pferd' woll'n heute ebenso fressen, wie an jedem Tage &c.'" Nur zum Spaß ließ Grünne die neue Reitschule einsegnen und verhöhnte nachher die servilen „Pfaffen," die in Pontificalibus diese Ceremonie vornahmen. Das war Hofton.

Derselbe hochgestellte Geistliche sagt von der Judenherrschaft in Wien, sie sey durch Bruck in Flor gekommen. (Sie war indeß schon lange, schon seit Thugut, vorbereitet). Der Finanzminister Bruck „schuf so recht eigentlich die Macht und das Ansehen der Geldjuden, und gab dieser aller Gesinnung und Patriotismus baaren Kaste eine Bedeutung, an welche diese selbst nie gedacht hätte. Die Geldjuden, die Todescos, Springers, Wodianers, Epsteins, bis herab zu den kleinern, den Brandeis, Weickersheim u. s. w. gingen bei Bruck aus und ein, bald beherrschte er nicht mehr sie, sondern sie ihn. Die Juden, noch vor wenig Jahren fast mittelalterlich gedrückt, fühlten sich nun gehoben und wurden noch frecher und unverschämter als zuvor. Im Jahre 1859 hieß es allgemein, das Haus Brandeis-Weickersheim sei ‚wackelig' geworden. Bruck wendete die Gefahr ab, stützte das Geschäft und rettete Madame Auguste Brandeis ihre Burgtheaterloge, ihre Pferde und Equipage und ihre glänzenden (!) Salons, in welchen die Börsenjuden vom Schlage der Ponzen, Mannheimer und einige Burgtheater-

comödianten als Hauptcourmacher figuriren. — Bruck fehlte bei keinem Wiegenfeste, bei keiner silbernen Hochzeit einer Geldjudenfamilie, er war der Intimus derselben und wurde von ‚Frau Regine‘ und ‚Frau Judith‘ in echt jüdischer Familiarität gewöhnlich nur ‚unser Bruck‘ genannt. Seit Bruck datirt sich die eigentliche Judenwirthschaft in Oesterreich, die Herrschaft der Börsen- und Geldmatadore, dieser Pest des Kaiserstaates. Bald wird es keinen Geldjuden in Oesterreich mehr geben, der nicht baronisirt oder decorirt ist. Wodianer ist Baron, Sina geheimer Rath und Großkreuz der höchsten Orden, Todesco, Ritter von, die meisten übrigen besitzen Groß- und Comthurkreuze. Selbst der rothhaarige, geizige Jude Wertheim, der Reclameheld für die feuerfesten Cassen, die jedoch längst durch Concurrenz in Schatten gestellt sind, wurde Ritter, (edles Ritterthum!) und Truchseß. Ein anderer Jude, der mit Leder handelt, avancirte zum kaiserlichen Rathe. Der vor den Schranken des öffentlichen Gerichtes in seiner ganzen Erbärmlichkeit an den Pranger gestellte Börsenschwindler Eduard Warrens wurde k. k. Hofrath (!) und der Handelskammerjude Winterstein hat Aussicht, demnächst cisleithanischer Handelsminister und Excellenz zu werden. So stehen die Dinge in Oesterreich, in Folge des Bruck'schen Systems. Die Börse regiert und die Minister verwalten nur noch. Der Creditactienschwindel, die Promessenwirthschaft, die Bruck nach Oesterreich brachte, haben Tausende zu Betrügern, Bettlern, Schurken und Selbstmördern gemacht.“

Auch in der Armee war der christliche Sinn tief gesunken. „So gab bekanntlich Benedek keine Zeit zur Osterbeichte — als der päpstliche Segen angeboten wurde, sagte er: ‚Sorget nur, daß Gott neutral sey, für das Uebrige werde Ich sorgen!‘ Vor der Schlacht wurde sonst die Benediction ertheilt, diesmal zum erstenmale nicht, weil es hieß: ‚Das demoralisirt das Selbstgefühl des Soldaten!‘ Jetzt erfährt man vom Graf Gondrecourt, der im dänisch-deutschen Kriege

Commandant der eisernen Brigade, dann eine Zeit lang Erzieher des Kronprinzen Rudolph, zuletzt Vicecommandant des Armeecorps des Clam-Gallas war, Folgendes: Der Herr Graf hatte im letzten Feldzuge einen Trainknecht, der ihm nicht schnell genug aus dem Wege fuhr, vom Pferde gehauen, und als ein dazu kommender k. k. Feldkaplan ihn abhalten wollte, den schon Halbtodten noch ferner zu mißhandeln, sich mit dem Rufe: ‚Du verfluchter Pfaffe!‘ gegen den Priester gewandt und diesen mit dem flachen Säbel furchtbar gehauen, dann gegen einen hinzueilenden Generalstabsoffizier, der ebenfalls abwehren wollte, einen wüthenden Säbelhieb geführt, den dieser nur auf Kosten seines halb durchgehauenen Oberarms pariren konnte. Der Feldbischof Dr. Dominik Mayer nahm sich des Feldkaplans an. Er sandte seinen Vicar zum General Gondrecourt, der ihn nicht aussprechen ließ, sondern ihn mit einem: ‚Der verfluchte Pfaffe soll mich — — — —‘ zum Hause hinauswarf.“

Hätte man in Oesterreich die rechten Mittel angewandt, um die Monarchie wieder moralisch und finanziell zu kräftigen, so würde die gerechte Strafe zu viele und zu hohe Beamte und Geldmänner haben treffen müssen, und diese waren in der Lage, sich davor schützen und nach wie vor aus dem Ruin des Staates ihren Privatvortheil ziehen zu können. Das politisch gänzlich unreife Publikum wurde anderweitig beschäftigt, daß es den wunden Punkt nie berühren durfte, und wehe dem ehrlichen Manne, der es je wagte, darüber die Wahrheit zu sagen. Man hatte eine Zaubersalbe bereit, womit man dem Publikum die Augen bestrich, daß es etwas ganz anderes sah, als was es hätte sehen sollen, und diese Salbe wurde hauptsächlich durch die Judenpresse präparirt und unter die Leute gebracht. Das war nämlich die liberale Schablone, für welche man die guten Oesterreicher begeisterte. Mit diesem constitutionellen Spielzeug hatten sich ja schon in so vielen andern Staaten die politischen Kinder befriedigen lassen! Habt ihr zu

klagen, hieß es, so wählt und laßt euch wählen; dann könnt ihr lange schöne Reden halten und auch selber Minister werden. Was wollt ihr mehr?

Die Mißstimmung in den Bevölkerungen des Kaiserstaats nach den Niederlagen von 1859 und der Finanzzerrüttung wurde beschwichtigt durch liberale Versprechungen im ausgedehntesten Maaß. Die Einberufung des vermehrten Reichstags diente zur Vorbereitung und wurde auch in den deutschen und slavischen Kronländern gut aufgenommen. Nur Ungarn trotzte und glaubte der Wiener Regierung, die so viele Fehler machte, nicht immer und immer wieder die schwersten Opfer bringen zu sollen. Es forderte seine Verfassung von 1848 zurück. Da nun auch von Frankreich aus Gerüchte in Umlauf gesetzt waren, es wolle sich ein französisch-preußisch-russisches Bündniß anspinnen, und andererseits Kossuth von London und Garibaldi von Italien aus auf die Unzufriedenheit von Ungarn speculirten, um auf revolutionärem Wege Italien mit Ungarn und schließlich mit Polen zu conföderiren, ergriff Kaiser Franz Joseph gern die ihm von Preußen und Rußland dargebotene Hand in der Zusammenkunft, die er mit den Regenten dieser Staaten am 22. October 1860 in Warschau hatte. Indem er so für die äußere Sicherheit seines Reichs besorgt war, hoffte er auch die innere allmälig befestigen zu können, weshalb er gleichzeitig, am 20. October, seinem Reich eine neue Verfassung ankündigte. Um dieselbe so recht nach der Mode der Zeit nach allen Anforderungen der liberalen Schablone ins Werk zu setzen und damit der großen Mehrheit der Liberalen in und außer Oesterreich zu schmeicheln, wurde wieder der alte, am meisten dazu passende Acteur aus seiner politischen Vergessenheit hervorgeholt, der von der Paulskirche wohlbekannte Herr v. Schmerling. Es handelte sich aber jetzt nicht blos um eine Reichsverfassung für das ganze Kaiserthum. Schon der Ungarn wegen mußte man auch auf die einzelnen Kronländer und Nationalitäten

Rücksicht nehmen. In dem Programm, welches Schmerling am 23. Dezember ausgehen ließ, wurden daher auch den Landtagen aller einzelnen Kronländer liberale Concessionen gemacht und weitgreifende Rechte gewährt, Oeffentlichkeit der Verhandlungen, Initiative der Gesetzgebung und unmittelbarer Einfluß auf den Reichsrath der Gesammtmonarchie, denn der letztere sollte gemäß dem früher auf den deutschen Bund berechneten Delegirtenproject nur aus den Landtagen der einzelnen Kronländer ausgewählt werden. Die neue Reichsverfassung wurde am 26. Februar 1861 sammt den neuen Reformen der einzelnen Provinziallandtage verkündet, der Reichstag am 1. Mai eröffnet.

In der Thronrede betonte der Kaiser die Freiheit, die er der nationalen Entwicklung jedes einzelnen Kronlandes gewähre, und zog daraus die Folgerung, daß jede der im Kaiserstaat vereinigten Nationalitäten, indem sie diese Freiheit genieße, sie auch den andern gönnen und daß sie alle harmonisch zur Einheit zusammenwirken würden. Ein am 8. April erlassenes Protestantengesetz, welches Toleranz athmete, hatte besonders zum Zweck, die Protestanten in Ungarn zu versöhnen. Die im Reichsrath sitzenden Erzbischöfe baten den Kaiser schon am 6. Mai in einer Adresse, er möge doch verhüten, daß die Monarchie ihren katholischen Charakter verliere. Eine bedeutsame Mahnung. Der österreichische Episcopat war an schweigenden Gehorsam gewöhnt. Die Gefahr mußte dringend seyn, wenn er das Schweigen brach. Aber das System Schmerling, die liberalen Concessionen, die Vorliebe, die der Staat für die Protestanten und noch viel mehr für die Juden hegte, und die alle christliche Frömmigkeit und Moral offen verhöhnende Judenpresse mußte endlich diesem unterthänigen Episcopat wenigstens einen Seufzer erpressen.

Der neue Reichsrath bestand aus einem Herren- und einem Abgeordnetenhause. Zum ersteren gehörten die kaiserlichen Prinzen, die hohe Aristokratie und Geistlichkeit, vorbehältlich verdienter Männer, die

der Kaiser auf Lebenszeit ernennen würde. Das Abgeordnetenhaus sollte 343 Mitglieder zählen, sämmtlich Delegirte aus den Landtagen der einzelnen Kronländer, und zwar aus Ungarn 85, Böhmen 54, Galizien 38, Siebenbürgen 26, Mähren 22, Lombardo-Venetien 20, Niederösterreich 18, Steiermark 13, Tirol 12, Oberösterreich 10, Croatien 9, aus den übrigen weniger. Diese Abgeordneten kamen aber lange nicht in voller Zahl zusammen. Ungarn, Croatien und anfangs auch Siebenbürgen erkannten die neue Reichsverfassung nicht an, verlangten nur ihr altes Recht und schickten keine Delegirten nach Wien.

Das große Kaiserthum war ein wenig aus Rand und Band gegangen, denn die Centralgewalt hatte ihre alte Energie verloren, befahl nicht mehr, sondern unterhandelte mit den Rebellen. Die Aufgabe, mit so vielen wilden Rossen den Staatswagen zu lenken und doch die Zügel immer nachlassen zu müssen, war eine mühselige und so unnatürlich, daß sie sich auf die Dauer gar nicht durchführen ließ und entweder zur Alleingewalt des Kaisers zurück-, oder zur gänzlichen Auflösung des Reichs in seine heterogenen Bestandtheile führen mußte. Man hatte nur ein Provisorium geschaffen.

Ein Glück für die Monarchie war es diesmal, wie in ihren früheren Krisen, daß die Slaven nicht mit den Ungarn zusammenhielten. Die Böhmen verhielten sich damals verhältnißmäßig ruhig und sahen nur mit Schadenfreude dem Conflict zwischen Deutschösterreich und Ungarn zu. Ungarn, das größte und reichste der Kronländer, hatte doch ringsum Feinde, da die vormals mit ihm verbundenen Kronländer mit vorzugsweise slavischen Einwohnern unabhängig von ihm bleiben wollten. Am meisten widerstrebte Croatien einer Unterordnung unter Ungarn; aber Dalmatien, mit dem es sich gern vergrößert hätte, wollte auch wieder von Croatien nichts wissen. In Siebenbürgen wohnten drei Nationen zusammen, Sachsen, Magyaren und Rumänen. Auch sie hielten sich anfangs vom Reichstag fern, bis eine Mehrheit von

Sachsen und Rumänen gegen den Anschluß an Ungarn und für die Beschickung des Reichstags in Wien entschied (im September 1861). Die österreichischen Serben eröffneten ihren besondern Nationalcongreß in Karlowitz, die Slovaken in St. Martin. In Galizien standen sich die Polen im westlichen, die Ruthenen (Rusniaken) im östlichen Theile des Landes feindlich gegenüber. Die Ruthenen verlangten in einer Adresse vom 22. October 1861 Trennung der beiden Landestheile und wirklich erhielt im folgenden Monat jeder Theil wenigstens eine abgesonderte Verwaltung. Das nämliche Trennungsgelüste der Nationalitäten regte sich in Tirol. Die Handelskammer von Roveredo verlangte am 20. März 1861 die Trennung des südlichen Welschtirol vom nördlichen Deutschtirol, eine Forderung, welche später die welschen Abgeordneten am Tiroler Landtage zu Innsbruck wiederholten. Auch waren die Tiroler sehr erregt gegen das neue Protestantengesetz und widersetzten sich demselben mit Erfolg, denn die Regierung wagte nicht, es in Tirol einzuführen, obgleich sie es auch nicht förmlich zurücknahm. Es war Schmerlings plumpester Mißgriff, die Glaubenseinheit der Tiroler anzutasten, die ihr gutes altes Recht und die Quelle aller von der ganzen Welt anerkannten Tugenden jenes biedern und tapfern Bergvolks ist.

Ungarn trotzte allen Maaßregeln, Experimenten und Zumuthungen der Wiener Regierung. Das Unglück Oesterreichs, die Schwäche der Regierung, die zunehmende, durch das Ministerium selbst legitimirte Decentralisation des Reichs machte den stolzen Magyaren Muth, ihre nationalen Rechte wieder zu erobern, welche sie durch ihre Rebellion im Jahr 1849 verwirkt hatten. Daß damals Rußland eine Republik in Ungarn nicht geduldet hatte, war allen einsichtsvollen Magyaren noch gut in Erinnerung geblieben. Deshalb wollte ihre Mehrheit unter Deaks Führung keine neue Rebellion, keinen neuen Krieg, sondern hoffte einfach durch passiven Widerstand die kaiserliche Regierung in

Wien so zu lähmen und in solche Verlegenheit zu bringen, daß sie sich am Ende doch zu den Concessionen entschließen würde, die Ungarn forderte. Kossuth wollte sich nicht damit begnügen, sondern agitirte von London aus, um in Verbindung mit Garibaldi eine Volkserhebung in Venetien und Dalmatien zu betreiben, der dann die Insurrection von ganz Ungarn folgen sollte. Hinter dieser sollte dann auch noch eine andere in Polen folgen, wie man auch Waffen und Freischaaren aus der Walachei nach Ungarn schaffen wollte. Zu diesem Zweck hatte Kossuth in England schon wieder 30 Millionen neuer s. g. Kossuthnoten verfertigen lassen, aber dieses Papiergeld wurde sogleich confiscirt. Der ungarische Graf Teleckу, der als Agent Kossuths nach Ungarn abging, wurde unterwegs in Dresden verhaftet und nach Wien ausgeliefert, wo ihn aber der Kaiser großmüthig auf sein Ehrenwort frei ließ. Auch der ungarische General Klapka war um den Weg. Die Revolutionspropaganda hielt aber die Bewegung freiwillig auf, denn der rumänische Fürst Cusa, der mit im Complott war, erklärte, er könne aus Rücksicht auf die Großmächte die Waffensendungen nach Ungarn nicht zulassen. Auch Garibaldi glaubte, die Zeit sey noch nicht gekommen.

Doch war die Stimmung außerordentlich erregt. In einer Generalcongregation in Pesth unter dem Vorsitz des Grafen Carolyi und in einer vom Cardinal-Primas von Ungarn nach Gran berufenen Conferenz wurde die Verfassung von 1848 zurückverlangt. Der Kaiser schickte im April 1860 den Feldzeugmeister von Benedek, einen gebornen Ungarn und sehr beliebt beim Heere, nach Ungarn, um dort die politische Verwaltung zu übernehmen und durch Ernst und Milde die Gemüther zu versöhnen. Man wagte, die Comitatsverwaltungen wiederherzustellen zur Vorbereitung auf den lange ersehnten Landtag, aber die Comitatsversammlungen zeigten sich ungeberdig und verlangten nur die Verfassung von 1848 zurück. Die Protestanten protestirten gegen das neue Gesetz, das ihnen Concessionen machte, und verlangten unter

Führung des Baron Vay nur ihre alten Rechte. Zum vermehrten Reichstag in Wien eingeladen, erschienen die Grafen Apponyi und Andrassy nur, um gegen die neue Reichsverfassung zu protestiren, die Rechte Ungarns zu wahren und wieder heimzukehren. Benedek war so ärgerlich, daß er in einem Armeebefehl seinen Landsleuten derbe Grobheiten sagte und besonders „den feigen Magnaten," die der Wühlerei der Juristen und Journalisten zu wenig Widerstand leisteten.*) Als

*) Den Commentar dazu gab ein Correspondent der Allg. Zeitung 1861 N. 73.: „Nehmen Sie Act davon, daß die alte ungarische Intrigue von neuem beginnt. Namen wie Dessewffy, Nadasdy, Apponyi, der Cardinal-Primas sind im Spiel. Man sucht diese bei Hof für loyal gehaltenen Männer oder vielmehr diese gute Meinung zu verwerthen. Ob sie bloße Werkzeuge sind und einem hinter der Coulisse stehenden Schachspieler als Figuren dienen, oder ob sie an der Intrigue bewußten Antheil nehmen, ist noch nicht aufgeklärt; ersteres ist das wahrscheinlichere. Sie kommen einer nach dem anderen hier an; sie schildern dem Kaiser und den Ministern die Stimmung in Ungarn, sie malen die Aufregung und erklären, daß es ein leichtes wäre, das Land zu beschwichtigen; nur noch ein paar geringfügige Concessionen, wie z. B. die Bagatelle der Union Siebenbürgens, ein abgesondertes Ministerium für Ungarn u. dergl., und man würde Wunder sehen. Es ist immer die alte Geschichte. Diese s. g. Conservativen versprechen für die Concessionen Befriedigung und Ruhe des Landes; die Concessionen werden von den Tonangebern im Land acceptirt, allein Versprechungen binden niemand und werden verächtlich bei Seite geschoben. Natürlich, denn was die Altconservativen, welche auf dem Standpunct von 1847 stehen, befriedigt, ist den Anhängern der Gesetzgebung von 1848 ein lächerliches Programm; was die letztern befriedigt, genügt den Demagogen, welche auf dem Boden von 1849 stehen, nicht. Szecsen, Mailath, Apponyi, Barkoczy rc. haben für das Octoberdiplom die Befriedigung Ungarns verheißen: das Gegentheil ist eingetreten. Vay, Szecsen, Szögyeny, Sennyny rc. haben für die Einführung der Comitatswirthschaft neuerdings volle Befriedigung versprochen; die Regierung hat die Executivgewalt aus der Hand gegeben und muß nun sehen, wie man ihre Decrete mit Hohn bei Seite legt und die Hofkanzlei selbst als

ihn die Stadt Pesth zum Ehrenbürger ernannte, rief er: Sorgt nur erst, daß es eine Ehre ist, Pesther Bürger zu seyn. Am heftigsten war die Adresse des Comitats von Gran vom 23. Januar 1861, worin dem Kaiser gradezu gesagt wurde, er habe kein Recht, in Ungarn Steuern auszuschreiben, ehe nicht die Verfassung von 1848 hergestellt und die politischen Verbannten zurückgerufen seyen. Dieser Graner Adresse schloßen sich die meisten andern Comitate an als Antwort auf ein kaiserliches Rescript vom 16. Januar, welches die Agitation der Verfassung von 1848 untersagt hatte. Zugleich verfuhren die Comitate eigenmächtig, ließen die deutschen Gesetze nicht mehr gelten und stellten alle altungarischen Einrichtungen wieder her, z. B. das Zunftwesen. Die neue Gewerbefreiheit mußte aufhören. Sogar das Wechselrecht, welches man einst als Fortschritt begrüßt hatte, wurde beseitigt, blos weil man es aus Wien geholt hatte.

Da nun aber auch die gemäßigte Partei Deaks sich in der Verfassungsfrage unnachgiebig zeigte, auf Ungarns Autonomie bestand und nur die Personalunion gelten lassen wollte, neigte sich der Kaiser zu größerer Nachgiebigkeit. Er machte nicht nur den Baron Vay zum ungarischen Hofkanzler, sondern ließ sich auch herbei, endlich den ungarischen Landtag einzuberufen. Derselbe sollte in Ofen eröffnet werden, die Ungarn aber wollten nur in Pesth tagen. Man kam nun überein, daß die Eröffnungsceremonie in Ofen stattfinden, die Sitzungen und Unterhandlungen aber nur in Pesth abgehalten werden sollten. Bei den Wahlen gab es blutige Excesse, indem die Anhänger Deaks und die der Revolutionspartei sich herumschlugen. An die Spitze der letztern zu treten, hatte sich Graf Telecky bewegen lassen, wohl nicht aus falschem Ehr-

---

ungesetzlich ignorirt. Szytowsky, der Primas hat für die Wahlordnung von 1848 Befriedigung in Aussicht gestellt — wie die Verheißung respectirt wurde, weiß die Welt."

geiz, sondern gemäß früher eingegangener Verpflichtungen gegen seine Parteigenossen. Als sich Telecky in den Landtag wählen ließ, warnte man den Kaiser und rieth ihm, den gefährlichen Mann festnehmen zu lassen. Der Kaiser aber antwortete: Ich habe ihm mein Wort gegeben und er mir das seinige. Telecky stand mit der Emigration fortwährend in Verbindung. Man weiß nicht, ob ihn ein patriotischer Fanatismus oder die Furcht vor der Rache seiner eigenen Partei verleitete, dem Kaiser sein ritterliches Wort zu brechen. Genug, er trat nicht nur an die Spitze der Partei, die viel weiter als Deak gehen und diesen daher auf dem Landtag angreifen wollte, sondern er suchte auch im Ausland Unterstützung für die ungarische Revolution. Kaiser Napoleon III., an den er sich wandte, wies ihn ab und versagte ihm die Unterstützung Frankreichs. Dieser Brief des Kaisers der Franzosen wurde aber aufgefangen und kam in die Hände des Kaisers von Oesterreich, der ihn an Telecky abschickte, nachdem er sein eigenes Siegel darauf gedrückt hatte. Als nun Telecky den Brief empfing, wurde er von der Großmuth des Kaisers so tief beschämt, daß er sich noch in derselben Nacht erschoß, am 7. Mai. *)

Sein Tod war der Friedenspartei sehr nützlich, denn die meisten seiner decontenancirten Parteigenossen ließen sich nun von Deak gewinnen und traten zu ihm über. Der ungarische Reichstag wurde am 2. April 1861 eröffnet. Deak hatte darin eine große Mehrheit für sich, derselbe hielt sein Programm fest: Ungarn sey nie eine österreichische Provinz gewesen, sondern ein selbständiges Königreich mit eigener Krone, noch jetzt sey der resignirte Kaiser Ferdinand in Prag rechtmäßiger König von Ungarn. Er habe niemals das Recht gehabt, ohne

*) Acht Ungarn unterzeichneten eine Erklärung, welche die Existenz des Briefes verleugnete. Die Existenz desselben wurde jedoch in einer Wiener Erklärung aufrecht erhalten, Agsb. Allg. Zeitung 1861. Beilage N. 168.

Zustimmung der ungarischen Nation die Krone des hl. Stephan an seinen Neffen Franz Joseph zu übertragen. Man wollte sich jedoch beruhigen, wenn Ferdinand seine 1848 erfolgte Thronentsagung noch jetzt nachträglich der ungarischen Nation förmlich anzeige und sein Nachfolger Franz Joseph sich als König von Ungarn nach den gesetzlichen Vorschriften krönen lasse! Diese Sprache war zu verletzend für den Kaiser, als daß er die Adresse der Ungarn, die ihm sogar den Kaisertitel versagte, hätte annehmen können. Der ungarische Reichstag gab ihm in einer abgeänderten Adresse den Kaisertitel, bestand aber auf der Forderung exclusiver Autonomie mit Personalunion. Da keine Vereinigung zu erzielen war, erklärte der Kaiser in einem Rescript vom 21 Juli, die Personalunion genüge nicht, Ungarn habe mit den übrigen Kronländern gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Indem es durch die Gesammtmonarchie geschützt werde, müsse es auch zu ihrem Schutz, zum Schutz der übrigen Kronländer jederzeit bereit seyn und gleiche Lasten mit ihnen tragen, wie es gleiche Vortheile mit ihnen genieße. Nur solche Besonderheiten könne es ansprechen, die dem Gesammtinteresse des Kaiserreichs nicht zuwider laufen. Demzufolge verlangte der Kaiser neben der Personalunion auch die Realunion in Bezug auf das Heerwesen, die Finanzen und die auswärtigen Angelegenheiten und ernannte, da ihm Vay nicht genügte, Grafen Vorgach zum ungarischen Hofkanzler. Dagegen protestirte der Pesther Reichstag und wurde am 22. August aufgelöst.

Merkwürdig war eine Rede Lord Palmerstons im englischen Oberhause am 30. Juli, worin er die Erhaltung Oesterreichs als Großmacht im Herzen Europas für nothwendig erklärte, weil die Revolutionspartei, die in Ungarn und an der untern Donau wühle, nur französischen und russischen Zwecken diene.

Noch während des parlamentarischen Kampfes in Pesth hatten einzelne Commitate sich sehr ungeberdig aufgeführt, ausdrücklich gegen

die Verfassung der Gesammtmonarchie protestirt und fortgefahren, alles auf den altungarischen Fuß zu setzen. Nach Auflösung des Landtags in Pesth verfuhr der Kaiser auf einmal mit großer Energie, ernannte den Grafen Moritz Palffy zum Statthalter in Ungarn, ließ viele Truppen einrücken, das widerspenstige Commitatshaus in Pesth von ihnen besetzen, alle protestirenden Corporationen auflösen, alle ungehorsamen Beamten absetzen und das Land durch kaiserliche Commissäre regieren. Nachdem der kaiserliche Finanzminister v. Plener erklärt hatte, der Kaiserstaat könne nicht länger die Verwaltungskosten für Ungarn allein aus den Mitteln der übrigen Kronländer bestreiten, befahl der Kaiser durch Rescript vom 18. October, die lange zurückgehaltenen Steuern in Ungarn endlich zu erheben, obgleich sie vom Landtag nicht bewilligt seyen. Also wurde Militär im Lande vertheilt und trieb die Steuer mit Gewalt ein. Nirgends wurde Widerstand geleistet. Man erfuhr sogar, die reichsten Grundbesitzer, die sich bisher nur aus Furcht vor den Demokraten der Steuerverweigerung angeschlossen hatten, seyen froh gewesen, daß die Soldaten kamen, und hätten gern gezahlt. Die revolutionäre Partei hielt die Zeit nicht für geeignet, um sich den kaiserlichen Truppen mit Gewalt zu widersetzen. Also war der Kaiser in Ungarn wieder vollständig Herr geworden, allein er konnte nicht wagen, bald wieder einen neuen Landtag in Pesth einzuberufen. Auf gesetzlichem Wege konnte er den trotzigen Magyaren nichts abgewinnen, deren passiver Widerstand fortdauerte. Der ganze Zustand war nur ein provisorischer. Auch ließ sich kein Ungar bewegen, in den Wiener Reichsrath einzutreten oder die neue Verfassung der Gesammtmonarchie anzuerkennen.

Auch jetzt noch ahmten die Croaten diesen passiven Widerstand nach. Obgleich sie ihre Feinde, die Ungarn, gedemüthigt sahen, schickten doch auch sie keinen Mann in den Wiener Reichstag, denn durch frühere Vorgänge belehrt, wußten sie wohl, man werde früher oder

später in Wien mit Ungarn guten Frieden machen und Croatien wieder hintan setzen. Auch hier also wurde gegrollt und der Wiener Reichstag nicht beschickt. In Dalmatien war im Frühjahr eine Insurrection ausgebrochen, von Agenten Garibaldis und Kossuths voreilig veranlaßt. Sie wurde ohne Mühe unterdrückt, da die Hauptagitatoren an sich hielten.

Oesterreich hatte nun wieder auf einige Jahre Ruhe, aber dieselbe wurde nicht benutzt, um die Reformen vorzunehmen, welche dem großen Kaiserstaat wirklich hätten aufhelfen können. Die Freiheit, zu den Land- und Reichstagen wählen und Reden halten zu dürfen, war ganz unfruchtbar, da Niemand daran dachte, den Haushalt zu ordnen und das Heerwesen in bessern Stand zu setzen. Von Jahr zu Jahr schwoll die Masse der Schulden mehr an. Die zur Unterstützung der Gewerbe errichtete Nationalbank wurde nur zum Börsenschwindel benutzt und mußte dem Staat Anleihen machen. Wer dort Unterstützung suchte und kein Jude war, dem blieb die Thüre verschlossen. Die Armee wurde noch mehr heruntergebracht, als es schon vor dem lombardischen Kriege geschehen war, durch dessen böse Erfahrungen die kaiserliche Regierung sich nicht hatte warnen lassen. Der tief verhaßte Graf Grünne, der als Generaladjutant des Kaisers das ganze Heerwesen beherrscht hatte, wurde zwar auf eine andere Stelle versetzt, aber sein Nachfolger, Graf Crenneville, besserte nichts, sondern machte das Uebel noch ärger. Die einst so herrliche Armee Radetzkis wurde noch tiefer heruntergebracht, als unter Gyulai. Die wichtigsten Posten in der Armee wurden an unfähige Menschen vergeben, wenn sie nur von vornehmer Geburt oder reich waren, oder sich einzuschmeicheln verstanden hatten. Wer noch Charakter besaß, um nicht immer zu kriechen, wurde übergangen oder entfernt. Die brutalste Behandlung von oben herab wurde guter Ton. Man nannte das die russische Manier und rühmte sich ihrer. Wenn schon Offiziere unter der Willkür und groben

Behandlung ihrer Chefs zu leiden hatten, so regierte der Stock noch viel unbarmherziger unter den gemeinen Soldaten und prügelte ihnen systematisch das Ehrgefühl aus dem Leibe heraus. Zugleich fuhr die Judenpresse fort, die Kirche und die christlichen Gefühle zu verspotten, z. B. am Christtage ganz öffentlich das Christkind als eine Puppe des Aberglaubens zu verhöhnen. Sogar die Regierungspresse wurde ausschließlich von Juden besorgt. Die Kirche schwieg dazu in sträflicher Versäumniß der Zeit. Die Bischöfe des Reichs waren nicht einig. Wie die italienischen mehr ihrer Nationalität, als der Wiener Regierung anhingen, so auch die ungarischen. Die deutschen und slavischen waren entweder jüngere Söhne aus der hohen Aristokratie oder charakterlose Geschöpfe der Hofgunst, gut dotirt und an bequemes Wohlleben gewöhnt. Zufrieden, wenn nur das Volk in alter Weise die äußern Ceremonien der Kirche mitmachte, und wohl gar stolz auf das Concordat, welches ein leeres Papier war und den kirchlichen Geist in Oesterreich nicht im geringsten hob, wiegten sie sich in falsche Sicherheit ein. Daß unter der Wiener Spaßmacherei, nachdem sie die Juden zu ihrem Monopol gemacht hatten, eine giftige Schlange versteckt sey, wollten sie nicht merken. An dieser gemüthlichen Spaßmacherei hatte der Klerus ja längst ohne Arg selber theilgenommen, nach dem Grundsatz, man müsse dem Volk seine Freude lassen. Andrerseits gab es auch Geistliche, welche heimlich der Aufklärung huldigten. Als die Regierung am 28. Februar 1862 ganz in Schmerlings Sinne ein neues Religionsedict erließ, welches vollkommene Toleranz und Gleichberechtigung der Confessionen befahl, wehrten sich dagegen nur die Tiroler. Die Bischöfe des Kaiserreichs schienen nicht zu merken, daß die Spitze des Edicts direkt gegen das Herz der katholischen Kirche gerichtet war, und thaten nichts, um das katholische Volk gegen die Juden und liberalen, durch und durch irreligiösen Schreier zu schützen.

Anders verfuhr zu der nämlichen Zeit Rußland. Mit überlegenem

Verstande, immer wachsamer Um- und Voraussicht beförderte die russische Politik den kirchlichen Sinn bei den griechischen Christen und fachte dafür sogar Begeisterungen in Oesterreich selbst an. Denn nicht nur ein großer Theil der österreichischen Slaven in Galizien und Ungarn bekannte sich zur griechischen Kirche, sondern auch in Mähren und Böhmen wurden trotz des dort herrschenden Katholicismus die Heiligen Cyrillus und Methodius, welche die griechische Kirche für sich in Anspruch nimmt, als alte Nationalheilige verehrt. Bei der Jubelfeier des letzteren (des h. Methud) fehlten in Mähren und Böhmen russische Agenten nicht, die für eine ausschließlich slavische Kirche schwärmten und dabei den tiefsten Haß gegen alles Deutsche kund gaben, im Jahr 1862. In demselben Jahre wurde eine Anzahl der eifrigsten Panslavisten in Böhmen mit russischen Orden bedacht. Als daher im folgenden Jahre die polnische Insurrection ausbrach, die polnischen Unterthanen Oesterreichs in Galizien unter der Hand ihre Stammgenossen im Königreich Polen eifrig unterstützten und auch die slavischen Brüder in Böhmen dafür in Anspruch genommen werden sollten, erklärten sich die Führer der Czechenpartei, Palacky und Rieger, für die Russen und gegen die Polen.

Das österreichische Cabinet hätte wohl gern etwas gethan, um Polen von Rußland unabhängig zu machen oder wenigstens das Loos der unglücklichen Polen unter der russischen Herrschaft zu erleichtern. Es that in dieser Beziehung diplomatische Schritte im Verein mit England und Frankreich, fühlte sich aber nicht stark genug, um den Polen thatsächlichen Beistand zu leisten, weil seine feindliche Stellung zum preußischen Cabinet ihre beiderseitige Verständigung in Bezug auf Polen immer genau ebenso vereitelt hatte, wie es schon im vorigen Jahrhundert der Fall gewesen war. Man kann es nur natürlich finden, daß Oesterreich die Hauptlast eines Krieges mit Rußland nicht wollte auf sich laden lassen, denn Frankreich und England versprachen ihm

keine ausreichende Hülfe. Aber auch die europäische Revolutionspropaganda vermochte den Polen nicht zu helfen. Am 14. März wagten die Anhänger Kossuths in Pesth einen Straßentumult, um zu erproben, ob sich die Volksmasse ihnen anschließen würde. Es geschah aber nicht, und die Rädelsführer, größtentheils heimgekehrte politische Flüchtlinge, wurden verhaftet. In Dalmatien waren die Anhänger Garibaldis nicht minder rührig, die Regierung aber blieb wachsam. Im April wurde der Landtag in Dalmatien wegen seines Oppositionsgeistes aufgelöst und im October ein offener Aufstand in Belluno unterdrückt. Eine Verschwörung in Welschtirol wurde noch rechtzeitig im August entdeckt und ihr Ausbruch verhindert. Die Welschtiroler waren früher die treuesten Oesterreicher gewesen, aber unter Metternichs undeutscher Regierung waren die deutschen Gemeinden daselbst entnationalisirt und welsch geworden, weil man ihnen nur italienische Prediger und Schullehrer gab. — Der polnische Aufstand endete mit dem vollständigen Siege der Russen, und Oesterreich erwarb sich nur das Verdienst, die polnischen Flüchtlinge aufzunehmen, mild zu behandeln und nach Frankreich oder der Schweiz zu entlassen.

Der Kaiser Franz Joseph machte im Januar 1862 eine Reise nach Venedig und wurde unterwegs von den Armeecorps des F.-M.-L. Benedek mit wärmstem Enthusiasmus empfangen. Die Kaiserin nahm ihrer leidenden Gesundheit wegen im Winter auf 1861 ihren Aufenthalt auf der Insel Madeira und im folgenden Jahre in Corfu.

Im Jahr 1863 hatte Kaiser Franz Joseph, wie im ersten Buch schon erzählt ist, den Frankfurter Fürstentag improvisirt. Mit Ungarn noch immer nicht ausgesöhnt, glaubte er durch eine engere Verbindung mit den Mittelstaaten und dem damals in Deutschland hochwogenden Liberalismus dem unvollständigen und unfruchtbaren Wiener Reichstage ein größeres moralisches Gewicht verleihen und den undeutschen Kronländern wieder einmal mit Deutschland imponiren zu

können. Ueberdem war das neue Ministerium Bismarck in Preußen verhaßt und von allen Seiten angefeindet, Preußen schien also in diesem Augenblicke so geschwächt, daß Oesterreich im Bunde mit den Mittelstaaten einen Stoß auf dasselbe wagen konnte. Als aber dieser Versuch mißlang, die Mittelstaaten nicht gefügig genug waren, der Frankfurter Tag nicht einmal den preußischen Zollvertrag mit Frankreich hemmen konnte, und das Ministerium in Preußen sich fest behauptete, veränderte die österreichische Politik abermals ihre Front, schloß sich in der Frage der Elbherzogthümer eng an Preußen an, führte mit ihm gemeinschaftlich Krieg gegen die Dänen und entriß diesen die von ihnen mißhandelten deutschen Länder.

Drittes Buch.

Die Verfassungskämpfe in Preußen.

Der preußische Staat hatte unter der Regierung des frommen, feingebildeten, geistreichen und überaus wohlwollenden, nur zu friedliebenden Königs Friedrich Wilhelm IV. theils gewonnen, theils verloren. Wiedergewonnen hatte er die christliche Grundlage, die ihm unter der vorigen Regierung durch das Ministerium Altenstein, die Unterdrückung des altlutherischen Glaubens, die bureaukratische Bevormundung der katholischen Kirche, den flachen Rationalismus und die direct antichristliche Philosophie Hegels schrecklich unterwühlt worden war. In der religiösen Frage bewies der König ungewöhnliche Festigkeit. Auch blieb der Organismus der Verwaltung, die Ordnung und Sparsamkeit in den Finanzen erhalten, ein Muster für alle andern Staaten, das nur nicht von ihnen befolgt wurde. Dagegen war der König zu friedliebend und zu wenig aggressiv, um nicht durch die Intriguen des ihm scheinbar befreundeten Rußland und durch die Atrocitäten des Fürsten Schwarzenberg und der hinter ihm herbellenden s. g. Würz-

burger (der mittelstaatlichen Diplomaten) bis zu dem Grade beunruhigt und eingeschüchtert zu werden, daß er, wie bekannt, in dem schmählichen Vertrage zu Olmütz den bittersten und höhnischsten Feinden des deutschen Nationalinteresses alles, was sie wollten, zugab: 1) die Nichtwiedereinberufung eines deutschen Parlaments und Verzicht auf jede Unterstützung der deutschen Einheitsbestrebungen, 2) die Fortdauer der Mißregierung in Kurhessen, 3) den Verzicht Deutschlands auf die Elbherzogthümer, die hiemit der Rache und Tyrannei der Dänen hülflos Preis gegeben wurden. Diese Concessionen nun ließen seitdem Preußen nur noch als einen Staat zweiten Ranges, als schwach und von größeren Staaten bevormundet erscheinen; man verlor den alten Respect, den man vorher doch immer vor Preußen gehabt hatte.

Als der König schwer erkrankte und sein Geist nicht weniger wie sein Körper geschwächt war, wurde sein Bruder Wilhelm, der bisherige „Prinz von Preußen" am 24. October 1857 sein Stellvertreter, und da die Krankheit sich nicht hob, am 8. October 1858 definitiv Regent mit allen Vollmachten der königlichen Gewalt.

In das neue Ministerium, welches der Regent alsbald ernannte, traten so gute liberale Elemente ein, daß man es mit dem Namen einer „neuen Aera" begrüßte, obgleich es der Erwartung nicht entsprach. An die Spitze des Ministeriums trat der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, ihm zur Seite stand der patriotische Kriegsminister v. Bonin, der früher entlassen worden war, weil er 1854 gesagt hatte, „wenn Preußen sich mit Rußland alliire, käme das einem Vatermorde gleich." Er dachte sich nämlich Preußen als den Sohn des großen deutschen Vaterlands. Als liberal war der neue Minister v. Auerswald und der etwas später eintretende Graf Schwerin von früher her bekannt. Das Programm des Regenten war: 1) keine liberale Ueberstürzung, 2) Achtung der Rechte der katholischen Kirche, ohne deren Uebergriffe zu dulden, 3) Aufrechterhaltung der evangelischen Union

und Bekämpfung „der bisherigen Orthodoxie und Heuchelei", 4) Pflege der Schule und Wissenschaft, 5) Sorge für das Heerwesen. Dieses Programm wurde von den Liberalen ein wenig mißverstanden. Sie legten es zu sehr zu ihren Gunsten aus und merkten erst allmälig, daß es dem Regenten vor allem auf den fünften Punkt ankam.

Kurz, die liberale Welt jubelte über die neue Aera, am meisten über den Vorwurf der „Orthodoxie und Heuchelei". Man beutete das gleich aus. Nicht ohne schweren Kampf hielt der Cultminister v. Bethmann-Hollweg zwar die Schulregulative von Raumers gegen das Anstürmen Diesterwegs aufrecht, der in die Kammer gewählt worden war; als er aber die Befähigung der Juden zu Lehrämtern in christlichen Anstalten bezweifelte und ihn ein Jude deshalb unverschämt angriff, entschuldigte er sich gegen denselben nur zaghaft und bereitete dadurch den Literaturjuden, die in Berlin schon so frech auftraten, wie in Wien, einen Triumph. Mehrere Häupter der Kreuzzeitungspartei (Stahl, Hengstenberg) schieden aus den höhern geistlichen Verwaltungsämtern. Auch das laxe, eines christlichen Staats unwürdige Ehegesetz und der rationalistische, eigentlich nichtssagende Judeneid würden durchgegangen seyn, wenn nicht das Herrenhaus noch Muth genug gehabt hätte, sie zu verwerfen.

Als im Jahr 1859 Frankreich im Bunde mit Italien Oesterreich angriff und besiegte, rüstete der Prinz-Regent von Preußen mehrere Armeecorps und sandte sie an den Rhein, um in Frankreich einzufallen und dem deutschen Bundesgenossen Luft zu machen; allein Oesterreich wollte sich von Preußen nicht helfen lassen und gab lieber im Frieden von Villafranca die Lombardei Preis. Ich komme auf diese der Geschichte Italiens angehörigen Dinge hier nur einen Augenblick zurück, um zu constatiren, welcher Unfreundlichkeit Preußen sich von österreichischer Seite zu versehen hatte und wie es fortan auf seiner Hut seyn mußte.

Inzwischen ließ der Prinz-Regent die Reorganisation des Heeres rasch in Angriff nehmen und der Kriegsminister v. Roon vollendete sie in Jahresfrist. Das Abgeordnetenhaus hatte 1859 für den unterbliebenen Feldzug am Rhein 7 Mill. Thaler bewilligt und bewilligte am 15. Mai 1860 noch einen außerordentlichen Militärcredit von 9 Mill. Thalern. Die Hauptänderung im preußischen Heerwesen bestand in der Vermehrung der Linie und Erleichterung der Landwehr. Das erste Aufgebot der letzteren war bisher mit der Linie dergestalt verbunden, daß je ein Regiment von beiden eine Brigade bildete und ältere verheirathete Männer in jedem Krieg mit ins Feld rücken mußten. Dieses erste Aufgebot der Landwehr fiel ganz weg und das zweite sollte nur als Reserve verwendet werden.

In den letzten Monaten des Jahres 1860 neigte der König von Preußen in seinem meist besinnungslosen Zustande immer mehr dem Ende zu, indeß sein Bruder, der Prinz-Regent Wilhelm, den äußern Frieden und die innere Ordnung des Königreichs zu erhalten bemüht war. Am 12. October kam derselbe nach Coblenz, um hier die Königin Victoria von England zu begrüßen, die er nachher noch bis Aachen begleitete, und hatte dabei eine Conferenz mit dem englischen Minister Lord Russel. Am 25. desselben Monats kam er mit Kaiser Alexander II. von Rußland in Warschau zusammen, wo nicht bloß über die italienische Angelegenheit berathen wurde. Rußland stand auf Seite Frankreichs, Napoleon III. schrieb damals einen gewinnenden Brief an den russischen Kaiser, und durch welche Mittel Fürst Gortschakoff zu demselben Zweck gewonnen worden sey, davon erzählte man sich übertriebene Dinge. Es galt, Preußen in eine russisch-französische Allianz hineinzuziehen, was wieder England auf alle Art zu verhindern suchte, weil alsdann England isolirt und nur noch auf eine Allianz mit demselben Oesterreich angewiesen worden wäre, gegen welches es in den letzten Jahren immer aufs feindseligste gehandelt hatte.

Indessen behielt sich Preußen, wie bisher, die freie Hand vor. Bald nach der Zusammenkunft in Warschau starb die Kaiserin Mutter Alexandra.

Im Dezember begannen in Berlin arge Parteimanöver, die seitdem beständig erneuert wurden und zum Zwecke hatten, das damalige liberale Ministerium zu mißbrauchen und unter dessen Beistand oder wenigstens durch dessen Duldung geschützt, die conservative Partei zu verhöhnen, die Beamten anzugreifen und die Regierung systematisch zu discreditiren. Die Hetze begann mit Anklagen der Justizbeamten, gegen einen gewissen Stieber und gegen den Generalstaatsanwalt Schwarks. Es handelte sich um den Verkehr des Staatsanwalts mit der Polizei und um geheime Denunciationen, wie sie in jeder großen Residenzstadt vorkommen, daher auch der erste Angeklagte freigesprochen, gegen den andern nicht einmal die Untersuchung verhängt wurde. Die Absicht aber war erreicht, man hatte Skandal gemacht und die Beamten verdächtigt. Der Justizminister Simons verlor aus diesem Anlaß sein Amt. Der Polizeioberst Patzke, ein um das Polizeiwesen in Berlin verdienter und unbescholtener Mann, verlor bei einem Arbeitertumult dermaßen den Kopf, daß er mit einem falschen Paß davonfloh. Man brachte ihn zurück und erweckte die Erwartung, es würden ungeheuere Verbrechen entdeckt werden. Aber der Mann war ganz unschuldig und nur von Angst verblendet gewesen, konnte daher auch nur wegen des Paßmißbrauchs bestraft werden. Das liberale Ministerium gewährte seinen Beamten nicht gehörig Schutz und provocirte dadurch ein nur immer frecheres Vorgehen der politischen Wühler.

Am 2. Januar 1861 wurde König Friedrich Wilhelm IV. durch einen sanften Tod von seinen Leiden erlöst und sein Bruder, der bisherige Prinzregent, bestieg als König Wilhelm I. den preußischen Thron. Beim Begräbniß des Königs erkältete sich sein bisher schon leidender Freund, General v. Gerlach, und starb ihm nach. Im Lauf

des Jahres starb auch noch ein zweites berühmtes Haupt der Kreuzzeitungspartei, der Geheimerath Stahl, dessen parlamentarische Beredsamkeit der Krone große Dienste geleistet hatte. — Der neue König war vermählt mit der Prinzessin Auguste von Sachsen-Weimar, sein Sohn, der Kronprinz Friedrich Wilhelm, mit Victoria, der Tochter der Königin von England.

Wilhelm I. erließ gleich nach seiner Thronbesteigung eine umfassende Amnestie, wofür er wenig Dank erntete, denn die Oppositionsmänner vom Jahr 1848, die ins Ausland geflüchtet waren und jetzt zurückkehren durften, traten großentheils wieder in die Opposition ein. So Waldeck, so Löwe von Calbe. Auch in dieser Beziehung ließen es die liberalen Minister an Tact und Energie fehlen. Sie machtən Hand in Hand mit den Demokraten des Abgeordnetenhauses gegen das Herrenhaus Front und trauten den ersteren eine Loyalität zu, von welcher sie nur die Maske vornahmen. Der König hatte allerdings Ursache, mit dem Herrenhause unzufrieden zu seyn, denn dieses Haus weigerte sich lange und hartnäckig, eine Grundsteuer gutzuheißen, die der König schon als Regent für unumgänglich nothwendig erachtet hatte, um damit die Kosten der so dringend nothwendigen Reorganisation des preußischen Heeres decken zu können, und die auch von den großen Grundbesitzern geleistet werden konnte, ohne sie zu ruiniren. Um ein Stimmenmehr im Herrenhause zu erzielen, mußte der Regent schon im Herbst 1860 weitere 18 Mitglieder desselben ernennen, was ihm wieder aufs böswilligste von den Liberalen so ausgelegt wurde, als wolle er den aristokratischen Factor verstärken, während dieselben Liberalen auch die Verstärkung der Armee, der jene Aristokratie entgegenarbeitete, selber gern verhindern wollten, damit der König nicht zu mächtig werde.

Mitten aus diesem elenden Parteigetriebe trat die Proclamation des Königs vom 7. Jan. 1861 „an mein Volk“ wie eine Sonne aus

düstern Wolken heraus. Er sagte darin: wir brauchen Macht und Stärke nicht nur für uns, sondern um ganz Deutschland aufzuhelfen. „Es ist Preußens Bestimmung nicht, dem Genuß der erworbenen Güter zu leben. In der Anspannung seiner geistigen und sittlichen Kräfte, in dem Ernst und der Aufrichtigkeit seiner religiösen Gesinnung, in der Vereinigung von Gehorsam und Freiheit, in der Stärkung seiner Wehrkraft liegen die Bedingungen seiner Macht. Nur so vermag es seinen Rang unter den Staaten Europas zu behaupten. Ich halte fest an den Traditionen meines Hauses, wenn ich den vaterländischen Geist meines Volkes zu heben und zu stärken mir vorsetze. Treu dem Eide, mit welchem ich die Regentschaft übernahm, werde ich die Verfassung und die Gesetze des Königreichs schirmen. Möge es mir unter Gottes gnädigem Beistand gelingen, Preußen zu neuen Ehren zu führen! Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen."

Am 14. Januar eröffnete der König den Landtag, betonte die Nothwendigkeit, das Heer zu verstärken, und drückte die Hoffnung aus, die Grundsteuerfrage werde erledigt und dadurch das Mittel erlangt werden, die Kosten jener Verstärkung des Heeres zu bestreiten. Eine kurze Zeit lang ging das Abgeordnetenhaus auf den Gedanken ein, Preußen müsse für Deutschland etwas thun, und Stavenhagen stellte sogar den Antrag, Preußen solle an die Spitze des deutschen Bundesstaates treten. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Schleinitz, mußte erst dem Hause begreiflich machen, daß dieser Antrag weit über den gegenwärtigen Standpunkt hinausgreife. In der That hätte das Haus, wenn dieser Antrag durchgegangen wäre, geradezu den Krieg mit Oesterreich vom Zaune gebrochen. Man beruhigte sich wieder. Die Hoffnung des Königs ging in Erfüllung, denn am 2. Mai nahm das Herrenhaus die Grundsteuervorlage an.

Auch eine etwas heikle englische Frage wurde verhandelt. Im

vorigen Jahre hatte sich ein reisender Engländer, Capitän Macdonald, auf der preußischen Eisenbahn am Niederrhein auf das brutalste gegen eine mitreisende deutsche Dame benommen, sie angepackt und weggestoßen. Dafür war er von Rechtswegen in Bonn verhaftet und zur Strafe gezogen worden und der preußische Staatsanwalt Möller hatte sich bei diesem Anlaß über die „Lümmelei" der reisenden Engländer überhaupt ausgelassen. Da schrie alles in England, sogar das Parlament brauste auf und die englische Regierung forderte Genugthuung. Allein sie wurde preußischerseits bedeutet, man könne einen Reisenden, der eine Dame so grob beleidigte, nicht als Gentleman gelten lassen, und Palmerston mußte sich beruhigen. — In diesem Jahre (24. Januar) war auch durch den Grafen v. Eulenburg, Chef der preußischen Seeexpedition nach Japan, ein vortheilhafter Handelsvertrag mit diesem Reiche uralten Reichthums und uralter Cultur abgeschlossen worden, ein günstiges Vorzeichen für die maritime Zukunft Preußens.

Im Sommer weilte die Königin in Baden-Baden, wohin sich auch der König zum Besuche begab. Da versuchte ein junger Mensch, Namens Oskar Becker, ihn mit einer Pistole hinterrücks zu erschießen, streifte ihn aber nur am Kragen, am 14. Juli. Dieser Jüngling war fanatisirt, indem er sich von den Feinden Preußens die dumme Meinung hatte beibringen lassen, der König sey das hauptsächlichste Hinderniß der Freiheit und Einheit Deutschlands, derselbe König, der nur wenige Tage nach seiner Thronbesteigung in seiner oben angeführten Proclamation die feierliche Versicherung gegeben hatte, Preußen müsse sich stärken, einzig für Deutschland! wurde so grob verleumdet, von einem völlig blinden Parteihaß.

Früher hatte jeder neue König von Preußen sich von den Ständen feierlich huldigen lassen. Da nun aber die alten Stände nicht mehr existirten, seitdem Preußen eine neue Verfassung erhalten hatte, glaubte

das liberale Ministerium eine andere Form der Feierlichkeit vorschlagen zu sollen und rieth dem König, sich einfach nach alter Sitte in Königsberg, der Wiege der Monarchie, krönen zu lassen. Zwar hatte diese Ceremonie bisher nur einmal stattgefunden. Nur bei der Gründung des Königthums hatte Friedrich I. die Krönung an sich vollziehen lassen. Die folgenden Könige hatten sich mit der Erbhuldigung begnügt. Es war etwas Verhängnißvolles und lag eine große Bedeutung darin, daß der siebente König Preußens, Wilhelm I., seinen Ministern zustimmend, die Krönung in Königsberg zum erstenmal wieder erneuerte. Er wollte damit zugleich gegenüber der liberalen Zeitströmung, die das Königthum als solches unterschätzte und gern im „ersten Staatsdiener" nur eine „constitutionelle Puppe" unter der Vormundschaft eines Parlaments erkennen wollte, die Bedeutung und das Gewicht der Krone und des Königthums von Gottes Gnaden betonen. Aus einem höhern welthistorischen Gesichtspunkt aber mußte man in dieser zweiten Krönung eines Preußenkönigs einen Wendepunkt der preußischen Geschichte, das Aufsteigen von einer ersten Stufe zu einer höhern zweiten erkennen, sofern das deutsche Programm des Neugekrönten der dermaligen Sachlage in Deutschland, dem eigensten Bedürfniß und dem großen Beruf der deutschen Nation vollkommen entsprach.

Der 18. October, der große Siegestag der Deutschen, wurde zum Krönungstage ausersehen. Die königliche Familie, die Minister, die Mitglieder beider Kammern, Prinzen der befreundeten Höfe, glänzende Gesandtschaften und zahllose Gäste von nah und fern, vornehm und gering versammelten sich in Königsberg. Am Vormittag des 18. October setzte sich der feierliche Krönungszug nach der Kirche in Bewegung. Das Wetter war herrlich. Als Decorationen glänzten goldene Kronen und hoben schwarze Adler ihre Flügel. Der König trug den Mantel des schwarzen Adlerordens. Oberconsistorialrath Oesterreich empfing

den König in der Kirche an der Spitze der Geistlichkeit. Nach der Predigt folgte Gebet und Gesang. Dann erhob sich der König zum Altare und verrichtete ein stilles Gebet. Der Oberstkämmerer legte ihm den Krönungsmantel von Hermelin um, worauf der König die Stufen des Altars emporstieg, die Krone von demselben nahm und auf sein Haupt setzte, während alle Glocken zu läuten begannen und die Kanonen donnerten. Hierauf empfing der König nach einander die Reichsinsignien, das Reichsinsiegel, den Reichsapfel, das Schwert und den Scepter. Da nahte die Königin und wurde von ihrem Gemahle gekrönt. In der Stadt herrschte der allgemeinste Jubel.

In der Anrede an die Mitglieder beider Häuser des Landtags sagte der König: „Die Herrscher Preußens empfangen ihre Krone von Gott; darin liegt die Heiligkeit der Krone, welche unantastbar ist. Ich weiß, daß Sie selbst den Sinn des Actes so verstehen, zu dessen Zeugen ich Sie berufen habe. Die Krone ist mit neuen Institutionen umgeben; Sie sind nach denselben berufen, der Krone zu rathen. Sie werden mir rathen und auf Ihren Rath werde ich hören."

Nachdem die Feierlichkeiten vorüber waren, offenbarte sich eine große Mißstimmung in der liberalen Presse und in den liberalen Versammlungen. Ohne den tiefen Sinn und insbesondere den großen nationalen Gedanken der königlichen Ansprache zu fassen, oder indem man ihn absichtlich nicht verstehen wollte, hielt man die Verstärkung des preußischen Heeres nur für ein Mittel zu reactionären Zwecken, und anstatt hinter den Worten, die der König aus Anlaß seiner Krönung redete, die verlorene Krone des heiligen Reichs deutscher Nation durchschimmern zu sehen, meinte oder sagte man wenigstens, es gelte, die Verfassung zu vernichten und zur absoluten Monarchie zurückzukehren. In dieser bornirten und lügenhaften Weise wurden die Wähler zum Abgeordnetenhause und das ganze große liberale Publikum bearbeitet. Nie war der Liberalismus blödsinniger, nie die französische Brille,

welche er den Deutschen auf die Nase gesetzt hatte, trüber. Anstatt den hochherzigen König zu unterstützen, kündigte ein Berliner Wahlcomité an, es gelte jetzt, eine entschlossene Initiative gegen die Regierung zu ergreifen.

Zur Bestätigung dessen, was Preußen für Deutschland thun wollte, gab es am 14. November am Bundestag eine bündige Erklärung ab, worin es bessere Sorge für die Küsten und die Marine beantragte, im Widerspruch mit Hannover, welches aus Neid und unter dem Einfluß Oesterreichs bisher jede Sorge für die Küstenbefestigung an der Nordsee versäumt und gehemmt, und auch den großen Seeplätzen, Hamburg, Bremen und Lübeck, immer nur zu schaden gesucht hatte (durch chikanöse Mauthen, durch absichtliche Umgehung des hanseatischen Gebiets mit Eisenbahnen 2c.). Preußen hatte auf eine Wiederaufnahme der deutschen Flottenfrage, wenigstens in Bezug auf die Nordseeküsten angetragen, aber vergebens. Seine Erklärung lautete: „Die preußische Regierung erklärt überrascht, in dem Antrage Hannovers seine Theilnahme an der beregten Flotte nicht nur umgangen, sondern sichtlich ausgeschlossen zu sehen, wogegen sie die thatsächlichen Verhältnisse hervorhebt, daß Preußen vermöge seiner geographischen Lage und seiner politischen Stellung bei der Organisation des maritimen Vertheidigungssystems nicht allein an der Ostsee, sondern auch an der Nordsee ganz besonders interessirt sey. Das Jahdeetablissement, die gegen Oldenburg übernommenen Verpflichtungen, der Schutz der eigenen, das unmittelbare Hinterland des Küstengebiets bildenden Provinzen, die Sorge um den Handel und vielfache militärische und andere Gründe machten Preußen eine directe und wesentliche Betheiligung bei den Vorkehrungen zum Schutze an der Nordsee zur Pflicht. Anderntheils müsse bei dem ganzen Unternehmen der Küstenvertheidigung auf die allein die beabsichtigten Erfolge gewährleistende Einheit des Systems und die Sicherheit der Ausführung besonderer Werth gelegt werden, und hiezu scheine

die entsprechende Vertheilung der Leistungen zur See nach den vorhandenen maritimen Hilfsquellen, nach dem Verhältnisse der Handelsflotten und der seefahrenden Bevölkerung, sowie die Initiative und Leitung des Unternehmens in der Hand desjenigen Staates naturgemäß, der durch militärische Anstalten zu Land und zur See hinreichenden Anhalt für die gedeihliche Entwicklung gewähre."

Der König von Preußen hatte alles gethan, um die Nation zu überzeugen, daß es ihm heiliger Ernst sey, alle physischen und moralischen Kräfte Preußens für das Gedeihen und die Ehre Deutschlands einzusetzen, ohne die innere Freiheit zu gefährden, und er hatte nichts gethan, was jemand berechtigt hätte, an seinem großherzigen Plan zu zweifeln; aber der bornirte Liberalismus begriff es nicht und die extreme Demokratie, die es vielleicht begriff, wollte es nicht begreifen und verband sich mit dem engherzigsten Particularismus, um die Wiederkehr einer nationalen Begeisterung und die Wiedergeburt des deutschen Vaterlandes, die 1815 vereitelt worden war, abermals zu verhindern. Die Wahl ins Abgeordnetenhaus lieferte eine weit überwiegende Mehrheit von Gegnern der Regierung. Das war nun freilich nicht der reine Ausdruck der Volksmeinung. Man hat mit Bestimmtheit ausgerechnet, daß von den Wahlberechtigten überhaupt nur 27 % wirklich gewählt haben, eine Minderheit, die durch die rührige Wühlerei der Fortschrittspartei und durch das unermüdliche Lügen und Verleumden in der Presse zusammengebracht wurde, während die große Mehrheit der Bürger und Bauern gar nicht wählte, und zwar, weil sie sich auf den König verließ, der werde schon sehen, was rechtens sey, oder aus Trägheit, zum Theil auch aus Ekel an den Wahlumtrieben. In allen constitutionellen Staaten Deutschlands hat man dieselbe Erfahrung gemacht, die Wahlen wurden durchaus nur von einer rührigen Partei beherrscht, die keine Mittel scheute, ihre Candidaten durchzusetzen und die der Gegner öffentlich zu beschimpfen.

Dadurch ließen sich nun viele gute Leute ärgern und blieben lieber von der Wahlurne fern. Die ganze constitutionelle Schablone, die wir von den Franzosen geborgt haben, taugt aber nicht für die Deutschen, ist und bleibt auf deutschem Boden unnatürlich. Natürlich ist bei uns nur die Vertretung nach Ständen und Corporationen, niemals die nach Köpfen und nach dem Census.

In das Abgeordnetenhaus wurden diesmal auch mehrere durch den König Amnestirte und Heimgekehrte gewählt, wie Waldeck, Löwe von Calbe, die da fortfuhren, wo sie früher aufgehört hatten, einer systematischen Opposition, blind gegen alles Gute und Große, was die Regierung wollte. Die Mehrheit des Hauses war diesmal so überwiegend, daß sie sich in den Traum einwiegte, sie allein habe von nun an zu entscheiden, der König sich allein nach ihr zu richten, seine Minister nur in ihrem Sinne zu wählen, nur in ihrem Sinne zu regieren; das Herrenhaus wurde ganz von ihr mißachtet als ein Institut, das eigentlich überflüssig sey. Somit wollte das Haus sich die Rechte des englischen Unterhauses aneignen, ohne das Oberhaus zu respectiren und ohne selbst auf einer conservativen Grundlage zu ruhen, wie das englische Unterhaus. Oder es bildete sich ein, durch die Umstände zu einer Alleinherrschaft gelangen zu können, wie sie die Liberalen in der zweiten Kammer zu Paris im Jahr 1830 erlangt hatten.

Nachdem der König die Kammern am 14. Januar 1862 eröffnet hatte, constituirte sich das Abgeordnetenhaus unter dem Präsidenten Grabow zu einer compakten Partei, die durch ihr Stimmenmehr nicht nur alle ihr mißliebigen Anträge der Regierung verwarf und dem Herrenhause das Mitsprechen nicht mehr gestatten wollte, sondern auch gegen die Minderheit im Abgeordnetenhause selbst eine unerhörte Tyrannei ausübte, kein Mitglied des Hauses, das nicht zur s. g. Fortschrittspartei gehörte, in eine Commission wählte, ja ihm die Rede

abschnitt und durch förmlichen Beschluß feststellte, keiner dürfe das Wort ergreifen, wenn es der Mehrheit nicht beliebte.

Als nun der Kriegsminister von Roon aufs neue die Zustimmung des Hauses zur bereits vollendeten Armeereorganisation einholen wollte, stieß er auf den wildesten Widerstand. Daß Preußen ein verstärktes Heer brauche, um einer gefahrvollen Zukunft gerüstet entgegengehen zu können, wurde bestritten, obgleich dasselbe Haus noch unlängst beinahe einen ungerechten Krieg mit Oesterreich provocirt hatte. Man wollte die ganze Reorganisation rückgängig machen, die neuen Regimenter wieder nach Hause schicken. Man verlangte weit weniger Truppen und eine nur zweijährige, keine zur vollen Ausbildung der Truppen nothwendige dreijährige Dienstzeit. Man wollte die alte Landwehr zurück, obgleich die neue Organisation gerade nur die Mißstände jener früheren Landwehr abbestellt, den Dienst der verheiratheten Männer wesentlich abgekürzt, das ältere Lebensalter geschont hatte. Jeder Zufall wurde benutzt, um das trefflich geschulte Offiziercorps in der öffentlichen Achtung herabzusetzen und als eine Horde tiefcorrumpirter Junker darzustellen. Ein solcher Zufall war es, daß in Magdeburg ein Offizier, Namens Putzki, der Nachts betrunken heimkam, einen Hausknecht, der grob gegen ihn war, erstochen hatte. Nun schrie die Presse, als ob alle preußischen Offiziere Putzkis wären.

Wie das Kriegsministerium mußte sich auch das der Finanzen die Grobheit des Hauses gefallen lassen. Das tiefste beleidigendste Mißtrauen sprach sich am 6. März in dem Antrag Hagens aus, dem das Haus seine Zustimmung gab, und der eine zweite Specialisirung aller Ausgaben im Etat verlangte, damit das Haus sich auch überzeugen könne, ob auch alle vom Hause bewilligten Geldmittel zu dem bestimmten Zweck verwendet worden seyen, zu denen es sie bewilligt habe. Das Ministerium, ein liberales, bisher als solches anerkanntes, hatte arglos und wohlwollend mit dem Hause unterhandelt. Jetzt erst be-

griff es, mit solchen Leuten lasse sich nicht unterhandeln, denn sie griffen als gesetzgebender Körper zu tief in die Executive ein. Der Finanzminister von der Heydt erklärte daher schon am 11. März dem Hause, da es der Regierung kein Vertrauen schenke, bliebe der letzteren nichts übrig, als sofort das Haus aufzulösen. Aber das Ministerium selbst, dem Sturm nicht mehr gewachsen, legte seine Stellen nieder. Nur von der Heydt und Kriegsminister von Roon blieben, daher trat an Stelle des Fürsten von Sigmaringen nunmehr der bisherige Präsident des Herrenhauses, Fürst von Hohenlohe-Ingelfingen, an die Spitze des Ministeriums; die übrigen neuen Minister waren die Grafen Itzenplitz und Lippe, die Herren von Mühler und Jagow.

Als der letztere, der neue Minister des Innern, durch ein Circular die Wähler zum neuen Abgeordnetenhause ermahnte, Vernunft anzunehmen und loyaler als bisher zu wählen, wurde ihm das zum Verbrechen gemacht, als Eingriff in die Rechte der Wähler, und sogar die Universität und die Stadtverordneten von Berlin protestirten gegen diesen Wahlerlaß.

Am 19. Mai wurde der neue Landtag durch den Fürsten Hohenlohe eröffnet, der die Kammern versicherte, die Regierung werde an der Heerverbesserung festhalten, aber auch die verfassungsmäßigen Rechte des Abgeordnetenhauses anerkennen. Damit kam man nicht weiter. Die Fortschrittspartei war wieder in überwiegender Mehrheit gewählt und beharrte auf ihrem Standpunkt, der Regierung nichts zu bewilligen. Man warf die Parole aus: „ein Volksheer hinter dem Parlament", statt des stehenden Heeres hinter dem König. Aber auch der König blieb fest. Die Rechte des Abgeordnetenhauses gingen nach der Verfassung nicht so weit, als es sich einbildete oder glauben machen wollte. Nach §. 99 der preußischen Verfassung mußte das Budget jährlich den beiden Kammern vorgelegt und durch ein Gesetz festgestellt werden. Nach §. 62 mußte es zuerst dem Abgeordnetenhause vorge-

legt und im Detail berathen, nachher erst dem Herrenhause vorgelegt werden, welches dasselbe nur en bloc annehmen oder verwerfen durfte. Das Abgeordnetenhaus hatte mithin nicht allein über das Budget zu bestimmen. Was insbesondere die Armeereorganisation betrifft, so war dieselbe schon am 4. Juli 1860 von dem früheren Abgeordnetenhause gebilligt und von der Regierung bereits vollendet worden; die spätere Kammer hatte also kein Recht mehr, sie rückgängig machen zu wollen.

Nur in den Fragen der äußern Politik war das Abgeordnetenhaus der Regierung gefügiger. Am 21. Juli 1862 hatte Preußen das neue Königreich Italien anerkannt und die Fortschrittspartei verfehlte nicht, ihre Zufriedenheit damit zu äußern, denn sie erkannte darin einen Sieg der Revolution über die Legitimität. Die wenigen Katholiken, die dagegen stimmten, weil sie die Treulosigkeit des sardinischen Cabinets verdammen mußten und große Gefahren für das Oberhaupt der Kirche in Rom kommen sahen (die Brüder Reichensperger, von Malinkrott) konnten nicht durchbringen. — Auch der neue, zwischen Frankreich und Preußen (vorbehaltlich im Namen des Zollvereins) am 29. März 1862 abgeschlossene Handelsvertrag erhielt die Zustimmung der beiden preußischen Häuser.

Nur die Mittelstaaten erhoben gegen diesen Vertrag ein Zetergeschrei. Obgleich er den Interessen aller Betheiligten angemessen war, nachher auch von sämmtlichen Mittelstaaten angenommen wurde und sein Nutzen für die deutsche Handelswelt erprobt ist, wurde er doch von der preußenfeindlichen Presse zum Vorwand genommen, um Preußen mit Verleumdungen zu überhäufen. In denselben Mittel- und Kleinstaaten, die am meisten Vortheil von diesem Handelsvertrage zogen, schämte sich die Presse nicht, die Lüge zu verbreiten, Preußen wolle sie dem französischen Interesse aufopfern, um dadurch die Zustimmung Frankreichs zu seinen verderblichen absolutistischen und der Unabhängigkeit und Freiheit der kleinen Staaten gefährlichen Pläne zu erkaufen.

Alles drehte sich im Berliner Abgeordnetenhause um die Reorganisation der Armee. Sie ist bereits vollzogen, sagte der Kriegsminister von Roon, das Geld dafür ist ausgegeben, sie ist durchaus zweckmäßig. Durch sie wird eine verkehrte, unhaltbar gewordene ältere Einrichtung abgeändert und wird dem Staate diejenige Wehrkraft gesichert, ohne die Preußen als Großmacht nicht bestehen, noch viel weniger wachsen kann. Ihr selbst wollt ja, sagte der Kriegsminister im Hinblick auf die bekannten Bestrebungen des Nationalvereins, daß Preußen in Deutschland wachsen solle; wie mögt ihr da sein Heer schwächen? Man gab ihm die nicht ehrlich gemeinte Antwort, ja, Preußen solle wachsen, aber nicht durch Krieg. Als das Abgeordnetenhaus fortwährend die Berechtigung zur Armeereorganisation bestritt und die betreffenden Etatssätze durchstrich, machte Freiherr von Vincke einen Vermittlungsvorschlag dahin, daß der Kriegsetat für 1862 mit einigen Abzügen angenommen, der Etat für 1863 und die ganze Armeereorganisation durch die Kammer gesetzlich geregelt werden solle, jedoch mit der unerläßlichen Vorbedingung, daß die Regierung auch auf die dreijährige Dienstzeit verzichten und eine nur zweijährige gestatten müsse. Auf diesen Vorschlag einzugehen erklärte sich der Kriegsminister bereit, konnte aber in Bezug auf die Dienstzeit im Augenblick noch kein bindendes Versprechen geben. Da wollte sich die Mehrheit des Hauses auf den Vergleich nicht einlassen, auch die Entscheidung nicht länger verschleppen und strich den ganzen Militäretat für 1862 am 23. September.

Nun konnte sich auch das Ministerium der Hoffnung nicht mehr hingeben, mit einer solchen Kammer auszukommen. Eben so unwahrscheinlich war es aber auch, daß aus Neuwahlen eine zugänglichere Mehrheit hervorgehen würde. Also dankte das bisherige Ministerium ab, und schon am 24. September berief der König den Herrn v. Bismarck-Schönhausen in sein neues Ministerium und ernannte ihn am 8. October zum Chef desselben. v. Roon blieb Kriegs-

minister, v. Bodelschwingh wurde Finanzminister, Graf Eulenburg, welcher den Vertrag mit Japan abgeschlossen hatte, wurde Minister des Innern. Herr v. Bismarck war 8 Jahre lang preußischer Gesandter beim Bundestag gewesen, dann Gesandter in Paris und St. Petersburg, und blickte tiefer als irgend einer in die deutschen und europäischen Verhältnisse hinein. Aus der preußischen Feudalpartei hervorgegangen, hatte er, wie er selbst in einem Briefe erklärt hat, am Bundestag in Frankfurt den preußischen Horizont zum deutschen erweitert, waren ihm „die Schuppen von den Augen gefallen“ und hatte er begriffen, was sich aus Deutschland machen lasse, wenn die Unnatur des Metternich'schen Systems und der Bundesverfassung von 1815 ein für allemal über den Haufen geworfen und Deutschland neu und auf eine natürlichere Weise construirt werde. Es war ihm klar, das könne nur durch Preußen geschehen, aber dies müsse, ehe es für die deutsche Sache eintreten könne, selber erst kräftiger consolidirt seyn. Er schrieb, „wenn wir mit unsern Vaterlandsgenossen auf eine engere und practischere Weise verbunden seyn werden, dann erst werde ich gerne auf unsern Bannern das Wort deutsch statt preußisch lesen.“ Bald nach seiner Ernennung zum Minister äußerte er einmal im Gespräch: „Die großen Fragen der Zeit werden nicht durch Kammerreden und Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch Blut und Eisen entschieden.“

Nachdem der König sich so bestimmt und wiederholt für eine deutsche Politik Preußens erklärt hatte, konnte man auch die Berufung Bismarcks ins Ministerium nicht anders verstehen, als daß er diesen großen Gedanken des Königs mit seinem ganzen Genie und mit seiner großen diplomatischen Erfahrung unterstützen werde. Aber das Abgeordnetenhaus hatte sich schon in die parlamentarische Machtbesoffenheit hineingeschwatzt. Der bisherigen Mehrheit sicher, auch in der Presse einen alle Philister erschreckenden oder mitfortreißenden Terrorismus übend, dachte die Fortschrittspartei, das imaginäre Volksheer

hinter sich, an nichts Geringeres, als an eine Parlamentsregierung, Beseitigung des Herrenhauses und Bevormundung des Königs. In dieser stierdummen Wuth und Gier vergaß sie gänzlich die große Mission Preußens in Deutschland, trachtete im Gegentheil, die Regierungsgewalt in Preußen zu schwächen, das schöne Heer wieder zu desorganisiren, die neuen Regimenter wieder heim zu schicken, und ließ sich sogar den Beifall und die eifrige Zustimmung der Mittelstaaten und Oesterreichs gefallen. Die deutsche Politik Preußens war seinem österreichischen Rivalen so verhaßt, wie den Mittelstaaten, denn Oesterreich wollte im bequemen Geleise Metternichs wo möglich bis ans Ende der Zeit fortkutschiren, und das kleinstaatliche Zaunkönigthum wollte dem großen Nationalinteresse kein Opfer bringen. Die Demokratie wollte, nachdem Oesterreich geschwächt war, auch Preußen schwächen, und eine starke Regierung war es, was sie am meisten fürchtete und haßte. Daher der vielstimmige Chorus, in dem die Presse der Parteien in den Wuthausbrüchen gegen Bismarck übereinstimmte und dem preußischen Abgeordnetenhause Beifall zujauchzte, demselben zum Rückhalt diente und es immer blinder in den Kampf gegen die preußische Krone hineinhetzte.

Inzwischen ließ sich Bismarck durch den Haß der Fortschrittspartei nicht im Geringsten irre machen, sondern gab das erste Zeichen seiner Energie in dem raschen Verfahren, womit er dem unverschämten Trotze, den der Kurfürst von Hessen selbst dem ausdrücklichen Gebot des Bundestags entgegengesetzt hatte, mit einem Schlag ein Ende machte. Mehr konnten die Liberalen von Bismarck gar nicht verlangen, da sie selbst immer so bitterlich über die Mißregierung des Kurfürsten geklagt hatten, ohne etwas dagegen auszurichten. Bismarck zeigte aber auch dem Berliner Abgeordnetenhause, daß er ihm die Stirn bieten werde, indem er das vom Hause verworfene Etatsgesetz zurückzog. Das Haus verlangte, er solle den Etat für 1863 sofort einbringen, und erklärte

jede Ausgabe, welche die Regierung einem Beschluß des Hauses zuwider machen werde, für verfassungswidrig. Bismarck erklärte dagegen, das Budget für 1863 könne vor Jahresfrist nicht fertig seyn. Auch habe das Abgeordnetenhaus das Budget nicht allein zu bewilligen. Das Herrenhaus erklärte sich für die Regierung. Da erklärte wieder das Abgeordnetenhaus dessen Beschluß für verfassungswidrig. Die Regierung aber bewies gerade aus den Paragraphen der Verfassung, daß sie im Rechte sey, denn ein Budget könne nicht zu Stande kommen, wenn nicht alle drei Factoren übereinstimmten, und nach Paragraph 109 der Verfassung müßten die bestehenden Steuern und Abgaben forterhoben werden so lange, bis sie durch ein Gesetz geändert würden.

Weil nun das Abgeordnetenhaus keine Concessionen machte, hatten auch weitere Verhandlungen mit ihm keinen Zweck mehr und der Landtag wurde am 13. October durch Bismarck aufgelöst. Derselbe sagte in der Schlußrede: „Die Regierung hat den Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten, nach welchen die größtentheils bereits verwendeten Kosten der Reorganisation des Heeres und andere unentbehrliche Ausgaben für das laufende Jahr abgesetzt werden sollten, nicht beitreten können. Sie würde sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie die auf Grund der frühern Bewilligungen der Landesvertretung ausgeführte Umformung der Heeresverfassung, unter Preisgebung der dafür gebrachten beträchtlichen Opfer und mit Beeinträchtigung der Machtstellung Preußens, dem Beschlusse des Hauses gemäß rückgängig machen wollte.“

Nach der Entlassung des Landtags häuften sich die leidenschaftlichen Verdächtigungen immer mehr und begannen wieder die gehässigsten Parteimanöver. In der Festung Graudenz hatte ein Hauptmann v. Besser seine Leute dermaßen geplagt und geschoren, daß ihm einmal seine ganze Compagnie, indem sie in Reih und Glied dastand, den

Gehorsam versagte. Dieses schwere Verbrechen gegen die Subordination wurde streng bestraft. Die ganze Compagnie, 101 Mann, wurde zur Festungsstrafe verurtheilt, meist jedoch nur auf drei oder ein Jahr. Auch der Hauptmann wurde auf die Festung geschickt. Die Fortschrittspartei und ihre zahlreichen Preßorgane beuteten diesen traurigen Vorfall sogleich aus, um wieder die adeligen Offiziere überhaupt dem öffentlichen Hasse preiszugeben. Als ob man in Preußen nicht mehr wisse, was Soldaten gezieme, wurde die ungehorsame Compagnie nur bemitleidet, die Berliner Literaturjuden überflossen von empfindsamen Thränen und man sammelte große Summen, um die Wittwen und Waisen der ungerecht verurtheilten Märtyrer von Graudenz zu unterstützen. Hinterdrein erfuhr man, sie seyen, zwei ausgenommen, alle noch unverheirathet. Wichtiger war die Agitation für die Landwehroffiziere, die von der Regierung wegen Kundgebung illoyaler politischer Meinungen, wegen Betheiligung am Nationalfonds ꝛc. im Dienstwege gemaßregelt wurden, wenn sie auch nicht mehr dienten, sondern als Civilisten lebten. Eine solche Maßregelung traf auch den sehr populären Geschichtschreiber der Befreiungskriege, Beitzke, und man glaubte, selbst warme Freunde der Regierung glaubten es, die Regierung hätte die Landwehroffiziere lieber in Ruhe lassen sollen. Die Maßregelungen veranlaßten die Opposition, einen s. g. Nationalfonds zu gründen, um aus demselben alle die Personen zu entschädigen, denen die Regierung ihrer politischen Meinung wegen die Temporalien sperren würde. Die Mehrung dieses Fonds wurde mit großer Ostentation betrieben.

Es fehlte nicht an besonnenen Leuten in Preußen, die dem Treiben im Abgeordnetenhause bisher sorglos zugesehen hatten, indem sie es nur für unnützes Geschwätz hielten, welches unmöglich den festen Thron erschüttern könne. Als nun aber die Fortschrittsmänner überall herumstöberten, sich durch ihre Rührigkeit zu vervielfältigen schienen, an allen öffentlichen Orten gegen Bismarck fluchten und tobten, ihn selbst bei

den loyalen Leuten wenigstens als den bösen Genius des Königs anschwärzten und die Presse unermüdet in diesen Ton des Hasses und der Verleumdung einstimmte, kamen auch die Bessergesinnten in einige Unruhe und schickten aus allen Theilen des Landes dem König Adressen und Deputationen zu, die ihn ihrer Treue und Opferwilligkeit versicherten. Unter den Antworten, die er ihnen ertheilte, ist die vom 21. October die merkwürdigste, weil er darin mehreren Deputationen mündlich sagte: „Bei solchen Anfechtungen ist es schwer, nicht irre zu werden, sondern fest zu stehen. Die Militär-Reorganisation ist mein eigenstes Werk und mein Stolz, und ich bemerke dabei, es gibt kein Bonin'sches und kein Roon'sches Project; es ist mein eigenes, und ich habe daran gearbeitet nach meinen Erfahrungen und pflichtmäßiger Ueberzeugung. Ich werde fest daran halten und die Reorganisation mit aller Energie durchführen, denn ich weiß, daß sie zeitgemäß ist. Es ist auch eine Verleumdung, daß die geschworne Verfassung gebrochen werden solle. Ich halte fest an meinem Eide."

Der Landtag wurde am 14. Januar 1863 wieder einberufen. Bismarck trat dem Hause mit Ruhe und sogar mit einem neuen Vertrauen entgegen, indem es der Regierung fast unmöglich schien, daß die Abgeordneten nicht endlich die wohlwollenden und heilsamen Absichten des Königs sollten einsehen lernen. Aber schon beim ersten Zusammentritt des Hauses eröffnete Grabow die Sitzung mit verletzenden Aeußerungen. „Es muß mit dem tiefsten Bedauern unumwunden ausgesprochen werden, daß der Verfassungsconflict in den verflossenen drei Monaten immer größere Dimensionen angenommen und den Ausbau unseres verfassungsmäßigen Rechtstaates gefährdet hat. Bis zu den Stufen des Thrones ist das Haus der Abgeordneten — die alleinige, aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangene wahre Vertretung des preußischen Volks — verdächtigt, verleumdet, geschmäht worden. Im Interesse des Dienstes sind beamtete Abgeordnete zur Disposition ge-

stellt und versetzt worden, welche, getreu ihrem Verfassungseide, die unstreitig dem Abgeordnetenhause verfassungsmäßig zustehenden Rechte geübt und gewahrt haben. Die gesetzlich aufgehobenen Conduitenlisten sind im Verwaltungswege über das politische Verhalten der Beamten, insbesondere der unabhängigen Richter, wieder eingeführt. Der Artikel 99 der Verfassung ist verletzt und durch das von ihr gebotene Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht geschützt, stehen wir einer budgetlosen Regierung gegenüber. Doch das Land ist seinen gewählten Vertretern zur Seite getreten. Das beweisen der denselben bei ihrer Heimkehr bereitete feierliche Empfang und 194 Zustimmungs- und Dankadressen, bedeckt mit 221,951 Unterschriften."

Das Haus erließ sofort eine von Virchow verfaßte Adresse, eine in höflichen Worten eingehüllte Beleidigung und Unverschämtheit. „Die letzte Session wurde geschlossen, bevor für das Jahr 1862 das von der Verfassung vorgeschriebene Etatsgesetz festgestellt worden war, der Etatsentwurf für das Jahr 1863, welcher vor Ablauf des vorigen Jahres hätte vereinbart seyn sollen, war zurückgezogen worden. Die Aufforderung an die Regierung Ew. Majestät, diesen Etat noch rechtzeitig wieder vorzulegen, war ohne Erfolg geblieben.

Seitdem haben die von Ew. Majestät berufenen Minister verfassungswidrig die Verwaltung ohne gesetzlichen Etat fortgeführt, und sogar, entgegen einer bestimmten Erklärung des Hauses der Abgeordneten, solche Ausgaben verfügt, welche durch Beschlüsse des Hauses definitiv und ausdrücklich abgelehnt waren.

Das oberste Recht der Volksvertretung, das der Ausgabenbewilligung, war damit angegriffen, ein Recht, welches die Grundlage des konstitutionellen Staatslebens überhaupt ist, welches daher auch alle bestehenden konstitutionellen Verfassungen gewährleisten, und welches bisher, unter steter Anerkennung durch die Staatsregierung selbst, von der preußischen Volksvertretung geübt war. Das Land sah mit

Schrecken den ganzen Gewinn unserer bisherigen staatlichen Entwickelung in Frage gestellt. Es stand zu seinen Abgeordneten.

Nur eine kleine, der Nation seit lange entfremdete Minderheit hat, gestützt durch die Minister Ew. Majestät, bis zu den Stufen des Thrones die gröbsten Verleumdungen gegen einen Factor der Gesetzgebung getragen und den Versuch nicht gescheut, das Urtheil über Maß und Bedeutung klarer Verfassungsrechte zu verwirren.

Gleichzeitig ist vielfach ein Mißbrauch der Regierungsgewalt, wie er in den trüben Jahren vor dem Beginn der Regentschaft Ew. Majestät stattfand, hervorgetreten. Es sind verfassungstreue Beamte, zumal solche, welche zugleich Abgeordnete waren, mit drückenden Maßregeln heimgesucht worden. Es ist die Presse verfolgt worden, wo sie für das Recht offen eintrat. Es ist der Versuch gemacht, die Ausübung unzweifelhafter staatsbürgerlicher Rechte seitens nicht einberufener Landwehrmänner durch unzuläßige, außerhalb der Dienstordnung liegende Befehle militärischer Vorgesetzter zu hindern.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr! Ew. k. Majestät haben noch jüngst zu erklären geruht, daß Niemand an Allerhöchstihrem Willen zweifeln dürfe, die beschworene Verfassung aufrecht zu halten und zu schützen. In der That wagt Niemand, einen solchen Zweifel zu hegen; aber gestatten Ew. Majestät, es offen auszusprechen, die Verfassung ist durch die Minister schon jetzt verletzt. Der Artikel 99 ist keine Wahrheit mehr. Das schwere Uebel einer budgetlosen Regierung ist über das Land gekommen. Und die neue Session hat begonnen, ohne daß durch ein thatsächliches Entgegenkommen der Regierung auch nur Aussicht eröffnet wäre, es werde gelingen, die geregelte Handlung der Finanzen zurückzuführen und die Heereseinrichtung wieder auf gesetzliche Grundlagen zu stützen.

Das Ausland sieht mit Staunen einen Conflict sich verlängern,

welcher die Achtung vor dem preußischen Namen mit jedem Tage tiefer berührt, welcher die Stimme der Regierung im Rathe der Völker ihrer besten Kraft zu berauben droht. Es weiß wohl, daß Pflicht und Gewissen die preußische Volksvertretung zwingen, das Recht, welches die Verfassung ihr verleiht, ohne Uebergriff, aber auch ohne Abbruch nach allen Seiten hin wahrzunehmen, und daß die Aussicht auf äußere Verwicklungen kein Mittel zur Ausgleichung unseres inneren Zerwürfnisses ist. Es weiß, daß Preußen seinen Einfluß in Deutschland und damit seine Stärke nur dann wieder gewinnen kann, wenn es zunächst bei sich verfassungsmäßige Ordnung herstellt, und wenn es sodann das deutsche Volk und dessen Vertreter zur Mitwirkung an der staatlichen Einigung des großen Vaterlandes aufruft.

Inmitten dieser Bedrängniß läßt das preußische Volk, welches in so vielen Gefahren erprobt ist, welches in Treue und Ausdauer von keinem andern übertroffen wird, nicht von der Hoffnuug, daß Ew. Majestät Weisheit die ehrliche Stimme seiner gesetzlichen Vertreter zu unterscheiden wissen werde von dem Rathe derer, welche in dem Kampfe der Parteien ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den erhabenen Namen Ew. Majestät zu decken und zu stützen sich bemühen.

Königliche Majestät! Unsere Stellung als Vertreter des Landes legt uns die gebieterische Pflicht auf, feierlich zu erklären, daß der innere Friede und die Kraft nach außen dem Lande nur durch die Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen wiedergegeben werden können."

Das heißt so viel, als, der König verstehe von der Regierung nichts und lasse sich von einer kleinen, der Nation längst entfremdeten Minderheit leiten. Bismarck legte den Abgeordneten in der Adreßdebatte am 27. Januar ans Herz, sie sollen den Conflict nicht weiter treiben, die Adresse, „fordere dem königlichen Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte ab, um sie der Mehrheit

des Abgeordnetenhauses zu übertragen.“ Die Minister würden nach der Verfassung vom König ernannt und nicht vom Abgeordnetenhause. Da die Verfassung das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Factoren feststelle, so daß keine der andern Gewalt anthun könne, so könne eine Verständigung nur durch Compromiß erzielt werden. Ein im Verfassungswesen erfahrener Staatsmann habe sogar gesagt, das ganze Verfassungswesen sey nur eine Reihe von Compromissen. Das Haus solle sich also zu einem herbeilassen. „Was die Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt, soll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie darüber hinaus verlangen, werden wir ablehnen.“

Das Haus ließ sich nicht billig finden und schickte dem König die grobe Adresse zu, die derselbe aber nicht annahm. Doch gab der König am 3. Februar ganz allein und ohne die Unterschrift eines Ministers dem Abgeordnetenhause eine persönliche Antwort, worin er bekräftigte, was Bismarck in Bezug auf die unveräußerlichen Kronrechte gesagt hatte, das Haus in seine verfassungsmäßigen Schranken wies, und fest an seinem Recht, das zugleich seine Pflicht sey, halten zu wollen erklärte.

Als die Insurrection in Polen ausbrach, schloß Preußen mit Rußland am 8. Februar 1863 eine Convention ab von rein defensivem Charakter. Preußen wollte nur die Revolution und die Greuel des Kriegs von seinen Grenzen abhalten und war der vernünftigen Ansicht, daß die armen Polen nur durch die polnische Emigration in Paris und London aufgehetzt und durch trügliche Versprechen zur offenen Erhebung veranlaßt worden seyen, ohne irgend eine Aussicht auf Erfolg. Denn sie allein konnten sich nicht helfen, und Oesterreich, England und Frankreich wollten um der Polen willen keinen neuen europäischen Krieg anfangen. Gesetzt auch, Preußen hätte die Schöpfung eines unabhängigen polnischen Reichs begünstigen wollen, um es als ein Bollwerk gegen das übermächtige Rußland zu brauchen, so hätten ihm Polen, hät-

ten ihm die übrigen Mächte Bürgschaften geben müssen, die sie nicht geben konnten oder wollten. Krieg mit Rußland anfangen, um der undankbaren Polen willen, wäre doch gar zu abenteuerlich von preußischer Seite gewesen, da, sobald sich Preußen im Kriege erschöpft hätte, Frankreich nach dem linken Rheinufer würde gegriffen und Oesterreich den Plan, Venetien gegen Schlesien auszutauschen, damals schon ins Werk gesetzt haben würde.

Was aber der preußischen Regierung die einfachste Vorsicht gebot, wurde ihr vom Abgeordnetenhause und von der Fortschrittspresse wiederum auf die böswilligste Weise als ein Offensivbündniß mit Rußland zur Unterdrückung der Völkerfreiheit ausgelegt. Sogar der Nationalverein ließ sich damals in die Strömung der preußischen Opposition mit hineinreißen, schien ganz und gar vergessen zu haben, was der König selbst über seine deutsche Politik schon mehr als einmal laut ausgesprochen hatte, und gab, so lange Bismarck regieren würde, das alte Gothaische Programm seiner Politik vollständig auf. Es half nichts, daß die preußische Regierung am 8. April in der Provinzialcorrespondenz erklären ließ: „England und Frankreich seyen allerdings durch die fälschlichen Anklagen der Fortschrittspartei in Preußen selbst allarmirt, aber durch die Erklärungen, welche ihnen die preußische Regierung über Inhalt und Zweck der Convention gegeben habe, sogleich wieder beruhigt worden."

Es half nichts, daß die offiziösen Organe die preußische Politik gegenüber von Polen auch aus humanen Gründen rechtfertigten, sofern die unglücklichen Polen von Anfang an gewußt hätten, daß Preußen sie nicht mit Waffen unterstützen könne und wolle; wenn sie sich Illusionen hingegeben und in der thörichten Hoffnung, die andern Großmächte würden ihnen beistehen, alles auf das Spiel gesetzt hätten, so dürfe die preußische Regierung sich rühmen, ehrlicher gegen sie gewesen zu seyn, als andere Mächte. Das half alles nichts. Wie will

man deutschen Professoren und Advokaten etwas ausreden, was sie sich einmal in den Kopf gesetzt haben? Kein Papst konnte mehr Infallibilität ansprechen als der Nationalverein, indem dieser am 25. Mai in einer Ansprache an seine Mitglieder folgendermaßen orakelte: „Durch die Stellung der preußischen Regierung zu dem Aufstand in Polen, durch den Abschluß der Convention mit Rußland wird die Ehre der Nation gefährdet und zugleich der bewaffneten Einmischung des Auslands die willkommenste Handhabe geboten." Also nahm der Verein gar keine Notiz von der Erklärung der Regierung am 8. April und wartete immer noch auf die Franzosen. Die Ansprache fährt fort: „Als im Jahr 1859 Deutschland dem Krieg entgegenging, wurde das Verlangen tausendfach laut, es müsse die Leitung der deutschen Politik und Heeresmacht in die Hand Preußens gelegt werden, diese Erkenntniß schuf den Nationalverein und wir sprachen am 4. Septemb. 1860 die Zuversicht aus: Deutschland werde willig dem Oberhaupt des mächtigsten deutschen Staates die politische und militärische Leitung anvertrauen, wenn diese Macht durch energische Vertretung aller nationalen Interessen sich fähig erweise ihren geschichtlichen Beruf thatkräftig zu erfüllen." So von oben herab von Preußen zu sprechen, war lächerlich. Der Nationalverein hätte mit seiner damaligen Zuversicht zur Unterstützung Preußens keinen Mann zu stellen vermocht, denn die, welche wirklich Truppen hatten, die Könige der Mittelstaaten, dachten an nichts weniger, als sich der preußischen Heerführung zu unterwerfen, und mit welchen Mitteln hätte der Nationalverein sie dazu zwingen können? Die Ansprache fährt fort: „Was ist seither geschehen? Schritt für Schritt ist die preußische Regierung von ihrer Aufgabe weiter zurückgewichen, bis zu dem Punct, auf dem wir sie heute erblicken, nicht als den Schirmherrn, sondern als den gefährlichsten Widersacher der nationalen Interessen. Wenn diejenigen, die jetzt an der Spitze des preußischen Staates, vom eigenen Volke verurtheilt, am Ruin der

preußischen Staatsmacht arbeiten, vollends nach der Leitung Deutschlands greifen wollten, so würden sie in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit dem Nationalverein begegnen."

In so grenzenloser Verblendung unterstützte der Nationalverein das Berliner Abgeordnetenhaus und drängte sich eifervoll herbei, die Avantgarde Oesterreichs und der Mittelstaaten gegen Preußen zu formiren. Grade in dieses Frühjahr fiel die 50jährige Jubelfeier der großen nationalen Erhebung im Frühjahr 1813. Welches preußische, welches deutsche Herz hätte nicht freudig der ruhmwürdigen Väter gedenken sollen, die das Joch der Fremdherrschaft brachen! Aber gegen den großen Gedanken des Jahres 1813, gegen die Wiedergeburt Deutschlands, gegen welche Oesterreich, die deutschen Mittelstaaten und alle auswärtigen Mächte schon auf dem Wiener Congreß sich verschworen hatten, verschwor sich jetzt auch der sogenannte deutsche Nationalverein und sogar das Berliner Abgeordnetenhaus mit. In Preußen selbst drängte sich Kopf an Kopf, um die Regiernng zu stürzen, um Preußen unter die Vormundschaft Oesterreichs und der Mittelstaaten zu nehmen. Unter dem Einfluß der liberalen, vaterlandsvergessenen Presse und der Fortschrittsclubs wurde die Jubelfeier der Befreiungskriege von Seiten der Bürger fast in allen Städten unterdrückt, durch den Parteiterrorismus gelähmt, und nur im preußischen Heere wurde sie würdig und mit Liebe begangen. Das kam von Seiten der Fortschrittsmänner völlig einer Verdammung der patriotischen Begeisterung von 1813 und einer Belobung des Metternichschen Systems gleich; der Liberalismus bewies damit seine vollständige Unfähigkeit, die nationale Aufgabe zu begreifen. Schroffer als diesmal hatte er sich noch nie dem Patriotismus entgegengesetzt.

Der Kronprinz machte mit seiner englischen Gemahlin damals eine Rundreise durch die östlichen Provinzen, und auch das benutzte der Parteiterrorismus, um überall die Empfangsfeierlichkeiten zu verhindern,

weil, wie man es den Polen nachäffte, die Nation in Trauer sey. Auch seufzten die Fortschrittsmänner in den Magistraten das kronprinzliche Paar mit scheinheiligem Augenaufschlag an, als habe man Mitleid mit ihm und als müsse es im Herzen auf Seite des Abgeordnetenhauses und nicht auf Seite Bismarcks stehen und es sich nur nicht merken lassen.

Das Abgeordnetenhaus selbst steigerte sich immer mehr zu frechen Beschimpfungen der Regierung. Auf seine Mehrheit, auf die von der ihm ergebenen Presse bearbeitete öffentliche Meinung und auf die auswärtigen Feinde Preußens trotzend, glaubte das Haus, es sey hinlänglich stark genug, das Ministerium zu stürzen, und um diesen Act zu beschleunigen, wandte es in unedelster Weise Mittel an, wie sie im Frühjahr 1848 der Pöbel in Paris angewandt hatte, um Lamartine vom Stadthaus zu vertreiben. Die Minister sollten nämlich durch Eckel vertrieben werden, man beschimpfte sie, man suchte ihren persönlichen Charakter zu beflecken, damit sie es im Hause nicht mehr aushielten. Zu diesen Gemeinheiten gab sich sogar der Geschichtsprofessor von Sybel her, der kurz vorher eine ehrenvolle Anstellung auf der Universität Bonn erhalten hatte. In der Sitzung vom 11. Mai sagte dieser Professor dem hochverdienten Kriegsminister von Roon, der die Armeereorganisation durchgeführt hatte, ins Gesicht: er solle nur nicht von Patriotismus reden, da er mehr als jeder andere den Rechtszustand im Lande alterirt habe; wenn er zum ersten Male patriotisch seyn wolle, solle er aus dem Ministerium austreten. Roon begnügte sich, ruhig zu erwidern: „wenn dergleichen persönliche Aeußerungen gegen ein Mitglied des Ministeriums gemacht werden, so ist das eine unberechtigte Anmaßung.“ Der Vicepräsident Bockum-Dolffs, der zufällig an diesem Tage den Vorsitz führte, unterbrach den Kriegsminister und entzog ihm das Wort unter der lautesten Zustimmung des Hauses. Wollte der Minister noch ein Wort reden, so wurde er durch die Glocke des

Vicepräsidenten und durch die Mehrheit überschrien. Endlich erklärte der Vicepräsident: Der Kriegsminister habe nicht das Recht gehabt, die Aeußerung des Herrn von Sybel eine ungerechte Anmaßung zu nennen. Nur ihm, dem Präsidenten, stünde es zu, Aeußerungen zu rügen, wenn sie tadelnswerth seyen, die des Herrn von Sybel aber habe er nicht tadelnswerth gefunden. Der Kriegsminister verwahrte sich gegen ein solches Verfahren, aber der Vicepräsident schnitt ihm abermals das Wort ab, indem er sich bedeckte zum Zeichen, daß die Sitzung aufgehoben sey. Man hatte ihm einen falschen Hut gebracht, der ihm über das Gesicht bis auf die Brust herabfiel, eine Ironie des Zufalls, ganz geeignet, die großen Politiker des Abgeordnetenhauses in ihrer Lächerlichkeit zu zeigen.

Das Ministerium war im Fall, die Sache ernst nehmen zu müssen, denn solchen Bubereien im Abgeordnetenhause durfte es sich nicht mehr aussetzen. Demgemäß erklärte das Gesammtministerium, es werde das Haus nicht mehr betreten, bis es Bürgschaften erhalte, daß es in seiner Redefreiheit nie mehr gehemmt werden dürfe. Das Haus ließ sich darauf nicht ein, sondern behauptete, die Minister müßten jederzeit im Hause erscheinen, wenn es das Haus verlange, und im Hause habe allein der Präsident die Polizei zu handhaben und könne den Ministern wie jedem Mitgliede des Hauses das Wort entziehen. Am 20. Mai ermahnte ein Schreiben des Königs das Haus, doch Vernunft anzunehmen und dem Ministerium nichts Unvernünftiges zuzumuthen, aber das Haus erklärte schon zwei Tage später in einer Adresse: die gegenwärtigen Minister hätten alles verdorben, durch ihre Politik Preußen überall nur Feinde erweckt, im Innern die Verfassung verletzt, dem König nicht die Wahrheit gesagt in Bezug auf die Lage des Landes, kurz, mit einem solchen Ministerium könne das Haus nicht mehr verkehren. „Das Haus lehnt seine Mitwirkung zu der Politik der Regierung ab. Die Kluft zwischen der Krone und dem Lande

kann nur durch einen Wechsel der Personen und mehr noch durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden."

Der König ließ dem Hause eine würdige Antwort zugehen: „Das Abgeordnetenhaus sollte es wissen, daß mir die Lage des Landes wohl bekannt ist, daß Preußens Könige in und mit ihrem Volke leben und daß sie ein klares Auge und ein warmes Herz für die wahren Bedürfnisse des Landes haben. Es ist nicht wahr, daß Preußen isolirt dastehe, es ist nicht mehr isolirt, als andere Mächte; eben so wenig aber kann es sich der Nothwendigkeit entziehen, unter den gegebenen Verhältnissen den gegenwärtigen Bestand seiner Wehrkraft ungeschwächt zu erhalten. Nach dem Artikel 45 der Verfassung ernennt der König die Minister, das Haus aber will mich nöthigen, mich mit Ministern zu umgeben, die ihm genehm sind. Dies Verlangen weise ich zurück. Meine Minister besitzen mein Vertrauen, ihre amtlichen Handlungen sind mit meiner Einwilligung geschehen, und ich weiß es ihnen Dank, daß sie sich angelegen seyn lassen, dem verfassungswidrigen Streben des Abgeordnetenhauses auf Machterweiterung entgegenzutreten." Am 27. Mai schloß Bismarck die Sitzung mit einer Rede, worin er dem Hause neben der verfassungswidrigen Ueberhebung über die andern Faktoren der Gesetzgebung auch nachwies, daß es die äußern Feinde Preußens unterstütze.

Das that das Haus allerdings und die nächste Folge davon war der Fürstentag in Frankfurt. Oesterreich und die Mittelstaaten hätten niemals gewagt, diesen kecken Schachzug gegen Preußen zu thun, wenn sie nicht auf die Unpopularität des Ministeriums Bismarck als auf ihren Bundesgenossen gerechnet hätten.

Am 1. Juli traf die Regierung Maßregeln gegen sechs Berliner Zeitungen, die am unverschämtesten, gröbsten und dummsten die Regierung verleumdet hatten, was wieder ein ungeheueres Zetergeschrei der Fortschrittspartei veranlaßte. Da diesmal auch die Stadtverord-

neten Berlins gegen die Regierung protestirten, erfolgte am 6. Juni eine Warnung auch für diese, sie hätten sich nur um städtische Angelegenheiten zu bekümmern, nicht um Staatssachen.

Bald darauf improvisirte der Kaiser von Oesterreich den Fürstentag, allein er mußte sich bald überzeugen, daß bei den Mittelstaaten und der liberalen Partei in Süddeutschland, die sich mit pathetischen Worten gegen Preußen erklärte, eben so wenig Verlaß war, als das Oppositionsgeschrei in Preußen selbst ihm etwas helfen konnte, denn es war nur eitel Wind. Mitten in dem Schaum, den die Gegner Preußens um das preußische Staatsschiff aufthürmten, steuerte es Bismarck mit ruhiger und fester Hand und schloß mit Frankreich im Namen des Zollvereins den Zoll- und Handelsvertrag, und dieselben Monarchen, die in Frankfurt zu seinem Sturz und zur Schwächung Preußens versammelt waren, mußten in Kurzem den Vertrag unterschreiben. Er handelte, alle andern machten nur Worte.

Auch ermüdete die preußische Regierung im parlamentarischen Kampf nicht im mindesten. Bismarck äußerte einmal, man müsse die Abgeordneten immer wieder zusammenberufen und reden lassen, damit das durch die Zeitungen und durch die Clubs verblendete Volk sie endlich kennen und nach ihrem wahren Werth oder Unwerth beurtheilen lerne. Der Landtag wurde also am 9. November wieder zusammenberufen. Das war nun schon das fünftemal.

Wenige Tage später, am 15. November, starb der König von Dänemark ohne Kinder, wurde der dänische Thron erledigt und dem Londoner Vertrag von 1852 gemäß Christian IX. (der sogenannte Protokollprinz) auf den Thron erhoben. Sein Erbrecht in den deutschen Herzogthümern wurde ihm durch den Prinzen Friedrich von Augustenburg bestritten, dem alsbald auch der Nationalverein zujauchzte, denn es gab eine schöne Gelegenheit, den Ruhm davonzutragen, als kämpfe man für das höchste deutsche Nationalinteresse, wenn man

Schleswig und Holstein den Dänen absprechе. Ebenso geneigt waren die meisten Regierungen der Mittelstaaten, den Augustenburger zu unterstützen, um das Conglomerat der Mittel- und Kleinstaaten durch einen neuen zu vermehren und dadurch ihre Position gegen Preußen und Oesterreich zu verstärken. Auch hofften sie, Oesterreich selbst werde sich ihnen anschließen, um Preußen zu hindern, daß es an der Eider und Schley Einfluß gewinne. Die gewaltige Agitation, die damals das ganze mittelstaatliche Deutschland erfüllte, war nicht bloß oder nur zum Schein gegen Dänemark gerichtet, eigentlich aber und hauptsächlich gegen Preußen. Das von Liberalismus verführte und verblendete Volk spielte dabei dieselbe Rolle, wie sie die Mächte auf dem Wiener Congreß gespielt hatten, indem alle ihre neuen Grenzbestimmungen und Staatenbildungen nur scheinbar gegen das besiegte Frankreich, in Wirklichkeit aber gegen das gefürchtete Preußen gerichtet waren. Wo der deutsche Liberalismus nur eine große nationale Frage anrührt, macht er Dummheiten oder spannt, wie das Sprichwort sagt, den Gaul verkehrt ein.

Dänemark hatte, im Vertrauen auf den russischen und englischen Schutz, die Verpflichtungen gegen seine deutschen Unterthanen in den Elbherzogthümern hintangesetzt, hier die gröbste Willkür geübt und bisher alle Vorstellungen des deutschen Bundestags verlacht. Schon hatte der Bundestag mit Execution gedroht, um Dänemark zur Erfüllung seiner Pflichten zu zwingen. Ging der neue König nicht darauf ein, so war der Krieg unvermeidlich, und Preußen als Bundesstaat und nächster Nachbar am meisten dabei betheiligt. Der König verlangte daher vom Abgeordnetenhause 12 Millionen Thaler, um sich zum Krieg rüsten zu können, das Haus aber verlangte, zuvor solle Preußen das Erbrecht des Augustenburgers anerkennen, und stellte sich damit ganz auf den particularistischen Standpunkt der Mittelstaaten, gänzlich außer Acht lassend, wie sehr dadurch der maritime Beruf

Preußens und das deutsche Nationalinteresse, das an der Schley durch keinen Kleinstaat geschützt werden konnte, beeinträchtigt werde.

Der König antwortete dem Abgeordnetenhause am 27. Dezember voll Ruhe und Würde, er habe die Anleihe nur gefordert, um seine Pflicht als deutscher Bundesfürst zu erfüllen, denn es gelte, einen Bundesbeschluß gegen Dänemark zu vollziehen. „Die Successionsfrage in den Herzogthümern wird durch den deutschen Bund unter meiner Mitwirkung geprüft werden und dem Ergebniß dieser Prüfung kann ich nicht vorgreifen. Meine Gesinnung und mein Wort bürgen dafür, daß die Mittel, welche ich zum Schutze des Rechts und der Ehre des Landes fordere, auch diesem Zweck entsprechend werden verwandt werden. Jeder Zweifel daran widerspricht dem Vertrauen, welches das preußische Volk in das Wort seiner Könige zu setzen gewohnt ist.“ Gleichwohl blieb das Abgeordnetenhaus bei seinem Mißtrauen. Waldeck und die extremsten Demokraten waren naiv genug, ihre Sympathien für den demokratischen Pöbel in Kopenhagen kundzugeben und den Krieg gegen Dänemark als einen monarchisch-aristokratischen Prinzipienkrieg gegen das demokratische Dänemark zu mißbilligen. Die große Mehrheit des Hauses verwarf am 22. Dezember (mit 271 gegen 51 Stimmen) die Anleihe nach dem Antrage von Schultze-Delitzsch: „In Erwägung, daß Preußen gemeinsam mit Oesterreich am Bunde erklärte, es werde sich dem Bundesbeschlusse vom 14. ds. widersetzen, die schleswig-holsteinische Sache in die eigene Hand nehmen und die Besetzung Schleswigs als europäische Großmacht ausführen; in Erwägung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung mißbraucht; in Erwägung, daß diese preußisch-österreichische Politik kein anderes Ergebniß haben kann, als die Herzogthümer abermals Dänemark zu überliefern; in Erwägung, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, — erklärt das Haus der

Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegen treten werde." Auch änderte das Haus das ihm von der Regierung für 1864 vorgelegte Budget ab. Das Herrenhaus hielt an der ursprünglichen Vorlage der Regierung fest. Diesen Beschluß des Herrenhauses erklärte nun das Abgeordnetenhaus für verfassungswidrig und null und nichtig und erklärte zugleich: „Die Staatsregierung begeht einen offenen Verfassungsbruch, wenn sie fortfährt, ohne Zustimmung beider Häuser über Staatsmittel eigenmächtig zu verfügen; jede Anleihe ohne Genehmigung der Landesvertretung ist verfassungswidrig und für den preußischen Staat für alle Zeit unverbindlich." Diese Erklärung des Hauses erfolgte am 24. Jan. 1864.

Am folgenden Tage schloß Herr von Bismarck den Landtag im Namen des Königs mit einer Rede, welche die unerschütterliche Festigkeit der Regierung beurkundete und dem Abgeordnetenhause schließilch den Spiegel seiner Anmaßungen und Verkehrtheiten vorhielt.

Im Jahre 1864 wurden drei junge Grafen von Schmising-Kirssenbrock aus Westphalen, die als Offiziere in der preußischen Armee dienten, entlassen, weil sie das Duell, als den katholischen Kirchengeboten widersprechend, mißbilligten und offen erklärten, im vorkommenden Falle ein Duell nicht annehmen zu wollen. Als anerkannt tapfere und ehrenwerthe Offiziere mußten sie gleichwohl entlassen werden, weil die einmal unter Offizieren bestehende Sitte keine Ausnahme zuläßt. Diese Sitte selbst, wie vielfach man sie auch von liberaler, wie von katholischer Seite angefochten hat, wurzelt doch in einem uralten germanischen Charakterzuge, wonach jeder der eigne Richter seiner Ehre ist, und in einer uralten, bewährten Praxis, die im Mittelalter in den von der Kirche gebilligten und beaufsichtigten Gottesgerichten sogar eine Art von sacramentaler Bedeutung hatte. Das am meisten katholische Volk in der Welt, das spanische, ist zugleich das schlagfertigste in Vertheidigung seiner persönlichen Ehre mit dem Degen.

Als am 29. Juli 1865 das Arndtdenkmal in Bonn enthüllt wurde, betheiligten sich keine Offiziere dabei (eigentlich weil die deutsche Fahne wehte), weil sich die Opposition auch bei der großen Siegesfeier des preußischen Heeres nicht betheiligt hatte.

Ein Neffe des Grafen Eulenburg war als junger Cadet in Bonn in eine nächtliche Schlägerei verwickelt worden, in welcher ein Koch eine tödtliche Wunde erhielt. Aus Haß gegen den Minister wurde nun der Neffe von der Presse mit den schwersten Anklagen überhäuft, vor dem Gericht aber zu einer Festungsstrafe von 4½ Monaten verurtheilt, weil Beweise von Schuld fehlten.

Viertes Buch.

Der dänische Krieg.

In den deutschen Herzogthümern Schleswig und Holstein blutete die offene Wunde fort und fort. Das Londoner Protokoll von 1852 hatte die russische Intrigue und den frevelhaften Eingriff in die Rechte der deutschen Nation sanctionirt. Die Dänen, das blinde Werkzeug Rußlands, durften sich alles gegen die Deutschen erlauben, weil ihnen auch England zustimmte. England wollte keine deutsche Seemacht aufkommen lassen und überhaupt keinen deutschen Nationalstolz, um sich mit Rußland in die Vormundschaft über die deutsche Kleinstaaterei zu theilen. In Holstein und Lauenburg nahm die dänische Regierung, weil sie doch zum deutschen Bunde gehörten, noch einigermaßen Rücksicht. In Schleswig aber durften die dänischen Beamten in toller Willkür hausen. Man schickte sie massenhaft in's Land, um sie hier gut unterzubringen, die deutschen Unterthanen mit ihrer Besoldung zu belasten und durch sie deutsches Recht, deutsche Sitte und Sprache unterdrücken zu lassen.

Die nationale und sprachliche Grenze ist ein wenig complicirt, daher so viel Streit darüber. Am genauesten wurden die Bevölkerungen des Herzogthums Schleswig in einem Artikel des Halleschen Volksblatts 1864 Nr. 37 von einem Eingebornen specificirt, der längere Jahre namentlich in Nordschleswig wirkte. Nach seinem Bericht erstrecken sich von Süden her aus dem Herzogthum Holstein die Niedersachsen bis zur Schley. Dann folgen im Osten bis nach Flensburg die Angeln, im Westen bis nach Tondern die Friesen. Dagegen ist alles im Norden von Flensburg und Tondern, wie auch die Insel Alsen von Jüten bewohnt, die das s. g. Plattdänische sprechen und von den echten oder s. g. Inseldänen unterschieden sind. In diesem jütischen oder plattdänischen Nordschleswig ist übrigens die Bevölkerung der Städte größtentheils deutsch. Ueberhaupt kam den Jüten und Dänen von jeher alle Bildung, die Kirche und Schule, aus Deutschland zu. Das dänische Königshaus war deutsch, Hof und Adel in Kopenhagen selbst sprachen deutsch. Im ganzen vorigen Jahrhundert folgte die dänische Regierung der humanistischen, sogar liberalen Strömung in Deutschland, förderte die Aufklärung, ehrte und lohnte deutsche Dichter, z. B. Klopstock. Die dänische Literatur war nur Abklatsch der deutschen und dieses natürliche Uebergewicht des Deutschthums behauptete sich bis zur Katastrophe von 1848. Jetzt erst fiel es den Inseldänen ein, die ganze deutsche Bildung nicht nur aus Jütland und Nordschleswig vertreiben, sondern auch Südschleswig danificiren zu wollen. Daher das Verbot der deutschen Sprache in Kirche und Schule, die Ueberschwemmung des Landes mit inseldänischen Beamten. Darunter litten nun aber nicht nur die reindeutschen Bestandtheile der Bevölkerung, Niedersachsen, Angeln und Friesen, sondern auch die Jüten, denn diese waren immer gern in die deutsche Schule gegangen, hatten, was ihnen die Deutschen brachten, als einen Segen erkannt und waren seit Jahrhunderten mit den Friesen, Angeln und Nieder-

sachsen unter demselben deutschen Fürstengeschlecht und durch dieselbe Verfassung auf das innigste verbunden und es ist ihnen niemals eingefallen, sich aus diesem Verbande lösen zu wollen. Sie haben daher auch den Fanatismus der Inseldänen nie getheilt, bis erst in neuerer Zeit ein Theil von ihnen in den Deutschenhaß hineingehetzt wurde.

In Kopenhagen kam eine ziemlich zuchtlose Demokratie auf, welcher der kinderlose König keinerlei Energie entgegensetzte. Auch fehlte es hier nicht an ausländischen Agenten, die heimlich hetzten und den wüthendsten Deutschenhaß förderten. Doch gab es auch gute Patrioten, denen beim bevorstehenden Aussterben des königlichen Hauses um die Zukunft bange war und die auf die Gründung und Befestigung eines dänischen Gesammtstaats hinarbeiteten, der noch vor dem Aussterben des Königshauses fertig werden und diese Katastrophe überdauern sollte. Dieser Partei war der Fanatismus der Danomanen in den deutschen Herzogthümern natürlicherweise erwünscht, um den etwaigeu Widerstand der deutschen Provinzen leichter brechen zu können. Die neue Verfassung des dänischen Gesammtstaats kam 1855 zu Stande und wurden sämmtliche Domänen der deutschen Herzogthümer als Eigenthum des dänischen Gesammtstaats veräußert, um dänische Staatsschulden damit zu tilgen. Indessen war die dänische Regierung diesmal nicht ganz ohne Sorge, denn Oesterreich und Preußen protestirten und sie beide allein fürchtete Dänemark mehr als den Bundestag. Daher kam 1857 mit dem Ministerium Hall die s. g. eiderdänische Politik auf. Seine Partei wollte jeden ernsten Conflict mit Deutschland vermeiden, daher auch nur Schleswig dem dänischen Gesammtstaat einverleiben, Holstein und Lauenburg hingegen, als selbständige Provinzen mit eigenen Ständen dem dänischen Königshause nur durch Personalunion verbinden, unter Wahrung aller dem deutschen Bunde über diese Provinzen zustehenden Rechte. Mit dieser Wendung der Dinge zunächst zufrieden, brachen Oesterreich und Preußen ihre Separatverhandlungen mit Däne-

mark ab und legten nunmehr erst den ganzen Handel dem deutschen Bunde vor, am 22. October 1857.

Das hieß soviel, als die Sache wieder verschleppen, was sich auch Dänemark zu Nutze machte. Erst nach einem weitläufigen Notenwechsel bequemte sich die dänische Regierung am 15. Juli 1858, die Gesammtverfassung solle für Holstein suspendirt bleiben, bis die Bedenken dagegen commissarisch ausgeglichen seyn würden. Der Bund mußte nun erst wieder fragen, wie weit die zugestandene Unverbindlichkeit auszudehnen sey, namentlich in Bezug auf die Ministerialgewalt. Endlich hörte Dänemark die Vorschläge der am 3. Januar 1859 versammelten holsteinischen Stände an, worüber aber wieder Beseler sich heftig ereiferte, weil die Stände die Gesammtverfassung dadurch, daß sie darüber beriethen, schon factisch anerkannt hätten. Man kam zu keinem Ergebniß, da kein Theil nachgab, und Dänemark konnte darüber lachen, denn durch bloße papierne Proteste wurde sein Besitzstand nicht alterirt und es gewann Zeit.

Preußen vermochte allein für die Elbherzogthümer nichts zu thun, weil man es sonst ehrgeiziger und habgieriger Absichten beschuldigt hätte und es von Oesterreich und den Mittelstaaten angefeindet, anstatt unterstützt worden wäre. Ein wenig besser gestalteten sich die Verhältnisse, als Oesterreich nach dem Unglück in Italien (1859) für räthlich erachtete, sich wieder um Sympathien in Deutschland zu bewerben, und daher anfing, sich mit Preußen zu Gunsten der Deutschen in Schleswig-Holstein zu verständigen. Beide setzten am 8. März 1860 einen Bundesbeschluß durch, welcher Dänemark verpflichtete, kein Gesetz für Holstein und Lauenburg zu erlassen, ohne deren Stände gehört zu haben. Preußen insbesondere wahrte auch die Rechte des nicht zum Bunde gehörigen Schleswig wegen seiner uralten Verbindung mit Holstein und in Kraft der Verbindlichkeiten, welche Dänemark 1852 eingegangen war, die deutsche Sprache in Schleswig der dänischen gleich

zu stellen. Das Cabinet von Kopenhagen aber verließ sich so sehr auf England und Rußland, daß es auch diesmal Deutschland trotzte und am 3. Juli sein Finanzgesetz in den Herzogthümern verkündete, ohne deren Stände zu fragen.

Die fanatischen Dänen, Blixen Fineke und Balthasar Christensen an der Spitze, bildeten einen Danewirke-Verein zur Vertheidigung der dänischen Nationalität gegen die deutsche und tobten gegen Deutschland. Zahlreiche Volksversammlungen erhitzten die Stimmung. Es läßt sich nicht leugnen, daß man auch auf der deutschen Seite fanatisirt war. Wollten die Dänen das Recht der Deutschen in Schleswig gar nicht gelten lassen, so wurde hinwiederum von den Deutschen enthusiastisch das Recht der Dänen in Nordschleswig wenigstens sehr verkleinert, die Existenz von 140,000 dänisch redenden Menschen daselbst zu gering angeschlagen. Es war im höchsten Grade unvernünftig von Seiten der Dänen, der deutschen Mehrheit im Herzogthum Schleswig den Confirmationsunterricht in dänischer Sprache aufzubringen und sogar deutsche Hofmeister zu verbieten, allein es war auch nicht billig von deutscher Seite, das dänische Element zu verachten oder als ein unversöhnlich feindseliges anzusehen. Der großartigere Massendruck und der höhere Bildungsgrad hatte die Grenze der deutschen Nationalität und Sprache unvermerkt weiter ins dänische Gebiet vorgeschoben. Zudem hätte der Nationalverstand beiden stammverwandten Völkern, den Deutschen wie den Dänen, sagen müssen, ihr Hader sey verdammlich, ihren beiderseitigen Interessen zuwider; ihre gemeinschaftliche Aufgabe sey, und zwar in Verbindung mit Schweden und Norwegen, zusammenzuhalten gegen das übermächtige Rußland, was sonst sie alle, einen nach dem andern verschlingen wird.

England wurde aufmerksam. Zwar hielt eine Depesche des Lord Russel vom 8. Dezember 1860 noch fest, in Schleswig, weil es zu Dänemark und nicht zum deutschen Bunde gehöre, sey jede Intervention

der deutschen Großmächte unzulässig, jedoch gab er zu, die deutsche Nationalität und Sprache, so wie auch die ständische Vertretung sey zu schützen und deshalb dürfe Schleswig auch nicht dem dänischen Gesammtstaat incorporirt werden. In dieser Weise suchte England noch ferner zu vermitteln und noch eine Note Russels vom 24. Sept. 1862 verlangte die Sonderstellung Schleswigs, das seine eigene Ständeversammlung behalten und im dänischen Reichsrath nicht vertreten seyn solle. England trat hierin der russischen Ansicht entgegen, welche die Incorporirung gut hieß. Die Losreißung nicht nur Schleswigs, sondern auch Holsteins und Lauenburgs aus dem Bereich der deutschen Machtsphäre, um sie dereinst mit Dänemark zugleich Rußland selbst einzuverleiben, war der leitende Gedanke der russischen Politik schon damals gewesen, als die Intrigue zu Warschau eingeleitet und im Londoner Protokoll von 1852 durchgeführt wurde.

In Dänemark selbst glaubte man sich so sicher vor Deutschland, daß die Nationalvertretung (Landsthing) am 21. Januar 1863 ohne weiteres die Einverleibung Schleswigs in den dänischen Gesammtstaat beschloß. Der König fürchtete sich doch noch ein wenig, die Verträge so eigenmächtig zu brechen. Aber England machte ihm Muth. Der Prinz von Wales heirathete am 10. März die Prinzeß Alexandra, Tochter des Protokollprinzen Christian, der nach dem Tode des Königs von Dänemark kraft des Vertrags von 1852 dieses Land erben sollte, und ihr jüngerer Bruder Wilhelm wurde unter dem Namen Georgios zum König von Griechenland ernannt, nachdem man den bayrischen Otto von dort durch eine Militärrevolution hatte vertreiben lassen. Da sich nun die deutschen Mächte diese Willkür der übrigen europäischen Mächte gefallen ließen, glaubte der Dänenkönig, sie würden sich wohl auch von ihm unter dem Schutz derselben Mächte alles gefallen lassen, und als eine große, eiligst bestellte Volksversammlung in Kopen-

hagen am 28. März lärmend die Incorporirung Schleswigs verlangte, verfügte sie der König zwei Tage später.

Zwar wurde die Schleswiger Ständeversammlung am 17. Juli einberufen, aber nur, um die Einverleibung gutzuheißen. Sie zog es daher vor, auseinanderzugehen. Der deutsche Bund protestirte, jedoch ohne Nachdruck, und hoffte noch etwas von fortgesetzten Unterhandlungen, bis er sich erst am 1. October zur Executionsdrohung entschloß. Aber Dänemark kümmerte sich nicht mehr darum und die englische Presse bestärkte es in seiner dummen Hoffahrt durch Drohungen, welche Deutschland einschüchtern sollten und nicht einmal ernst gemeint waren, denn England dachte an nichts weniger, als seinen vortheilhaften Handel mit Deutschland durch einen muthwillig heraufbeschworenen und ungerechten Krieg unterbrechen zu lassen. Es bildete sich nur ein, der deutsche Bundestag werde wie bisher für das deutsche Nationalinteresse immer nur Schande halber zum Schein Worte bereit haben, ohne je zu einer That zu schreiten. Am 13. November nahm der dänische Reichsrath die neue Verfassung des Gesammtreichs an und am 14. machte er dem deutschen Bundestag die Concession, den Holsteiner Ständen solle das Budget vorgelegt werden. Damit glaubte man, alles abgethan zu haben.

Einen Tag später trat der ganze Streit in eine neue Phase. Der Dänenkönig starb am 15. November 1863 als der letzte seiner Linie.

Dieser Friedrich VII., der einzige Sohn König Christians VIII., war von seinem Vater, wie man glaubt, seiner Mutter wegen nicht geliebt. Diese Dame, Charlotte Friederike, Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, wurde von König Christian geschieden und trat 1830 in Rom zur katholischen Kirche über. Der junge Prinz wurde beschuldigt, frühzeitig Ausschweifungen ergeben gewesen zu seyn. Er mußte eine Zeit lang zu Friedericia in einer Art von Gefangenschaft zubringen und gewöhnte sich, mit Personen niedern Standes und geringer Bildung

umzugehen. Als ihn 1828 sein Vater mit der Prinzessin Wilhelmine Marie, jüngsten Tochter Friedrichs VI., vermählte, war es schon zu spät, ihn zu corrigiren. Die Hofetikette sammt der jungen Gemahlin war ihm zuwider, in den niedern Sphären allein war ihm wohl. Die Ehe blieb kinderlos, die Scheidung erfolgte 1837. Im Jahr 1841 wurde er zum zweitenmal vermählt und zwar mit der Prinzessin Karoline von Mecklenburg-Strelitz. Auch diese Ehe blieb kinderlos, und die zweite Gemahlin wurde noch unglücklicher, als die erste. Der Prinz soll sie auf die roheste Weise behandelt haben und die Scheidung erfolgte 1846. Zwei Jahre später starb Christian VIII. und Friedrich VII. folgte ihm als König von Dänemark. Da er mit gemeinen Leuten gern umging, war er auch bei ihnen populär, und da es Dänen waren und nicht Deutsche, wurde er in Dänemark um so beliebter, als er mit ihnen alle Antipathien gegen die Deutschen zu theilen schien, in diesem Sinne den Krieg gegen Deutschland aufnahm und fortspann und zugleich den Dänen alle mögliche constitutionelle Freiheiten gewährte. Er selbst kümmerte sich so wenig als möglich um die Regierung, ließ die enragirten Dänen das Ministerium besetzen und treiben, was sie wollten, unterschrieb gelegentlich alles, was sie ihm vorlegten, und brachte im Uebrigen seine Zeit im Umgange mit Leuten zu, wie er sie gern hatte. Die Seele seiner wenig noblen Gesellschaft wurde eine geborene Rasmussen, die er zur Gräfin Danner erhob und sogar heirathete, weil sie ihn am besten zu behandeln verstand. Es ist nicht zu verkennen, daß sein Privatleben vieles erklärt, was in Dänemark vorging und unter einem Regenten von noblerer Gesinnung und noblerem Umgange wohl nicht vorgegangen wäre. Doch erklärt sich der rücksichtslose Hohn, mit welchem er alle Mahnungen des deutschen Bundes behandelte, nicht blos aus dem Kutscher- und Hausknechtswitze seiner Trinkgenossen, sondern hauptsächlich aus dem Schutze, welchen er in England fand, und aus dem unbedingten Vertrauen, welches er in die Macht Englands

setzte, welcher von deutscher Seite ein ernster Widerstand nicht entgegengesetzt werden würde. Er wurde nur 55 Jahre alt.

Nach den Verträgen von 1852 folgte ihm der jüngste Glücksburger, der s. g. Protokollprinz, als König Christian IX. Dieser sollte seine Regierung mit Unterzeichnung der neuen Verfassungsurkunde des dänischen Gesammtstaats beginnen, da der vorige König gestorben war, ohne sie noch unterzeichnet zu haben. Christian bangte und zauderte, aber der Pöbel belagerte das Schloß und stieß so gräßliche Drohungen aus, daß Christian in der Angst unterzeichnete.

Sofort huldigten auch in Schleswig die zahlreichen, dort als Beamte angestellten Dänen, die deutschen Beamten in Holstein aber nicht. Hier unterschrieben 24 Ständemitglieder zu Kiel am 19. Nov. eine Eingabe an den Bund, in der sie denselben baten, das Erbrecht des Prinzen Friedrich von Augustenburg in den deutschen Elbherzogthümern anzuerkennen.

Dieser Prinz hatte schon 1859 sein vermeintes Erbrecht geltend gemacht, ohne daß man viel darauf achtete, denn sein Vater hatte für sich und seine Nachkommen längst auf das Erbe verzichtet und sich dafür mit Geld abfinden lassen. Der Prinz diente als Major in der preußischen Armee, erließ aber schon am 16. November eine Proclamation, worin er ohne Umstände „seinen Regierungsantritt" als rechtmäßiger Herzog von Schleswig-Holstein ankündigte. Da er sich an den Hof des Herzog Ernst von Coburg begab und mit den Kieler Ständemitgliedern und Professoren, wie mit den Führern des Nationalvereins in die engste Verbindung trat, hatte er auch bald einen eigenen kleinen Hof und geheime Räthe um sich, die ihn aber mehr compromittirten, als sie ihm nützen konnten. Die Absicht, mit ihm eine neue Dynastie und einen neuen Mittelstaat in den deutschen Bund aufzunehmen und noch dazu dicht an den preußischen Grenzen, mit einer feindlich gegen Preußen gerichteten Tendenz, konnte das Berliner Cabinet nur verletzen,

und die Drohung mit einem selbständigen Auftreten der Mittelstaaten im Bunde mit der liberalen Partei, mit einer Stimmenmehrheit am Bundestage und mit einem Oppositionsparlament konnte auch dem Wiener Cabinet nicht gefallen. Beide Cabinette wurden durch die Kammern ihrer eigenen Länder provocirt.

Im Berliner Abgeordnetenhause plaidirte Twesten schon am 27. Nov. für den Augustenburger und am 15. Dezember drückte das Haus seine Gesinnung in einer Adresse an den König aus, indem es denselben aufforderte, das Londoner Protokoll von 1852 nicht mehr anzuerkennen und dem Augustenburger zu seinem Rechte zu verhelfen. In demselben Sinne interpellirte auch im Wiener Reichsrathe Rechbauer schon am 20. November den Minister Grafen Rechberg, und erhob sich am 4. Dezember ein wahrer Sturm gegen den Minister, als sich derselbe zurückhaltend äußerte. Man bemerkte dabei, daß Minister Schmerling seinen Collegen wie absichtlich im Stiche ließ, und sah eine Ministerkrisis kommen, die jedoch nicht eintrat. Auch fast alle andern deutschen Kammern erhoben ihre Stimme für das deutsche Recht in den Elbherzogthümern und die Fürsten stimmten meistens zu. Am frühesten und mit der meisten Energie trat die sächsische Kammer und der sächsische Minister-Präsident v. Beust für das deutsche Recht in die Schranken. Ihm folgte Baden, dessen Großherzog in einer Thronrede am 2. Dez. offen für den Augustenburger auftrat. Auch in Bayern war die Aufregung groß und der in Rom abwesende König Max mußte schnell durch den Telegraphen zurückberufen werden. Er kam am 15. Dezbr. unter lauten Rufen des Volks für Schleswig-Holstein in München an und beruhigte das Volk zwei Tage später durch ein offenes Schreiben an den Minister v. Schrenck, worin er den Augustenburger anerkannte. Später schränkte er dieses Zugeständniß insofern wieder ein, als er es dahin interpretirte, es verstünde sich von selbst, daß er damit dem deutschen Bunde nicht vorgreifen wollte, dessen Mehrheit allein über

das Erbrecht zu entscheiden habe. Auch in den übrigen Königreichen und Kleinstaaten widerhallte der tausendstimmige Ruf für Schleswig-Holstein. Nur in Lauenburg huldigten die Stände dem Dänenkönig, wogegen die Bürgerschaft protestirte. Auch in Hamburg hatte der Senat Angst vor dem dänischen Nachbar und vor England, aber auch hier nahm sich die Bürgerschaft mit Begeisterung der deutschen Sache an. In Mecklenburg wurde jede Agitation für Schleswig-Holstein untersagt und in Nassau eine Bürgerdeputation vom Herzog nicht empfangen.

Am 24. November tagte der Nationalverein in Berlin unter Bennigsens Vorsitz und erließ einen fulminanten Aufruf an das deutsche Volk. „Mahnend wenden wir uns zunächst an Euch, deutsche Fürsten! Als Söhne des gemeinsamen Vaterlands seyd eingedenk der schweren Verantwortlichkeit, die auf Euch lastet; seyd eingedenk, daß ein Volk viel Unbill verzeihen und vergessen kann, nimmermehr aber Eins: den Verrath seiner Ehre und Freiheit an das Ausland! Wer wird in Zukunft Eure eigene Legitimität achten, wenn Ihr die Rechte eines legitimen deutschen Fürsten dem fremden Unterdrücker Preis gebt? Wer an Euren Beruf zur Führung der Nation fernerhin glauben, wenn Ihr die gerechten Erwartungen des Volks diesmal zu täuschen im Stande seyd?

Wie aber immer der Entschluß der Fürsten ausfalle, Euch, Ihr deutschen Brüder! beschwören wir, selbst zu handeln, jeder an seinem Platze, jeder mit seiner ganzen vollen Kraft, ohne Rücksicht auf Sonder- und Partei-Interessen einig zu seyn in der gemeinsamen Gefahr, einig in der gemeinsamen Vertheidigung der nationalen Ehre und Unabhängigkeit.

Der Nationalverein fordert alle Gemeinden, Corporationen, Vereine und Genossenschaften, fordert alle Vaterlandsfreunde, die sich mit ihm zu dem großen Werke verbinden wollen, auf, ungesäumt Geld herbei-

zuschaffen und Mannschaft, Waffen und alle Mittel bereit zu halten, die zur Unterstützung unserer Brüder in Schleswig-Holstein erforderlich seyn werden.

Die vom Nationalverein aufbewahrten Flottengelder, jetzt, da es gilt, deutsches Küstenland gegen den auswärtigen Feind zu vertheidigen, jetzt werden sie im Sinne der Geber ihre Verwendung finden. Zu dem Zweck, den wir verfolgen, bedarf es aber bei weitem größerer Mittel, vor allem einer ausdauernden Selbstbesteuerung des Volkes und einer festen Organisation. Der Nationalverein hat zu dem Ende einen Hülfsausschuß gebildet, dessen ganze Thätigkeit dieser Aufgabe gewidmet seyn soll. Ihm sind aus allen Theilen des Vaterlandes die eingehenden Gelder zu überweisen, an ihn alle Mittheilungen und Anerbietungen zu richten.

Deutsche Brüder! In Reden und Liedern habt Ihr Schleswig-Holsteins oftmals gedacht, unzählige Gelöbnisse gethan, fest zu ihm zu stehen in der Stunde der Entscheidung. Rüstig habt Ihr, Männer und Jünglinge! auf Turn- und Schützenplätzen Eure Kraft geübt und gestählt, in großen Festen Eure Verbrüderung gefeiert, dem heiligen Dienste des Vaterlandes Euch geweiht. Lasset die Thaten jetzt den Worten entsprechen!" — Am 28. November tagte auch der großdeutsche Reformverein und sprach sich ebenfalls kräftig für Schleswig-Holstein aus, ohne jedoch die Fürsten zu bedrohen.

Der Bundestag hatte schon vor dem Tode des Dänenkönigs die Execution in Holstein in Aussicht stellen müssen, weil von dänischer Seite jede Mahnung des Bundes nur verlacht worden war. Der Bundestag hatte niemals das Londoner Protokoll von 1852, also auch nicht das Erbrecht des Protokollprinzen anerkannt. Er konnte unmöglich diese Anerkennung aussprechen, so lange nicht Christian IX. den Verpflichtungen Dänemarks gegen den deutschen Bund nachzukommen gelobte. Er entzog also am 28. November dem dänischen Bundestags-

gesandten für Holstein, Herrn v. Dirnking-Holmfeld, Sitz und Stimme am Bundestage, und auch die Höfe von Wien und Berlin weigerten sich, den dänischen Gesandten von Irminger zu empfangen. Inzwischen erklärte der badische Bundestagsgesandte, Robert v. Mohl, mit Zustimmung seiner Regierung, er sey vom Herzog Friedrich von Augustenburg bevollmächtigt, seine, als des rechtmäßigen Herzogs von Holstein Stimme am Bundestage zu vertreten. Der Bundestag ging jedoch nicht darauf ein, dieses Stimmrecht anzuerkennen.

Zu Gunsten des Prinzen Prätendenten wurde geltend gemacht, daß er ältester erbberechtigter Agnat und an der Abdankungsurkunde seines Vaters unschuldig sey, daß der deutsche Bund das Londoner Protokoll von 1852 und mithin auch das Erbrecht des Glücksburger Prinzen nicht anerkannt habe, daß auch die Stände der Elbherzogthümer es nicht anerkannt hätten, und daß nach uraltem Recht Schleswig und Holstein „up ewig ungedeelt" bleiben müßten. Hauptsächlich aber betonte man das große Nationalinteresse, welches verlange, daß die Elbherzogthümer unter einem selbständigen deutschen Fürsten von Dänemark endlich losgerissen würden. Die aber am meisten Eifer dafür zeigten, wollten nicht das wahre Wohl Deutschlands, sonst hätten sie vor allem dafür arbeiten müssen, daß Preußen dauernden Einfluß, wenn nicht die Oberherrschaft in den Elbherzogthümern erhalte; denn nur Preußen war stark genug, das große deutsche Nationalinteresse hier mit fester Hand zu wahren, gegenüber von Dänemark, England und Rußland. Der Prinz von Augustenburg war es nicht im Stande. Auch war für dessen lauteste Rechtsvertheidiger das deutsche Nationalinteresse nur ein Aushängeschild. Im Herzen waren es Particularisten, die nur die Zahl der deutschen Mittelstaaten um einen neuen vermehren wollten, um die Triasidee gegenüber von Oesterreich und Preußen besser durchführen zu können, oder Liberale, die den energischen Ministerpräsidenten in Berlin haßten, oder Demokraten, die in den Mittel-

und Kleinstaaten bequemer wühlen konnten, als in den Großstaaten.

Es war also hohe Zeit für die Regierungen von Preußen und Oesterreich, wenn auch nicht die Bewegung im deutschen Volke zu hemmen, doch die Leitung derselben der Demokratie zu entwinden. Daher vereinigten sich beide zu dem Programm, die Vertheidigung des deutschen Rechts gegen die Dänen in die eigene Hand zu nehmen, sich nicht fortreißen zu lassen, sondern die Initiative zu ergreifen. In diesem Sinne richteten sie schon am 4. Dezember identische Noten an die deutschen Bundesstaaten, worin sie denselben vorstellten, wie unklug sie handeln würden, wenn sie sich (von der Agitationspartei) zu übereilten Schritten würden hinreißen lassen, oder wenn sie (zu Gunsten der Triasidee) sich in ihren Abstimmungen am Bundestage den beiden deutschen Großstaaten entgegensetzen würden, da sowohl jeder Erfolg im Auftreten Deutschlands nach außen, als auch die Erhaltung der Ruhe in Deutschland von dem guten Einverständniß der übrigen Bundesstaaten mit Oesterreich und Preußen abhängen würde. Die Agitation verlangte unverzügliche Occupation Holsteins und Schleswigs. Oesterreich und Preußen ermahnten nun den Bundestag, sich einstweilen mit der Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 1. October, d. h. mit der Execution in Holstein zu begnügen, um hier die Rechte des Bundes zu wahren, während über Schleswig, welches nicht zum Bunde gehörte, auch nur die Großmächte würden zu entscheiden haben. Die Mehrheit der Bundesregierungen nahm diesen guten Rath von Oesterreich und Preußen an und beschloß am 7. Dezember, nur die Execution in Holstein zu vollziehen.

Dieses unerwartete und entschiedene Zusammengehen Preußens mit Oesterreich reizte die Führer des Nationalvereins und der demokratischen Partei zu einer Erbitterung, die in den Kammerreden und in der Presse den rücksichtslosesten Ausdruck fand. Nur in Oesterreich

wurde das Feuer bald gedämpft, weil dort die Partei der deutschen Nationaleinheit ohnehin schwach ist und Böhmen, Ungarn und Polen nichts davon wissen wollen, hauptsächlich aber, weil Herr v. Schmerling den Grafen Rechberg nicht im Stiche ließ, sondern sich wieder mit ihm aussöhnte und ihm treu zur Seite stand, der Liberalismus also keine Besorgnisse mehr vor einer politischen Reaction hegte, die etwa aus der Freundschaft des Grafen Rechberg mit dem Herrn von Bismarck hervorgehen könnte. Der Oesterreich so zugeneigte großdeutsche Reformverein schmollte zwar, weil sein Plan, nach dem Programm des Frankfurter Fürstentages Oesterreich mit den Mittelstaaten auf Kosten Preußens enger zu verbinden, durch den plötzlichen Anschluß Oesterreichs an Preußen vereitelt war. Allein mit Recht antworteten die Organe der Regierung, die warmen Anträge des Kaisers seyen zu Frankfurt von den Mittelstaaten zu kühl aufgenommen worden, als daß Oesterreich sich auf sie verlassen könne. Aus demselben Grunde helfe es den Stimmen im Reichsrathe nichts (am 29. Jan.), nachträglich noch bittere Beschwerde zu erheben, daß Oesterreich sich jetzt von Preußen am Schlepptau nehmen lasse und dasselbe Dänemark bekriegen wolle, welches ihm doch immer gegen die preußischen Vergrößerungspläne gute Dienste geleistet habe.

In Preußen verbitterte man sich viel mehr. Als der Tod des Dänenkönigs bekannt wurde, befand sich das Ministerium Bismarck schon seit Jahr und Tag im feindseligsten Conflikt mit dem Abgeordnetenhause. Das letztere beutete die Frage der Elbherzogthümer sogleich aus, um den Haß gegen das Ministerium aufs äußerste zu treiben. Sofern sich Preußen diesmal wieder an Oesterreich anschloß, wurde es im Abgeordnetenhause und in der Presse beschuldigt, es kehre zur Politik von Olmütz zurück, es wolle wie damals die Elbherzogthümer nicht an Deutschland kommen lassen, sondern den Dänen wieder ausliefern. Als die Regierung am 9. Dezember vom

Abgeordnetenhause ein Anlehen von 12 Millionen Thalern „zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben für die wegen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit erforderlichen militärischen Maßregeln" forderte, antwortete das Haus nur mit dem tiefsten Mißtrauen und richtete am 18. eine Adresse an den König, worin es sagte: „nach dem System des Ministeriums müssen wir fürchten, daß in seinen Händen die begehrten Mittel nicht im Interesse der Herzogthümer und Deutschlands verwendet werden dürften." Als Vorbedingung der Geldbewilligung bezeichnete das Haus den Rücktritt vom Londoner Protokoll und die Anerkennung des Augustenburgers. Vergebens versicherte der König in seiner Antwort, er werde die Ehre und das Recht Deutschlands wahren, müsse aber auf die Großmächte Rücksicht nehmen, und über das Erbrecht des Augustenburgers werde der deutsche Bund entscheiden. Das Abgeordnetenhaus war damit nicht befriedigt und wollte dem König die gewaltsame Einsetzung des Herzog Friedrich ohne alle Rücksicht auf die übrigen Großmächte abtrotzen, oder den Zorn der ganzen aufgeregten deutschen Nation gegen ihn entflammen.

Bismarck antwortete im Abgeordnetenhause in der Sitzung am 18. Dezember: „Sie finden unsere Erklärung unzureichend und richten deshalb über die Köpfe der Minister hinweg eine Frage an Seine Majestät, um ausführlichere Erklärungen zu erlangen. Ich glaube, meine Herrn, daß Sie die Fiktion, daß der König keine Kenntniß von der politischen Lage habe, daß er davon übel unterrichtet sey und daß er durch Sie besser unterrichtet werden müsse — daß Sie eben so gut wie ich das im Herzen als eine Fiktion ansehen und daß wir daher in der Adresse die Vorbereitung zur Ablehnung unserer Anleihevorlage zu sehen haben. Um zur Ablehnung zu gelangen, schieben Sie uns eine Politik unter, die wir eben nicht treiben. Ich habe schon in der Commission bemerkt, wenn wir diese Politik trieben, so wäre es unsere Aufgabe gewesen, von Hause aus uns fest auf den Standpunkt des

Londoner Traktats zu stellen und zu sagen: ‚Vertrag ist Vertrag, wir halten daran fest,' und uns keine Brücke offen zu lassen, um von ihm je wieder los zu kommen. Wenn wir diese Politik trieben, so könnte es uns ja nur willkommen seyn, wenn Sie die Anleihe ablehnten und wir dem Bunde anzeigen könnten, Preußen ist nicht in der Lage, seine Bundespflichten zu erfüllen."

Aber die scharfe Logik dieser Rede fand taube Ohren. Die Duckmäuserei der Fortschrittsmänner duldete nicht, daß die Mehrheit das Geringste gelten ließ, was Bismarck sagte, blos weil er es gesagt hatte. Wie denn Bosheit immer zugleich zur Dummheit wird.

Die Berliner „Privat-Correspondenz" vom 6. Januar 1864 hob hervor, was die preußische Regierung alles gethan, um deutsches Recht und Interesse in der dänischen Frage zu verfechten, aber die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wollte nicht hören. Das war derselbe Trotz, mit dem man zwei Jahre später in einigen süddeutschen Kammern die Wahrheit absolut nicht hören wollte nach dem Programm: „Wir haben ein Recht, unvernünftig zu seyn, wir wollen unvernünftig seyn." Es war so klar wie der Tag, daß der Bundestag nie und nimmer zu Holstein auch noch Schleswig hätte erwerben können, und daß dieser Erfolg einzig von dem Vorgehen der beiden deutschen Großmächte abhing, wenn sie handelten ohne den Bund beizuziehen und ohne sich mit dem Ballast seiner Rücksichten zu beschweren. Jener Artikel sagt: „Die Besetzung Holsteins ist nicht alles, was geschehen ist. Preußen hat am Bunde auch schon den Antrag gestellt, zur Besetzung Schleswigs zu schreiten. Es leuchtet ein, welch ein wichtiger und bedeutsamer Schritt das ist. Deutschland, einmal im Besitz von Schleswig und Holstein, kann keine Lösung der Frage mehr zulassen, durch welche nicht allen seinen Forderungen volles und unbedingtes Genüge geschehe. Werden nicht eben darum die Schutzmächte Dänemarks nicht alles daran setzen, diesen Erfolg deutscher Waffen zu hindern? Schon hat

England sich drohend am deutschen Bunde vernehmen lassen, schon hat Kaiser Napoleon angedeutet, daß die Sympathien Frankreichs eine Beeinträchtigung Dänemarks nicht dulden würden. Wir fürchten diese und ähnliche Drohungen nicht, wenn bei uns jeder seine Schuldigkeit thut. Die Mächte werden nicht wagen, ihren Drohungen Folge zu geben, wenn sie uns einig und entschlossen sehen. Nun denn, unsere Regierung hat thatsächlich gezeigt, daß sie entschlossen ist, ihre deutsche Aufgabe zu erfüllen. Es wäre Vaterlandsverrath, ihr in diesem entscheidenden Augenblicke nicht zu folgen. Vergeblich, so hoffen wir, werden die demokratischen Stimmen das Abgeordnetenhaus verleiten wollen, solchen schnöden Mißbrauch mit seinen Rechten zu treiben."

Diese Demokraten wurden aber von einer großen Versammlung von deutschen Abgeordneten in Frankfurt am Main unterstützt.

Nachdem sich schon am 6. Dezember theils dem Nationalverein theils dem Reformverein zugehörige Abgeordnete der verschiedensten deutschen Ständeversammlungen in Nürnberg zu einem gemeinsamen Vorgehen verständigt hatten, wurden alle Abgeordneten deutscher Ständeversammlungen eingeladen, am 21. Dezember in Frankfurt am Main zu tagen. Die Versammlung war zahlreich. Sigmund Müller von Frankfurt übernahm den Vorsitz, ihm zur Seite v. Bennigsen und Graf v. Lerchenfeld, die beiden Häupter des National- und des Reformvereins. Die Mehrheit aber gehörte dem ersteren Vereine an und setzte Beschlüsse durch, welche der loyalen Gesinnung des Reformvereins ins Gesicht schlugen. Diese Beschlüsse gingen dahin, das Recht des Augustenburgers zu verfechten, seine Anerkennung beim Bunde durchzusetzen und seine wirkliche Einsetzung in die Elbherzogthümer und die Trennung derselben von Dänemark ohne Rücksicht auf fremden Einspruch durchzuführen, daher diejenigen deutschen Regierungen, welche auf dieses Programm eingehen, zu unterstützen, und die welche es nicht thun, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu bekämpfen. Um die

Durchführung dieses Programms zu überwachen, setzte die Versammlung einen Centralausschuß von 36 Mitgliedern nieder, der in Frankfurt bleiben sollte, und verlangte schließlich die Einberufung eines deutschen Parlaments. Graf von Lerchenfeld und die meisten Anhänger des Reformvereins sagten sich von diesem Programme los und machten sehr mit Recht geltend, die revolutionäre Drohung müsse nothwendig den Regierungen der Mittelstaaten gegenüber Oesterreich und Preußen ihre Stellung erschweren, und überhaupt sey es unthunlich den Fürsten zu drohen, von deren gutem Willen am Ende doch die Entscheidung abhängen werde; in keinem Fall würden sich die Fürsten vom Sechsunddreißiger-Ausschuß Gesetze vorschreiben lassen. Dagegen vertheidigte Schulze-Delitzsch von Berlin das Programm und den Ausschuß, indem er versicherte, Herzog Friedrich selber wünsche, um nicht in eigener Person die Unterstützungsgelder der zahlreichen deutschen Schleswig-Holsteinvereine entgegen nehmen zu müssen, den Ausschuß als Organ zu gebrauchen. Graf Lerchenfeld und sein Anhang trat aus, das Zusammenwirken des Reformvereins mit dem Nationalverein hörte auf. Die bayrische und hannöverische Regierung verboten allen Schleswig-Holsteinvereinen, an den Frankfurter Ausschuß Geldsendungen zu machen.

Die deutsche Tagespresse war damals ungemein gereizt. Man erhitzte sich auf beiden Seiten zu sehr und übertrieb das Mißtrauen. Auf der demokratischen Seite log man sich in die feste Ueberzeugung hinein, Preußen und Oesterreich seyen sogar mehr noch als England und Rußland darauf erpicht, das Londoner Protokoll aufrecht zu erhalten und die deutschen Elbherzogthümer gerade deshalb an Dänemark zu verrathen und zu verkaufen, um damit die deutsche Nationalpartei zu verhöhnen. Die 12 Millionen Thaler, hieß es wiederholt, sollten nur den Dänen und nicht den Deutschen helfen. Auf der anderen Seite leugnete wieder die feudale Presse, daß sich die ganze deutsche Na-

tion für das deutsche Recht in den Elbherzogthümern interessire, und hielt sich für überzeugt, nur die demokratische Partei nähme sich Schleswig-Holsteins an und habe bereits den Augustenburger, wie früher schon den Herzog Ernst von Coburg, zu ihrem Werkzeuge gemacht. Gerade weil ihr den Augustenburger wollt, rief ein Abgeordneter im Berliner Herrnhause aus, darum wollen wir ihn nicht. Von dieser Seite wurde auch viel über den „Großmachtskitzel der Mittelstaatengruppe" gespottet.

In der That ging der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt so weit, am 28. Dezember die Werbung einer Truppenmacht für den Augustenburger gutzuheißen, die jedoch verhindert wurde. Eine große Deputation aus den Elbherzogthümern verlangte Schutz, nicht in Berlin oder Wien, sondern in Frankfurt. Vom Präsidenten des Bundestags, Herrn von Kübeck, wurde sie nicht empfangen, desto herzlicher aber am 26. Januar vom König Max von Bayern, zu dem sie nach München fuhr, um ihm für seine Theilnahme zu danken. Ueberall unterwegs wurde sie mit lautem Jubel begrüßt.

Bevor wir Oesterreich und Preußen in die Action gegen Dänemark eintreten sehen, müssen wir die diplomatischen Beziehungen zu den europäischen Großstaaten in Erwägung ziehen. Dänemark blieb, trotz der ihm nahenden Gefahr, immer noch trotzig und ablehnend. Die dänische Presse gestattete sich noch immer denselben Hohn wie früher. Dagbladet schrieb, „die Deutschen seyen zu feig, sich zu schlagen," und die dänische Regierung selbst glaubte noch mit der leichtfertigen Aeußerung durchkommen zu können, „Schleswig sey ja nur provisorisch in Dänemark incorporirt worden." Dennoch nahm schon am 4. Dezember König Christian IX. das Dekret vom 30. März zurück, woraus folgte, daß Minister Hall zu Weihnachten seine Entlassung nahm. Am 28. Dezember wurde Bischof Monrad, bisheriger Cultminister, Chef des Ministeriums, hielt jedoch ebenfalls noch an der Täuschung fest, das Protokoll von 1852, mithin auch das Erb-

recht Christians IX. in den deutschen Herzogthümern sey unerschütterlich, er wies also die letzte Aufforderung Oesterreichs und Preußens vom 16. Januar, durch kluges Nachgeben dem Kriege zuvorzukommen, entschieden zurück.

Diese Kühnheit erklärt sich, wenn man erwägt, daß Dänemark in der That bisher unter dem Schutz aller Großmächte stand und daß ihm dieser mächtige Schutz ermöglicht hatte, schon Jahre lang alle gerechten Klagen der Deutschen mit Hohn zurückzuweisen. Noch am 24. Januar 1864 richtete Lord Russel eine Note an Frankreich, worin England es aufforderte, gemeinschaftlich zu Gunsten Dänemarks zu interveniren. „Ihrer Majestät Regierung hält fest an der von den Großmächten in der Einleitung zum Londoner Vertrage ausgesprochenen Meinung, daß die Integrität der dänischen Monarchie nicht bloß ein Element des Gleichgewichts der Mächte, sondern auch ein Pfand des Friedens sey. Ihrer Majestät Regierung ist ängstlich bemüht, dieses Ziel womöglich auf dem Wege friedlicher Unterhandlungen zu erreichen; allein es bestehen in Deutschland zwei sehr verschiedene Auffassungen des Streits. Die eine Partei sucht den Prinzen von Augustenburg in den Besitz von Holstein und nachher auch von Schleswig zu setzen. Oesterreich und Preußen dagegen anerkennen den Vertrag von 1852 und verlangen nur die Erfüllung der damals von Dänemark eingegangenen Verpflichtungen. Der erste Plan führt zu einer Zerstückelung der dänischen Monarchie, und um die Ausführung dieses Plans zu verhindern, sucht Ihrer Majestät Regierung das Einverständniß und die Mitwirkung Frankreichs, Rußlands und Schwedens nach, in der Absicht, Dänemark in seinem Widerstande gegen eine solche Zerstückelung wenn nöthig materielle Unterstützung zu gewähren. Der Plan Oesterreichs und Preußens scheint nur die Erfüllung von Versprechungen Dänemarks ins Auge zu fassen, die mit der Integrität desselben vereinbar wäre, und nur für den Fall, daß Dänemark diese Verpflichtun-

gen erfülle und die deutschen Mächte dennoch weitere Forderungen an dasselbe stellen sollte, könnten ernstere Verwicklungen entstehen. Wenn aber ein vollständiges Einverständniß zwischen Großbritanien, Frankreich, Rußland und Schweden hergestellt werden könnte, so würde die moralische Wirkung einer solchen Union an sich schon genügen, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen." Ueberdieß meint der Lord, wollten die Holsteiner und Schleswiger ja gern dänisch bleiben. „In Holstein und Schleswig erfolgte die Thronbesteigung des jetzigen Königs ganz friedlich. Erst als die deutschen Truppen in Holstein einrückten und insurrectionelle Bewegungen schützten und ermunterten und zahlreiche Agenten des deutschen Nationalvereins sich im Lande ausbreiteten, trat die Opposition gegen Christian IX. zu Tage. Selbst jetzt zeigen die Dorfbewohner wenig Lust, die Fluth der deutschen Invasion anzuschwellen. Alles berechtigt vielmehr zu der Annahme, daß, wenn die deutschen Truppen Holstein räumten, die Autorität Christians IX. leicht und ruhig wieder hergestellt würde."

Solche Staatsmänner hatte England, die mit solcher Dummdreistigkeit der Wahrheit ins Gesicht schlugen! Eben so dumm drohte Lord Russel den deutschen Mittelstaaten. Herr v. Beust antwortete ihm aber am 5. Januar 1864 sehr energisch: „Sie werden die Nothwendigkeit nicht verkennen, in welcher ich mich befinde, diejenigen Stellen zu bezeichnen, deren verletzende Sprache nur der Flüchtigkeit der Behauptungen gleich kommt, welche sich sogar nicht scheuen, die Ehre unserer Fahnen anzugreifen. Sie sagen, daß nach Ansicht der englischen Regierung das Benehmen der deutschen Truppen nicht nur den Beschluß des Bundestags, sondern auch die Gerechtigkeit verletzt hat und daß Bayern, Sachsen und Württemberg gemeinschaftlich dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Es ist das erste Mal, daß ich von einem solchen Benehmen unserer Truppen in Holstein höre, ich würde versucht seyn, von Ihnen die Angabe von Thatsachen zur Unter-

stützung einer so gewagten Behauptung zu verlangen. Wenn ich darauf verzichte, so geschieht es, weil das Benehmen der Bundestruppen in einem Bundeslande, in welchem sie sich in Folge eines Bundesbeschlusses befinden, ein Gegenstand ist, der eine fremde Regierung durchaus nichts angeht. Dafür die Regierungen von Bayern und Württemberg, die nicht einmal Truppen dorthin geschickt haben, verantwortlich machen zu wollen, ist ein Beweis mehr von Unwissenheit in Betreff der Dinge, welche in Deutschland vorgehen. Sie sagen mir endlich, daß, wenn die Truppen des Bundes in Schleswig einfallen würden, bevor die Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, ihre Meinung über diese Angelegenheit hätten kund thun können, die ernstesten Folgen daraus entstehen könnten. Der Bundestag, Sie wissen es, steht im Begriff, sich über die Anträge in Bezug auf das Herzogthum Schleswig auszusprechen. Die Warnung, welche Ihre Regierung uns zukommen lassen will, ist wohl geeignet, die Aufmerksamkeit der sächsischen Regierung auf sich zu lenken. Sie werden mir aber gestatten, Ihnen bemerklich zu machen, daß kein wirksameres Mittel als die Androhung von Gewalt erdacht werden kann, um eine Regierung, welche mit Eifer auf ihre Ehre und Würde hält, zu veranlassen, den Folgen einer vom Pflichtgefühl dictirten Entscheidung ruhig die Stirne zu bieten." Nicht minder energisch war die württembergische Antwort des Minister v. Hügel.

Da nun auch Frankreich auf die Einladung des Lord Russel ablehnend antwortete, am 30. Jan., lehnte England schon am 19. Febr. das Gesuch Dänemarks, ihm zu helfen, ab und Lord Russel mußte in einer Note vom 9. Februar der dänischen Regierung noch Grobheiten machen, wie sie sich habe unterstehen können, von einem materiellen Beistand Englands zu reden, da ihr England so etwas niemals zugesagt habe. Als ob England nicht beständig, wenn auch nicht offiziell, die Dänen gegen Deutschland gehetzt, als ob nicht der größte Theil der

englischen Presse das nämliche gethan hätte. Der alte Lord Palmerston verzog keine Miene und lenkte nach seiner frivolen Manier die Augen der Engländer von Kopenhagen ab, indem er sich den Agitator Garibaldi bestellte und ihn in London wie ein Wunderthier sehen ließ. Man glaubte, Palmerston habe ihn gerufen, um den Continentalmächten mit Revolution zu drohen. Es scheint jedoch, es war ihm nur darum zu thun, die Niederlage, welche seine Politik durch die abschlägigen Antworten erfahren hatte, zu maskiren. Da Garibaldi aus der Sache Ernst machen wollte und zu viel raisonnirte, jagte ihn Palmerston bald wieder fort, wie man einen Hund zur Thüre hinausstößt.

In Frankreich nahm zwar Napoleon III. die Miene an, als begünstige und beschütze er die nationalen Interessen Deutschlands. Das hatte zwei Gründe. Einmal hätte er nimmermehr gewagt, sich dem vereinigten Oesterreich und Preußen gegenüberzustellen, denn sie waren ihm zu stark. Sodann hatte ihn England geärgert, indem dasselbe seinen Vorschlag zu einem großen europäischen Congreß, auf dem alle schwebenden Streitigkeiten friedlich entschieden werden sollten, mit einem gewissen Hohn zurückgewiesen hatte. Deshalb ging Napoleon III. jetzt auch auf die Mahnungen Englands, sich in den dänischen Streit zu mischen, nicht ein. In der „France" las man überdies: „England habe den Preis nicht angezeigt, der allein eine Parteinahme Frankreichs in den deutschen Händeln rechtfertigen könne." Napoleon III. benutzte übrigens den Anlaß, sein Nationalitätenprincip wieder einmal geltend zu machen, und verlangte, die Endentscheidung über die Elbherzogthümer sollte einem Plebiscit der dortigen Bevölkerungen überlassen werden. Das war zugleich ein Hinterthürchen, welches er sich für eine spätere Intervention offen ließ. In einem Circular an die deutschen Bundesstaaten ermahnte Napoleon III. dieselben, sich durch das Londoner Protokoll nicht mehr geniren zu lassen, da es „ohnmächtig" sey. Der Prinz von Augustenburg wollte die günstige Stimmung des

französischen Kaisers für Deutschland benutzen und schrieb schon am 2. Dezember 1863 einen unterwürfigen Brief an ihn, den jener höflich beantwortete, ohne ihm etwas zuzusagen, und der dem Prinzen in den Augen der Deutschen in dem Augenblick schadete, in dem der Nationalstolz in ihnen erwacht war.

Rußland, das an dem ganzen Unglück der Elbherzogthümer durch seine heillosen Intriguen in Warschau und Olmütz Schuld gewesen war, hatte nicht den Muth, gegenüber der vereinigten Macht Oesterreichs und Preußens für seine dänischen Gespinnste das Schwert zu ziehen, und war auch noch durch die kaum beendigte polnische Insurrection in Anspruch genommen, verhielt sich also neutral. Der König von Schweden hätte wohl gern die Gelegenheit benutzt, um nach Befriedigung der deutschen Ansprüche das verkleinerte Dänemark zu annectiren und die drei scandinavischen Reiche wieder zu vereinigen, aber er war zu ohnmächtig. Das schwedische Volk hatte mit den Dänen niemals viel sympathisirt. Nur die Norweger, den Dänen von früher her mehr befreundet, machten Miene, ihnen helfen zu wollen, beruhigten sich aber bald wieder mit dem Gedanken, es würde nur eine unnütze Aufopferung von ihrer Seite seyn.

Inzwischen wurde der Bundesbeschluß vom 7. Dezember vollzogen und 12,000 Sachsen und Hannoveraner unter dem Befehl des sächsischen General-Lieutenant v. Hake als Executionstruppen nach Holstein geschickt, und überschritten am 23. Dezember die Grenze des Herzogthums, während preußische und österreichische Truppen als ihre Reserve gleichfalls Stellung an der Grenze nahmen. Die dänischen Truppen, welche unter General de Meza Holstein besetzt hielten, zogen sich ohne Schwertstreich vor den Bundestruppen zurück, nachdem sie alle Kassen und fast alle Pferde aus Holstein fortgeschafft hatten. Da die geborenen Holsteiner unter den dänischen Truppen lieber der deutschen als der dänischen Sache dienten und nur gezwungen dem Proto-

kollprinzen gehuldigt hatten, wurde ein Theil von ihnen, um sie besser zu überwachen, nach Kopenhagen geschafft, und 400 Mann, welche sich bei dem Rückzug der Dänen in Ploen weigerten, mitzuziehen, wurden entwaffnet, ohne daß man wagte, sie mitzunehmen. Schon am nämlichen Tage, an welchem die Bundestruppen in Holstein einzogen, entfaltete das kleine Städtchen Wandsbeck die holsteinische Fahne und rief den Herzog Friedrich zum Landesherrn aus. An dem nämlichen Tage befahl der österreichische General Graf Gondrecourt, der in Hamburg eingerückt war und dort die Hauptwache besetzt hatte, Schließung der Turnhalle und Auflösung einer Freischaar, die sich hier in Waffen übte, um alsbald unter die Fahne des Herzog Friedrich zu treten. Die Presse erhob ein großes Geschrei darüber und warf dem österreichischen Grafen auch grimmig vor, er habe in Altona eher einrücken wollen als der Bundesgeneral. Inzwischen behauptete General Hake seine Autorität und zog in Altona ein, wo ihn der begeistertste Jubelruf empfing. Obgleich er aber den Herrn v. Könneritz mitbrachte, welcher als Civilcommissär des deutschen Bundes die Verwaltung des Herzogthum Holstein übernahm und ausdrücklich der Bevölkerung jede politische Demonstration und eigenmächtige Einmischung in die Erbfolgefrage untersagte, wurde dennoch in Altona schon am 24. Dezember Herzog Friedrich proklamirt. Dasselbe wiederholte sich ohne Ausnahme in allen Städten und Dörfern. Am 27. traten 20,000 Männer in eine große Landsgemeinde zu Elnshorn zusammen und riefen Herzog Friedrich VIII. aus. Am 30., als die Bundestruppen Kiel besetzten, traf unerwartet auch Prinz Friedrich von Augustenburg daselbst ein, und wurde von der Bevölkerung mit unermeßlichem Jubel und Entzücken begrüßt. Auch blieb er dort, um zu seinem Volke zu stehen, wenn es ihm auch versagt war und er keinen Versuch machte, Freischaaren oder eine spezifisch herzogliche Armee um sich zu versammeln. Am 2. Januar 1864 trug Oesterreich am Bundestage auf Entfernung des Prinzen aus Holstein

an, wurde jedoch überstimmt, und so durfte der Prinz in Kiel bleiben, wo er alles vermied, um Oesterreich und Preußen zu reizen, und sich allein darauf beschränkte, kleine Rundreisen durch das Herzogthum zu machen und Deputationen aus allen Orten und von allen Ständen zu empfangen, wodurch die Bevölkerung vor ganz Europa beweisen wollte, daß sie fest am uralten Erbrecht halte.

Die Besetzung Holsteins konnte den deutschen Forderungen natürlich nicht genügen. Es galt, auch Schleswig zu nehmen, auf die Gefahr hin, mit den mächtigen Unterzeichnern des Londoner Protokolls in Conflict zu kommen. Alles drängte zur Entscheidung hin. Am 8. Januar 1864 erklärten sich Oesterreich und Preußen in einer identischen Note scharf gegen die deutsche Agitation und gegen den Sechsunddreißiger-Ausschuß. Gleichwohl blieb der letztere ungekränkt, weil er den deutschen Großmächten doch an Macht keineswegs gewachsen war, weil man die Mittelstaaten durch allzu scharfes Einschreiten nicht in Verlegenheit bringen wollte und weil es am Ende der deutschen Diplomatie vortheilhaft war, dem Auslande das Schreckbild einer deutschen Revolution vorhalten zu können, wie die auswärtige Diplomatie uns gern das Schreckbild eines europäischen Krieges, oder wenigstens der englischen Flotte und der russischen Ansprüche auf den Gottorpschen Theil von Holstein vorhielt.

Im Laufe des Januar klärte sich auch das unsichere Verhältniß Oesterreichs und Preußens zu den übrigen deutschen Bundesstaaten. Am 14. entschied sich die Mehrheit am Bundestage, den österreichisch-preußischen Antrag (den früher schon Hessen-Darmstadt gestellt hatte) auf sofortige Occupation Schleswigs abzulehnen, um den Bund nicht in Conflict mit dem Auslande zu bringen, und weil Oesterreich und Preußen selbst früher den Bund vor der Occupation gewarnt hatten. Die Mehrheit der Bundesstaaten begriff wohl, daß sie besser thue, Oesterreich und Preußen die Initiative zu überlassen, als ohne dieselben

und trotz derselben deutsche Politik machen zu wollen, was früher schon einmal dem Frankfurter Parlament so kläglich mißlungen war. Unmittelbar nach dem ablehnenden Beschluß des Bundestages am 14. erklärten Oesterreich und Preußen, sie würden nunmehr die Geltendmachung der deutschen Rechte in Schleswig in ihre eigenen Hände nehmen. Nun war der Krieg unvermeidlich, denn man wußte, die Dänen werden nicht nachgeben. Graf Rechberg aber sagte schon am 20., der erste Kanonenschuß löse die Verträge.

Um dieselbe Zeit wurde in Preußen der Bruch zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhause vollendet. Am 23. Januar wies das Haus die Forderung der 12 Millionen Thaler definitiv mit 275 gegen 51 Stimmen zurück, nachdem die heftigsten Aeußerungen gegen die Regierung gefallen waren. Der Beschluß lautete nach dem Antrag von Schultze-Delitzsch: „In Erwägung, daß Preußen gemeinsam mit Oesterreich am Bunde erklärte, es werde die schleswig-holsteinische Sache in die eigene Hand nehmen und die Besetzung Schleswigs als europäische Großmacht ausführen; in Erwägung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung mißbraucht; in Erwägung, daß diese preußisch-österreichische Politik kein anderes Ergebniß haben kann, als die Herzogthümer abermals Dänemark zu überliefern; in Erwägung, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, — erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dieser Politik entgegen treten werde.“ Zwei Tage darauf ließ der König diese trotzige Kammer auflösen, bei welchem Anlaß Herr v. Bismarck nicht verfehlte, der Partei vorzuwerfen, sie vernachlässige die Machtstellung und Ehre Preußens, indem sie die zu deren Schutz nothwendigen Geldmittel verweigere. Der König selbst habe ihr früher schon offen gesagt und sein Wort dafür eingesetzt, das Geld

solle nur zum Schutze des Rechts und der Ehre verwendet werden, und dennoch traue das Haus der Regierung das Gegentheil zu. Das Haus setze willkürlich voraus, was nicht sey und auch nicht geschehen werde, und wolle die auswärtige Politik der Regierung einem verfassungswidrigen Zwange unterwerfen, ja sie nehme sogar, wenn je Conflicte bevorstünden, im Voraus Partei gegen das eigene preußische Vaterland. Unter diesen Umständen werde die Regierung, auch ohne vom Hause unterstützt zu seyn, ihre Pflicht thun und ihr Recht ausüben und zähle dabei auf die patriotische Gesinnung des Landes.

In Uebereinstimmung mit dem Berliner Abgeordnetenhause erließ auch der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt am 26. Januar einen drohenden Aufruf an die Nation, worin es hieß: „Zwei Mächte, die den Anspruch verwirkt haben, die Großmächte Deutschlands zu heißen, sind in offener Widersetzung begriffen gegen das Recht des Bundes, der Bundesstaaten und der Nation. Mit dem nackten Protest aber ist nichts gethan. Die Regierungen, die das Bewußtseyn ihrer Pflicht und ihres Rechts bewahrt haben, müssen handeln, wenn nicht der Glaube an die Bedeutung der Mittelstaaten bis an die Wurzel vertilgt, die monarchische Staatsordnung in ihren Grundlagen erschüttert, das Volk unaufhaltsam, früher oder später, auf die Bahn der Selbsthülfe gedrängt werden soll. So keck und rücksichtslos das Verfahren der Gegner, so kühn und energisch muß das ihrige seyn. Keine Regierung wird fernerhin Ansprüche haben auf die Achtung und das Vertrauen des Volks, die nicht für die Sache der Herzogthümer ihre ganze Wehrkraft zur Verfügung stellt." Eine leere Drohung, da die Partei weder Mittel hatte, die Wehrkraft der Regierungen in die eigene Hand zu nehmen, noch auch ihre böswillige Voraussetzung, die beiden deutschen Großmächte wollten die Herzogthümer nur wieder an Dänemark ausliefern, in Deutschland allgemeinen Glauben finden konnte.

Preußen erklärte in einem Umlaufschreiben vom 19. Januar 1864,

Deutschland könne vor der Hand nicht mehr verlangen, als daß die von Dänemark getrennten deutschen Herzogthümer nur durch Personalunion mit Dänemark verbunden bleiben und daß zur größern Sicherheit für die Zukunft Rendsburg zu einer deutschen Bundesfestung gemacht werde. Als aber Dänemark die österreichisch-preußische Sommation vom 16. Januar am 28. verworfen hatte, erklärten Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich am 31. Januar: Wenn Dänemark die Verträge von 1852 nicht mehr achte, so halten auch sie sich nicht mehr daran gebunden, indessen würden sie nichts mit den Elbherzogthümern vornehmen ohne Zustimmung der Mächte, die jene Verträge unterzeichnet hätten.

Ein verbündetes österreichisch-preußisches Heer stand bereit, in Schleswig einzurücken. An der Spitze desselben stand der schon 80jährige preußische Feldmarschall v. Wrangel; die preußische Armee commandirte der feurige Prinz Friedrich Karl, Neffe des Königs; die österreichische Feldmarschall-Lieutenant v. Gablenz. Wrangel verlangte von dem Commandanten der Bundestruppen, die noch in Holstein standen, General v. Hake, er möge sich seinem Oberbefehl unterstellen, was dieser aber ablehnte, weil ihm der Bundestag keinen Auftrag dazu gegeben hatte. Doch machte er den Alliirten Platz zum Durchzug nach Schleswig. Sie wurden sehr kalt empfangen, denn überall hatte die verblendete oder boshafte Fortschrittspartei die Lüge verbreitet, sie kämen nur, um die Dänenherrschaft neu zu befestigen, dem nachher auch in Deutschland eine absolutistisch-aristokratische Reaction folgen würde. So kam es, daß dem alten Wrangel in Hamburg eine Fahne vor das Fenster gehängt wurde, worauf stand: „Wrangel, dem Verräther an Schleswig-Holstein!"

Schleswig sollten, sobald die Dänen daraus würden vertrieben seyn, zwei Civilcommissäre übernehmen, von preußischer Seite Baron

Zedlitz, früher Polizeipräsident in Berlin, von österreichischer Seite Graf Revertera.

Am 1. Februar 1864 überschritt Wrangel die Grenze des Herzogthum Schleswig. Der linke Flügel unter Gablenz zog durch Rendsburg, dessen Brückenkopf die Dänen schon vorher geräumt hatten. Der rechte Flügel unter Friedrich Karl rückte von Kiel aus vor. Die Dänen, in der Stärke von 50—60,000 Mann, wurden von General de Meza*) befehligt. Derselbe wies die Aufforderung, Schleswig zu räumen, trotzig zurück, und verließ sich auf das berühmte Danewirk, das uralte Hauptbollwerk der Dänen gegen Deutschland, dessen Schanzen er noch außerordentlich hatte verstärken lassen. Da die Erstürmung dieser furchtbaren Schanzen den Alliirten zu viel Blut gekostet haben würde, wurde Gablenz mit dem linken Flügel nur abgesendet, um das Danewirk nahe zu bedrohen und die ganze Aufmerksamkeit der Dänen auf sich zu ziehen, während der rechte Flügel unter Friedrich Karl ostwärts den Uebergang über die Schley forciren und auf dem kürzesten Wege gegen Flensburg vorrücken sollte, um dadurch de Meza zu zwingen, das Danewirk freiwillig zu verlassen, oder aber ihn im Rücken zu fassen und zu einer Capitulation zu zwingen. Gablenz rückte am 3. Februar ans Danewirk vor und schlug die Dänen in einem blutigen Gefecht, worin er über 700 Todte und Verwundete verlor, am Königsberge zurück. Hier wurde der tapfere Herzog Friedrich von Württemberg, schon in Italien schwer verwundet, abermals in den Fuß geschossen, der Achilles im österreichischen Heere.

*) Von portugiesischer Abstammung. Sein Scharfblick und seine Thatkraft in der Schlacht war allgemein anerkannt. Ihm verdankte Dänemark den Sieg bei Idstedt. Dabei war er ein Sonderling, konnte kein Geräusch ertragen, und wurde deshalb überall von den Straßenbuben mit Pfeifen und andern Mißtönen geneckt, während sein Gegner, der alte Wrangel, vielmehr ein Liebling der Kinder und immer von jubelnden Straßenjungen umgeben war.

Unterdeß hatte Friedrich Karl die Befestigung der Dänen schon am 2. Februar bei Missunde rekognoscirt, aber den Brückenkopf an der Schley hier zu stark armirt gefunden und nicht unbedeutenden Verlust erlitten, hatte dagegen Eckernförde eingenommen, wo die Einwohner augenblicklich den Herzog Friedrich proclamirten und dänische Kriegsschiffe von hier mit wenigen Kanonenschüssen vertrieben. Hier zum erstenmal bewährte sich die erstaunliche Ueberlegenheit der preußischen Gußstahlkanonen. Friedrich Karl ging an der Schley ostwärts hinab und fand in der Nacht vom 5. auf den 6. Februar bei Arnis die zum Uebergang geeignete Stelle, setzte über und verfolgte den Weg nach Flensburg, so rasch es der schlechte Weg und der Schnee erlaubten. Sobald de Meza vom nahe bevorstehenden Uebergang der Preußen über die Schley, den er zu verhindern nicht stark genug war, Kunde erhalten hatte, hielt er einen Kriegsrath, und in demselben stimmten zehn gegen eine Stimme dafür, die Vertheidigung des Danewirks freiwillig aufzugeben und augenblicklich den Rückzug nach Flensburg anzutreten, ehe die Preußen dahin gelangen könnten, weil sonst die ganze dänische Armee eingeschlossen und von Dänemark abgeschnitten worden wäre. Die Räumung des Danewirks erfolgte nun bereits am 5. Febr. so schnell, daß 60 schwere Geschütze zurückgelassen wurden. Die Chaussee von Schleswig nach Flensburg bot den Dänen eine bequemere Passage dar, als den Preußen die schlechte Seitenstraße. Sie gewannen daher einen Vorsprung. Dennoch wurden sie schon am 6. von Gablenz erreicht, der ihnen rastlos nachjagte. Sie wehrten sich in einer guten Stellung bei Oeversee, mußten aber nach einem blutigen Kampfe weichen, und eilten auch durch Flensburg nur hindurch, um die berühmten Schanzen von Düppel zu erreichen, wo sie den Rücken gedeckt hatten und sich auf das hartnäckigste vertheidigen wollten. Gablenz zog schon am 8., noch vor den Preußen, in Flensburg ein. Sowohl hier als in der Stadt Schleswig wurde sogleich Herzog Friedrich

proclamirt. Die Bevölkerung im Herzogthum Schleswig handelte ganz wie die in Holstein. So wie die Dänen flohen, wurde in jeder Stadt, in jedem Dorfe Herzog Friedrich als Landesherr ausgerufen. Gablenz ließ es geschehen und sagte, er sey hier nur als Soldat, das übrige gehe ihn nichts an.

Auch der alte Wrangel störte die Huldigungen nicht, welche das Volk dem Herzog Friedrich darbrachte, wollte aber die Verwaltung des eroberten Landes nicht in die Hände der herzoglichen Partei fallen lassen, ließ daher fast alle national-dänischen Beamten auf ihren Stellen. Schleswig war überschwemmt mit solchem Kopenhagener Gesindel, welches die fanatischen Eiderdänen der deutschen Bevölkerung zu weltlichen und geistigen Vögten gesetzt hatte, Schergen, die keine andere Bestimmung hatten, als die deutsche Sprache in allen officiellen Acten, in der Predigt und im Schulunterricht auszurotten, die Deutschen auszusaugen und zu mißhandeln, die es sich daher auch jetzt, nachdem die Alliirten eingerückt waren, zum ausschließlichen Geschäfte machten, für die Dänen zu spioniren, falsche Berichte in die Zeitungen zu bringen, das Landvolk zu belügen, die jütisch redende Bevölkerung von Nordschleswig aufzuhetzen, kurz der deutschen Sache auch jetzt noch so viel als möglich zu schaden. Deshalb ging nun eine Deputation von Schleswigern zum alten Wrangel und bat ihn um Entfernung der dänischen Beamten. „Sie müssen fort, diese gewissenlosen Tyrannen, diese Unterdrücker jedes Rechts,“ sagte der Lehrer Hansen. „Müssen?“ fuhr der alte Wrangel auf und erklärte, er werde die dänischen Beamten schützen. „Excellenz,“ antwortete Herr Hansen, „wir haben 13 Jahre lang das Unerträglichste ertragen, ohne unser Recht preiszugeben, wir werden uns auch durch preußische Drohungen nicht einschüchtern lassen. Wir beabsichtigen keine Pöbelexcesse, aber wir wiederholen, die dänischen Beamten müssen fort.“ „Nur dann“, sagte Wrangel, „werden dieselben aus ihren Aemtern entfernt werden, wenn Sie uns nachweisen,

daß sie unwürdig sind, ihre Aemter zu verwalten." „Dann," erwiderte Hansen, „werden wir in 14 Tagen von all diesen Subjecten befreit seyn, denn diesen Beweis werden wir mit Leichtigkeit bringen." Dr. Lorenzen fügte die Bemerkung hinzu: „Wir machen Ew. Excellenz darauf aufmerksam, daß fast alle diese Beamte eben so viele dänische Spione sind, die Sie im Mittelpunkt Ihrer Armee zurücklassen würden." — Wrangel erfuhr bald, daß die Herrn Recht hatten, und sah sich genöthigt, eine gute Anzahl dänischer Beamten und selbst Geistliche, die als gefährliche Spione auf der That ertappt wurden, in Verhaft zu nehmen. Als der gefährlichste, der dem Feinde Nachrichten von der alliirten Armee und Signale gab, sollte der Hardesvogt Blauenfeld und sein Sohn gehängt werden, sie wurden jedoch nur nach Preußen abgeführt und nach dem Waffenstillstand begnadigt.

Am wenigsten wollte der alte Wrangel in Schleswig den Zulauf von Agenten des Nationalvereins und solcher Berichterstatter dulden, die das allürte Interesse durchkreuzten. Daher die Ausweisung des Coburger Cabinetsrath Timpeltey und des Literaten Rasch. Dagegen durfte am 25. Februar der kolossale Löwe, den die Dänen auf dem Kirchhof in Flensburg als Siegesdenkmal der Schlacht von Idstedt zum Hohn der Deutschen aufgerichtet hatten, unter großem Jubel des Volks niedergerissen werden. Desgleichen durfte am folgenden Tage eine große schleswigsche Landesdeputation dem Herzog Friedrich in Flensburg huldigen, nachdem wenige Tage vorher eine andere große Deputation nach Wien und Berlin abgegangen war, um die Höfe daselbst zu überzeugen, Schleswig wünsche so einmüthig wie Holstein den Herzog Friedrich.

In Dänemark rief der Verlust des Danewirks die größte Erbitterung hervor. Man beschuldigte de Meza, feig geflohen zu seyn. Man klagte das Ministerium und den König selber an. De Meza mußte aufgeopfert werden. Die höhern Offiziere, die wohl wußten,

daß er für die geschickte Rettung der Armee der großen Uebermacht der Alliirten gegenüber nur Dank verdient habe, wollten ihre Stellen niederlegen, und nur die ernsten Beschwörungen Monrads und die Besorgniß, das Heer werde sich auflösen und mit dem Kopenhagener Pöbel vereinigen, hielt sie bei den Fahnen zurück. An Meza's Stelle trat General v. Gerlach. Der Pöbel war in der That wüthend. Im Hamburger Correspondenten meldete ein Schreiben aus Kopenhagen vom 11. Februar: „Leider hat ein Theil des verworfensten Pöbels die Gelegenheit benutzt, als die Königin Louise und die Prinzessin Dagmar nach der Predigt die Frauenkirche verließen, um in ihre Kutschen zu steigen, dieselben in empörendster Weise zu insultiren. Mit in unwürdigster Weise befleckten Kleidern sollen die Damen, worunter auch die Prinzessin Maria von Anhalt-Dessau gewesen seyn soll, im Schloß angekommen seyn. Die Königin in ruhiger Fassung und Würde, die Prinzessin Dagmar aufgelöst in Thränen." Auch die Deutschen in Kopenhagen litten unter der Rohheit des Pöbels. Die geborenen Holsteiner in der dänischen Armee wurden zwar jetzt in die Heimath entlassen, aber von allem entblößt, und die Schleswiger behielt man noch zurück und überwachte sie mit äußerster Strenge. An Nachgeben von dänischer Seite war noch nicht zu denken. Monrad konnte auch die wüthenden Anklagen der Volkspartei nur abschwächen, indem er in einer glänzenden Rede zur Einigkeit und zur Achtung der Armee ermahnte, ohne die es unmöglich sey, den Krieg mit Erfolg fortzusetzen. Er mußte also selbst zu diesem Kriege anfeuern. Die Rüstungen wurden verdoppelt und man träumte in Kopenhagen von nichts Geringerem, als von der Wiedereroberung Schleswigs.

Die dänischen Truppen zeigten überall ihre altgewohnte zähe Tapferkeit und wichen nur der Uebermacht. Doch gab es unter ihnen viele, die den Krieg nur grollend mitmachten. Zur Ergänzung der Linientruppen mußten die Reserven aller Altersclassen einberufen werden.

Da kamen viele Familienväter, die lieber daheim geblieben wären. Aus Mangel an Uniformen trugen sie durchgängig eine isländische Nachtjacke und darüber einen hellblauen Frack, weshalb man sie Vergißmeinnicht nannte.

Der Krieg stockte eine Zeit lang. Die Hauptmacht der Dänen stand in Düppel hinter zehn großen Schanzen, die man zu verstärken fortfuhr, im Rücken gedeckt durch den Alsensund und die Insel Alsen, zu deren Hauptstadt Sonderburg, dem stark armirten Hauptwaffenplatz der Dänen, eine Schiffbrücke hinüberführte. Um einen etwaigen Uebergangsversuch der Alliirten zu hindern, lauerten dänische Schiffe, vor allen das berüchtigte Panzerschiff Rolf Krake. Die Preußen unter Friedrich Karl cernirten die Düppeler Schanzen und legten Strandbatterien an, schlugen am 14. Februar den ersten Ausfall der Dänen zurück und schreckten am 18. mit ihren fernhin treffenden Kugeln auch den Rolf Krake ab. — Die österreichische Armee unter Gablenz deckte die Stellung der Preußen bei Düppel, indem sie eine Abtheilung des dänischen Heeres, welche sich unter General Lindencron nordwärts nach Jütland zurückgezogen hatte, dahin verfolgte. Nachdem die jütische Grenze am 18. Februar gewissermaßen nur zufällig, im Verfolg eines kleinen Reitergefechts, überschritten worden war, wiesen die alliirten Cabinette jede Beschwerde über diese Grenzüberschreitung zurück und erklärten, sie würden Jütland besetzen und als Pfand behalten, bis die Dänen die gekaperten deutschen Schiffe wieder ausliefern würden. Uebermüthiger Weise nämlich kaperten die Dänen nicht blos österreichische und preußische, sondern auch andere deutsche Schiffe, obgleich der deutsche Bund eine Kriegserklärung gegen Dänemark vermieden hatte. Ueberdieß konnten die Alliirten eine Ansammlung dänischer Truppen aus strategischen Gründen nicht dulden, da ihr Angriff auf Düppel dadurch flankirt worden wäre. Gablenz schlug die Dänen am 9. März bei Veile und warf sie nach der

Festung Fridericia zurück, die er sofort zu belagern anfing und bis in den Anfang des April so heftig beschoß, daß der größte Theil der Einwohner auf Schiffen entfloh. Unterdeß hatten die Preußen durch einen kühnen nächtlichen Ueberfall am 16. März die Insel Fehmar besetzt und dauerte die Einschließung der Düppeler Schanzen fort. Dabei gab es hitzige Kämpfe in Folge einer großen Rekognoscirung der Preußen am 7. März, eines dänischen Ausfalls am 17., einer neuen großen Rekognoscirung am 28. Die preußischen Kanonen trugen so weit, daß sie von Gammelmark aus über den Wenning-Sund hinüber, den Düppeler Schanzen vorbei, Sonderburg beschießen konnten, um die Dänen von dort zu vertreiben. Sie hatten hier ihre Magazine und Waffenvorräthe, und die offene Stadt war zu einer Festung gemacht und mit Batterien bespickt. Gleichwohl beklagte sich die dänische und englische Presse über die Beschießung, als über eine grausame und unnöthige Barbarei.

Endlich hatten die Preußen die dritte Parallele vor den Düppeler Schanzen eröffnet und alles bereitete sich zum Sturm, ohne daß die Dänen es merkten, die durch die bisherige Langsamkeit der Belagerung in Sicherheit eingewiegt waren. Ihr großes Panzerschiff, der Rolf Krake, von dem sie sich Wunder versprochen hatten, war zwar in der Nähe, aber es lag ganz still und auf seinem Verdeck wurde eben Wäsche getrocknet, so wenig dachte man hier an einen Angriff der Preußen. Man warf dem Feldmarschall Wrangel vor, daß er den Sturm nicht schon früher befohlen habe, doch kam er noch früh genug, um bei der bevorstehenden Conferenz in London schwer ins Gewicht zu fallen. Mit mehr Recht wurde den Dänen vorgeworfen, sie hätten Düppel, wie das Danewirk, freiwillig räumen sollen, um sich nicht einer schimpflichen Niederlage und schweren Verlusten auszusetzen. Doch muß man bedenken, ein abermaliger Rückzug der dänischen Armee würde den Pöbel in Kopenhagen zum Aeußersten

gereizt haben. So mußte sich denn die arme dänische Armee aufopfern.

Unter dem Commando des Prinzen Friedrich Karl wurden am 18. April die Sturmcolonnen aus allen anwesenden preußischen Regimentern durchs Loos gewählt, weil sonst alle hätten mitgehen wollen, und Punct 10 Uhr begann der Sturm, voran die Pionniere, welche rasch die vielerlei Hindernisse, Pallisaden, Drahtgitter, spanische Reiter, spitzige Eggen, Dornenbündel 2c. mit Aexten und Faschinenmessern wegzuräumen, Wolfsgruben, Löcher und Pfützen mit Erdsäcken und Sand auszufüllen hatten. Alle diese Hindernisse wurden überwunden. Die tapfern Preußen stürmten unaufhaltsam hinauf und binnen 20 Minuten waren schon die ersten drei Schanzen erobert. Dann nacheinander auch die übrigen. Den heftigsten Widerstand leisteten die Dänen unter dem muthigen Lieutenant Ancker in der Schanze Nr. 4. Den größten Heldenmuth in dieser Schlacht bewährte der preußische Pionnier Klinke vor der Schanze Nr. 2. Hier waren die dänischen Pallisaden zu stark und konnten nicht schnell genug mit Aexten weggeräumt werden. Da sagte Klinke, wie einst Arnold von Winkelried, er wolle helfen, warf einen Pulversack vor die Pallisaden und zündete ihn an. Durch die Explosion wurden die Pallisaden auseinander gerissen, aber er selbst tödtlich verwundet. Seine rasche That bahnte den stürmenden Preußen den Weg, sonst wären sie noch länger dem dänischen Kartätschenhagel ausgesetzt gewesen. Nach 12 Uhr waren alle Schanzen und auch der Brückenkopf genommen. Doch hatten die Dänen noch Zeit, die Brücke abzubrechen, während ihre Schiffe und ihre auf Alsen errichteten Batterien einen Uebergang der Preußen verhinderten. Die Hauptsache war erreicht, die Dänen waren vom Festlande verjagt. Sie ließen über 1000 Todte und Verwundete, 3200 Gefangene und 118 Geschütze zurück. Der preußische Verlust betrug 200 Todte, 8—900 Verwundete.

Die Kreuzzeitung brachte folgenden Bericht. „Der 18. April 1864 ist ein Tag, wie die preußische Armee ihn seit dem 18. Juni 1815 nicht erlebt hat. Von früh um 4 bis 10 Uhr verstärkte unsere Artillerie ihr Feuer und wirkte mit 118 Geschützen gegen sämmtliche feindliche Schanzen, das dahinter liegende Terrain und die Batterien auf Alsen. Letztere allein antworteten noch, und zwar mit den schwersten Geschützen. Der am 17. ausgegebenen Disposition gemäß hatten sich 6 Sturmcolonnen, den Schanzen 1—6 entsprechend, in der Stärke von 6—12 Kompagnieen, im Ganzen 11½ Bataillone (aus allen Infanterieregimentern) und 4½ Pionnier-Kompagnieen, schon vor Tagesanbruch in den Approchen verdeckt aufgestellt. Dahinter als Hauptreserve die 11. Inf.-Brigade (Canstein) und 4 Feldbatterieen hinter dem Spizberge, und die kombinirte Brigade Raven (Leib- und 18. Regiment) in der Nähe der Chaussée, gedeckt durch das Stenderuper Holz. Als allgemeine Reserve die 12. Brigade Röder und 2 reitende Batterieen bei Nübel. Der Rest der Gardedivision, 6 Bataillone, 1 Ulanenescadron und 3 reitende Batterieen bei Satrup. Die 25. Brigade Schmid verblieb in ihrer Vorpostenstellung auf dem linken Flügel und die 26. Brigade Göben, die einen speciellen Auftrag hatte, stellte sich hinter dem Satruper Holz auf. Es war ihr das westfäl. Jägerbataillon, 3 Feldbatterieen und die beiden Pontoncolonnen beigegeben; endlich waren 3 Escabrons Zietenhusaren hinter der Büffelkoppel zusammengezogen. Schlag 10 Uhr brachen die Sturmcolonnen gegen die ihnen bezeichneten Schanzen auf, vorauf eine Kompagnie, in Schützen aufgelöst; unmittelbar dahinter 1, bez. ½ Kompagnie Pionniere und 1 Kompagnie Infanterie als Arbeiter, Handwerkszeug und Sturmgeräth tragend. Dahinter folgte auf 100 Schritt die eigentliche Sturmcolonne, bestehend aus 2—4 Kompagnieen, und dieser wiederum auf 100 Schritt eine ebenso arke Reserve. Die Offiziere voran, stürmten unsere Leute, ohne

sich umzusehen und nur ihr Ziel im Auge, vorwärts, überwanden die Hindernisse schnell und erstiegen die Schanzen trotz des sie begrüßenden Gewehrfeuers und Kartätschenhagels in Zeit von in der That nur wenigen Minuten; denn 22 Minuten nach 10 waren die Schanzen 1, 2, 3, 5 und 6, und bald nachher auch 4 unser, und die preußische Fahne wehte im hellen Sonnenschein von den dänischen Bollwerken. Der Feind wehrte sich überall mit derjenigen Zähigkeit, welche wir an ihm kennen und achten gelernt haben, konnte aber, nachdem die Wälle einmal bestiegen waren, in den Gräben und Retranchements von oben beschossen, nichts mehr ausrichten und zog sich unter großem Verlust an Todten, Verwundeten und Gefangenen zurück, wo zugleich ansehnliche Verstärkungen eintrafen. Rolf Krake legte sich hart an die Küste und beschoß unsere Truppen lebhaft, jedoch mit nur geringem Erfolg. Die beiden Brigaden der Hauptreserve, Canstein und Raven, traten jetzt in das Gefecht ein, und während die erstere den Feind aus seiner zweiten Position in den neu angelegten Werken herauswarf und die Schanze Nr. 7 nahm, stürmte die Brigade Raven die Schanzen Nr. 8 und 9 und zwang in Gemeinschaft mit der nun auch vorgerückten Brigade Schmid die Schanze Nr. 10, sich zu ergeben. Bald nach 12 Uhr waren sämmtliche Schanzen in unserer Hand und der Feind nur noch im Besitz des Brückenkopfes, von wo er, ebenso wie aus den Batterieen bei Sonderburg, ein heftiges Feuer unterhielt, an welchem jedoch Rolf Krake, der sich, augenscheinlich beschädigt, zurückgezogen hatte, keinen Theil mehr nahm. Gleichzeitig erstürmte das brandenburgische Füsilierbataillon Nr. 35, welches die Tete der Brigade Canstein hatte, den bisher noch nie eroberten Brückenkopf mit dem Bajonnet, und um 12½ Uhr gab es außer Todten, Verwundeten und Gefangenen keinen Dänen mehr im Sundewitt. Der Feind hatte inzwischen, noch bevor der Brückenkopf genommen, die eine Brücke in Brand gesteckt und

ließ darauf die beiden andern abfahren. Das Geschützfeuer aus den Schanzen auf Alsen und das Gewehrfeuer aus dem Sonderburger Schloß (das man nicht hätte bombardiren sollen!) dauerte ununterbrochen bis zum Finsterwerden fort und richtete noch manchen, obwohl im Verhältniß zu dem heftigen Feuer nur geringen Schaden an. Unser Verlust beträgt 9 todte und 43 verwundete Offiziere; unter den ersteren der Major und Bataillonscommandeur im Garde-Grenadierregiment Königin Augusta v. Beeren, der in dem Augenblick, wo er als Führer der 6. Sturmcolonne die preußische Fahne auf das eroberte Werk pflanzte, todt niedersank; unter den letzteren der General v. Raven, dem der rechte Fuß über dem Knöchel amputirt ist, der Oberst v. Corth und der Oberstlieutenant v. Hartmann."

Dasselbe Blatt gab noch folgende malerische Schilderung des Kampfs. „Ein Tag des Ruhms und der Ehre liegt hinter uns. Ein französischer Offizier, Kämpe vom Malakoff und Solferino, sah mit Bewunderung die Arbeit der Preußen; begeistert rief er aus: „Mit solchen Truppen nehme ich die Welt." Kaum waren die braven Stürmer noch zu halten, als mit dem Schlag 10 Uhr das Signal vorwärts gegeben wurde. Wie durch Zauber belebte sich das Terrain vor den Schanzen. Aufgelöst in Tirailleurketten, voran die Führer, die Pionniere und das Häuflein Artillerie, stürmte die ganze Linie ohne Aufenthalt, untermengt mit den Trägern der Matrazen und Wollsäcke. Eine athemlose Menge sah auf den Dünther Höhen dem erregenden Schauspiel zu; der greise Marschall, der Kronprinz nebst Gefolge, zahlreiche Offiziere der österreichischen Armee, Beamte, Soldaten und Civilisten harrten klopfenden Herzens auf die Erfolge der Unseren. Todtenstille herrschte. Auf einmal aber flog ein donnerndes Hurrah über die Lippen, von dem Hügel des Marschalls kams herüber, und Alle fielen ein: Hurrah! Hurrah! die erste preußische Flagge wehte von der Kommunikation zwischen 2 und 3, dann von der

Schanze 6, dem riesigsten der Werke. Aber noch donnerte Schanze 4 und 2; 1 und 3, dann 5 sind unser, abermals Hurrah! Noch immer halten sich 2 und 4. Nun aber wogt eine dunkle Masse droben auf 2. Ein kurzer Kampf und dann kündet das Schwarz-Weiß den Sieg. Schanze 4, würdig ihres Rufs, ist die letzte des rechten Flügels. Brave Artilleristen hatten sie vertheidigt, der brave Ancker sie befehligt. Noch sollte das letzte Geschütz abgefeuert werden, der dänische Offizier will es selbst thun, aber das Halt des Lieutenant Schneider 35. Regiments hindert ihn fast mehr als der dräuende Revolver in der Hand des Eroberers. Bald ist der Degen des tapferen Dänen in der Hand seines Ueberwinders. Am wildesten tobte der Kampf um die Schanzen 8, 9 und 7. Noch lange drang sein Getöse zu uns über den Wenningsund, doch auch diese Werke mußten fallen. Der Feind war nach Alsen geflohen, eine Brücke brannte, die andere bestrich er durch ein heftiges Geschützfeuer. Der Rolf Krake kam erst, nachdem die Schanzen unser waren, eiligst daher, warm empfangen von 5 Batterien, davon 3 zu Gammelmark. Unsere Artillerie hatte sich in Schanze 2 bereits eingenistet und begrüßte ihn auch von hier. Das Ungethüm begann, ohne auf seine Angreifer zu rücksichtigen, keinen Augenblick stille stehend, ein heftiges, aber unwirksames Feuer zunächst gegen die Unsern in Schanze 1, dann gegen unsere dahin eilenden Tirailleure, denen er bis vor die Brückenköpfe folgte, dann aber, nachdem er wohl 50 Schuß gethan, sich zurückzog. Er hatte, wie deutlich wahrnehmbar, einigen Schaden gelitten, obwohl er nicht oft getroffen werden konnte wegen der weiten Entfernung und beständigen Bewegung, in der er sich hielt. Ein anderes Schiff ist nicht zur Aktion gekommen. Das Geschilderte war das Werk von noch nicht 2 Stunden. Die Wegnahme der Brückenköpfe übertraf die Dispositionen des Prinzen und die kühnsten Hoffnungen. Die erste preußische Flagge auf den Werken wehte bereits nach 7 Minuten nach dem Vordringen."

Der alte Ruhm preußischer Schlagfertigkeit hatte sich hier so herrlich bewährt, daß König Wilhelm selbst von Berlin auf das Schlachtfeld reiste, um den Truppen zu danken, am 21. April. Dem Volk, das ihn umdrängte, sagte er: „Die Sache der Herzogthümer sey ihm heilig und preußisches Blut solle nicht umsonst vergossen seyn." Der alte Wrangel wurde in Ehren entlassen und Prinz Friedrich Karl trat an seine Stelle. Als die Preußen zum zweitenmal vor Fridericia zogen, fanden sie diese Festung verlassen, breiteten sich nun aber über ganz Jütland aus. General Vogel von Falkenstein drang bis zur äußersten Spitze dieser Halbinsel vor.

Auch zur See zeichnete sich die junge preußische Marine, wetteifernd mit der ältern österreichischen, aufs rühmlichste aus. Am 17. März begegnete der preußische Kapitän Jachmann mit nur zwei Corvetten und einem Dampfaviso bei der Insel Rügen sechs dänischen Schiffen, einem Linienschiff, zwei Fregatten, zwei Corvetten und einem Dampfaviso, griff sie keck an, kanonirte sich dritthalb Stunden lang mit ihnen herum und zog sich erst, und zwar unversehrt, vor der Uebermacht zurück, nachdem er den Dänen schwere Verluste beigebracht hatte. Am 25. April griff wieder bei der Insel Rügen die kleine Grille, ein preußisches Kanonenboot mit nur zwei Geschützen, eine große dänische Fregatte an und schlug sie in die Flucht, weil die Preußen besser schossen. Es hieß damals, eine österreichische Flotte sey auf dem Wege nach der Ostsee, sie blieb aber aus, weil man England nicht ohne Noth reizen wollte und weil die deutschen Landtruppen ausreichten, die Dänen zu Paaren zu treiben. Nur zwei österreichische Fregatten, Schwarzenberg und Radetzky, kamen bis Helgoland, um wenigstens Hamburg von der dänischen Blokade zu befreien. Am 9. Mai trafen sie auf zwei Fregatten und eine Corvette der Dänen und griffen sie sogleich an, wobei ihnen ein preußisches Avisoschiff, der Adler, auf das wackerste half. Nach einer mehrstün-

digen Kannonade flohen die stark beschädigten dänischen Schiffe davon, doch hatte auch der Schwarzenberg stark gelitten. Der Kapitän desselben, Tegethoff, hatte sich so tapfer geschlagen, daß ihn sein Kaiser zum Admiral erhob.

Der Krieg ruhte eine Weile, indem die Diplomatie äußerst thätig war, seine Wiederaufnahme zu verhindern. Doch kam man damit nicht zu Stande, weil die Interessen einander zu sehr entgegengesetzt waren und Dänemark immer noch in seinem Trotze verharrte, immer noch hoffend, es werde von England und Rußland doch nicht ganz im Stiche gelassen werden. Es handelte sich um eine Conferenz der sämmtlichen Großmächte, die zu London wieder wie im Jahre 1852 die dänische Frage schließlich entscheiden sollte, aber lange nicht zu Stande kam, weil der König von Dänemark auf jenen frühern Vertrag fußte und keine Aenderung desselben wollte, hauptsächlich aber weil Napoleon III. ein wenig spröde that und den Beitritt zur Conferenz eine Zeit lang verweigerte, um England dafür zu strafen, daß es früher die Einladung zu einer Conferenz der Großmächte in Paris abgelehnt hatte.

Unterdeß war man in Deutschland ungemein rührig, denn jede Partei wollte von den Siegen der deutschen Heere in Schleswig den meisten Gewinn ziehen. Der ganze Süden Deutschlands wollte das eroberte Land dem Augustenburger übergeben wissen, womit die Regierungen der Mittelstaaten mit den neuen Schleswig-Holsteinvereinen, wie mit dem National- und Reformverein einverstanden waren. Preußen verlangte aber erst Bürgschaften, daß preußisches Blut hier nicht sollte umsonst vergossen worden seyn, sondern daß Preußen im eigenen, wie im Interesse ganz Deutschlands mit einem verhältnißmäßigen Einfluß in den Elbherzogthümern, namentlich in Bezug auf das Kriegswesen und die Marine belohnt werde. Auch Oesterreich hielt damals noch mit seiner Eifersucht gegen Preußen zurück, um den Uebermuth

der Mittelstaaten und der Vereine noch zu dämpfen, deren es sich wohl als Mittel bedienen, denen es sich aber nicht unterordnen wollte. Am 21. Januar 1864 rief Bayern die Vertreter der Mittelstaaten zu einer Conferenz in Würzburg zusammen, um eine gemeinschaftliche Politik zu verabreden. Nach der s. g. Triasidee, die eine selbständige Nebenordnung der Mittelstaatengruppe neben Oesterreich und Preußen bezweckte und die beiden letztern wenigstens am Bundestage in der Frage der Elbherzogthümer in der Art zu überstimmen trachtete, daß diese Herzogthümer der österreichischen und preußischen Machtsphäre möglichst entzogen und der Mittelstaatengruppe einverleibt werden sollten. Minister v. d. Pfordten in Bayern, v. Beust in Sachsen und v. Dalwigk in Darmstadt waren unablässig thätig für diesen Zweck.

Der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt, der sich für eine große Macht hielt, unterstützte die Würzburger durch einen öffentlichen Aufruf vom 24. Januar, in dem er mit unerhörter Dreistigkeit Oesterreich und Preußen gleichsam außer Gesetz erklärte, um nach ihrer Beseitigung für die Mittelstaaten allein den Platz zu behaupten. Weil Oesterreich und Preußen den Augustenburger noch nicht anerkennen wollten, donnerte der Aufruf: „Zwei Mächte, die den Anspruch verwirkt haben, die Großmächte Deutschlands zu heißen, sind in offener Widersetzung begriffen gegen das Recht des Bundes, der Bundesstaaten und der Nation. Eigenmächtig haben sie ihre Truppen in das Bundesland Holstein gesendet; gewaltthätig sind sie über die Grenze eines selbständigen Staates vorgedrungen, ohne Bundesgenehmigung verfolgen sie ihren Weg ꝛc. Mit Scham und Erbitterung sieht das deutsche Volk die Truppen Oesterreichs und Preußens ungehindert vordringen. Preußen und Oesterreicher! im Dienste der unwürdigsten Politik sollen eure Söhne ihr Blut vergießen, soll die Steuer- und Schuldenlast, die euch bedrückt, von neuem anschwellen, für euer Gut und Blut soll die Schande der

Nation eingetauscht werden!" Man begreift nicht recht, woher diese Wuth, dieser Wahnsinn bei Männern, die sich den Ausschuß der großen deutschen Nation nannten? Wenn sie je über die wahre Sachlage nachdachten, mußte es ihnen klar werden, daß sie viel zu ohnmächtig waren, um Oesterreich und Preußen einen Zwang anzuthun, und daß die Regierungen der Mittelstaaten eben so ohnmächtig waren, die große Sache der deutschen Nation durchzufechten, ganz abgesehen davon, ob sie es auch wollten. Von Oesterreich konnten sie voraussetzen, daß es die Elbherzogthümer bei der ersten Gelegenheit wieder wie in Olmütz verrathen und verkaufen würde, weil ihm an diesen entfernten Provinzen gar nichts lag und weil es die Cooperation mit Preußen gegen Dänemark nicht wegen der Deutschen in den Herzogthümern, sondern lediglich deshalb unternommen hatte, um Preußen nicht allein handeln zu lassen, um Preußen zu überwachen und die Vortheile des Siegs mit ihm zu theilen. Nur dem König von Preußen allein war es ernst, die deutsche Sache in den Elbherzogthümern zu retten und auf lange Dauer hin zu schützen, weil sein eigenes Interesse hier mit dem großen deutschen Nationalinteresse zusammenfiel.

Am 11. Februar gab derselbe Frankfurter Ausschuß abermals eine Erklärung von sich, in der er sich ein wenig corrigirte und anerkannte, die Siege der Preußen und Oesterreicher seyen nützlich, zugleich aber mit einer nur ihm möglichen Albernheit sich die Genugthuung gab, „Preußen und Oesterreich seyen einzig durch die nationale Strömung, durch die öffentliche Meinung (d. h. durch den Nationalverein) nach Schleswig getrieben worden." Drei Wochen vorher hatte derselbe Ausschuß den Einmarsch in Schleswig für ein Verbrechen an der Nation erklärt. Der liberale Philister schluckte aber andächtig solche Widersprüche hinunter und schüttelte nicht einmal den Kopf dazu. Dagegen klagte wieder der Schleswig-Holsteinverein in

Nürnberg am 17. Februar bitterlich, daß Oesterreich und Preußen allein handelten ohne den Bundestag zu fragen.

Bei diesem Bundestage trug zwar die damit beauftragte Commission auf Anerkennung des Augustenburgers an (am 11. Februar), die Abstimmung am 3. März aber verwies die Frage wieder an einen Ausschuß, denn die Mittelstaaten konnten nie einig werden und fürchteten sich zu sehr vor der vereinigten Stimme der beiden Großmächte. Die letzteren ermahnten auch die beiden Königreiche Sachsen und Bayern, deren Minister am meisten gegen die Großstaaten agitirt hatten, zur Mäßigung. Preußen schickte zu diesem Behuf den General v. Manteuffel nach Dresden und Oesterreich den Erzherzog Albrecht nach München. Man glaubte vermuthen zu dürfen, daß König Maximilian II. von Bayern, welcher erkrankt war und am 10. März, vier Tage nach der Ankunft des Erzherzogs starb, durch die politischen Verhandlungen zu sehr aufgeregt worden sey. Der Antrag am Bundestage auf Anerkennung des Augustenburgers blieb nun einstweilen ausgesetzt, um so mehr, als den Mittelstaaten die Concession gemacht wurde, die Londoner Conferenz beschicken zu dürfen. Ueberdies erklärten die beiden deutschen Großmächte am 19. März, da Dänemark ihre Sommation abgelehnt habe, so halten auch sie sich durch den Vertrag von 1852 nicht mehr gebunden. Damit nahmen sie den Schreiern jeden Vorwand, noch ferner zu glauben oder glauben zu machen, die Großmächte wollten die Elbherzogthümer wieder an Dänemark bringen. Der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt begnügte sich aber nicht damit, sondern schrieb auf den 28. März Volksversammlungen in allen deutschen Gauen aus (außer in Oesterreich) und decretirte wieder in einem lächerlichen Conventsstyl, der Augustenburger solle und müsse souveräner Herzog in Schleswig-Holstein werden und jede andere Entschließung der Mächte werde hiermit im voraus für null und nichtig erklärt.

Inzwischen wurden die Mächte einig, die Conferenz in London zu beschicken. Frankreich bequemte sich erst dazu, nachdem es durchgesetzt hatte, daß der deutsche Bund als solcher auch einen Bevollmächtigten zur Conferenz abschicken solle. Napoleon III. warf sich damit zum Beschützer der deutschen Mittelstaaten auf und unterstützte dadurch indirekt den Anspruch des Augustenburgers. Auch er beantragte im Sinn der Schleswig-Holsteinvereine, nicht nur die Stände der Elbherzogthümer, sondern auch die ganze Bevölkerung solle befragt und das Erbrecht durch ein Plebiscit entschieden werden. Insbesondere aber sollten, zufolge des Nationalitätenprincips, die Jüten in Nordschleswig die freie Wahl haben, ob sie zu Deutschland oder Dänemark treten wollten.

Der Bundestag wählte den Herrn v. Beust zu seinem Bevollmächtigten in London. Hannover kam damals in übles Gerede, weil seine Truppen noch mit den Sachsen verbunden als Executionstruppen in Holstein standen, indeß Graf Platen, der vertraute Minister des Königs von Hannover, in Depeschen, die zu Tage kamen, England versichert hatte, sein König werde am Vertrage von 1852 festhalten. Andererseits erklärten wieder eine Anzahl Mitglieder der holsteinischen Stände ganz im Sinne des Sechsunddreißiger-Ausschusses, sie würden an ihrem Recht festhalten, möge die Conferenz beschließen, was sie wolle.

Die Conferenz wurde beschleunigt durch die Erstürmung der Düppeler Schanzen, denn je weiter die Deutschen vorrückten und siegten, zu desto größeren Forderungen wurden sie auch bei der Conferenz berechtigt und das wollten die andern Mächte verhüten. Am 18. April wurde Düppel erstürmt und schon am 20. traten die Conferenzgesandten zum erstenmal in London zusammen, mußten aber auf Herrn v. Beust warten und konnten erst am 25. die regelmäßigen Sitzungen eröffnen. Von englischer Seite Graf Russell und Graf Clarendon, von französischer: Fürst Latour d'Auvergne, von russischer:

v. Brunnow, von Oesterreich: Graf Apponyi, von Preußen: Graf Bernstorff, von Dänemark: v. Quaade, von Schweden: Graf Wachtmeister und vom deutschen Bunde: v. Beust. Russell präsidirte. Die Deutschen waren auf der Conferenz sehr im Vortheil, weil ihre Gegner sich nicht einigen konnten. Frankreich neigte mehr zu Deutschland, wenigstens zu der mittelstaatlichen Auffassung. England schadete den Dänen am meisten, indem es ihnen nicht frühe genug jede Hoffnung auf bewaffnete Hülfe nahm. Obgleich es ihnen keine bestimmte Zusicherung gab, so ließ doch die feindselige und übermüthige Sprache der englischen Presse und selbst ministerieller Aeußerungen gegen Deutschland die Dänen immer noch glauben, englische Flotten würden ihnen noch im letzten Augenblick zu Hülfe eilen. In der That wies Russell eine Deputation aus Schleswig-Holstein verächtlich zurück, und sein Organ Daily News schrieb, als der englische Prinz Alfred vom König von Preußen den schwarzen Adlerorden erhielt: Das sey eine Decoration, die sich besser für die Henker von Düppel schicke. Als die Königin Victoria den Herrn v. Beust zur Tafel zog, schrieb dasselbe Blatt: „Einen Mann, der sich durch sein unverschämtes Auftreten gegen unsere Regierung berühmt gemacht hat, sieht das englische Publikum nicht für geeignet an, um ein Gast des englischen Hofes zu werden.“ Genug, diese Sprache bestätigte die Dänen in ihrem Trotz. Die englische Regierung wollte sogar verbieten, daß Rendsburg eine deutsche Bundesfestung werde. So patzig gegen die Deutschen aufzutreten, verrieth wenig Klugheit, da England doch keinen Krieg anfangen wollte. Napoleon III. lud Herrn v. Beust in den Osterfeiertagen nach Paris ein und überhäufte ihn mit Artigkeiten. Das war klüger. Preußen verfehlte nicht, die deutschen Mittelstaaten darauf aufmerksam zu machen, wie viel mehr die deutsche Sache auf der Conferenz gewinnen würde, wenn Herr v. Beust mit den Grafen Apponyi und Bernstorff zusammenginge, was denn auch geschah.

Die deutschen Mächte waren bereit, mit dem Landkriege inne-zuhalten und den Dänen einen Waffenstillstand zu bewilligen, wenn sie ihrerseits die Blokade zur See aufhöben. Die Dänen bequemten sich endlich dazu und der Waffenstillstand wurde am 12. Mai abge-schlossen, jedoch nur auf einen Monat. Als Graf Bernstorff hierauf am 17. die gänzliche Trennung der deutschen Elbherzogthümer von Dänemark verlangte und dabei die Möglichkeit einer Personalunion beider unter Christian IX. noch offen ließ, zauderten die Dänen, ein so glänzendes Geschenk mit beiden Händen aufzunehmen, trotzten auch jetzt noch und wollten vom Londoner Protokoll von 1852 nicht ab-gehen. Hierauf schlug Graf Apponyi am 28. vor, die deutschen Herzog-thümer sollten dem Prinzen von Augustenburg zuerkannt werden, und zwar völlig getrennt von Dänemark. Graf Bernstorff und v. Beust stimmten zu. Auch England gab jetzt nach, da es die Einheit der Deutschen vor Augen hatte, und wollte nur noch das jütische Nord-schleswig bei Dänemark behalten. Frankreich stimmte damit nur in-soweit überein, als es verlangte, die Bevölkerung von Nordschleswig, wie von Schleswig und Holstein überhaupt, solle selber befragt werden. Dänemark allein wollte immer noch nicht nachgeben.

Das Zusammenstehen der drei deutschen Factoren auf der Lon-doner Conferenz zeigte sich indeß so wirksam, daß ihrer vereinigten Stärke und ihrem vereinigten Willen keine auswärtige Großmacht widerstehen konnte und es auf das verbissene Gebell in Kopenhagen gar nicht mehr ankam. Preußen hatte in einer Note vom 8. Mai den Mittelstaaten sonnenklar auseinandergesetzt, daß es ihr eigenes Interesse sey, mit den deutschen Großmächten zu gehen, denn ohne dieses würden die Mittelstaaten und ihre relative Mehrheit am Bundes-tag gegenüber von England, Frankreich und Rußland lediglich nichts haben ausrichten können. In der Erklärung vom 28. Mai, worin Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich mit Herrn v. Beust das

Erbrecht des Augustenburgers zur Geltung brachten, lag eine große Concession für die Mittelstaaten, obgleich Oesterreich und Preußen nicht unbedingt daran gebunden waren, denn weil Dänemark nicht einwilligte und die Conferenz erfolglos auseinander ging, hatte es sich auch nur um einen bloßen Vorschlag gehandelt, der nicht angenommen worden war, so daß Oesterreich und Preußen in keiner Weise gehindert waren, später von diesem Vorschlag zu abstrahiren.

Der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt, der immer mitreden mußte, nahm in einer Erklärung vom 15. Juni die ganze Ehre, welche Deutschland in London einlegte, für sich in Anspruch. „Dem Abgeordnetentag vom 21. Dezember und den Vereinsversammlungen ist es gelungen, die deutschen Großmächte auf den Weg zu drängen, den sie widerwillig gezogen sind, und dem Ausland zu zeigen, daß es ein deutsches Volk gibt.“ So sagt der Bajazzo, wenn der erste Reiter seine Kunst producirt hat: das hat er von mir gelernt! Wie sehr die deutsche Nation auch berechtigt und sogar verpflichtet war, auch ihre Stimme zu erheben, so war von Seite ihrer angemaßten Vertreter doch so eitle Prahlerei nicht am Platze.

Die Sache hätte eine ganz andere Wendung nehmen können, wenn Frankreich und England einig gewesen wären. Denn wenn sich Frankreich von England hätte überreden lassen, wegen Dänemark mit Deutschland Krieg anzufangen, so würde auch Rußland sich mit ihnen vereinigt haben, um durchzusetzen, daß die deutschen Elbherzogthümer dem dänischen Gesammtstaat einverleibt bleiben müßten. England machte noch in den ersten Tagen des Juni Frankreich den Antrag eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Deutschen, weil es allein mit seinen Flotten nichts ausrichten konnte und auch mit einer einzigen Landmacht, wie Rußland gegen das vereinigte Deutschland ohne Mitwirkung Frankreichs nicht vorzugehen wagte. Frankreich aber begriff wohl, daß es in dieser projectirten Coalition die schwerste

Aufgabe würde übernehmen müssen. Die französische Antwort an England vom 10. Juni lautete: „Der erste Kanonenschuß bei einer maritimen Demonstration würde für uns einen Krieg zu Wasser und zu Land nach sich ziehen. Es stünde uns nicht, wie England, frei, unsere Operationen ausschließlich nach unserem Willen einzurichten. Trotz unserer Bemühungen, den Krieg zu localisiren, würde es uns nur schwer gelingen, den Ausbruch desselben an unsern Grenzen zu verhindern. Es wäre nicht unmöglich, daß die Demarcationslinie, für welche wir die Waffen ergriffen, von dem Lande selbst zurückgewiesen würde, und wir geriethen gleichzeitig in Conflict mit den Bevölkerungen der Herzogthümer, wie in Kampf mit den Mächten Deutschlands. Ein solches Unternehmen würde die Entfaltung aller unserer Hilfsmittel erheischen und uns unermeßliche Opfer auferlegen. Wäre, angesichts einer solchen Eventualität, England geneigt, uns eine unbegrenzte Unterstützung zu leihen?“ Schon in einer frühern Antwort auf einen ähnlichen eventuellen Vorschlag, den England an Frankreich machte, hatte Drouyn de l'Huis am 28. Januar geantwortet: „Der Kaiser erkennt die Wichtigkeit des Londoner Vertrags für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts und für den Frieden Europas an. Aber die französische Regierung, obwohl sie dem Zwecke dieses Vertrages volle Rechnung trägt, ist gleichwohl bereit, anzuerkennen, daß die Umstände eine Aenderung desselben fordern können. Der Kaiser ist stets geneigt gewesen, den Gefühlen und Bestrebungen der Nationalitäten große Rücksicht zu widmen. Es ist unmöglich, zu leugnen, daß das nationale Gefühl und die Bestrebungen der Deutschen auf eine engere Verbindung zwischen ihnen und den Deutschen der Herzogthümer Holstein und Schleswig gerichtet sind. Der Kaiser würde Widerwillen gegen alles fühlen, was ihn nöthigen könnte, den Wünschen der Deutschen mit den Waffen entgegenzutreten. Es würde vergleichungsweise leicht für England seyn, einen solchen

Krieg zu unternehmen, welcher für England sich immer nur auf maritime Operationen, auf Blockirung von Häfen und Gefangennahme von Schiffen beschränken würde. Aber der Boden Frankreichs stößt an den Boden Deutschlands, und ein Krieg zwischen beiden würde der unglücklichste und gewagteste aller Kriege seyn, auf welche das Kaiserthum sich einlassen könnte. Außer diesen Erwägungen kann der Kaiser nicht umhin, sich zu erinnern, daß er in Europa zum Gegenstand des Mißtrauens und Verdachtes wegen seiner vermeintlichen Pläne auf Vergrößerungen am Rheine gemacht worden ist. Ein an den Rheingrenzen unternommener Krieg würde nicht verfehlen, diesen ungerechtfertigten und ungegründeten Verdächtigungen eine viel größere Gewalt zu geben. Aus diesen Gründen kann die kaiserliche Regierung sich in keinerlei Verpflichtung gegenüber Dänemark einlassen. Wenn später das Gleichgewicht der Mächte ernsthaft bedroht seyn soll, dann erst könnte der Kaiser sich bewogen fühlen, neue Maßregeln im Interesse Frankreichs und Europas zu ergreifen. Aber für den Augenblick will der Kaiser seiner Regierung jede Freiheit der Aktion reserviren."

Die Conferenz kam zu keinem Ausgleich, weil Dänemark nicht nachgab, selbst dann noch, als England sich schon zum Nachgeben neigte, um den Krieg zu vermeiden. Man beschuldigte Rußland, den Nacken des Dänenkönigs gesteift zu haben. Unter den Acten, die der dänische Reichsrath zu durchlesen bekam, befanden sich auch Schreiben des dänischen Gesandten in St. Petersburg, denen zufolge Rußland den größten Theil Schleswigs bis zur Schley bei Dänemark lassen wollte, während der russische Gesandte in London England zum bewaffneten Einschreiten im Bunde mit Rußland aufforderte. Weil aber England den Krieg vermeiden und am wenigsten mit Rußland gehen wollte, mißlang dieser Plan. Am 9. Juni erschien Kaiser Alexander II. plötzlich in Berlin, von wo er sich nach dem Bade

Kissingen begab und dort auch mit dem Kaiser von Oesterreich zusammentraf. Hier fand sich auch der Großherzog Peter von Oldenburg ein, dem der russische Kaiser am 19. Juni seinen Erbanspruch auf den s. g. Gottorpschen Theil von Holstein abtrat. Ein Phantom, denn die Holstein-Gottorp'sche Linie, die in Rußland zur Regierung gekommen war, hatte jenen Antheil längst an die in Dänemark regierende Linie abgetreten und Erbe der letztern war, dem von Rußland selbst unterzeichneten Protokoll von 1852 gemäß, Christian IX. Es war also ein nur chimärisches Recht, was dem Oldenburger in Kissingen abgetreten wurde, welches er aber schon vier Tage später am Bundestage geltend machte. Nun meldete sich auch der Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen mit einem entfernten Erbrecht auf die Elbherzogthümer. Und diese Zwischenfälle hatten wenigstens die Folge, daß dem Augustenburger, der sich durch Begünstigung Frankreichs schon allzu gesichert wähnte, von Rußland her Concurrenten erweckt wurden. Der Bundestag sah sich dadurch genöthigt, die concurrirenden Prätendenten zur Begründung ihrer Ansprüche aufzufordern. Diese rasche Wendung der russischen Politik erklärt sich aus dem Mißlingen seines Bündnisses mit England. Rußland näherte sich jetzt wieder den deutschen Mächten.

Unter diesen Umständen wurde Herr v. Quaade, der Bevollmächtigte Christians IX. bei der Conferenz in London, in große Verlegenheit gesetzt. Er hatte bisher getrotzt, weil er sich auf England und Rußland verlassen hatte, und sah sich jetzt bitter getäuscht. Daher der starke Ausbruch seines Unmuths gegen England in der letzten Sitzung der Conferenz. Er warf den englischen Ministern vor, Dänemark immer gehetzt zu haben, um es jetzt im Stich zu lassen. Clarendon wies ihn zurück, England habe Dänemark nie etwas versprochen. Mit dieser widerwärtigen Scene endete die Conferenz am 25. Juni. Zwei Tage später erklärten Palmerston im Unterhause,

Russell im Oberhause des Parlaments unter ziemlich unanständigen Ausfällen gegen die deutschen Mächte, es sey doch nicht der Mühe werth, wegen Dänemark einen Krieg anzufangen und sich in Unkosten zu setzen. Beide Häuser hörten das mit vollkommener Ruhe an und verriethen dadurch, freilich nicht zu Englands Ehre, daß das so lange her im Parlament, wie in der englischen Presse übliche Toben gegen Deutschland nur erkünstelt, nur darauf berechnet gewesen war, durch Drohungen zu erreichen, wofür man sonst nichts einsetzen wollte.

Der Waffenstillstand war von der Conferenz noch bis zu deren Schluß verlängert worden und da Dänemark zur rechten Zeit nicht nachgegeben hatte, begann der Krieg von neuem. Schon am 26. Juni ließ der energische Prinz Friedrich Karl vom Festland bei Düppel aus das Feuer gegen die nahe Insel Alsen eröffnen und drei Tage später schritt er zum Sturm. Am 29. vor Sonnenaufgang fuhren die Preußen unter General Herwarth von Bittenfeld, 24 Bataillone, 8 Schwadronen und 11 Batterien auf 160 Kähnen nach Alsen hinüber. Von den unterseeischen Minen, welche die Dänen gelegt hatten, explodirte keine einzige. Auf der Insel standen 10,000 Dänen unter General Steinmann, da sie aber einen Uebergang der Preußen ohne vorheriges Bombardement nicht erwartet hatten, waren sie überrascht. Sie eröffneten zwar, als sie endlich die heranschwimmenden Kähne merkten, von ihren Strandbatterien aus, denen Rolf Krake beistand, ein mörderisches Feuer auf die Kähne. Aber die Preußen, zuerst ein Bataillon des 64. Regiments unter Major von Unruh bei Arnkiel-Oere, erstiegen das feindliche Ufer, nahmen die dänischen Geschütze und verfolgten die Dänen mit großer Lebhaftigkeit. Die letzteren leisteten noch einmal bei Kjaer und Hörup-Haff hartnäckigen Widerstand, mußten aber weichen. Man glaubte, sie würden sich noch auf der Halbinsel Kekeniß festsetzen, aber sie flohen auch von dort und die ganze Insel befand sich binnen wenigen Stunden in der Gewalt

der tapfern Preußen. Diese hatten etwa 300 Mann mit 15 Offizieren an Todten und Verwundeten verloren. Die Dänen ließen über 500 Todte und Verwundete zurück und 2500 Gefangene mit 53 Offizieren. Auch eroberten die Preußen hier 97 dänische Geschütze und fingen die Höllenmaschinen auf, welche die Dänen häufig im Wasser gelegt hatten, um die Preußen bei ihrer Ueberfahrt in die Luft zu sprengen.

Die Neue Preußische Zeitung gab folgenden Schlachtbericht. „Es standen auf Alsen, den eingezogenen Nachrichten zufolge, 6 Regimenter Infanterie und 2 Escadrons Dragoner, etwa 10,000 Mann und einige Feldbatterieen, unter Befehl des Generals v. Steinmann; die Zahl der Geschütze mochte sich auf 50 belaufen. Preußischerseits hatte man zur Verwendung 24 Bataillone zu etwa 700 Mann, 8 Escadrons, 11 Fuß- und 3 reitende Batterieen und etwa 40 schwere gezogene Kanonen; 160 flachgehende Kähne waren zu Wagen von Rendsburg, Schleswig und Kappeln herbeigeführt, und zur Besetzung derselben mit Ruderkräften waren 4 Pontonnierkompagnieen herangezogen. Zum Uebergang hatte der kommandirende General der Infanterie, v. Herwarth, den Punkt Schnabeckhage-Satrupholz ausersehen, da der früher beabsichtigte Uebergangspunkt von Ballegaard nach Hardeshoi wegen der dort sehr starken Vertheidigungsanstalten aufgegeben war. In der Nacht zum 28. wurden unsere bereits von früher her bestehenden Batterieen zur Aufnahme von 46 größtentheils schweren Geschützen verstärkt und so angelegt, daß man von Schnabeckhage und von Sandberg aus ein besonders wirksames Feuer eröffnen konnte. In der folgenden Nacht fand die vollständige Armirung statt; gleichzeitig wurden die Boote auf vier verschiedenen Punkten in der Strecke von der südlichen Lisière des Satrupholzes bis Schnabeckhage unbemerkt vom Feinde niedergelegt. Die Truppen sammelten sich mit Einbruch der Finsterniß, und um 12 Uhr traf der kommandirende

General mit seinem Stabe ein. Die Leute waren mit Mützen bekleidet, ohne Tornister und trugen nur ihre Kochgeschirre mit Proviant für 3 Tage. Zuerst sollte der General v. Manstein übergehen, dessen Division aus den Brigaden Röder (Brandenburgische Regimenter Nr. 24 und 64) und Göben (Westfälische Regimenter Nr. 15 und 55) und den Brandenburgischen Jägern, dem Regiment Zietenhusaren und 4 Batterieen zusammengesetzt war. Ihr sollte der General Wintzingerode folgen, dessen Division aus den Brigaden Schmid (Westfälische Regimenter Nr. 13 und 53) und Canstein (Brandenburgische Regimenter Nr. 35 und 60) bestand. Mit dem Schlag 2 Uhr des 29. Juni wurden die Kähne ins Wasser gesetzt und, nachdem sie bis zur Gürteltiefe hineingebracht waren, von den Mannschaften bestiegen. Nach wenigen Minuten eröffnete der Feind auf seiner ganzen Linie, von Arnkiel-Oere bis Rönhoff, das Feuer aus Geschütz und Kleingewehr und ließ Signalraketen steigen. Unsere Batterieen erwiderten das Feuer der feindlichen Batterieen und unsere Boote begannen ebenfalls ihr Kleingewehrfeuer, welches besonders auf der Südseite, wo der Sund schmäler ist, außerordentlich heftig wurde. Die Bootskolonne des linken Flügels, Füsilierbataillon des 64. Regiments unter Major v. Unruh, welche zuerst abgefahren war, erstieg auch zuerst das Land bei Arnkiel-Oere; dann folgten die fünf übrigen Kolonnen, vertrieben den Feind nach hartnäckigem Widerstande aus seinen Batterieen und Schützengräben, drangen unter lebhaftem Gefecht in die am Ufer belegenen Waldungen und rückten sodann in südlicher Richtung weiter vorwärts. Die leeren Kähne fuhren sogleich zurück und holten zu mehrerenmalen die übrigen Truppen ab. Hierauf wurden auf 32 zu je 2 an einander befestigten Pontons die Artillerie, die Kavallerie, die Ambulancen und die Offizierpferde übergesetzt. Der Feind beunruhigte die ganze Ueberfahrt durch ein heftiges Artilleriefeuer, namentlich von der Rönhoff-Schanze und von dem Panzerschiff

Rolf Krake, welches aus der Augustenburger Föhrde hervorkam, ohne jedoch viel Schaden anzurichten. Die Rönhoff-Schanze wurde durch unsere Batterie bei Sandberg bald zum Schweigen gebracht. Den Rolf Krake empfingen, sobald er hinter Arnkiel-Oere sichtbar wurde, 16 gezogene schwere Kanonen; er fuhr indessen so weit vor, daß er den Sund der Länge nach bestreichen konnte, und eröffnete ein lebhaftes Bomben- und Shrapnellfeuer auf unsere Boote. Dies setzte er nur wenige Minuten fort, wandte sich dann links und schien durch unsere Uebergangslinie fahren zu wollen; das verdoppelte Feuer unserer Batterieen nöthigte ihn jedoch, in die Augustenburger Föhrde zurückzukehren, aus welcher er noch einmal hervorkam, aber nur, um durch die Alsener Föhrde das Weite zu suchen. Auf dieser Fahrt sollen ihn unsere Batterieen und die weiter nordwärts aufgestellten 16 gezogenen Geschütze arg mitgenommen haben, worüber indessen noch nichts Näheres bekannt ist. Der Uebergang war ungestört und vollkommen dispositionsmäßig von Statten gegangen. Um 3½ Uhr waren die 11 Bataillone der Division Manstein am jenseitigen Ufer und rückten gegen Süden vor. Nach hartnäckigem Widerstand nahm der General die Stellung von Kjär und alle südlich von da in der Richtung auf Sonderburg zu gelegenen Gehöfte, Knicks und Höhen, wobei der Feind immer lebhaften Widerstand leistete. In dieser Reihe von Gefechten wurde der linke Flügel landeinwärts vorgeschoben und hierdurch der Rückzug des Feindes auf Ulkebüll mehr und mehr bedroht. Zwei gezogene 6pfündige Batterieen folgten der Infanterie im Trabe und griffen wirksam in die Gefechte ein. Der kommandirende General, welcher, nachdem er den Uebergang im heftigsten Feuer geleitet hatte, den Mannschaften mit seinem Stabe gefolgt war, gab nun der Division Wintzingerode den Befehl, mit allen zur Hand befindlichen Truppen sich auf Ulkebüll zu werfen und den Feind nach Hörup-Haff zu drängen. Während auf dem rechten Flügel die Brigade

Göben die Windmühlenhöhe bei Sonderburg und darauf die Stadt selbst nahm, rückten die Brigaden Schmid und Theile der Brigade Canstein, ohne noch sehr wesentlichen Widerstand zu finden, dem weichenden Feinde über Ulkebüll-Wollerup, von wo einzelne Abtheilungen in der Richtung auf Kekenis und Bro weiter vorgeschoben wurden, bis Hörup-Haff nach. Die Hauptkolonne mit den beiden 6pfündigen Batterieen erreichte Hörup-Haff, nahm dort nach kurzem Gefecht den Rest eines zurückweichenden Korps gefangen und erbeuteten eine große Menge Kriegsmaterial. Sämmtliche feindlichen Schiffe hatten diese Station bereits verlassen und waren auf hoher See sichtbar. Andere feindliche Abtheilungen sah man in ungeordnetem Rückzuge nach der Halbinsel Kekenis zueilen; die letzten Dänen haben im Laufe des Nachmittags die Insel Alsen verlassen und sind an verschiedenen Stellen auf ihre zahlreichen Transportschiffe gegangen. Prinz Friedrich Karl wohnte dem Gefecht auf Alsen bei, und von seinem Gefolge wurde der Hauptmann im Generalstabe Graf Häseler, jedoch nur leicht, verwundet. Wir haben am gestrigen Tage 2500 Gefangene gemacht, darunter einen Regimentskommandeur, mehrere Stabs- und Generalstabs- und in Allem etwa 40 Offiziere. Der Verlust des Feindes an Todten und Verwundeten mag über 500 betragen. Erbeutet sind über 30 Geschütze verschiedenen Kalibers, eine Menge Espignols und Wallbüchsen, mehrere Danebrogsfahnen und eine große Menge Kriegsmaterial und Vorräthe aller Art. Unser Verlust, so weit er sich bis jetzt übersehen läßt, besteht in 3 todten und 12 verwundeten Offizieren und etwa 300 Mann an Todten und Verwundeten. General v. Herwarth ist überall im heftigsten Infanteriefeuer gewesen und an der Degenscheide von einer matten Kugel getroffen worden."

Die Flensburger Norddeutsche Zeitung gab eine malerische Anschauung. „Die Führer der Boote, auf denen die Preußen nach

Alsen gingen, waren je 4—5 Schiffer, die aus allen Regimentern herausgenommen waren; auch gegen 20 Civilschiffer von der Schley und etliche aus Flensburg dienten freiwillig mit. Technischer Rathgeber bei der ganzen Unternehmung war Schiffskapitän Bartelsen aus Schleswig (vom König von Preußen bereits hiefür dekorirt). Das dänische Feuer begann, als die Boote in der Mitte des Sundes waren. Zum großen Glücke war es herzlich schlecht gezielt: es wurde durchgängig zu hoch geschossen. Noch weniger kann freilich das Geknatter aus den Schiffen gewirkt haben. Der Donner des Feuers und das Blitzen machte aber einen furchtbar-großartigen Effekt, welchen die hoch auflodernden Fanale, Theertonnen auf Stangen, die den Schiffen das Zeichen zum Herbeikommen seyn sollten, nicht wenig erhöhten. Unsere Batterieen hinter den Bootskolonnen durften nur wenige Schüsse geben, um so lebhafter feuerten aber die übrigen Batterieen, besonders die nach Sandberg herunter stehenden, nach den gegenüberliegenden Werken und auf die Zuzugslinien für die dänischen Reserven. Als die ersten 3500 am Lande waren, konnte man die Unternehmung als gelungen betrachten: das Hinüberkommen war das einzige zweifelhafte Ding. Der Däne focht seither schlecht und wird immer schlechter fechten. Er feuert so rasch oder vielmehr so langsam er kann und ergibt sich, wenn sein Gegner 5 Schritt vor ihm ist, oder auch er giebt Fersengeld. Das einzig richtige Benehmen der dänischen Infanterie wäre gewesen, aus den 20 Fuß hoch auf dem Raine gelegenen Laufgräben herunter an das Wasser zu gehen, wo sie einen ganz rasanten freien Fuß hatte, während sie da oben vielfach durch unbegreiflicher Weise stehen gelassenes Gebüsch erstens bedeutend im Feuern genirt war und zweitens einen bohrenden Schuß hatte. Sowie dann die Boote auf das Vorland kamen, mußte man mit dem Bajonnet auf die noch unentwickelten Haufen losstürzen. So aber klebte Danske wieder an seinem Element, den Maulwurfslöchern, bis

er es für gut hielt, an die Boote zu laufen und zu betteln, daß man ihn mit herüber nehme, oder zu fliehen. Beweis ist mir, daß nur sehr wenige Todte in den nächsten Gräben und Batterieen lagen. Das Hauptglück für uns aber war, daß von Arnkiel-Oere bis herunter zu der Bucht bei dem Dorfe Kjär nur 7 Kanonen und etwa 4 Espignols (Revolverbüchsen auf Rädern) in den circa 12 Batterieen standen. Vor allem waren die Batterieen auf der Nordspitze der Landzunge Ahrenkiel, 4—6 Stück, schier erschrecklich anzuschauen, ich glaubte, sie würden in einer Minute den Tod auf Hunderte herabschleudern, gänzlich leer, kein Schuß ist herausgefallen. So mehrt sich der Schwindel, aber auch die Demoralisation mit dem fortschreitenden Feldzuge. Sollte nur jedes der 7 Geschütze drei Kartätschschüsse gegeben haben, so wäre es viel. Die zuerst Landenden hatten binnen 5 Minuten die ganze Linie. Herr Rolf hielt bei Augustenburg sein süßes Schläfchen, er hatte nicht geheizt, daher kam er erst 3/4 3 Uhr und warf dann auf circa 3000 Schritt Shrapnells theils nach unseren Batterieen, theils nach unseren Booten, theils nach den Tausenden, die am Strande noch auf das Uebersetzen warteten. Da hat er dann auch zwei Boote zu Grunde geschossen, von denen eines mit ca. 25 Mann vom 24. Regiment besetzt war, von welchen nur Einer und der Schiffer sich retteten. Weitere Schiffe sind nicht versunken. Somit gieng die Ueberfahrt außerordentlich glücklich von Statten."

Unter den dänischen Gefangenen erkannte man auch einige schwedische Offiziere, welche man natürlicherweise scharf examinirte, die sich jedoch durch dänische Offizierspatente ausweisen konnten und daher unbelästigt blieben. Aus der Londoner Lügenfabrik ging die ungeheuerliche Nachricht hervor, 400 Schweden seyen auf Alsen gefangen und von den Preußen grausam ermordet worden, ein schwedischer Offizier habe in einem unverschämten Briefe dem König von Preußen

getrotzt, der schwedische Gesandte habe in Berlin reclamirt ꝛc. Obgleich das alles aus der Luft gegriffen war, beschäftigte es doch das Publikum eine Zeit lang und diente, den unsinnigen Haß gegen die Deutschen zu nähren.

Auf den friesischen Inseln an der Westküste Schleswigs, sonderlich zu Sylt, hatte sich das ganze Frühjahr hindurch der dänische Kapitän Hammer mit einigen hundert Dänen und einer kleinen Flotille etablirt und die armen Friesen hart drangsalirt. Er scheint einen Ruhm darin gesucht zu haben, als wilder Mann oder Oger der Kinderschrecken zu werden, und schämte sich nicht, als Offizier wehrlose Menschen mit eigener Hand körperlich zu mißhandeln. Jeden Friesen, der sich an die patriotische Bewegung in Schleswig angeschlossen hatte, suchte er wie ein Wild aufzujagen. So nahm er am 14. Juni auf der Insel Sylt sieben Männer gefangen, die mit einer Deputation schleswigscher Patrioten nach Berlin gegangen waren, um vom König von Preußen Schutz für die deutschen Herzogthümer zu erbitten. Hammer erklärte sie deshalb für Hochverräther und lieferte sie gefesselt nach Kopenhagen. Die preußisch-österreichische Verwaltung in Schleswig protestirte gegen dieses Verfahren und nahm drei angesehene Dänenfreunde in Verhaft, die als Geisel für die sieben Sylter dienen sollten. Nach Ablauf des Waffenstillstands kam endlich die Zeit, welche die Friesen erlösen sollte. Oesterreicher fuhren nach Sylt herüber, wo man sie mit lautem Jubel als Befreier begrüßte, am 13. Juli. Hammer zog sich auf Wyck zurück, wo er blokirt wurde. Als er aber am 19. Juli mit zwei Dampfern und siebzehn Segelschiffen zwischen den Inseln Sylt und Amrunn entwischen wollte, kam ihm das preußische Kanonenboot „der Blitz“ entgegen und auch hier bewährte sich die große Ueberlegenheit des preußischen Geschützes. Der übermüthige Hammer wagte keinen Kampf, sondern gab sich mit allen seinen Schiffen, 8 Offizieren und 244 Mann gefangen.

Im Mai nahm das preußische Schiff Gazelle auch fern in den chinesischen Gewässern mehrere dänische Schiffe weg.

Die alliirte Landarmee setzte nicht nach Fünen über, sondern begnügte sich, ganz Jütland einzunehmen und daselbst eine preußisch-österreichische Civilverwaltung zu organisiren, wie in Schleswig, jedoch nur bis zum Frieden und ohne die Absicht, Jütland zu behalten. General von Falkenstein übernahm das Commando in Jütland und ließ alle irgend wichtigen Puncte besetzen. Prinz Albrecht von Preußen pflanzte die preußische Fahne im Skage an der nördlichsten Spitze Jütlands auf. Die dänischen Beamten, die nicht pariren wollten, wurden streng gemaßregelt. Dagegen erlaubte die provisorische Verwaltung in Schleswig einer ziemlichen Anzahl dänischer Beamten, welche geflüchtet waren, zurückzukehren, sofern sie der Verwaltung den Eid leisten würden, zum großen Aerger der deutschen Bevölkerung. Am meisten aber wurde die letztere dadurch gekränkt, daß Scheel-Plessen (auf Herrn von Bismarcks Wunsch, wie es hieß), zu den Friedensberathungen in Wien zugezogen wurde. Dabei wolle man nicht vergessen, daß dieser Edelmann auf die übertriebenste Weise von der Agitationspartei angefeindet und moralisch mißhandelt worden war. Aus Nordschleswig ging von Mögel-Tondern eine Deputation nach Paris ab, um vom französischen Kaiser Schutz der dänischen Nationalität zu erflehen. Inzwischen wurde wiederholt aus Nordschleswig berichtet, die Jüten daselbst und besonders ihre Mädchen stünden auf dem freundschaftlichsten Fuße mit den deutschen Soldaten, die zu ihnen ins Quartier kamen.

Dänemark war schrecklich gedemüthigt, im Felde geschlagen und in der Diplomatie verrathen, von England gehetzt und dann verlassen, ja sogar von Rußland am Narrenseile geführt. Man spielte auch jetzt noch Komödie, indem man, um die Bevölkerung in Kopenhagen zu schrecken, glauben machte, die Preußen könnten, wie nach

Alsen, so auch nach Fünen und Seeland herüber kommen. Der demokratische Pöbel scheute diesen Besuch und war auf einmal zahm geworden. Der König durfte jetzt, ohne mehr vom Pöbel gehindert zu werden, bei den siegreichen Alliirten um Waffenruhe und Frieden nachsuchen, ja er durfte es schon am 9. Juli wagen, sich das quälerische Ministerium vom Hals zu schaffen und durch den Grafen Moltke ein neues bilden zu lassen. Dasselbe, dessen Präsident Blume wurde, trat am 12. Juli zusammen. Zwar fochten ihn die Demokraten im Volksthing an, allein er fertigte sie lakonisch ab, und da sie nicht im Stande waren, von den Alliirten einen bessern Frieden zu erkaufen, als die Gemäßigten, fügten sie sich in das Unvermeidliche. Auch die Novemberverfassung wurde jetzt vom Ministerium selbstverständlich für aufgehoben erklärt. Während nun um den Frieden unterhandelt wurde, gaben sich England und Rußland Mühe, die Dänen einigermaßen zu trösten. Nicht nur der Prinz und die Prinzessin von Wales kamen von London, sondern auch der Großfürst Nicolaus, der russische Thronfolger, kam von Petersburg nach Kopenhagen. Ja sogar der Prinz Humbert, der italienische Thronfolger, kam von Turin. Die Anwesenheit dieser hohen Herrschaften trug in der That dazu bei, das tief gesunkene Ansehen des schwachen Dänenkönigs in seiner Hauptstadt wieder zu heben und den Demokraten zu zeigen, daß der König noch mächtige Freunde habe. England und Rußland schreckten damit zugleich die scandinavische Partei und gaben zu erkennen, daß sie eine Entthronung Christians und Einverleibung Dänemarks in Schweden nicht dulden würden. Am 28. Sept. erfolgte sogar die feierliche Vermählung des Großfürsten Nicolaus mit der dänischen Prinzessin Dagmar, nachdem sich Prinz Humbert vergebens um sie beworben hatte. Das war ein neuer und starker Ring an der Kette, mit welcher Rußland Dänemark als den Schlüssel zur Ostsee festzuhalten fortfährt.

Inzwischen wurde auf deutscher Seite projectirt, die Ost- und Nordsee durch einen neuen, tiefen und breiten Kanal zu verbinden, um auf dem kürzesten Wege mit großen Schiffen aus einer in die andere See fahren zu können, also einer Passage durch den Sund gar nicht mehr zu bedürfen.

Unglücklicherweise mußten sich in jenen schönen Tagen des Sieges wieder bedenkliche Symptome des Mißtrauens zwischen Preußen und dem deutschen Bunde kund geben. Als nach der Eroberung der Insel Alsen die Rendsburger östreichische und preußische Fahnen aufpflanzten, ließ der hannövrische Oberstlieutenant Damers dieselben wegnehmen, weil Rendsburg unter der Verwaltung des Bundes stehe und nicht der beiden Großmächte. Für diese Beleidigung ihrer Fahnen erhielten die Großmächte sofort Genugthuung, indem Damers augenblicklich entlassen wurde. Die Mißstimmung aber dauerte an Ort und Stelle fort. Die Preußen wurden unwillig, daß unmittelbar nach ihren herrlichen Siegen ihre Fahnen nicht respectirt wurden, daß deutsche Bundesbeamte den Eingebornen sogar wehren wollten, ihren tapfern Befreiern zu danken. Auf der andern Seite mußte es den Bundestruppen in Holstein wohl unerträglich werden, zur Unthätigkeit verdammt zu bleiben und immer nur zuzusehen, wie die Preußen Sieg über Sieg erfochten. Daß unter diesen Umständen von Seiten preußischer Soldaten zuweilen übel wollende Aeußerungen und Spöttereien gehört wurden, lag in der menschlichen Natur. Am 17. Juli fingen zu Rendsburg bei einem Tanz im Schützenhofe preußische Artilleristen mit hannöverschen Infanteristen wegen eines Mädchens Händel an. Der Streit wurde am folgenden Tage fortgesetzt und artete in eine blutige Schlägerei aus, in welcher die Hannoveraner den meisten Verlust hatten. An der Straße, wo man sich schlug, lag ein preußisches Lazareth. Niemand dachte daran, es zu gefährden. Aber der Gedanke an die Möglichkeit, es könnte gefährdet

werden, veranlaßte eine übereilte Meldung an den Oberbefehlshaber, Prinzen Friedrich Karl, der sofort dem Bundesgeneral von Hake schrieb, er habe Befehl, sich zum Herrn von Rendsburg zu machen, werde daher 6000 Preußen einrücken lassen. Hake protestirte im Namen des Bundes, erklärte aber, er müsse der Uebermacht weichen, weil er in Rendsburg nur vier Compagnien habe, und verließ mit diesen die Festung am 21. Juli. Man warf ihm nicht mit Unrecht vor, warum er die wichtige Festung Rendsburg nur mit vier Compagnien besetzt und die übrigen Bundestruppen unnütz im Lande zerstreut habe. Die deutsche Presse war äußerst aufgeregt gegen Preußen, welches die Rechte des Bundes in Holstein nicht achte. Plötzlich aber wurde im preußischen Hauptquartier erklärt, es sey gar nicht die Absicht gewesen, die Bundestruppen aus Rendsburg zu vertreiben. Der rasche Vorgang war nicht prämeditirt gewesen. Auch hatte Herr von Bismarck, der sich grade in Wien befand, keine Ahnung davon gehabt und gab sogleich befriedigende Erklärungen an Oesterreich und die Bundesstaaten. Der Bund blieb im Besitze Holsteins, der Sturm in der Presse legte sich, aber das leidige Mißtrauen dauerte fort. Am 25. Juli tagten die Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine in Rendsburg und fühlten sich gedrungen, ihrerseits den preußenfeindlichen Aeußerungen der deutschen Presse entgegen zu treten mit voller Anerkennung dessen, was Preußen für sie gethan hatte, und mit aufrichtigem Dank gegen Preußen. Sie wollten fest bleiben bei ihrem Herzog Friedrich, aber Gerber von Elmshorn begründete den Satz, „daß nur eine enge Verbindung mit dem preußischen Staate die Zukunft der Herzogthümer sichern könne, daß man daher eine Gemeinsamkeit der diplomatischen, militärischen und maritimen Einrichtungen mit Freuden begrüßen würde.“ Dieser Satz wurde auch von der Versammlung anerkannt, doch behielt die Versammlung dem Prinzen Friedrich vor, in Vereinbarung mit dem Landtage, als die allein dazu

competent seyen, diesen wichtigen Gegenstand zu erledigen. Man muß dabei in Erwägung ziehen, daß die zahlreichen Schiffer Schleswigs unter preußischer Flagge und durch Theilnahme an der preußischen Marine besser zu fahren glaubten, als isolirt unter einem kleinen Fürsten. Die Sitzung war sehr stürmisch, aber die practischen Interessen und das Pflichtgefühl, den Preußen Dank zu sagen, hielten dem Mißtrauen gegen Preußen die Wage.

Natürlicherweise bequemte sich jetzt die dänische Regierung zum Frieden, der ihr von den deutschen Mächten auch gerne gewährt wurde, nachdem der Zweck, die Elbherzogthümer zu befreien, vollständig erreicht war. Schon am 26. Juli wurde die Friedensconferenz eröffnet und zwar in Wien, wohin sich auch Graf Bismarck begab. Die Unterhandlungen dauerten lange, weil Dänemark immer noch in Bezug auf Nordschleswig und den Geldpunct sehr zähe blieb, auch wohl noch neue europäische Verwicklungen abwarten wollte, die ihm vielleicht noch günstig seyn könnten.

Wir werfen am Schlusse des dänischen Krieges noch einen Blick auf das nahe Schweden.

In Schweden und Norwegen folgte im Jahr 1859 dem König Oskar sein Sohn Karl XV., vermählt mit der niederländischen Prinzessin Louise. Schweden erfreute sich eines langen Friedens, befand sich aber, seitdem ihm die Russen das der Hauptstadt Stockholm gerade gegenüberliegende Finnland abgenommen hatten, in einem Zustand politischer Ohnmacht, die ihm nicht gestattete, thatkräftig in irgend welche europäische Frage einzugreifen. Bei aller Geneigtheit, irgend etwas in seinem eigenen Interesse zu unternehmen, fühlte es sich immer zu schwach. Es war zu schwach, um sich 1852 der russischen Intrigue widersetzen zu können, welche die Thronfolge in Dänemark regelte und dem russischen Kaiserhause Aussicht auf das Erbe des neugeschaffenen dänischen Gesammtstaats eröffnete. Es war zu schwach,

um 1854 den Westmächten im Krimkriege gegen Rußland zu helfen, wodurch es Finnland hätte wiedererlangen können. Es war zu schwach, um 1863 den Polen, 1864 den Dänen helfen zu können. Es konnte nur Sympathien ausdrücken, aber nicht thatkräftig handeln.

Beim Aussterben des dänischen Königshauses lag es nahe, in einer neuen Calmarschen Union Schweden, Norwegen und Dänemark wieder in ein Reich unter der schwedischen, als der mächtigsten Dynastie zu vereinigen. Aber das hätte Rußland nicht erlaubt und Schweden allein konnte einen so gefährlichen Schritt nicht wagen, da es nicht einmal Norwegens sicher war und der gegenseitige Haß der drei nordischen Volksstämme nicht zu besiegen war. So lange nicht ganz Scandinavien geeint ist, kann auch noch von keinem festen Anschluß des gesammten germanischen Nordens zu gemeinsamer Vertheidigung gegen Rußland die Rede seyn. Daher blieb eine 1842 zu Stockholm erschienene Flugschrift des Grafen Fröhlich, der den Anschluß Scandinaviens an Deutschland wünschte, unbeachtet.

Dagegen legte man in Schweden einen unnützen Eifer an den Tag, die alte Verfassung des Reichs zu ändern. Unnütz sagen wir, weil das moderne Zweikammersystem noch nirgends als in England getaugt hat, wo es von einer übermächtigen Aristokratie getragen und eine systematische Opposition vermieden wird.

Im Spätjahr 1865 wurde eine große Umgestaltung der bisherigen schwedischen Verfassung berathen und am 28. Dezember durchgeführt. Bisher hatten in Schweden vier Stände, der Adel, die lutherische Geistlichkeit, der Bürger- und Bauernstand in vier Curien, jeder Stand abgesondert berathen. Diese vier Kammern wurden jetzt in zwei zusammengezogen, in eine erste und zweite Kammer, wie in allen andern constitutionellen Staaten. Der ständische Unterschied als solcher fiel weg. Nur der Census galt noch. Zur Wahl in die erste Kammer befähigt nicht mehr die adelige Geburt oder die geistliche

Würde, sondern ein Grundbesitz im Werth von wenigstens 80,000 schwed. Reichsthalern, oder ein jährliches Einkommen von 4000 R. und ein Alter von wenigstens 35 Jahren. Das Volk wählt von je 30,000 Seelen einen Abgeordneten in die erste Kammer, zusammen 119. Die Abgeordneten der ersten Kammer werden auf 9 Jahre gewählt und beziehen keine Diäten. In die zweite Kammer wählen die Bauern auf je 40,000 Seelen und die Städtebürger auf je 10,000 Seelen einen Abgeordneten, zusammen 130 vom Lande und 50 aus den Städten. Wähler ist, wer ein jährliches Einkommen von 1000 R. besitzt, oder 800 R. dem Staate versteuert. Gewählt können nur Protestanten werden. Die zweite Kammer wird nur auf 3 Jahre gewählt, die Mitglieder müssen wenigstens 25 Jahr alt seyn und bekommen Diäten. Stimmen die beiden Kammern in ihren Beschlüssen nicht überein, so vereinigen sie sich in einer Kammer und dann entscheidet die Mehrheit. Während der König die Minister ernennt, ernennt der Reichstag einen geachteten Mann, der Richter und Beamte überwacht, und eine Commission von 6 Mitgliedern, welche die Presse überwacht. Im Uebrigen blieben die bisherigen Privilegien des Adels und der Kirche, soweit sie nicht die Kammern betreffen, bestehen, und können ohne ihre eigene Zustimmung vom Reichstage nicht abgeändert werden. Der Urheber dieser merkwürdigen Verfassung war der Minister Freiherr v. Geer. Der neue Reichstag in zwei Kammern wurde erstmals am 15. Januar 1866 eröffnet.

Fünftes Buch.

Wachsender Conflict zwischen Oesterreich und Preußen.

Die europäischen Verhältnisse waren ziemlich verwickelt. So lange Oesterreich und Preußen zusammenhielten, hätte es keine der übrigen Mächte gewagt, sie anzugreifen. Niemand half den Dänen. Aber eben weil das so seltene Zusammengehen der beiden deutschen Großmächte den andern Mächten Furcht erweckte und überaus widerwärtig war, gaben sie sich alle Mühe, deren enge Verbindung wieder aufzulockern.

Napoleon III. war durch die Ankunft des russischen Kaisers in Deutschland und durch dessen vertrauliche Besprechung mit den Monarchen von Preußen und Oesterreich besorgt gemacht worden, und der alte Palmerston in England suchte schadenfroh diese Besorgnisse in den Tuilerien noch zu nähren, um Frankreich etwas gefügiger als bisher gegen England zu machen. Die Morning-Post, Palmerstons Organ, heckte am 2. Juli eine Reihenfolge von russischen, preußischen und österreichischen Noten aus, die eine neue Allianz der drei

nordischen Mächte constatiren sollten, aber rein erlogen waren, nur um Spektakel in der Welt zu machen und Fürsten und Völker des Westens zu allarmiren. Die Lüge wurde geglaubt, weil dem dänischen Reichsrath eine französische Note vor Augen gekommen war, worin sich die Besorgniß Frankreichs vor einer neuen Coalition deutlich verrathen hatte. Allein die drei nordischen Mächte erklärten sogleich jene Depeschen der Morning-Post für erfunden und versicherten, niemals ähnliche Verabredungen getroffen zu haben.

Anstatt um eine Verstärkung des bisherigen preußisch-österreichischen Bündnisses durch Rußland, handelte es sich vielmehr um eine allmälige Auflösung des ersteren. Eine Coalition gegen Frankreich lag den Intentionen der nicht deutschen Mächte viel ferner, als ein eifriges Bemühen, die kolossale Macht der vereinigten Großmächte in Mitteleuropa wieder zu sprengen, das alte Mißtrauen, den alten Hader zwischen den Höfen von Wien und Berlin wieder zu schüren.

Großes Aufsehen erregte ein Criminalfall in der schlesischen Festung Glogau. In der Nacht des 5. October 1864 wurde hier eine gewisse Agnes Sander von anständiger bürgerlicher Herkunft im Zimmer des Lieutenant Krause todt gefunden, angeblich an Kohlendampf erstickt. Sie war angeblich von einer Freundin in die Wohnung des Offiziers gelockt worden und es war noch ein zweiter Lieutenant, v. Richthofen, zugegen gewesen. Die öffentliche Meinung vermuthete, das arme Mädchen sey mit Chlor betäubt worden, die Angeschuldigten schützten jedoch den Kohlendampf aus dem Ofen vor. Das Gericht entschied, daß was auch sonst Unsauberes an dem Vorfall sey, doch kein Verbrechen vorliege, und glaubte den Kohlendampf constatiren zu können, wogegen wieder andere Aussagen stritten. Die gehässigen Voraussetzungen bei diesem Handel erklären sich großentheils aus der großen politischen Parteiung im Lande. Da hieß es, die Regierung habe die Offiziere allzu nachsichtig schonen wollen. Die

Opposition beutete den Fall nur wieder aus, um gegen die Regierung und insbesondere gegen das Offizierscorps aufzureizen. Was ein einziger gesündigt, wurde dem ganzen Corps aufgebürdet. Die Fortschrittspresse verbreitete in der That durch ganz Deutschland und über Deutschland hinaus das Vorurtheil, das Offizierscorps der preußischen Armee sey corrumpirt, und man ritt diesen Fall als Paradepferd, um darüber die preußischen Siege in Dänemark in Schatten zu stellen. Ueberhaupt suchte man diese Siege zu ignoriren oder zu verkleinern, und immer die Oesterreicher auf Kosten der Preußen allein zu loben. Die Fortschrittspresse empfahl dringend die Abschaffung oder wenigstens Einschränkung des stehenden Heeres und Einführung des schweizerischen Milizsystems, und schmeichelte der Landwehr allein, um sie gegen das stehende Heer aufzuhetzen. Dieses Vorurtheil, sage vielmehr diese absichtliche freche Lüge der Fortschrittspresse gereichte ihren Urhebern selbst zum größten Nachtheil, denn alle Feinde Preußens, Oesterreich, die Mittelstaaten, Dänemark und selbst Frankreich glaubten den dummen Schreiern, und bildeten sich demzufolge ein, die preußische Armee werde im Felde nichts leisten. Als nun 1866 der Krieg wirklich ausbrach, waren sie in ihren Rüstungen nachlässig und wurden von der preußischen Armee schmählich aus dem Felde geschlagen.

Im October 1864 sah sich die preußische Regierung veranlaßt, in einem Schreiben an die drei Großlogen des Maurerbundes in Preußen den Brüdern Loyalität zu empfehlen. Die betreffenden Ordensvorsteher begnügten sich, die Brüder auf die schon bestehenden Gesetze aufmerksam zu machen. Eine Kölner Loge protestirte gegen die Einmischung der Regierung in maurerische Angelegenheiten. Der ganze Vorgang war insofern charakteristisch, als der König selbst, als er noch Prinz von Preußen war, den Orden in Preußen begünstigt und den höchsten Rang in demselben eingenommen hatte,

und weil bekanntlich ein sehr großer Theil des preußischen Beamtenstandes dem Orden angehört.*)

Vor allem wurde Preußen verdächtigt, als wolle es sich die ganze den Dänen abgenommene Beute allein zueignen und als strebe es mittelst seiner Reformvorschläge in Bezug auf das Bundesheer nach derselben Hegemonie in Deutschland, die im vorigen Jahre Oesterreich am Frankfurter Fürstentage für sich, obwohl vergeblich angestrebt hatte. Preußen mußte natürlicherweise für die Opfer, die es im Dänenkriege gebracht hatte, einen Ersatz erlangen und Deutschland war ihm denselben um so mehr schuldig, als das allgemeine deutsche Nationalinteresse gegenüber von Dänemark, Schweden, England und Rußland nicht allein durch den Augustenburger gewahrt werden konnte, sondern es dazu der starken Waffenmacht Preußens bedurfte, dem man daher auch die Vertheidigung der Nord- und Ostseeküsten vertrauensvoll hätte anbieten, nicht aber neidisch und kleinlich hätte versagen sollen. Bei der großen Vorliebe, welche der deutsche Bundestag und die deutsche Presse für den Prinzen von Augustenburg hegte, lag es für Preußen nahe, diesen an sich heranzuziehen und mit ihm ihr künftiges gegenseitiges Verhältniß zu verabreden. Hätten sie sich geeinigt, so würde auch des Prinzen in Deutschland weitverzweigte Partei haben zustimmen müssen. Der Prinz selbst hätte nichts Klügeres thun können, als in die ihm von Preußen dargebotene Hand einzuschlagen, denn er durfte niemals hoffen, an der Spitze seiner Advokaten und Professoren und mit

*) Im Sommer 1857 brachen die Freimaurerlogen Englands, Frankreichs und Nordamerikas jede Verbindung mit den drei Großlogen in Preußen ab, weil diese letztern noch immer die Juden von ihren Logen ausschlossen. Hierauf gaben zwei preußische Großlogen ihr bisheriges antijüdisches System auf und erklärten allen ihren Meisterlogen, sie möchten fortan Juden zulassen. (Nach dem Dresdener Journal.)

sächsisch-bayrisch-darmstädtischen Anträgen in der Tasche dem behelmten Adler trotzen zu können, und mußte sich aufs äußerste hüten, es durch eigne Schuld mit Preußen zu verderben. Preußen hätte ihm gern sein bestrittenes Erbrecht zuerkannt und ihn als kleinen Souverän neben sich geduldet, wie die Großherzoge von Mecklenburg und Oldenburg, wenn er auch gleich diesen sich durch treue Nachbarschaft und Hingebung des preußischen Schutzes werth gemacht hätte. Aber er spreizte sich. In einer dreistündigen Unterredung mit Bismarck am 1. Juni 1865 erklärte er sich zu keinem Entgegenkommen bereit, wollte Preußen nicht das Aufsichtsrecht über den Kanal, auch keine Landabtretungen oder wenigstens nur äußerst geringe, zum Behuf von Befestigungen bewilligen. Eine Militärconvention, wie sie Coburg mit Preußen abgeschlossen hatte, schien ihm schon zu bedenklich. Wenn er auch etwas bewilligen wolle, würden es die Stände der Herzogthümer verweigern. Auch müsse erst Oesterreich gefragt werden. Ueberhaupt, fuhr er endlich heraus, hätten die Preußen ganz wegbleiben können. Man habe sie ja nicht gerufen und wenn sie sich nicht eingemischt hätten, „würde der deutsche Bund die Befreiung der Herzogthümer mit mehr Leichtigkeit unter weniger lästigen Bedingungen bewirkt haben.“ In der That eine artige Manier, sich als künftiger Nachbar und Bundesgenosse zu empfehlen.

Von Seiten Oesterreichs riskirte Preußen zunächst nichts, wenn es einen so unbesonnenen Prinzen laufen ließ, denn Oesterreich war gern bereit, am 8. Juli mit Preußen gemeinschaftlich am Bundestage zu erklären, sie, die beiden deutschen Großmächte allein würden die Herzogthümer bis zur Entscheidung des Erbrechts in Besitz behalten. Des Augustenburgers geschah jetzt keine besondere Erwähnung mehr, als stünde ihm ein Vorrecht vor den andern Prätendenten zu. Im Mitbesitz der Elbherzogthümer konnte Oester-

reich befriedigter seyn, als wenn der Augustenburger sich schon als anerkannter Herzog in den Elbherzogthümern eingerichtet und am Ende, die Mittelstaatengruppe verstärkend, mit diesen gegen Oesterreich und Preußen zugleich Front gemacht hätte.

Am 1. August kamen in Wien wenigstens die Friedenspräliminarien zu stande. Dänemark bequemte sich, die deutschen Herzogthümer an Oesterreich und Preußen abzutreten, und behielt sich nur eine Regulirung der Grenze in Nordschleswig vor. Die dänische Staatsschuld sollte nach dem Maß der Bevölkerung auf Dänemark und die Herzogthümer vertheilt werden, die Kriegskosten aber sollten die Herzogthümer allein übernehmen. Herr v. Beust erlaubte sich am 12. August die Frage am Bundestage zu stellen, mit welchem Rechte sich Oesterreich und Preußen Länder abtreten lassen von einem Könige, dem sie in den Augen des deutschen Bundes rechtlich gar nicht gehören, da der Bund das Londoner Protokoll von 1852 nicht anerkannt habe? Die Großmächte wiesen aber diesen Einwurf sehr entschieden zurück.

Der König von Preußen kam am 20. August nach Wien und wurde in Schönbrunn vom Kaiser auf das freundschaftlichste empfangen. Ein preußischer Adler von riesenhafter Größe war über der Ehrenpforte angebracht. Die ganze Bevölkerung Wiens war freudig aufgeregt, denn das natürliche Gefühl sagte ihr, der Bund mit Preußen sey Oesterreichs natürlichste und solideste Stärkung. Auch an der Seine wurde es so angesehen. Napoleon III. schloß wenige Wochen später, am 15. September, den berühmten Septembervertrag mit dem König von Italien ab, worin er sich verpflichtete, binnen zwei Jahren die französischen Truppen aus Rom zurückzuziehen. Das war eine große Concession, die er nicht nur den Italienern, sondern namentlich auch den Engländern machte. Man weiß nicht, wie er etwa berechtigt seyn konnte, jetzt noch an eine

Coalition der drei nordischen Mächte zu glauben, obgleich grade damals Lord Clarendon nach Wien kam, um Oesterreich von einer solchen zurückzuhalten, wie es hieß. Allein die innige Allianz der beiden deutschen Großmächte allein war, ganz abgesehen von Rußland, für Frankreich schon Grund genug, sich nach Bundesgenossen umzusehen, um das Gleichgewicht der Machtverhältnisse herzustellen. Inzwischen waren in dem Gewölk, welches im Osten aufgestiegen war, keine Blitze für ihn enthalten. Die Potentaten wechselten vielmehr freundschaftliche Besuche. Als die Kaiserin Eugenie im September im nassauischen Bade Schwalbach verweilte, empfing sie dort nach einander den Besuch des Königs von Preußen und bald darauf in Darmstadt auch den des russischen Kaisers. Der letztere reiste noch in die Bäder von Nizza, wo ihn am 27. October Napoleon III. besuchte. Bismarck traf in demselben Monat ebenfalls mit dem französischen Kaiser zusammen, im berühmten Seebade Biarritz in der Nähe der Pyrenäen.

In dieser Herbstzeit tagten Bevollmächtigte Preußens und Oesterreichs in Prag, um nach dem Wunsche des Wiener Cabinets womöglich eine Zolleinigung zwischen beiden Staaten zu Stande zu bringen. Preußen konnte dem befreundeten Staate einen solchen Versuch nicht abschlagen, aber die Hindernisse, die den Anschluß Oesterreichs an den deutschen Zollverein trotz oftmals wiederholter Versuche bisher unmöglich gemacht hatten, waren die nämlichen geblieben. Mithin mußte die Prager Zollconferenz scheitern. Inwieweit die Voraussicht dieses Scheiterns, aus der eine neue gegenseitige Entfremdung der beiden Contrahenten hervorgehen mußte, auf die auswärtige Politik eingewirkt hat, ist noch nicht documentirt. Nur sey bemerkt, daß schon vor der Reise Bismarcks nach Biarritz im October Napoleon III. einen alten Feind Oesterreichs, Benedetti, zum französischen Gesandten in Berlin ernannte. Obgleich nun die

Entfremdung zwischen Oesterreich und Preußen sich schon fühlbar machte, fanden es beide Staaten doch für räthlich, endlich mit Dänemark fertig zu werden, und schlossen am 30. October mit ihm den Prager Frieden ab, im Ganzen nach dem Maßstabe der Präliminarien. Christian IX. trat als allein berechtigter Besitzer die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg an die gemeinschaftlichen Eroberer, Oesterreich und Preußen, zur freien Verfügung ab. Die Nordgrenze wurde genau bestimmt. Die Herzogthümer mußten die Kriegskosten und 29 Mill. Thaler von der dänischen Staatsschuld übernehmen. Unmittelbar darauf trat Graf Rechberg, der den Bund mit Preußen vermittelt hatte, aus dem österreichischen Ministerium aus und Graf Mensdorff-Pouilly an seine Stelle. Ein Personenwechsel und Systemwechsel.

Der gemeinschaftliche Besitz der eroberten Länder konnte nur als provisorisch angesehen werden. Der Augustenburger und Oldenburger hatten sich ihr Erbrecht in Schleswig-Holstein vorbehalten; Ritter und Landschaft von Lauenburg hatten schon am 23. October in Berlin um Anschluß an Preußen mittelst Personalunion bitten lassen. Die sächsisch-hannoveranischen Bundestruppen zogen sich endlich aus den Herzogthümern zurück und die Mittelstaaten wagten es nicht, gegen den Prager Frieden Einsprache zu erheben. Nur der tapfere Sechsunddreißiger Ausschuß protestirte zu Gunsten des Augustenburgischen Erbrechts und beschloß am 15. Dezember, alle seine Mittel denjenigen Beamten in den Elbherzogthümern zur Verfügung zu stellen, die etwa wegen ihrer Anhänglichkeit an den Augustenburger verfolgt werden sollten. Wichtig war allein, was die beiden deutschen Großmächte über die Elbherzogthümer verfügen wollten. Mensdorff machte am 21. Dezember Preußen das Anerbieten, ihn den Besitz der Herzogthümer allein zu überlassen, wenn Oesterreich dafür eine Vergrößerung seines deutschen Gebietes erhielte. Eine solche war

nur möglich auf Kosten Bayerns oder Thüringens, also jedenfalls auf Kosten der Mittelstaatengruppe. Erst als Preußen dieses Anerbieten abgelehnt hatte, neigte sich die Wiener Politik wieder mehr den Mittelstaaten und dem Augustenburger zu. In den Herzogthümern selbst erließ Scheel-Plessen mit sechszehn andern am 22. Dezember eine Adresse an den König von Preußen, worin derselbe gebeten wurde, die Herzogthümer zu annectiren. Dieser Beamte hatte aber früher den Dänen gedient und war den Liberalen so verhaßt, daß ihn die Presse und die Versammlungen auf alle Art beschimpften und verleumdeten. Einstweilen blieb das Provisorium in Kraft und am 12. Januar 1865 setzten Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich eine Landesr gierung für die Herzogthümer in der Stadt Schleswig ein, ohne die Stände einzuberufen. Denn die beiden Großmächte konnten sich, da sie immer noch in Unterhandlung standen, diese nicht stören lassen durch ein tumultuarisches Dazwischenfahren von Leuten, die weniger unbefangene Vertreter des Volks, als blinde Parteigänger der liberalen und zugleich particularistischen Partei waren.

Am 22. Februar 1865 stellte Preußen endlich ganz bestimmte Forderungen in Bezug auf sein künftiges Verhältniß zu den Elbherzogthümern. Es hatte mit Oesterreich die Anstrengungen und Opfer des Krieges getheilt, ja noch größere Opfer gebracht als Oesterreich. Es war jetzt mit Oesterreich zugleich im Besitz der Herzogthümer. Zum Lohn forderte es nun nicht einen fortdauernden Besitz der Herzogthümer, sondern nur solche Vorkehrungen, durch welche es in den Stand gesetzt werden sollte, im eigenen Interesse und im Interesse des deutschen Bundes, insbesondere des Handelstandes, die Herzogthümer gegen äußere Feinde vertheidigen und die Küstenplätze an der Ost- und Nordsee, so wie den projectirten Canal seiner Marine und seinem Handel

öffnen zu können. Es verlangte also, daß die militärischen Einrichtungen zum integrirenden Theil des preußischen Militärsystems gemacht werden sollten. Damit sollte auch die organische Verschmelzung der Kriegsmarine mit der preußischen zusammenhängen. Desgleichen die Aufsicht über den Canal und über das Post- und Telegraphenwesen. Territorialabtretungen verlangte Preußen nur insoweit, als es deren zur Küstenbefestigung, zu Hafen- und Canalbauten bedurfte. Sodann sollten die Herzogthümer dem Zollverein beitreten. Rendsburg sollte deutsche Bundesfestung werden, der Kieler Hafen aber ausschließlich an Preußen kommen. Im Uebrigen sollte der, dessen Erbrecht vom Bundestag anerkannt werden würde, die Herzogthümer so selbständig wie irgend ein anderer Bundesfürst regieren dürfen und nur die Truppen hätten dem König von Preußen als ihrem Kriegsherrn den Fahneneid zu leisten.

Die unparteiische Geschichte wird, wenn alle Leidenschaften sich beruhigt haben, diese Forderungen bescheiden und billig nennen, denn Preußen verlangte nichts, als was zum Schutze seiner Küste, zur Vermehrung seiner Marine, zur Förderung seines Seehandels nöthig war und was zugleich dem gesammten deutschen Bunde, wie auch dem deutschen Handel zu gute kommen mußte. Aber schon am 3. März erklärte Oesterreich, es könne soviel nicht zugeben, insbesondere nicht den Fahneneid. Wie es scheint, kam es dem Ministerium Mensdorff in Wien gar nicht mehr darauf an, wie viel oder wenig Preußen forderte, sondern es war schon entschlossen, mit Preußen zu brechen und ihm die Schuld davon zuzuschieben. Es rechnete wahrscheinlich auf den Sturz des Grafen Bismarck, denn das preußische Abgeordnetenhaus, die ganze Fortschrittspartei und ihre einflußreiche Presse, arbeiteten noch immer, jenen großen Minister zu verdrängen, unterstützt von allen ihren liberalen und demokratischen Gesinnungsgenossen in den Mittelstaaten. Auch der Regie-

rungen der letzteren war Oesterreich sicher, denn auch sie, mit wenigen Ausnahmen waren Preußen feindlich gesinnt und hielten dessen Macht für gelähmt durch den inneren Conflict.

Und wirklich machte das Abgeordnetenhaus in Berlin die äußersten Anstrengungen, um sich den Ruhm zu erwerben, als Avantgarde aller Feinde Preußens im Sturm gegen dasselbe sich möglichst auszuzeichnen. Dabei darf nicht unbemerkt gelassen werden, daß auch das Herrenhaus, dessen Credit ohnehin durch die raffinirte Verachtung, die ihm die Fortschrittspartei zollte, in der öffentlichen Meinung erschüttert war, Elemente enthielt, auf die sich das Ministerium Bismarck mit nichten verlassen konnte, nämlich jene unverbesserlichen Conservativen, die immer noch von einer Allianz der drei nordischen Mächte träumten, die von dem engen Bündniß mit Rußland (nach dem Programm der Stahl'schen Rede im Jahr 1854) nicht lassen wollten und Oesterreich, als Bundesgenossen gegen die Fortschrittspartei, immer noch hold waren. Die Kreuzzeitung versäumte es, Bismarck zu unterstützen, während sie die mit Oesterreich gehenden Mittelstaaten, sofern sie nur gegen die Liberalen und Demokraten Front machten, hätschelte. Kurz, wie die Fortschrittspartei absolut nichts wissen wollte vom deutschen Beruf Preußens, so auch die äußerste Rechte nicht. Beide extreme Parteien hielten sich nur an die politische Parteifahne, nicht an die nationale.

Das Berliner Abgeordnetenhaus blieb fest und unerschütterlich auf dem Standpunkt der Negation, bewilligte für den dänischen Krieg und für die Flotte keinen Heller, erklärte die ganze preußische Armeereorganisation jetzt noch immer für „null und nichtig" und bestand darauf, daß sie rückgängig gemacht, die hundert neuen Regimenter wieder aufgelöst werden sollten. Die Fortschrittsblätter rühmten sogar, daß die preußischen Siege in Schleswig „an der preußischen Bevölkerung spurlos vorübergegangen seyen." Und das schien auch

so, denn die Wahlagitationen zum neuen Landtage brachten nun wieder dieselbe der Zahl nach weit überwiegende Opposition in die neue Kammer. Vergebens zählten die conservativen Blätter die Erfolge des Ministeriums Bismarck auf: 1) die schnelle Erledigung der kurhessischen Frage und die Demüthigung des bösen Kurfürsten durch den Feldjäger, den ihm Bismarck mit gemessenen Befehlen zuschickte, als die Sendung des General von Willisen nichts gefruchtet hatte, 2) die Befreiung Schleswigs und die Zustimmung aller Zollvereinsstaaten zu dem Handelsvertrag mit Frankreich am 13. Juli 1864. Die Fortschrittspartei wollte trotz alledem nichts sehen und nichts hören. Die Zurechtweisung des Herrn Schultze-Delitzsch in Bezug auf seinen frechen Antrag vom 22. Januar wurde trotzig hingenommen. Dieser Abgeordnete hatte das Ministerium Bismarck direct beschuldigt, es wolle die Herzogthümer nicht befreien, sondern nur „abermals Dänemark überliefern.“ Mit sehenden Augen wollten diese Leute nicht sehen. Der König von Preußen hatte schon bei seinem Regierungsantritt verkündet, die Opfer, die er Preußen zumuthe, sollen für Deutschland gebracht seyn, er hielt fest und redlich sein Wort, aber die Schreier übertäubten sich selbst mit ihrem dummen Unglauben. Gerade die Erfolge Bismarcks waren es, die sie so sehr ärgerten. Mochte Preußen, möchte Deutschland zu Grunde gehen, wenn nur Bismarck hätte gestürzt werden können.

Als König Wilhelm am 14. Januar 1865 den Landtag in Person wieder eröffnete, gütig und würdig, wie bisher, und „den dringenden Wunsch aussprach, daß der Gegensatz zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause endlich seine Ausgleichung finden möge,“ glaubte der Präsident des Abgeordnetenhauses, Grabow, ganz im Sinne seiner Partei zu handeln, wenn er in seiner ersten Rede vor dem Hause dem königlichen Wunsche nur die gröbsten Vorwürfe entgegenschleuderte, keinerlei Befriedigung oder Dank in Bezug

auf die glorreichen Waffenthaten der Armee und die geschickte Diplomatie Preußens aussprach, sondern nur dagegen tobte, daß ein Paar Beamte versetzt und ein Paar Zeitungen wegen notorischer Preßfrechheit gemaßregelt worden waren. Das Haus widerhallte von Beifall. Graf Eulenburg aber wies dem Präsidenten nach, wie taktlos er geredet habe, und bemerkte, das Haus allein treffe alle Verantwortung, wenn es auch jetzt noch in seiner alten Schroffheit verharre. Aber das Haus wies jede Versöhnung ab, verweigerte abermals die Kriegskosten selbst für den so ehrenvollen Feldzug und ein Budget konnte auch jetzt noch nicht zu Stande kommen. Am 5. Mai verwarf das Haus die dreijährige Dienstzeit der Soldaten und wollte nur zwei Jahre gelten lassen; am 2. Juni verwarf es die für die Marine und Hafenbauten geforderten 19 Mill. Thaler; am 8. Juni verwarf es auch alle Kosten für die Armeereorganisation und verbot sogar noch am 13. Juni der Regierung, ohne Zustimmung des Hauses Geld aus dem Staatsschatz zu nehmen.

An scandalösen Scenen fehlte es auch diesmal nicht. Der Abgeordnete Gneist sagte am 5. Mai von der Reorganisation des Heeres, die sich so vortrefflich bewährt hatte, völlig irres, den Thatsachen widersprechendes Zeug ohne alle Rücksicht auf das Bedürfniß Preußens und Deutschlands, und mit einem spöttischen Seitenblick auf den ritterlichen v. Roon: „Der Kriegsminister ist nicht nur ein politischer, er ist auch ein religiöser Mann und deshalb wird er mir glauben, daß die Reorganisation mit dem Kainszeichen des Eidbruchs an der Stirn keine dauernde Institution des Landes werden wird, wenn es eine göttliche Gerechtigkeit gibt.“ Roon erwiderte: „Wenn der Referent sich erlaubt hat, gegen mich in einer parlamentarisch unerhörten Weise persönlich zu werden, so muß ich staunen, daß kein Ordnungsruf erfolgt ist. Aber ich muß bemerken, daß die Worte des Herrn Referenten das Zeichen der Ueberhebung und der Unver-

schämtheit an der Stirne tragen.“ Der Vicepräsident von Unruh, der an diesem Tage den Vorsitz führte, fand sich nicht bewogen, einen Ordnungsruf ergehen zu lassen, sondern gab dem Referenten Recht, „da die Reorganisation des Heeres neben der beschworenen Verfassung nicht aufrecht erhalten werden könne.“ Gneist erklärte, er habe den Kriegsminister nicht persönlich beleidigen wollen, worauf auch Roon seine Aeußerung zurücknahm.

Am 1. Juni wurde über die Marine debattirt, für welche das Haus keinen Heller ausgeben wollte. Bismarck hielt bei diesem Anlaß eine glänzende Rede. Man hatte in Zweifel gezogen, ob Preußen überhaupt etwas allein für die Flotte thun könne, wenn der deutsche Bund nicht wolle. Bismarck sagte nun, er wisse wohl, „daß im Allgemeinen in Deutschland particulare Interessen stärker sind, als der Gemeinsinn. Die Existenz auf der Basis der Phäaken ist bequemer als die auf der Basis der Spartaner. Man läßt sich gern schützen, aber man zahlt nicht gern und gibt nicht das geringste Hoheitsrecht zum besten der allgemeinen Interessen auf. Aber von der preußischen liberalen Partei hätte ich nicht geglaubt, daß ihr maritimer Ehrgeiz so weit reducirt sey, wie ich es hier gehört habe, wonach wir der Unterstützung der übrigen deutschen Staaten bedürften, um unsern eigenen Handel zu schützen. Ich glaubte daher, in diesem Hause, in welchem die Tendenzen der deutschen Fortschrittspartei überwiegen, würde man uns vorwerfen, nicht genug für die Marine gefordert zu haben. Ich war nicht darauf gefaßt, in dem Bericht Ihrer Commission eine indirecte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte. Wir fordern nichts als die Möglichkeit, Deutschland zur See wehrhaft zu machen. Wenn wir wollen, wer wird uns daran hindern? Wir werden ruhig abwarten, ob man uns aus Schleswig zu vertreiben wagt, ob sich jemand findet, der es unternimmt, Düppel zu belagern, wenn Preußen

darin sind." Die Fortschrittspartei hatte sich im Abgeordnetenhause ganz ebenso wie der Sechsunddreißiger Ausschuß in Frankfurt gerühmt, die liberale Strömung allein habe die Herzogthümer frei gemacht, wie auch den Zollverein wieder hergestellt, als ob die Regierung mit ihrem Heer und mit ihrer Diplomatie nur dieser Strömung habe folgen müssen. Dieses Maulheldenthum mußte dem preußischen Ministerpräsidenten, der wirklich gehandelt hatte und ohne dessen Energie und Klugheit nichts erreicht worden wäre, sehr lächerlich vorkommen. Doch begnügte er sich, zu fragen, ob die liberale Strömung es gewesen sey, die den Widerstand des hessischen Kurfürsten gebrochen habe? „Ich glaube wohl, meine Herrn, daß Sie einen großen Einfluß auf manche Regierungen Deutschlands üben mögen, aber auf Kurhessen nicht." Denen, die auf die Wahlen pochten und meinten, das ganze Volk stehe hinter ihnen, sagte der Ministerpräsident, sie seyen sehr im Irrthum, der bei weitem größte Theil des Volks habe gar nicht gewählt und lasse sich auch durch den Lärm der Gewählten nicht beunruhigen. „Das Vertrauen der Bevölkerung zur Weisheit des Königs ist groß genug, daß sie sich sagen, sollte das Land dabei zu schaden kommen, so wird es ja der König nicht leiden. Die Leute unterschätzen eben die Bedeutung der Verfassung infolge der frühern Traditionen. Ihr Vertrauen in den König wird sie auch nicht täuschen, doch macht es einen peinlichen Eindruck, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit 20 Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Concentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner andern Haltung als zu der einer impotenten Negation sich erheben kann."

Virchow antwortete mit eherner Stirn, die Vorlage der Regierung in Bezug auf die Marine sey von ihr selbst nicht ernsthaft gemeint; nur ein Scheinmanöver. „Auch ist es eine Umkehr der Wahr-

heit, zu sagen, die Commission habe kein Interesse für die Marine an den Tag gelegt. Wenn der Herr Ministerpräsident den Bericht gelesen hat, weiß ich nicht, was ich von seiner Wahrhaftigkeit halten soll. Die Wahrheit ist, daß die Vorräthe im Staatsschatz abnehmen, daß die Mittel zur Fortsetzung der budgetlosen Verwaltung sich vermindern und daß man den Ausfall durch eine Anleihe ausfüllen will, um weiter am warmen Ofen sitzen zu können.“ Bei diesen frechen Worten brach die ganze Mehrheit in beifälliges Gelächter aus und lachte fort, als der Ministerpräsident frug: Wohin es führen solle, wenn man Beleidigungen ausspreche, welche zwingen, persönliche Genugthuung zu fordern. Die würdige Mehrheit des preußischen Parlaments lachte fort. Virchow nahm sein Wort nicht zurück. Bismarck entfernte sich. Der Präsident weigerte sich, Virchow zur Ordnung zu rufen, unter rauschendem Beifall des Hauses. Herr v. Bismarck ließ Virchow fordern, dieser aber weigerte sich, die Herausforderung anzunehmen, wobei ihm wieder das Haus seinen Beifall zollte.

Dieser Scandal veranlaßte den Finanz-Minister von der Heydt, den Antrag zu stellen, wenn der Präsident auf beleidigende Aeußerungen den Ordnungsruf verweigere, sollten fünfzehn Mitglieder des Hauses berechtigt seyn, einen Antrag auf Ordnungsruf zu stellen und das Haus solle dann darüber entscheiden. In den Motiven des Antrags wurde das bisherige parteiische Verhalten des Präsidenten streng und völlig der Wahrheit gemäß gerügt und bedauert, daß bei solcher Präsidialwillkür und bei so unschicklichem Vorgehen der Redner die parlamentarische Ordnung gänzlich abhanden komme. Auch dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. Eben so wenig fruchtete eine Rüge von Seiten des Herrenhauses. Einige Herrn wollten das Recht, von der Tribüne herab ungestraft beleidigen und verleumden zu dürfen, gesetzlich beschränkt wissen. Herr von Senfft-Pilsach be-

merkte, die Sprechfrechheit im Abgeordnetenhause sey nur das Echo der Preßfrechheit, die im ganzen Lande herrsche, besonders in den Judenblättern. Der Ministerpräsident äußerte sich dahin: Das Privilegium, zu beleidigen und zu verleumden, sey nicht gefährlich, so lange das Sittengesetz stark genug sey, es unschädlich zu machen; das sey aber leider jetzt nicht mehr der Fall.

Trotz alledem stimmte das Abgeordnetenhaus über den Etat ab, der 14 Millionen Ausgaben und 15½ Mill. Einnahmen feststellte. Wenn es auch die außerordentlichen Kosten für die Armee und Flotte verwarf, wagte es doch nicht, den gewöhnlichen Staatshaushalt zu stören und die Steuern zu verweigern. Eine Halbheit, welche deutlich offenbarte, daß die Mehrheit selber nicht glaubte, das Volk stünde hinter ihr, wie sehr sie auch damit prahlte. Am 17. Juni wurde der Landtag wieder geschlossen, in der kurzen Zeit der neuen Regierung schon zum sechstenmal. In der Schlußrede sagte Bismarck: „Das Haus versagt der Regierung die Mittel zur Herstellung einer den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenden Kriegsflotte, wie die unter der Mitwirkung früherer Landtage ins Leben gerufene und durch die kriegerischen Ereignisse des vorigen Jahres bewährte neue Heereseinrichtung, unter Gefährdung der äußern Sicherheit des Landes. Aber die Regierung wird unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand, stark im Bewußtseyn ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftigst wahren."

Noch während der Session hatte ein Herr Classen-Kappelmann in Köln mit seinen liberalen Freunden eine silberne Bürgerkrone für den Präsidenten Grabow zum Dank für die grobe Rede verfertigen lassen, mit welcher derselbe gleich in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses debutirt hatte. Jetzt lud der nämliche Kölner Bürger die sämmtliche Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu einem großen

Bankett in Köln ein. Die Absicht dabei war nicht blos, das berüchtigte Reformbankett nachzuäffen, welches der Februarrevolution in Paris vorangegangen war, sondern auch die fünfzigjährige Feier der Einverleibung der Rheinprovinzen in den preußischen Staat, die am 15. Mai stattgefunden hatte, durch eine noch viel glänzendere Feier des Liberalismus zu überbieten. Es handelte sich wirklich um zwei Symbole. Am 15. Mai hatte man die endliche Erlösung von der Franzosenherrschaft und die Wiedervereinigung der Rheinlande mit dem großen deutschen Vaterlande gefeiert, und davon hatte der französisch zugeschulte Liberalismus nichts wissen wollen, bei diesem patriotischen Feste hatte sich die Fortschrittspartei nicht betheiligt. Am 22. Juli aber wollte Herr Classen-Kappelmann grade im Gegensatz gegen jenes Nationalfest ein Parteifest feiern lassen und demselben einen viel größeren Glanz verleihen und vielmehr Rühmens davon machen, als von dem frühern gemacht worden war. Er hatte jedoch die ganze Komödie schlecht berechnet. Man hetzte nämlich die zahlreichen Arbeiter in Köln auf, daß sie sich versammelten und sich mit ihren kräftigen Fäusten dem Comité zu Gebote stellten, wenn etwa die Polizei sich einfallen lassen sollte, das Fest stören zu wollen. Dieser bestellte Zufluß des wilden Wassers in seinen Ehrenbecher mißfiel Herrn Grabow, wie auch den meisten andern Mitgliedern der Mehrheit im Abgeordnetenhause, nicht nur den gemäßigten, sondern auch sogar den heftigen, Waldeck, Twesten ꝛc. und sie fürchteten, vom gesetzlichen Boden unwillkürlich auf den ungesetzlichen fortgerissen zu werden. Sie schlugen also die Einladung nach Köln aus und es fanden sich dort nur 60 bis 70 Abgeordnete ein. Der berühmte Gürzenich, ein alter großer und prachtvoller Saal, war von Classen-Kappelmann zu ihrem Empfange bereit gehalten und die Speisen dufteten schon lieblich, als die Polizei einschritt und das Fest untersagte. Der Gürzenich blieb abgesperrt, das Festcomité trotzte noch

und ließ die Speisen in den zoologischen Garten bringen. Kaum aber hatten sich die Gäste hier niedergelassen und waren die ersten Trinksprüche ausgebracht worden, als Militär erschien und die ganze Gesellschaft zum Garten hinausbeförderte. Noch immer trotzig begab sich dieselbe auf das andere Ufer des Rheins nach Deutz, wurde aber auch von hier durch Militär vertrieben. Nun fuhr sie am andern Morgen rheinaufwärts nach Oberlahnstein auf nassauischem Gebiet, fand aber auch hier schon nassauische Soldaten aufgestellt und wurde zurückgewiesen.

Classen-Kappelmann hatte beim ersten Einschreiten der Polizei das Hasenpanier ergriffen und war über die belgische Grenze geflüchtet, in der Angst, man werde ihn verhaften, was aber der Polizei gar nicht einfiel. Um sich noch lächerlicher zu machen, hatte er einen Aufruf zurückgelassen, worin er die Arbeiter dringend bat, sich der Polizei und dem Militär nicht zu widersetzen. Die Arbeiter rührten sich auch nicht, und ihr Organ, der „Socialdemokrat," spottete seiner mit der tiefsten Verachtung. Das Blatt zählte den Aufruf des Herrn Classen-Kappelmann zu den „Aeußerungen der feigen Hunde, des elenden Gothaerthums. Wir verlangen, daß die Organe der Demokratie dem erbärmlichen Philisterthum, das durch die kräftige Haltung der zu seiner Unterstützung herbeigeeilten Arbeiter in Todesangst versetzt wurde, einen kräftigen Schlag auf die alte Schlafmütze und den dicken Schafschädel geben."

Wie die Fortschrittspartei in Preußen, so agitirte auch die augustenburgische Partei in den Elbherzogthümern, in den liberalen Vereinen der Mittelstaaten und am Bundestage gegen die preußischen Forderungen und nährte damit die Hoffnung Oesterreichs, Preußen durch Unpopularität, Mehrheitsbeschlüsse und endlich auch im Kriege erdrücken zu können.

Am 24. März 1865 beschloß Preußen seine Flottenstation von

Danzig nach Kiel zu verlegen und führte diesen Beschluß auch trotz der österreichischen Weigerung aus, um damit den factischen Beweis zu geben, daß es unter allen Umständen auf seinen gerechten Forderungen bestehen werde. Oesterreich widersprach, ohne es zu hindern. Der Ausschuß der Schleswig-Holsteinvereine erkannte, daß es Preußen Ernst sey, und lenkte ein wenig ein. Bisher hatte die alte Partei der Kieler Professoren, des Nationalvereins, des Sechsunddreißiger Ausschusses und der Schleswig-Holsteinvereine den tapfern Preußen, die ihr Blut vor Düppel und Alsen vergossen hatten, schlechten Dank bezeugt, ja sich erfrecht, die Parole auszuwerfen: „Lieber dänisch, als preußisch!" Am 26. März beschloß der erstgenannte Ausschuß, als ob er dazu bevollmächtigt gewesen wäre, ganz im Sinne des österreichischen Protestes, Preußen den Oberbefehl im Kriege, die Befestigungen und die Verfügung über die Marine in den Elbherzogthümern gestatten zu wollen, nur nicht den Fahneneid und auch nicht das Zoll-, Post- und Telegraphenwesen. Am folgenden Tage beantragte Bayern, Sachsen und Darmstadt am Bundestage, Herzog Friedrich von Augustenburg solle sofort die Verwaltung der Elbherzogthümer antreten dürfen. Wieder vier Tage später gab der Prinz von Augustenburg selbst eine Erklärung ab, in der er in sehr reservirter Haltung im Allgemeinen den Vorschlägen Oesterreichs, des Vereinsausschusses und des eben am Bundestage eingebrachten Antrags zustimmte, besonders aber den Fahneneid aufs entschiedenste verweigerte. Am 6. April billigte der Bundestag mit Stimmenmehr den Antrag vom 28. März, wogegen Preußen, wie auch Oldenburg, protestirten. Oesterreich erklärte, es sey bereit, auf seinen Besitz der Herzogthümer zu Gunsten des Augustenburgers zu verzichten, wenn Preußen zustimme. Preußen erklärte, es sey zu einer Verständigung bereit, „stelle jedoch die Erfüllung der im Bundesbeschluß ausgesprochenen Erwartung n i c h t in Aussicht."

Die österreichische Erklärung am Bundestag enthüllte die Kluft, die zwischen den Cabinetten von Wien und Berlin aufgerissen war, und hatte den Zweck, die ganze große Partei des Augustenburgers sowohl in den mittelstaatlichen Cabinetten als in den Vereinen für sich zu gewinnen und in ihrem Widerstand gegen Preußen zu stärken. Doch hielt Oesterreich mit einem offensiven Vorgehen gegen Preußen noch zurück, weil es im eigenen Reich noch Sorgen genug hatte und erst einen Systemwechsel im Innern durchführen wollte, wovon wir noch ausführlich handeln werden. Einstweilen konnte es warten, bis die Verstimmung gegen Preußen im deutschen Bunde, in den Herzogthümern und in Preußen selbst dem Ministerium Bismarck immer größere Schwierigkeiten bereiten, ja vielleicht dasselbe stürzen würde.

In den Elbherzogthümern organisirte sich ein förmlicher Terrorismus gegen alle, welche die preußischen Februarforderungen für billig und den Interessen Deutschlands wie der Holsteiner und Schleswiger selbst angemessen hielten. In Kiel bildete sich um den Prinz-Prätendenten unter dem Schutz Oesterreichs eine förmliche, wenn auch geheime „Nebenregierung" mit den entsprechenden Departements. Geld erhielt dieselbe von den Vereinen in Deutschland, wie auch die ausgiebigste Unterstützung in der Presse und in den oft wiederholten Versammlungen. Der Uebermuth wuchs dergestalt, daß die Deutschen in Schleswig jetzt eben so die Jüten in Nordschleswig zu drangsaliren anfingen, wie sie vorher von den Dänen drangsalirt worden waren. Preußen bestellte nun den energischen General Manteuffel am 29. Juni zum Gouverneur in Schleswig und schickte den Prinzen von Hohenlohe nach Nordschleswig, um zur Ordnung zu sehen. Das wurde nun wieder von der Presse als ein despotischer Uebergriff Bismarcks verschrien. Inzwischen dauerten die Unterhandlungen zwischen Berlin und Wien fort. Preußen stellte dem Augustenburger den Oldenburger gegenüber, wenigstens sollte nicht einem allein

von vorn herein der Vorzug gegeben werden. Oesterreich gab aber immer ausweichende Antworten, ohne eine absolut feindliche Absicht blicken zu lassen, denn es wollte das Ministerium Bismarck noch eine Weile hinhalten, um es noch mürber zu machen und langsam, aber sicher, alles zu dem gegen Preußen beabsichtigten letzten Schlage vorzubereiten.

Das berühmte Volkslied wurde in den Elbherzogthümern jetzt mit einem neuen Refrain gesungen, welcher lautete: „Schleswig-Holstein stammverwandt, schmeißt die Preußen aus dem Land!" Der Jude May, aus Preußen gebürtig, redigirte in Altona eine Zeitung voll Gift und Galle gegen Preußen. Nicht liebreicher agitirte der preußische Abgeordnete Frese. Herr v. Zedlitz, der preußische Civilgouverneur, ließ den erstern verhaften, den letztern ausweisen; aber Herr v. Halbhuber, der österreichische Civilgouverneur, nahm den erstern in Schutz.*) Preußen hielt den Standpunkt des Prager Friedens fest. Sollten die Stände der Herzogthümer einberufen werden, so mußten sie zuvor dem Condominat, dem Kaiser von Oesterreich und König von Preußen, als ihren Bundesherrn, huldigen. Die preußischen Kronjuristen stellten damals in ihrem Gutachten fest: Kraft des nicht beanstandeten Londoner Protokolls von 1852 sey Christian IX. Besitzer der Herzogthümer geworden und Kraft des gleichfalls nicht beanstandeten Prager Friedens habe derselbe sein Besitzrecht an Oesterreich und Preußen abgetreten, also habe kein Dritter irgend einen Anspruch auf Besitz oder Regierungsrechte in den Herzogthümern.

Je mehr der Conflict zwischen den beiden Großstaaten wuchs,

---

*) Im Jahr 1851 hatte Feldmarschall-Lieutenant von Legeditsch bei der Besitznahme Holsteins einen österreichischen Schneider, Namens Ruscinitz, der agitirte, ohne Weiteres festnehmen und nach Oesterreich schleppen lassen.

desto eifriger steckten die Minister der Mittelstaaten die Köpfe zusammen, um die Triasidee, der sie schon so oft hatten entsagen müssen, nochmals ins Leben zu rufen. Die beiden großen Agitatoren für die Selbständigkeit der Mittelstaaten, v. Beust und v. d. Pfordten, kamen am 14. Juli in Leipzig zusammen, um eine gemeinsame Politik zu verabreden. Diese sollte sich auf den Bundestag stützen, dessen Bedeutung immer in Schatten trat, wenn Oesterreich und Preußen einig waren, gleich aber wieder zum Vorschein kam, wenn sie uneinig waren. Diesmal konnten die Mittelstaaten überdies auf die Zustimmung Oesterreichs rechnen, das lieber die Mittelstaatengruppe durch den neuen, dem Augustenburger zugedachten Kleinstaat, als Preußen durch eine Machterweiterung in Norddeutschland verstärkt wissen wollte. Also beantragten Sachsen, Bayern und Darmstadt am 27. Juli am Bundestage, derselbe solle die beiden Großstaaten fragen, wie es mit den Elbherzogthümern eigentlich stehe, und jedenfalls die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund betreiben.

Der König von Preußen hatte unterdeß den Entschluß gefaßt, mitten ins feindliche Lager zu gehen und sich Gewißheit zu verschaffen. Er begab sich nach Karlsbad, und als ihm hier der Kaiser von Oesterreich nicht entgegenkam, nach dem Bade Gastein im Salzburgischen, von wo aus mit dem Kaiser in Wien ernste Verhandlungen gepflogen wurden. Unterwegs in Regensburg hielt der König von Preußen einen Ministerrath, von dem man glaubte, er habe die Möglichkeit eines nahen Kriegs in Aussicht genommen, am 21. Juli. Oesterreich aber war noch nicht in der Lage, jetzt schon mit Preußen brechen zu wollen. Der König von Preußen weilte wochenlang in Gastein und der österreichische Gesandte in München, Graf Blome, flog zwischen Gastein und Wien hin und her, bis endlich am 14. August der **Gasteiner Vertrag** zu Stande kam, ein von beiden Theilen nur als solches angenommenes

verlängertes Provisorium, wonach, um Conflicte wie die zwischen Halbhuber und Zedlitz künftig zu vermeiden, die Elbherzogthümer zwar im gemeinschaftlichen Besitz beider Großstaaten bleiben, die Verwaltung aber getrennt werden sollte. Man kam überein, Holstein solle von Oesterreich, Schleswig von Preußen allein verwaltet werden. Lauenburg sollte nach dem Wunsch der Stände und des Volks von Preußen erworben werden und als Entschädigung 2½ Mill. Thaler an Oesterreich zahlen. Rendsburg sollte Bundesfestung, Kiel Bundeshafen werden, einstweilen aber noch unter preußischem Commando bleiben. Auch der Canal sollte unter preußische Aufsicht kommen und Schleswig-Holstein dem Zollverein beitreten.*)

---

*) Drei Jahre später brachte die „Post“ am 10. Dezember 1868 eine angebliche Enthüllung, wonach Oesterreich damals mit Preußen im Bunde zu bleiben versprochen haben soll, wenn Preußen ihm gestatte, sein Gebiet auf Kosten der süddeutschen Nachbarn zu erweitern, was aber Preußen abgelehnt habe. Der Artikel lautet: „Das Gerücht, das kurz nach Abschluß des Gasteiner Vertrags im Sommer 1865 von geheimen Zusatzartikeln desselben erzählte, scheint Bestätigung zu finden. Mit überraschender Bestimmtheit erklärt eine in München seit kurzer Zeit erscheinende politische Wochenschrift, in den Besitz der fraglichen echten Artikel gekommen zu seyn, und veröffentlicht eine Reihe derselben. Von besonderem Interesse ist es, die Plane kennen zu lernen, die Oesterreich kurz vor dem Ausbruche des deutschen Kriegs in Bezug auf den befreundeten Nachbarstaat hegte. Nach Art. 3 sollte die Annexion folgender Gebietstheile Bayerns an Oesterreich in Aussicht genommen werden: die ehemalige Probstei Berchtesgaden in dem Umfange, in welchem derzeit das bayrische Landgericht Berchtesgaden, die Perle des bayrischen Hochlandes besteht, sammt denjenigen Theilen, welche am rechten Ufer der Alz vom Eintritte in bayrisches Gebiet bis zu deren Einmündung in den Inn gelegen sind, sowie dasjenige Gebiet, welches links der Linie von Nesselwang nach Kempten und von da ab bis Wurzach auf dem linken Illerufer gelegen ist. Art. 5 garantirt dem Kaiser von Oesterreich eine förmliche Oberherrschaft über Süddeutschland mit den Worten:

Hierauf begrüßten sich die Monarchen von Preußen und Oesterreich persönlich in Salzburg. Noch einmal ging durch die Mittelstaaten und ganz Europa ein Schauer der Angst, beide deutsche Großstaaten könnten sich am Ende doch wieder ernstlich aneinander anschließen. Das Ausland grollte, Rußland drückte Bedauern aus, Frankreich mißbilligte, daß die Bevölkerung in den Herzogthümern nicht befragt worden sey, in England polterte Russel heraus, „der Gasteiner Vertrag trete die Rechte der Fürsten und Völker mit Füßen." Der Bundestag war vorsichtig genug, Ferien zu machen (am 31. August). Die Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine protestirten am 6. September gegen die Theilung der Herzogthümer. Dagegen wurde bemerkt, die Theilung sey ja nur eine provisorische Maßregel, und

---

„Se. Maj. der König von Preußen übernimmt in den Königreichen Hannover und Sachsen, den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg und Sachsen-Weimar, in dem Kurfürstenthume Hessen, dann in den Freien Städten Hamburg und Bremen, Se. Maj. der Kaiser von Oesterreich in den Königreichen Bayern und Württemberg, sowie in den Großherzogthümern Baden und Hessen-Darmstadt und der Freien Stadt Frankfurt die Militärgewalt, die Vertretung nach außen mit dem Rechte, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, die Oberhoheit über das Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen, sowie die Erhebung der Zollgebühren. Insofern die hiernach von den beiden Schutzmächten vereinnahmten Staatsgefälle die nach der Bevölkerungszahl auszuschlagende Beitragsquote zu den militärischen und diplomatischen Kosten nicht erreichen, behalten sich JJ. MM. vor, die Abführung des Restes aus den Landescassen in geeigneter Weise anzuordnen." Es ist vorderhand abzuwarten, ob diese Angaben nicht dementirt werden; wäre dies aber nicht der Fall, so hätten die bayrischen und württembergischen Partikularisten ohne Zweifel guten Grund, nachzudenken, ob sie durch ihren rastlosen Hülfsschrei nach Oesterreich wegen Vergewaltigung durch Preußen nicht in Wahrheit den Bock zum Gärtner zu machen suchen.

Bismarck entfiel das praktische Wort: „Wer Schleswig hat, der hat auch Holstein!“ Die Annektirung Lauenburgs wurde vom König von Preußen persönlich vollzogen und Bismarck bei der Huldigungsfeier in Ratzeburg zum Grafen erhoben, am 27. September.

In Schleswig und Holstein gab man sich nicht zufrieden, sondern wurde der undankbare und unnatürliche Haß gegen Preußen fort und fort geschürt. Die Wiener Politik legte es darauf an, das österreichische Gouvernement in Holstein auf Kosten des preußischen in Schleswig möglichst populär zu machen, um den Preußen die Herzogthümer zu verleiden und zugleich den Mittelstaaten zu schmeicheln und deren Beistand gegen Preußen immer mehr in Anspruch zu nehmen. Manteuffel in Schleswig wurde beständig geneckt und geärgert. Man beschuldigte ihn, er begünstige die Jüten und wolle Nordschleswig wieder an die Dänen bringen; wenn er einmal einen Beamten wegen notorischer Wühlerei absetzte, schrie man über tyrannische Unterdrückung. Es half nichts, wenn er auch mit soldatischer Entrüstung ausrief, nie werde der Boden, den preußische Soldaten mit ihrem Blut erkämpft, wieder abgetreten werden und er selbst werde jede sieben Fuß breit Erde mit seinem Leibe decken. Das war es gerade, was man nicht von ihm hören wollte. In Holstein dagegen wurde der österreichische General von Gablenz als Gouverneur auf alle Art geliebkost und nahm das auch gar wohlgefällig auf. Der Prinz von Augustenburg durfte mit seiner Nebenregierung in Kiel ungehindert fortwirthschaften und alles in Bewegung setzen, um den preußischen Namen in den Herzogthümern verhaßt zu machen. Derselbe war so verwegen, am 14. October nach Eckernförde zu kommen, um daselbst vorausbestellte Huldigungen mit obligater Illumination als rechtmäßiger Landesherr entgegen zu nehmen. Manteuffel ließ ihm aber bedeuten, wenn er noch einmal ohne Erlaubniß

des Königs den Boden des Herzogthum Schleswig betrete, werde er ihn festnehmen lassen.

Auch der Sechsunddreißiger-Ausschuß in Frankfurt setzte wieder einen Abgeordnetentag in Scene, um sich wichtig zu machen, verrieth aber gerade damit seine Unfähigkeit, in die Geschicke Deutschlands einzugreifen. Der berufenen Unberufenen versammelten sich am 1. October nur etwas über zweihundert aus den Mittelstaaten. Aus ganz Oesterreich kam nur ein Mann, aus Preußen fanden sich nur sieben ein, begreiflich, denn das ahnungsvolle Ohr hörte schon den Donner der Kanonen in den Großstaaten, wozu sollte da das Geschwätz in den Mittelstaaten noch nützen? Unter den Ablehnungsschreiben, die dem Sechsunddreißiger-Ausschuß aus Preußen zukamen, zeichnete sich das des aus den Herzogthümern gebürtigen Geschichtschreiber Mommsen aus, der den Frankfurtern, dem mittelstaatlichen und augustenburgischen Particularismus und der Fortschrittspartei ihren Standpunkt klar machte, ihnen die Ohnmacht ihrer anmaßlichen Protestationen darlegte und sie auf den nationalen Standpunkt hinwies, da gerade sie es seyen, die dem großen Nationalinteresse am meisten schadeten. Solche Wahrheiten wollten aber die eitlen Schwätzer in Frankfurt nicht anhören. Kecklich proclamirten sie ihre Beschlüsse: 1) das Selbstbestimmungsrecht des schleswig-holsteinischen Volkes bleibt in Kraft und der Gasteiner Vertrag wird als Rechtsbruch von der Nation verworfen. 2) Die deutschen Ständeversammlungen, vor allem das preußische Abgeordnetenhaus, sollen für die Rechte der Herzogthümer eintreten; 3) dieselben sollen den Regierungen, welche die bisherige Politik der Vergewaltigung fördern würden, Steuern und Anlehen verweigern.

Niemand achtete auf diese Frankfurter Komödie. Man fand sie zu unbedeutend, um gegen sie einzuschreiten, auch hatte Graf Bismarck mit seiner Methode, die Schwätzer sich ausschwatzen zu lassen, schon

so glücklich operirt, daß manche andere Regierung, die sich sonst durch Kammeroppositionen genirt fühlte, die neue Methode gern adoptirte. Zum Ueberfluß machten die Arbeiter von der extremen demokratischen Partei des Lassalle den 200 Classen-Kappelmännern in Frankfurt eine ähnliche Demonstration wie die in Köln. Sie drangen nämlich in den großen Saal der Abgeordneten ein und verhöhnten die Professoren, Advokaten und reichen Fabrikherren, welche sich für die Volkspartei ausgäben, von denen aber das Volk nichts wissen wolle. Oesterreich und Preußen begnügten sich, den Frankfurter Senat auf die Unschicklichkeit aufmerksam zu machen, die darin liege, daß er am Sitz des Bundestags ein solches Afterparlament tagen lasse, gaben der Sache aber weiter keine Folge, als der weise Senat die Ungebühr in Schutz nahm und der freien Stadt Frankfurt die Freiheit ihrer Entschließungen vorbehielt.

Diese Thorheiten in Frankfurt öffneten endlich den Mitgliedern des Nationalvereins wenigstens in Norddeutschland die Augen. Sie tagten am 24. October in Berlin und Leipzig und beschlossen, wenn sie auch in ihrer Opposition gegen Bismarck in der Verfassungsfrage beharrten, so unterstützten sie doch die deutsche Politik Preußens gemäß der Reichsverfassung von 1848. Eine allgemeine Versammlung in Frankfurt am 29. October, bei der sich auch viele Preußen aus dem Berliner Abgeordnetenhause eingefunden hatten, stimmten im Wesentlichen zu, nicht ohne erbitterten Widerspruch der Kleinstaatler. Auch die pretiöse Nebenregierung in Kiel bekam eine derbe moralische Ohrfeige in der Flugschrift des Herrn von Treitschke. Dieselbe wies nämlich nach, daß während die augustenburgische Partei in ihren Organen das Bestehen einer solchen förmlichen Nebenregierung aufs bestimmteste leugne, es in den Acten des Abgeordnetentages am 1. October in Frankfurt ausdrücklich heiße: „für die Zwecke der herzoglichen Regierung und im Einverständniß mit derselben sind

347,813 Gulden verwendet worden." Also sey Preußen wohl berechtigt gewesen, sich von einem Prinzen zurückzuziehen, der einen ungewöhnlich hohen Grad von Unklugheit und Unaufrichtigkeit gezeigt habe."

Im Dezember 1865 wurde der frühere Bestand des Herrenhauses in Berlin wieder hergestellt. Im Jahr 1860 waren 90 Vertreter des Grundbesitzes auf 41 reducirt worden. Von nun an traten sie wieder in voller Zahl ein.

Am 15. Januar 1866 eröffnete der Minister-Präsident Graf Bismarck die preußischen Kammern im Auftrag des Königs und sagte in der Thronrede: Obgleich das Etatsgesetz nicht zu Stande gekommen sey, lege er den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben des laufenden Jahres vor, woraus man ersehen könne, daß die preußischen Finanzen sich fortwährend in günstiger Lage befinden. An der Armeereorganisation halte der König fest, sie habe sich bereits praktisch bewährt. Eine schnelle und kräftige Entwicklung der preußischen Seemacht sey dringend, erfordere aber außerordentliche Mittel, die das Land bewilligen möge. „Die schließliche Entscheidung über die Zukunft der beiden Elbherzogthümer ist einer weitern Verständigung vorbehalten. Preußen hat in dem Besitze Schleswigs und der in Holstein gewonnenen Stellung ein ausreichendes Pfand dafür erhalten, daß diese Entscheidung nur in einer den deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entsprechenden Weise erfolgen werde." Insbesondere hebt die Thronrede hervor, von welcher Wichtigkeit die Ausführung des Nordostseecanals sey, und verlangt vom Lande die Mittel dazu, in der Hoffnung, daß das Gesammtinteresse Deutschlands den besondern Parteistellungen in Bezug auf die innere Frage werde übergeordnet werden. Krone und Landtag sollten sich zur Lösung der nationalen Aufgabe die Hand bieten.

Diese patriotische Ansprache fand im Abgeordnetenhause kein ge-

neigtes Gehör. Präsident Grabow kam schon gleich in der Begrüßungsrede auf das alte Thema des Verfassungsstreites zurück, beschwerte sich über die Maaßregeln, die seine Partei betroffen hatten, namentlich über die Verhinderung der Classen-Kappelmannschen Demonstration in Köln. Die Oppositionspresse aber kam den Kammerberathungen noch zuvor, indem sie rieth, „die von der Regierung geforderten Credite nicht zu bewilligen, da die Fortschritte Preußens in den Herzogthümern noch nicht genugsam constatirt seyen.“ Professor Virchow trug im Abgeordnetenhause sogar darauf an, die Erwerbung des Herzogthums Lauenburg für ungültig zu erklären, da die Regierung die Erwerbung gemacht habe, ohne vorher den Landtag zu fragen. In denselben Tagen wußten Berliner Correspondenten von einer Scene zu erzählen, die sich auf einem Hofball zugetragen haben sollte. Es hieß nämlich, der russische Großfürst Constantin habe dem Grafen Bismarck in herrischer Weise das Annectiren untersagt. Inzwischen ruft Bismarck am 3. Februar im Abgeordnetenhause, „was denn die Opposition wolle? Früher habe sie die preußischen Februarforderungen gebilligt und nun wolle sie dem König nicht erlauben, Souverän von Lauenburg zu werden. Wenn wir Schleswig und Holstein ebenso durch Personalunion erwerben könnten, wäre das nicht vortheilhaft? Im Drange der Geschäfte könne man den Landtag nicht immer zusammenrufen, und wenn der große Kurfürst bei allem, was er für Preußen that, erst immer den Landtag hätte fragen müssen, würde er die rechte Zeit versäumt haben und vielleicht wäre uns die Provinz verloren gegangen, von der die Monarchie den Namen trägt.“

Mittlerweile waren die Abgeordneten Twesten, Frese wegen ihrer Reden in Anklagestand versetzt worden und der Justizminister, Graf zur Lippe, ersuchte das Obertribunal um eine Entscheidung, wie weit, da der Paragraph 84 der Verfassung den Abgeordneten Redefreiheit zusichere, diese Freiheit gesetzliche Schranken finden könne, damit sie nicht

auf eine allem Recht und Gesetz hohnsprechende Weise mißbraucht werde. Das Obertribunal entschied am 29. Januar, Abgeordnete könnten allerdings unter gewissen Umständen und Bedingungen wegen Mißbrauchs ihrer Redefreiheit vor die Gerichte gezogen werden.*) Obgleich nun die Motivirung dieser Entscheidung der höchsten Gerichtsstelle noch nicht bekannt war, wurde diese Stelle doch augenblicklich, wie in der Presse, so im Abgeordnetenhause selbst mit Schmähungen überhäuft und beschuldigt, durch zwei improvisirte Hülfsarbeiter ein Stimmenmehr für die Entscheidung erkünstelt und sich zum blinden Werkzeug ministerieller Willkür hergegeben zu haben. Twesten selbst hielt, ziemlich taktlos, seine oratio pro domo. Indem die Redner der Opposition die Unverantwortlichkeit des regierenden Souveräns auf sämmtliche Mitglieder des Abgeordnetenhauses übertrugen und eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofs nicht anerkannten, stellten sie ihre jeweilige Willkür selbst über Recht und Gesetz. Weshalb ihnen auch Graf Bismarck entgegnete, sie klagten über Cabinetsjustiz, wollten aber dafür nur eine Kammerjustiz haben. Und in der That war die Heiligkeit des Rechts an sich mit der Unabhängigkeit der Gerichte preisgegeben, gleichviel, ob ein Richterspruch höchster Instanz durch monarchische, oder durch parlamentarische Willkür ungültig gemacht wurde.

---

*) „Nach der vorstehenden Ausführung hat es, soweit es sich um Verleumdungen im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuchs oder um Beleidigungen mit dem Charakter der Verleumdung handelt, wie sie der Absatz zwei des § 102 des Strafgesetzbuches voraussieht, nicht angenommen werden können, daß sie durch den Artikel 84 der Verfassungsurkunde beschützt sind. Denn das Wesen dieser Vergehen beruht gerade in der Behauptung oder Verbreitung unwahrer, dem Haß oder der Verachtung aussetzender Thatsachen, auf die sich der Artikel 84 nicht bezieht (sofern er nur von Meinungen spricht), und deren Vorhandenseyn die Anklage behauptet."

Da die Sprache im Abgeordnetenhause immer leidenschaftlicher, rücksichtsloser wurde, machte die Regierung ein Ende damit. Am 18. Februar schickte das Ministerium die drei Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, welche den Protest gegen die Besitznahme Lauenburgs, gegen das Obertribunal und gegen die Verhinderung des Abgeordnetenfestes in Köln enthielten, dem Präsidenten Grabow mit dem Bemerken zurück, die Regierung könne solche verfassungswidrige Beschlüsse nicht annehmen. Die Opposition berieth, was nun zu thun sey? Die äußerste Linke verlangte Einstellung der Sitzungen bis das Ministerium seine Erklärung würde zurückgenommen haben. Das linke Centrum wollte so weit nicht gehen und die Mehrheit vereinigte sich endlich dahin, über das Schreiben des Ministeriums einfach zur Tagesordnung überzugehen. Aber schon am 22. erschien Graf Bismarck im Abgeordnetenhause und las eine Ordre des Königs vor, durch welche der Landtag bis zum Ende der gegenwärtigen Wahlperiode vertagt wurde.

Die Erklärung des Ministeriums vom 18. Februar lautete wörtlich: „Das Ministerium lehnt die Annahme dieser Schriftstücke ab, weil die darin mitgetheilten Beschlüsse in der dem Hause der Abgeordneten durch die Verfassung beigelegten Competenz nicht nur keine Begründung finden, sondern verschiedene Artikel der Verfassung ausdrücklich verletzen. Das Haus der Abgeordneten ist weder berechtigt, einen von Seiner Majestät dem Könige geschlossenen Staatsvertrag für rechtsungültig zu erklären, noch richterliche Urtheilssprüche anzufechten, noch den Beamten der Executivgewalt Vorschriften zu ertheilen. Der Beschluß des Hauses vom 3. Februar verletzt den Art. 48, der vom 10. den Art. 86, der vom 16. den Art. 45 der Verfassung."

Das Herrenhaus richtete eine Adresse an den König (57 Unterschriften), worin dem König für seine feste Haltung gedankt und aus-

gesprochen wurde, das Königthum bleibe der Mittelpunkt und Träger des preußischen Staates, nicht das Abgeordnetenhaus, dem schwere Vorwürfe gemacht wurden.

Es war ein Unglück für Oesterreich, daß es am preußischen Bündniß nicht auch noch nach dem Dänenkriege festhielt und die preußischen Forderungen in Bezug auf die Elbherzogthümer und die Ueberwachung der deutschen Nordküsten nicht genehmigte. Indem es Preußen nicht an der Nord- und Ostsee wollte mächtiger werden lassen und ihm dort die augustenburgischen Ansprüche in den Weg warf, verscherzte es die ihm so unentbehrliche Freundschaft Preußens, ohne an den wieder herangezogenen, immer unzuverlässigen Mittelstaaten irgend einen bessern Halt gewonnen zu haben.

Während des Dänenkriegs war der Wiener Reichstag unterbrochen. Als er am 12. November 1864 wieder eröffnet wurde, blieben nicht nur die Ungarn und Croaten, sondern diesmal auch die Böhmen aus, die sich ein Beispiel an den Ungarn nahmen und gleich diesen eine möglichst selbständige Stellung ertrotzen wollten. Da entschloß sich Kaiser Franz Joseph, die Front seiner Politik abermals zu verändern und sich den Ungarn und Böhmen zu nähern, indem er sich zugleich der deutschen Mittelstaaten und liberalen Parteien und Vereine wieder gegen Preußen bedienen konnte, denn der Haß der letztern gegen Bismarck war noch im Steigen begriffen. Also mußte Graf Rechberg, der mit Bismarck Hand in Hand gegangen war, am 27. October 1864 dem Grafen Mensdorff-Pouilly weichen. Der letztere löste einstweilen das Bündniß mit Preußen noch nicht auf und schloß sogar noch im folgenden Jahre den Vertrag von Gastein, um Zeit zu gewinnen und erst die Versöhnung mit den Ungarn durchzuführen, wie auch die Böhmen durch Concessionen an das Kaiserhaus zu fesseln. Dann erst, glaubte er, sey die Zeit gekommen, um Preußen Gesetze vorschreiben zu können.

Im Frühjahr 1865 machte sich der arme Reichstag in Wien in seiner Unschuld unbequem. Er war nämlich so ehrlich, einmal die schreckliche Finanzlage des Reichs zu überlegen und wollte nicht mehr so flüchtig darüber hinweggehen, als es bisher geschehen war, noch mit den unvollständigen Angaben und Ausflüchten des Finanzministeriums sich begnügen. Da waren 20 Millionen, die zur Einlösung von Partialhypotheken bestimmt gewesen, zu ganz andern Zwecken verwendet worden, da konnten Commissionen und abermalige aus beiden Häusern zusammentretende Ausschüsse doch nicht hinter die Wahrheit kommen, und nachdem schon so viele Anschläge überschritten und immer wieder Schulden contrahirt worden waren, bereitete von Plener, der Finanzminister, dem Reichstag im Anfang Juni noch die angenehme Ueberraschung, schließlich noch einen weitern Credit von 117 Millionen zu fordern. Da half alles Klagen nichts, der Reichstag war ja eine Null, nicht vollzählig, nur scheinbar competent. Wenn er nicht Spaß verstand, jagte man ihn fort. Schmerling, den man einst in der Paulskirche den Pfiffikus nannte, sagte den jammernden Reichstagsmitgliedern schon am 28. März sehr wahr: „An dem, was geschehen ist, könnt Ihr doch nichts mehr ändern, und indem Ihr Oesterreich als einen Verschwender und Bankerottirer darstellt, nehmt Ihr ihm vollends allen Credit, Ihr, die Ihr ihm neuen Credit verschaffen solltet. Auch unsere auswärtige Politik lähmt Euer Schelten und Toben. Wie können wir nach außen hin kräftig auftreten, wenn Ihr selbst uns die materiellen Mittel versagt und uns moralisch herabwürdigt?“ Das Haus hätte ihm antworten können, er habe vollständig Recht, daß das Uebel der Finanzen in Oesterreich unheilbar sey, so lange man nicht ehrlich Bankerott mache, die großen Staatsbetrüger alle an den Galgen hänge und einen ganz neuen, soliden Haushalt ohne Juden anfange.

Unterdeß hatte Fürst Moritz Esterhazy eine Versöhnung des

Kaisers mit den Ungarn angebahnt. Die hohe Aristokratie hoffte, die große zur Mäßigkeit geneigte Partei Deaks werde gefügiger werden, wenn der Kaiser selbst nach Ungarn komme und die nationalen Forderungen wenigstens annähernd bewillige. Es wurde viel insgeheim unterhandelt und als der Kaiser am 6. Juli 1865 in Pesth erschien, empfing man ihn öffentlich mit großem Festjubel. Man wußte wohl, er wäre nicht gekommen, wenn er die Ungarn nicht nöthig hätte, berechnete aber mitten unter den Freudenfesten, daß man je mehr von ihm erlangen werde, je spröder man noch in den Hauptfragen an Deaks Programm festhalte. Ein erstes Pfand gab der Kaiser den Ungarn, indem er den Grafen Mailath zum Hofkanzler ernannte und den strengen Grafen Palffy entfernte.

Da Schmerling mit dem Liberalismus zugleich die Staatseinheit vertreten hatte, war er natürlicherweise nicht blos den nach Autonomie strebenden Ungarn überhaupt, sondern auch vorzugsweise den jetzt wieder ans Ruder gekommenen großen Magnaten zuwider. Man hatte eine Zeitlang gehofft, mit diesem liberalen Minister, mit der Februarverfassung und mit dem Reichsrath zu einem gedeihlichen Abschluß gekommen zu seyn und von nun an Ruhe zu haben. Diese Hoffnung war vereitelt, denn nach vier Jahren war der Reichsrath immer noch nicht vollzählig und die liberalen Verfassungsparagraphen und Kammerreden konnten den Einheitsstaat nicht zusammenflicken, nachdem er einmal aus den Fugen gegangen war. Schmerling mußte daher am 27. Juli seinen Abschied nehmen und erntete Undank und Tadel, wie vor ihm Graf Rechberg. Obgleich kein einzelner Minister, mit denen der Kaiser abwechselte, an dem Wechselfieber Schuld war, an welchem der Staat unheilbar erkrankt zu seyn schien. An demselben Tage trat Graf Belcredi an Schmerlings Stelle und mit den Personen änderte sich auch das ganze Regierungssystem. Am gleichen Tage wurde der Reichstag einst-

weilen geschlossen und am 20. September erschien ein kaiserlicher Befehl, durch welchen überhaupt die ganze bisherige Reichsverfassung sistirt wurde. Das mußte geschehen, wenn man die Ungarn befriedigen wollte. Belcredi aber verband damit noch einen andern Zweck, er war nämlich sehr für die Böhmen eingenommen und wollte auch diesen zu derselben Autonomie und Unabhängigkeit vom Reichsrath in Wien verhelfen, wie den Ungarn. Ueberdies hatte der bisherige Reichsrath durch Klagen und Beschwerden die Regierung nur genirt, ohne ihr eine kräftige Stütze zu seyn.

Schmerlings Austritt fiel in die Tage im Anfang des August, in denen die Wiener Universität ihr Jubiläum feierte. Die Feier war nicht sehr glänzend, weil die alte katholische Gewohnheit sich mit den Forderungen protestantischer Gleichberechtigung und mit einer gewissen Autonomie der Studenten noch nicht ausgeglichen hatte, so daß die letztern gar nicht theilnahmen. Indessen hatten die andern deutschen Universitäten zur Begrüßung Vertreter nach Wien gesendet und Herr von Schmerling benutzte diesen Anlaß, sich den deutschen Liberalen und Gothaern wieder zu empfehlen, indem er Virchow, Gneist und Waldeck vom Berliner Abgeordnetenhause zu Ehrendoctoren vorschlug (was der Kaiser nicht genehmigte) und am Schluß des Festes den Gästen zum Abschied sagte: „In der Paulskirche wollten wir 1848 die Einheit Deutschlands gründen, in demselben Frankfurt am Main wollte der ritterliche Kaiser Franz Joseph 1863 dasselbe Werk vollbringen. Es mißlang. Aber zum drittenmal wird es gelingen. Auf Wiedersehen in Frankfurt."

Ein Ereigniß in der kaiserlichen Familie machte mehr Aufsehen außerhalb als innerhalb Oesterreichs. Erzherzog Maximilian nämlich, Bruder des Kaisers, ließ sich auf den Wunsch Frankreichs zum Kaiser von Mexiko wählen und reiste dahin ab, nachdem er am 9. April 1864 seinem Erbrecht in Oesterreich hatte entsagen müssen. Außer

6000 Mann, die er in Oesterreich werben lassen durfte, erhielt der Erzherzog keine Unterstützung von seinem Mutterlande.

Die größte Neuerung, die aus dem Systemwechsel in Wien hervorging, war nicht mehr der einfache Föderalismus, der den einzelnen Kronländern möglichst viele Freiheit gewährt hätte, sondern, weil dadurch die Gesammtmonarchie doch gar zu sehr aufgelockert worden wäre, ein künstlicher Dualismus. Die neuen Rathgeber der Krone theilten das Reich in zwei große Hälften, östlich und westlich vom Leithafluß. Der ungarische Hofkanzler Graf Mailath wurde Minister der transleithanischen Reichshälfte, unabhängig von Belcredi, dem ersten Minister der cisleithanischen Hälfte. Dieses Arrangement sollte den Ungarn schmeicheln und zugleich ihre Ansprüche auf Croatien und Siebenbürgen unterstützen. Da diese letztern sich aber nicht würden fügen wollen, konnten sie immerhin noch als Gegengewicht gegen die Ungarn verwerthet werden. In der cisleithanischen Reichshälfte konnte, nachdem die Ungarn ausgeschieden waren, das deutsche Element allein nur noch mühsam dem slavischen die Wage halten und augenblicklich schwoll auch den Czechen der Kamm und sie fingen an, mit großem Ungestüm auch ihre nationalen Forderungen geltend zu machen. In Ungarn und Böhmen war die Freude über die Neuerungen gleich groß, nur in den deutschen Kronländern wurden sie tief betrauert.

Als am 23. November die sämmtlichen einzelnen Landtage diesseits der Leitha eröffnet wurden, verlangten sie beinahe alle den sistirten Reichstag und die Februarverfassung zurück und zwar nicht blos, um das Kaiserreich in seiner alten Einheit und Größe zu erhalten, sondern auch aus liberalen Sympathien und Besorgnissen vor der Aristokratie, die jetzt wieder das Heft in die Hand nahm. Nur Tirol schloß sich von diesen Demonstrationen aus. Je düsterer aber die Stimmung in diesen cisleithanischen Landtagen war, um

so freudiger brausten die Ungarn auf, als am 14. Dezember der Landtag in Pesth wieder eröffnet wurde. Man gab dem Kaiser glänzende Feste und die Stimmung war so günstig, daß auch die Kaiserin nach Pesth kam, wobei der Jubel sich erneuerte. Allein im Freudenbecher blieb ein Tropfen Gift zurück. Die Ungarn gaben sich nicht aufrichtig dem Kaiser hin und benutzten nur die Verlegenheit desselben, um ihm ihre Ergebenheit um den höchsten Preis zu verkaufen. Auch wollten sie nach dem Princip der Personalunion nur mit ihm allein zu thun haben, nicht mit seinem sonstigen cisleithanischen Anhang. Der ungarische Adel ging darin so weit, daß er zu einem Balle, welchen er dem Kaiserpaare in Pesth gab, die kaiserlichen Offiziere nicht einlud. Auf dem Landtage selbst hielten sich die Ungarn, trotz aller Artigkeiten gegen den Kaiser in der festen Position, welche sie einmal eingenommen hatten, und wollten den Kaiser nur als König von Ungarn gelten lassen und nur diesem letztern, nicht aber dem erstern Opfer bringen.

Ihre Adresse sagt: „Unsere Verfassung hat nicht im Octoberdiplom ihren Anfang genommen, sie ist von gleichem Alter wie der Bestand des Landes und hat sich aus dem Leben der Nation entwickelt. In Ungarn beruhen die stets heilig gehaltenen Rechte der königlichen Gewalt auf der Verfassung. Unter Gewährleistung der Aufrechthaltung der Verfassung hat die ungarische Nation in der Vorzeit ihre Könige gewählt, unter derselben Gewährleistung hat sie aus eigenem freiem Willen das Recht der Thronfolge sowohl in der männlichen als nach dem Erlöschen in der weiblichen Linie des allerhöchsten Hauses Oesterreich festgestellt, und diese Gewährleistung haben unsere Herrscher bei jeder Krönung in ihren Inaugural-Diplomen erneuert. Als Ew. Majestät im Jahre 1860 sich allergnädigst bewogen fanden, das absolute Regierungssystem in Zukunft aufzugeben, hofften wir zuversichtlich, daß unsere zu Recht bestehende,

aber faktisch suspendirte Verfassung wieder hergestellt werden und Ew. Majestät auf Grundlage derselben die etwa nöthige Abänderung eines oder des andern Theiles unserer Gesetze im Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu vermitteln geruhen werde. Unsere Hoffnung wurde jedoch nicht verwirklicht. Ungarns feierlich verbürgte constitutionelle Rechte wurden umgangen und das October-Diplom oktroyirte vor allem andern eine gemeinsame Verfassung für die ganze Monarchie, welche auch auf uns ausgedehnt wurde. In diese oktroyirte gemeinschaftliche Verfassung wurden jene wesentlichen Rechte Ungarns übertragen, welche die ungarische Nation ihrer avitischen Verfassung gemäß, hinsichtlich des eigenen Vaterlandes selbst ausübte, und welche mit der vollkommenen Sicherheit der Monarchie nie im Gegensatz standen, ja die Aufrechthaltung derselben wesentlich befördert hatten. Nachdem jedoch Ew. Majestät dieses October-Diplom in unserem Vaterlande nicht im Wege der Oktroyirung zur Geltung zu bringen gesonnen sind, sondern dasselbe unserem Reichstage „zur reiflichen Erwägung, eindringlichen Berathung und Annahme" mittheilen: so schweigen wir über die mit unserer Verfassung im Widerspruch stehende Art seines Ursprunges. Was jedoch seinen Inhalt betrifft, so haben wir denselben in reifliche Erwägung gezogen und uns vollkommen überzeugt, daß jene Umschreibung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten, welche dieses Diplom andeutet, in Bezug auf ihren Umfang in vielem über die Grenzen der pragmatischen Sanction hinausreicht, und vieles der vaterländischen Gesetzgebung entzieht, was zu entziehen die vollkommene Sicherung der in der pragmatischen Sanction ausgesprochenen Zwecke eben nicht gebietet. Nachdem jedoch unser Ausgangspunkt derselbe ist, welchen Ew. Majestät als gemeinschaftlich anerkannte Rechtsgrundlage auch Ihrerseits als Ausgangspunkt bezeichnet haben, so erklären wir Ew. Majestät mit aufrichtigem Vertrauen, daß wir durch Annahme der Vorschriften

und Grundsätze dieses Diploms die Annullirung unserer Verfassung und unserer constitutionellen Selbständigkeit und gesetzlichen Unabhängigkeit selbst auf uns laden würden."

Noch stärker läßt sich der Adreßentwurf über das Februarpatent aus: „dasselbe schien eher auf Einverleibung als Vereinigung abzuzielen, und eine einjährige Erfahrung hat gezeigt, daß die im Patent enthaltene Verfassung weder die Völker beruhigte, noch praktisch ausführbar war. Ungarn gegenüber wäre dasselbe ein noch schärferer Ausdruck der Rechtsverwirkungs-Theorie gewesen, als das Octoberdiplom, und es würde die Gefahr, in welche uns das Octoberdiplom durch die über die Grenzen des Rechtes und der Nothwendigkeit hinausgehende Umschreibung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten bringen würde, durch die Annahme des Patentes vom 26. Februar noch schwerer werden.

„Unsern aufrichtigen Dank drücken wir Ew. Maj. auch dafür aus, daß Allerhöchstdieselben den kroatisch-slavonischen Landtag aufzufordern geruhten, er möge rechtzeitig für seine entsprechende Vertretung auf unserem gegenwärtigen Reichstage Sorge tragen.

„Doch verschweigen wir bei unserem ehrfurchtsvollen Danke auch die Besorgniß darüber nicht, daß, während die allerhöchste Thronrede von Kroatien und Slavonien spricht, Dalmatien in derselben nirgends erwähnt wird. Dieses Land gehört, gemeinsam mit Kroatien und Slavonien, zur ungarischen Krone, und indem Ew. Maj. als Ausgangspunkt die pragmatische Sanction bezeichnen, welche es entschieden ausspricht, daß die Länder der ungarischen Krone von einander nicht getrennt werden können, so wird es sicherlich nicht im Wunsche Ew. Majestät liegen, daß die Integrität der ungarischen Krone auch fernerhin geschädigt bleibe.

„Die Beschlüsse des kroatischen Landtages von 1861, welche Ew. Maj. uns mitzutheilen geruhten, glauben wir am zweckmäßigsten

dann in Verhandlung nehmen zu können, wenn wir in der Lage seyn werden, mit den Vertretern dieser Länder oder mit ihren zum Zwecke des Ausgleiches delegirten Bevollmächtigten gemeinsam zu berathen und diese Angelegenheit unter ihrer Mitwirkung zu entscheiden.

„Ew. Maj. wollen uns nicht mit absoluter Fürstengewalt eine neue Constitution aufoktroyiren, und wir, gebunden durch die zu Recht bestehenden Grundgesetze der ungarischen Verfassung, wären zur freien und freiwilligen Annahme einer solchen oktroyirten Constitution nicht einmal berechtigt. Ew. Maj. fordern uns, von der pragmatischen Sanction ausgehend, auf, in constitutionellem Wege zu modifiziren, was in unseren Gesetzen fehlerhaft, und zu ergänzen, was in denselben mangelhaft ist. Doch das Land steht auch jetzt fortwährend unter einer absoluten Regierung. Unsere Constitution, auf Grund deren wir das Recht der Legislative üben müßten, ist auch jetzt noch in ihren wesentlichen Bestandtheilen suspendirt. Unsere sanctionirten Gesetze, bezüglich welcher Ew. Maj. selbst es gnädig anerkennen, daß gegen ihre formelle Legalität keinerlei Einwände erhoben werden können, werden als factisch nicht bestehend betrachtet.

„Wir bitten daher Ew. Maj. um Rechtscontinuität im Sinne unserer Gesetze, besonders um eine parlamentarische Regierung, ein verantwortliches Ministerium und um die verfassungsmäßige Wiederherstellung des Gesetzes; denn das nicht vollzogene Gesetz ist ein todter Buchstabe; ohne Rechtscontinuität lebt die Verfassung nicht. Wir bitten um keine politische Unmöglichkeit, wir wollen die Sicherheit der Monarchie nicht gefährden oder die gesetzlichen Rechte unseres Herrschers beeinträchtigen, und immer werden wir die rechtlichen Ansprüche der Bruderländer würdigen. Auch wir betrachten dieselben als Gemeininteressen von großer Bedeutung, aber wir sind überzeugt, daß die Ernennung verantwortlicher ungarischer Minister und die

verfassungsmäßige Wiederherstellung der Landesmunizipien mit diesen hochwichtigen Gemeininteressen nicht im Widerspruch stehen.

„Neben der parlamentarischen Regierung und dem verantwortlichen Ministerium ist die gesetzliche munizipale Selbstverwaltung der Komitate, Bezirke und Städte ein weiteres wesentliches Erforderniß unserer Verfassung. Diese beiden stehen in unlösbarer Verbindung mit einander.

„Alle Institutionen Ungarns durchweht die Idee der Autonomie, sie vereinigt die besten Kräfte zur Unterstützung der öffentlichen Verwaltung, sie bietet durch ihre Oeffentlichkeit die sicherste Controle gegen Mißbräuche, sie setzt den widerrechtlichen Uebergriffen der Amtsgewalt Schranken. Zur Zeit unseres constitutionellen Lebens hat sie unser Vaterland vor dem bureaukratischen System bewahrt, welches mit den Institutionen, dem öffentlichen Leben und den Gebräuchen des Landes in directem Gegensatz steht.

„So lange jene autonome Verwaltung der Landesmunizipien, welche ihnen die Verfassung zuweist, nicht hergestellt wird, kann auch die constitutionelle Thätigkeit des Volkes der öffentlichen Verwaltung nicht zu Hilfe kommen. Ohne Oeffentlichkeit wird die Controle mangelhaft seyn, und während dem leidet das Vertrauen zu den Functionären am meisten; die öffentliche Verwaltung aber wird auf anderem Wege mit so namhafter Kostenersparung zweckmäßig kaum geregelt werden können. Die autonome Munizipalverwaltung ist ein Hauptttheil der Selbständigkeit der innern Landesverwaltung, welche doch auch Ew. Majestät allergnädigst anzuerkennen geruhten."

Dadurch nun sah sich der Kaiser am 8. März 1866 gezwungen, die Forderungen der Ungarn zurückzuweisen und ernst und entschieden dabei zu beharren, daß das Kronland Ungarn verpflichtet sey, zur Erhaltung der Gesammtmonarchie beizutragen und der Reichseinheit unterworfen zu bleiben, wie die andern Kronländer. Wenn

der Kaiser in dieser Frage nachgegeben hätte, so würde ihm das Ministerium in Pesth ohne Zweifel die Truppen verweigert haben, die er aus Ungarn beziehen mußte, um sie in den preußischen Krieg hineinzuführen.

Um ein Gegengewicht gegen die Ungarn zu bekommen, fing nun das Wiener Cabinet den Böhmen auffallend zu schmeicheln an. Zu diesem Zweck war eigens Belcredi ins Ministerium berufen worden, denn dieser that alles für Böhmen und vernachlässigte und schädigte die Deutschen. Schon am 18. Januar 1866 erließ er ein Sprachgesetz, welches die Kinder der Deutschen in Böhmen zwang, in den Schulen czechisch zu lernen. Auf der Universität Prag sollte nicht mehr blos deutsch, sondern auch in czechischer Sprache gelesen werden. Auch verlangten die Czechen eine Aenderung des Wahlgesetzes zum Vortheil ihrer Nationalität.

Um auch die feindselige Stimmung in Venetien zu beschwichtigen, ertheilte der Kaiser am Neujahr dort eine Amnestie und gestattete den politischen Flüchtlingen die Rückkehr. Eine übelberechnete Großmuth, denn sie verrieth nur Schwäche und machte die italienische Regierung nur kühner, den Krieg gegen Oesterreich zu eröffnen, nachdem auch der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen bereits unvermeidlich geworden war. Da ich die Geschichte dieses Krieges bereits in einem besondern Werke niedergeschrieben habe, muß es mir hier genügen, darauf hinzuweisen, indem ich nur bemerke, daß die Schuld an diesem Kriege einzig dem Wiener Cabinet zur Last fällt, sofern es Preußen herausforderte, ohne dessen Recht und Stärke gehörig erwogen zu haben, und indem es sich auf die ewig unzuverlässigen Mittelstaaten als Bundesgenossen und schließlich auf die Hülfe Frankreichs verließ, die ihm durch nichts gesichert war.

Dunkle Gerüchte gingen um, es sey ein Plan zwischen den Cabinetten von Wien und Paris besprochen worden, wonach Oesterreich

sein Venetien abtreten wolle, wenn es dafür unter französischem Beistand Schlesien eintauschen könne. In der Weserzeitung kam ein Artikel aus München vom 14. April 1866, worin es hieß, ein Mitglied der österreichischen Gesandtschaft daselbst habe sich geäußert: „Wir geben Italien Venedig und das Festungsviereck, ein höchst unsicherer Besitz, der uns weit mehr kostet, als er einträgt. Das preußisch-italienische Bündniß wird dadurch eine Todgeburt und das dann endlich bis zur Adria freie Italien, das uns schon einmal 600 Mill. geboten, übernimmt mit Vergnügen 1000 Millionen von Oesterreichs Schulden, und wenn Oesterreich, getrieben und entschuldigt durch die Lage, einen kühnen Griff in das Kirchenvermögen macht, hat es noch weitere 1000 Mill. Gulden und ist dann in jeder Hinsicht befähigt, Preußen auf den Sand zu setzen." Dieser schöne Plan wurde auch in Wien selbst in einem Artikel der „Neuen Presse" vom 15. April gutgeheißen. „Preußen will uns der Macht und des Anhangs berauben, ohne welche unsere Existenz als Großstaat undenkbar ist; Italien will uns nur eine Provinz entwenden, die uns ersetzt werden kann. Die europäische Staatskunst hat schon viel darüber nachgesonnen, uns eine Entschädigung für Venetien auszumitteln. Eine Kriegserklärung von Seite Preußens würde diese schwierigste aller europäischen Probleme am leichtesten lösen. Dasselbe Schlesien, welches uns durch einen Eroberungskrieg vor einem Jahrhundert entrissen wurde, könnte als eine vollständige Compensation für Venetien gelten. Es handelte sich hauptsächlich darum, den Imperator an der Seine, der unmöglich mit günstigen Augen die kriegerische Aggression Preußens betrachten kann, für diesen Plan zu gewinnen." Man konnte sich nicht deutlicher verrathen.

Nichtsdestoweniger waren es gerade wieder die Parteigänger Oesterreichs in der Presse, welche Preußen beharrlich beschuldigten, es buhle um die französische Freundschaft und wolle sich Frankreichs

Beistand gegen Oesterreich durch Verrath an Deutschland, durch Abtretung deutschen Bundesgebiets erkaufen. Als Graf Bismarck im October 1865 einen Monat im Bade Biarritz zubrachte, schwollen diese böswilligen Gerüchte an und von Wien aus wurden ihm täglich durch die Post die wüthendsten Schmähartikel bis in das Pyrenäenbad nachgeschickt. Man bezüchtigte ihn sogar, eine österreichische Anleihe in Paris verhindert zu haben, als ob er auch nur die Mittel gehabt hätte, einen Druck auf die europäische Börse auszuüben. Bald hieß es, er wolle die bayrische Pfalz, bald das reiche Kohlenbecken der Saar, bald das ganze linke Rheinufer an Frankreich überlassen. Die Lügenpresse war so mächtig, daß sich das Publikum wirklich dadurch bethören ließ und die Magistrate von Saarbrücken und dem benachbarten St. Johann am 23. Februar 1866 gegen die Abtretung des Kohlenbeckens protestirten, als hätte die preußische Regierung auch nur entfernt daran gedacht.

Daß Oesterreich den Gasteiner Vertrag brechen wollte, trat immer deutlicher zu Tage. Der österreichische Gesandte, Graf Karolyi, brachte am 10. Januar 1866 Instructionen aus Wien nach Berlin, welche an der feindlichsten Absicht nicht zweifeln ließen. Graf Bismarck stellte am 26. dem Wiener Cabinet in einer sehr verständigen Depesche noch einmal vor, welches Gewicht die Interessen hätten, welche Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich seyen; allein man hatte in Wien schon seinen Entschluß gefaßt und brach die Gelegenheit zum offenen Bruche vom Zaun. Am 23. Januar 1866 duldete das österreichische Gouvernement in Holstein eine große Volksversammlung in Altona, wozu auch der Sechsunddreißiger-Ausschuß von Frankfurt seine Agitatoren, unter andern auch wieder den unvermeidlichen Metz, abschickte. Hier wurde nun tumultuarisch die Einberufung der Stände verlangt, ein Vorgehen, welches Oesterreich hätte verhindern können, wenn es ihm nicht erwünscht gewesen wäre. Im

Hintergrunde stand ja auch Frankreich, dessen Kaiser wiederholt ausgesprochen hatte, die Bevölkerung der Herzogthümer solle befragt werden. Preußen beschwerte sich in Wien, erhielt aber am 7. Februar eine kalte Abfertigung: „Der gegenwärtige Zustand der Herzogthümer sey nur ein provisorischer und deshalb müsse jedem anderweitigen Rechtsanspruch die freie Aeußerung zustehen.“ Noch in demselben Monat erfuhr man, daß Oesterreich heimlich rüste, Pferde aufkaufe und Truppen in Böhmen zusammenziehe. Vom 7. März an rathschlagten die nach Wien einberufenen Marschälle Oesterreichs über den Kriegsplan; am 15. wurden große Truppenmassen aus Ungarn nach Böhmen in Bewegung gesetzt und am 16. forderte ein österreichisches Umlaufschreiben die Mittelstaaten auf, nach Artikel 13 der Wiener Schlußakte sich auf eine baldige Kriegsbereitschaft gefaßt zu machen.

Preußen konnte diesen Demonstrationen gegenüber nicht unthätig bleiben. Doch begnügte es sich mittelst einer Ordre vom 16. März vorerst nur die schlesischen Festungen armiren zu lassen, und forderte am 24. durch Umlaufschreiben die Mittelstaaten zu Erklärungen auf, inwieweit sie mit Preußen zu gehen bereit seyen. Alle antworteten ablehnend und wiesen Preußen an den Bundestag. Da erklärte Oesterreich schon am 26., es stelle die Entscheidung über die Herzogthümer gänzlich dem Bundestag anheim. Das war nun ein offener Bruch des Gasteiner Vertrages und des Prager Friedens, welche auf der Basis einer Nichteinmischung des Bundestags geschlossen worden waren, und in denen sich beide Staaten wiederholt und ausdrücklich verpflichtet hatten, die Sache der Herzogthümer allein in die Hand zu nehmen und in der Hand zu behalten. Nach diesem offenen Bruch der Verträge von Seite Oesterreichs befahl der König von Preußen am 28. seiner Armee, sich in Kriegsbereitschaft zu setzen, und brachte am 9. April beim Bundestage einen Antrag auf Bundesreform und

eines aus Urwahlen hervorgegangenen deutschen Parlamentes ein. Dazu berechtigte ihn die Lauigkeit der Mittelstaaten und die notorische Unfähigkeit derselben, mit ihrer ungenügenden Heerverfassung in einem europäischen Kriege das zu leisten, was der deutsche Bund von seinen Mitgliedern zu verlangen hatte. Die Einberufung des Parlaments aber sollte den Liberalen beweisen, Preußen denke nicht daran, eine reactionäre Politik befolgen zu wollen.

Die Gegner Preußens aber schloßen die Augen und verstopften die Ohren. Man hatte sich so in Haß hinein gelogen, daß man keine friedliche Ausgleichung mehr duldete; aber auch in die Täuschung, es werde leicht seyn, mit Preußen fertig zu werden. Das Berliner Abgeordnetenhaus und die preußische Presse selbst hatten das preußische Offizierscorps unaufhörlich und systematisch verleumdet, in jeder vereinzelten Ausschreitung eines Offiziers sofort den schlechten Geist des ganzen Corps erkennen wollen, und selbst der dänische Feldzug hatte den blödsinnigen Parteihaß nicht überwunden. Auch rechnete man darauf, die verheiratheten Landwehrmänner würden lieber dem Abgeordnetenhaus als Parlamentsarmee dienen und den verhaßten Bismarck verjagen, als Krieg mit Oesterreich führen wollen. Am 7. Mai machte ein verblendeter Jüngling einen Mordversuch auf Bismarck, der glücklicherweise mißlang. Alle diese unvernünftigen Feinde Preußens, unter denen sich auch unschuldige Schwärmer befanden, die nur durch die ewigen Lügen der Presse verblendet waren, dachten nicht daran, welches Unglück sie über das deutsche Vaterland bringen würden, wenn es ihnen gelänge, den großen Minister in Berlin zu stürzen und Preußen zu unterdrücken. Schon waren die Landkarten angefertigt, auf denen die künftige Verkleinerung Preußens eingetragen war, indem alle seine Nachbarn sich ein Stück davon nehmen wollten. Allein Frankreich und Rußland hätten auch ein Wort mitgesprochen, und Oesterreich würde ihnen einen Theil der Beute auf Kosten

Deutschlands haben überlassen müssen. Oder wenn es von ungeheurem Kriegsglück und vom Genie eines Ministers, wie Fürst Felix v. Schwarzenberg einer gewesen, unterstützt, die volle Herrschaft über Deutschland erlangt hätte, so würde es auch zu der reaktionären und ultramontanen Politik Schwarzenbergs zurückgekehrt seyn, und dann hätten die Fortschrittsmänner, die jetzt für Oesterreich gegen Preußen zu Felde zogen, den wohlverdienten „Dank von Haus Oesterreich" in Empfang genommen.

Man lasse nicht außer Acht, daß der unbesonnene Krieg im Jahr 1866 von Oesterreich unter ganz ähnlichen Umständen wie der von 1859 gewagt wurde. In beiden Fällen hatte man eine liberale Reichsverfassung beseitigt, herrschte der aristokratische Hochmuth und hoffte man, durch einen glücklichen Krieg eine gänzliche Umgestaltung der Dinge im Sinn der Reaction herbeizuführen, wodurch man aller bisherigen Sorgen wegen Ungarn würde überhoben werden.

Sechstes Buch.

Die deutschen Mittelstaaten.

Die Mittelstaaten trieben keine gute Politik. Jeder wollte allzuklug nur sein kleines Particularinteresse wahrnehmen, stets bereit, dafür den andern im Stich zu lassen. Wenn sie gemeinschaftlich handelten, geschah es nur, um gegen den einen oder andern deutschen Großstaat, Preußen oder Oesterreich, zu operiren, wodurch das deutsche Gesammtinteresse fast immer mehr oder weniger gefährdet wurde. In der Periode, von der wir hier handeln, hielten sie sich zu Oesterreich und feindeten Preußen an, weil der neue König von Preußen und sein energischer Minister, Freiherr v. Bismarck, anfangs nur leise erkennbar, bald aber immer deutlicher zur deutschen Politik von 1813 zurückkehrten. Denn wiederholt mahnten die preußischen Noten am Bundestage, den Bund gründlich zu reformiren, da er nicht nur innerlich zu locker sey, weshalb er 1848 ganz auseinandergefallen, sondern da er auch keinen Schutz Gesammtdeutschlands nach außen gewähre. Nun lag aber den Mittel- und Kleinstaaten nichts an

Gesammtdeutschland, denn sie fürchteten, demselben, wenn es Ernst würde, einen Theil ihrer Souveränetät und ihre bisherige Bequemlichkeit zum Opfer bringen zu müssen.

Sie klammerten sich daher an Oesterreich an, den mächtigen Rivalen Preußens, von dem sie wußten, er werde alles durchkreuzen, was Preußen wolle. Auch war Oesterreich, das nur über 8 Millionen Deutsche herrscht, durch die ungeheure Mehrheit seiner nichtdeutschen Unterthanen entschuldigt, wenn es für Gesammtdeutschland keine ausschließlichen Sympathien hegte. Oesterreich war keinen Fuß breit von der Politik abgewichen, die ihm Metternich am Wiener Congreß vorgezeichnet hatte. Der deutsche Bund sollte nur ein Mittel seyn, um Oesterreich durch die Allianz mit den von ihm geschonten Rheinbundstaaten Preußen am Bundestag zu majorisiren, es geographisch einzuengen und zu hindern, daß es je wieder deutsche Politik treibe.

Dem Bunde der Mittelstaaten mit Oesterreich schloß sich der bornirte Liberalismus an. Die Mittelstaaten hatten schon lange mit Liberalismus kokettirt, weil das die beste Maske war, um ihren Mangel an deutschem Patriotismus zu verdecken. Das liberale Banner war ihnen stets das beste Mittel, die nationale Frage in den Hintergrund zu drängen. Nun hatte sich der Liberalismus auch in Oesterreich etablirt, und weil Herr v. Bismarck bisher der s. g. feudalen Partei in Preußen angehört hatte, wurde die ganze preußische Regierungspolitik als illiberal verleumdet, nicht als ob man geglaubt hätte, sie sey illiberal, sondern einzig weil man wußte, sie sey patriotisch, sie sey deutsch.

Im Uebrigen dachten die Mittelstaaten nicht entfernt daran, sich an Oesterreich zu binden oder ihm Opfer zu bringen. Die Rivalität beider Großstaaten wollten sie nur benutzen, um selbst dabei zu gewinnen. Deswegen zeigten sie auch so großen Eifer, dem Augustenburger das Erbrecht in Schleswig-Holstein zu verschaffen, wodurch

ihr Staatencomplex durch einen Mittelstaat wieder vergrößert worden wäre. Das Gesammtinteresse Deutschlands und die Nationalehre wurde diesmal nur zum Vorwand genommen.

Hätten die Mittelstaaten es wirklich wohlgemeint mit der deutschen Gesammtnation, so hätten sie längst etwas für ein besseres Vertheidigungssystem nach außen thun sollen, aber das thaten sie niemals. Es war ihnen genehm, daß der Südwesten Deutschlands ungenügend durch Festungen geschützt und beständig von Frankreich bedroht blieb, denn dadurch waren sie von vorn herein entschuldigt, wenn sie Frankreich nachgaben. Frankreich mußte ihnen ja immer zum letzten Anhaltspunkt dienen, wenn ihnen von Preußen oder Oesterreich Opfer zugemuthet wurden.

Preußen allein betonte wiederholt am Bundestage die Nothwendigkeit, auf Angriffe von außen vorbereitet zu seyn. Es setzte durch, daß der genialste Generalstabsoffizier Preußens, von Moltke, über die Vertheidigung der Nordseeküsten dem Bund berichten mußte, aber sein Bericht blieb Jahre lang liegen. Auch in Betreff der Vertheidigung Deutschlands am Oberrhein machte Preußen Vorschläge, immer vergeblich.

Anstatt sich um solche für die ganze deutsche Nation wichtige Dinge zu bekümmern, war die mittelstaatliche Politik immer nur auf ein geschicktes Balanciren zwischen Oesterreich und Preußen gerichtet, um zwischen beiden als dritte Macht im deutschen Bunde mehr als bisher emporzukommen. Die bekannte Triasidee, die unnützeste und hoffnungsloseste von der Welt. Wie konnte ein Drittel Deutschlands, welches unter sich selbst durch heterogene dynastische Interessen gespalten ist, eine Autorität über die zwei stärkern Drittel ansprechen wollen! Die Triasidee ins Leben einzuführen, ist eine Sisyphusarbeit und ganz unpatriotisch, weil immer Rheinbundgelüste hinter ihr lauern. Wir haben schon die immer wiederholten und doch ver-

geblichen Anstrengungen der Herren v. d. Pfordten und von Beust kennen gelernt, die ein engeres Zusammenschließen aller Mittel- und Kleinstaaten erstrebten. Das Ergebniß war, daß sich das gegenseitige Mißtrauen nur vermehrte.

Am meisten mißtraute man Bayern, weil man besorgte, es wolle die kleinern Nachbarn sich unterordnen, wie wenigstens eine geheim gehaltene, jedoch bald verrathene bayrische Depesche vom 18. Juni 1863 bewies, worin, da Oesterreich noch nicht in den allgemeinen deutschen Zollverband eintreten könne und man mit Preußen wegen des von dort geforderten Beitritts zum französischen Handelsvertrage in Dissidien sey, eine Theilung des deutschen Zollvereinsgebietes in eine preußische und mittelstaatliche Gruppe vorgeschlagen wurde. Konnte dieser Plan ausgeführt werden, so wäre in der letztern Gruppe Bayern die Hegemonie zugefallen.

In Bayern standen sich das katholische Altbayern und das protestantische Franken und die Pfalz gegenüber. München, die Hauptstadt, sollte vermitteln, was aber nicht gelang.

An der Universität in München hatten bisher die s. g. Nordlichter, protestantische, aus Norddeutschland verschriebene Gelehrte, die Hofgunst genossen und wie unter Max I. und Montgelas den Vorzug vor den einheimischen bayrischen Gelehrten behauptet, häufig nicht ohne ungerechte Zurücksetzung der letztern. Aber der alte Thiersch war gestorben und von Sybel hatte sich in das preußische Abgeordnetenhaus zurückgezogen. Auffallender Weise erfuhren die katholischen Lehrer, welche bisher nach dem Vorgang des verewigten Görres in München das Ansehen der alten Kirche gegen die Nordlichter aufrecht erhalten hatten, Anfechtungen von einer Seite her, von wo man sie nicht erwartet hatte, nämlich von Rom aus. Da die katholische Kirche in den verschiedenen deutschen Staaten der Staatsgewalt gegenüber nicht viele Macht besaß und dem Episcopat die Hände

vielfach gebunden waren, halfen die katholischen Vereine und Jahresversammlungen nach, um den kirchlichen Eifer und guten Willen der katholischen Laien zu constatiren. Nun war auch mit einer jährlichen Versammlung katholischer Gelehrten begonnen worden und obgleich dieselbe grade den protestantischen Kirchentagen gegenüber ihre Katholicität betonte, hegte doch eine strengere Partei Besorgnisse vor solchen Gelehrtenversammlungen, als könnten sie sich eine von Rom unabhängige Autorität gründen wollen. Die Männer der strengern Partei hatten kurz vorher den Plan verfolgt, eine von jedem staatlichen Einfluß unabhängige katholische Universität zu gründen, und waren bei den Lehrern schon bestehender katholischer Universitäten und namentlich theologischer Facultäten auf Widerstand gestoßen, abgesehen davon, daß die projectirte Universität, wo sie auch immer hätte gegründet werden wollen, keinen Fuß breit deutscher Erde frei von staatlicher Autorität würde gefunden haben. Der h. Vater in Rom lieh den Beschwerden der strengen Partei sein Ohr und erließ am 21. Dezember 1863 an den Erzbischof von München ein Breve in Bezug auf die nächste Versammlung katholischer Gelehrten, die nach Würzburg anberaumt worden war. Darin befahl er dem Erzbischof, streng darauf zu achten, daß die Versammlung die Reinheit der katholischen Lehre bewahre. Die Statuten der Versammlung sollten nicht eher Geltung haben, bis sie nach Rom eingesandt und dort genehmigt seyen. Die Versammlung sollte unter dem Bischof stehen, der aus der Liste der Verhandlungsgegenstände das minder Zuträgliche zu streichen habe. Auch sollten die Acten der Versammlung nur veröffentlicht werden, so weit sie der Bischof genehmige. Am 17. Juli versammelten sich die bayrischen Bischöfe in Bamberg, um in dieser Angelegenheit zu berathen, und der berühmteste unter den katholischen Theologen Münchens, Stiftsprobst von Döllinger, reiste nach Rom, um dem h. Vater die Wünsche derjenigen katholischen Gelehrten ans Herz zu

legen, die, ohne in die Anmaßung der falschen Wissenschaft zu fallen und ohne von der kirchlichen Autorität abzuweichen, doch das Recht der wissenschaftlichen Forschung genießen wollen. Das Ergebniß war, daß die Gelehrtenversammlung unterblieb.

König Maximilian II. widmete der Schleswig-Holsteinschen Angelegenheit große Theilnahme noch in der letzten Zeit seines Lebens. Er starb in der Blüthe des Mannesalters unerwartet schnell am 10. März 1864 und ihm folgte sein erst neunzehnjähriger Sohn Ludwig II.

Der junge König nahm den berühmten Componisten Richard Wagner, den Schöpfer der s. g. Zukunftsmusik, an seinen Hof, um dessen neue Opern anzuhören. Doch gab der Künstler durch fürstliche Verschwendung (auf Kosten des Königs) und durch hochfahrendes Wesen vielen Anstoß. Als der Groll gegen ihn in München im Lauf des Jahres 1865 wuchs, nahm er die Demokraten, seine alten Freunde von den Dresdner Barrikaden her, in Anspruch. Den Vorwand dazu lieh die Stellung des geheimen Cabinets zum Ministerium in Bayern. Schon Maximilian II. hatte selten persönlich, sondern meist nur durch seine Cabinetsräthe verhandelt, was trotz seiner Beliebtheit mehrfach als inconstitutionell getadelt wurde. Sein Nachfolger, der aus Gesundheitsrücksichten öfter und länger im Gebirge verweilte, pflegte dann den ersten Cabinetsrath, Herrn von Pfistermeister mitzunehmen und durch ihn den Ministern in München seine Entschließungen kund zu thun. Die Presse verlangte den unmittelbaren Verkehr der Minister mit dem König. Der hochgeachtete Minister des Innern, Herr von Neumayr, Vertreter eines gemäßigten Liberalismus, gab seine Entlassung ein. Schon schrie man, wie gewöhnlich, über klerikalen Einfluß und Reaktion und diesen Moment ersah Richard Wagner, um die Popularität, die er in Bayern nie gehabt hatte, jetzt erst mit Hülfe der politischen Oppo-

sition zu erringen. Er hatte soeben, wie die Zeitungen meldeten, wieder 40,000 Gulden für seine Privatverschwendung aus der Privatkasse des Königs erhalten und verlangte die Errichtung eines neuen großen Opernhauses, um darin seine Riesenoper, „die Nibelungen,“ deren Aufführung vier Tage und ein ungeheures Orchester erforderte, in Scene setzen zu können. Wegen der außerordentlichen Kosten rieth Pfistermeister dem Könige dringend davon ab. Die demokratischen Blätter fielen nun über ihn her, aber er antwortete am 30. November 1865 mit der einfachen öffentlichen Erklärung, er habe dem Könige doch sagen müssen, daß die Unternehmungen des Herrn Richard Wagner das Interesse der Civilliste gefährden. Die nächsten Verwandten des Königs und die höchsten Würdenträger des Reichs waren derselben Ansicht, stellten dem Könige unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Lustschloß Hohenschwangau nach München die gerechte Mißstimmung des bayrischen Volkes vor und bewogen ihn, Richard Wagner am 6. Dezember unverzüglich in Urlaub zu schicken, so daß derselbe schon am 10. Bayern verlassen mußte. Doch soll ihm der König edelmüthig einen Jahrgehalt von 8000 Gulden zugesichert haben. Der junge König bedauerte ihn aufgeben zu müssen, verkündete aber: „ich will meinem treuen Volke zeigen, daß sein Vertrauen, seine Liebe mir über alles geht.“

Richard Wagner reiste als großer Herr nach Vevay, miethete dort im ersten Gasthofe zwölf Zimmer und bald darauf eine prächtige Villa am Genfer See, wo früher ein Erzherzog gewohnt hatte.

In Bayern ließ er große Aufregung zurück. Die Fortschrittspartei, die so große Hoffnungen auf Wagner gesetzt hatte, war sehr ergrimmt, schob Wagners Vertreibung ausschließlich den Klerikalen in die Schuhe, bezeichnete ihn als ein unschuldiges Opfer und hetzte gegen die Pfaffen. Eine Partie junger Leute brachte im Theater zu Passau Wagner ein begeistertes Hoch aus. Eine Volksversamm-

lung zu Nürnberg am 20. Dezember unter dem Vorsitz eines Dr. Kreitmeier ging so weit, Beschlüsse zu fassen, worin nicht nur der Cabinetsrath, sondern auch der Minister von der Pfordten angeschuldigt wurden, es von Richard Wagner dagegen hieß, über ihn habe man dem König die Unwahrheit gesagt. In diesen hitzigen Nürnberger Beschlüssen wurde das Gefühl der Katholiken schonungslos verletzt, so daß man von München aus erwiderte, ob zur Aufstachelung des Religionshasses ein Anlaß vorliege, nachdem eben erst die katholischen Bürger Münchens zur Erbauung einer neuen protestantischen Kirche daselbst freundlich und reichlich beigesteuert hätten? Auch in Nördlingen und Augsburg wurden kleine s. g. Volksversammlungen gehalten, die der in Nürnberg beitraten. Dagegen sagte ein offiziöser Artikel der bayrischen Zeitung, das Cabinetssecretariat, welches man als verfassungswidrig bezeichne, bestehe durch königliche Verordnung vom 15. November 1848 unbeschadet der Verfassung und ohne dem persönlichen Verkehr der Minister mit dem König irgend im Wege zu stehen. Es sey ein ganz unvermeidliches Institut, denn dem Könige gehen jährlich ungefähr 15,000 Briefe zu, darunter 11,000 Unterstützungsgesuche. Wie sollte der König ohne Secretariat mit der Beantwortung dieser Briefe fertig werden? Der schriftliche Verkehr des Königs durch das Secretariat mit den verantwortlichen Ministern schließe durchaus den mündlichen Verkehr der letzteren mit dem Könige nicht aus und sey sogar eine nicht unwichtige Garantie der Verfassungsmäßigkeit, denn schriftlich niedergelegte Anweisungen des Königs lassen sich nicht mehr deuten.

Zugleich wurde durch die Presse enthüllt, wie weit Richard Wagner seine Anmaßungen getrieben habe. Der neue große Bau, zu dem eine neue durch den englischen Garten laufende Straße und eine neue Brücke über die Isar führen sollte, würde 16 Millionen gekostet haben. Da die Civilliste des Königs von zwei bis drei

Millionen für Wagners Plane nicht ausgereicht haben würde, habe derselbe dem König gerathen, die Verfassung umzuändern und auf demokratischer Grundlage absolutistisch zu regieren.

Der junge König schien sich wenig um die Welthändel zu kümmern, schloß sich fortwährend gegen seine Familie, gegen das Ministerium, den Adel, den Klerus, das Militär und das Volk ab, nahm keine Deputationen an, machte unvermuthete und lange Ritte, man wußte nicht wohin, von einem einzigen Reitknecht, seinem Liebling begleitet, und correspondirte, wie es hieß, täglich mit Richard Wagner. Als der Krieg in Deutschland schon nahe bevorstand, verschwand der junge König ohne Wissen der Minister plötzlich am 22. Mai 1866, indem er, wieder nur von seinem Reitknecht begleitet, auf der Eisenbahn in die Schweiz eilte, um mit Richard Wagner in dessen neuer Villa in Luzern zusammenzutreffen. Er weilte jedoch nicht lange, denn eine große Aufregung der Gemüther in München nöthigte ihn zur Umkehr. Die Minister, grade in den wichtigsten Unterhandlungen mit den Bundesmächten begriffen, sahen ihre Wirksamkeit durch des Königs Entfernung sistirt und gaben ihre Entlassung ein, ebenso der Cabinetsrath. Der junge König kam nach seiner Rückkehr nicht nach München, sondern weilte auf dem Schlosse Berg. Hier aber gelang es seiner Familie und dem Münchner Bürgermeister von Steinsdorf, der ihm die Stimmung in München schilderte, ihn aus der poetischen Traumwelt zur prosaischen Wirklichkeit zurückzuführen, so daß er am 27. Mai die Stände persönlich eröffnete. Seine Thronrede fügte sich der ministeriellen Politik, wie denn auch die Minister blieben. Er erklärte, wenn er auch den Frieden wünsche, wolle er doch nöthigenfalls für die Rechte des Bundes (im österreichischen Sinne) eintreten. In diesem Sinne wurde nun auch die bayrische Armee gerüstet und erfolgte der bayrische Anschluß an Oesterreich gegen Preußen.

Im Königreich **Württemberg** herrschte unter der friedlichen Regierung König Wilhelms große Ruhe und wurde durch weise Mäßigung sowohl der Regierung, als des Episkopats der Kampf vermieden, der im benachbarten Baden aufflammte. Zwar sah sich der König durch die intimen Beziehungen zu Oesterreich, die er 1860 eingegangen war, veranlaßt, nach dem Beispiel Oesterreichs ein Concordat mit Rom abzuschließen. Diese Beziehungen zu Oesterreich erklärten sich durch die Furcht vor Preußen, dessen Truppen 1849 Baden besetzt hatten und dem die Fürsten von Hohenzollern ihre Ländchen verkauften, waren jedoch nur vorübergehender Natur, denn Württemberg, wie alle Mittelstaaten, war schon seit dem vorigen Jahrhundert gewöhnt, abwechselnd bei dem einen Großstaat seinen Rückhalt zu suchen, wenn es sich von dem andern bedroht glaubte, und dann wieder bei diesem, wenn jener ihm Sorge machte. Als nun die württembergischen Stände am 16. März 1861 dem Concordat ihre Zustimmung versagten, war Oesterreich durch den unglücklichen Krieg von 1859 bedeutend geschwächt, brauchte Württemberg nicht mehr so viele Rücksicht auf die Wiener Burg zu nehmen wie früher, hielt also auch das Concordat nicht mehr aufrecht. Der Cultminister Rümelin, der es zu Stande gebracht hatte, wurde entlassen, der katholische Klerus durch Verfügungen befriedigt, die das Concordat ersetzten. Der Papst legte Protest ein, doch wurde der Frieden nicht gestört.

Der bereits 83 Jahr alte König Wilhelm I. starb am 25. Juni 1864. Ein Herr von großem Verstande und großem Wohlwollen, der sein Volk nahezu fünfzig Jahre lang, wenn auch immer unter Schwierigkeiten, glücklich regiert hat. Nie soll man vergessen, daß er beim zweiten Pariser Frieden, übereinstimmend mit den preußischen Patrioten für die deutsche Sache eingetreten ist und dem großen deutschen Vaterlande eine bessere Zukunft bereiten wollte, als sie

nachher auf dem Wiener Congreß zu Stande kam. Auch allen zeitgemäßen Reformen war der König zugänglich und kaum hat je ein deutscher Fürst mit so klarem Bewußtseyn die Unzulänglichkeit der Kleinstaaterei empfunden, wie er; da ihm beim besten Wissen und Willen nicht möglich war, das Bessere für Deutschland durchzuführen, da ihn beständige Rücksichten auf die verschiedenen Großmächte, auf den Bundestag und auch auf die kleinen Nachbarn banden und hemmten.

Ihm folgte sein einziger Sohn Karl I., welcher gleich bei seinem Regierungsantritt durch Milde und Freundlichkeit sich allgemeines Vertrauen erwarb. Der innere Frieden des Landes wurde erst gestört, als die Zwietracht zwischen Oesterreich und Preußen wieder ausbrach und es sich darum handelte, welche Partei man halten sollte. Der gewandte Minister v. Varnbüler schloß sich eng an v. d. Pfordten, v. Beust und v. Dalwigk an und war mithin zunächst der Triasidee zugeneigt; da sich aber die Mittelstaaten nicht alle zu einer selbständigen Politik vereinigen konnten und Preußen durch Begünstigung der deutschen Einheitsbestrebungen der Kleinstaaterei gefährlicher zu werden drohte, als Oesterreich, so ergriffen sie, als der Krieg nahe bevorstand, Partei für Oesterreich. Varnbüler that es mit einem nicht ganz natürlichen Echauffement, indem er in der Kammer den Preußen schon im voraus ein vae victis! zurief. Die Kammer war in ihrer Mehrheit ebenfalls stark antipreußisch gefärbt, weil in ihr neben der particularistischen Partei, die wie der selige Marschall Davoust keine Deutschen, sondern nur Württemberger, Bayern ꝛc. kennt, auch die demokratische und die ultramontane (österreichisch gesinnte) Partei vertreten war.

Im Großherzogthum Baden vermählte sich der Prinz-Regent Friedrich am 6. September 1856 mit der Prinzessin Louise, Tochter des Prinzen von Preußen, und nahm bei diesem Anlaß den Titel Großherzog an. Sein älterer Bruder Ludwig starb an seiner Geistes-

krankheit den 22. Januar des folgenden Jahres. Der Kirchenstreit ruhte wohl, war aber noch keineswegs ausgeglichen. Nachdem Oesterreich ein Concordat geschlossen hatte, worin Rom sehr begünstigt war, und der österreichische Einfluß im südwestlichen Deutschland damals überwog, ließ sich auch die badische Regierung zu einem Concordate herbei, welches am 28. Juni 1859 abgeschlossen wurde, den Katholiken einige Zugeständnisse machte und für die Zukunft einige Ruhe zu gönnen schien. Aber die fanatische Partei, die um jeden Preis die katholische Kirche in Baden unterdrückt halten wollte, und deren Hauptsitz die protestantische Universität Heidelberg war, hielt Versammlungen ab, agitirte durchs ganze Land und konnte in der zweiten badischen Kammer eine Mehrheit erlangen, die am 29. März 1860 das Concordat verwarf. Baden hat zwei Drittheile katholische und nur einen Drittheil protestantische Einwohner. Das Vorgehen der Kammer schien also bedenklich. Unterdeß aber war der Krieg in Italien für Oesterreich so unglücklich abgelaufen, daß sein bisheriger Einfluß auf das südwestliche Deutschland eine bedeutende Schwächung erlitt. Unter diesen Umständen genehmigte der junge Großherzog den Kammerbeschluß und das Concordat war aufgehoben, die erzbischöfliche Reclamation fruchtete nichts. Die Minister v. Meysenbug und Stengel nahmen ihre Entlassung.

An ihre Stelle traten Lamey und Stabel, und von nun an geschah alles, was die Heidelberger Agitationspartei wollte. Ein gewisser Eckhardt, übel berüchtigter Demokrat aus der Wiener Revolution, der sich bisher in der Schweiz aufgehalten hatte, wurde badischer Hofbibliothekar und führte auch noch als solcher im Nationalverein eine dermaßen revolutionäre Sprache, daß man ihn beseitigen mußte. Ein anderer hatte besonders Glück. Ein gewisser Knies nämlich, der rücksichtsloseste Fanatiker der Diesterwegschen Partei, welche nicht nur die Schule von der Kirche trennen, sondern

durch die Vernunft der Schule die angebliche Unvernunft der Kirche überhaupt entbehrlich machen wollte, wurde zum Director des Oberschulraths im Großherzogthum Baden bestellt und entwarf einen neuen Schulplan, den die Regierung genehmigte, der Minister Lamey warm vertheidigte, die Kammer mit Stimmenmehrheit gut hieß und am 28. Juni 1864 zum Gesetz erhob. Nach diesem neuen Gesetze hörte das Schulinspectorat der Geistlichen auf und hing es von der freien Wahl jeder Gemeinde ab, den Ortsschulrath zu wählen, dessen Mitglied der Ortspfarrer seyn durfte, aber mit nicht mehr Stimmrecht, als die Laienmitglieder. Die letztern sollten seyn: der Bürgermeister, der Schullehrer und 3—5 andere Mitglieder. Ueber den Ortsschulräthen sollten Kreisschulräthe und über diesen der Oberschulrath stehen. „Jede Kirche kann für die Ueberwachung des Religionsunterrichts ihrer Angehörigen in der Volksschule ihre eigenen Aufsichtsbeamten ernennen und durch dieselben Prüfungen des Religionsunterrichts vornehmen und sich Bericht erstatten lassen. Die Anberaumung dieser Prüfungen, so wie überhaupt die Verfügungen der Kirchen in Betreff des Religionsunterrichts in den Volksschulen geschehen durch Vermittlung der obern Schulbehörden, welche dieselben, sofern sie nichts mit den allgemeinen Schulordnungen Unvereinbares enthalten, zur Nachachtung eröffnen.“ Man kannte dieses Gesetz schon, ehe es zum Beschluß erhoben und promulgirt wurde, und es erhob sich heftiger Streit darüber in der Presse. Als Staatsrath Lamey am 21. April in der Kammer den Gegnern des Gesetzes hierarchischen Fanatismus vorwarf, schrieb der Erzbischof am 2. Mai an den Großherzog: „Königliche Hoheit! Der in der Schulfrage bestehende Kampf ist kein Streit um die höhere Civilisation, welche auch die Kirche will, sondern der Kampf wird geführt gegen das positive Christenthum, und zwar in beiden Confessionen.“

Als das neue Schulgesetz dennoch erlassen wurde, verbot der

Erzbischof v. Vicari (damals 92 Jahre alt) in einem Hirtenbriefe vom 19. Juli allen Pfarrern und Geistlichen seiner Diöcese, sich bei den Ortsschulräthen irgend wie zu betheiligen. „Die Kirche kann auf Rechte, nie auf Pflichten verzichten. Hier tritt ihr zwingend das apostolische non possumus, wir dürfen nicht, entgegen. Vertreter der Geistlichkeit haben in einer Versammlung am 13. April feierlich ausgesprochen, daß, wenn die Leitung des Schulwesens ausschließlich dem Staate und unkatholischen Schulbehörden überantwortet werde, die Geistlichkeit sich jeder Betheiligung hieran entschlagen und volle Unterrichtsfreiheit verlangen müsse. Diesen Resolutionen ertheilen wir hiermit unsere oberhirtliche Genehmigung. Die katholische Jugend soll, soweit die Pfarrkinder an ihrem Theil ihre Schuldigkeit thun, in eigenen Pfarrschulen unterrichtet werden.“ In der That gewährte das neue Schulgesetz dem Erzbischof nur die allerschwächste Garantie, daß nicht der ungläubige Uebermuth der Schulmeister und ihrer Gönner jedes katholische Gefühl in den Herzen der katholischen Jugend austilgen würde. Es war seine Pflicht, sich dieser neuen Sündfluth der Aufklärerei zu widersetzen. Staatsrath Lamey erließ am 11. August eine geharnischte Antwort an den Erzbischof, worin er voraussetzte, die protestantische Regierung und die in ihrer Mehrzahl protestantische oder ungläubige Kammer müsse das religiöse Bedürfniß des katholischen Volks besser verstehen als der Erzbischof, der Erzbischof diene nur einer Partei „mit selbstsüchtigen und fanatischen Zwecken.“ Wenn der Klerus die erzbischöfliche Drohung ausführe, werde die weltliche Regierung „die religiöse Seite der Schule in echt christlichem Sinne aufrecht erhalten“ und überhaupt mit aller Energie das Recht des Staates wahren. In dieser Antwort wird nur die Rücksicht auf die Hauptsache vermißt, nämlich auf das specifisch katholische, zu Recht bestehende Dogma, dem durch Fürsorge der weltlichen Regierung „in echt christlichem Sinne“ keinerlei Bürgschaft gewährt wird. Der

Papst billigte das Verfahren des Erzbischofs und auch die Jahresversammlung der katholischen Vereine in Würzburg (Mitte September) stimmte ihm zu. Der Erzbischof befahl den Geistlichen am 9. Dezember, die Schule zu besuchen und den Religionsunterricht aufrecht zu erhalten, wogegen Lamey den Schulmeistern befahl, sich den Geistlichen zu widersetzen, wenn diese irgend etwas thäten, was dem neuen Schulgesetze widerstritte. In so unvernünftiger Weise trug das verblendete Ministerium den Krieg in jedes Dorf hinein. Eigensinnig und trotz alles liberalen Scheins tyrannisch gegen das katholische Volk, das in seinem Rechte war.

Auch die gläubigen Protestanten wurden bedrängt. Professor Schenkel, schon lange der Chorführer der neuen Rationalisten, schrieb wetteifernd mit Renan und Strauß ein Leben Jesu, um dessen Gottheit anzufechten. Als nun 218 gläubige Geistliche verlangten, er solle wenigstens von seinem Amt als Vorsteher des Lehrerseminars entfernt werden, wurde dieses Gesuch vom evangelischen Kirchenrath am 27. August 1864 abgeschlagen. Diese gänzliche Mißkennung der Achtung, die dem evangelischen Kirchenglauben doch zunächst von der evangelischen Kirchenbehörde bewiesen werden sollte, veranlaßte den preußischen Oberkirchenrath in Berlin am 8. Dezember, eine ernste Protestation gegen die kirchliche Mißregierung in Baden zu erlassen, vor einer Spaltung in der Kirche zu warnen und die historische Glaubwürdigkeit der h. Schrift zu wahren. Der katholische Klerus und das katholische Volk, welches durch das neue Schulgesetz schweres Unrecht erlitt, schickte Deputationen über Deputationen nach Karlsruhe, die aber bruske abgewiesen und verboten wurden. Nun veranstalteten sie s. g. Wandercasinos, Zusammenkünfte der gläubigen Priester und Laien in verschiedenen Städten, um sich gegenseitig in der Treue gegen die Kirche zu befestigen.

Eine dieser Wanderversammlungen wurde am 23. Februar 1865

nach Mannheim angesagt. Diese Stadt hatte sich schon 1848 als die fortschrittlichste erwiesen und auch wieder 1863, als die deutschen Schützen dort tagten, die radicalste Frechheit sogar in Gegenwart des Großherzogs zur Schau getragen. Jetzt galt es, die frommen Katholiken zu mißhandeln. Alles wurde vorbereitet und der s. g. Neckarschleim, die Hefe des Pöbels und die Straßenjungen aufgeboten, „das Schwarzwild auszuhauen," d. h. die katholischen Priester in ihren schwarzen Soutanen durchzuprügeln. Das geschah nun auch, denn kaum zogen Priester und Gemeinden in die Stadt ein, so wurden sie unter gräßlichem Hohngeschrei, Klappern und Pfeifen mit Schneeballen, Eisstücken und Steinen empfangen. Bald kam es zu Schlägen, und der Pöbel fiel über die wehrlosen Gäste her und mißhandelte hauptsächlich die Priester. Das ganze Casino mußte sich nach Ludwigshafen auf bayrischen Boden flüchten. Eine Untersuchung wurde nicht, oder nur ganz oberflächlich gepflogen. Die Parteilichkeit derer, die gegen den Unfug hätten einschreiten sollen, erregte in ganz Deutschland Erstaunen. Auch Blätter, die sonst kirchenfeindlich waren, vertheidigten das freie Versammlungsrecht, welches allen Bürgern, also auch den katholischen zustehe. Minister Roggenbach gab seine Entlassung ein, weil ihm die Mißhandlung der Kirche zu weit ging, und obgleich sie seinem Nachfolger Stabel keineswegs zu weit zu gehen schien, fand man doch für gut, den Oberschulrath Knies im October 1865 seines Amtes zu entheben, wofür man ihn durch eine Professur in Heidelberg entschädigte.

Am 6. April 1861 wurde die Straßburg-Kehler Eisenbahnbrücke eröffnet, um den Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich zu heben. Bei dem Festmahl in Kehl brachte man französischerseits die Gesundheit des Großherzogs von Baden aus, worauf natürlicherweise auch die des Kaisers der Franzosen getrunken werden mußte. Dabei kamen Tactlosigkeiten vor. Erst wollten einige auf deutschem

Boden den Franzosen nicht leben lassen, dann sollte wieder der darmstädtische Minister v. Dalwigk, als er den Toast doch noch ausbrachte, den Kaiser zu viel gelobt haben. Das war wieder einmal echt deutsch, einen Toast zu tadeln, den die bloße Höflichkeit gebot, während in wichtigeren Dingen die deutsche Presse das Interesse und die Ehre der deutschen Nation hundertmal für einmal dem Auslande preisgibt.

Der Verkehr zwischen Deutschland und Frankreich sollte auch durch den Handelsvertrag erleichtert werden, den Preußen eventuell für den Zollverein schon 1861 mit Frankreich verabredete und am 29. März 1862 abschloß. Derselbe rief eine ungeheure Agitation in den übrigen Zollvereinsstaaten hervor. Auch das war wieder echt deutsch. Die Opposition ging ganz offen von der schmeichelhaften Voraussetzung aus, Frankreich wolle Preußen und Preußen wolle seine südwestlichen Zollvereinsgenossen hinter das Licht führen. Obgleich in Süddeutschland selbst viele Sachverständige in berathenden Versammlungen den Vertrag ausdrücklich billigten, und sich auch der früher so verschrieene Handelsvertrag zwischen Frankreich und England bereits als höchst ersprießlich für Industrie und Handel beider Staaten, ganz abgesehen von ihrer gegenseitigen politischen Stellung, bewährt hatte, war doch die Opposition in Deutschland für alle materiellen Vortheile blind und fürchtete nur Nachtheile, auch materielle, aber vorzüglich politische. Man fand den Tarif für Frankreich zu günstig und das Waarenverzeichniß nicht so einfach und klar, daß nicht Vexationen zu besorgen seyen. Das Hauptmotiv der Opposition aber war die politische Furcht. Man heckte die ungeheuerlichsten Befürchtungen aus, Preußen wolle mit Frankreich im Bunde das kleindeutsche Project durchführen und die Mittel- und Kleinstaaten unterjochen. Daß die materiellen Interessen dennoch die Oberhand behielten

und sämmtliche Zollvereinsstaaten den französischen Handelsvertrag annahmen, ist oben schon ausgeführt.

In der Bundesstadt Frankfurt a. M. war man begreiflicherweise für die alte schlechte Bundeswirthschaft wenigstens ebenso interessirt, wie in Wien, von wo unter dem Fürsten Metternich die deutsche Bundesverfassung ausgegangen, und nur auf den Vortheil Oesterreichs und zum Nachtheil Preußens berechnet gewesen war. Ebenso liirt war die Frankfurter Börse mit der in Wien, während ihr Einfluß auf Preußen in ungleich engere Grenzen gezogen war. Wie zu Oesterreich, so neigte Frankfurt auch zum Partikularismus der Mittelstaaten, immer im Gegensatz gegen Preußen und die von dort ausgehenden Bestrebungen, Deutschland fester zu einigen. Trotz des intimen Verhältnisses der freien Stadt zu den Höfen und trotz aller aristokratischen Sympathien der reichen Frankfurter kokettirte man dort sehr auffallend mit dem Fortschritt, ganz so wie in Wien und gleichfalls mittelst der Judenblätter. Man sah daher gern die verschiedenen fortschrittlichen Vereine, nicht nur den Nationalverein, Schützenverein, den Abgeordnetentag, sondern auch Demokraten, Lassallianer, Rongeaner 2c. in den Mauern Frankfurts tagen.

Wir haben früher schon der bedeutenden großen Vereinstage in Frankfurt, des Schützentages, der Versammlungen des Nationalvereins, der Abgeordnetentage 2c. gedacht, und fügen noch einen hinzu, der zwar weniger Spektakel machte, doch zu den Zeichen der Zeit gehört. Am 30. September 1864 versammelten sich in Frankfurt die Koryphäen des protestantischen Fortschritts, Ewald von Göttingen, Baumgarten aus Rostock, Schweizer aus Gotha, Oetker aus Cassel, Schenkel und Bluntschli aus Heidelberg und viele andere, und gründeten einen s. g. Protestantenverein. Die Tendenz desselben war, wie gegen jede Hierarchie, so auch gegen die Staats- oder Consistorialkirche gerichtet und legte die höchste kirchliche Autorität, nach der Lehre von der

Zukunftskirche des verstorbenen Bunsen, lediglich in die Gemeinde, die sich Dogma und Cultus sollte machen können wie sie wollte. Zugleich sprach der Verein aus, die religiöse Freiheit müsse unbeschränkt seyn, woraus der Grundsatz allgemeiner Toleranz von selber folge. Schließlich empfahl der Verein „christliche Werke zum Wohl unseres Volks.“ Man hat nicht gehört, daß der neue Verein große Verbreitung gefunden habe, obgleich die religiöse Indifferenz der Gebildeten ihn begünstigen zu müssen scheint. Nicht lange nachher stellte Ewald 16 Thesen auf, worin er unbedingte Lehrfreiheit beanspruchte und die Dogmen aller bisherigen christlichen Kirchen für einseitig und unzulänglich erklärte, da die Perfectibilität des Christenthums noch zu ganz andern Zielen führen müsse.

Im Großherzogthum Hessen-Darmstadt schloß sich das Ministerium Dalwigk mit besonderem Eifer in der deutschen Frage an Bayern und Sachsen an. Am 24. März 1865 starb der letzte Landgraf von Hessen-Homburg, und sein kleines Ländchen fiel an Darmstadt. In der Bundesfestung Mainz*) zeigte die Bevölkerung noch immer wie früher Vorliebe für die österreichische Garnison und Abneigung gegen die preußische. Bischof v. Ketteler schützte bei jeder Gelegenheit mit Kraft und Würde das Ansehen der Kirche gegenüber den frechen Angriffen und Verleumdungen der vom nahen Frankfurt aus corrumpirten Presse.

Einen eigenthümlichen Eindruck machte das Auftreten des berühmten Heinrich von Gagern, weiland Präsidenten des ersten deutschen Parlaments in der Paulskirche zu Frankfurt, der den König von Preußen hatte zum deutschen Kaiser machen wollen. Man sah ihn

*) Ein Mainzer schrieb 1862: Unsere Sprache ist deutsch, unser Gesetz französisch, die Kirche römisch, die Regierung hessen-darmstädtisch, das Gouvernement österreichisch, die Commandantur preußisch, die Garnison italienisch, die Post Thurn- und Taxisch, das Gaswerk badisch, der Telegraph bayrisch.

jetzt als darmstädtischen Gesandten am Wiener Hof bei einer Versammlung des Reformvereins in demselben Frankfurt sich erheben und hörte ihn einen Trinkspruch ausbringen auf den Kaiser von Oesterreich, „auf dessen Hülfe die Freiheit hofft." Er war mit seinem Bruder ganz in das österreichische Lager übergegangen.

In Kurhessen dauerte die alte Mißregierung fort. Als nach dem Sturm von 1848 Hassenpflug wieder Minister wurde, focht er die Verfassung von 1831 als eine viel zu liberale an, wobei ihm die Niederlage der preußischen Politik in Olmütz und die Reaction in Oesterreich zu statten kam. Der Bundestag erklärte am 27. März 1852 die Verfassung von 1831 für nicht vereinbar mit den Bundesgesetzen und beauftragte den Kurfürsten, eine neue Verfassung zur ständischen Verabschiedung zu bringen. In Folge dessen berief Hassenpflug nur eine Ritterkurie und keine zweite Kammer, aber auch diese Ritter verwarfen seine Verfassung. Er versuchte 1855 noch einmal eine Vereinbarung, aber eben so vergeblich. Seine Verfassung von 1852 blieb nur eine einseitig octroyirte. Auch seine Entfernung änderte an der Sachlage nichts. Beide Kammern forderten 1857 die Verfassung von 1831 zurück, wurden aber abschlägig beschieden und als die Frage 1859 beim Bundestage zur Berathung kam, erklärte sich zwar Preußen energisch für die Rechte des hessischen Volks und für die Verfassung von 1831, Oesterreich und die Mehrheit aber entschieden für den Kurfürsten. Das Unglück Oesterreichs in Italien führte jedoch einen Wandel in dessen Politik herbei und in dem Maaß, in welchem es im Innern ein ungleich liberaleres System als vorher befolgte, begann es auch in der kurhessischen Frage in Concessionen an die liberale Partei mit Preußen zu wetteifern, hauptsächlich um Sympathien in den Mittelstaaten zu gewinnen. Im Jahr 1860 wurde der hessische Landtag, nachdem er die Verfassung von 1831 abermals mit Unterstützung Preußens

zurückgefordert hatte, wieder aufgelöst. Das nämliche wiederholte sich noch 1861. Da die Steuern ohne Bewilligung der Stände eingezogen wurden, weigerten sich Manche, namentlich in Hanau, sie zu zahlen, und die Polizei brach Kisten und Kästen auf und nahm den Steuerbetrag gewaltsam weg. Fast alle deutschen Kammern drangen damals bei den Regierungen darauf, das Recht des kurhessischen Volks zu unterstützen. Im Frühjahr 1862 forderte der König von Preußen den Kurfürsten ernstlich auf, dem rechtswidrigen Zustande ein Ende zu machen, und schickte ihm am 15. Mai in außerordentlicher Sendung den General Willisen zu. Diesem gelang es kaum, eine Audienz zu erhalten, während derselben aber soll der Kurfürst den Brief des Königs, den ihm Willisen überreichte, ungelesen hingeworfen haben.

Da nun aber Preußen nicht nur mit einem Einmarsch seiner Truppen drohte, sondern auch Oesterreich mit Preußen gemeinschaftlich einen der Verfassung von 1831 günstigen Antrag am 24. Mai beim Bundestage einbrachte und derselbe angenommen wurde, fand sich der Kurfürst doch bewogen, nicht aus Ueberzeugung, aber aus Gehorsam gegen den Bundestag die Verfassung von 1831 wieder herzustellen und am 21. Juni den Landtag wieder einzuberufen. Allein das geschah mit Vorbehalten. Das neue ganz reactionäre Ministerium Dehn Rothfelden mußte dafür sorgen, den Triumph, den der Liberalismus hier feierte, ein wenig zu dämpfen und zur Genugthuung Oesterreichs fortwährend Preußen zu trotzen. Der Kurfürst hatte am 21. Juni viel versprochen, aber das Land wartete vergebens auf die Erfüllung. Der neue preußische Ministerpräsident, Herr von Bismarck, ließ eine Mahnung ergehen, aber Dehn Rothfelden antwortete ihm am 1. December, er müsse „Verwahrung einlegen gegen die eventuell in Aussicht gestellte Einmischung in die innern Angelegenheiten eines selbständigen Bundesstaats.“ Sofern in Preußen

selbst die Regierung mit dem Abgeordnetenhause in einen flagranten Verfassungsstreit gerathen war, soll der Kurfürst gesagt haben, Preußen solle bei sich anfangen, ehe es sich in die hessischen Dinge mische. Aber der energische Bismarck schickte dem Kurfürsten eine drohende Note nicht mehr durch einen General oder Gesandten, sondern nur durch einen Feldjäger, was den Kurfürsten doch in Schrecken setzte, so daß er nachgab, am 24. November. Die Stände wurden am 4. Dezember wieder einberufen.

Unter den kurhessischen Großen, welche besondere Unpopularität genossen, wie weiland Hassenpflug, ragte der alte Kriegsminister und General von Haynau hervor, der wegen seiner Härte insbesondere bei den Offizieren übel angeschrieben, im übrigen aber ein biederer und frommer Mann war. Hauptmann von Dörr schrieb eine Flugschrift gegen ihn, für deren Inhalt das ganze Offiziercorps einstand. Da man ihn überdies durch wiederholte Herausforderungen zum Duelle verdächtigte, als habe er einen ersten Zweikampf nur aus Feigheit abgelehnt, brachte man es dahin, daß er sich am 24. Januar 1863 eine Kugel vor den Kopf schoß.

Der Kurfürst gab nur zum Scheine nach, rief die Kammern ein, machte ihnen aber keine Vorlagen und suchte nur Zeit zu gewinnen. In dieser Weise schleppten sich die Dinge bis ins vierte Jahr hin. Die Kammern wurden wiederholt einberufen und wieder fortgeschickt, ohne daß sie etwas erreicht hätten, indem sie immer vergebens reclamirten. Als sie am 14. März 1866 abermals vertagt wurden, erließen sie eine Erklärung an das Land, worin sie sagten: 1) Die Regierung vernachlässigt trotz des Bundesbeschlusses vom 24. Mai 1862, trotz des gegebenen Fürstenwortes, trotz der Verfassung und den unausgesetzten Mahnungen der Landesvertretung die Interessen des Landes. 2) Die Ständeversammlung verwahrt sich gegen die Folgen dieser Mißregierung. 3) Sie beschließt, den

früheren Justizminister Pfeiffer und den dermaligen Justizminister Abée wegen Verfassungsverletzung anzuklagen.

Im Königreich Hannover regierte nach Ernst Augusts Tode sein blinder Sohn Georg V., starrsinnig wie sein Vater, von einer engern sehr absolutistisch und aristokratisch gesinnten Camarilla geleitet, daher in Zerwürfniß mit der zweiten Kammer. Leider hatte diese kleinstaatliche Mißregierung, wie die kurhessische, einen frommen Anstrich und gab dadurch der Opposition eine erwünschte Veranlassung zu Demonstrationen, denn hier wie überall verband sich der politische Liberalismus mit dem kirchlichen Rationalismus in seiner äußersten Seichtigkeit. Das Consistorium verordnete einen neuen Katechismus, welcher gläubiger war, als der bisherige. Dagegen erhob sich nun ein solches Geschrei, mit obligaten Katzenmusiken, daß die Regierung auf die Einführung des Katechismus, wo sie nicht freiwillig geschah, lieber verzichtete, 1862. Im folgenden Jahr protestirte eine große Landesversammlung in Celle auch gegen die freiwillige Annahme des neuen Katechismus, wegen der darin vorkommenden exorcistischen Formel. Der aufgeklärte Pöbel wollte nicht dulden, daß im Königreich Hannover noch irgend jemand an den Teufel glaube. Die politische Opposition in der Kammer wurde vom Gutsbesitzer von Bennigsen geleitet und richtete sich vornehmlich gegen den Minister von Borries, weil derselbe die Presse zügelte, zu viele Beamte in die Kammer brachte &c. Dieser Minister wurde als streng Conservativer die Zielscheibe vieler Angriffe von Seiten der liberalen Presse in Deutschland, vertrat aber sein Prinzip ehrlich und offen vor der Kammer. Viel schlimmer wirkte nachher Graf Platen, der vertrauteste Rathgeber des blinden Königs, ein Mann, der nie offen heraustrat, aber hinter den Coulissen desto mehr intriguirte und den König zu einer unklugen und zweideutigen Politik verleitete,

Oben schon ist seiner Zweizüngigkeit in der dänischen Frage gedacht worden.

Das Königreich Sachsen erfreute sich unter König Johann eines glücklichen Friedens, der unglücklicherweise durch die ehrgeizige Politik des Herrn v. Beust gestört werden sollte. Es war kein guter Rath, den dieser Minister dem König ertheilte, als er unter den Feinden Preußens die erste Stelle einzunehmen sich herbeidrängte. Die Volksart, Confession, Bildung des Volks und die geographische Lage des Landes wiesen Sachsen an Preußen und nicht an Oesterreich.

Mecklenburg wurde in jenen Jahren von der liberalen Presse lebhaft und hämisch angefeindet wegen seiner alten noch patriarchalischen Zustände und ein ungeheurer Lärm wurde darüber erhoben, daß dort noch die Prügelstrafe existire.

Siebentes Buch.

Die Schweiz und die Niederlande.

In der Schweiz hatte sich der Radikalismus eingenistet, vorzüglich durch Anregung der vielen politischen Flüchtlinge aus Deutschland, Italien und Polen, und unter der geheimen Protection der englischen Gesandtschaft. Im Sturmjahr 1848 hatten die radikalen Schweizer die allgemeine europäische Verwirrung schnell benutzt, um die alte Verfassung der Eidgenossenschaft umzustürzen und einen neuen Bund zu gründen, in welchem die bisher souveränen 22 Kantone sich einer einheitlichen Regierung unterwerfen mußten. Die neue, durchaus radikale Regierung, die ihren bleibenden Sitz in Bern nahm, trat anfangs ziemlich schroff auf, erhielt jedoch am Ständerath, zu welchem jeder Kanton zwei Mitglieder sandte, immerhin noch ein föderalistisches Gegengewicht, während der Centralismus und Radikalismus der Regierung seine stärkste Stütze im Nationalrath fand. In diesen wurden nämlich aus der ganzen Schweiz von je 20,000 Seelen ein Repräsentant gewählt, so daß darin die volkreichen refor-

mirten Kantone überwogen. Das radikale Bern hatte darin allein 23 Stimmen, das conservative Uri nur 2. Unmerklich wurde die herrschende Partei milder, wie denn überhaupt bei den Schweizern, wenn sie sich auch einmal in einer Theorie berauscht haben, der nüchterne und praktische Verstand immer bald wieder zurückkehrt.

In der Geschichte der italienischen Wirren ist näher erörtert, wie kläglich der Hochmuth der Schweizer Radikalen im Jahre 1860 zu Falle kam. Kaum hatten sie noch gegen Preußen renommirt und gegen Oesterreich Freischaaren nach Italien geschickt, und dabei immer auf ihren großen Freund und Protector in Paris gepocht, als Napoleon III. Savoyen mit Frankreich vereinigte und damit zugleich die Verträge von 1815 zerriß, durch welche beschlossen worden war, daß im nördlichen Savoyen, um die Schweizer Grenzen vor jedem Angriff zu schützen, keine andern als Schweizer Truppen zugelassen werden sollten. Vergebens protestirte jetzt Kern, der eidgenössische Gesandte in Paris, der früher dem Kaiser der Franzosen so sehr geschmeichelt hatte. Vergebens rief die Schweiz alle Großmächte an. Jenes ältere Vorrecht der Schweizer war und blieb aufgehoben; die Großmächte ignorirten es und französische Truppen besetzten ohne Umstände die Grenze. Die Aufregung war groß, besonders in Genf und Waadtland. Bei dem Schützenfest in Carouge am 10. Juni 1860 hielt Staatsrath Carterat eine fulminante Rede, worin er sagte, die Genfer würden sich eher unter den Trümmern ihrer Stadt begraben lassen, als französisch werden.

Genf war seit der Reformation das calvinistische Rom gewesen Hier war die Hochschule des Calvinismus, hier concentrirte sich das reformirte Frankreich. Mit der Schweiz hatte es früher nichts zu schaffen, indem es aber beim Wiener Congreß der Schweiz einverleibt wurde und einen eigenen Kanton bildete, fügte man der alten Stadt Landbezirke mit katholischer Bevölkerung hinzu. Die letztere machte

anfangs wenig von sich reden und blieb der mächtigen Aristokratie der Stadt untergeordnet. In der Revolutionszeit aber, die dem Sonderbundskriege vorherging, erregte James Fazy am 8. Oct. 1846 an der Spitze der katholischen Arbeiter einen blutigen Aufruhr gegen die reichen calvinistischen Herrn in der Stadt. Die letztern verloren den Kopf, Fazy behielt die Oberhand und wurde der Tyrann der Stadt. An die Stelle des calvinistischen Uebergewichts trat die Parität, und ein spezifisch katholisches Uebergewicht kam nur deshalb nicht zum Vorschein, weil die klerikale Partei durch die wilde und cynische Demokratenwirthschaft abgestoßen wurde. Fazy erschien vielmehr als geheimes Werkzeug der französischen Politik. Er nahm eine Menge Franzosen als Bürger in Genf auf und ließ die Festungswerke der Stadt niederreißen, um den Franzosen, wenn sie wollten, die Besitznahme der Stadt zu erleichtern. Obgleich nun im benachbarten Waadtlande damals der Demokrat Droucy dieselbe cynische Tyrannei übte, sahen doch die reformirten Kantone und die Waadtländer selbst das katholische und französische Uebergewicht in Genf nicht gern, aber man wagte, da die Bundesregierung noch radical war und man sich vor Frankreich fürchtete, kein Einschreiten, und begnügte sich mit einer blos moralischen Verdammung der von Fazy in Genf etablirten Spielhölle.

In Genf sollte am 10. September 1864 das 50jährige Jubiläum der Einverleibung Genfs in die Eidgenossenschaft gefeiert werden, sie wurde jedoch verhindert. Der alte Fazy nämlich hatte es mit seiner Spielhölle, mit den 20 Millionen Schulden, die er während seiner Tyrannis der kleinen Republik aufgebürdet, und mit seinem verdächtigen Verkehr in den welschen Nachbarländern den guten Genfern doch am Ende zu arg gemacht, und die s. g. Independenten, welche weder die alte Aristokratie, noch die stadtverderbliche Dictatur des frechen Demokraten wollten, hatten allmälig das Uebergewicht erlangt

und wählten am 22. August einen besonnenen und finanzkundigen Mann, den Herrn Chenevière, in den Staatsrath, mit 337 Stimmen mehr, als Fazy erhalten hatte. Dem radicalen Anhange Fazys kam dieses Ergebniß unerwartet. Während der Wahl hatte sich kein Anstand erhoben. Jetzt erst tobten die Radikalen und zwangen das Wahlbureau, die Wahl für ungültig zu erklären. Die Independenten forderten dagegen vom Staatsrath, er solle die durchaus gesetzmäßige Wahl aufrecht erhalten. Der Staatsrath, in dem viele Radikale saßen, versprach nur eine nochmalige Prüfung der Wahlen. Damit begnügten sich die Independenten und trugen die Erklärung des Staatsraths in Prozession durch die Straßen, als sie plötzlich auf dem Platz Chevalu auf bewaffnete Radikale stießen, von denen einer schoß und zwei Personen verwundete. Erzürnt verfolgten die unbewaffneten Independenten jene Radikalen in die Straße Cornavin, als sie eine größere Zahl Radikale mit Flinten und zwei Kanonen aufgestellt fanden. Nun hielten sie an, empfingen aber plötzlich eine Salve, wobei mehrere Menschen getödtet und viele verwundet wurden. Unter den Todten bedauerte man insbesondere den kaum dem Knabenalter entwachsenen Sohn des wohlhabenden Kaufmann Jerome und den Lieutenant Deliberier, der Frieden stiften wollte und sich den Gewehren entgegenwarf. Als die junge, hochschwangere Gattin dieses in ganz Genf beliebten Mannes seinen Tod erfuhr, gebar sie zu früh und starb vor Schrecken. Die Radikalen hatten, von einem gewissen Perrier geführt, das Zeughaus von Grand Pré geplündert und sich bewaffnet. Ihr Zweck war, die Independenten einzuschüchtern und unter den Schrecken der Waffen die Wahl Fazys durchzusetzen. Aber die Independenten eilten jetzt, sich selber aus einem andern Zeughause zu bewaffnen, und hielten den zweideutigen Staatsrath eingeschlossen, daß von ihm keine ungerechten, den Radikalen günstige Befehle ausgehen konnten. Da sie in der Mehrheit und jetzt bewaffnet waren,

imponirten sie den Radikalen, die nichts mehr wagten, blieben aber besonnen genug, keine eigenmächtige Rache zu nehmen, und überließen die Entscheidung dem eidgenössischen Bundesrathe, der auch sogleich schon am folgenden Tage die Stadt Genf mit waadtländischen Truppen besetzen ließ und als Commissäre Herrn Fornerot mit dem Oberst Barmann schickte. Die Ruhe wurde aufrecht erhalten, Chenevières Wahl bestätigt, Perrier, Fontanell und mehrere andere Radikale wurden verhaftet. Auch Fazy sollte verhört werden, entwich aber auf französischen Boden nach Ferney. Da man ihn beschuldigte, er trachte darnach, Genf den Franzosen in die Hände zu spielen, unter den bewaffneten Radikalen sey viel verdächtiges fremdes Gesindel wahrgenommen worden ꝛc., befahl ihm Napoleon III., der nicht compromittirt werden wollte, Ferney zu verlassen. Die Ruhe wurde nicht weiter gestört, aber die sämmtlichen Radikalen, die als Theilnehmer des Aufruhrs waren verhaftet worden, freigesprochen.

Während der Unruhen in Genf wurde daselbst der berühmte Agitator für die deutschen Arbeiter, Lasalle, im Duell getödtet. Dieser jüdische Kaufmannssohn aus Breslau (der eigentlich Lassall hieß) spielte neben der Rolle des Schwärmers und Reformators in Angelegenheiten der Arbeiter zugleich die Rolle des Roué und hatte noble Passionen. Als intimer Freund der Gräfin Hatzfeld war er bei dem berüchtigten Cassettendiebstahl betheiligt gewesen, durch den dieser geschiedenen Dame Ersatz für Verluste verschafft werden sollte, und war damals freigesprochen worden. In Gesellschaft derselben Gräfin befand er sich zu Genf, als ihm das Fräulein v. Dönniges, Tochter des bayrischen Hofraths, erst ihre Hand zusagte, dann mit ihm brach und sich dem 22jährigen wallachischen Bojaren Rakowicz versprach, den Lasalle forderte und von dem er am 30. August 1864 erschossen wurde. Die Gräfin brachte seinen Leichnam in die Heimat. Er ge-

hörte zu den Figuren, welche die ganze Zeit und ihre Widersprüche charakterisiren.

Es ist merkwürdig, daß der größte Agitator für die untern Klassen, für die durch das Kapital exploitirten Arbeiter (Lasalle) und auch wieder der größte Kapitalist in Europa, der von dem durch Arbeit gewonnenen Nationalvermögen der christlichen Völker Europas das meiste an sich zu ziehen gewußt hat (Rothschild) beides Juden sind. Da das siebente Buch, in welchem wir stehen, ohnehin nicht sehr lang ist, fügen wir episodisch eine Betrachtung über die große Bedeutung ein, welche die Juden in der neueren Zeit erlangt haben. Nicht das Judenthum des alten Testamentes in seinem Gegensatz gegen das Christenthum im neuen Testamente (denn für die meisten gebildeten Juden ist das alte Testament ebenso ein überwundner Standpunkt, als für nur zu viele Christen das neue), sondern die Juden als fremde, semitische, in Europa nur eingewanderte und unter die großen Nationen arischer Abstammung (Romanen, Germanen, Slaven) zerstreute Nation.

Früher unterdrückt und verachtet, ohne Theilnahme am Grundbesitz und an den genossenschaftlichen Rechten der Christen mußte das Volk Israel vom Wucher leben und seinen Verstand schärfen, um von den Christen Gewinn zu ziehen ohne andere Arbeit als lauern, hausiren und rechnen. So lange die edlen Völker arischer Abstammung noch etwas auf den Adel ihrer Race, Ritterlichkeit und Ehrlichkeit hielten und so lange ihnen der christliche Glaube noch heilig war, durften die Juden nicht daran denken, ihnen ebenbürtig und gleichberechtigt dastehen zu wollen. Erst der Verfall der Sitten, die fremde Mode, die Vernachlässigung der christlichen Pflicht in Folge der Freigeisterei und der classischen, d. h. heidnischen Bildung im vorigen Jahrhundert, und sodann der seit Rousseau aufgekommene Humanitätsschwindel, die Freimaurerei, endlich die Erhebung des

dritten Standes in der französischen Revolution, der, einer langen Mißregierung müde, im Namen aller, weil alle unterdrückt worden waren, Freiheit und Gleichheit verlangte und allgemeine Menschenrechte proclamirte, — erst alle diese Vorgänge im christlichen Abendlande machten es möglich, daß auch die bisher beinahe rechtslosen und verachteten Juden an der allgemeinen Geltendmachung der Menschenwürde und Menschenrechte theilnehmen durften. In dem einen christlichen Staate geschah das früher, in dem andern später, aber die große liberale Strömung des neunzehnten Jahrhunderts riß eine Scheidewand nach der andern nieder, welche die Semiten bisher von den Ariern getrennt hatten.

Nun klebt den Juden noch ungemein viel von der Gewohnheit, in der sie so lange Jahrhunderte leben mußten, von der Gewohnheit des geschäftigen Müßiggangs, des Lauerns, Uebervortheilens und Rechnens an. Immer treiben sie nur noch Handel und wollen nur Profit machen. Nur wenige widmen sich der eigentlichen Arbeit im Gewerbe, die wenigsten dem Ackerbau. Wir sahen noch niemals einen Juden hinter dem Pflug, aber schon viele baronisirte Juden als Güterbesitzer, für welche Christen den Pflug zogen.

Wir nehmen an, daß dieses Mißverhältniß, wodurch jedenfalls, wenn auch im Namen der Gleichberechtigung, doch nur eine enorme Ungleichheit erreicht wird, sich mit der Zeit aufheben wird; wenn es nicht geschähe, so würde die semitische Minderheit der arischen Mehrheit endlich auf eine Weise zur Last fallen, daß sie sich dieser Last entledigen würde.

Ebenso kommt die Herrschsucht und der Hochmuth so vieler moderner Juden nur auf Rechnung des allzuraschen Ueberganges aus dem gedrückten und unterwürfigen Zustand in den freien und bevorzugten. Lange geübt im arglistigen Erspähen aller Schwächen ihrer ehemaligen arischen Tyrannen und aller Einfalt der Christen, konnten

sie nicht wohl diesen routinirten Verstand plötzlich abdanken. Er war ihnen zur andern Natur geworden und sie wandten ihn jetzt nur auf größere Verhältnisse an und wußten sich ganz unbemerkt zweier Haupthebel der modernen Gesellschaft zu bemächtigen, der Börse und der Tagespresse. Auch faßten sie die neue Zeit geschickt in beiden Angelpunkten an, wie wir das oben schon durch die beiden Namen Rothschild und Lasalle angedeutet haben. Sie wirken mit einem unermeßlichen Kapital als Privilegirte der höchsten Staatsgewalten von oben herab auf die heutige Menschheit ein und zugleich durch socialistische Agitation von unten herauf. Vergleichen wir die Regierungspressen der europäischen Großstaaten, so finden wir sie fast ausschließlich in den Händen von Juden. Die Zeitungsjuden haben weder ein romanisches, noch germanisches, noch christliches Gewissen. Für Geld dienen sie mit ihrem routinirten Verstande jeder Staatsgewalt, jedem System. Schon zur Zeit des absolutesten Despotismus und des Concordats waren in Wien alle Redakteure der Regierungsorgane Juden, keineswegs erst in der Zeit Schmerlings und des Liberalismus.

Auch in die Parlamente haben sie Eingang gefunden und spielen darin eine nicht unbedeutende Rolle. Wer hätte das noch vor hundert Jahren gedacht, daß es ein Jude würde wagen dürfen, im Namen des christlich-deutschen Volks zu reden, als ob das „sein" Volk wäre.*)

---

*) Im Hallischen Volksblatt von 1862 Nr. 32 heißt es: „Wenn die ‚Zeichen der Zeit' recht eigentlich in einen geschichtlichen Monatsbericht hinein gehören, so wird es gestattet seyn, auf das schon mehrfach berührte Gebahren der Juden und auf das Verhalten christlicherseits hiergegen, als auf eines der traurigsten Zeichen einer verkommenen, jedes edleren Nationalgefühls gänzlich baren Zeit, nochmals hinzuweisen. Zunächst erwähnen wir in dieser Beziehung eine Aeußerung des jüdischen Abgeordneten Leonor Reichenheim, des bekannten Mannes der Gewerbefreiheit und der weißen

Wo es gilt, von oben herab ein Volk zu unterdrücken, oder von unten herauf eine Revolution zu machen, oder wo es sich auch nur um Ausgleichung von Rechten durch kluge Berechnungen handelt, ist der Semite ganz an seinem Platz. Wo es sich aber um die Nation handelt, in welcher der Semite als Fremder lebt, da fehlt ihm alles natürliche angeborene Nationalgefühl, jede Spur von Patriotismus. Nur Freiheit und Gleichheit und Menschenrechte im Allgemeinen haben Sinn für ihn, nicht der Romanismus, Germanismus, Slavismus. Daher auch die Leichtigkeit, womit der Jude von jeher in dem Lande, in welchem er lebt, dem Ausland zu dienen, es ans Ausland zu verrathen geneigt war, wenn er nur damit Profit machen konnte. Es ist bekannt, wie schon in den Kriegen Ludwigs XIV., wie in denen des französischen Convents und Directoriums und Napoleons gegen Deutschland die Juden den Franzosen zur Hand waren, um die Deutschen aussaugen zu helfen. In gleicher Weise dienten die Juden im russischen Feldzug von 1812 den Franzosen. Der Vaterlandsverrath durch die Presse würde in Deutschland zuerst dem Juden Saul Ascher zur Last fallen, wenn der Jude nicht mit einigem Recht erwidern könnte: Ihr habt mir bürgerliche und politische

---

Halsbinden, die in einer Zuschrift an seine Wähler im Kreise Waldenburg wörtlich folgendermaßen lautet: ‚Der Wurf ist geschehen, das Land hat zu entscheiden, und ich erwarte, daß das Land mit einer gewissenhaften Prüfung verfahren werde.‘ Außer der Kreuzzeitung hat, so viel wir wissen, kein Blatt von dieser jüdischen Dreistigkeit mißbilligende Notiz genommen, und überhaupt findet man bei den ‚Männern des Volks,‘ welche sonst die deutsche Nationalität so warm vertreten, nirgends auch nur das leiseste Gefühl der Scham oder des Bedenkens darüber, daß die Führer des deutschen Volks in der Presse zum größten, in den verschiedenen Fortschrittsversammlungen aber zum nicht geringen Theil Juden sind, daß Juden sich erdreisten, in Angelegenheiten der christlichen Kirche mitzusprechen.“

Rechte gegeben, aber kein Vaterland, ein Vaterland könnt ihr den Juden gar nicht geben, er kann es also auch nicht verrathen. Ascher schrieb zur Zeit Napoleons eine „Germanomanie", worin er die von Preußen ausgegangene patriotische Begeisterung der Deutschen im Jahr 1813 im Solde Napoleons begeiferte. Später haben Heine und Börne von Paris aus die infamsten Satiren nicht etwa blos gegen die deutschen Regierungen, sondern gegen die deutsche Nation ausgehen lassen.

Die Augsburger Allg. Zeitung vom 20. Februar 1859 bemerkte: „Ueberhaupt müssen wir darauf aufmerksam machen, daß mindestens die Hälfte der Pariser Correspondenten deutscher Zeitungen ebenfalls keine Deutschen, sondern Juden sind; namentlich die Kölnische Zeitung und die Oesterreichische sind damit gesegnet. So sind die Pariser, ein guter Theil der Wiener und Berliner Journale, so wie ein großer Theil der Correspondenzen von Wien, London, Paris in den Händen von Leuten, die nicht Fisch noch Fleisch sind, sondern nur dem nachgehen, was ‚zieht.' Wir wollen gewiß damit dem Racenvorurtheil nicht schmeicheln, noch weniger einen Beitrag zu dem unvernünftigen Hepp! hepp! liefern. Wir unterschreiben vielmehr Fürst Pücklers Bemerkung vollkommen: ‚Ich kann keinem gebildeten Juden ins Angesicht sehen, ohne ihm in tiefer Seele Abbitte zu leisten wegen der Unbill und Grausamkeit, womit wir seinen Stamm verfolgen.' Aber gewiß ist es, daß sich in der Literatur und Börse ein Schmarozergeschlecht herangebildet hat, das, verbunden mit dem nur zu zahlreichen christlichen Troß, die wahre Eiterbeule der Gesellschaft geworden. Ohne Vaterland, ohne Heimathsgefühl, ohne Religion, darum auch ohne tiefere Sittlichkeit und Sitte, nur mit einem unnachahmlichen Aneignungstalent und dem leichtesten Anbequemen an conventionelle Formen begabt, sind sie über die Nationen zerstreut, überall nur dem Egoismus und der Macht

dienend, und rächen dadurch an den Völkern, daß sie ihnen seit zweitausend Jahren das heiligste Recht versagt. In der periodischen Literatur ist diese Beimischung eines im Grunde fremden Elements um so weniger gleichgültig, als es in der Regel anonym oder unter dem Schleier auftritt. Wir können oft nicht begreifen, wie eine solche Ansicht in Berlin, oder Wien oder München," Köln, Paris, London auftritt, bis wir erfahren, daß jüdische Hände es sind, die den Trank gebraut."

Daraus erklärt sich auch, warum, wenn einmal einem Juden Unrecht geschieht, in der Presse von fast ganz Europa ein ungeheures Wehgeschrei erhoben wird und alles nach Hülfe und Rache schreit, während wenn es sich um Mißhandlung und Unterdrückung von Christen handelt, sich keine Feder rührt. Ein schlagender Beweis ist der berüchtigte Mortarahandel. Eine fromme christliche Magd hatte einen Judenknaben ohne Wissen seiner Eltern getauft, die römische Kirche machte nachher auf ihn Anspruch und das sollte den Zorn ganz Europas gegen die tyrannische Kirche waffnen. Ueber ein Jahr lang tobten die Blätter, man wußte nicht warum so heftig und so lang? Es waren eben Judenblätter in Masse. Daß in Polen Katholiken unter der russischen Knute, oder am Galgen und in den sibirischen Bergwerken zu hunderten Märtyrer wurden, ließ die Zeitungsjuden allgemein gleichgültig. In Oesterreich, welches Polen so nahe liegt, welches seinen Katholicismus gegen die russisch-griechische Propaganda in Galizien und Ungarn so nöthig zu schützen hätte, sah man ruhig zu; wie hätten sich auch die Zeitungsjuden für katholische Christen interessiren sollen. Fast noch auffallender war das jahrelange Schweigen aller Blätter in Bezug auf die Verfolgung der Lutheraner in Livland, während Zeter geschrien wurde, wenn einem Juden in Damaskus etwas geschah.

In Würzburg wollten die Rabbiner die Thore nach altjüdischer

Sitte mit Signaturen bezeichnen lassen, denn es sey eben so gut eine Juden- als Christenstadt.

Belehrend ist auch ein Artikel des deutschen Volksblatts vom 5. Mai 1860. „Die Wiener Judenpresse erhebt einen großen Lärm darüber, daß in Galizien christlichen Dienstboten, die bei Juden dienten, die Absolution im Beichtstuhl verweigert worden, und verfehlt nicht, diese Procedur dem Concordat Schuld zu geben. Durch diese ächt jüdische Wendung der Sache soll natürlich der wahre Thatbestand verdunkelt und die ‚liberale‘ deutsche Presse ins Mitleiden gezogen werden, eine Speculation, die schon oft probirt, nie ohne günstigen Erfolg geblieben ist. Auch diesmal wird er nicht ausbleiben und wenn wir im Folgenden einige Bemerkungen machen, so geschieht es nicht, um das ‚Geschäft‘ zu stören, sondern nur um zu zeigen, daß man über jüdische Verhältnisse nicht überall gleich unwissend ist oder unwissend seyn will.

„Bekannt ist, daß mit oder ohne Concordat jeder katholische Beichtvater verpflichtet ist, die Absolution zu verweigern, wenn der Pönitent die nächste Gelegenheit zur Sünde nicht aufgeben will. Nun ist allerdings richtig, daß in Deutschland an Orten, wo die Juden noch nicht übermächtig geworden, der Dienst in einem jüdischen Hause für einen Christen sittlich nicht gefährlicher ist, als in jedem andern, aber selbst hier zeigt es sich, daß der Jude, wo er zur Macht kommt, sie zum Nachtheil der Omim (Abkürzung für Edomim, die Bewohner des weiland römischen Reiches deutscher Nation) mißbraucht. Gerade in Betreff des vorliegenden Gegenstandes hat der verstorbene katholische Stadtpfarrer von Frankfurt, Beda Weber, in seinen „Cartons“ ein gar nicht erfreuliches Bild von der Lage christlicher Dienstboten in dortigen Judenhäusern entworfen, ein Bild, zu dem von anderwärts her wohl noch mancher Pinselstrich möchte hinzugefügt werden können.

„Indessen handelt es sich hier nicht um deutsche, sondern um galizische Juden, und das sind zwei sehr verschiedene Dinge. Die deutschen Juden sind, von der schinkenessenden jeunesse dorée abgesehen, Rabbinisten, die galizischen dagegen Chasidäer. Was es nun mit einem Chasidäer für eine Bewandtniß habe, wollen wir der Unparteilichkeit wegen einen Juden selbst auseinandersetzen lassen. Der bekannte Geschichtschreiber des Judenthums, der Oberrabbiner Joß in Frankfurt, bekannt wegen seiner Kunst, die Gegensätze abzuschleifen, sagt über die Chasidäer in seinem neuesten Werke: ‚Geschichte des Judenthums und seiner Secten, Leipzig 1859,‘ S. 191 wörtlich Folgendes: ‚Man macht der Secte mit Recht groben Aberglauben, Gleichgültigkeit gegen die menschliche Gesellschaft, Streit- und Rachsucht, Faulheit und Müßiggang, äußere Vernachlässigung der Haltung, insbesondere aber Trunksucht und Sinnlichkeit zum Vorwurf; auch die Zaddikim wenden keineswegs ihren Einfluß an, um den Zustand tiefer Versunkenheit zu ändern. Ganz abgesehen von dem Eigennutz, der bei diesem seine Befriedigung findet, ist kein Zaddik bisher in weltlichen Dingen unterrichtet genug gewesen, um zu einer Besserung die Hand bieten zu können. Die Folge von Allem ist Stumpfsinn gegen die entsetzliche Armuth in der an sich regsamen und mit Geist ausgestatteten Bevölkerung, Verachtung aller edleren Genüsse des Lebens, selbst der einfachsten Sauberkeit, Unempfänglichkeit für gesellige Freuden, außer den Verzückungen bei festtägigen Zusammenkünften, Haß gegen alle, die ihrem Verein nicht angehören, Hochmuth wegen dieser Selbständigkeit und Gegenseitigkeit und daher auch ein erstaunliches Kraftgefühl der Secte, welche übrigens im Laufe eines Jahrhunderts von wenigen Familien auf viele Hunderttausende gestiegen ist. Das ganze südliche Polen, ein großer Theil der Juden von Galizien und Ungarn und weiter

östlich, dann auch viele Auswanderer in Palästina gehören ihr an, alle von gleichem Geiste beseelt.‘

„Wir wollten unsern jüdischen Gewährsmann ausreden lassen und tragen jetzt erst für das Verständniß des Lesers Einiges nach. Die Zaddikim (die Gerechten, Plural von Zaddik) sind bei den Chasidäern ungefähr das, was bei unsern Juden die Rabbiner sind: sie sind die geistlichen Vorsteher der Judengemeinden. Allein die Stellung der Zaddikim ist doch eine ganz andere, als die der Rabbiner bei uns, auch wenn diese ‚Kirchenräthe‘ sind. Der Oberrabbiner von Frankfurt schildert dieselben von S. 186 des angeführten Werkes an, wir begnügen uns aber, nur einige Hauptstellen aus dieser Schilderung herauszuheben. ‚Das Leben der Secte pulsirt in dem jedesmaligen Zaddik, welchem jedes Mitglied zu glauben schuldig ist, wodurch allein Vollkommenheit der Seele gewonnen wird; denn durch bloße Gespräche mit dem Zaddik wird der gemeine Mensch zu Gott emporgehoben, daher hat jeder die Pflicht, den Zaddik seines Bezirkes aufzusuchen. . . . Der Zaddik hat entschiedene Macht über alle Gesinnungen seiner Anhänger. Er steht in enger Verbindung mit Gott und jeder Chasid muß dieselbe mittelst seiner Treue gegen den Zaddik erstreben. Diese Verbindung nennen sie die Begattung mit der weiblich gedachten Gottheit durch Gebet und Gebräuche. . . . Jeder Zaddik ist der König seiner Gemeinden. Er umgibt sich mit Pracht und zahlreicher Bedienung und fortwährend strömen seine Untergebenen zu ihm, um sich seiner Gnade zu empfehlen. Jeder rechnet sichs zur höchsten Ehre, ihn bedienen zu können. . . . Der Zaddik ist der höchste Richter und sogar Herr über Gesetz und Recht. Wo er sich in einer Gemeinde befindet, wird alles Streitige oder Zweifelhafte seiner Entscheidung unterbreitet und selbst sein Rath gilt als Vorschrift. Jede Angelegenheit, Unternehmung, Geschäftssache, ja jeder Zustand, Kinderlosigkeit, Un=

fruchtbarkeit, Krankheit — alles wird ihm vorgetragen und überall weiß er zu rathen oder zu helfen; jeder befolgt, was er sagt, denn er hat die Macht über Tod und Leben. Viele begeben sich zu ihm, bloß um ihn zu sehen, und zahlen dafür gern, mehr aber für seinen Segen, oder sein Gebet, oder auch ein Erlösungsspiel mit allerlei Münzen, Pidjon. Seine Hand zu berühren, sühnt schlechte Thaten, seine Mütze den Hochmuth, seinen Gürtel sinnliche Begierden, seine Beinkleider Blutschande, seine Thephillin Frechheit u. s. w. u. s. w.'

„Man würde sehr Unrecht thun, wenn man den Frankfurter Oberrabbiner der Uebertreibung beschuldigen wollte. Andere Schilderungen aus ebenfalls jüdischen Federn, z. B. von dem in den vierziger Jahren gestorbenen Juden Perl, lauten noch schlimmer. Die Bemühungen der österreichischen Regierung seit Kaiser Joseph II., die Zustände der Juden zu verbessern, blieben in Galizien rein erfolglos. Ob die russische Regierung damit, daß sie die junge chasidäische Mannschaft bereits im 13. Lebensjahre ausheben und bis zum 36. unter den Fahnen behalten läßt, weiter kommen wird, muß erst die Zeit lehren.

„Welches aber die Lage christlicher Dienstboten, namentlich weiblicher, bei einem solchen Volke, das seine Geilheit sogar in seine Vorstellungen von der Gottheit hineinträgt, seyn müsse, braucht man nicht auseinander zu setzen. Wenn daher der galizische Klerus im Beichtstuhle Dienstverhältnisse von Christen in Judenhäusern mit einer Strenge behandelt, wie sie bei uns im Allgemeinen noch nicht nothwendig geworden, so übt er damit nur eine Pflicht, die ihm mit oder ohne Concordat obliegt."

Erst die Zukunft wird darüber entscheiden, ob sich der semitische Volksstamm mit den arischen Stämmen in Europa in der Art wird vertragen und vermischen können, daß weder die Unarten und

der nationale Haß, noch die ausschließliche Ausbildung des berechnenden Verstandes, welche er aus der früheren Zeit geerbt hat, den christlichen Bevölkerungen dauernden und steigenden Nachtheil bringen. Wäre das letztere der Fall, so würde nach welthistorischem Gesetz das Gleichgewicht hergestellt werden müssen.

Wie kehren nach dieser Abschweifung zur Schweiz zurück. Ueber dieses schöne Alpenland ist außer der Genfer Affaire nichts weiter zu berichten, als daß es im Uebrigen dort still und friedlich herging. Nur ein Vorfall im Kanton Uri veranlaßte großen Spectakel in der radikalen Welt. Hier war nämlich der Typograph Ryniker im October 1865 wegen Gotteslästerung von Rechtswegen geprügelt worden. Darüber war das ganze liberale Europa empört und wie außer sich.

Die Niederlande sind dem deutschen Nationalinteresse auf eine unerhörte und wahrhaft verruchte Weise entfremdet worden. Im 14. und 15. Jahrhundert standen sie allen Provinzen unseres Reichs an Reichthum, Bildung und Geist, echtem deutschem Volksgeist weit voran. Hier blühten Industrie und Handel und die schönen Künste. Von hier ging die gothische Baukunst aus, von hier die Oelmalerei und die Musik, denn die berühmte italienische Kirchenmusik kam nach Italien erst durch niederländische Meister. Von hier ging die Mode aus, alle Höfe, der ganze Adel Europas und die höhere Bürgerklasse nahmen die niederländische Tracht an. Diese herrlichen Niederlande wurden aber von Kaiser Karl V. an Spanien vergeben und von den Spaniern so gründlich mißregiert und im langen Unterdrückungskampfe verheert, daß sie zur Hälfte (in Belgien) katholisch und spanisch blieben, zur andern Hälfte (in Holland) reformirt und Republikaner wurden, sich auch mehr an England als an Deutschland anklammerten. So sprang die Perle in der Krone des heiligen deutschen Reichs in Stücke und ging für das übrige Deutschland verloren.

Ein tapferes und unternehmendes, aber engherziges Krämervolk, schlossen die Holländer ihre deutschen Brüder von jedem Antheil an ihrem Seehandel und ihren Colonien aus. Sie colonisirten früher als die Engländer, hätten daher auch viel größere Colonien gründen können, als diese, wenn sie seit 300 Jahren die deutsche Uebervölkerung an sich gezogen und ihr ihre überseeischen Niederlassungen geöffnet hätten. Zur Strafe sind sie ein Kleinstaat geblieben und haben ihre meisten Colonien wieder verloren. Während der französischen Revolution wurde ihr Land mit Frankreich vereinigt und ausgeplündert. Erst im Jahr 1813 kamen die Preußen, jagten die Franzosen fort und machten die Holländer wieder frei. Nach dem Sturz Napoleons kamen die siegreichen Großmächte überein, das ehemalige Holland mit den ehemaligen spanischen Niederlanden wieder zu einem Ganzen zu vereinigen und dem aus der Verbannung zurückgekehrten holländischen Erbstatthalter, Wilhelm von Nassau-Oranien, als selbständiges Königreich zu übergeben, scheinbar, um hier für Deutschland ein starkes Bollwerk gegen Frankreich aufzuwerfen, in Wahrheit aber zu einem gerade entgegengesetzten Zwecke. Die Kaiser und Könige auf dem Wiener Congreß hatten sich gegen die deutschen Einheitsbestrebungen verschworen, also hauptsächlich gegen das preußische Volk und auch gegen die preußische Regierung, welche damals noch zum Volke hielt. Die Großmächte gründeten nun die beiden neuen Königreiche, das der Niederlande und Hannover, als Bollwerke gegen Preußen, einzig zu dem Zweck, um die nationale Begeisterung in Norddeutschland lahm zu legen und Preußen von der Nordsee abzuschneiden.

Der neue König der Niederlande spielte die ihm angewiesene Rolle vortrefflich, lohnte die Befreiung Hollands durch die Preußen mit dem schnödesten Undank und trat das durch Verträge verbürgte nationale Recht der Deutschen mit Füßen, indem er die freie Rheinschifffahrt hemmte. Weil er aber auch die Belgier mißhandelte, rissen

sich diese im Jahr 1830 von ihm los und gründeten unter französisch-englischem Schutze das neue Königreich Belgien. Holland war nun wieder sehr klein geworden, setzte aber auch unter des Königs (Wilhelms I.) beiden Nachfolgern Wilhelm II. und III. den systematischen Haß gegen Deutschland fort. Da der Wiener Congreß absichtlich, um Deutschland zu verkleinern und zu schwächen, das Königreich der Niederlande, obgleich es durchaus vormaliges Reichsland gewesen war, mit einziger Ausnahme von Luxemburg und Limburg, nicht in den deutschen Bund aufgenommen hat, war es auch nicht gehindert, sich immerfort feindlich gegen Deutschland zu gebahren. Schon 1848 hätte es gar zu gern Luxemburg und Limburg vom deutschen Bunde losgemacht, und ließ wenigstens die deutschen Fahnen abreißen; aber man belehrte es, daß es mit den beiden Provinzen zu seinem eigenen Vortheil im wiederhergestellten deutschen Bunde verbleiben solle, um am Bundestage jederzeit Preußen überstimmen zu helfen.

Obgleich die holländische Bevölkerung urdeutsch ist, behielt sie doch nur ihre provinzielle Mundart bei und nahm keinen Theil an der allgemeinen deutschen Schriftsprache, noch durfte jemals deutsche Bildung und Literatur auf die Schulen und auf die Presse in Holland einwirken, und wo dieser Einfluß nicht ganz zu verdrängen war, namentlich in Luxemburg, setzte ihm die Regierung den französischen Einfluß in einem obligaten französischen Schulunterricht entgegen.

Fast mehr noch als Holland wurde Belgien dem deutschen Nationalinteresse entfremdet. Obgleich auch hier die ganze Bevölkerung urdeutsch ist, den kleinen Rest von Wallonen ausgenommen, der ein schlechtes französisches Patois spricht, hatte doch schon die spanische Regierung alles gethan, um die Niederländer zu entdeutschen. Auch die österreichische Regierung, die im vorigen Jahrhundert durch ein diplomatisches Arrangement auf kurze Zeit wieder in den Besitz jener spanischen Niederlande kam, that nichts für deutsche Bildung.

Joseph II. reizte durch seine unbesonnenen Neuerungen das Volk zum Widerstande und in der französischen Revolution wurde Belgien mit Frankreich vereinigt und die Gerichts- und Geschäftssprache ausschließlich französisch. Die gebildeten Stände, vorher schon mit den Fortschritten der deutschen Literatur unbekannt geblieben, fielen ganz und gar unter die Herrschaft der französischen Mode. Der neue König der Belgier, Leopold von Coburg, war zwar ein Deutscher, vermochte aber der französischen Geistesströmung um so weniger zu widerstehen, als er nur in Folge eines Arrangements zwischen England und Frankreich die belgische Krone erhalten hatte und eine Tochter Ludwig Philipps heirathen mußte, um von Frankreich her nicht beunruhigt zu werden. Aus demselben Grunde konnte seine Regierung auch nur eine liberale seyn, nach dem Muster der französischen. Das brachte ihn nun in einigen Conflict mit der klerikalen Partei, mit dem noch immer eifrig katholischen Episcopat und Landvolk, denen die von Paris her eindringende Gottlosigkeit gründlich zuwider war. Der wohlwollende König suchte zu vermitteln.

Nachdem Frankreich den großen Sieg in der Lombardei erfochten und sich Savoyen und Nizza annectirt hatte, geriethen die Belgier in nicht geringe Angst, auch sie könnten annectirt werden, und verstärkten die Befestigungen von Antwerpen. Auch suchte der König Verbindungen mit den deutschen Großmächten. Der Kronprinz Leopold hatte schon 1853 die österreichische Erzherzogin Marie, Tochter des weiland Palatinus Joseph, geheirathet. Dessen jüngerer Bruder Philipp, Graf von Flandern, heirathete später eine preußische Prinzessin.

Während der Aufregung gegen Frankreich bekam natürlicherweise das germanische, klerikale und conservative Element auf eine kurze Zeit wieder einige Geltung und der König konnte wenigstens ein gemäßigt liberales Ministerium einsetzen, welches aber bald wieder

einem fanatisch liberalen weichen mußte. Im Sommer 1864 erwehrte sich die klerikale Minderheit der Kammer eines Antrags der freimaurerischen Mehrheit (die Verstärkung der Kammermitglieder betreffend), nur dadurch, daß sie von ihren Sitzen wegblieben und die gesetzliche Zahl der Abstimmenden nicht erreicht wurde. Man überhäufte sie mit Beschuldigungen, der König löste am 17. Juli die Kammer auf und aus den Neuwahlen vom 12. August ging eine liberale Mehrheit hervor, 64 Liberale gegen 52 Klerikale. Natürlicherweise ging nun das Stürmen gegen die Kirche wieder an. Am Ende des Jahrs wurden durch das s. g. Stipendiengesetz die kirchlichen Stiftungen der Universität Löwen aus der Verwaltung der Kirche in die des Staates übertragen und sollten künftig auch Studenten anderer Universitäten daraus Stipendien erhalten. Der Fanatismus der Freimaurer war in solche Siedhitze gerathen, daß sich ein eigner Verein für unkirchliche Beerdigung der Leichen bildete. Dem setzte sich ein Verein für kirchliche Beerdigung entgegen. Als aber der greise König dem letzteren ein Geldgeschenk machte, geriethen die Freimaurer in die heftigste Aufregung und verlangten sogar, der Cabinetssecretär des Königs, durch den das Geldgeschenk vermittelt worden war, solle entlassen werden.

Seitdem die Liberalen wieder die Oberhand in der belgischen Kammer hatten, war die gesammte liberale Presse in Deutschland beflissen, das parlamentarische Regiment in Belgien allen Staaten als Muster zu empfehlen. Als aber die Unvorsichtigkeit und Unverschämtheit französischer und anderer Flüchtlinge in Brüssel die belgische Regierung und Kammer nöthigten, dem Unfug durch das Fremdengesetz zu steuern, um den Zorn des französischen Kaisers nicht zu reizen, überhäufte die deutsche Presse die nämliche belgische Regierung wieder mit Schmähungen.

In der belgischen Kammer beklagte sich am 21. Juli 1865

Coemans, die Freimaurer übten großen Einfluß auf die Wahlen. Dem widersprach Goblet, der eine hohe Würde unter den Freimaurern bekleidete, es sey eine Verleumdung. Bald aber wurden zwei Actenstücke veröffentlicht, zwei Verfügungen des großen Orients von Belgien, grade in Bezug auf die politische Agitation des Ordens. Darin heißt es zuerst im Allgemeinen: „das Ziel des Ordens ist kein anderes, als die durch die Vernunft geoffenbarte Wahrheit an die Stelle der Irrthümer zu setzen, welche Unwissenheit in der Gesellschaft noch immer unterhält.“ Das hieß deutlich: Zweck des Ordens ist, der in der h. Schrift offenbarten Wahrheit entgegenzuwirken. Auch war die Verfügung datirt vom 5. Tage des 11. Monats des Jahres 5855, weil die Freimaurer die christliche Zeitrechnung nicht anerkennen. Ferner hieß es, „die Gesellschaft kann nicht bestehen ohne Gehorsam ihrer Mitglieder. Der große Orient entscheidet daher, daß die Logen nicht allein das Recht, sondern daß sie die Pflicht haben, die öffentlichen Acte derjenigen ihrer Mitglieder zu überwachen, welchen sie zu politischen Aemtern verholfen haben; die Pflicht, Erklärungen von denselben zu verlangen, wenn es scheint, daß einer oder mehrere ihrer Acte nicht dahin zielen, die Gesellschaft mit der Fackel der Wahrheit zu erleuchten; die Pflicht, wenn diese Erklärungen nicht genügen, Verweise zu geben und selbst von dem Maurerkörper die Glieder abzuschneiden, welche ihre Maurerpflichten, besonders im öffentlichen Leben, vernachlässigen.“

Am 29. Oct. 1865 wurde ein großer Studentencongreß zu Lüttich eröffnet, wozu sich auch sehr viele Franzosen einfanden. Es war eine starke Demonstration der demokratischen Partei in Belgien und Frankreich zugleich. Die Jugend beider Länder sollte fraternisiren und die demokratisch-atheistische Zukunftspolitik proklamiren. Die Parteihäupter erhitzten die Jugend und legten ihr, was sie nicht selbst öffentlich zu sagen wagten, in den Mund. Es nahm sich darin

unschuldiger aus und was am tollsten darin war, schien verzeihlich an einer unerfahrenen Jugend. Doch fehlte die Jugendfrische, der unschuldige Hauch einer edeln Schwärmerei. Alles war gemacht. Die Jünglinge plauderten nur nach, was die unreinsten Geister in Frankreich längst gelehrt hatten. Fontaine von Brüssel predigte die sociale Revolution: „Wer wird uns die Freiheit geben? Die Revolution! Der Socialismus! Als Socialisten wollen wir die Vernichtung aller Religion und jeder Kirche und die Leugnung Gottes." Ein anderer Redner Janson pries Danton, St. Juste und Marat als Heroen der Menschheit. Dieser junge Franzose war mit tausend andern seiner Landsleute gekommen mit zweierlei Fahnen, der rothen und der schwarzen. Er verkündete, Frankreichs Fahne müsse in Trauer gehüllt bleiben, bis das Volk sich wieder wie im Jahr 1793 erheben werde. Ein anderer Pariser, Cas, forderte die politische Revolution, weil man zuerst die Autorität des Staates stürzen müsse. Wer bereits an keine Autorität Gottes mehr glaube, der dürfe auch die Autorität irdischer Throne nicht mehr dulden! Ein Dritter drückte schwärmerisch seine Ueberzeugung aus, die Zukunft gehöre dem Atheismus und Socialismus.

Statt solchen elenden Tendenzen Raum zu gewähren, hätten die deutschen Niederländer an das schwer bedrohte Recht und die Ehre ihrer Muttersprache und Volksthümlichkeit denken sollen. In welcher Trägheit verharrend, lassen sie sich die französischen Unverschämheiten über den Kopf wachsen! Welches kleinliche Verkriechen in particularistische Clubs, die sich von der allen andern Deutschen gemeinsamen Schriftsprache noch eben so abschließen wie von der französischen. Ihre Aufgabe müßte seyn, gleich den Schweizern sich die deutsche Schriftsprache anzueignen. Wenn die Schweizer ihre schöne alemannische Mundart darüber nicht vergessen haben, sondern sie immer noch in Ehren halten und doch an der deutschen Literatur vollen

und fruchtbaren Antheil nehmen, sollten es die Niederländer auch vermögen und nicht in ihrem Particularismus verkommend sich den Franzosen überliefern. Warum bilden sich in Brüssel, Gent, Antwerpen neben den vlämischen nur die separate Mundart pflegenden Vereine auch solche zur Verbreitung der deutschen Schriftsprache, Lesezirkel, deutsche Buchhandlungen? Warum dringt die nationale Partei nicht auf Einführung der deutschen Schriftsprache in den Schulen?

Wenn die klerikale Partei, welche die vlämische Sprache gegen die französische Sprachtyrannei vertheidigt, das Eindringen irreligiöser Tendenzen durch die französische Presse und durch Versammlungen wie die zu Lüttich doch nicht verhindern kann, sollte sie sich doch vor der deutschen Literatur nicht fürchten.

Am 10. Dezember 1865 starb König Leopold nach schweren Leiden. Alle Parteien in Belgien, sowie auch das Ausland wetteiferten, um ihn zu trauern und ihn als den weisesten aller Regenten zu preisen. Auch Napoleon III. stimmte mit auffallender Wärme in diese Loblieder ein. Im Grunde hatte Leopold aber nichts gethan, als immer der belgischen Kammermehrheit nachgegeben, nicht ohne gelegentlich dem Liberalismus größere Sympathien zu bezeugen, als der Kirche und dem französischen Element mehr als dem deutschen. Man kann das nicht eigentlich Weisheit nennen. Wenn also von des Königs Weisheit einstimmig so viel gesprochen wurde, konnten darunter wohl nur die vermittelnden Rathschläge verstanden seyn, die er als Nestor der europäischen Politik den Cabinetten ertheilte, wenn sie ihn darum angingen. Er liebte im Alter die Bequemlichkeit und lebte mit einer ihm angenehmen Dame so intim, daß nur sie immer um ihn seyn mußte und er seine Familie gar nicht sah. Nicht einmal in seiner Krankheit durften seine Kinder zu ihm kommen. Als es aber langsam mit ihm zu Ende ging, durchbrach die Gemahlin des

Thronfolgers, die Oesterreicherin Marie, die der Familie bisher gezogenen Schranken, trat in das Krankenzimmer und sagte dem König: „Man täuscht Sie, Eure Majestät haben nur noch wenige Stunden zu leben. Wenden Sie ihre Gedanken Gott zu!“ Der König reichte ihr die Hand, nannte sie seine liebe Tochter und bat sie, bei ihm zu bleiben. Da führte sie die Familie zu ihm und er starb in ihrer Mitte. Ein Vorfall, über den sich die große Freimaurerpartei nicht wenig ärgerte. Nachdem die königliche Leiche feierlich bestattet war, hielt des Verstorbenen ältester Sohn, bisheriger Herzog von Brabant, nunmehr als König Leopold II. am 16. Dezember einen feierlichen Einzug in Brüssel und beschwor vor den vereinigten Kammern die Verfassung. In der sehr schön abgefaßten Thronrede versprach er dem Volke, dem väterlichen Beispiele folgen zu wollen. „Gleich ihm liebe ich diese großen Einrichtungen, durch welche die Ordnung gleichzeitig mit der Freiheit wächst und welche die dauerhafteste Grundlage des Thrones sind. Ich habe nie einen Unterschied unter den Belgiern gemacht. Da alle ihrem Vaterland ergeben sind, so umfasse ich sie alle in gemeinsamer Zuneigung. Meine constitutionelle Aufgabe stellt mich außerhalb der Meinungskämpfe und überläßt es dem Lande selbst, darüber zu entscheiden.“

Achtes Buch.

Fortdauernde Geburtswehen des italienischen Königreichs.

Der Frieden von Villafranca hatte die Wiederherstellung der vertriebenen Fürsten von Toscana, Parma und Modena noch ermöglicht, sofern die Bevölkerungen selbst sie wünschen und gutheißen sollten. Eine allgemeine Volksabstimmung sollte am 12. März darüber entscheiden. Victor Emanuel aber, wie auch Garibaldi und Mazzini sorgten dafür, daß die Abstimmung im Angesicht königlicher Truppen und unter dem Terrorismus der Einheitspartei erfolgte, mithin nur eine kleine Minderheit muthiger Männer anders zu stimmen wagte, als vorgeschrieben war. Das arme Volk sollte zum Schein sagen dürfen, welchen Fürsten es sich selbst wähle. Wehe dem aber, der nicht Victor Emanuel nannte! Da auch nur seine Partei die Wahlen dirigirte, waren Fälschungen der Stimmen sehr wahrscheinlich. Napoleon III. war kein Freund der italienischen Einheit. Er wollte vielmehr, das war sein ursprüngliches Programm, einen lockern Staatenbund aus Italien machen und dessen Protector werden. Er

konnte hinterdrein der nationalen Bewegung nicht mehr Meister werden, nahm aber für die ihm mißliebige Abstimmung in den mittelitalienischen Staaten seine Revanche durch die Annectirung Savoyens und Nizzas.

Garibaldi, der in Nizza geboren ist, war über diese Annectirungen wüthend und brach in die gröbsten Schmähungen Napoleons aus, war aber viel zu ohnmächtig, um die Abtretung seiner Heimath an Frankreich hindern zu können. Noch war aber italienische Erde genug übrig, die noch nicht dem neuen Königreich Italien einverleibt war, Rom, Venetien und das Königreich beider Sicilien. Das letztere schien am wenigsten Widerstand leisten zu können, wenn er es angriffe. Es war schon lange unterwühlt, der größte Theil der Offiziere theils für die Einheit Italiens gewonnen, theils durch Victor Emanuel bestochen. Solche Verräther fanden sich sogar im Ministerium und unter den Höflingen des jungen unerfahrenen König Franz II. in Neapel. England gab willig Schiffe her, um Garibaldis Freischaaren über Meer nach Sicilien zu escortiren, denn es wollte verhindern, daß ein Murat etwa mit Frankreichs Zustimmung die Neapolitaner auf seine Seite brächte. Ein solcher wäre natürlicherweise dem Imperator in Paris am angenehmsten gewesen. Genug, Garibaldi fand alles vorbereitet, als er in Sicilien landete, dort schnell Meister wurde, und von hier aus auch durch einfachen Verrath sich Neapels bemeisterte. Am 7. September 1860 zog er triumphirend in der Hauptstadt Neapel ein. Der vom größten Theil seiner Truppen und Civildiener verlassene König Franz floh mit seiner Gemahlin nach der Festung Gaëta und suchte sich hier noch zu halten.

Garibaldi war so siegestrunken, daß er im Sturm auch Rom nehmen wollte, wie Neapel. Das durfte aber Victor Emanuel nicht zugeben, weil ihm Napoleon III. aus Rücksicht auf die Katholiken in Frankreich den gemessenen Befehl gegeben hatte: Ne touchez pas à

Rome! Diesem großen Gönner mußte sein kleiner Schützling gehorchen, stellte also ein großes Heer unter Cialdini auf, um Garibaldi von Rom abzuwehren. Nun hatte aber auch der Papst schon selbst für seine Vertheidigung in Rom gesorgt, denn er traute den 30,000 Franzosen, welche Rom besetzt hielten, nicht so weit, daß er unterlassen hätte eine eigene, wenn auch nur kleine, doch zuverlässige päpstliche Armee zu unterhalten. Diese wurde damals durch freiwillige Zuzüge, hauptsächlich aus Frankreich und Belgien, verstärkt, und der berühmte französische General Lamoricière trat freiwillig an ihre Spitze. Diese frommen Kreuzfahrer mit den Waffen in der Hand waren nun dem König Victor Emanuel begreiflicherweise sehr zuwider und Cialdini erhielt den Auftrag, mit seiner Truppenübermacht zwei Fliegen statt einer zu schlagen und mit Lamoricière aufzuräumen, ehe er Garibaldi entgegentrete. Nachdem der Minister Cavour den Papst aufgefordert hatte, seine Truppen zu entlassen, und es der Papst nicht that, überfiel Cialdini unversehens am 18. September die kleine päpstliche Armee bei Castelfidardo, unweit von Ancona. Der junge katholische Adel, besonders der französische und belgische, wollte sich lieber opfern als fliehen und griff unter dem französischen General-Adjutanten Grafen Pimodan die sardischen Batterien an. Fast alle fanden mit ihrem Führer den Heldentod.*) Lamoricière rettete sich nach Ancona, mußte jedoch bald capituliren.

---

*) Dupanloup, Bischof von Orleans, sagt von diesen edlen Todten: „Auf ihrer Stirne ist ein Zeichen der Ehre ausgeprägt und in ihrem Blick leuchtet eine Flamme des Lebens. Sie gehen ihre eigenen Wege, auf den Bergen, fern von aller Niederträchtigkeit, fern von allen Begierden, fern von Ehrgeiz und Selbstsucht. Das Volk bewundert oder verflucht sie. Doch ihnen ist nichts daran gelegen, sie gehen immer vorwärts. Diese auserwählten Verfechter jeder glorreichen und verzweifelten Sache fühlen in sich eine Sehnsucht nach dem Kampfe und nach großen Dingen; in friedlicher

Es gab die bittersten Reclamationen. Cardinal Antonelli erklärte (nach der Opinione vom 1. September), die französische Regierung habe ihn versichert, sie werde alle Beziehungen zu Sardinien abbrechen, wenn es die päpstlichen Truppen angreife. Auch Lamoricière erklärte in einer Flugschrift, der französische Gesandte in Rom, Herzog von Grammont, habe ihn versichert, die Sarden würden nicht angreifen, „die Regierung des Kaisers wird die sträfliche Aggression der piemontesischen Regierung nicht dulden.“ Nur im Vertrauen darauf habe er, Lamoricière, seine 6—8000 Mann nicht zurückgezogen und sey nun plötzlich von 40,000 Piemontesen überfallen worden. Indessen hörte Napoleon III. diese Vorwürfe geduldig an. Hatte er doch seinen Zweck erreicht, den General Lamoricière, dessen Anwesenheit in Rom ihm unangenehm war, durch die Sarden zu beseitigen. Im Uebrigen nahm er die Miene an, als billige er die römischen Klagen, und rief seinen Gesandten auf kurze Zeit von Turin ab.

Garibaldi bildete sich einen Augenblick ein, Sardinien habe sich ernstlich mit Frankreich überworfen, und wollte nun mit Rom rasch ein Ende machen. Allein Cialdini rückte ihm mit dem sardinischen

---

Ruhe dahin zu leben, ist ihnen unmöglich. Und dann erscheint die Gerechtigkeit vor ihnen, sie sehen dieselbe in ihrem reinen und hellen Lichte, und sie sagt zu ihnen: ‚Willst du mein Zeuge sein?‘ — Ehrwürdiges Heiligthum von Loretto, dich sahen sie also während des Kampfes und du erschienest ihnen als eine offene Zufluchtsstätte für ihre Seelen, und ihr sterbender Blick wandte sich mit Trost und Hoffnung zu dir! O ihr, die ihr ihre Mütter auf Erden gewesen und sie dahin ausgesendet habet, ach, beweinet sie nicht, diese eure herrlichen Kinder, denn sie sind nicht todt, sondern lebendig. Gestärkt durch die Heiligkeit ihrer Sache und ihrer Hingebung, gereinigt durch das Blut des Lammes und in ihrem eigenen Blute haben sie durch ihr Hinscheiden das ewige Leben sich errungen. Denn wer an heiligen Kämpfen, an reinen und mackellosen Kämpfen theilnimmt, dem ist die Krone der Unsterblichkeit beschieden.“

Heere rasch entgegen, ehe noch seine Alpenjäger, wie er seine Freischaar jetzt wieder nannte, Capua hatten einnehmen können. Man redete ihm zu, und er söhnte sich mit dem sardischen Generale und Victor Emanuel auf einmal wieder aus. Man glaubte daher, er habe sie überhaupt nur zum Werkzeuge der sardinischen Politik hergeliehen und sein Ausmarsch gegen Rom habe dem Sarden nur den Vorwand geliehen, um in den Kirchenstaat einzurücken, und alles sey eine verabredete Komödie gewesen. Dem widerspricht aber der ehrliche Charakter Garibaldis. Ihm war es mit der Einheit Italiens gewiß ernst. Er wollte Rom zur Hauptstadt Italiens machen, daher den Papst vertreiben, und verwünschte aufrichtig die Rücksicht, die der Sarde immer auf Frankreich nahm. Er diente aber auch gegen seinen Wunsch und Willen der Politik des Sarden zum Werkzeug, denn die eigenmächtigen Streiche, die er wagte, wurden immer geschickt von Cavour benützt. Wenn ihm nun sein Streich mißlungen war, dachte er immer wieder, es sey doch besser, dem Sarden die Hand zu reichen, weil sich sonst niemand Italiens annahm. Konnte er nicht alles erreichen, so wollte er dem Sarden doch wenigstens das Gewonnene festhalten helfen. Somit unterschied er sich von dem unversöhnlichen Mazzini, der niemals ganz auf ihn rechnen konnte, doch immer wieder Einfluß über ihn gewann, wenn Cavours Intriguen den noblen Garibaldi allzusehr ärgerten. Bei alledem hatte Garibaldi doch einen ordinären Zug in seinem Wesen, wodurch er verrieth, daß er doch mehr ein Abenteurer, als der große Mann der Nation sey. Sein Haß gegen die Kirche hatte etwas von Gemeinheit an sich und seine rothen Hemden verriethen nicht den besten Geschmack.

Nachdem der Papst in Rom durch die Haltung und die Versicherungen Frankreichs, von wo her Goyon damals Verstärkungen erhielt, sicher gestellt war, handelte es sich nur noch um Neapel.

Die Rücksicht auf Neapel war es wohl auch, was Garibaldi bestimmte, sich mit dem Sarden auszusöhnen, denn er überließ das von ihm eroberte Königreich beider Sicilien doch lieber dem Sarden, dem künftigen König von ganz Italien, als den Franzosen, die sich desselben bemächtigt haben würden, wenn die Mazzinisten dort zur Herrschaft gelangt wären und durch sie der englische Einfluß im Süden Italiens immer mächtiger geworden wäre. Natürlicherweise regten sich die Muratisten, denn da der neapolitanische Thron factisch erledigt war, so hatten die Erben des früheren König Joachim Murat Anlaß, ihn anzusprechen. Prinz Lucian Murat erließ am 25. November ein Schreiben an die Neapolitaner, in welchem er sich gegen das Project der italienischen Einheit sowohl nach der Idee Cavours, als nach der Mazzinis erklärte und dagegen eine italienische Föderation empfahl, in welcher das Königreich beider Sicilien neben dem Kirchenstaate sollte bestehen bleiben. Das war ganz der Gedanke, den Napoleon III. selbst schon früher ausgesprochen hatte. Gleichwohl desavouirte er seinen Vetter Murat. Er konnte aus Rücksicht auf England den Gedanken noch nicht durchführen und er begnügte sich einstweilen, nur die Italiener auseinander zu halten. Wenn gleich in Neapel für Murat nur wenig Sympathien vorhanden waren, so entsprach doch der föderalistische Gedanke seines Briefes den Gefühlen und Instincten des neapolitanischen Volkes, welches die sardinischen Truppen nur mit Widerwillen kommen sah und nichts weniger im Sinne hatte, als sich von Piemontesen beherrschen zu lassen.

In Folge des Compromisses zwischen Garibaldi und Victor Emanuel vereinigten sich die Armeen derselben und unternahmen die Belagerung der Festung Gaëta, um den rechtmäßigen König vollends von dort zu vertreiben. Zudem ward ausgemacht, das Volk beider Sicilien solle durch ein Plebiscit selbst bestimmen, wie und durch wen es künftig regiert werden wolle. Man nahm dabei die Er=

wählung Victor Emanuels in Neapel, ganz so wie früher in Florenz und Modena in Aussicht, und brauchte dieselben Mittel der Wahlbeherrschung und des Terrorismus. Wahlclubs unter dem Schutze sardinischer Bajonette sorgten dafür, daß bei den am Ende October vollzogenen Wahlen niemand anders als Victor Emanuel aus der Wahlurne hervorgehen konnte. Dafür mußte auch Cavour den Kammern in Turin feierlich erklären, Victor Emanuel spreche ganz Italien als sein künftiges Königreich an, um dem allgemeinen Volkswunsche gerecht zu werden.

War nun schon der eigenmächtige Einmarsch der Sarden in den Kirchenstaat eine Verletzung des Völkerrechts und der europäischen Traktate, so noch vielmehr der usurpatorische Anspruch des Sardenkönigs auf den Besitz von ganz Italien. Daher diplomatische Einsprache. Spanien protestirte und wollte den h. Vater und Rom schützen. Rußland zog, nach dem Vorgang Frankreichs, seinen Gesandten aus Turin zurück. Preußen ließ den seinigen dort, tadelte aber Victor Emanuels Vorgehen offiziell. Alles leere Worte. Es fiel niemanden ein, für den armen König Franz II. auch nur einen Finger aufzuheben. Die Haltung Frankreichs war so zweideutig und schien so sehr den Absichten Englands nachzugeben, daß Kossuth im October wagen zu dürfen glaubte, dem Kaiser der Franzosen ein Memoire zu überreichen, in welchem er ihn dringend aufforderte, die italienische Revolution nicht nur zu begünstigen, sondern auch über Venedig hinaus fortzupflanzen. Zum Lohn dafür werde er, wenn erst ganz Ungarn insurgirt und Oesterreich zusammengebrochen sey, dem französischen Interesse im Orient dienen. Napoleon legte diese Versicherungen einstweilen ad acta.

Der h. Vater hielt eine Allocution, worin er in der edelsten Entrüstung gegen die wiederholte Gewalt, die man ihm anthue, protestirte. Den französischen Soldaten Goyons aber sagte er in einer

Anrede: ihr schützt den Stuhl Petri, vergesset aber nicht, daß der Stuhl Petri es ist, der mehr Schutz gewährt, als bedarf. Ueberall in der katholischen Welt wurde für den h. Vater der s. g. Peterspfennig gesammelt und die ihm zur Unterstützung übersandte Summe betrug im Dezember schon 2 Millionen Scudi.

In Neapel hatte sich bereits Mazzini festgesetzt, mußte jedoch dem sardinischen Gouverneur Pallavicini weichen. Ein großer Theil der Garibaldi'schen Freischaaren war mazzinistisch gesinnt und den Sarden feind, woraus sich erklärt, daß sie nicht lange nachher von der sardinischen Regierung undankbar entlassen wurden. In den Provinzen aber wollte das gemeine Volk noch viel weniger von den Sarden wissen und damals schon brachen überall Empörungen aus, welche General Cialdini durch bluttriefende Proclamationen nicht zu stillen vermochte.

König Victor Emanuel beeilte sich, seinem Heer nach Neapel nachzufolgen. Am 26. October kam er mit Garibaldi bei Trano zusammen, reichte ihm die Hand und sagte: „ich danke!" Weiter nichts. Garibaldi hatte sein rothes Hemd aus- und die sardinische Generalsuniform angezogen. Nun begannen die Operationen. Franz II. hielt sich in Neapel und war noch unterstützt durch den nicht abgefallenen Theil seiner Armee unter dem General Negri, die am Fluß Garigliano in der Nähe von Gaëta feste Stellungen eingenommen hatte. Auch die Festung Capua hätte sie schützen können, fiel aber schon am 2. November. Nun gingen die Neapolitaner über den Garigliano zurück, wurden aber am 3. von den Sarden eingeholt und erlitten eine Niederlage. Negri mit seinen Truppen, angeblich noch 30,000 Mann, wirklich jedoch wohl nur die Hälfte, zog sich in den Kirchenstaat zurück, wohin ihm die Sarden nicht mehr zu folgen wagten aus Rücksicht auf Frankreich. Jetzt hatte Victor Emanuel keinen Feind mehr zu fürchten, hielt daher schon am 7. einen Triumph-

einzug in der Hauptstadt Neapel und ließ sich hier als Wahlkönig huldigen. Es regnete in Strömen. Garibaldi saß neben ihm im Wagen, war jedoch wenig erbaut darüber, daß ihm der schnurrbärtige Sarde seine Eroberung vor der Nase wegnahm. Der König bot ihm den Marschallstab an, Garibaldi schlug denselben aber aus, wollte von der ganzen Geschichte nichts mehr wissen, zog sein rothes Hemd wieder an und fuhr zur Insel Caprera hinüber, die er sich zum Asyl auserlesen hatte und von wo aus er am bequemsten mit den Mazzinisten und Engländern weiter conspiriren konnte. Vor seinem Abschied aus Neapel soll sich noch zwischen ihm und dem König ein Streit erhoben haben, weil Garibaldi Statthalter in Neapel zu bleiben wünschte, was aber der König um keinen Preis zugab. In Neapel selbst war die revolutionäre Partei weit mehr für Garibaldi, als für Victor Emanuel gestimmt. Es gab daher schon am 12. November einen Tumult in der Stadt, indem viele Stimmen die Zurückberufung Garibaldis verlangten.

Nunmehr begann der Angriff auf Gaëta, eine starke auf einer Halbinsel liegende Festung, der man, wie Gibraltar, nur schwer von der schmalen Landseite her beikommen kann. Eine französische Flotte unter dem Admiral Barbier-Timan lag vor der Stadt und schien den armen König Franz II. in derselben schützen zu sollen, wie Goyon in Rom den Papst beschützte. Auch war das diplomatische Corps von Neapel dem rechtmäßigen König nach Gaëta gefolgt und bildete eine kleine Schutzmauer um ihn. Dadurch ließen sich indeß die Sarden nicht abhalten, Gaëta anzugreifen. Victor Emanuel wollte um jeden Preis Herr des Terrains seyn und durfte dem, dessen Krone er sich durch Garibaldi hatte stehlen lassen, keinen Fleck neapolitanischer Erde mehr gönnen. Admiral Persano fing schon am 27. October an, Gaëta zu beschießen, wurde aber damals noch von dem französischen Admiral bedeutet, er möge das Feuer einstellen,

und gehorchte. Man schloß daraus, Napoleon III. wolle Gaëta schützen; derselbe hatte jedoch nichts anderes im Sinn, als immer und immer wieder Kennzeichen seiner Macht und seines Eigenwillens zu geben und dem Sarden den Preis zu bestimmen, um welchen er ihm eine weitere Concession machen wolle. Das Wahrscheinlichste ist, Napoleon III. hat dem Sarden schließlich Gaëta einzunehmen nur unter der Bedingung gestattet, daß Franz II. gleichwohl den italienischen Boden nicht verlassen, sondern in Rom bleiben dürfe, wo er, wie der Papst, unter Frankreichs Schutz ein Unterpfand Frankreichs blieb und die sardinische Politik fortwährend bedrohte, wenn sie nicht demüthig alles annehmen wollte, was Frankreich ihr vorschrieb. Ungleich mindere Wahrscheinlichkeit hatten die Gerüchte für sich, welche damals aussagten, Frankreich habe den Papst nach der Insel Sardinien versetzen wollen und Oesterreich 600 Millionen für Venedig angeboten. Es lag niemals im Interesse Napoleons, Italien einig werden zu lassen, und noch weniger, den Papst zu bedrängen. Seine Politik konnte keine andere seyn und war keine andere, als Italien getheilt und uneinig zu erhalten, damit es nicht allein der Revolution und England anheimfalle, sondern ein Werkzeug in seinen eigenen Händen bleibe. Neapel im Besitz Victor Emanuels diente dem letztern nicht zur Stärkung. Im Gegentheil mußte der Haß, dem die Piemontesen überall in Süditalien begegneten, und die Härte und Grausamkeit, mit welcher sie die Empörungen daselbst zu unterdrücken suchten, dem Hintergedanken, am Ende doch noch Murat in Neapel anzubringen, Vorschub leisten. So lange Napoleon eine starke Armee in Rom unterhielt und den Papst, sowie den vertriebenen König von Neapel in seiner Gewalt hatte, blieb er auch schließlich Herr der italienischen Geschicke.

Die nordischen Mächte, welche das Vorgehen des Sarden höchlich mißbilligt hatten, ließen sich doch durch die Haltung Frankreichs

und durch die Zusicherungen, die ihnen von dort gegeben wurden, bei einer Besprechung in Warschau am 22. Oct. beruhigen. Napoleon III. erklärte, er werde, wenn Victor Emanuel etwa Venedig angreifen wolle, ihn nicht unterstützen. Seine Versicherungen widerlegten unter andern auch das Gerücht, nach welchem sich Napoleon III. die Insel Sardinien hätte aneignen wollen als Preis dafür, daß er Victor Emanuels neapolitanische Usurpation geduldet habe.

Gaëta wurde inzwischen immer ernster zu Lande angegriffen und die französische Flotte erhielt nicht lange nachher Befehl, abzuziehen, so daß Franz II. sich ganz selbst überlassen war. Am 22. Nov. entließ er das diplomatische Corps, welches einstweilen, mit Ausnahme des österreichischen, bayrischen, sächsischen und spanischen Gesandten, die bei ihm aushielten, nach Rom ging, weil durch die Beschießung Gaëtas ihnen persönliche Gefahr drohte. Die Festung war allerdings stark, aber doch nicht haltbar gegen das sehr verbesserte schwere Geschütz der Sarden und gegen den Verrath im Innern. Der König, der für einen schwachen Jüngling galt, wie auch sein jüngerer Bruder und beide Oheime, schienen nicht die erforderliche Festigkeit und Tapferkeit zu besitzen, um eine so schwere Belagerung auszuhalten; aber was ihnen fehlte, ersetzte des Königs junge Gemahlin, Marie, geb. Prinzessin von Bayern. Während General Bosco die Besatzung befehligte, ermuthigte die Königin die Soldaten und tröstete die Verwundeten. Ein Schweizer Offizier schrieb von ihr: „Mitten im heftigsten Bombardement der Sarden, während die Erde von der gewaltigen Erschütterung bebte und jede Minute wenigstens 50 feindliche Kugeln einschlugen, sah ich die Königin mit festen Schritten und zwar bleichem, aber muthigem Antlitz über einen dem feindlichen Geschütz sehr ausgesetzten Platz schreiten, um in einem Lazareth den vielen Schwerverwundeten Hülfe und Trost zu bringen. Während sie mit einem alten Schweizerhauptmann sprach, schlug eine sardinische Bombe unfern von ihr in

die Erde und der Staub davon bedeckte ihren Mantel." Damit stimmen alle andern Nachrichten überein, welche die edle Königin um so mehr rühmten, als man wußte, daß sie bisher in der neapolitanischen Königsfamilie keineswegs die Achtung genossen hatte, die ihr gebührte. Man beschuldigte die Stiefmutter und die Stiefbrüder des jungen Königs, gegen sie Partei ergriffen zu haben. Man erzählte sich, als die bayrische Prinzessin mit ihrem Gemahl, der damals noch Kronprinz war, zum erstenmale spazieren gegangen und von Bettlern belästigt worden sey, habe der Kronprinz den Geldbeutel hervorgezogen und unter dem Golde ängstlich nach einer kleinen Silbermünze gesucht, die Prinzessin aber feuerroth ihm den Beutel aus der Hand gerissen und mit den Worten: „das ist eine Schande für einen König," das Gold unter die Bettler geworfen. —

Die Anwesenheit der französischen Flotte sollte die sardinische nicht lange mehr hindern, Gaëta von der Seeseite anzugreifen. Am 17. Januar 1861 erklärte Napoleon III. im Moniteur, er habe dem König von Neapel einen ehrenvollen Rückzug sichern wollen in der Voraussetzung, derselbe werde seinen unnützen Widerstand aufgeben. Da der König aber die Feindseligkeiten fortsetze, einzig im Vertrauen auf den Schutz der französischen Flotte, so müsse ihm dieser letztere nunmehr entzogen werden, denn Frankreich wolle am längeren Blutvergießen nicht die Schuld tragen. Zwei Tage später segelte die französische Flotte aus dem Hafen von Gaëta ab und rückte die sardinische Flotte unter Persano heran und fing am 23. Januar die Stadt von der See her zu bombardiren an, während auch das Feuer vom Lande her verdoppelt wurde. Nun konnte sich die Stadt nicht lange mehr halten, da auch Verräther im Innern Feuer an die Minen legten und mehrere wichtige Bastionen in die Luft sprengten. Bei einer solchen Explosion verlor General Terand mit mehreren hundert Soldaten das Leben. Am 13. Februar mußte

die Stadt capituliren, nachdem an 5000 Menschen durch feindliche Kugeln oder durch den Typhus umgekommen waren. Unter französischer Vermittlung erhielt die königliche Familie freien Abzug nach Rom, wo sie seitdem unter dem Schutze des Papstes und der französischen Wachen zum großen Aerger derer verweilte, welche sie lieber ganz vom italienischen Boden hinweggetilgt hätten.*) Der Abschied des Königin von den tapfern Truppen in Gaëta war rührend. — Die früher auf römisches Gebiet übergetretenen neapolitanischen Truppen wurden nunmehr in ihre Heimath entlassen, ihre Waffen und Pferde für Rechnung des Königs verauctionirt. Die kleine Festung Civitella del Tronto in den Abruzzen, die sich bis jetzt für Franz II. gehalten hatte, capitulirte nun ebenfalls.

Victor Emanuel beeilte sich unterdeß, das Königreich beider Sicilien, das er weder selbst erobert hatte, noch auf die Dauer behaupten konnte, wie im Durchfluge in Besitz zu nehmen, während der Boden unter ihm brannte. Die ungeheure Mehrheit des süditalienischen Volkes wollte nichts von ihm wissen und stand in allen Provinzen gegen ihn auf, auch die Garibaldianer und Mazzinisten grollten ihm. Die Triumphe, die man ihm bereitete, gingen daher nur von einer kleinen Partei aus und waren nur möglich, wo die

---

*) Aus Aerger über das heroische Benehmen der bayrischen Marie in Gaëta füllte sich die italienische Presse mit den wüthendsten Schmähungen und Verleumdungen dieser hohen Frau. Während sie sich, von mannigfachem Kummer bewegt, in die bescheidenste Einsamkeit zurückzog, verbreitete man über sie die greuelhaftesten Gerüchte in Bezug auf ihre Sittlichkeit, auf ihren Ehestand und auf ihren Charakter. Man dichtete ihr nicht nur das Unanständigste, sondern auch Grausamkeiten an. Sie sollte ihre Kammerfrau mit einem Revolver erschossen haben. Durch Bestechung treuloser Diener brachte man es dahin, daß sie in ihren Gemächern in Rom täglich die gegen sie gerichteten Zeitungsartikel und Photographieen finden mußte.

Luft zugleich von piemontesischen Bajonetten glänzte. Am 1. Dezember hielt er seinen Einzug in Palermo, kehrte aber am 5. schon wieder zurück, weil er das Pflaster dort zu heiß fand. Auf Sicilien hielt sich immer noch eine getreue Mannschaft in der Citadelle von Messina für den rechtmäßigen König Franz, und erst als dieser letztere selbst allen Widerstand aufgegeben hatte und Gaëta gefallen war, entschloß sich auch Fergola, der tapfere Commandant von Messina, zu einer ehrenvollen Capitulation am 13. März. Sicilien blieb aber dem Sarden nur dem Namen nach unterworfen, der eigentliche Herr der Insel war die Anarchie, der Victor Emanuels Statthalter La Farina vergebens zu steuern suchte. Jeder that dort, was er wollte. Raub und Privatrache, besonders Erdolchungen waren an der Tagesordnung.

Nicht besser sah es in Neapel aus. Hier blieb die sardische Partei nur in der Hauptstadt selbst der wiederholten Aufstände Meister, indeß auf dem Lande und am meisten in den Abruzzen die Insurrection für Franz II. ausbrach und bis nach Aversa, wenige Stunden von der Hauptstadt, vorrückte.

In der Stadt behielten die sardinischen Truppen die Oberhand, die Garibaldianer und Mazzinisten genossen dabei aber volle Narrenfreiheit, weil die Sarden nicht zugleich mit ihnen und dem Landvolk anbinden konnten. Um die Weihnachtszeit brachte das Journal des Debats einen Artikel aus Neapel über die dortige Weihnachtsfeier: „Dieses Jahr treiben die Neapolitaner sogar mit der h. Jungfrau und dem Christkind ihr revolutionäres Spiel. Das Jesuskind ist beinahe in allen Krippen als Garibaldianer gekleidet. Die h. Jungfrau trägt ein prächtiges dreifarbiges Kleid über einer unglaublichen Crinoline und den h. Joseph hat man mit einem (dreispitzigen) Barte alla Victor Emanuel versehen. Die Magier sind wie Bixio gekleidet. Franz II. spielt die Rolle des Herodes, Miß Withe die der Herodias ꝛc.“ Neapel gab sich demselben Schwindel hin, wie einst zur

Zeit der parthenopeischen Republik, und die neue Regierung beging wieder dieselben Fehler. In der Verfolgung der Kirche nämlich waren Victor Emanuel, Garibaldi und die Engländer vollkommen einverstanden und wurde dem revolutionären Vorgehen in dieser Richtung nur durch Napoleon III. Halt geboten. Die Regierung Victor Emanuels hob im Königreich beider Sicilien am 17. Februar 1861 alle Klöster auf. Sforza, der Cardinal-Erzbischof von Neapel, war geflohen und wurde nach seiner Rückkehr durch einen Volkstumult gezwungen, sich öffentlich in der Tricolore zu zeigen. Allein diese Demonstrationen in der Hauptstadt erbitterten nur um so mehr das Landvolk. Vergebens kündigten Victor Emanuels Organe fast alle Tage an, die Briganti (denn keinen bessern Namen gönnte man den Insurgenten) seyen zersprengt und gänzlich aufgerieben. Vergebens statuirten die piemontesischen Generale, namentlich Pinelli und Cialdini, blutige Exempel, indem sie die Gefangenen erschießen ließen. Der Aufstand wurde dadurch nicht gedämpft. Es ist zwar nicht möglich, durch die sehr vereinzelten Zeitungsnachrichten den geschichtlichen Faden des Aufstandes zu verfolgen, doch so viel ist gewiß, daß es der neuen Regierung binnen drei Jahren noch nicht gelungen war, weder Steuern und Rekruten ausheben, noch eine polizeiliche Ordnung herstellen zu können, wenn auch die Insurgenten niemals große Heeresmassen formirten, noch große Schlachten schlugen. Unter den Anführern einzelner Banden, die den Sarden viel zu schaffen machten, wurden 1860 Oberst Lagrange und General Luvera, 1861 Chiavone, Tristani und Borjes genannt. Chiavone war ein Liebling des Volks und stammte auch aus dem Volke. Gebürtig aus Sora, wurde er ein Zimmermann, später Waldhüter. Er behielt auch als Insurgentenführer seine ländliche Tracht bei, trug aber nie einen Rock, sondern nur eine lange rothe Weste, dazu Pistolen im Gürtel und einen Generalshut auf dem Kopfe. Borjes kam aus Spanien, wollte eine größere

Streitmacht zusammenbringen, unterlag aber im ersten ernsten Kampf und wurde kriegsrechtlich erschossen, am 8. Dezember 1861. Im Jahr 1862 wurde Pilone als neuer Insurgentenchef genannt. Da die Regierung beharrlich fortfuhr, die für ihren rechtmäßigen König aufgestandenen Volksmänner nur Räuber zu nennen und als solche zu behandeln, darf man sich nicht wundern, daß die letztern auch wieder grausame Repressalien übten. Die Regierung verlor viele ihrer besten Soldaten in einem fruchtlosen Kriege mit den Bauern. Alle Generale verzweifelten nach und nach und kein folgender wußte es besser zu machen. So folgte 1861 auf Ponza zuerst Cialdini, dann Lamarmora im Obercommando.

Cialdini genoß einen schlechten Ruf von früherher, obgleich er seinem König gute Dienste geleistet hatte. Da er sich nicht entblödete, sich seinen Sieg über Lamoricière bei Castelfidardo als Nationalehre anzurechnen, als ob hier Franzosen den Italienern an Tapferkeit nachgestanden seyen, während er doch jenen Sieg nur seiner ungeheuern Uebermacht verdankte, erzürnte sich Marschall Pelissier dermaßen über den eitlen Italiener, der überdies mehr den Schergen und Henker als den Feldherrn gemacht hatte, daß er ihm in einem offenen Brief schrieb, er sey bereit, ihm das Certificat der Ehrenhaftigkeit mit dem Stiefelabsatz zu geben.*)

Garibaldi hatte bereits als Dictator von Neapel die Einheit

*) „Monsieur! Vous dites dans votre dernière proclamation que vous avez fait fuir un général français. Vous connaissant comme je vous connais, je vous sais parfaitement incapable d'une pareille chose; mais votre mensonge acquiert d'autant plus de gravité et de ridicule qu'il s'adresse à un général qui est la bravoure même. Je ne veux pas achever cette rectification ici, mais je me reserve seulement de la faire avec le bout de ma botte, si jamais je vous rencontre comme en Crimée."

Italiens proklamirt und mit dem Königreich beider Sicilien dem König Victor Emanuel auch zugleich schon den Titel eines Königs von Italien überliefert. Damit übereinstimmend, hatte Valerio, ein sardinischer Commissär in Ancona, in einer amtlichen Schrift Venetien als zum Königreich Italien gehörig bezeichnet. Dagegen wurde nun aber Protest erhoben und Victor Emanuel selbst fand es räthlich, das Geschenk Garibaldis abzulehnen und die Krone von Italien nicht eher annehmen zu wollen, bis sie ihm durch eine italienische Nationalversammlung förmlich würde übertragen werden. Die Kammer in Turin aber, die schon Deputirte aus den bisher annectirten Provinzen in sich aufgenommen hatte, zu denen sofort auch die aus Neapel treten sollten, war schon vorhanden und stellte eine Nationalversammlung dar. Indem sie am 18. Februar 1861 zum erstenmal als italienische Kammer in Turin eröffnet wurde, ging sie rasch ans Werk und rief am 14. März Victor Emanuel zum König von Italien aus. Man affectirte, Victor Emanuel den „König Ehrenmann" zu nennen, während seine Politik aber so treulos war wie die seines Vaters, des rè perfido, seine Sitten aber an Rohheit seinem Aeußern glichen.*)

Er hatte die Erlaubniß dazu von Frankreich schon erhalten, aber unter Bedingungen, die ihm unmöglich machten, in Wahrheit das zu seyn, wovon er den Namen angenommen hatte. Er durfte nämlich weder Rom, noch Venedig anrühren, ohne diese beiden Städte und

*) Sein dickes Gesicht kennzeichnet ein Schnurr- und Kinnbart in drei lange Spitzen gedreht. Eine Engländerin in Toscana wurde verhaftet, weil sie von seinem Bilde gesagt hatte, er sähe wie ein Viehhändler aus. Seine Gemahlin starb aus Kummer über seine Rohheiten, während eine seiner vielen Maitressen, die derbe Tochter eines Tambour-Major, ihn (1854) zu großem Ergötzen der Turiner Bevölkerung durchprügelte. Hist.-polit. Blätter 1860. Band 46 S. 637.

Gebiete aber war er nicht Herr von ganz Italien. Er, der ohne alles Verdienst, blos durch Napoleons III. Gnade und durch Garibaldis Kühnheit in den Besitz schöner Provinzen gelangt war, konnte mit seinem Raube zufrieden seyn und hätte gern Ruhe gehabt, aber er war den Italienern, der mächtigen Volkspartei Garibaldis verantwortlich geworden. Er hatte diese Leute gebraucht, er brauchte sie noch, er konnte sie nicht los werden. Wie aber sich mit ihnen abfinden und ihren groben Forderungen entrinnen?

Sein Minister, Graf Cavour, verfehlte natürlich nicht, Frankreich offiziell zu bitten, es möge die Einverleibung des Kirchenstaats in das Königreich Italien gestatten, bemühte sich aber auf der andern Seite, den Italienern Vernunft zu predigen. Er hatte gewissermaßen Recht, wenn er meinte, auch ohne des Königs persönliches Verdienst sey es eine Wohlthat für die, welche Italiens Einheit forderten, daß wenigstens der größte Theil Italiens jetzt unter einem Herrn vereinigt sey. Wolle man mehr, so stürze man sich in einen ungleichen Kampf, denn Frankreich werde alsdann nicht mehr helfen. Er suchte vor allem Zeit zu gewinnen und legte den größten Werth darauf (in seiner sehr gewandten und ausführlichen Rede vom 26. März 1861), die Meinung zu verbreiten, eine friedliche Lösung werde sich finden, sofern, wie er zu verstehen gab, der Hof der Tuilerien mit dem von Turin dahin arbeiteten, den Papst zu versöhnen. Es liege nicht blos im Interesse der italienischen Nationalität, sondern auch in dem der gesammten katholischen Christenheit, daß der Papst seinem weltlichen Besitz entsage, dafür aber im vollen Besitz seiner geistlichen Gewalt als unabhängiger Herr neben allen weltlichen Herren anerkannt werde. Sein Motto war: „Die freie Kirche im freien Staat" (als ob eine Kirche, deren Oberhaupt Unterthan eines weltlichen Königs von Italien werden mußte, noch frei hätte bleiben können!). Die absolute Trennung der Kirche vom Staate sey die Forderung des Jahrhunderts. Ohne

Rom könne Italien nicht einig werden. Ohne den guten Willen des italienischen Volks sey aber auch der Papst machtlos. Das ließ sich gut anhören, aber niemand glaubte daran. Wenn er unter anderem sagte, „im Schooße des italienischen Volkes liege die beste Garantie für die Kirche," so war das eine leere Phrase für die Ohren Garibaldis, den zu beruhigen doch Cavours Hauptabsicht seyn mußte.

Garibaldi ließ sich auch nicht irre machen, sondern kam von der Insel Caprera zurück, um seinen Sitz in der Turiner Kammer einzunehmen, und forderte hier am 14. April eine allgemeine Bewaffnung des italienischen Volkes. In höchster Entrüstung warf er dem Grafen Cavour vor, derselbe spiele ein falsches Spiel und meine es nicht aufrichtig mit der Einheit Italiens, sondern betrachte dieses schöne Land nur als eine Beute, die er nicht einmal für seinen König behalten dürfe, sondern mit Frankreich theilen müsse. Durch die Abtretung der Grafschaft Nizza an Frankreich habe man ihm, dem Garibaldi, der von Nizza gebürtig sey, das Vaterland unter den Füßen weggezogen. „Wie kann ich, rief er, dem die Hand drücken, der mich zum Fremdling in meiner Heimath gemacht hat?" Dennoch ließ er sich wieder beruhigen und der König redete ihm so zu, daß er in dessen Gegenwart dem Grafen Cavour doch noch die Hand reichte. So ging es gewöhnlich. Garibaldi wurde immer von den Parteien hin- und hergerissen und war gutmüthig genug, auch ohne Hoffnung auf Erfolg einer nach der anderen nachzugeben. Sein Antrag auf allgemeine Volksbewaffnung fiel durch. Ebenso der Antrag anderer, welche die Zurückberufung Mazzinis verlangten. General Bixio, Garibaldis Freund, und viele andere Garibaldi'sche Offiziere traten aus der Armee aus und trotzten. Da erlaubte ihnen der König, ein Freicorps von 18,000 Mann zu bilden. Das war alles, was von Garibaldis Bewaffnung des ganzen italienischen Volkes übrig blieb.

Der ganze Vorgang war ein Sieg des französischen Einflusses über den englischen. Deswegen wurden alsbald von den Lords Palmerston und Russel Contreminen angelegt, und schon im Mai etablirte sich in Mailand ein von London kommender Ausschuß der Revolutionspropaganda, Kossuth, Klapka, Türr 2c. Das Programm dieser Herren war das nämliche, was Kossuth schon früher in seinem Schreiben dem Kaiser der Franzosen vorgelegt hatte: die Vollendung der Insurrection in Italien, die Eroberung Roms und Venedigs, die Fortpflanzung der Revolution nach Ungarn, Serbien, der Wallachei und Polen. Die Aussichten für die Verwirklichung ihrer Pläne waren aber nicht günstig. Die Freischaaren Garibaldis reichten nicht aus. Sie tumultuirten in Mailand, gaben aber dadurch der Regierung nur erwünschten Anlaß, sie mit einem Schein des Rechts niederzuhalten. Napoleon III. diente der sardinischen Regierung zum Rückhalt. Auch Rußland sah nicht gleichgültig zu, daß von Italien aus auf eine polnische Revolution spekulirt wurde, war also in dieser Frage, trotz seiner Antipathieen gegen Oesterreich, doch keineswegs damit zufrieden, daß Venedig durchbrochen werden sollte, um die Revolution an die Karpathen zu tragen. Obgleich nun aber Graf Cavour unter diesen Umständen der Unterstützung der Großmächte sicher war, hatte er doch in unmittelbarer Nähe eine unendliche Mühe, die zahlreichen Enthusiasten für die Einheit Italiens, denen er früher geschmeichelt und deren er sich bedient hatte, jetzt theils abzuschrecken, theils belehrend zu beschwichtigen. Eine aufrichtige Verständigung war nicht möglich. Graf Cavour unterlag den Anstrengungen und Sorgen seiner Stellung und starb unerwartet schnell am 6. Juni 1861.

An Cavours Stelle wurde der Baron Ricasoli Chef des Ministeriums in Turin, ein Toscaner, Verschwörer von 1848, fanatischer Feind der Priester. Es ist schwer, diesen Mann richtig zu beurtheilen, da er dem Haß der Gegner, dem Neide eigener Partei-

genossen blosgestellt war. Man warf ihm feige Prahlerei vor, doch wohl mit Unrecht, denn er war durch die Rücksichten, die sein König zu nehmen hatte, gebunden. Später hat er Energie genug gezeigt. Schon die bloße Meinung, die man damals hegte, er könne Energie zeigen, veranlaßte Napoleon III., am 15. Juni 1861 eine Drohnote durch Thouvenel nach Turin zu befördern, worin er Frankreich verwahrte, als übernehme es eine Bürgschaft des neuen Königreich Italien oder billige nachträglich die Mittel, durch die es sich im Süden vergrößert habe. Vor allem solle der Hof von Turin das Verhältniß respectiren, in welchem sich Frankreich zum h. Stuhle befinde. Ricasoli blieb nun nichts übrig, als in der Kammer zu erklären, die Regierung werde nichts gegen Rom unternehmen, außer im Einverständniß mit Frankreich. Ein Abgeordneter bemerkte einfach, das wahre Einverständniß werde doch nicht zu erlangen seyn.

Ricasoli warf dem Höllenhunde der Revolution einstweilen einen fetten Bissen hin, um ihn schweigen zu machen, nämlich das Kirchengut. Wer über die neue 500 Millionen-Anleihe klagte, wurde ausgelacht. Seht da, hieß es, die Schätze der Kirche! In einem neuen Gesetzesentwurf kehrte Ricasoli den italienischen Stiefel auf die andere Seite, daß alle Kirchthürme nach unten sahen, und schüttelte, daß alle Kirchen ihre Kleinode und Schätze, alle Kirchengüter ihre Einkommen in fabelhaften Summen fallen ließen, behielt all diese Schätze und decretirte: Alles Kirchengut gehört dem Staat, die Bischöfe erhalten vom Staat kleine Gehalte ausgezahlt, und Mönche und Nonnen, bis sie aussterben, kleine Pensionen.

Gegen diese Maßregel hat Frankreich nichts eingewendet, wie es denn auch die Umtriebe der italienischen Opposition gewähren und durch den Prinzen Napoleon sogar unterstützen ließ. Die demokratische Partei hatte einen Anhang im Parlament zu Turin, hauptsächlich unter Mitwirkung Ratazzis, welcher sich an die Stelle Ricasolis zu

drängen bemüht war, und wurde insgeheim vom Prinzen Napoleon protegirt. Ihre eigentliche Seele war Mazzini, der seine Freunde in England hatte. Ohne Zweifel wünschte Frankreich, durch diese Partei sich des Ricasoli zu entledigen. Prinz Napoleon durfte daher im März 1862 im französischen Senate eine Rede zu Gunsten der italienischen Einheit halten. Der Sprechminister Bilault hofmeisterte ihn zwar ein wenig, aber es entging niemand, daß Napoleon III. es nicht ungern sah, wenn die Propaganda in Italien neue Hoffnungen auf seinen Vetter setzte. Ratazzi eilte nach Paris und kehrte nach Turin nur zurück, um dort erster Minister zu werden und Ricasoli zu verdrängen.

Garibaldi, der es bisher mit der Regierung gehalten, aber es auch mit Mazzini nicht verdorben hatte, wurde ins Interesse gezogen. In Genua war der Hauptherd der Demokraten. Hier entstand das s. g. Vorsorgecomité für Rom und Venedig, ähnlich dem, was früher für die Revolutionirung Siciliens und Neapels durch Garibaldi vorgesorgt hatte. Rom bedeutete den Krieg gegen Frankreich, Venedig den gegen Oesterreich. Das Centralcomité dieser Vorsorge verständigte sich mit dem Centralcomité der zweiten Gesellschaft für italienische Einheit. Man machte sich Hoffnung, wenn man Rom einstweilen in Ruhe ließe und nur Oesterreich angreife, werde Frankreich einstweilen ruhig zusehen. Man konnte aber nicht wagen, Oesterreich in Venedig anzugreifen, wenn man ihm nicht auch im Rücken Feinde erweckte. Man war damals sehr rührig, in Ungarn, Montenegro, Serbien und in den Donaufürstenthümern eine Revolution vorzubereiten. Dadurch sollte Oesterreich gehindert werden, Venedig mit ausreichenden Kräften zu vertheidigen. Auch der Aufstand der Truppen in Nauplia hing damit zusammen. Die Revolutionspartei schmeichelte dem König Victor Emanuel mit Annectirung Griechenlands, wenn der Revolutionsplan an der untern Donau gelänge, weil dann König Otto

leicht könne beseitigt werden. Man dachte, bei Gelegenheit eines italienischen Zuges nach der Balkanhalbinsel, den zweiten Sohn Victor Emanuels, Amadeus, Herzog von Aosta, zum König der Hellenen auszurufen und so dem Haus Savoyen die Herrschaft im ganzen östlichen Theil der Mittelmeerländer zu verschaffen.

Voll von solchen Hoffnungen tagte am 9. März 1862 ein großer demokratischer Congreß zu Genua, dem Garibaldi in seinem rothen Hemde präsidirte. Indeß konnte sich Victor Emanuel von diesen Hitzköpfen unmöglich hinreißen lassen und je anmaßender sie vorgingen, um so mehr war er genöthigt, ihnen entgegen zu treten. Zwar suchte sein Minister Ratazzi mit Schlangengewandtheit das Volk beim guten Glauben zu erhalten, die Regierung habe kein anderes Ziel, als die italienische Einheit, allein er sah sich doch genöthigt, nicht nur den demokratischen Congreß zu mißbilligen, sondern auch die aufkeimende Nebenregierung in Genua der Mittel zu berauben, wodurch sie schaden konnte. Er löste das Corps der Freiwilligen auf, vertheilte die Offiziere zum Theil in die Linie und ließ die große Zahl der übrigen zur Disposition stellen. Unterdeß hatten die Demokraten fleißig das Beispiel der Schweizer nachgeahmt, Schützenvereine gegründet und Schützenfeste veranstaltet. Diese Schützen waren es, die sich durch die alberne Einladung, welche sie von deutschen Demokraten zum großen Schützenfest in Frankfurt a. M. erhielten, bethören ließen und sich einbildeten, sie würden von Deutschland unterstützt werden, wenn sie Oesterreich angriffen. In der Hoffnung, Garibaldi werde dadurch mit fortgerissen werden, wagten sie, sich in Brescia und Bergamo zu sammeln, um ins Venetianische einzubrechen. Der größte Theil von ihnen wurde indeß am 14. Mai zu Sarnico und an einigen andern Orten entwaffnet und das unsinnige Unternehmen vor der Ausführung vereitelt.

Beinahe gleichzeitig wurde auch der griechische Plan vereitelt.

Die Seele desselben war der berüchtigte Türr. Ein österreichischer Ueberläufer, hatte er 1849 in Italien und wieder im Krimkriege, dann 1859 wieder in Italien gewühlt und gekämpft, und war General-Lieutenant und Adjutant des Königs Victor Emanuel geworden. Er sollte die Balkanhalbinsel insurgiren, aber er hatte kein Geld, Ratazzi gab ihm viel zu wenig. Die Revolutionspartei wußte sich indeß zu helfen durch die berühmt gewordene Beraubung einer großen Kasse in Genua. Am 1. Mai brachen sechs Bewaffnete in das Bureau des Banquier Parodi, bedrohten das Geschäftspersonal mit dem Tode und stahlen 810,000 Frcs. baar. Aber sie wurden durch ein Taschentuch, womit einer der Räuber einem der Commis den Mund zugebunden hatte, verrathen. Die Genueser Gerichte verfügten Verhaftungen, was Garibaldi öffentlich zu tadeln wagen durfte.

Unterdeß war der Papst über die ganze Art und Weise, wie sich Frankreich, das sich als seinen Beschützer geberdete, durch die italienische Regierung hatte fortreißen lassen, sehr ungehalten, und es trat eine Spannung zwischen Rom und Paris ein, welche Garibaldi schnell wieder benutzen zu müssen glaubte. Wenn Frankreich den Papst Preis gab, mußte Victor Emanuel die Puppe der Fortschrittspartei werden. Garibaldi richtete sein Augenmerk wieder auf Süditalien, wo nicht blos die Fortschrittspartei, sondern auch das fromme Landvolk die sardinische Regierung haßte. Was ihm vor zwei Jahren gelungen war, die Revolutionirung Italiens von Sicilien aus, wurde abermals in Scene gesetzt. Das Signal dazu gab ein großer Tumult in Neapel, bei dem das Volk „Tod dem Ratazzi und Lamarmora!" rief. Garibaldi selbst eilte nach Sicilien, wiegelte daselbst seine Anhänger auf, hielt am 29. Juni 1862 eine fulminante Rede gegen Rom und gegen die italienische Regierung, die sich von Frankreich noch immer gängeln lasse und das verhaßte Rom nicht anzugreifen wage. Italien könne nicht einig werden, so lange der Papst nicht

aus Rom vertrieben werde. Man müsse Frankreich trotzen; man müsse kühn genug seyn, die Franzosen selbst aus Rom hinauszujagen. „Der Verräther vom 2. Dezember hält Rom besetzt unter dem Vorwand, den Papst zu beschützen. Aber es ist Lüge, ihn treibt nur Herrschsucht, gemeine Habgier ꝛc.“ Genug, Garibaldi sammelte wieder ein Volksheer um sich unter dem Feldgeschrei: Rom oder den Tod!

Die piemontesischen Truppen, welche unter General Cugia in Sicilien standen, erhielten von Ratazzi den Befehl, Garibaldi wo möglich einzuschließen, während Cialdini eine größere Macht in Calabrien zusammenzog, um den verwegenen Agitator aufzufangen, wenn derselbe von der Insel herüber käme. Es kam jedoch zu keinem Kampfe, da die Piemontesen ihren Feind sicher machen wollten, Garibaldi selbst aber die Miene annahm, als handle er im geheimen Auftrage Victor Emanuels. Es waren sehr verschiedene Interessen im Spiel. Garibaldi meinte es am ehrlichsten. Denn er wollte nichts als die Einheit Italiens und darum Rom haben, gleichviel, ob mit Hülfe des Königs oder der Republikaner. Mazzini hoffte, wenn Garibaldi erst Rom eingenommen hätte, sowohl den König, als auch Garibaldi selbst beseitigen zu können und sich zum republikanischen Dictator aufzuwerfen, unter der eifrigen Mithülfe Englands. Victor Emanuel aber fürchtete sich vor nichts so sehr, als daß die Franzosen das tolle Vorgehen Garibaldis zum Vorwand nehmen würden, um Neapel zu besetzen, und daß ihm dann ein Murat den Besitz beider Sicilien streitig machen würde. Daher die Eile und Energie, womit Cialdini im Süden vorrücken mußte. Was der König nicht that, hätten die Franzosen gethan. That er es selbst, so hatte er noch den Vortheil, der Welt zu zeigen, daß er Herr in Italien sey.

Garibaldi hatte kaum 1000—1200 Freiwillige auf der Insel

Sicilien um sich vereinigt, als er schon mit ihnen nach Calabrien hinübersetzte und gar nicht zweifelte, die königlichen Truppen würden, wie in Sicilien, so auf dem Festlande ihm ausweichen oder sich vielleicht gar an ihn anschließen. Diese Voraussetzung machte ihn unvorsichtig, so daß er sich am 28. August am Berge Aspromonte „wie ein Kaninchen im Sack" fangen ließ. In einem Engpaß des Gebirges von Cialdinis ungeheurer Uebermacht plötzlich überrumpelt, fiel er verwundet in des Gegners Hände. Garibaldi selbst erzählt, er habe den Seinigen befohlen, nicht zu schießen, die Piemontesen aber hätten geschossen und ihn habe eine Kugel den Knöchel des rechten Fußes getroffen. Die kleine Freischaar wurde gefangen oder zerstreut, Garibaldi selbst auf einem Schiffe nach Spezzia gebracht. Das ganze Unternehmen war somit gescheitert. Ohne Zweifel ist der leichtgläubige Held auch diesmal wieder von falschen Rathgebern mißbraucht worden. Victor Emanuel aber blieb nichts übrig, als ihn unschädlich zu machen.

Nachdem dies geschehen war und der verwundete Held nicht sobald wieder einen Versuch machen konnte, die sardinisch-französische Politik im englischen Interesse zu durchkreuzen, ließ Victor Emanuel ihn freisprechen, so daß er, nachdem sein Fuß durch Ausschneidung der Kugel wieder geheilt war, im Dezember nach seinem alten Asyl auf der Insel Caprera zurückkehren konnte. Diese Großmuthsrolle war dem König aufgenöthigt durch die Rücksicht, die er theils auf England, theils auf die zahlreichen Anhänger Garibaldis und auf das Nationalgefühl zu nehmen hatte. Dem Arzt, der die Kugel aus Garibaldis Fuß ausgeschnitten hatte, wollte ein reicher Engländer dieselbe um eine fabelhafte Summe abkaufen, der Arzt aber hielt einen solchen Handel nicht für ehrenhaft. In London erregte die Nachricht von Garibaldis Gefangennehmung und Verwundung am 5. October einen großen Tumult. Hier bestand nämlich ein Comité

zur Unterstützung des italienischen Freiheitshelden und das no popery Geschrei war im englischen Volke noch nicht so sehr verstummt, daß sich nicht viele bereits auf die Eroberung Roms und auf die Vertreibung des Papstes durch Garibaldi hätten freuen sollen. Um diese Freude waren sie nun gebracht worden und tobten und schimpften. Die vielen tausend gut katholischen Irländer aber, die in London von ihrer Arbeit leben, wollten den h. Vater nicht beschimpfen lassen, und so kam es zwischen ihnen und dem für Garibaldi begeisterten Pöbel zu einer blutigen Schlägerei im Hyde-Park.

Man sagt, Lord Russel habe bei der Zusammenkunft am 12. October 1860 in Coblenz den Prinz-Regenten von Preußen sehr gegen Oesterreich zu stimmen gesucht. Dasselbe geschah von Rußland aus. Gleichwohl erfolgte die Anerkennung des Königs von Italien von Seite Preußens nur mit Zurückhaltung, es bedang sich dabei „Garantieen“ aus und erhielt auch desfalls von Turin aus „formelle Zusicherungen.“ Auf diese war nun allerdings nicht zu bauen. Doch war unter den gegebenen Umständen und bei der zwischen Preußen und Oesterreich bestehenden Spannung das Benehmen Preußens in dieser Frage immerhin rücksichtsvoll und nicht direct feindlich gegen Oesterreich gerichtet. Deswegen ging der österreichische Minister, Graf Rechberg, in der Gereiztheit zu weit, wenn er erklärte: „Wir glauben, daß diese Garantieen, diese formellen Zusicherungen den Werth des Blattes Papier nicht erreichen, auf welchem sie geschrieben stehen.“ Er hätte, wenn er auch sardinischen Zusicherungen zu mißtrauen volles Recht hatte, doch anerkennen sollen, daß es Preußen diesmal nicht darum zu thun war, Oesterreich wehe zu thun. Auch wies die preußische Regierung damals alle Zumuthungen zurück, die ihr von Oesterreichs Feinden gemacht wurden. Man muthete ihr zu, in Deutschland die Rolle zu spielen, welche Sardinien in Italien spielte. Le Piemont allemand war schon eine stehende Phrase. Um

den Preis der Rheinprovinzen würde Frankreich Preußen geholfen haben, sich die Mittel- und Kleinstaaten in Deutschland zu annektiren, wie es um den Preis Savoyens und Nizzas dem Sarden in Italien geholfen hatte.

Schon im Januar 1861 gab der in Berlin tagende deutsche Nationalverein die Erklärung ab: „Weder Preußen noch Deutschland habe ein Interesse, Venetien im Besitz Oesterreichs gegen das neue italienische Reich zu schützen.“ Der Verein hat dadurch nur bewiesen, daß er vom deutschen Nationalinteresse nichts verstehe. Am 6. Februar nahm die zweite preußische Kammer mit 159 gegen 146 Stimmen zur Antworts-Adresse an den König ein Amendement des Freiherrn v. Vincke an, welches lautete: „Der fortschreitenden Consolidirung Italiens entgegen zu treten, erachten wir weder im deutschen noch preußischen Interesse.“ Doch trat ihm Herr v. Schleinitz, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, mit Würde entgegen. Cavour beeilte sich, dem Herrn v. Vincke ein Großkreuz zu schicken, und die Italiener wollten ihm schon eine große goldene Ehrenmedaille schlagen lassen, Vincke wies sie jedoch ab und erklärte, er habe nur im preußischen Interesse gesprochen. Seine Stimme aber und die des Nationalvereins wurde in Italien doch für die der deutschen Nation gehalten, und im Mai 1862 wagte es die Mailänder Schützengesellschaft, das bevorstehende große deutsche Schützenfest beschicken und Garibaldis Alpenjäger mit den deutschen Schützen Brüderschaft machen zu lassen. Sie wurde dazu noch mehr durch eine förmliche Einladung von Frankfurt aus berechtigt. Doch die wackern Schützengesellschaften von Bayern und Tirol donnerten den deutschvergessenen Thoren ihr Halt zu und Deutschland entging der Schande, die man ihm angesonnen hatte.

Es gereichte Preußen zur großen Ehre, daß nicht nur das preußische Ministerium sich gegen Vinckes Antrag erklärte, sondern

auch der Kronprinz von Preußen, welcher im Herbst 1862 Italien bereiste, in Rom den König Franz II. besuchte, nicht aber über Turin ging und Victor Emanuel begrüßte. Auch der Prinz von Wales machte damals eine Reise nach Italien und empfing von einem Theil der Einwohner Neapels eine Adresse, in welcher ihm die unheilvollen Früchte der Politik Palmerstons gezeigt wurden. „Sagen Sie, hieß es in der Adresse, daß Sie von der Hand der Piemontesen zerstörte Städte, einst reiche, jetzt mit Blut getränkte Gegenden, die Kerker mit tausenden von Unglücklichen gefüllt, das ganze Königreich als Wüste gefunden haben. Sagen Sie, daß wir statt der Freiheit die Knechtschaft, statt des Gesetzes die Willkür, statt Wohlstand nur Elend von Piemont empfangen haben."

Nachdem Victor Emanuel so glücklich mit Garibaldi fertig geworden war, glaubte er ein Recht zu haben, sich nunmehr als sein eigener Herr zu betrachten und an dem auf ihm lastenden französischen Joche ein wenig zu rütteln. Sein Ministerpräsident Ratazzi spielte eine etwas verwegene Rolle. Er hatte Ricasoli verdrängt, nachdem er unmittelbar vorher in Paris gewesen war, und er selber machte glauben, er sey durch den französischen Einfluß zu seinem wichtigen Amte gelangt. Nun wollte er es aber auch den Italienern recht machen und fingirte, Napoleon III. hege für die Italiener viel günstigere Absichten, als derselbe in der That hegte. Was hieran wahres sey, mußte erprobt werden. Auf Befehl des Königs erließ Durando, sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten, am 10. Sept. 1862 ein Rundschreiben, worin er hervorhob, Victor Emanuel habe im Frühling den Angriff auf Tirol verhütet und im Spätsommer Garibaldis Angriff auf Rom hintertrieben, mithin bewiesen, daß er Herr der Lage sey. Nun solle man ihn aber auch nicht länger von außen her, d. h. von Paris aus bevormunden, sondern ihm Rom als Hauptstadt Italiens öffnen; er werde dem Papst als geistlichem Oberhaupt

die nöthigen Bürgschaften gewähren. Die Sprache dieses Briefes war so auffallend, daß man voraussetzen muß, derselbe sey gar nicht ernst gemeint gewesen, sondern habe nur bezweckt, der italienischen Einheitspartei den guten Willen des Königs zu zeigen, als würde er gern mit Garibaldi Hand in Hand gehen, wenn er nur dürfte, wenn ihm nur Frankreich nicht zu mächtig wäre. Es versteht sich von selbst, daß Durandos Umlaufschreiben in Paris mißbilligt und abschlägig beschieden wurde und daß Victor Emanuel von Napoleon III. abhängig blieb nach wie vor. Der ganze Vorgang führte zu nichts, als daß Ratazzi entlassen und sein Amt dem Farini übergeben wurde, der ein entschiedener Gegner Garibaldis war. Auch Thouvenel, dem Napoleon III. bisher erlaubt hatte, dem Papst zu drohen, wurde jetzt entlassen, und Drouyn de Lhuys wieder zum Minister des auswärtigen Amtes ernannt, dessen Erklärungen dem Papst viel günstiger lauteten und das in Italien Vorgefallene tadelten. Am Ende des Jahres 1862.

Franz II. durfte ruhig in Rom bleiben und konnte von hier aus der Insurrection im Königreich Neapel hülfreiche Hand leisten. Dagegen halfen alle Klagen der sardinischen Regierung nichts. Es lag zu sehr im Interesse der französischen Politik, der Herrschaft Victor Emanuels im Neapolitanischen fortwährend Schwierigkeiten zu bereiten. So lange derselbe nicht vollkommen Herr im Süden war, blieb er von Frankreich abhängig. Auch wollte Napoleon III. die Frage offen lassen, ob nicht zuletzt doch Murat besser für Neapel passen würde, als Victor Emanuel. Aus diesem Grunde strengten sich die Franzosen in Rom nicht an, die geheimen Rüstungen aufzudecken und zu verhindern, die dort fortwährend zu Gunsten der Insurrection im Neapolitanischen gemacht wurden. Ein bourbonisches Comité versorgte die Insurgenten mit Anführern, Waffen und Geld. Zu den früher erwähnten Anführern kamen noch Cipriani, Crescenzo,

Codiprito, der riesenstarke Priester Ricci, Lo Zambro (der wegen seiner Menschlichkeit gerühmt wird), Crocco, Colpa, Pietrunzo, Caruso, Schiavone, Rolla. Sie führten einen kleinen unablässigen Krieg, geschützt durch die Gebirge und durch die Gunst der Landbevölkerung. Zu großen Kämpfen kam es nie, aber im Einzelnen wurde entsetzlich viel gemetzelt. Die piemontesischen Generale ließen alle mit den Waffen in der Hand Gefangenen erschießen und man berechnete nach zwei Jahren die Zahl der standrechtlich Erschossenen schon zu 7000. Außerdem wurden von beiden Seiten Grausamkeiten begangen, wie sie den heißblütigen Italienern in ihren Bürgerkriegen immer eigen waren.

In Unteritalien hatte das Raubsystem der neuen Regierung Victor Emanuels das Volk in Elend und Empörung gestürzt. Die frühere, so oft verleumdete Regierung war milder gewesen und hatte das an wenig Lebensbedürfnisse gewöhnte Volk zufrieden erhalten; jetzt übten die piemontesischen Beamten ein unerträgliches Schrecken- und Raubsystem. In Ulloas „Briefen" wird nachgewiesen, welches Elend die piemontesische Herrschaft über Neapel gebracht hat, ohne selbst etwas dabei zu gewinnen. Denn sie hat sich beim Volk unsäglich verhaßt gemacht. Das piemontesische Heer hat in der blutigen und doch immer vergeblichen Bekämpfung der Volksaufstände seine besten Truppen verloren. Der unermeßliche Raub des Kirchenguts im Königreich Neapel hat doch nicht ausgereicht, den Rachen der geldfressenden Revolutionsregierung Victor Emanuels auszufüllen. Die Lüge, die unausgesetzt beschäftigt ist, das Ausland über die wahren Zustände Neapels zu täuschen, macht doch keinen Eindruck auf das neapolitanische Volk selbst. Die Lüge verkündigte ein Plebiscit, vermöge dessen Victor Emanuel von einer ungeheuern Mehrheit des neapolitanischen Volkes freiwillig zum König sollte gewählt worden seyn. Das ist zum Lachen. Die Stimmen waren gefälscht.

Die grausamste Verfolgung traf die Priester mit Ausnahme der Elenden, die auch hier, wie zur Zeit der französischen Revolution in Paris, ihren Eid brachen. „Welt- und Ordenspriester waren unter wahnsinnigem Geschrei Garibaldi entgegengegangen; man hatte Mönche gesehen, die die Pistole und das Crucifix in der Hand hielten, das rothe Hemd über ihre Kutte anzogen. Aber das Volk, das wahre Volk, hatte die Augen davon abgewendet oder über diese Possen gelacht. Die große Mehrzahl der Priester, besonders in Neapel, gab das Beispiel der Tugenden ihres Standes. Man kannte ihren Einfluß, man wußte, daß sie feindlich gesinnt waren, und man beschloß daher, sie zu bekämpfen. Die Regierung ließ den Feinden der Kirche alle Freiheit. Man sah den Pater Gavazzi, diesen schamlosen und tollen Mönch, auf den Plätzen die Freiheit der Frau und der Ehen, den Socialismus, den Mormonismus predigen; man sah den Pater Pantaleo Conferenzen in den Kirchen abhalten, wo er von den abtrünnigen Priestern wie ein Schauspieler im Theater beklatscht wurde. Die Regierung ihrerseits bemächtigte sich der Kirchen, um sie in Gefängnisse und Kasernen zu verwandeln; die schöne Kirche della Vittoria in Palermo wurde in einen Stall umgewandelt! Dies war nicht weniger unpolitisch als frevelhaft.“ Eine Menge Priester, die ihrer Kirche anhingen, wurden in die Kerker geschleppt.

Es genügte nicht, die Kirche zu plündern, den Klerus zu ächten und zu mißhandeln. Das ganze Institut der Kirche sollte zerstört werden. Man glaubte, das neapolitanische Volk werde sich nicht eher bereit erklären, den Papst aus Rom vertreiben zu helfen, bis ihm der christliche Glauben bis auf die letzte Wurzel aus dem Herzen gerissen sey. Darum wird alles gethan, um die Kirche und die Priester zu verhöhnen und den christlichen Glauben lächerlich zu machen. Unter den Gebildeten werden italienische Uebersetzungen der gottlosen Bücher von Voltaire, Renan &c. in Masse verbreitet. Der

großen Menge aber, die nicht lesen kann, sucht man durch das Theater und durch bildliche Darstellungen beizukommen. „Der Neapolitaner hat das Theater immer bis zum Wahnsinn geliebt. Aber in Neapel, unter einem lachenden Himmel, der die Gegenstände in so glänzende Tinten kleidet, wo die Abendluft mit Wohlgerüchen getränkt und wo alles Harmonie ist, bedarf man auf dem Theater glänzender Farben, naiver, graziöser und eleganter Werke. Das Drama muß innig mit der Religion vereint bleiben, das Theater hat ein volksthümliches Daseyn nur unter der Bedingung, daß es den Glauben des Volkes widerspiegelt. Die Eroberung aber, die sich ankündigte als gekommen, um die Neapolitaner zu moralisiren, ermuthigte von Anfang an die Schamlosigkeit der Theater. Diejenigen, die das Gewissen in der Ergebung an die Regierung sahen, ließen Dramen voll von politischen Anspielungen aufführen, von denen das revolutionäre Publikum das Geheimniß besaß, und man empfand eine kindische Freude, die Porträts darin wiederzufinden. Die Demagogie rief fortwährend das Volk zu den scenischen Darstellungen, und man gab schalkhafte Dramen, die kein anderes Verdienst als eine skandalöse Immoralität hatten. Die Künstler verdarben die Zuschauer und die Zuschauer die Künstler. Bald darauf lehrten Fanatismus und Unglaube das Volk, daß die Religion nur noch eine Schwäche der Seele seyn könnte. Der Katholicismus wurde von der revolutionären Dramaturgie mit so cynischen Sarkasmen angegriffen, daß selbst Diderot mit Verachtung und Ekel darüber gelächelt haben würde. Man schleppte die Kardinäle, den Papst, die Märtyrer und die Heiligen auf die Bretter. Das Verdienst der Werke dieser Art liegt gewöhnlich nur in der Bosheit; aber sie dienten dazu, den Materialismus in den Reihen des Volkes zu verbreiten und Rom zu bekriegen. Ließ man nicht den Londoner Pöbel das Bildniß des Papstes verbrennen? Warum sollte der italienische hinter dem englischen zurückbleiben? Da

jedoch die Zügellosigkeit der Darstellungen die anständigen Leute vom Theater entfernen konnte, erlaubte die Regierung die obscönsten und schmutzigsten Bücher in den Straßen und öffentlichen Lokalen zu verkaufen. Oeffentliche Ausschreier verkaufen in den Straßen abscheuliche Pamphlets; gemeine und ekelhafte Bilder sind in den Schaufenstern der Kaufläden ausgestellt. Man überschüttet alles, was der Ehrfurcht würdig ist, selbst das Unglück, mit Lächerlichkeit."

Die Gemahlin des Königs Franz II., Marie, die Heldin von Gaëta, erntete verdienten Ruhm. Aus Frankreich schickten ihr die Damen der Auvergne eine Statue der Jungfrau von Orleans. In Deutschland ließ die verwittwete Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz einen goldenen Lorbeerkranz für sie verfertigen, an dem jedes einzelne Blatt den Namen derjenigen deutschen Fürstinnen trugen, welche sich bei dieser Huldigung betheiligten. In ganz Europa war nur eine Stimme der Bewunderung für die junge Wittelsbacherin, die so schön die Ehre des verwitterten Hauses Bourbon gerettet hat. Aber die sprüchwörtliche Redensart: „sie war der einzige Mann in der Familie," wurde von ihren zahlreichen Feinden in Italien zu einer satanischen Verleumdung benutzt und die Propaganda der Revolution überschwemmte Rom nicht nur mit Spottschriften und Spottliedern, sondern auch mit einer Menge von Karikaturen der schandbarsten Art. Sogar in die Zimmer der Königin selbst wurden diese Teufeleien eingeschmuggelt, so daß sie ihrem Anblick nirgends entgehen konnte. Da sich nun auch ihr Verhältniß zu den ihr früher schon abgeneigten Familiengliedern nicht günstiger gestaltet zu haben schien, rettete sie sich nach Deutschland und brachte den Winter auf 1863 im Kloster der Ursulinerinnen in Augsburg zu, von wo sie jedoch im April wieder zurückgerufen wurde. Die Moral der Revolution war nie tiefer gesunken, als in dem Augenblick, in dem man den reinen Ruf der Königin Marie antastete.

Als Farini erkrankte, folgte ihm im März 1863 Minghetti, mit dem Programm des einstweiligen Abwartens. Diesem folgte noch in demselben Jahre Visconti Venosta. Italien blieb in seiner jämmerlichen Lage. Die Brigandage dauerte fort. In Sicilien zeigte sich eine neue Erbitterung gegen die piemontesische Besatzung, deren Offiziere von den Eingeborenen so oft zum Duell herausgefordert wurden, daß es augenscheinlich im Complott geschah und die Regierung dagegen einschreiten mußte. Im nördlichen Italien wurde die Mißhandlung der Kirche fortgesetzt, wurde Renans Spottbuch, worin Christus verhöhnt wird, aus dem Französischen übersetzt und in unzähligen Exemplaren verbreitet und schämte sich Victor Emanuel nicht, diesen Renan mit einem Orden zu belohnen.

Im Frühjahr 1864 wiederholten sich Gerüchte, daß der Papst leidend sey und nicht lange mehr leben könne. Das benutzte Victor Emanuel wieder, um durch seinen Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, eine Note an Frankreich richten zu lassen, worin gebeten wurde, die französischen Truppen möchten aus Rom abziehen und italienische Truppen des Königs einlassen, um eine Revolution zu verhüten, die andernfalls unfehlbar bei dem Tode des Papstes ausbrechen würde. Napoleon III. ließ durch seinen Minister Drouyn de Lhuys antworten, der h. Vater könne noch lange leben, wenn er aber auch durch den Tod abberufen würde, so sey die französische Besatzung in Rom stark genug, nicht nur um eine etwaige Revolution niederzuschlagen, sondern auch um das Conclave zu beschützen, welches den Nachfolger des Papstes ernennen werde. Es war dem König Victor Emanuel auch diesmal mit seiner Forderung an Frankreich kein Ernst gewesen. Er mußte nur von Zeit zu Zeit solche Forderungen stellen, um die Garibaldianer im guten Glauben zu erhalten, er denke im Herzen ganz wie sie. Napoleon III. aber gestattete ihm, solche Forderungen zu machen, weil sie ihm Gelegenheit gaben,

Italien sein ganzes Uebergewicht fühlen zu lassen und durch seine Sorge für den Papst alle eifrigen Katholiken in Frankreich zu beruhigen.

Im Sommer machte der Kronprinz Humbert, Victor Emanuels ältester Sohn, eine Reise nach Paris, wie es hieß, um die Prinzessin Mathilde Murat zu heirathen, was sich aber wieder zerschlug. Man träumte in Italien schon davon, Venedig werde die Mitgift der Prinzessin werden. Humbert reiste von Paris nach Kopenhagen, um den König Christian der italienischen Sympathieen zu versichern. Das Gerücht wollte wissen, er habe sich vergeblich um die Prinzessin Dagmar beworben, welche sich bald darauf mit dem russischen Thronfolger verlobte.

Kurzes Aufsehen machte der Bandenführer Crocco, der nach Rom flüchtete und dem Papst eine bedeutende Summe geraubten Geldes zur Verfügung gestellt haben soll, um sich dadurch die Freiheit zu erkaufen. Das Gerücht, er sey freigelassen worden, bestätigte sich nicht.

Mittlerweile war Frankreich durch die Ankunft des russischen Kaisers auf deutschem Boden und durch desselben geheime Verabredungen mit dem König von Preußen und Kaiser von Oesterreich zu der Besorgniß veranlaßt worden, es bereite sich eine neue Coalition der drei nordischen Großmächte vor. In England wurden verfälschte Depeschen abgedruckt, welche diesem Verdachte Nahrung gaben. Napoleon III. that daher plötzlich einen neuen Zug auf dem europäischen Schachbrett, indem er am 15. September 1864 einen neuen Vertrag mit Victor Emanuel abschloß, worin sie vereinbarten: 1) Italien verpflichtet sich, das gegenwärtige Gebiet des Papstes nicht anzugreifen und jeden von außen her (NB. nur von außen her, so daß gegen eine Revolution in Rom selbst der Vertrag nichts einzuwenden schien) gegen besagtes Gebiet kommenden Angriff zu ver-

hindern. 2) Frankreich wird seine Truppen aus den päpstlichen Staaten spätestens binnen zwei Jahren zurückziehen. 3) Die italienische Regierung wird sich jeder Einsprache gegen die Organisation einer päpstlichen Armee enthalten. 4) Italien wird einen verhältnißmäßigen Antheil an der Schuld der frühern Kirchenstaaten übernehmen. Der Sinn dieses Vertrages wurde von dem Marchese Pepoli, dem Vetter des französischen Kaisers, der den Vertrag mit unterzeichnete und schon lange der geheimste Vermittler zwischen den Cabinetten von Paris und Turin war, bei einem Gastmahl am 8. October zu Mailand in einer Tischrede dahin ausgelegt, „der Vertrag werde keinen Theil von Italiens nationalem Programme beeinträchtigen, sondern im Gegentheil den letzten Ring der Kette brechen, welche Frankreich mit den Feinden Italiens zusammenband." Derselbe Pepoli sagte im Turiner Parlamente: „Der Vertrag vom 15. September vereinige die liberalen Mächte wieder." Er nahm also an, der Vertrag sey im Allgemeinen und unter der Voraussetzung, daß ihm auch England beitreten werde, gegen die Coalition der nordischen Mächte, zunächst aber gegen Oesterreich gerichtet und bedrohe Venedig. Der Minister Peruzzi äußerte sich in einer Rede im neapolitanischen Städtchen Eboli, er kenne die Intentionen derer, die den Vertrag geschlossen, zu gut, um im geringsten daran zu zweifeln, „daß wir bald in Rom, der einzig wahren Hauptstadt Italiens, seyn werden." Auch Nigra, der italienische Gesandte in Paris, verrieth etwas zu vorlaut, daß er den Vertrag ebenso auslege. Da aber diejenigen Umstände noch nicht eingetreten waren, welche Frankreich im Ernst genöthigt haben würden, der Revolution in Italien den Zügel schießen zu lassen, um sie in einem Kriege gegen Oesterreich als Waffe zu gebrauchen, mußte Victor Emanuel jene voreiligen Prahlereien seiner Diener desavouiren und gab Drouyn de Lhuys, als Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Paris,

die bestimmtesten Erklärungen ab, daß er „die Schleichwege“ mißbillige und verwerfe, auf denen man den im Vertrage dem Papst zugesicherten Schutz umgehen wolle. Frankreich werde unter allen Umständen den Papst schützen, auch gegen das geheime Treiben revolutionärer Agenten in Rom selbst. „Sobald Italien in Rom eindringen wolle, werde es Frankreich in Rom finden.“ Diese Schreckschüsse hinderten indessen nicht, daß in Italien die Meinung fortbestand, der Vertrag habe eine wächserne Nase und Drouyn de Lhuys äußere sich wohl, wie es die Situation augenblicklich mit sich bringe, aber Frankreich habe damit noch nicht sein letztes Wort gesprochen.

Garibaldi und Mazzini theilten die Hoffnungen der Cavouristen nicht. Sie waren von jeher die entschiedendsten Gegner der französisch-sardinischen Allianz gewesen, weil Italien der napoleonischen Politik nur als Mittel dienen sollte. Schon hatte Italien die erste französische Hülfe mit Savoyen und Nizza bezahlen müssen. Die zweite, hieß es jetzt, werde Italien noch einen größern Preis kosten, denn wenn Napoleon dazu hülfe, daß die italienische Fahne in Venedig aufgepflanzt werde, sey schon im Voraus bedungen, daß Piemont und Genua an Frankreich kommen müßten. Garibaldi gerieth auf seiner Insel Caprera in solchen Zorn, daß seine Briefe wie die eines Verrückten lauteten.

Bei diesem Sachverhalt darf es nicht Wunder nehmen, daß auch die Bevölkerung von Turin in die wildeste Aufregung gerieth. Von hier waren alle Einheitsbestrebungen Italiens ausgegangen. Hier wurzelte die Militärmacht, durch die allein die widerspenstigen Provinzen des neuen Königreichs Italien nothdürftig zusammen gehalten wurden. Und nun verlautete auf einmal, Victor Emanuel habe mit dem Vertrage zugleich die Verpflichtung übernommen, schon innerhalb eines halben Jahres seine Residenz von Turin hinweg nach Florenz zu verlegen. Das war für die Turiner ein harter Schlag. Abgesehen

von den materiellen Vortheilen, die ihnen die Hofhaltung des Königs zubrachte, sahen sie im Verlust der Residenz zugleich eine tiefe Kränkung ihrer Ehre und eine Schwächung ihres Einflusses auf Italiens Geschicke. Plötzlich zu einer Provinzialstadt erniedrigt, sollten sie, die über ganz Italien zu herrschen gewohnt waren, sich jetzt von Florenz aus beherrschen lassen. Oder noch schlimmer, sie waren vielleicht schon insgeheim an Frankreich verkauft. Man kann sich also denken, wie das Blut in diesen stolzen und ein wenig verwöhnten Herzen kochte! Vom 21. September an war ganz Turin in Aufruhr, und zwar in Aufruhr gegen den König und das Ministerium. Ein gewisser Ambrogio hielt feurige Reden an das Volk und wüthende Massen stürmten die Ministerien unter tausendstimmigen Verwünschungen des französischen Einflusses und unter donnernden Vivats für Garibaldi. Der König ließ Truppen ausrücken, aber vergebens, es kam zu blutigen Kämpfen, welche drei Tage lang dauerten. Das Geschrei Viva Garibaldi! Abbasso le influenze Francesi! Abbasso Napoleon! erfüllte die Luft. Endlich entschloß sich der König, das verhaßte Ministerium zu entlassen und ein neues zu berufen, an dessen Spitze Lamarmora trat. Die Zahl der Todten belief sich auf 155. Der König war so taktlos, die verwundeten Aufrührer zu besuchen und zu trösten, nicht aber das verwundete Militär. Die Bevölkerung nahm die Beruhigungen hin, die man an sie verschwendete, und ergab sich einer trostlosen Resignation, da sie sich gänzlich isolirt sah, denn da Turin bisher nur ein Gegenstand des Neides für die übrigen Städte Italiens gewesen war, rührte sich auch nicht eine einzige, ihm beizustehen.

Im Anfang des Jahres 1865 mußten Vorbereitungen zur Uebersiedelung des italienischen Hofes von Turin nach Florenz getroffen werden, denn dahin hatte Napoleon III. im Septembervertrag seinen italienischen Vasallen verwiesen. Der arme Victor Emanuel sollte

nicht Rom zur Hauptstadt Italiens machen, aber auch nicht in Turin bleiben dürfen. Mochte es nun in der Absicht Frankreichs liegen, zu Savoyen und Nizza auch noch Piemont und Genua zu erwerben, oder nicht, so mußte doch jedenfalls die Entfernung des Königs von Turin den Piemontesen höchst unangenehm seyn. Die tiefe Erbitterung darüber hatte schon, wie wir oben sahen, zu heftigen Demonstrationen geführt. Je mehr diese Erbitterung wuchs, desto mehr verlor Victor Emanuel den Boden unter seinen Füßen. Wenn die ihm angestammte Bevölkerung des nordwestlichen Italien sich von ihm wandte, auf welche wahre Anhänglichkeit durfte er in den andern Provinzen rechnen, denen er sich nur als Usurpator aufgedrängt hatte? Das alles aber brachte ihn in nur noch größere Abhängigkeit von Frankreich. Wenn ihn Frankreich nicht mehr hielt, war seine Sache verloren.

Als die Zeit herannahte, in der er nach Florenz übersiedeln sollte, machte sich der Zorn des Turiner Volks noch einmal Luft. Am 30. Januar war ein glänzender Hofball angesagt, als aber die Wagen anfuhren, war der Schloßplatz mit Volkshaufen erfüllt, die keinen Wagen durchließen, die Pferde scheu machten, die Kutscher zur Umkehr zwangen, Steine in die Wagen warfen und die vornehmen Herren und Damen selbst insultirten. Ein General bekam einen Schlag auf den Kopf. Der französische Gesandte de Malaret wurde höllisch ausgepfiffen und mußte umkehren. Die Nationalgarde blieb dabei ganz unthätig. Auch die Linientruppen zauderten, ehe sie den Platz räumten, denn sie hatten das unwürdige Benehmen des Königs nicht vergessen, der nach dem letzten Auflauf ihre Verwundeten übergangen hatte, um nur die der Empörer zu besuchen. Unter diesen Umständen blieb der Hofball sehr leer. Nur ganz wenige Parlamentsglieder fanden sich ein, vom Magistrat der Residenz niemand, auch von der Nationalgarde niemand. Zugleich tönte das Gebrüll durch

die Straßen: Abbasso il Rè! (Nieder mit dem König!) Nach einer solchen Herzensergießung seines Volks brannte dem König das Pflaster von Turin unter den Füßen und schon am 3. Februar fuhr er mit geringem Gefolge auf und davon, um, wie er selber sagte, nie mehr wiederzukommen. Seit seiner Entfernung entleerten sich auch sechs Logen im königlichen Theater, bisher besetzt von schönen Römerinnen, Venetianerinnen, Genueserinnen, Polinnen &c., deren Luxus der König Galantuomo aus seiner Civilliste bestritten hatte. Man kann dem Gefühl der Turiner nur Gerechtigkeit widerfahren lassen. Sie hatten alles für ihren angestammten Fürsten gethan, ihn durch ihre Treue und Aufopferung groß gemacht, und nun opferte er sie undankbar und herzlos dem französischen Bündniß auf. Wer Schmach säet, muß Schmach ernten.

Inzwischen trat Besinnung ein. Der Magistrat von Turin suchte den König in einer Adresse zu versöhnen und der König selbst wurde in Florenz überredet, den Skandal als ungeschehen zu betrachten und den üblen Eindruck schnell wieder zu verwischen, indem er die Einladung des Magistrats, nach Turin zurückzukehren, annehme. Er folgte diesem Rath und ließ sich wirklich am 23. Febr. wieder in Turin sehen, wo man ihn festlich empfing und die Versöhnungscomödie so gut als möglich durchspielte, ohne sich im Ernst zu versöhnen, da an dem, worüber man klagte, nichts geändert wurde. Minister Lamarmora soll die Comödie mißbilligt, Lanza sie durchgesetzt haben. Der König kehrte bald wieder nach Florenz zurück, wohin die ganze Regierung übersiedelte.

Mazzini ließ im März geheime Artikel veröffentlichen, welche dem Septembervertrag angeblich angehängt worden seyen und wonach Victor Emanuel sich verpflichtet habe, Piemont und Genua an Frankreich abzutreten, sobald er zum Besitz Venedigs gelange.

Dem König scheint bei diesem Auflauf nicht ganz wohl zu

Muthe gewesen zu seyn. Indem er das Vertrauen seiner Turiner verlor, sah er sich durch einen französischen Befehl hinausgeschleudert nach Florenz, wo ihm keinerlei Vertrauen entgegen kam. In Turin allein war man für die Centralisirung Italiens gewesen, in allen andern großen Städten war man föderalistisch gesinnt. Wenn Turin nicht mehr die Hauptstadt blieb, verhielt es sich auch sogleich gegen das neue Centrum eben so föderalistisch, wie sich die anderen Städte bisher gegen Turin selbst verhalten hatten. Victor Emanuel wurde zwar in die Höhe, aber aus den Wurzeln gehoben und seine Lage wurde schwindelnder, als sie je zuvor gewesen war.

Oesterreich und der Papst behaupteten eine auffallende Ruhe. Oesterreich erklärte zugleich mit Spanien, sie hegten Vertrauen zu der französischen Politik, lassen dem heiligen Vater in Rom seine freie Entschließung und behalten sich übrigens eventuell ihre Rechte als katholische Großmächte vor. Papst Pius IX. blieb sogar heiter und soll, wie er denn zuweilen zu scherzen pflegte, von der zweijährigen Frist, die der Vertrag vom 15. September festsetzte, gesagt haben: In zwei Jahren ist der Esel todt oder der Strick zerrissen!

Während in Wien ernstlich an einer Verständigung mit Frankreich gearbeitet wurde und andererseits eine Wiederkehr der Allianz Frankreichs mit England noch in weiter Ferne zu liegen schien, die Agitationspartei in Italien also keine Aussicht auf französische Hülfe hatte, drangen dennoch garibaldische Freischaaren ins venetianische Gebiet ein und überfielen am 21. Oktober das Städtchen Belluno. Begreiflicherweise wurden sie von der österreichischen Militärmacht erdrückt, doch hatten sie Schlupfwinkel im Gebirge und beunruhigten an mehrfachen Punkten die k. k. Behörden noch bis in den November. Dann trat wieder Ruhe ein.

Die frivole Art, in der man in Italien über den September-

vertrag urtheilte, als ob damit nur ein leicht zu überspringendes Provisorium geschaffen wäre, und die Mißachtung Frankreichs, die sich darin aussprach, veranlaßten den Kaiser der Franzosen durch den auswärtigen Minister Drouyn de l'Huys am 30. Oktober 1864 eine Depesche an den französischen Gesandten in Turin zu erlassen, worin der italienischen Regierung und den Italienern überhaupt der Standpunkt klar gemacht wurde, den Frankreich ihnen, d. h. der Befehlende dem Gehorchenden, angewiesen hatte. Von Italien aus war auf das nationale Recht hingewiesen worden und Napoleon III., der so viel Werth auf das Nationalitätenprincip legte, schien dasselbe auch in Italien achten zu müssen. Aber die Depesche bemerkte: „Aus den Worten ‚Rechte der Nation, nationales Streben' liest trotz aller Vorsicht, mit welcher die Sprache sie umgeben hat, sich jeder heraus, was er fürchtet oder was er wünscht. Ohne Zweifel hat man einige Mühe sich zu erklären, wie das italienische Königthum sich eines Tages in Rom befinden solle, wenn dasselbe sich doch selbst das Dorthingehen zu verbieten scheint. Denn solche Aussichten gehen doch nicht auf natürliche Weise aus der Trübung einer Convention hervor, welche die Verlegung der Hauptstadt des Königreichs nach Florenz stipulirt und das päpstliche Gebiet gegen jeden bewaffneten Angriff sicher stellt. Diese subtilen Probleme beirren nicht wenig die Gemüther. Es ist Sache der Ereignisse, dieselben zu stellen. Die Aufrichtigkeit wie die Klugheit gestatten es nicht, vorzeitig die Lösung derselben in leeren Hypothesen zu suchen. Zu diesem Behuf habe ich in meiner Correspondenz und in meinen mündlichen Besprechungen alle Aufklärungen gegeben, welche geeignet sind, tollkühne und beleidigende Folgerungen abzuschneiden. Diese Aufklärungen sind in folgenden Propositionen zusammengefaßt: 1) Zu den gewaltsamen Mitteln, deren Anwendung Italien sich verboten hat, muß man die Manöver revolutionärer Agenten auf dem päpstlichen Gebiete rechnen,

sowie jede Hetzerei, die aufständische Bewegungen daselbst hervorrufen wollte. 2) Die moralischen Mittel, deren Anwendung Italien sich vorbehalten hat, bestehen einzig in den Kräften der Civilisation und des Fortschritts. 3) Die einzigen Bestrebungen, welche der Hof von Turin als legitim ansieht, sind diejenigen, welche die Versöhnung Italiens mit dem Papstthum zum Gegenstand haben. 4) Die Verlegung der Hauptstadt ist ein ernstliches Pfand an Frankreich, sie ist weder ein vorläufiges Auskunftsmittel, noch eine Marschstation auf dem Wege nach Rom. Dieses Pfand zurücknehmen hieße den Vertrag vernichten. 5) Die Propositionen des Herrn Grafen Cavour im Jahr 1861 enthielten nichts von dieser Clausel in Bezug auf die Hauptstadt; außerdem beschränkten sie die Armee des h. Vaters auf eine bestimmte Zahl und stellten unsern Truppen zum Abmarsch eine Frist von 14 Tagen. Man wird den beträchtlichen Unterschied nicht verkennen, der zwischen diesen Propositionen und der Septemberübereinkunft besteht. 6) Der Fall einer Revolution, die von selbst in Rom ausbrechen sollte, ist in der Convention nicht vorgesehen. Für diesen Fall behält Frankreich sich die Freiheit seines Handelns vor. 7) Das Turiner Cabinet behält die Politik des Herrn Grafen von Cavour bei. Nun, dieser berühmte Mann hat erklärt, daß Rom mit Italien vereinigt und Hauptstadt desselben nur werden könne, mit Zustimmung Frankreichs."

Im Anfang des November las man in der Unità Italiana ein Schreiben Mazzinis, worin der Septembervertrag in den bittersten Ausdrücken verdammt wurde, mit dem Refrain: Dieser Vertrag mit dem französischen Autokrator ist Italiens größte Schmach. Wir Italiener wollen nicht der Spielball eines Bonaparte seyn!

In denselben Tagen wagte es Coppini, einer der wenigen besonnenen Männer im italienischen Parlament zu Turin, dem Papste mitten unter dessen wüthendsten und verrücktesten Feinden eine Lob-

rede zu halten: „Ich kann nicht ohne Bewunderung auf die Haltung des h. Vaters blicken. Ohne Waffen fürchtet er doch keine Macht der Welt. Ein solcher Greis ist ein erhabenes Schauspiel. Ihr habt die Gewalt, aber ihr werdet nicht siegen. Denn das Papstthum besitzt eine geheimnißvolle Kraft, durch alle Länder verbreitet, die niemand aus der Welt hinaus bringen kann. Bedenket dies und lernt daraus, daß, wenn ihr die römische Frage lösen wollt, ihr euch darüber nicht mit dem Ausland, sondern mit dem Papste selbst verständigen müßt." Eine Erinnerung an Gioberti, der die italienische Einheitspartei zuerst ermahnt hatte, daß sie ihre Zwecke nur mit dem Papste, nie ohne ihn erreichen könne.

Am 4. November enthüllte Sella im italienischen Parlament den jämmerlichen Zustand der Finanzen. Die Verwaltung der geraubten Länder hatte nirgends den räuberischen Charakter verleugnet. Victor Emanuel hatte sein Heer, hatte seine Beamten mit großen Kosten vermehren müssen und doch war auch aus dem großen Raube der Kirchengüter und aus der drückenden Besteuerung der unterworfenen Provinzen viel zu wenig in den Staatsschatz geflossen, um die Kosten zu decken. Sella enthüllte unter anderm die Thatsache, daß von 120 Millionen, welche für die gestohlenen Kirchengüter hätten gelöst werden sollen, nur 13 Millionen in den Staatsschatz gekommen seyen. Sella dokumentirte ein Deficit von 316 Millionen und schlug bedeutende Erhöhungen der Steuern und Zölle, wie auch Abzüge von den Besoldungen vor, um das Deficit nur einigermaßen zu decken. Die Schuld lag an den Veruntreuungen der Beamten, wie 1859 in Oesterreich und wie früher 1797 in demselben unglücklichen Italien. Auf dem Panier der Eroberer stand das schöne Wort libertà! aber die Eroberer kamen nur, um sich auf Kosten der s. g. Befreiten zu bereichern. Je prekärer, namentlich in dem gährenden Unteritalien, die Commissariate und Beamtungen aller Art waren, um so größer war

die Lockung, schnell an Raub zusammenzuraffen, so viel man konnte. Auch beim Bau der Eisenbahnen klagte man über arge Bestechungen und Unterschleife.

Am Ende des October 1865 vereinigte sich die königliche Familie in Turin zum Empfange des jungen Königspaares von Portugal. Hier wurden wahrscheinlich viele Hoffnungen gefaßt, wie dem König von Sardinien ganz Italien, so war dem König von Portugal die ganze pyrenäische Halbinsel zugedacht worden, freilich erst zugedacht, aber der Mächtige, der da erlaubt hatte, daß überhaupt solche Hoffnungen gefaßt werden durften, gab gerade in jenen Freudentagen zu Turin einen Beweis, daß er die Hoffnungen nicht niederschlagen wollte. Denn er kündigte dem Papste an, er werde nunmehr den Septembervertrag erfüllen und mit dem Zurückziehen der französischen Truppen aus Rom den Anfang machen. In Folge dessen legte der bisherige Kriegsminister des Kirchenstaats, Graf Merode, sein Amt nieder, denn durch seinen Feuereifer mußte er fürchten, dem von den Franzosen verlassenen Papste mehr zu schaden als zu nützen. Zwischen dem 5. und 8. November verließen in der That die ersten 4000 Franzosen die Stadt Rom. In der nämlichen Zeit feierte die Politik Victor Emanuels einen kleinen Triumph, indem Sachsen und Bayern das Königreich Italien anerkannten. Es blieben also außer den Großstaaten nur noch wenige kleinere Staaten Deutschlands übrig, die es noch nicht gethan hatten, und Victor Emanuel konnte sich freuen wahrzunehmen, daß deutsches Nationalinteresse sich nicht gekränkt fühlte, wenn auch das österreichische verletzt wurde.

Am 18. November wurde das italienische Parlament in der neuen Hauptstadt Florenz von Victor Emanuel mit einer feierlichen Rede eröffnet, worin er keineswegs eine vollkommene Befriedigung mit dem, was er und die Nation bisher (durch Napoleons Gnade) errungen hatte, aussprach, sondern nur noch einige Geduld empfahl, bis das

letzte Ziel erreicht seyn werde. „Wir werden, den Sinn auf die volle Erreichung unserer Selbständigkeit (der König konnte darunter nur die Ergänzung des italienischen Reichs durch den Besitz von Rom und Venedig meinen) gerichtet, jegliches Hinderniß zu besiegen wissen. Die Fähigkeit, warten zu können, ist heute für Italien erleichtert. Sollten zur Vollendung der Geschicke Italiens neue Gefahren zu bestehen seyn, so bin ich sicher, daß seine tapfern Söhne sich um mich schaaren werden. Wir müssen den Weg der nationalen Politik einhalten.“ Das hieß deutlich gesprochen und ging weit über das Versöhnungsprogramm des französischen Kaisers hinaus, denn der König blickte mit heißer Gier nach Objecten, die ihm der Septembervertrag noch versagte. Gleichwohl sprach er in seiner Thronrede nicht nur von seiner schuldigen Dankbarkeit gegen Frankreich, sondern erwähnte auch, „daß die Bande unter den Völkern der lateinischen Race gestärkt worden seyen.“ Das bezog sich auf seine innige Verbindung mit Portugal und auf die Hoffnungen, mit denen die Progressisten in Spanien dem Lissaboner Hofe schmeichelten. Alles in der Thronrede athmete Lust, Zuversicht, versteckte Kampfbegier. Nur der elende Stand der Finanzen warf seinen schwarzen Schatten in das glänzende Gemälde. Das neue Königreich hatte ein Deficit von 300 Millionen und noch sah man kein Ende der lüderlichen Beamtenwirthschaft.

Indem die neue italienische Regierung die christliche Kirche und ihr Oberhaupt in Rom auf die feindseligste Weise angriff, verkaufte sie sich gänzlich dem Juden. Ein Correspondent der Augsburger Allg. Zeitung vom 1. April 1865 schrieb aus Turin: „Rothschild wird bald unumschränkter Herr seyn im Lande Italien und Victor Emanuel wird zuletzt seine Civilliste aus der Kasse des hiesigen Agenten Rothschilds, Herrn Horace Landau, sich auszahlen lassen müssen. Außer den auf viele hunderte von Millionen lautenden

Schuldbriefen wird Rothschild in bäldester Frist auch die Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen und Kirchengüter in Händen haben, und dem Finanzminister Sella nichts mehr zu versetzen übrig bleiben, als die reine freie Gottesluft, in der wir athmen. Seit gestern cirkulirt das Gerücht, daß Herr Sella auch das Tabaksmonopol an das bekannte Pariser Banquierhaus verpachten will."

Hinter den großen Dieben wollten die kleinen nicht zurückbleiben. In Neapel bildete sich eine Bande von 10,000 Menschen, die s. g. Camorra, aus, die von ihren Mitbürgern einfach durch Drohungen Tribut erhob und bei Verkäufen von National- oder Kirchengütern andere Käufer abschreckte, um die Güter zu Spottpreisen zu erwerben.

Die neue italienische Regierung hat rescribirt, confiscirt, Altes zerstört, aber nirgends etwas gutes Neues eingeführt. Wohin die piemontesischen Harpyen kamen, verschwand der Wohlstand und kehrte Armuth ein. Ungeheuer viele Menschen wurden eingekerkert, hingerichtet, aber keine einzige neue Straße gebaut, keine einzige Gemeinde reorganisirt, kein einziges nutzbringendes Gesetz gegeben. Die Regierung Victor Emanuels ist so unproductiv und steril wie irgend eine Räuberregierung in der Welt. Auch haben die Minister nichts anderes zu thun, als immerfort nur hier das Murren Napoleons, dort das Murren Garibaldis, hier durch hündische Demuth, dort durch Lügen über Lügen zu beschwichtigen. An eine gute und vorzüglich wohlfeile Regierung, an eine weise Schonung und bessere Benutzung der natürlichen Hülfsmittel Italiens zu denken, dazu haben sie weder Verstand, noch das Herz, noch die Zeit.

Italien hat den herrlichsten Culturboden, die werthvollsten Producte und die trefflichsten Häfen. Was war es unter den Römern! Wenn die bisherigen Regierungen versäumt haben, es gehörig zu cultiviren, warum versäumen es die Minister Victor Emanuels eben-

falls? Sie thun es in noch höherem Grade, und in Vergleich mit den früheren Regierungen in Mailand und Florenz, die sehr viel für ihre Länder gethan haben, scheinen nur Räuber mit Schreibfedern hinter den Ohren und Schleppsäbeln an der Seite in den schönen alten Provinzen Italiens alles Inventar aufzunehmen, um es zu stehlen und um Spottpreise zu verschleudern.

Neuntes Buch.

Die römische Frage.

Vom Kirchenstaat war schon das größte Stück abgerissen und der Rest mit der Stadt Rom aufs äußerste bedroht. Ein wunderbares Verhängniß schlug die Italiener mit Blindheit und Thorheit. Allerdings war die römische Kirche voller Mißbräuche, aber daran war das Institut der Kirche, waren die frommen und vieldulbenden Päpste der letzten Zeit nicht Schuld gewesen, sondern nur die weltliche Politik, die in früheren Zeiten durch ihre Intriguen unwürdige Päpste auf den h. Stuhl gebracht und die altchristliche Demuth und Gottesminne durch den Prunk der Renaissance, durch einen durchaus heidnischen Geschmack in der Kirchenbaukunst, Plastik, Malerei, Poesie, Wissenschaft und selbst in der Lebensweise ersetzt hatte. An den geistlichen Höfen hatte noch im vorigen Jahrhundert große Ueppigkeit geherrscht und vom Reichthum der Kirche schwelgten vornehme Müßiggänger und ein unzählbares Heer von Unberufenen, die in der Kirche nur ihre leibliche Versorgung suchten. Daher die Klage über die

„faulen Bäuche," der Mißkredit, in den der Klerus zunächst bei den gebildeten Classen kam. Wenn die irreligiöse Philosophie weniger von Deutschland und England, als von Frankreich aus auch in Italien Anhänger fand, so darf man sich darüber nicht wundern, da schon seit Jahrhunderten die Religionsspötter wie Boccaccio, Aretin, oder satyrische Spaßmacher wie Poggio, der verbuhlte Petrarca ꝛc. die höchste Gunst der Päpste genossen hatten, und erst im vorigen Jahrhundert Cardinäle wie Bembo, nicht zu gedenken der infamen Bösewichter, die sich durch Hofgunst in Frankreich den Cardinalshut erworben, die Fäulniß bezeichnet hatten, die nicht in der Kirche selbst entstanden, sondern womit sie von den weltlichen Höfen aus angesteckt worden war.

Hätte das italienische Volk diese Thatsachen richtig gewürdigt, so würde es auch nicht das ganze ehrwürdige Gebäude der Kirche haben niederreißen und in der Person des h. Vaters die Einheit der Kirche zerstören wollen, sondern es würde in inniger und treuer Hingabe an den wahrhaft frommen und erleuchteten Papst Pius IX. ihn unterstützt haben, die Kirche von den weltlichen Einflüssen und von den Auswüchsen eines bereits demoralisirten oder faulen und nichtsnutzigen Klerus zu befreien. Statt dessen erlebten wir, daß gerade die lüderlich gewordenen und ungläubigen Pfaffen gepriesen und mit offenen Armen von den Fortschrittsmännern aufgenommen wurden, während man nur die frommen und geisterfüllten verfolgte.

So hing der Schutz des Papstes nur noch von der katholischen Welt außerhalb Italien und seit der Niederlage Oesterreichs zunächst vom französischen Kaiser ab, der ihn auch wirklich schützte, aber ein kaum zu rechtfertigendes Spiel mit ihm trieb.

Napoleon III. garantirte dem Papst seine weltliche Herrschaft nur in Rom und seiner nächsten Umgebung; den Rest des Kirchen-

staats mit der Hauptstadt Bologna ließ er unter dem antiken Namen der Provinz Aemilia Victor Emanuel zufallen. Das Programm zu dieser Maßregel enthielt die Flugschrift: „Der Papst und der Congreß," die am Schluß des Jahres 1859 erschien. Am 5. Januar des folgenden Jahres trat der auswärtige Minister, Graf Walewski, aus und überließ die heiklen Verhandlungen mit dem h. Stuhle seinem Nachfolger v. Thouvenel. Papst Pius IX. setzte diesen Gewaltthätigkeiten und Zumuthungen unerschütterlich sein non possumus entgegen.

Mittlerweile hatten die dem Papst von Cavour gemachten Zumuthungen die klerikale Partei in Frankreich heftig aufgeregt. Das würde vielleicht nicht der Fall gewesen seyn, wenn es Cavour allein gewesen wäre, der vom Papste die Verzichtleistung auf seinen weltlichen Besitz verlangt hätte. Aber Laguerronnière, die Feder Napoleons III., unterstützte den Gedanken Cavours in der Brochure: La France, Rome et l'Italie. Das erregte einen Sturm in Frankreich. Dupanloup, Bischof von Orleans, Graf Montalembert, Veuillot erhoben energisch ihre Stimmen für den Papst. Am kräftigsten der Bischof von Poitiers, Louis Eduard, dessen Hirtenbrief einem Bannstrahl gegen Laguerronnière gleichkam. Napoleon III. wurde darin mit Pilatus verglichen, der sich die Hände wusch und neutral bleiben wollte zwischen Christus und seinen Widersachern. Diese würdigen Kleriker nahmen die Brochure des kaiserlichen Libellisten ernsthaft. Dasselbe that der h. Vater in Rom, der in einer Allocution vom 9. Juni 1860 energisch gegen die Voraussetzung protestirte, ein unabhängiges Papstthum könne bestehen ohne einen weltlichen Besitz. Fast alle Bischöfe des katholischen Europa haben diese Allocution unterzeichnet, dem Papste zugestimmt und den Satz vertheidigt (den schon Napoleon I. einmal als selbstverständlich ausgesprochen hatte), daß ohne einen unabhängigen Länderbesitz, ohne eine weltliche Souveränetät der Papst nothwendig in die Gewalt des einen oder andern souveränen Herrn,

in dessen Gebiet er sich aufhalte, fallen müsse, mithin auch seine geistliche Gewalt niemals frei ausüben könne. Eben deshalb aber, weil dies eine Binsenwahrheit ist, durfte man die Flugschrift von Laguerronnière nicht für ernsthaft gemeint halten. Sie war nur für den Augenblick berechnet, um einerseits den Garibaldianern eine Hoffnung offen zu lassen und dem Bundesgenossen in Turin eine moralische Unterstützung zu gewähren, andererseits aber auch die Engländer durch eine kleine Täuschung zu beschwichtigen, nachdem sie bereits ihre Flotte vor Neapel entfaltet und Miene gemacht hatten, Garibaldis Dictatur dort gegen die sardinische Politik aufrecht zu erhalten. Demgemäß durfte auch Prinz Napoleon am 2. März im französischen Senat eine Rede nach dem Herzen der wüthendsten Kirchenfeinde halten, um die Bischöfe ein wenig zu erschrecken und den Liberalen die Versicherung zu geben, die Aemilia werde vom Kirchenstaat getrennt bleiben. Um aber auch den Sturm, den nach einem so hohen Vorgange die Presse jetzt auf die Kirche machte, wieder zu mäßigen und weil gerade damals in Italien selbst Garibaldi gern Rom überfallen hätte, gab der Moniteur am 2. Juni 1861 der Presse schon wieder die Ordre, sich der Angriffe auf den Klerus zu enthalten. Im Ganzen blieb es bei der Entscheidung Napoleons. Der Papst gab nicht nach, bekam aber auch die Aemilia nicht zurück.

Auch Spanien ließ seine Stimme vernehmen und der Minister Mon erklärte in einer Note an Thouvenel, den französischen Minister: „Die Hauptstadt der katholischen Welt gehört den katholischen Nationen; sie ist die Residenz des Papstes, des Kirchenoberhaupts, und niemand hat das Recht, ihn daraus zu vertreiben oder sich in deren Besitz mit ihm zu theilen. Es ist ein Thron, den die katholischen Nationen gegründet haben und den sie vertheidigen. Die Regierung des Kaisers, welche zu diesem Zwecke schon so viele Anstrengungen

gemacht hat, wird auf keine Weise eine Verwirklichung der vom Grafen Cavour ausgesprochenen Absichten zugeben."

Die Anerkennung des Königs von Italien erfolgte am 15. Juni durch Frankreich, im Juli durch Rußland, und die Gesandten beider Großstaaten kehrten nach Turin zurück. Diesem Beispiel folgte auch Preußen, dessen Minister, Graf Bernstorff, in seiner Note bemerkte, Preußen erkenne die Thatsache an, jedoch ohne Präjudiz in Bezug auf Dritte.

In Rom hegte man nun große Besorgnisse und da der Papst öfter kränkelte, hielt er es für angemessen, auf alle Fälle den berühmten englischen Cardinal Wiseman zu seinem Nachfolger zu ernennen, falls er plötzlich stürbe.

Die Hauptsache war und blieb immer, daß Napoleon III., obgleich er den König von Italien anerkannte, sich ausdrücklich die Fortdauer der Besetzung Roms durch eine französische Armee und die fernere Beschützung des Papstes vorbehielt. Was er seinen Laguerronnière sagen ließ, was er sonst that, um den Papst zu ärgern und zu kränken, diente nur, jene Hauptsache zu maskiren. Das kirchenfeindliche Publikum wurde gewissermaßen systematisch mit kleinen Concessionen abgespeist, die ihm glauben machen sollten, der Kaiser sey voll Haß gegen den obstinaten Papst. Zu diesen kleinen Mittelchen gehörten Anekdoten zur Verunglimpfung der nächsten Räthe des h. Stuhls. Cardinal Antonelli wurde abscheulich verleumdet. Eben so der päpstliche Kriegsminister Graf Merode (Schwager Montalemberts), von dem man im Juli 1861 erzählte, er sey so hitzig gegen den französischen General Goyon geworden, daß dieser ihm mit „moralischen Ohrfeigen" geantwortet habe, da er ihm seines geistlichen Gewandes wegen keine physischen geben könne.

Papst Pius IX., der vielgeprüfte, mußte immerfort in die Zähne des Drachen sehen, den nur Napoleon III. mit starker Hand

zurückhielt, und immer wieder hören, er, der Papst sey eigentlich überflüssig und passe in die Zeit nicht mehr. Er hielt es nun für nöthig, der katholischen Welt überhaupt und dem Episcopat insbesondere immer wieder eine Gelegenheit zu einer großartigen Demonstration zu geben. Er berief also im Sommer 1862 die Bischöfe wieder nach Rom, um die 27 japanischen Märtyrer heilig zu sprechen. Ohne Zweifel eine zeitgemäße Wahl, denn jene japanischen Christen hatten bei der großen Verfolgung, welche sie am Ende des 16. Jahrhunderts traf, in Ofengluth und siedendem Wasser und unter den grausamsten Marterwerkzeugen den Glauben standhaft bekannt und ein Vertrauen zu Gott bewährt, woran in der gegenwärtigen Trübsal der Kirche und unter so grausamen moralischen Henkern zu erinnern erfreulich war. Zum Zwecke jener Heiligsprechung nun versammelten sich aus allen Theilen der katholischen Welt in Rom (nur die von Portugal und viele aus Italien waren durch Zwang verhindert) 264 Erzbischöfe und Bischöfe, unter deren Assistenz am 9. Juli die Heiligsprechung erfolgte. Mit den Bischöfen waren aus Frankreich tausende von Priestern gekommen, so daß man es „eine zweite französische Invasion“ nannte. Der h. Vater sprach zur Versammlung von der argen Heuchelei der Kirchenfeinde, welche, indem sie die Kirche beraubten und ihr Ansehen völlig vernichten wollten, sich noch rühmten, sie wollten ihr die Freiheit geben. Hierauf überreichten ihm sämmtliche Erzbischöfe und Bischöfe eine Adresse, worin sie die weltliche Herrschaft des h. Stuhles als ein der Idee der freien Kirche allein entsprechendes, uralt geheiligtes und unveräußerliches Gut vertheidigen zu wollen schwuren, dem h. Vater für seine bisherige Standhaftigkeit dankten und ihn dringend baten, in seinem Widerstande zu beharren. „Wie sollten wir uns noch hier in Rom um unsern Oberhirten schaaren können, wenn hier ein anderer regierte?“ Dupanloup, der berühmte Bischof von Orleans, sagte in

Rom: ici nous sommes chez nous! d. h. jeder Katholik ist in Rom zu Hause und vertheidigt hier seine Heimath.

Im Jahr 1864 war in Rom eine kolossale Statue des Herkules von Bronze, stark und noch wie neu vergoldet, von sehr schöner Arbeit und gut erhalten ausgegraben worden. Righetti, der Eigenthümer des Grund und Bodens, wo sie gefunden wurde, hätte sie um einen sehr hohen Preis nach Rußland verkaufen können, zog es aber vor, sie um einen bedeutend geringern Preis dem Papst für die Sammlungen im Vatikan zu überlassen, und setzte an Ort und Stelle einen Denkstein mit einer Inschrift, welche Pius IX. mit Herkules verglich als einen Helden voll göttlicher Stärke und einen Ueberwinder von Ungeheuern. Die Statue befindet sich seit dem Jan. 1865 im Vatikan als mastaischer Herkules, benannt nach dem Familiennamen des h. Vaters.

Als Napoleon III. es seiner Politik gemäß erachtete, am 15. September 1864 durch seinen neuen Vertrag mit Victor Emanuel den Abzug der französischen Schutztruppen aus Rom binnen zwei Jahren zu versprechen, mußte der päpstliche Kriegsminister, der belgische Graf Merode, sein Amt niederlegen, weil er an eine solche Möglichkeit nie geglaubt und deshalb mit dem Cardinal Antonelli Verdruß bekommen hatte. An seine Stelle trat der deutsche General Kanzler. Der h. Vater aber sah, daß, wenn die Franzosen abzögen, seine bisherige äußere Stütze breche, und er wandte sich zu dem, der allein in allen Nöthen seiner Kirche helfen kann. Der Gedanke war würdevoll und großartig, im Moment der größten Gefahr der Welt noch einmal das Ideal der christlichen Kirche vorzuhalten, von dem sie in so erschreckender Weise abgewichen war.

Pius IX. erließ nämlich am 8. Dezember 1864 eine Encyclica mit einem Syllabus (Zusammenstellung), worin er 80 Irrlehren der Neuzeit als der göttlichen Ordnung zuwider verdammte.

§. I.

Pantheismus, Naturalismus u. absoluter Rationalismus.

1) Es gibt kein höchstes, allweises und allvorsehendes von der Welt unterschiedenes göttliches Wesen, und Gott ist eins mit der Natur, daher dem Wechsel unterworfen und wird in der That nur Gott im Menschen und der Welt, das All ist Gott und besitzt das eigentliche Wesen Gottes; Gott und die Welt sind eins und dasselbe, daher auch der Geist und die Materie, die Nothwendigkeit und die Freiheit, das Wahre und das Falsche, das Gute und das Böse, das Gerechte und das Ungerechte.

2) Jedes Eingreifen Gottes in die Menschheit und die Welt ist zu leugnen.

3) Die menschliche Vernunft ist ohne Rücksicht auf Gott der einzige Schiedsrichter zwischen wahr und falsch, gut und böse; sie ist sich selbst Gesetz und ihre natürlichen Kräfte reichen hin, das Wohl des Menschen und der Völker zu begründen.

4) Alle Wahrheiten der Religion fließen aus der natürlichen Kraft der menschlichen Vernunft; daher ist die Vernunft die erste und vorzüglichste Norm, wonach der Mensch die Erkenntniß aller Wahrheiten jeglicher Art sich erwerben kann und soll.

(Encycl. vom 9. Nov. 1846.)

5) Die göttliche Offenbarung ist unvollkommen und daher einem fortwährenden und unendlichen Fortschritt (progressui) unterworfen, der dem Fortschreiten (progressioni) der menschlichen Vernunft entspricht.

6) Der christliche Glaube widerstrebt der menschlichen Vernunft und die göttliche Offenbarung nützt nicht allein nichts, sondern sie schadet auch der Vervollkommnung des Menschen.

7) Die in der heiligen Schrift dargestellten und erzählten Prophezeiungen und Wunder sind Erfindungen der Dichter und die Geheimnisse des christlichen Glaubens sind die Summe der philosophischen

Forschungen; in beiden Büchern des Testaments sind mythische Erfindungen enthalten; und Jesus Christus selbst ist eine mythische Erdichtung. (Alloc. vom 9. Juni 1862.)

§. II.

Gemäßigter Rationalismus.

8) Da die menschliche Vernunft der Religion gleichzustellen ist, so sind deswegen die theologischen Disciplinen ebenso wie die philosophischen zu behandeln.

9) Alle Dogmen der christlichen Religion sind ohne Unterschied ein Gegenstand der natürlichen Wissenschaft oder der Philosophie; und die bloße historisch gebildete (historice exculta) menschliche Vernunft kann aus ihren eigenen natürlichen Kräften und Prinzipien zu der wahren Erkenntniß in Betreff aller, auch der dunkleren (reconditioribus) Dogmen gelangen, wenn nur diese Dogmen der Vernunft selbst gleichwie ein Object vorgelegt gewesen sind.

10) Da etwas Anderes der Philosoph und etwas Anderes die Philosophie ist, so hat jener das Recht und die Pflicht, sich der Autorität, welche er für die wahre erkannt hat, zu unterwerfen; aber die Philosophie kann und darf sich nicht irgend einer Autorität unterwerfen.

11) Die Kirche darf sich nicht allein gegen keine Philosophie wenden (animadvertere), sondern muß auch die Irrthümer dieser Philosophie dulden und es ihr überlassen, daß sie dieselben selbst verbessert.

12) Die Dekrete des apostolischen Stuhls und der römischen Kongregationen hindern den freien Fortschritt der Wissenschaft.

13) Die Methode und die Prinzipien, nach welchen die alten scholastischen Doktoren die Theologie ausgebildet (excoluerunt) haben, stimmen mit den Bedürfnissen unserer Zeit und dem Fortschritt der Wissenschaften durchaus nicht (minime) überein.

14) Die Philosophie muß ohne Rücksicht auf die übernatürliche Offenbarung betrieben werden.

Mit dem System des Rationalismus hängen zum größten Theile die Irrthümer Anton Günthers zusammen, welche verworfen werden in dem Brief an den Cardinal-Erzbischof von Köln 15. Juni 1847 und in dem Brief an den Bischof von Breslau, 30. April 1860.

§. III.

Indifferentismus, Latitudinarismus.

15) Es steht jedem Menschen frei, jene Religion anzunehmen und zu bekennen, welche er, durch das Licht seiner Vernunft geführt, für die wahre hält.

16) Die Menschen können bei der Uebung jedweder Religion den Weg des ewigen Heils finden und die ewige Seligkeit erlangen.

17) Wenigstens darf wohl auf die ewige Seligkeit aller jener gehofft werden, welche in der wahren Kirche Christi keineswegs leben.

18) Der Protestantismus ist nichts anderes, als eine verschiedene Form derselben christlichen Religion, in welcher es möglich ist, Gott ebenso zu gefallen, als in der katholischen Kirche.

§. IV.

Irrthümer über die Kirche und ihre Rechte.

19) Die Kirche ist nicht eine wahre und vollkommene, völlig freie Gesellschaft und steht nicht auf ihrem eigenen und beständigen, von ihrem göttlichen Stifter ihr verliehenen Rechte, sondern es ist Sache der Staatsgewalt, zu bestimmen, welches die Rechte der Kirche und welches die Schranken seyen, innerhalb der sie dieselben ausüben könne.

(Alloc. vom 9. Dez. 1846, vom 17. Dezember 1860 und vom 9. Juni 1862.)

20) Die Kirchengewalt darf ihre Autorität nicht ohne Erlaubniß und Zustimmung der Staatsgewalt ausüben.

(Alloc. vom 30. Sept. 1861.)

21) Die Kirche hat nicht die Macht, dogmatisch zu entscheiden, daß die Religion der katholischen Kirche die einzig wahre Religion sey.

(Apostol. Schreiben vom 10. Juni 1851.)

22) Die Verpflichtung, welche katholische Lehrer und Schriftsteller überhaupt bindet, ist auf das beschränkt, was von dem unfehlbaren Ausspruche der Kirche als Glaubenssatz für alle aufgestellt wird.

(Schreiben an den Erzbischof von München-Freising vom 21. Dezember 1863.)

23) Die römischen Päpste und die allgemeinen Concilien haben die Grenzen ihrer Gewalt überschritten, Rechte der Fürsten usurpirt und auch in Festsetzung der Glaubens- und Sittenlehre geirrt.

(Apostol. Schreiben vom 10. Juni 1851.)

24) Die Kirche hat nicht die Macht, Gewaltmittel anzuwenden (vis inferendae potestatem non habet), noch irgend eine weltliche direkte oder indirekte Gewalt.

(Apostol. Schreiben vom 22. Aug. 1851.)

25) Außer der dem Episcopat inhärirenden Gewalt gibt es noch eine andere weltliche, welche vom Staat ausdrücklich oder stillschweigend verliehen ist, und daher von der Staatsregierung nach Belieben zurückgenommen werden kann. (L. c.)

26) Die Kirche hat kein angebornes und legitimes Recht auf Erwerb und Besitz.

(Alloc. vom 15. Dez. 1856 und Encycl. vom 17. Sept. 1863.)

27) Die Diener der Kirche und der Papst selbst sind von aller Leitung und Herrschaft über weltliche Dinge durchwegs auszuschließen.

(Alloc. vom 9. Juni 1862.)

28) Die Bischöfe dürfen ohne Erlaubniß der Staatsregierung nicht einmal apostolische Schreiben veröffentlichen.

(Alloc. vom 15. Dezember 1856.)

29) Die vom Papste verliehenen Gnaden (gratiae) müssen für ungiltig angesehen werden, wenn sie nicht durch die Staatsregierung nachgesucht worden sind. (L. c.)

30) Die Immunität der Kirche und der kirchlichen Personen hatte ihren Ursprung im Civilrecht.

(Apostol. Schreiben vom 10. Juni 1851.)

31) Die geistliche Gerichtsbarkeit ist für Civil-, wie für Kriminal-Angelegenheiten der Geistlichen durchaus abzuschaffen, auch ohne Befragen und gegen den Einspruch des apostolischen Stuhles.

(Alloc. vom 27. Sept. 1852 und 15. Dez. 1856.)

32) Ohne alle Verletzung des natürlichen Rechtes und der Billigkeit kann die persönliche Befreiung der Kleriker vom Kriegsdienst abgeschafft werden, und diese Abschaffung verlangt sogar der staatliche Fortschritt namentlich in freiheitlich constituirten Staaten.

(Schreiben an den Bischof von Mondovi vom 20. Sept. 1864.)

33) Es gehört nicht einzig zur kirchlichen Machtvollkommenheit, aus eigenem Rechte die theologischen Studien zu leiten.

(Schr. an den Erzbischof von München vom 31. Dez. 1863.)

34) Die Lehre, welche den römischen Papst einem freien und in der ganzen Kirche seine Macht ausübenden Fürsten vergleicht, ist eine solche, die im Mittelalter vorherrschte.

(Apost. Schr. vom 22. Aug. 1851.)

35) Nichts verbietet, durch Beschluß eines allgemeinen Concils oder durch die That aller Völker das Pontificat von dem Bischof und der Stadt von Rom auf einen anderen Bischof und eine andere Stadt zu übertragen. (L. c.)

36) Die Entscheidung eines Nationalconcils läßt keine weitere

Erörterung zu und die Staatsregierung kann eine Sache bis zu dieser Entscheidung bringen (rem ad hosce terminos exigere potest).

(L. c.)

37) Es können Nationalkirchen errichtet werden, welche der Autorität des römischen Papstes entzogen und von ihr völlig getrennt sind.

(Alloc. vom 17. Dez. 1860 und 16. März 1861.)

38) Zur Scheidung der Kirche in eine morgenländische und abendländische haben die übergreifenden Schiedssprüche (nimia arbitria) der römischen Päpste beigetragen.

(Alloc. vom 18. Aug. 1851.)

§. V.

Irrthümer über die bürgerliche Gesellschaft sowohl an sich, als in ihren Beziehungen zur Kirche.

39) Der Staat (reipublicae status) besitzt als der Ursprung und die Quelle aller Rechte ein schrankenloses Recht.

(Alloc. vom 9. Juni 1862.)

40) Die Lehre der katholischen Kirche ist dem Wohl und Vortheil der menschlichen Gesellschaft zuwider.

(Encycl. vom 9. Nov. 1846 und Alloc. vom 20. April 1849.)

41) Der bürgerlichen Gewalt, selbst von einem ungläubigen Herrscher ausgeübt, steht die Macht über kirchliche Dinge und Angelegenheiten zu; sie besitzt nicht nur das Recht des Exequatur, sondern auch das der Apellation.

42) Im Widerstreite der Gesetze beider Gewalten geht das weltliche Recht vor.

(Apost. Schr. vom 23. Aug. 1851.)

43) Die weltliche Gewalt hat die Macht, feierliche Verträge (vulgo Concordate), die über die Ausübung der zur kirchlichen Im-

munität gehörigen Rechte mit dem h. Stuhle geschlossen wurden, ohne dessen Einwilligung, ja sogar gegen seinen Widerspruch zu beschränken und außer Kraft zu erklären und zu setzen.

(Alloc. vom 1. Nov. 1850 und 17. Dez. 1860.)

44) Die Staatsgewalt kann sich in Sachen der Religion, der Sittenzucht und des geistlichen Regiments mischen. Sie kann also über die Weisungen urtheilen, welche die kirchlichen Oberhirten ihrem Amte gemäß für die Leitung der Gewissen erlassen und kann sogar über die Verwaltung der heiligen Sakramente und die Dispositionen zu deren Empfang entscheiden.

(Alloc. vom 1. Nov. 1850 und 9. Juni 1862.)

45) Die ganze Leitung der öffentlichen Schulen, in denen die Jugend eines christlichen Staates erzogen wird, nur die bischöflichen Seminarien in einiger Beziehung ausgenommen, kann und muß der Staatsgewalt zukommen, und zwar so, daß kein Recht irgend einer anderen Autorität sich in die Schulzucht, in die Anordnung der Studien, in die Verleihung der Grade und die Wahl oder Approbation der Lehrer zu mischen, anerkannt werde.

(Alloc. vom 1. Nov. 1850 und 5. September 1851.)

46) Selbst in den Klerikalseminarien unterliegt der Studienplan (der Genehmigung) der Staatsgewalt.

(Alloc. vom 15. Dez. 1856.

47) Die beste Staatseinrichtung (optima civilis societatis ratio) erfordert, daß die Volksschulen, die den Kindern aller Volksklassen zugänglich sind, und überhaupt für den höheren wissenschaftlichen Unterricht und die Erziehung der Jugend bestimmt sind, aller Autorität der Kirche enthoben und vollständig der Leitung der weltlichen und politischen Autorität unterworfen seien nach dem Belieben der Regierungen und nach Maßgabe der landläufigen Meinungen einer Zeit.

(Schreiben an den Erzbischof von Freiburg vom 14. Juli 1864.)

48) Katholische Männer können eine Art von Jugendbildung sich gefallen lassen, die von dem katholischen Glauben und der Autorität der Kirche ganz absieht und welche die Kenntniß der Naturwissenschaften und die Ziele des irdischen socialen Lebens ausschließlich oder doch als Hauptziel im Auge hat.

49) Die Regierung kann einen unbeschränkten Verkehr der Gläubigen mit dem Papste verbieten.

50) Die weltliche Obrigkeit hat von sich aus das Recht, Bischöfe zu präsentiren und kann von ihnen verlangen, daß sie die Verwaltung ihrer Diöcesen antreten, bevor sie vom heiligen Stuhle die kanonische Einsetzung und das apostolische Schreiben haben.

(Alloc. vom 15. Dez. 1856.)

51) Die weltliche Regierung hat sogar das Recht, die Bischöfe der Ausübung ihres oberhirtlichen Amtes zu entheben und ist nicht verpflichtet, sich in dem was den Episkopat und die Einsegnung der Bischöfe betrifft, nach dem römischen Papste zu richten.

(Apost. Schreiben vom 10. Juli 1851. Alloc. vom 27. Sept. 1862.)

52) Eine Regierung kann aus eigenem Rechte das von der Kirche vorgeschriebene Alter für die Ablegung von Gelübden sowohl bei Männern als Frauen abändern und allen Ordensgenossenschaften verbieten, ohne ihre Erlaubniß Jemanden zur Ablegung der Gelübde zuzulassen. (Alloc. vom 15. Dez. 1856.)

53) Die Gesetze sind abzuschaffen, welche den Schutz der religiösen Orden, ihre Rechte und Verrichtungen betreffen, die staatliche Regierung kann sogar allen Unterstützungen gewähren, welche den gewählten Ordensstand verlassen und ihre Gelübde brechen wollen; ebenso kann sie Ordenshäuser, Collegiatkirchen und einfache geistliche Pfründen, sogar wenn sie dem Patronatsrechte unterstehen, aufheben und ihre Güter der staatlichen Verwaltung und Verfügung überweisen.

(Alloc. vom 27. Sept. 1852, 22. Jan. 1855, 26. Juli 1855.)

54) Könige und Fürsten sind nicht nur von der Jurisdiktion der Kirche ausgenommen, sondern stehen auch bei Entscheidung von Jurisdiktionsfragen höher als die Kirche.

(Apostol. Schreiben vom 10. Juli 1851.)

55) Die Kirche ist vom Staate, der Staat von der Kirche zu trennen.

(Alloc. vom 27. Sept. 1852.)

§. VI.

Irrthümer über das natürliche und das christliche Sittengesetz (Ethica).

56) Die Sittengesetze bedürfen der göttlichen Sanktion nicht, und es ist gar nicht nothwendig, daß sie mit dem natürlichen Rechte in Uebereinstimmung gebracht werden oder ihre verpflichtende Kraft von Gott erhalten.

(Alloc. vom 9. Juli 1862.)

57) Philosophie und philosophische Ethik, sowie die bürgerlichen Gesetze können und sollen von der göttlichen und kirchlichen Autorität abweichen. (L. c.)

58) Es sind keine andern Kräfte anzuerkennen, als die im Stoffe ruhenden und alle Sitte und Ehrbarkeit ist in die Aufhäufung und Vermehrung von Reichthümern auf jedwede Art und in den Genuß der Vergnügungen zu setzen.

(L. c. und Encyclica vom 16. Aug. 1863.)

59) Das Recht besteht in der materiellen Thatsache; alle Pflichten der Menschen sind ein leerer Name und alle menschlichen Thaten haben Rechtskraft.

(Alloc. vom 9. Juli 1862.)

60) Die Autorität ist nichts anderes als die Zahl und die Summe der materiellen Kraft. (L. c.)

61) Die vom Glück begleitete Ungerechtigkeit der That bringt der Heiligkeit des Rechtes keinen Schaden.

(Alloc. vom 18. März 1861.)

62) Das sogenannte Nichtinterventionsprinzip ist zu verkünden und zu beobachten.

(Alloc. vom 28. Sept. 1860.)

63) Man darf den rechtmäßigen Fürsten den Gehorsam versagen (detractare), ja sogar gegen sie aufstehen.

(Encyclica vom 9. Nov. 1846, Alloc. vom 4. Oct. 1847, Encyclica vom 8. Dezbr. 1849, Apostol. Schreiben vom 26. März 1860.)

64) Der Bruch jedes noch so heiligen Eides und jede verbrecherische und schändliche, dem ewigen Gesetze zuwiderlaufende Handlung sind nicht nur nicht verdammenswerth, sondern durchwegs erlaubt und sogar höchst lobenswerth, wenn sie aus Liebe zum Vaterland geschehen.

(Alloc. vom 20. April 1849.)

§. VII.

Irrthümer, die christliche Ehe betreffend.

65) Es ist nicht zulässig, anzunehmen, Christus habe die Ehe zur Würde eines Sakramentes erhoben.

66) Das Sakrament der Ehe ist nichts anderes, als ein Accessorium des bürgerlichen Contracts, von dem es trennbar ist.

67) Nach dem Naturgesetz ist das Band der Ehe nicht unlöslich und die Scheidung in manchen Fällen zulässig.

68) Die Kirche hat nicht das Recht, sich über Ehehindernisse auszusprechen; dies steht nur der bürgerlichen Gewalt zu.

69) Erst in späterer Zeit hat die Kirche angefangen, über trennende Ehehindernisse sich auszusprechen, indem sie nicht eigenes, sondern ein von der bürgerlichen Obrigkeit entlehntes Recht gebrauchte.

70) Die Canones des Concils von Trient, welche das Anathema aussprechen über jene, welche der Kirche das Recht, über die trennenden Hindernisse zu erkennen, absprechen, sind nicht dogmatisch und sind als von einer entlehnten Gewalt stammend zu betrachten.

71) Die vom nämlichen Concil bei Strafe der Nichtigkeit bestimmte Form verpflichtet da nicht, wo das bürgerliche Gesetz eine andere Form gefunden hat, und wo es will, daß diese neue Form bei der Ehe Platz greife.

72) Bonifaz VIII. ist der Erste, welcher erklärt, daß das Gelübde der Keuschheit, bei der Ordination abgelegt, die Ehe nichtig mache.

73) Ein Civilvertrag kann für Christen bindend genug seyn und macht die Weihe der Kirche entbehrlich.

74) Die Ehe-Angelegenheiten gehören in den Bereich der Civilgerichtsbarkeit.

NB. Zwei andere Irrthümer, die gang und gäbe sind, über den Cölibat der Priester, und daß der eheliche Stand dem jungfräulichen vorzuziehen sey, sind schon in der Encyclica des Jahres 1846 und anderen Orts widerlegt worden.

§. VIII.

Irrthümer über die zeitliche Gewalt des Papst-Königs.

75) Der Streit der Kinder der katholischen Kirche, ob die zeitliche und geistliche Gewalt vereinbar seyen.

76) Das Aufhören der zeitlichen Herrschschaft trägt zu dem Glück und der Freiheit der Kirche bei.

Irrthümer, die auf den modernen Liberalismus Bezug nehmen.

77) In unserer Zeit ist es nicht mehr nothwendig, die katholische Religion für die alleinige Staatsreligion zu halten.

78) Es ist deßhalb ein weises Gesetz einiger katholischer Länder, welches den Einwanderern freie Uebung ihrer Religion gestattet.

79) Die Meinung ist falsch, die Freiheit des Glaubens leite zur Sittenverderbniß und nähre die Pest der Lauheit im Glauben.

80) Der römische Papst kann und soll sich versöhnen und transigniren mit dem Fortschritt, dem Liberalismus und der modernen Civilisation.

Das waren, die ungerechte Herbeiziehung des Protestantismus abgerechnet, die bekannten Irrlehren, die auch von gläubigen Protestanten schon oft verdammt worden waren, der Grundirrthum, daß der Mensch Gottes nicht bedürfe, daß er sich allein selber helfen könne, daß alle Religion eine Täuschung sey, daß der Quell aller Wahrheit nur in der menschlichen Vernunft liege, daß demnach die s. g. göttliche Autorität und jeglicher Einfluß der Kirche auf den Staat, auf die Schule, auf die Familie, Ehe ꝛc. wegfallen müsse. Insbesondere verwarf der Papst das moderne Majoritätenprinzip, wonach durch Parteiumtriebe und Terrorismus erkünstelte Majoritäten die höchste Autorität sollten ansprechen dürfen, wenn sie nicht nur irreligiöse, sondern auch gegen alle menschliche Vernunft streitende Beschlüsse fassen. Der Zeit einen solchen Spiegel der Thorheit vorzuhalten, war Papst Pius IX. mehr als jeder andere Mensch in Europa befugt, denn auf auf ihm ruhte die Tradition des Oberhirten der Kirche, des Wächters am Grabe des Apostels. Er hätte aber nur den Unglauben verdammen, nicht auch den gläubigen Protestantismus so unliebsam mitverdammen sollen.

Natürlicherweise bäumten sich alle bösen Dämonen der Zeit in thierischer Wuth gegen die Encyclica auf, wie das wilde Roß, das den Saulus trug, vor dem Blitz aus dem Himmel. Ein solches vielstimmiges Wuthgeheul hatte man in der Presse von einem Ende Europas zum andern kaum jemals gehört. Allgemein affectirte die

Presse und zwar nicht blos die demokratische, die atheistische, die jüdische, sondern auch die des philisterhaften Liberalismus und Rationalismus, desgleichen die des Imperialismus und der Bureaukratie, nachdem sie ihre erste Wuth ausgelassen, eine unsägliche Verachtung gegen den ohnmächtigen Greis in Rom, gegen den europäischen Bettelmann, den man im Begriff sey zur Thür hinauszuwerfen und der noch so unverschämt sey, raisonniren zu wollen. Der Zorn schloß mit Hohn und Gelächter.

Nur in Frankreich wurde die Encyclica mit mehr Ernst gewürdigt, weil ihre Vorschriften hier den Klerus in manche Collision mit den bestehenden Gesetzen brachte. Die Regierungspresse wahrte ihrerseits eben diese weltlichen Gesetze, an welche die Bischöfe durch ihren Eid gebunden seyen, und behauptete im übrigen wieder Mäßigung. Indem aber der Kaiser am Ende des Jahres seinen bisher immer kirchenfeindlichen Vetter, den Prinzen Napoleon, zum Vicepräsidenten seines geheimen Rathes ernannte, gab er dadurch zu verstehen, daß, wenn die Bischöfe in Folge der Encyclica gegen den Staat vorgehen wollten, Repressalien nicht würden auf sich warten lassen. Auch verbot er dem Klerus, die Encyclica zu verkündigen mit Ausnahme des letzten Theiles, der ein Jubiläum ausschrieb. Dieses Verbot wurde indeß von allen Erzbischöfen und Bischöfen Frankreichs, zwölf ausgenommen, mit Protesten erwidert. Diese Proteste wurden veröffentlicht und wahrten mehr oder weniger scharf das Recht der Kirche. Auch wurde dem Verbote nicht gehorcht, sondern mehrfach die Encyclica von den Kanzeln verkündigt. Gegen dieses feurige Anstürmen der Bischöfe nahm die Regierungspresse einen stufenweise gemäßigteren Ton an. Kein Bischof wurde gestraft, nur gegen den Bischof von Moulins und gegen den Cardinal-Erzbischof von Besançon, welche zugleich Senatoren waren, wurde im Senat eine Anklage angebracht. Der Kaiser blieb seinem alten System getreu, die Kirche zu schonen.

Seine Ruhe trug auch wirklich dazu bei, die kirchliche Aufregung zu dämpfen. Als Dupanloup, der genannte Bischof von Orleans, in einer feurigen Flugschrift für den Papst doch auch die Rücksicht auf den Staat nicht außer Acht ließ und der Papst dieser Flugschrift mit einer gewissen Ostentation seine Zustimmung gab, wiegte sich die inspirirte Presse gern in die Täuschung ein, der Papst habe damit gewissermaßen die Encyclica corrigirt und ihr die politisch gefährliche Spitze abgebrochen. Auch als der Nuntius Chigi in Paris in einem zustimmenden Briefe an den Erzbischof von Besançon im kirchlichen Eifer weiter gegangen war, als es seiner diplomatischen Stellung geziemte, und man deshalb schon seiner Abberufung entgegen sah, wurde das gute Einvernehmen zwischen dem römischen Hofe und den Tuilerien doch nicht gestört. Der Nuntius bat um eine Audienz beim Kaiser und entschuldigte sich, was der Kaiser äußerst günstig aufnahm und die ganze Sache auf sich beruhen ließ. Dennoch wollte der Kaiser mit dieser Nachgiebigkeit gegen die Kirche die Italiener nicht vor den Kopf stoßen, sondern blieb seinem Schaukelsystem getreu, indem er auch ihnen fortwährend Hoffnung machte.

Während der Kaiser in Algier war, kam sein Vetter, Prinz Napoleon, nach der Insel Corsica und hielt am 15. Mai 1865 zu Ajaccio eine politische Rede, welche die gleichzeitigen, auf Antrieb des Kaisers zwischen Victor Emanuel und Rom gepflogenen Verhandlungen paralysirte, in keiner andern Absicht, als um die Anhänger Mazzinis und Garibaldis zu beruhigen und in Bezug auf die napoleonischen Ideen und letzten Zwecke zu täuschen. Er erklärte sich nämlich auf das Bestimmteste gegen die weltliche Macht des Papstes und sagte wörtlich: Für alle Freunde der Freiheit und Bekenner des modernen Geistes handle es sich jetzt darum, Rom, die letzte Festung des Mittelalters, mit Sturm zu nehmen. Rom in den Händen des Papstes ist der Herd der Reaction gegen Frankreich, gegen Italien,

gegen die ganze moderne Gesellschaft." Auch gegen Oesterreich sprach er ganz im Sinne der italienischen Fanatiker: „Oesterreich war uns stets feindlich, der Allianz mit Oesterreich widerstrebt der Genius Frankreichs, niemals wird eine österreichische Allianz die Politik Frankreichs seyn." Der Prinzredner wurde von seinem kaiserlichen Vetter in einem offenen Briefe scharf getadelt und legte wieder einmal seine Aemter nieder, wie das schon öfter geschehen war.

Es war vielleicht nicht zufällig, daß die Rede des Prinzen in Ajaccio gerade mit dem großen Dantefest zusammenfiel und die politischen Demonstrationen, auf die es berechnet war, unterstützte.

Am 14. Mai 1865 wurde in Florenz, der provisorischen Hauptstadt des neuen Königreichs Italien, das 500jährige Jubiläum des großen Dichters Dante begangen und eine moderne Statue desselben feierlich enthüllt. Weil Dante zu seiner Zeit als Ghibelline und warmer Anhänger des deutschen Kaiserthums den ganz von Frankreich abhängigen Papst angefeindet hatte, glaubten die neuen Italiener berechtigt zu seyn, ihn als einen Feind des Papstthums und der Kirche überhaupt auf den Schild erheben und seinen Namen mit dem von Garibaldi oder gar Cavour verflechten zu dürfen. Aber es gab keinen frömmeren Katholiken als Dante und keinen, der die Victor Emanuels und Deutschenfresser seiner Zeit tiefer verachtet hätte, als Dante, keinen, der den damaligen Einfluß Frankreichs auf Italien tiefer verabscheut hätte. Das Fest in Florenz war daher nur eine politische Demonstration voll Lüge und Gemeinheit, ein Frevel am Geist des großen Dichters. Wie Hunde kuschend vor Napoleon III. und ganz nur Werkzeuge französischer Politik schrieen diese einfältigen Italiener „Tod den Deutschen!" am Grabe Dantes, der vor seinen treulosen Landsleuten nach Deutschland hatte flüchten müssen und das Heil für Italien von niemand in der Welt anders erwartet hatte, als vom deutschen Kaiser. Das neue Standbild Dantes in

Florenz entsprach auch den alten Bildern nicht, die uns von dem frommen Dichter erhalten sind, sondern sollte nur die Affectation und Prahlerei der Partei ausdrücken, von denen alle Festreden und Festgedichte voll waren. Der Lügengeist und die Feigheit der Italiener bei diesem Feste verrieth sich darin am stärksten, daß zwar alles schrie: „Damit Italien ein Ganzes werde, müssen wir Rom und Venedig haben!" während es niemand wagte, Savoyen und Nizza von Frankreich zurückzuverlangen, obgleich diese Länder so gut italienisch sind wie Rom und Venedig.

Napoleon III. soll erklärt haben, die Franzosen würden nicht aus Rom weichen, so lange sich das neuitalienische Königreich nicht mit dem Papst vereinbart und eine Grundlage dauerhaften Friedens zwischen Staat und Kirche erreicht habe. Eine solche Vereinbarung lag aber zunächst nicht im Interesse Victor Emanuels, dieser suchte daher die Unterhandlungen mit dem Papste zu verschleppen. Napoleon III. ließ ihm jedoch keine Ruhe und so mußte er im Frühjahr 1865 Vegezzi als seinen Unterhändler nach Rom schicken. Die langen Verhandlungen aber führten zu nichts, außer daß etliche vom König verbannte Bischöfe zurückkehren durften. Der Eid, den der König den Bischöfen vorschrieb, war und blieb dem Papste anstößig. Er gab ihn nicht zu und der König bestand darauf. So ging man unbefriedigt auseinander. Doch war der Papst in der Abschiedsaudienz am 23. Juni gegen Vegezzi sehr freundlich.

Es handelte sich hier viel weniger um italienisches als um französisches Interesse. Napoleon III. wollte den Papst in Rom ferner beschützen, um ihn als sein Werkzeug zu benutzen. Der Papst sollte im Kirchenstaate und in hohem Ansehen bleiben zu einem doppelten Zwecke. Einmal, um die Macht Victor Emanuels zu schwächen, Italien nie zur politischen Einheit gelangen zu lassen und es als Vasallenstaat für immer von Frankreich abhängig zu erhalten; sodann

aber auch, um den Papst mehr als bisher von Oesterreich zu trennen und ihm fühlbar zu machen, daß die Interessen der Kirche und mithin des Papstes wirksam und auf die Dauer nur noch durch das mächtige Kaiserthum in Frankreich geschützt werden könnten, dessen Einfluß sich über Spanien, wie über Italien erstrecke. Es darf nicht Wunder nehmen, daß der österreichische Gesandte in Rom, Baron Bach, beschuldigt wurde, mehr an der Vereitelung der Unterhandlungen mit Vegezzi Schuld getragen zu haben, als Victor Emanuel und seine Minister. Dazu kam, daß der Papst sich im August weigerte, die Pathenschaft des Prinzen Amadeus von Savoyen (als Sohn eines Excommunicirten) bei der Taufe eines portugiesischen Prinzen anzuerkennen.

Als Schachzug dagegen erfolgte im September eine Veröffentlichung Napoleons III., wonach der Abzug der Franzosen aus Rom demnächst beginnen sollte, und wurde wirklich eine kleine Dislocation der französischen Truppen vorgenommen. Da sie aber in Civita Vecchia, dessen Befestigungen nicht genügten, dieselben stark vermehrten, erkannte man wohl, sie würden Italien nicht so bald verlassen. Unterdeß erbot sich Napoleon III. gegen den Papst, ihm bei der Verstärkung seines kleinen Heeres behülflich seyn zu wollen.

Die Anhänger Garibaldis und Mazzinis durften sich inzwischen nicht ohne den geheimen Beifall der königlichen Behörden jede Ungezogenheit und Rohheit gegen die Kirche, ihre Heiligthümer und ihre Priester erlauben. Das italienische Parlament, wenigstens das Abgeordnetenhaus theilte in seiner überwiegenden Mehrheit den Haß gegen alles Kirchliche und äffte der Fortschrittspartei in den deutschen Kammern nach. Um dem Papst recht ins Gesicht zu trotzen, decretirten sie am 29. März 1865 die Civilehe und glaubten, das Aeußerste in Humanität zu leisten, indem sie auch auf Abschaffung der Todesstrafe antrugen, während in Unteritalien von den piemontesischen Behörden

und Truppen Hinrichtungen zu vielen tausenden verfügt wurden, um das empörte Landvolk zu bändigen.

Die Aufgeklärten vermißten schmerzlich bei den niedern Classen die Bildung. Die armen Leute konnten nicht einmal lesen und schreiben. Für das städtische Publikum bediente man sich daher des Anschauungsunterrichts und ließ Theaterstücke verfertigen, die den tiefsten Haß gegen die Kirche und ihre Diener nähren mußten. So schildert uns Gottschall in seinen Reisebildern von 1864 eine Aufführung in Bologna. Da wird eine edle Jüdin von der Inquisition verfolgt, aber durch einen Cavalier noch glücklich vor der Hinrichtung gerettet; man hört das gräßliche Geschrei der Gefolterten, sieht die Martern selbst auf der Bühne dargestellt und daneben Pfaffen voll Heimtücke, Gemeinheit, Freßgier rc. Auch hier, wie in Wien, thun sich die Literaturjuden im Dienst des Börsenschwindels mit Beschönigungen und Idealisirungen des Judenthums hervor, als ob es keine besseren Menschen gäbe als die Juden und keine schlechteren als die Christen. — Für das gemeine Volk verfertigte man fabrikmäßig Spottbilder, worin die Priester, die kirchlichen Ceremonien, die h. Geschichte rc. auf das unflätigste verhöhnt wurden. Aus den Klöstern waren die armen Mönche und Nonnen längst verjagt. Auch die Weltpriester hatten Noth und Verfolgung auszustehen. In Mailand wurde in einer Kirche während der Predigt eine Bombe nach der Kanzel geworfen. Auch anderwärts wiederholten sich solche Bombenwürfe in der Kirche und andere Mißhandlungen der Priester. Die Sakramente wurden so wenig mehr geachtet, daß Garibaldi auf seinen eitlen Triumphzügen durch das Land die Kinder, die man zu ihm brachte, auf seinen eigenen oder auf heidnische Namen taufte. Regierung und Kammern selbst erklärten durch ein Gesetz die Ehe für unabhängig von der kirchlichen Einsegnung, erklärten jede nur vor dem

Altar geschlossene Eheverbindung für ungültig und nur die Civilehe für gültig.

Die schwachen Versuche des Priesters Passaglia, eine liberale neue Kirche, etwa wie die s. g. deutsch-katholische in Italien zu gründen, blieben eben so fruchtlos wie die Bekehrungsversuche der Engländer, die überall ihre protestantischen Traktätlein vertheilten. Der Italiener ist für die protestantische Denkweise nicht gemacht, er glaubt entweder alles oder nichts. Das Landvolk blieb, besonders im Süden, dem alten Glauben treu. Es kam sogar noch vor, daß Protestanten, die zu Barletta ihren Gottesdienst halten wollten, vom katholischen Volk überfallen wurden, wobei sechs Personen umkamen.

Es muß auffallen, daß in Italien der Widerwille gegen den Protestantismus und die Unempfänglichkeit für seine Lehre gleichen Schritt hält mit der Auflehnung gegen die römische Kirche. Mazzini und Garibaldi, die populärsten Volksmänner Italiens, sind zugleich die fanatischesten Feinde des Papstthums und verlangen schon seit vielen Jahren immer und immer wieder, der Papst müsse aus Rom vertrieben und der ganzen Statthalterschaft Christi auf Erden ein Ende gemacht werden. Was sie aber an die Stelle der Kirche und des christlichen Glaubens setzen wollen, haben sie niemals gesagt. Sie haben auch nichts im Sinne als die einfache Negation der Kirche und des Christenthums. Wenn sie nur die Kirche niedergerissen haben, genügt ihnen das. An eine neue reformirte Kirche denken sie gar nicht. Die Sympathie Englands erscheint ihnen sehr annehmbar, weil sie dadurch in ihren revolutionären Tendenzen eine moralische Unterstützung von außen erhalten, was ihnen bisher immer gegenüber von Oesterreich und Neapel und selbst gegenüber von Frankreich von Nutzen gewesen ist. Es ist ihnen aber niemals eingefallen, die katholische Kirche in Italien durch Versuche, wie sie zu seiner Zeit Heinrich VIII. gemacht hat, in eine neue Kirche umzu-

ändern. Noch viel weniger haben sie sich auch nur einmal die Mühe gegeben, die Geschichte der deutschen Reformation zu studiren und das große Beispiel, welches ihnen die Glaubensänderung der Deutschen im Anfang des 15. Jahrhunderts gegeben hat, nachahmen oder auch nur interessant finden und mit den dermaligen Zuständen Italiens vergleichen zu wollen.

Diese großen Agitatoren Italiens haben in ihren Angriffen auf die römische Kirche nicht wenig Glück gehabt. Im Volk haben sie einen unermeßlichen Anhang. Wäre dies nicht der Fall, so würden die öffentlichen Verhöhnungen der Priester, der kirchlichen Heiligthümer und Mirakel und die allgemeine Beraubung der Kirche nicht möglich seyn. König Victor Emanuel selbst erfreut sich dieser Vorgänge, weil dieselben ihm die Confiscation des reichen Kirchenguts erlauben und seinen Anspruch auf den Besitz der Stadt Rom unterstützen. Ja in der Stadt Rom selbst hat die Revolutionspartei zahlreiche Anhänger, die nur durch päpstliche, größtentheils im Ausland geworbene Truppen und durch die Drohungen des französischen Kaisers noch in Schranken gehalten werden.

Unter diesen Umständen sollte man meinen, die beiden großen Agitatoren selbst, oder die italienische Regierung müsse darauf Bedacht nehmen, einen Widerstand gegen das Papstthum zu organisiren, welcher dasselbe nicht mehr blos mit Haß und Vertilgungsgier, sondern mit Reformideen, mit einem neuen geläuterteren Glauben und einfacheren Formen des Gottesdienstes bekämpfen würde. Wenn der italienische Geist nicht ernsthaft und productiv genug war, um mit dem deutschen Geiste, wie er sich zur Zeit unserer Reformation offenbarte, concurriren zu können, so hätte man doch erwarten dürfen, sie würden wenigstens eine Improvisirung in Scene setzen können, wie der Deutschkatholicismus in den 40er Jahren gewesen ist. Aber auch dazu reichten die Mittel italienischen Geistes und italienischer Ge-

sinnung nicht hin. Der mißlungene Versuch Passaglias bewies, daß es den Italienern oder wenigstens der jetzt unter ihnen überwiegenden antikirchlichen Partei gänzlich an sittlichem Ernste fehlt und daß ihnen das Bedürfniß einer Religion gänzlich abhanden gekommen ist. Sonst könnten sie unmöglich den römischen Glauben verlassen, ohne ihn durch einen nach ihrer Meinung besseren zu ersetzen, oder einen besseren zu suchen.

Es ist gewiß von hohem welthistorischem Interesse, daß nicht blos die Italiener, sondern überhaupt alle romanischen Nationen nur die beiden Extreme blinder Unterwürfigkeit unter die Kirche mit schwärmerischer Anhänglichkeit an alle ihre Mißbräuche auf der einen, und blinden Hasses gegen die Kirche mit Verachtung und Verhöhnung auch ihrer heiligsten Wahrheiten auf der andern Seite darstellen und keine rechte Mitte finden können. Alle Versuche in Italien, Spanien und Frankreich schon im 16. Jahrhundert, eine damals als so dringend erkannte Reformation der Kirche durchzusetzen wie in Deutschland, England und Scandinavien, sind mißlungen. Es war keine moralische Kraft dazu vorhanden, keine tiefe Ueberzeugung und Begeisterung. Die romanischen Bevölkerungen blieben in ihrer Mehrheit eifrig katholisch und hingen gerade am meisten den Aeußerlichkeiten der Kirche, dem oft nur theatralischen Prunke, der Anbetung oft nur sehr geschmackloser Bilder und einer Menge von Superstitionen namentlich in Bezug auf kirchliche Heilungsmittel und auf Patronage sündhafter und gemeinschädlicher Industrien an. Denn auch die Diebe und Räuber hatten hier ihre Schutzpatrone und geweihten Amulette, wie die neugriechischen Seeräuber in einer Höhle die christliche Madonna als Diebsgöttin anbeteten und derselben von jedem Raube einen Theil zum Opfer brachten. Grobe Sinnlichkeit, grober Eigennutz waren und sind heute noch wesentliche Stützen romanischer Bigotterie. Die gebildeten Stände dagegen haben sich schon lange, schon seit den

Zeiten des Boccaccio und Aretino der Religionsspötterei zugewendet. Ihrem scharfen Verstande und guten Geschmack konnte nicht entgehen, welch arger Mißbrauch von der Klerisei mit eitlem Prunk und Ausbeutung der Wundersucht getrieben wurde. Daher die zahlreichen Satiren auf die Geistlichkeit, das Lächerlichmachen dummer, gefräßiger, grobsinnlicher, buhlerischer Pfaffen und zugleich die feinere Ironisirung christlicher Mysterien. Daher bei allen gebildeten Classen die Hintansetzung alles Christlichen und aller frommen mittelalterlichen Erinnerungen hinter das classische Heidenthum, hinter die Vergötterung der alten Griechen und Römer, die man in allen Wissenschaften und Künsten nachzuahmen anfing. Ja, die römische Kirche selbst fand es angemessen, um die gebildeten Classen nicht ganz aus der Hand zu lassen und insbesondere, um sich mit den weltlichen Höfen, von denen sie so vielfach abhing, zu conformiren, den classisch heidnischen Geschmack nicht nur zu dulden, sondern selber zu pflegen. Zu diesem Zweck füllte sich sogar der päpstliche Vatikan mit Statuen der alten Heidengötter an und setzte der überall in der katholischen Welt vorherrschend werdende Jesuitenorden an die Stelle der gothischen Kirchen überall neue Kirchen im halb heidnischen Renaissancestyl.

Diese Rückkehr zum heidnischen Geschmack und zur heidnischen Wissenschaft der alten Griechen und Römer machte den Italienern, wie auch den Franzosen und Spaniern eine Reformation der Kirche entbehrlich. In diese classischen Erinnerungen zog sich jeder zurück, der mit der christlichen Kirche nicht mehr zufrieden war. Hier fand er mit seinen Gesinnungsgenossen volle Befriedigung und die Kirche selbst war tolerant genug, sich den Spott von Seiten der modernen Heiden gefallen zu lassen, wenn nur jeglicher Ernst eines Reformverlangens dabei vermieden wurde. Ein ehrlicher Reformator wie Savonarola wurde zum Feuertode verdammt, Religionsspötter, cynische und frivole Dichter wie Aretino, Poggio, Boccaccio &c. genossen große Ehre.

Dieselbe Erscheinung wiederholte sich in Frankreich, eine Reformation der Kirche war dort so wenig durchführbar wie in Italien. Deutschland konnte einen Luther hervorbringen, Frankreich nur einen Voltaire. Deutschland konnte sich reformiren, Frankreich nur revolutioniren. Voltaire, der eigentliche Vater der französischen Revolution, prägte derselben den tiefsten Haß gegen das Christenthum, gegen die geoffenbarte Religion überhaupt ein und nicht blos gegen die zu seiner Zeit allerdings verderbte Kirche in Frankreich, deren höchste Würdenträger, Cardinäle und Bischöfe oft die verworfensten Menschen waren. Daher war auch die französische Revolution nicht entfernt darauf bedacht, eine Kirchenverbesserung einzuleiten, sondern sie vernichtete die Kirche überhaupt, verbot bei Todesstrafe den Gottesdienst, decretirte förmlich, es gebe keinen Gott und eben so wenig eine Unsterblichkeit der Seele, und machte nur einen schwachen Versuch, einen Cultus der Vernunft in halb antik heidnischen, halb freimaurerischen Formen zu organisiren. Von einer Nachahmung der deutschen und englischen Reformation wollte man in Frankreich eben so wenig etwas wissen, wie in Italien.

Bei den ungeheuern Dimensionen, welche die antikirchliche Bewegung in Italien angenommen hat, darf man wißbegierig seyn, was wohl die ganze Sache für einen Ausgang nehmen werde. Sieht man sich nach einem geschichtlichen Beispiel um, so liegt das französische am nächsten. Die Bewegung zur Zeit der französischen Revolution wühlte noch tiefer in das Fundament der Kirche hinein, wie die gegenwärtige Aufregung in Italien, und doch vergingen nicht zehn Jahre und die katholische Kirche war in Frankreich wieder hergestellt, als ob gar nichts vorgefallen wäre. Einen ähnlichen Ausgang dürfte der Kirchensturm in Italien nehmen, denn die Vorbedingungen sind hier die nämlichen. Das sinnliche und unterrichtslose gemeine Volk hängt an den Nebendingen und Aeußerlichkeiten der alten Kirche noch viel

mehr, als an ihrem innersten Wesen. Die italienische Fortschrittspartei aber vermag, gleich den Jacobinern der französischen Revolution, nur Altes zu zerstören, nichts Neues zu gründen und zu bauen. Es ist also auch in Italien möglich und wahrscheinlich, daß die Bewegung aufhört und man zur alten Gewohnheit zurückkehrt. Eine Gewißheit aber hat man davon nicht. Die Wellenbewegung der neuesten Zeit ist nicht so einfach, wie die der ersten französischen Revolution war. Es drängen sich mehr Factoren herbei, wie die große Bewegung in Spanien beweist. Wir kennen nur den Anfang des großen Schauspiels, das Ende müssen wir abwarten.

Sollte nicht das Grab des Cardinal Andrea ein Geheimniß decken? Man traute diesem damals noch jungen Cardinal zu, er trachte, nächster Nachfolger des Papstes zu werden, und zwar im Einverständniß und mit Hülfe der Fortschrittspartei und der italienischen Regierung, wie man ihn wenigstens beschuldigte, sofern er um die Zeit des Septembervertrags, ohne den Papst um Erlaubniß zu fragen, nach Neapel ging und dort mit der sardinischen Partei verkehrte und im nächsten Winter sogar dem Prinzen Humbert seine Aufwartung machte. Man schloß daraus, er biete sich den Contrahenten des Septembervertrages an oder sey schon von ihnen gewonnen gewesen.

Am 25. September 1865 hielt der Papst ein geheimes Consistorium und verdammte darin die Freimaurerei. „Wir sahen nicht ohne Schmerz, wie so heilsame katholische Gesellschaften, die so wohl dazu geschaffen waren, die Frömmigkeit anzuregen und den Armen zu Hülfe zu kommen, angegriffen und an manchen Orten selbst vernichtet wurden, während diese finstere Freimaurergesellschaft, die der Kirche und Gott so feindlich und selbst der Sicherheit der Königreiche so gefährlich ist, aufgemuntert oder doch wenigstens geduldet wird.“ Damit sein Stillschweigen nicht für Zustimmung oder Gleichgültigkeit ausgegeben werde, wiederholt der Papst das Ver-

dammungsurtheil, welches schon von früheren Päpsten gegen den Freimaurerbund ausgesprochen worden ist. Es war nur eine natürliche Consequenz und Ergänzung der Encyclika. Verschiedene Freimaurergesellschaften und die kirchenfeindliche Presse ergriffen diese Gelegenheit mit Vergnügen, um den Papst mit Schmähungen zu überhäufen.

Unter den vielen und mächtigen Feinden, die der abendländischen Kirche und dem Papst den Untergang drohten, trat jetzt auch Rußland wieder in brusker Weise hervor. Beim üblichen Neujahrsempfang im Vatican im Jahr 1866 wartete der russische Gesandte, Herr v. Meyendorff, die Antwort des Papstes auf die Begrüßung nicht ab, sondern fügte seiner Begrüßung sogleich Klagen und Beschwerden über den polnischen Klerus an. Pius IX. erinnerte ihn, die Schuld der traurigen Zustände in Polen liege an Rußland, welches die katholische Kirche systematisch unterdrücke, und verwies ihn deshalb auf den Wortlaut der kaiserlichen Ukase. Meyendorff erklärte nun, sein Kaiser müsse die Rebellen strafen, und schloß mit den Worten: „Der Katholicismus ist die Revolution!“ Nach einer andern Lesart soll er gesagt haben: „Polen, Katholicismus und Revolution sind eine einzige und untheilbare Dreieinigkeit!“ Hierauf sagte der Papst: „Ich achte den Kaiser als Monarchen, aber seinen Gesandten fordere ich auf, abzutreten.“

Als an demselben Neujahr die französischen Offiziere dem Papst ihre Glückwünsche darbrachten, sprach er zu ihnen: „Ich ertheile Ihnen meinen Segen zum letztenmal, denn Sie werden mich bald verlassen und ich bleibe hier allein. Gedenken Sie der Worte des h. Paulus: Wenn Ihr hinweggenommen seyn werdet, wird mein Haus von wilden Thieren überfallen werden. Ich bete aber zu Gott für Sie, die Sie mich so lange beschützt haben, und für Frankreich und zuletzt auch für das unglückliche Italien.“ Seine Worte rührten viele Offiziere bis zu Thränen.

Im Gegensatz gegen Rußland blieb Preußen in gutem Einvernehmen mit Rom. Preußen achtete das Recht der katholischen Kirche viel mehr als Oesterreich und die deutschen Mittelstaaten. Das wurde in Rom nicht vergessen. Als Oesterreich zu seinem eigenen Unheil den Gasteiner Vertrag brach und die Mittelstaaten zum Kriege gegen Preußen hetzte, machte es, nachdem schon das Schmerlingsche Ministerium der Kirche verächtlich den Rücken gekehrt hatte, doch noch ganz unbefangen auf einen Magddienst Anspruch, den ihm die Kirche leisten sollte. Am 2. Juli 1866 wurde der päpstliche Nuntius in Wien, Monsignore Falcinelli, aufgefordert, bei dem feierlichen Bittgang, durch welchen der Segen Gottes für den Sieg Oesterreichs über Preußen erfleht werden sollte, zu pontificiren. Der Nuntius lehnte jedoch die Einladung mit Hinweisung auf die neutrale Stellung des h. Stuhles zu beiden kriegführenden Theilen ab und betheiligte sich gar nicht an der Feier.

Zehntes Buch.

Der Imperator der Franzosen.

Die Franzosen hatten sich ihren neuen Imperator gewählt, um zweierlei Uebeln zu entgehen. Das Landvolk nämlich und der Klerus, wie auch die unter der Tyrannei des Kapitals hartgedrückten Arbeiter, wollten das verlogene Kammergeschwätz jener Liberalen los seyn, die immer die Freiheit und die Rechte des Volks im Munde führten, dabei aber nur ihren Beutel füllen und ihre Eitelkeit befriedigen wollten, also eigentlich nicht Liberale, sondern Servile, bestochene Werkzeuge der Kapitalisten waren. Auf der andern Seite hatten wieder, diese selben s. g. Liberalen, die großen Kapitalisten und Staatsbetrüger, sowie die mittelmäßig wohlhabende Bourgeoisie, die sich immer an sie angehängt hatte, eine Todesangst vor der rothen Republik, die von den Arbeitern während der Februarrevolution wirklich schon improvisirt worden war. Also wagten auch diese nicht, sich einer militärischen Dictatur zu widersetzen, durch welche sie wenigstens vor Anarchie und Plünderung geschützt wurden. Die Regierung des Kapi-

tals hatte die Kirche verhöhnt und zu unterdrücken gesucht, die Bauern vernachlässigt, den Klagen der verhungernden Fabrikarbeiter nur mit Kartätschenschüssen geantwortet. Also war es natürlich, daß Louis Napoleon vom Klerus und von den Bauern eine ungeheure Mehrheit von Wahlstimmen erhielt, während er als Neffe des großen Kaisers auch die Truppen für sich hatte. Die Kapitalisten und Liberalen duckten sich aus Ohnmacht und Feigheit. Nur ein Theil der Arbeiter hätte lieber einen Convent, als einen neuen Kaiser gehabt. Aber auch nur ein Theil, der unterliegen mußte. Der größere Theil hoffte mit Recht, es werde im Interesse des neuen Kaisers liegen, ihre Lage zu verbessern.

Aus diesen Prämissen nun ergab sich die innere Politik Napoleons III. von selbst. Er durfte es niemals mit dem Klerus, mit den Bauern und mit den Soldaten verderben und er mußte das Loos der Arbeiter erleichtern. Auf der andern Seite aber mußte er mit dem Liberalismus vorsichtig umgehen, denn derselbe war zwar durch seine eigene Verschuldung vorderhand discreditirt, sein lügenhafter Mund zum Schweigen gebracht, aber er existirte noch und mit ihm waren noch immer das Kapital und die ungeheure Eitelkeit der in Rede und Schrift exercirenden Talente verbunden. Das Kapital trachtete die neue Regierung ganz im Stillen zu seiner Sclavin zu machen, wie die vorige. Die Talente wollten um jeden Preis ihre Eitelkeit befriedigen und da sie der Kaiser theils mit Recht verachtete, theils durch ihre Begünstigung das unglückliche Beispiel Ludwig Philipps nicht nachahmen wollte, organisirten sie eine Opposition, die in der That allmälig gewachsen ist. Geekelt an dem Kammergeschwätz unter Ludwig Philipp bekam das immer nach Unterhaltung verlangende französische Publikum doch wieder Sehnsucht nach den Declamationen und dramatischen Scenen eines Parlaments und brachten sogar einige jüngere Talente noch einen späten Nachschimmer der Freiheitsbegeisterung von

1789 zu Wege. Rein und jungfräulich konnte eine solche Begeisterung bei einem politisch so verlebten Volke natürlich nicht mehr seyn.

Napoleon III. war aber im Falle, nicht ganz mit dem Liberalismus zu brechen, weil seine eigene italienische Jugend tief darin verwickelt gewesen war, weil er überhaupt die große liberale Strömung, die durch England, Deutschland, Italien und Spanien ging, aus dem Gesichtspunkt seiner auswärtigen Politik nicht unterschätzen durfte, weil er den Liberalismus, wenn er ihn auch in Frankreich selbst niederhielt, doch auswärts verwerthen konnte, wie unter ähnlichen Umständen einst Ludwig XIV. den Protestantismus im Ausland zu seinem Werkzeug machte, während er ihn in Frankeich unterdrückte.

Diese Rücksichten erklären es, warum Napoleon III. bald eine conservative, bald eine liberale Sprache führte. Zu einem ähnlichen Balanciren in der auswärtigen Politik nöthigte ihn auch die Lage Frankreichs zwischen den übrigen europäischen Großmächten. Dieselben bildeten zwei Gegensätze, England und Rußland, Preußen und Oesterreich. Alle hatten Mißtrauen gegen ihn, besorgten, er werde die Rolle seines Oheims wieder aufnehmen und erobern wollen. Hätte er das offen zu thun versucht, so würden sich alle Mächte gegen ihn verbunden haben. Daher gebot ihm die Klugheit, nicht aggressiv vorzugehen, sondern die übrigen Großmächte mit ihrer Rivalität zu beschäftigen, zur Vergrößerung ihrer gegenseitigen Antipathien beizutragen, sie mit einander in Conflict zu bringen und dann von den Umständen Vortheil zu ziehen, dann erst zur Offensive überzugehen.

Dadurch unterschied sich die Politik des Neffen von der durchaus und immer offensiven Politik seines Oheims. Man hat viel von napoleonischen Ideen gesprochen und die des Neffen mit denen des Oheims möglichst identificirt. Dabei ist viel Täuschung untergelaufen. Schon Napoleon I. hat gar nicht nach Ideen gehandelt, sondern wie der Blitz, von dem erst hinterdrein die wissenschaftliche Welt die

Idee der Elektricität abstrahirt. Napoleon III. hat bevor er sein ersehntes Ziel, den Thron erreichen konnte, zum Abstrahiren Zeit gefunden und wirklich große Ideen ausgedacht, so daß er in der Ideenwelt dem Oheim weit voraus kam, doch gebrach es ihm an Macht, um seine Ideen zu verwirklichen.

Eine dieser Ideen war offenbar, dem französischen Kaiserthum, und zwar in Folge des von ihm so stark betonten Nationalitätenprincipes, die Hegemonie in der gesammten romanischen Welt zu verschaffen. Daher seine geschickten und glücklichen Operationen in Italien, daher seine verdeckten Intriguen auf der pyrenäischen Halbinsel; daher auch seine Bemühungen, die Rumänen an der untern Donau (als Nachkommen der alten Römer mit einer lateinischen Mundart) in einem einigen Reiche unter französischem Schutze zu vereinigen; daher endlich seine berühmte Expedition nach Mexiko in der Absicht, die romanische Race in Amerika zu heben, zu regeneriren und mit ihr gegen die germanische zu gravitiren. Combinirt man alle diese gelungenen und mißlungenen Versuche, so läßt sich nicht verkennen, daß ihnen eine Idee zu Grunde lag.

In Italien verfuhr Napoleon III. übrigens, wie überall, wo er sich entgegengesetzten Interessen und Parteien gegenüber befand, neutralisirend, um eine durch die andere im Schach zu halten, jeder seinen Schutz aufzubringen und sich abwechselnd der einen, dann wieder der andern in seinem eigenen Interesse zu bedienen. Italien fand er in drei Parteien gespalten und alle mußten ihm dienen, auch trotz ihrer Abneigung, weil sie ihn nicht entbehren konnten. Der Papst, wenn auch mit Napoleons Zulassung der schönsten Provinzen des Kirchenstaats beraubt und durch das französische Cabinet beständig mit Zumuthungen bedrängt, sah sich doch auch wieder nur durch Napoleon gegen die wüthende Revolutionspropaganda und gegen die Herrschsucht Victor Emanuels geschützt und mußte auch wegen des treuen katho-

lischen Klerus und Volks in Frankreich auf den klugen Mann in den Tuilerien Rücksicht nehmen. Victor Emanuel hatte seine neue italienische Krone einzig der bewaffneten Hülfe Frankreichs zu verdanken und blieb der Vasall Frankreichs, so lange das Bündniß mit einer stärkern Macht ihm nicht erlaubte, das italienische Nationalinteresse wie gegen den österreichischen Feind, so auch einmal gegen den französischen Freund zu verfechten. Mazzini und Garibaldi waren Napoleons Todfeinde: der erste als Republikaner, der andere als italienischer Patriot, weil Nizza, wo er geboren war, Frankreich einverleibt wurde. Aber auch diese fanatische Partei mußte ihren Haß zurückhalten, weil Frankreich zu mächtig war und, wenn auch nur im eigenen Interesse, sich doch um die Befreiung Italiens vom österreichischen Joche das größte Verdienst erworben hatte. Auch bediente sich Napoleon III. seines Vetters Plombplomb, der immer den Demokratenfreund spielen mußte, um in gelegentlichen Aeußerungen den italienischen Fanatikern, wenn sie gar zu böse wurden, wieder einiges Vertrauen zu Frankreich einzuflößen.

Sehr eigenthümlich war das Verhältniß Frankreichs zu England, d. h. Napoleons III. zu Lord Palmerston. Mannigfaltige gemeinsame Interessen verbanden die beiden Westmächte. Im Orient hatten sie beide das gleiche Interesse, die Eroberung der Türkei durch Rußland zu verhindern, damit der Handel der Levante in ihren Händen blieb und im Mittelmeer das Entstehen einer großen russischen Seemacht verhindert werde. Gleiches Interesse verband sie gegenüber von Nordamerika, dessen Seemacht und Handel ihnen eine furchtbare Concurrenz eröffnete und das sich auch bereits mit Rußland in einer, den europäischen Westmächten nichts weniger als freundlichen Gesinnung verständigte. Aber bei alle dem dauerte die alte Eifersucht und geheime Feindschaft, mit der sich Frankreich und England schon seit Jahrhunderten verfolgt hatten, immer noch fort. Am wenigsten gefiel es

den Engländern, daß Napoleon III. sich die Hegemonie im romanischen Westen und Süden des europäischen Festlands anzueignen suchte. Der alte schlaue Palmerston steckte daher mit Mazzini und Garibaldi unter einer Decke, um den Einfluß Frankreichs auf Italien, besonders im Süden, zu schwächen und dafür zu sorgen, daß nicht ein Murat wieder in Neapel eingesetzt werde. Auf dieselbe Art trat England dem französischen Einfluß in Rumänien und in Aegypten entgegen und vereitelte durch seinen Rücktritt auch die große französische Expedition nach Mexiko. In diesem Falle hatte England sogar Spanien auf seiner Seite, denn die Mehrheit des spanischen Volks und Heeres war viel zu stolz, um sich durch französische Intriguen beherrschen zu lassen. Auch Portugal blieb wie bisher ganz unter englischem Einfluß.

Napoleon III. legte Werth darauf, im stillen Ocean die französischen Flotten stets als ebenbürtig neben den englischen figuriren zu lassen, so namentlich im Kriege mit China. Hier ließen die Engländer keine Eifersucht blicken, denn sie waren hinlänglich ihrer Ueberlegenheit sich bewußt. Nur zwei Jahre lang wurden sie durch den großen Aufruhr in Ostindien gestört und durften froh seyn, sich mit Frankreich nicht im Kriege zu befinden.

In der Geschichte der italienischen Wirren ist schon ausführlich berichtet, auf welche Art Napoleon III. den Groll Palmerstons über die Einverleibung von Savoyen und Nizza beschwichtigte. Das bedeutendste Bindemittel war der Handelsvertrag, den beide Staaten schon am 24. Juni 1860 schlossen, beiden Theilen zuträglich, wie die Erfahrung bewies, obgleich im Anfang die Presse beider Länder dagegen tobte. Dennoch blieb England auf seiner Hut und schon im Jahr 1860 bildete sich hier die Armee der Volunteers, eine große Nationalgarde zum Schutz der englischen Küste, wenn der französische Nachbar es jemals wagen sollte, mit Heeresmacht herüberzukommen. So wies man sich die Krallen, indem man sich umarmte. Als Palmer-

ston den Kaiser der Franzosen zur Expedition nach Mexiko verleiten half, um ihn nachher treulos im Stich zu lassen, scheint er nicht wohl überlegt zu haben, daß sich diese Heimtücke bestrafen würde, denn obgleich es ihm gelang, dem französischen Kaiser in Mexiko die größten Verlegenheiten, der französischen Politik eine schimpfliche Niederlage zu bereiten, so sah er sich doch, als die Vereinigten Staaten von Nordamerika den glänzenden Sieg erfochten hatten, durch die drohende Haltung derselben genöthigt, sich wieder um die französische Freundschaft zu bewerben und dieselbe zur Schau zu tragen. Frankreich selbst hegte damals einige Besorgniß vor den nordischen Mächten, namentlich vor der, freilich nur vorübergehenden Einigung Preußens mit Oesterreich seit dem dänischen Kriege, brauchte also England und lud am 14. August 1865 die englische Flotte zu einem großen Flottenfest in Cherbourg ein, wo ihr Lord Somerset vom französischen Marineminister Chasseloup-Laubat becomplimentirt wurde. Das Fest wiederholte sich in Brest, worauf die französische Flotte ihrerseits den Gegenbesuch in Portsmouth machte. Man aß und trank köstlich und hielt schöne Reden, von einem Fraternisiren der Matrosen und Soldaten aber hörte man nichts.

Frankreichs Verhältniß zu Rußland war sehr gespannt, da, wenn sie sich auch gegenüber von England oder den deutschen Großmächten zu verständigen suchten, doch die orientalische und polnische Frage immer wieder zwischen sie trat, Fragen, in denen der Gegensatz ihrer Interessen am stärksten hervortrat. Die Vereinigung der Moldau und Wallachei zu einem rumänischen Reich unter Couza ging von Paris aus und war gegen Rußland gerichtet, an dessen Grenze Frankreich ein stärkeres Bollwerk als bisher aufrichten wollte. Auch der unvernünftige polnische Aufstand von 1863 war von Paris aus geschürt.

Napoleons III. Politik in der polnischen Frage ist des näheren in der Geschichte Polens erörtert. Sie mußte sich auf Mahnungen

an Rußland, die Polen zu schonen, beschränken, da Frankreich gegen den Willen der deutschen Großmächte dem entfernten Polen nicht wohl Hülfe leisten konnte und es auch Englands nicht sicher war. Deshalb legte der bisherige Minister des Auswärtigen in Paris, Graf Walewski (ein geborner Pole), sein Portefeuille nieder und trat es an Drouyn de Lhuys ab. Daß Rußland alle Ermahnungen zurückwies, war sehr demüthigend für Frankreich, dessen Stimme man bisher mehr zu achten gewohnt war. Der Kaiser der Franzosen suchte daher eine Gelegenheit, sein Ansehen in Europa wieder geltend zu machen, indem er am 3. November 1863 die Kammer mit einer feierlichen Rede eröffnete, worin er sämmtliche großen Fragen der europäischen Politik auf eine imposante und umfassende Weise lösen zu wollen verhieß und zwar durch einen Congreß in Paris, also unter seinem Vorsitz.

In Bezug auf den polnischen Aufstand erörterte der französische Kaiser: „Als der polnische Aufstand losbrach, standen Rußland und Frankreich in den besten Beziehungen zu einander. Seit dem Frieden hatten sie stets in allen großen europäischen Fragen übereingestimmt, und ich stehe nicht an, es zu erklären: während des italienischen Krieges, wie während der Annexion der Grafschaften Nizza und Savoyen hat mir Kaiser Alexander die aufrichtigste und loyalste Unterstützung gewährt. Dieses gute Einverständniß erheischte gewisse Schonung, und es mußte die Sache Polens in Frankreich sehr populär seyn, damit ich kein Bedenken trage, eine der ersten Allianzen des Kontinents auf das Spiel zu setzen, und meine Stimme zu Gunsten einer Nation zu erheben, die in den Augen Rußlands eine Rebellin, in den unserigen die Erbin eines durch Geschichte und Verträge verbrieften Rechtes ist. Nichts destoweniger berührt diese Frage die wichtigsten Interessen Europas; sie konnte nicht vereinzelt durch Frankreich behandelt werden. Eine Beleidigung gegen unsere Ehre oder

eine Drohung gegen unsere Grenzen legen allein uns die Verpflichtung auf, ohne vorhergehende Einigung zu handeln. Ich mußte demnach, gerade wie zur Zeit der Ereignisse im Orient und in Syrien, nothwendigerweise mich mit den Mächten benehmen, die ähnliche Gründe und Rechte wie wir hatten, sich auszusprechen. Der polnische Aufstand, dem seine Dauer einen nationalen Charakter verlieh, fachte überall die Sympathien wieder an, und es war der Zweck der Diplomatie, dieser Sache so viel Zustimmung als nur möglich zu gewinnen, um mit dem vollen Gewicht der öffentlichen Meinung Europas auf Rußland einzuwirken. Dieses beinahe ungetheilte Zusammenwirken von Wünschen schien uns das geeignetste Mittel zu seyn, um auf dem Wege der Ueberzeugung auf das Petersburger Cabinet einzuwirken. Unglücklicherweise wurden unsere uneigennützigen Rathschläge als eine Einschüchterung ausgelegt, und anstatt dem Kampfe Einhalt zu thun, trugen die Schritte Englands, Oesterreichs und Frankreichs nur dazu bei, ihn noch erbitterter zu gestalten. Auf beiden Seiten werden Excesse begangen, die man im Namen der Menschlichkeit gleich sehr beklagen muß. Was bleibt jetzt zu thun übrig? Bleibt uns weiter keine andere Wahl mehr, als zwischen Krieg und Schweigen? Nein. Ohne weder zu den Waffen zu greifen, noch ohne auch still zu schweigen, bleibt Ein Mittel uns übrig, das nämlich, die polnische Sache vor ein europäisches Tribunal zu bringen."

Ein solches Tribunal, meinte der Kaiser, sey überhaupt nothwendig auch in Bezug auf alle andern großen europäischen Fragen. Denn die im Jahr 1815 geschaffene Grundlage existire nicht mehr, es bedürfe daher einer neuen, wenn nicht alles in Willkür und Zerfall sich auflösen solle. Er sprach: „Die Verträge von 1815 haben aufgehört zu seyn. Die Macht der Dinge hat sie umgestürzt oder strebt sie beinahe überall umzustürzen. Sie wurden in Griechenland, Belgien, Frankreich, Italien und an der Donau gebrochen.

Deutschland regt sich, um sie abzuändern. England hat sie durch die Abtretung der jonischen Inseln und großmüthiger Weise modificirt, Rußland tritt sie zu Warschau mit Füßen. Inmitten dieses allmäligen Zerreißens des europäischen Grundvertrages überreizen sich die glühenden Leidenschaften und mächtige Interessen fordern im Süden wie im Norden eine Lösung. Was ist nun rechtmäßiger und verständiger, als die Mächte Europas zu einem Congresse einzuladen, wo die Eigenliebe und der Widerstand der Einzelnen vor einem höchsten Schiedsrichterspruche verschwinden würden?" Das hieß so viel, als Rußland, nachdem es sich in der polnischen Frage den Rathschlägen Frankreichs nicht gefügt hatte, für einen Schuldigen erklären, der vor ein europäisches Gericht gehöre. Der kaiserliche Redner suchte, wenn er auch die Zustimmung der großen Cabinette nicht hoffen konnte, doch die Stimmen der Völker, die öffentliche Meinung Europas zu gewinnen. Er sprach: „Soll die neidische Eifersucht der Großmächte unaufhörlich die Fortschritte der Civilisation hemmen? Sollen die kostbarsten Hülfsquellen zur leeren Schaustellung unserer Kräfte erschöpft werden? Legen wir den Umsturzgelüsten der extremen Parteien nicht länger mehr eine künstliche Wichtigkeit bei, indem wir uns mit engherziger Berechnung den gerechten Bestrebungen der Völker widersetzen. Haben wir den Muth, eine dauerhafte, regelmäßige Situation, sollte sie auch Opfer erheischen, an die Stelle dieses krankhaften, unsichern Zustandes zu setzen." Ohne Zweifel hat der Frankfurter Fürstencongreß, welcher drei Monate früher eine Reorganisation des deutschen Bundes versuchte, dem französischen Kaiser die nächste Veranlassung zu seiner größeren europäischen Congreßidee gegeben.

Sie ließ sich nicht ausführen. England erklärte, ein Congreß werde die alten Schwierigkeiten nicht lösen, sondern nur neue hinzuschaffen. Die übrigen Großmächte zeigten sich zwar geneigt, einen

Congreß zu beschicken, wollten sich aber durch die Beschlüsse desselben nicht binden lassen. Somit unterblieb er.

Da nun Napoleon III. durch seinen Druck auf Victor Emanuel das Unternehmen Garibaldis verhindert und auch den Polen nicht geholfen hatte, setzte er sich zum zweitenmal der blutigen Rache der Revolutionspropaganda aus. Am 3. Januar 1864 wurden in Paris vier Italiener verhaftet, Greco, Trabucco, Imperatori und Saglio, überführt, Bomben in Bereitschaft zu haben, um damit das Attentat vom 14. Januar 1858 zu wiederholen, und geständig, daß sie das Complott gegen Napoleons Leben in Lugano, Kanton Tessin, mit Mazzini verabredet und von demselben Geld erhalten hätten. Bei der Untersuchung wurden Spuren der genauen Verbindung Mazzinis mit Stansfield, Lord der Admiralität und Mitglied der englischen Regierung, aufgefunden. Am 26. Februar wurden die Angeklagten verurtheilt, Greco und Trabucco zur Deportation, die beiden andern zu zwanzig Jahr Kerker.

Im Jahr 1860 erschien in Paris eine Flugschrift: „Die österreichische Allianz“ und wurde eine zweite: „Erzherzog Maximilian, Kaiser von Deutschland“ angekündigt. Damals kaum beachtet, scheinen diese Schriftstücke doch zu beweisen, daß man damals schon in Frankreich seine Augen auf den österreichischen Erzherzog Maximilian geworfen hat, welchen man später als Kaiser nach Mexiko schickte. In jenen Flugschriften wurde eine enge Allianz Frankreichs und Oesterreichs gegen Preußen angerathen, um für Frankreich das linke Rheinufer, für den Erzherzog die deutsche Kaiserwürde zu gewinnen. Ohne Zweifel war damit nur eine Drohung gegen Preußen beabsichtigt, welches sich den französischen Zumuthungen nicht fügsam genug gezeigt hatte.

Im englischen Parlament enthüllte Kinglake einen Vorgang, der sich 1859 bei der Zusammenkunft des österreichischen Kaisers mit dem

französischen zu Villafranca zugetragen haben soll. Napoleon III. soll dem Kaiser damals eine Allianz gegen Preußen angetragen haben, die derselbe aber ablehnte. Als der König von Preußen nachher im Herbst 1861 in Erwiderung des Besuchs in Baden den französischen Kaiser in Compiègne besuchte, soll ihm Napoleon III. eine Allianz gegen Oesterreich angetragen haben, eben so vergeblich. Aber es sollte ja nur die Annectirung Savoyens und Nizzas durch diese französischen Freundlichkeiten gegen Oesterreich und Preußen maskirt und entschuldigt werden. Sie verfehlten ihren Zweck und die Höfe waren in ziemlicher Aufregung, allein sie konnten sich doch nicht entschließen, wegen jener Annectirung Krieg anzufangen. England wurde schon am 24. Jan. 1860 durch einen Handelsvertrag mit Frankreich beschwichtigt und unmittelbar darauf durch die oben erwähnte Einrichtung der Volunteers, einer freiwilligen Miliz zum Schutz der Küsten im Fall eines feindlichen Angriffs. Schon am 23. Juni desselben Jahres hielt die Königin Victoria eine Revue über 20,000 Mann derselben ab. Im folgenden Monat herrschte in Belgien ernste Besorgniß vor einem französischen Ueberfall. Am 26. Juni kam der Prinz-Regent von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich zu Töplitz und am 12. October mit der Königin Victoria in Coblenz zusammen. Aber alle Gewitter verzogen sich wieder.

In den ersten Wochen des April 1865 unterwarfen die Redner der Opposition im gesetzgebenden Körper die Politik des französischen Kaisers einer äußerst scharfen Kritik, was viel Lärm in der Welt machte und womit die Zeitungen sich lange beschäftigten. Wie glänzend aber auch die Reden ausfielen und wie schwunghaft man sich bei dieser Gelegenheit wieder in Bewunderung der französischen Beredsamkeit überbot, so war es doch nur wieder viel Geschrei und wenig Wolle. Napoleon III. konnte wie Graf Bismarck den breiten Strom der Worte dem Publikum bis zur Ermüdung vorüberrauschen lassen,

ohne Gefahr zu laufen. Der Hauptvorwurf, den man ihm machte, war seine Unthätigkeit. Er hätte den dänischen Krieg, vor allem die Siege Preußens verhindern sollen. Er hätte Oesterreich abhalten sollen, die Macht Preußens in Norddeutschland auszudehnen. Durch Preußen werde die Einheit Deutschlands, welche Frankreich so gefährlich sey, unfehlbar zu Stande kommen, wenn Frankreich es nicht im Bunde mit Oesterreich verhindere. Eine neue Allianz wie die zwischen Maria Theresia und Ludwig XV. wurde empfohlen. Man darf aber nicht vergessen, daß es nicht jedem Redner Ernst war; derjenige Theil der Opposition, welchen hauptsächlich der alte Thiers repräsentirte, trieb das zweite Kaiserreich in den Krieg hinein, nur damit es darin umkommen sollte, wie das erste. Das waren die Leute, die das Haus Orleans wieder auf den französischen Thron bringen und wieder, wie unter Ludwig Philipp, eine Parlamentsregierung mit hohlen liberalen Phrasen und reeller Geldmacherei etabliren wollten. Nur Wenigen war es wirklich um den Ruhm Frankreichs und dessen Hegemonie in Europa zu thun. Es fehlte jedoch nicht an vernünftigen Männern, welche den Chauvinismus im Zaume hielten, Frankreich vor neuen Demüthigungen warnten und ihm eine weise Friedenspolitik empfahlen. Das geschah selbst von Männern, die im übrigen dem Kaiser durchaus nicht schmeichelten. Die damals in der französischen Kammer gehaltenen Reden sind dadurch interessant, daß schon manches darin vorausgesehen wurde, was die Zukunft wirklich mit sich gebracht hat.

Jules Favre begann den Angriff auf die Regierung. „Die dänische Frage, sagte er, bietet das doppelte Interesse dar, daß einerseits die Unterschrift Frankreichs unter einem Vertrage steht, den das Schwert Preußens und Oesterreichs zerrissen hat, und daß andrerseits die Frage, weit entfernt einer Lösung sich zu nähern, gerade eben jetzt in eine neue, weit schlimmere Phase eingetreten ist. Die Frage

ist also, ob Frankreich nunmehr eine Entscheidung treffen, oder ob es auch ferner noch in der seitherigen abwartenden Stellung verbleiben soll. Frankreich durfte nicht neutral bleiben. Es durfte nicht seinen moralischen Einfluß abschwächen und den seiner Gegner zunehmen lassen, namentlich derjenigen Gegner, mit denen es gewiß noch auf dem Schlachtfelde zusammenstoßen kann und muß. Welches Verhalten aber Frankreich in der dänischen Frage beobachtet hat, ist schwer zu sagen. Auch wenn man alle Dokumente und Erklärungen noch so genau durchgeht, weiß man nicht, ob die Regierung die Verträge oder die Neutralität aufrecht erhalten wollte. Frankreichs Zurückhaltung sey weder würdig noch klug gewesen. Was soll aber jetzt geschehen in dieser für Frankreich so beklemmenden Lage? Glauben Sie, meine Herren, daß diese Vergrößerung Preußens für Frankreich eine so unwichtige Sache ist? O! ich kenne Politiker, die da antworten: ‚Frankreich wird ja Gewinn aus den Spaltungen ziehen, die jetzt schon zwischen Preußen und Oesterreich einzutreten anfangen, und der in seinem Rechte verletzte deutsche Bund ist bereit, den Kampf mit Preußen einzugehen.‘ Meine Herren, glauben Sie dies nur nicht. Die Geschichte lehrt uns, daß das Glück demjenigen immer angehört, der es mit Gewalt zu ergreifen und zu beherrschen vermag. Nun wurden die Wagnisse Preußens aber bis jetzt mit stetem Erfolge gekrönt. Oesterreich ist aus dem Vordergrunde zurückgedrängt, und da der Mann, der an der Spitze der preußischen Politik steht, ein Mann ist, über den ich, da unsere Discussionen von Persönlichkeiten frei bleiben sollen, weiter nichts sagen will, dem man aber einen unternehmenden Charakter und eine große Liebe für den Ruhm seines Vaterlandes nicht absprechen kann, da ferner dieser Mann als Minister über den auswärtigen Eroberungen die Freiheitsverletzungen im Innern vergessen machen möchte, so sage ich, daß darin eine große moralische und eine große materielle Gefahr für Frankreich liegt. Eine moralische

Gefahr gerade wegen unserer jahrhundertealten Ueberlieferungen und unseres nationalen Geistes, die nicht gestatten, daß in Europa, gleichsam vor unserer Thüre, große Ereignisse gegen Recht und Gerechtigkeit, gegen die Protestationen Frankreichs vor sich gehen. Und Preußen berührt uns, stößt an unsere Grenzen. Man kann nicht wie bei Polen sagen, daß es sich um eine Frage handle, welche durch den wohlthätigen Einfluß der Geographie von uns ferngehalten wird. Wenn Preußen mit einer Hand an das Rheinufer, mit der andern an die Ostsee reicht, so seyen Sie versichert, daß es in Deutschland und in der ganzen Welt einen großen militärischen und politischen Einfluß errungen haben wird (J. Favre glaubt wohl, Preußen werde erst durch den Besitz von Kiel an die Ostsee gelangen!), der nicht zum Vortheil der Geschicke Frankreichs ausfallen wird. Wohlan! Angesichts einer solchen Sachlage ersuche ich inständigst die Regierung, wohl mit sich zu Rathe zu gehen und nachdrücklicher, als sie es bis jetzt gethan, das Recht, welches sie selbst verkündigt, und die Gerechtigkeit, welche sie durch ihre Protokolle gekräftigt, zu beschützen. Ihre Politik muß entschiedener vorgehen, als seither. Frankreich ist auswärts nicht allein wegen der ungestümen Tapferkeit seiner Heere, sondern auch darum gefürchtet, weil sein Schwert in einer einzigen Hand ruht, weil diese Hand möglicherweise nach ihrem allmächtigen Willen es beliebig gegen diesen oder jenen Theil Europas kehren kann. Allein gerade dieser Umstand, der Frankreich so furchtbar macht, kann auch bei denen, welche sich fürchten, geheime Hoffnungen erwecken.“ Emil Ollivier: „Meine Herren, alle Worte, welche in diesem Saale gesprochen werden, haben eine große Bedeutung und hallen weithin wieder, namentlich wenn sie aus dem Munde des ausgezeichneten Redners kommen, welchem ich antworten will. Ich wäre im Interesse der allgemeinen Politik meines Landes untröstlich, wenn man in Deutschland glauben könnte, die Ansichten der fran-

zösischen liberalen Partei seyen diejenigen, welche J. Favre in so beredter Weise kundgegeben hat. Nach ihm verdient die Regierung den lebhaftesten Tadel, da sie fortwährend zwischen Ungewißheit und Widerspruch geschwankt. Meiner Ansicht nach verdient sie für ihr logisches und vernünftiges Verhalten unseren Dank. (Sehr gut! Sehr gut!) Ohne mich in die dornenvollen Einzelnheiten einer deutschen Diplomatiefrage einzulassen, glaube ich meine Meinung mit leichter Mühe rechtfertigen zu können. Zuerst will ich untersuchen, was das Kaiserreich bis jetzt gethan hat, und dann, was es fernerhin thun soll. Was hat Frankreich in der deutschen Frage gethan? Etwas sehr Einfaches, was keiner weiteren Ausführung bedarf. Es ließ die Trennung der Herzogthümer von Dänemark vor sich gehen, indem es sich passiv verhielt, keine Hülfe, aber auch keinen Widerstand leistete, und ich behaupte, daß es nicht anders handeln konnte. Zunächst, meine Herren, war diese Trennung eine gerechtfertigte, der Gerechtigkeit und unsern Grundsätzen entsprechende. In der Herzogthümerfrage standen sich lange Macht und Schwäche gegenüber. Die Macht war Dänemark, die Schwäche die deutsche Bevölkerung der Herzogthümer, und letztere verwandelte sich erst nach schweren Prüfungsjahren in Macht, als Preußen und Oesterreich aus Gründen, die ich nicht zu untersuchen habe, das thaten, was sie sonst nicht zu thun gewöhnt sind, und die großen Heere in den Dienst der Gerechtigkeit und der Volksrechte stellten. Seit 1815 spielte in den Herzogthümern ein Drama, ähnlich dem in der Lombardei. In beiden Ländern wurden die Bevölkerungen von Fremdherrschern niedergetreten und erdrückt. Durch beide Länder ging eine tiefe Kluft zwischen Herrschern und Unterthanen. (Der Redner führt dies noch des Nähern aus.) Dies ist die Bewegung, die nicht verhindert zu haben, man Frankreich zum Vorwurf macht! Ja, meine Herren, in einer und derselben Rede bedauert man, daß der Vertrag von Villafranca, der

doch auch von Frankreich unterzeichnet war, nicht genug zerrissen worden sey, und dann klagt man darüber, daß der Vertrag von London zu sehr zerrissen worden sey! Seyen wir logisch, meine Herren, und wechseln wir die Politik nicht mit den Breitegraden. Nachdem wir unsere Interessen und Rechte energisch gewahrt, dürfen wir auswärts uns weiter nichts zur Regel machen, als die allgemeine Bewegung zu fördern, in der die Völker überall nach dem Rechte der Selbstbestimmung ihrer Geschicke sich fortgezogen fühlen. Wir haben darum weise gehandelt, den Italienern im Süden zu helfen, aber wir haben nicht Unrecht gethan, der Befreiung der Deutschen im Norden kein Hinderniß in den Weg zu legen. J. Favre verlangt, man solle einen energischen Entschluß ergreifen, und soweit ich es aus seinen Worten entnehmen konnte, soll dieser energische Entschluß eine diplomatische Intervention seyn, aus der man die Spitze des Schwertes herausblicken ließe. Und warum eine diplomatische Intervention? Weil, sagt er, ein schweres Unrecht soll begangen werden, weil Preußen, nachdem es an der Befreiung der Herzogthümer mitgewirkt, das Volk, das es befreit zu haben vorgibt, annectiren will. J. Favre hat Recht. Herr v. Bismarck verfolgt den Plan, die Annexion der Herzogthümer vorzunehmen, was eine Ungerechtigkeit wäre, da diese Annexion nur gegen den tausendfach kundgegebenen Willen der Bevölkerung vor sich gehen könnte. Aber, wissen Sie, was ihm die Ausführung dieses Planes erleichtert hätte? Gerade die ungeschickte Intervention der französischen Diplomatie. (Sehr gut.) Von dem Tage an, wo dies bekannt geworden wäre, würde das große Deutschland, das so mißtrauisch und argwöhnisch ist, wenn es sich um seine kriegerischen Nachbarn handelt, denen es Absichten auf den Rhein zutraut, — würde das ganze Deutschland in patriotischer Glut aufgelodert seyn."

Der alte Thiers hielt am 13. April eine dreistündige Rede,

worin er hervorhob: „Italiens Einheitsbestrebungen hätte man nie begünstigen sollen, denn Italien werde Frankreich nur so lange treu bleiben, als es noch schwach sey und französischer Hülfe bedürfe. Sey es einmal durch Einheit stark geworden, so werde es sich gegen Frankreich kehren. Auch würde die italienische Einheit bald die Einheit Deutschlands nach sich ziehen und daraus würde Frankreich die größte Gefahr erwachsen. Das Nationalitätenprincip des Kaisers sey mithin verwerflich. Auf Italien insbesondere sey es nicht anwendbar. Die Einheit könne doch immer nur eine künstliche und gewaltsame seyn, weil die verschiedenen Bevölkerungen Italiens einander fremd sind und einander hassen. Um dieser unnatürlichen italienischen Einheit willen den Papst drangsaliren, sey eine unkluge Politik. Wie Rußland die griechische, England und Preußen die protestantische, so müsse Frankreich die katholische Kirche beschützen. Seitdem Oesterreich die deutsche Kaiserkrone aufgegeben habe, sey eigentlich Frankreich wieder ins Erbe Karls des Großen eingetreten und der vornehmste Schutzherr des Papstes geworden. Es allein, oder in Verbindung mit Oesterreich zu bleiben, sey die natürliche Politik für Frankreich nach Außen wie im Innern. Frankreich müsse die katholischen Sympathieen überall pflegen. Wenn es den Papst schütze, werde sich auch der Episcopat beruhigen und gern vom Ultramontanismus zum Gallicanismus umlenken. Die Lehre von der freien Kirche im freien Staat sey absurd, dem Papste müsse stets eine angemessene weltliche Herrschaft bleiben, weil seine äußere Unabhängigkeit sonst zur Unmöglichkeit werde."

Ihm antwortete Ollivier und suchte insbesondere die Angriffe auf die Einheit Italiens zu widerlegen. „Daß ein Fürst Metternich, ‚der zur großen Partei der Ruhe' gehört, die italienische Einheit gehaßt habe, findet Ollivier sehr begreiflich, allein wie kann das Thiers sagen, der sich zur großen Partei der Freiheit bekennt? wie kann

derselbe für Italien die Freiheit wünschen, und dabei Venedig zu ewiger Fremdherrschaft verdammen? Die italienischen Fürsten sind durch ihre Schuld, nachdem sie so oft und eindringlich gewarnt worden, gefallen. Italien befand sich vor dem Feldzug von 1859 keineswegs in der blühenden Lage, die Thiers so reizend schildert, sondern in der kläglichsten Verfassung von der Welt, und einzig Frankreich hat es daraus errettet. Allerdings hätte nach dem ursprünglichen Plan des Kaisers Italien mit Oesterreich und dem Papst vereint einen Staatenbund bilden sollen, allein zum Glück für Italien und für Frankreich, das die Oesterreicher stärker als vor Solferino jenseits der Alpen zurückgelassen hätte, gingen die Italiener darauf nicht ein." Ollivier muß gewaltig darüber staunen, wie Thiers in der Verschiedenheit des Temperaments, der Sprache und Sitten der geographisch auseinanderliegenden Völkerstämme Italiens ein Hinderniß für dessen Einigung sehen wolle. Sie wurden einig durch den Haß gegen den Ausländer, durch die Verzweiflung über ihre eigene Zerrissenheit, durch die Schrecken der Vergangenheit und die Hoffnung auf die Zukunft. Noch vor 50 Jahren hätte man die Einwendungen von Thiers gegen die italienische Einheit gerade so gut gegen die französische Einheit anwenden können. Was hat der Elsäßer mit dem Provençalen gemein? wie kann sich der Bretagner dem Bewohner des Languedoc verständlich machen? Haben sich nicht die verschiedenartigsten Racen auf französischem Boden gekreuzt? Gerade so ist es mit Italien. Mit großem Nachdruck tritt Ollivier sodann der von Herrn Thiers anempfohlenen Allianz Frankreichs mit Oesterreich entgegen. „Ich bin fast beschämt," ruft er aus, „meine junge Erfahrung der seinigen entgegenzustellen, aber er möge mir erlauben, ihm zu sagen, daß mein ganzes Wesen sich bei dieser Theorie empört, welche die Geschicke Frankreichs an die Oesterreichs knüpft. Unsere größten Könige hatten als Politik die Vernichtung des österreichischen Einflusses in Italien.

Thiers: Ehemals! Ollivier: Alle Geschichtschreiber des siebenjährigen Kriegs haben die damalige Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich bedauert. Die Unglücksfälle des Kaiserreichs datiren von dem Tage, wo es seine Hand in die Oesterreichs legte. Ludwig XVIII. gab seinen Bevollmächtigten beim Wiener Congreß die Weisung, den vorherrschenden Einfluß Oesterreichs in Italien zu verhindern, und die österreichische Allianz nach den spanischen Heirathen brachte Ludwig Philipp kein Glück. Kann denn nun heute Frankreich, dessen Politik dahin geht, die Bestrebungen der Nationalität zu unterstützen, an Oesterreich einen aufrichtigen Alliirten finden? Steht nicht zwischen beiden das leidende und protestirende Venetien, das protestirende und leidende Ungarn? Der andern Nationalitäten, die schweigend dulden, nicht zu gedenken, und denen wir wenigstens den Trost schulden, daß wir uns nicht mit ihren Bedrückern verbinden. Hr. Thiers hat ferner in der italienischen Einheit eine Drohung gegen Frankreich erblickt, dessen wahre Politik darin bestehe, dafür zu sorgen, daß die Kleinen nicht groß werden und die Großen klein bleiben. Ich wiederhole das mit dem Zusatz des Hrn. Thiers: Das ist die Politik der alten Zeit. Frankreichs Größe besteht nicht in der Schwäche der andern. Frankreich kann groß unter Großen seyn. (Sehr gut! Sehr gut.)"

Der Gasteiner Vertrag regte die Kriegslustigen in Frankreich von neuem auf. Napoleon III. konnte jedoch nicht daran denken, der immer noch vereinigten Macht Oesterreichs und Preußens drohen zu wollen. Er begnügte sich daher mit einem diplomatischen Proteste. Sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten Drouyn de l'Huys mußte am 29. August an alle französische Gesandtschaften folgendes Rundschreiben erlassen: „Die Blätter haben uns den Text der Convention von Gastein gebracht. Ich beabsichtige nicht, die Stipulationen derselben im Einzelnen zu prüfen. Dagegen ist es nicht ohne Interesse nachzuforschen, welches die Motive sind, die in diesen Unterhandlungen

die beiden deutschen Großmächte geleitet haben. Waren sie gemeint das alte Recht der Verträge zu bestätigen? Offenbar nicht. Die Wiener Verträge hatten die Existenzbedingungen der dänischen Monarchie geregelt. Diese Bedingungen sind über den Haufen geworfen. Der Londoner Vertrag war ein neues Pfand der Sorgfalt Europas für die Dauer der Integrität dieser Monarchie; er ist zerrissen durch zwei Mächte, die ihn unterzeichnet hatten. Oder haben sich Oesterreich und Preußen verständigt zum Schutze eines mißachteten Erbfolgerechts? Statt dem meistberechtigten Prätendenten das streitige Erbe zu überantworten, haben sie es unter sich getheilt. Befragen sie vielleicht das Interesse Deutschlands? Ihre Verbündeten haben ja die Abmachungen von Gastein erst durch die Zeitungen erfahren. Deutschland verlangte nach einem untheilbaren Staate Schleswig-Holstein, getrennt von Dänemark und unter einem eigenen Fürsten, für den es Partei genommen hatte. Dieser populäre Candidat ist heute bei Seite gesetzt und die Herzogthümer, statt vereinigt, vielmehr auseinander gerissen, werden verschiedenen Herrn unterstellt. Ist es das Interesse der Herzogthümer selbst, welches die beiden Mächte sichern wollten? Die unauflösliche Vereinigung derselben war ja, wie gesagt wurde, die wesentliche Bedingung ihrer Prosperität. Hat die Theilung wenigstens den Zweck, zwei rivalisirende Nationalitäten auseinander zu halten und dem innern Hader ein Ende zu machen, indem jeder derselben ein gesondertes Feld der Existenz angewiesen wird? Auch das ist nicht der Fall, denn wir sehen, daß die Scheidungslinie ohne alle Rücksicht auf Nationalitäten Deutsche und Dänen unter einander gemischt läßt. Wollte man allein den Wünschen der Bevölkerungen entsprechen? Sie wurden gar nicht gefragt und es ist nicht einmal die Rede davon, die Stände von Schleswig-Holstein einzuberufen. Auf welchem Principe beruht denn die österreichisch-preußische Combination? Wir bedauern, in derselben keine andere

Grundlage zu finden, als die Gewalt, keine andere Rechtfertigung als die gegenseitige Convenienz der beiden Theilungsmächte. Es ist das eine Praxis, der das heutige Europa entwöhnt war (?) und für welche man nur in den traurigsten Zeiten der Geschichte Vorgänge findet. Gewaltthaten und Eroberungen verderben den Rechtssinn und das Gewissen der Völker. An die Stelle der Grundsätze gesetzt, welche das Leben der modernen Staaten regeln, sind sie ein Element der Unordnung und der Auflösung und nur geeignet, die alte Ordnung der Dinge umzustürzen, ohne eine neue Ordnung fest zu begründen. Uebrigens ist es nicht meine Absicht, Sie aufzufordern, diese Bemerkungen an den Hof, bei dem Sie beglaubigt sind, zu richten, sondern ich will Ihnen nur die Sprache andeuten, die Sie einhalten mögen, wenn sich eine Gelegenheit darbieten sollte, Ihre Ansicht kund zu geben." Also eine bloße Strafpredigt, die sich freilich in der Depesche einer Regierung, welche kurz vorher Savoyen und Nizza an sich gerissen hatte, komisch genug ausnahm. Ueberhaupt hatte der Kaiser mit dem belehrenden Tone, den er gern annahm, nur selten Glück.

Als im folgenden Jahre der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen auszubrechen drohte, kam Thiers im gesetzgebenden Körper am 3. Mai auf seine frühere Rede zurück und verschärfte sie noch. Er ging vom Programm des Wiener Congresses aus „die in der deutschen Nation schlummernde Kraft nicht erwachen zu lassen, müssen alle Cabinette verschworen seyn." Frankreich hatte sich auf Kosten des deutschen Reichs vergrößert und zur ersten Macht in Europa aufgeschwungen. So solle und müsse es bleiben. Thiers sagte: „Von jeher (?) war es das größte politische Princip Europas, daß Deutschland aus unabhängigen durch ein einfaches Föderativband mit einander verbundenen Staaten bestehe. Dieses Princip verkündete Europa in dem westfälischen Frieden, zu diesem Princip bekannte sich Friedrich

der Große bei Unterzeichnung des Friedens von Teschen, diesem Princip stimmten alle Mächte des Wiener Congresses bei, nachdem man es schon im Pariser Frieden im Jahr 1814 den Franzosen als Garantie zugesagt hatte. Die Deutschen haben vollkommen Recht, ihren Bundestag mit den Ideen der Neuzeit in Einklang zu bringen und denselben im Sinn der Einheit umzugestalten; allein sie mögen ja nicht vergessen, daß sie sich gegen Europa und gegen die großen Principien des europäischen Gleichgewichts vergehen würden (sic), wenn sie ein durchaus einiges Deutschland bilden wollten, in dem die Einzelstaaten als getrennte unabhängige Existenzen aufgingen." Preußen ist nun der Staat, der nach der Ansicht des Hrn. Thiers derartige Plane im Schilde führt. Es möchte durch einen glücklichen Krieg gerade noch nicht die 50 Millionen Deutschen in seinen 14 Millionen aufgehen lassen, das geht, so stürmisch man auch zu Werke gehen mag, nicht auf einmal; aber es möchte sich einiger nördlichen Staaten bemächtigen und die anderen in einem Bundestag unter irgend einem Einfluß unterbringen. Es wäre dann ein Theil Deutschlands unter seiner directen, ein anderer unter seiner indirecten Autorität, und Oesterreich würde alsdann als Schützling in diesen neuen Verband aufgenommen. „Dann aber," fährt Thiers fort, „wird die große Erscheinung eintreten, nach der man seit mehr als einem Jahrhundert strebt. Man wird ein neues germanisches Reich erstehen sehen, das Reich Karls V., das ehemals in Wien seinen Sitz hatte und ihn nun in Berlin haben würde. Es wäre unsrer Grenze sehr nahe; es würde sie drängen und einschließen, und wie im 15. und 16. Jahrhundert auf Spanien, würde sich heute das Reich Karls V. auf Italien stützen." (Deutliche Bewegung.) Die italienische Einheit muß, wie Thiers schon früher behauptet hat, unvermeidlich zur deutschen Einheit führen. Sie müssen sich über die Alpen die Hand reichen, wie man jetzt schon wahrnehmen kann. „Kann es uns zukommen, in irgend welchem Grad

eine solche Politik zu begünstigen? (Zahlreiche Stimmen: Nein, nein!) Trotz des Interesses, das Italien einigen Franzosen einflößen kann, darf man durch ganz Frankreich gehen und in den kleinsten Dörfern nachfragen, und man wird dann sehen, ob eine Politik, welche das alte germanische Reich mit Verlegung der Machtfülle Karls V. von dem Süden nach dem Norden wiederschaffen will, ob ein solches Reich, das sich auf Italien stützen würde, populär ist. Nein, Frankreich hat zu viel gesunden Sinn, als daß eine solche Politik angenommen werden könnte, und selbst wenn sie uns eine Gebietsvergrößerung verschaffen könnte, wäre sie nur um so schimpflicher, denn man würde sich einen Lohn bezahlen lassen, um in einer nahen Zukunft die Größe Frankreichs in entwürdigende Gefahr zu bringen. (Sehr gut! Zahlreicher Beifall.) Dieses gefährliche Bestreben, dem sich zu widersetzen Sie im Namen der Deutschen selber, die man darin, wie in der Herzogthümerfrage, hinters Licht führt, das Recht haben, dieses Bestreben ist ein Attentat nicht allein gegen die Unabhängigkeit Deutschlands und Europas, sondern gegen die deutsche Freiheit selber . . . . Also im Namen der Unabhängigkeit der deutschen Staaten, in dem der eigenen Unabhängigkeit und in dem des europäischen Gleichgewichts muß Frankreich sich der Wiederherstellung der Herrschaft Karls V. in Berlin widersetzen. Wie aber soll man dieß thun? Von Seite Oesterreichs ist der Krieg nicht zu befürchten, so wenig seine tapfern Heere den Krieg fürchten, wie sie es selbst in ihren Niederlagen glorreich bewährt haben. Preußen ist es, das den europäischen Frieden bedroht, und es handelt sich jetzt darum, das Mittel ausfindig zu machen, um es daran zu hindern."

Das ist die alte freche Politik Richelieus und Ludwigs XIV. Es liegt aber ein welthistorisches Princip darin. Es handelt sich nicht blos um die Nationalitätenfrage, welche Nation, ob die Deutschen oder Franzosen Herren von Europa seyn sollen, sondern auch um die noch

wichtigere Frage, ob durch Wiederherstellung des deutschen Reichs wieder die christlich-deutsche friedliche Organisation in der abendländischen Menschheit herrschend werden, oder ob das seit der Renaissance in Frankreich adoptirte antik-heidnische, nur mechanische, kriegerische, auf Raub und Ruin aller Nachbarn ausgehende System das herrschende bleiben soll.

Im Grunde ist doch Frankreich allein der unabläßige Friedensstörer in Europa. Alle andern Reiche verhalten sich ruhig, passiv, friedlich und werden selbst durch innere Aufregungen zu einem Angriff des Nachbars nicht fortgerissen, wenn man nur sie nicht angreift. Rußland allein macht eine Ausnahme, sofern es von Frankreich gelernt hat, die Trägheit und Uneigennützigkeit schwächerer Nachbarn auszubeuten. Aber die russische Politik ist seit Peter dem Großen eben nur in die Schuhe der französischen getreten. Peter der Große nahm sich Ludwig XIV. zum Muster seiner auswärtigen Politik. Deswegen hat sich Rußland durch geschickte Benutzung der Rivalitäten zwischen Schweden und Polen, Preußen und Oesterreich in fortschreitender Eroberung gegen Mitteleuropa vorgeschoben, wie es Frankreich schon früher durch geschickte Benutzung der Rivalität zwischen dem protestantischen und katholischen Deutschland ins Werk gesetzt hatte. Wie Frankreich bis an den Rhein, so drang Rußland erobernd bis an die Weichsel vor. Was Frankreich betrifft, so hat dasselbe bis auf den heutigen Tag den Anspruch nicht aufgegeben, vor allen Reichen Europas privilegirt seyn zu müssen. In französische Dinge soll sich keine andere Macht einzumischen ein Recht haben. Daß sich aber Frankreich in alle Angelegenheiten der Nachbarn einmischen dürfe, verstehe sich von selbst. Die Einheit und Untheilbarkeit der französischen Nation und des französischen Reiches soll allen andern Nationen und Reichen Europas als unantastbares Dogma gelten. Eben so die Berechtigung Frankreichs, seine Grenzen auszu-

dehnen und Nachbarländer zu annectiren, auch solche, deren Bevölkerung der französischen Nation nicht angehört. Das Recht zu solchen Besitzergreifungen soll sich für jeden Franzosen von selbst verstehen; nur gegenüber den Opfern, auf die man es abgesehen hat, werden Vorwände genommen. Da heißt es nach Umständen: Wir kommen zu euch im Namen der Religion, im Namen der Freiheit, im Namen der Civilisation und machen euch frei und glücklich.

Wenn solche Vorwände nicht mehr ausreichen oder passen, wird die Fiktion des europäischen Gleichgewichtes vorgeschoben, eine Erfindung der französischen Staatskunst, und zwar ausdrücklich zu dem Zweck erfunden, um Frankreich einen entsprechenden Gewinn zu verbürgen, sobald ein anderer europäischer Großstaat an Umfang zunimmt, gleichviel, was dabei natürlich ist, was unnatürlich. Gleichviel, was die Bevölkerungen dazu sagen. Das von Frankreich erkünstelte europäische Gleichgewichtssystem ist eine ungeheure Unnatur und indem Napoleon III. demselben das Nationalitätenprincip entgegensetzt, würde er sich ein großes Verdienst erworben haben, wenn er sich consequent bliebe und nicht auch vom Gleichgewichtssystem immer Nutzen ziehen wollte, wie er mit Savoyen und Nizza bewiesen hat. Das Gleichgewichtssystem berechtigt die jeweiligen Großmächte, die europäische Karte zu ändern, wie es ihnen beliebt, mit ihren Grenzen mitten durch die Nationen hindurchzufahren und die europäische Menschheit als einen Ballen Tuch zu betrachten, aus dem sich jede ihre Uniform zuschneidet nur nach ihren dynastischen Interessen, ohne alle Rücksicht auf die Interessen der Völker.

Das Grunddogma der europäischen Gleichgewichtslehre war schon längst, wie es Thiers auch jetzt wieder des breiteren auseinandergesetzt hat, die fingirte Nothwendigkeit, Deutschland müsse durch innere Theilung geschwächt, durch Wegreißung der Grenzprovinzen verkleinert und stets als eine bloß passive Conföderation, als ein lockres Conglo-

merat erhalten werden, in welches die Nachbarn nur immer ihre Schaufeln hinein zu stecken hätten, um darin herumzuwühlen. Das Recht, welches die Franzosen ansprachen, eine einige, selbständige Nation zu seyn, sprechen sie uns Deutschen ab. Wir sollten uns nicht einigen dürfen, wir sollten niemals stark genug werden, um uns aus der Passivität und Defensive herausarbeiten zu können. Das Gleichgewicht, heißt es, würde zu sehr gestört werden, wenn Deutschland einig wäre, denn es würde dann zu stark werden. Die Wahrheit ist im Gegentheil, daß das europäische Gleichgewicht, welches durch die Anmaßungen Frankreichs und hinterdrein auch des mit ihm wetteifernden Rußland beständig gefährdet ist, erst dann hergestellt und der europäische Frieden gesichert werden würde, wenn die germanische Race in der Mitte Europas einig und stark genug wäre, um links die romanische, rechts die slavische Race an ferneren Uebergriffen in die germanische Mitte zu hindern. Das ist so klar und wahr wie das Einmaleins. Aber freilich würde dann der unvernünftige Anspruch, den der Chauvinismus auf den Besitz des linken, ausschließlich von Deutschen bewohnten Rheinufers macht, für immer zum Schweigen gebracht werden. Das wahre und natürliche Gleichgewicht der großen europäischen Racen würde der Lüge und Unnatur des bisher immer von Frankreich gepredigten europäischen Gleichgewichts ein Ende bereiten und jede durch diese Lüge bemäntelte Gier, die schnöde Art, in welcher der Chauvinismus beständig den friedlichen Nachbar beunruhigt und bedroht, würde nicht mehr geduldet werden. Daraus allein erklärt sich die Besorgniß, die Hr. Thiers in seiner langen Rede heuchlerisch für Europa zu hegen vorgibt, während es nur die Besorgniß des Diebes ist, der Angst bekommt, er werde künftig nicht mehr stehlen dürfen.

Das Recht, welches die Franzosen für sich selbst ansprechen, ist das

Recht jeder großen Nation. Sind sie eine Nation, sind sie es ganz, wie wollen sie es uns verwehren, es ebenfalls zu seyn?

Man kann dabei die Bemerkung nicht unterdrücken, daß Thiers mit seinen übermüthigen Ansprüchen in das Jahrhundert Ludwig XIV. zurückgreift, so daß man denken muß, wenn es der Opposition in Frankreich gelänge, das zweite Kaiserreich zu stürzen und die Familie Orleans wieder auf den französischen Thron zu bringen, dieß durchaus kein Gewinn für Deutschland seyn würde, weil der Chauvinismus älter ist als das Kaiserthum und es auch überleben wird. Wenigstens kann Thiers sich nicht einbilden, durch seine Rede dazu beigetragen zu haben, daß etwa eine künftige Coalition sich sehr geneigt zeigen würde, das in Frankreich restaurirte Königthum für einen friedlicher gesinnten Nachbar zu halten, als das Kaiserthum.

In der That hat Napoleon III., das muß man zu seiner Ehre sagen, die Vorwürfe des Hrn. Thiers verdient, indem er nicht so ungerecht und unvorsichtig gewesen ist, den schlechten Rathschlägen desselben zu folgen. Die Politik des französischen Kaisers ist nicht so gewaltthätig und energisch, wie die seines Oheims, aber auch nicht so abenteuerlich, nicht so tollkühn. Sie ist mehr darauf gerichtet, das Gewonnene zu erhalten, als mehr und immer mehr an sich zu reißen. Er wünscht seiner Dynastie Dauer zu geben, mag daher nicht leichtfertig alles aufs Spiel setzen.

Bekanntlich hat Napoleon III. der Rede des Hrn. Thiers keine Folge gegeben und sich im Verlauf des Jahres 1866 an dem deutschen Kriege nicht betheiligt.

Im Anfang des Jahres 1865 gab Napoleon III. ein von ihm selbst geschriebenes Buch „Das Leben Cäsars“ heraus, worin er seinen großen Oheim mit Cäsar, sich selbst mit Octavianus Augustus verglich und prophezeite, der neue Imperalismus in Frankreich sey für die Völker so nothwendig und heilsam und werde daher auch so lange

dauern, wie das altrömische Kaiserthum, welches Cäsar und Augustus nach den großen Bürgerkriegen gründeten. Je mehr Anspruch in diesem Buche lag, umsomehr fand es Zweifler und Spötter, wurde aber vom Publikum verschlungen, in alle Sprachen übersetzt und weithin verbreitet. Unter den Gegenschriften wurden die Briefe des Labienus von A. Rogeard am berühmtesten, weil darin im Porträt des Augustus Napoleon III. witzig karrikirt war. Gerade weil der Napoleonide seiner Dynastie eine lange Zukunft versprach, machte sein Buch den Eindruck, er sey derselben keineswegs sicher und man erinnerte sich, daß Ludwig Philipp eben so voreilig die Zukunft für seine Dynastie in Anspruch genommen habe, indem er die unpopuläre ältere Linie der Bourbons mit den zweimal aus England vertriebenen Stuarts und die Linie Orleans mit dem Hause Hannover verglich, welches im Einklang mit dem Parlamente heute noch immer in England in vollkommener Sicherheit regiere. — Rogeard floh nach Brüssel, schrieb dort noch eine bittere Satire la pauvre France, und beleidigte den Kaiser dergestalt, daß das belgische Fremdengesetz auf ihn angewendet und er über die deutsche Grenze spedirt wurde, im September 1865.

Im Jahr 1861 verlor der arme Patterson (Sohn Jeromes aus dessen erster Ehe mit einer Miß Patterson in Nordamerika) den Proceß, den er eingeleitet hatte, um sein Erbrecht geltend zu machen. Die Ehe war vom Papst selbst als gültig anerkannt, aber von Napoleon I. verworfen worden. Der berühmte Berryer plaidirte für Patterson, aber vergebens.

Von der vertriebenen bourbonischen Familie erfuhr man nicht viel. Die ältere Linie gerieth sehr in Armuth. Der Graf von Chambord, Chef der älteren Linie, mußte 1864 die Güter seiner Mutter, der Herzogin von Berry, verkaufen. Der Graf von Paris, Chef der jüngeren Linie, vermählte sich in demselben Jahre mit seiner Cousine,

der Prinzessin Marie Isabella, Tochter des Herzogs von Montpensier in Sevilla.

Seitdem Napoleon III. in Frankreich regierte, geschah nicht mehr viel für Algerien. Es war keine napoleonische, sondern eine bourbonische Eroberung und schon deswegen that er nicht mehr für sie, als nöthig war, sie gerade zu behaupten.

Im Frühjahr 1864 begann eine neue Erhebung fanatischer Araber gegen die Herrschaft der Franzosen in Algier. Man sagte, wegen des Steueredikts. Indeß hing die Erhebung mit einer andern im benachbarten Tunis zusammen und scheint von englischen Agenten geschürt worden zu seyn. Urheber des Aufstandes war Si Sliman, Sohn des Sidi Chigr ben Abu Bekr, des Hauptes einer mächtigen Familie, die vom Chalifen Abu Bekr abzustammen sich rühmte und die wichtigsten Gebirgspässe beherrschte. Der Sohn sah sich nach des Vaters Tode wegen seiner Jugend von den andern Familiengliedern zurückgesetzt, floh zu seinem Oheim Si El Tajab und unternahm mit ihm den Religionskrieg gegen die Franzosen, um sich unter seinen Landsleuten das Ansehen zu verschaffen, welches man ihm bisher verweigert hatte. Der Krieg begann, indem die Araber auf dem am weitesten vorgeschobenen französischen Posten Geryville am 7. April 1864 den Oberst Beauprêtre überfielen und mit 40 Franzosen und 60 Turkos ermordeten. Die ganze französische Armee in Algier wurde nun allarmirt und die Generale Martineau und Deligny schlugen die Araber, obgleich sie auf das verzweifeltste kämpften, am 26. April bei Ain Lakta und am 13. Mai bei Kenek el Sauk und zerstörten ihnen viele Dörfer. General Jussuf reizte die treuen Araberstämme gegen die Empörer auf. Doch entkam Oberst Lapasset nur mit genauer Noth einem arabischen Ueberfall. Am 31. Mai gewann General Rose wieder einen Sieg und in diesem Kampfe fiel der Marabut Sidi el Azeray, der in diesem neuen Glaubenskriege den Propheten spielte. Im October

verfolgte General Jolivet den Marabut Si Lala und mußte die schwersten Kämpfe mit einer überlegenen Macht des Feindes bestehen.

Der Kaiser ernannte an die Stelle des verstorbenen Pelissier den berühmten Marschall Mac Mahon zum Gouverneur in Algier (8. Septbr. 1864) und reiste im Frühling 1865 selbst dahin. In seiner Proklamation an das arabische Volk vom 6. Mai mahnte er dieses Volk, daß zwei Millionen Araber gegen vierzig Millionen Franzosen doch nichts ausrichten könnten, daß Gott allein Macht und Sieg verleihe, daß er es mit seinen afrikanischen Unterthanen wohl meine, ihren Stand erhöhen und nicht erniedrigen wolle und daß sie mithin ihm vertrauen und gehorchen sollten. Er machte eine Rundreise durch die vornehmsten Städte der Provinz, wurde überall gut empfangen und war am 10. Juni wieder in Paris.

Nach seiner Rückkehr gab er in sehr freimüthiger Weise kund, was Algier fehle. Er veröffentlichte darüber eine eigene Broschüre, worin es hieß: Die Regierung steht zwischen zwei Extremen, nämlich dem einer durchgreifenden Europäisirung und dem einer Aufrechterhaltung der alten afrikanischen Einrichtungen. Die Provinz zählt nahe an 3 Millionen Muhamedaner, nahe an 2 Millionen Europäer und eine Armee von 76,000 Mann, ist also zugleich ein arabisches Königreich, eine europäische Colonie und ein französisches Lager. Die Lage der Araber, eines tapfern und intelligenten Volkes, ist zu bedauern. Hinter ihnen stehen noch 15 Millionen ihrer Stammgenossen, die Frankreich nicht unterworfen sind. Also verlangt schon die Klugheit, wenn nicht das stets von uns bevorzugte Nationalitätenprincip, daß Frankreich dieses Volk für sich gewinne durch Weisheit und Milde und durch Gewährung nationaler Rechte, auf die sie natürlichen Anspruch haben. Vor allem soll man die Eingebornen vor der französischen Raubgier schützen, man soll ihnen nicht mehr so drückende Steuern auflegen, nicht ihren Grund und Boden confisciren, sie nicht zwingen,

bei Wucherern zu borgen und so das Ihrige zu verlieren, ihnen in Angelegenheiten ihres Glaubens, ihrer Ehen, ihrer Sitten und ihres Privatrechts die einheimischen Gerichte lassen und sie nicht vor französisches Gericht stellen 2c.

Am 8. Juli kam Abdel Kader von Damascus, wo er zuletzt gelebt hatte, plötzlich nach Paris, wohin ihn der Kaiser gerufen hatte, und die Vermuthung lag nahe, der Kaiser werde ihm im Sinne seiner wohlwollenden Wünsche für die Araber einen wichtigen Posten in Algerien anvertrauen. Dem war aber nicht so. Abdel Kader hielt sich einige Zeit in Paris auf und besuchte auch London, kehrte dann aber in den Orient zurück.

Mac Mahon war mit der Ansicht seines Kaisers nicht einverstanden. Ueberzeugt, daß nur Gewalt der Waffen die Muhamedaner im Zaum halten könne, wollte er die rein militärische Verwaltung Algeriens beibehalten. Auch zeigte sich bald, daß die Eingebornen für das Wohlwollen des Kaisers unempfänglich seyen, denn schon Ende September begannen im Süden der Provinz Oran neue Unruhen, angeregt durch den Häuptling Si Lala. Die Feindseligkeit begann mit einem Lauffeuer von Brandstiftungen. General Lacretelle wollte am 21. Oct. einen Theil der Aufrührer unfern von Saida überfallen, konnte sie aber nicht erreichen. Indessen griff der Aufruhr nicht weiter um sich.

Der größte Fehler war und ist, daß die Franzosen keine Straßen in Algerien anlegten. In der Provinz Constantine geschah noch gar nichts dafür. Sogar die Dampfschifffahrtsverbindung an der Küste ist höchst mangelhaft. Es gibt nur Straßen, die von Algier zu den Punkten Blida, Dourra, Koliah, Mediah, Miliana und Oran, und eine, die von Philippeville nach Constantine führt. Von Algier nach Constantine aber existirt noch kein Weg. Man darf wohl aus dieser Versäumniß schließen, daß die Colonisation Algeriens niemals ernst-

lich gemeint war und daß Napoleon III. die Provinz nur behauptet, um sich seinen Einfluß auf Nordafrika überhaupt zu erhalten und um seine Armee aus den braunen Wüstensöhnen zu rekrutiren.

Beachtenswerth ist eine Aeußerung des berühmten Afrikareisenden Rohlfs, der in seiner „Reise nach Marokko," welche 1868 erschien, die Zustände im nordwestlichen Afrika sehr genau schildert. „Ich glaube, die Franzosen können sich nicht genug in Acht nehmen, wollen sie nicht einen Tag erleben, wie ihn die Engländer in Indien gehabt haben. Bei einer Nation wie die Araber, deren ganzes Wesen, Leben und Treiben sich auf die intoleranteste Religion gründet, die existirt, sind Civilisationsversuche vergeblich. Wie sind die Araber heutzutage nach mehr als 30jährigem Besitze von Algerien? Die in den Städten haben alle schlechten Sitten der Franzosen angenommen und helfen dem französischen Pöbel im Absinthtrinken, daß sie aber dafür auch nur im geringsten christlich-religiöse Grundsätze angenommen hätten, daran ist nicht zu denken. Forscht man tiefer nach, so findet man, so geschmeidig und umgänglich sie äußerlich geworden sind, daß sie innerlich allen Haß und alle Verachtung gegen die Bekenner einer andern Religion bewahrt haben. Entfernt man sich nun gar einige Stunden weit von der Stadt, so findet man, daß die Civilisation dahin noch ganz und gar nicht gedrungen ist. Der Araber unter seinem Zelte lebt nach wie vor und haßt die Christen eben so wie früher, und wenn er sich enthält, einen Ungläubigen zu tödten, um dafür das Paradies zu erlangen, so geschieht es nur aus Furcht vor dem strengen Gesetze. Die Franzosen hätten längst wie die Engländer in Nordamerika mit den Eingebornen verfahren sollen, nämlich dieselben zurückdrängen, dann wäre Algerien heutzutage ein ruhiges, nur von Europäern bewohntes und cultivirtes Land. Man wird dies vielleicht hart finden und barbarisch und mit den civilisirten Grundsätzen unserer Epoche nicht übereinstimmend. Vom Zimmer aus und

von Weitem sind die Dinge jedoch ganz anders anzuschauen als in der Nähe, und nothwendigerweise wird es bis zum letzten Tage immer Völker geben, die zum Besten der allgemeinen Menschheit den andern Platz machen müssen. Vor allen Dingen sollten die Franzosen bis an den l'Ued Ssaura vorrücken und ihn mit allen seinen Nebenflüssen nehmen, was auch die Unterwerfung Tuats zur Folge haben würde. Denn von hier aus werden ihnen die meisten Ränke und Umtriebe geschmiedet, und so lange sie nicht diese natürliche Grenze innehaben, ist im Süden der Provinz Oran an keinen dauerhaften Frieden zu denken."

Dieser von Rohlfs (S. 85) ausgesprochene Gedanke, nur ein gänzliches Ausrottungssystem könne in Nordafrika helfen, verdient Beachtung. Man hat sich aus dem Gesichtspunkt der Humanität über die schreckliche Wahrheit getäuscht, daß es in der That unverbesserliche Bestandtheile der Menschheit gibt, welche auszurotten das einzig Zweckmäßige ist. Kann man es den Yankees verdenken, daß sie dieses grausame System auf die Rothhäute anwenden, wenn diese Jahr aus Jahr ein in die Dörfer der Weißen fallen und alles grausam ermorden? Mit einem einzigen, wenn auch immerhin grausamen Völkermorde wird auf einmal eine Unnatur abgeschnitten, die sich sonst Jahrhunderte fortpflanzen und immer neue Gewaltthaten, immer neues Elend gebären würde. Unsere Vorfahren haben einst in den Grenzprovinzen des römischen Reichs die gänzlich verdorbene Römerrace ausgetilgt und haben wohl daran gethan. Wenn sie es nicht gethan hätten, würde ganz Süddeutschland von der Donau bis zu den Alpen heute nicht von Deutschen bewohnt seyn, würde hier die deutsche Sprache nicht herrschen, sondern hätten wir hier ein halbromanisches Mischlingsvolk. Unsere Vorfahren waren unendlich praktischer, als wir es sind. Sie hielten auf ihre Race und dachten, unsere Kinder zu versorgen ist besser, als Großmuth üben gegen eine

fremde verdorbene Race. So lange man noch Platz neben einander hat, schadet die Humanität nichts; wenn aber die bisher herrschende edlere Race durch eine schlechtere, nichtswürdige in ihrem Fortkommen beengt und genirt wird, dann müßte sie jeglicher Energie, jeglichem Racestolz und jeglichen Pflichtgefühls für ihre Kinder entbehren, wenn sie sich nicht Platz machte.

Der dermalige Kaiser der Franzosen war indeß nicht gesonnen, die Colonisation Algeriens ernsthaft und energisch in die Hand zu nehmen.

Napoleon III. reiste viel im Jahre 1865. Nachdem er von Algier zurückgekehrt war, begab er sich mit seiner Gemahlin nach Arenenberg, um ihr die Stätte zu zeigen, wo er seine Jugend verlebt hatte. Die Schweizer wetteiferten, ihn willkommen zu heißen (17. August) und er unterhielt sich mit ihnen auf die liebenswürdigste Weise. Auf dem Rückwege gingen in Neufchatel die Pferde an einem Wagen des Gefolges durch und die Prinzeß Murat erhielt eine Verletzung, weshalb die Kaiserin einige Tage zurückblieb, um sie zu pflegen.

Im folgenden Monat reiste der Kaiser nach Spanien und besuchte das spanische Königspaar, welches ihm zu diesem Zwecke entgegengeeilt war, am 9. in S. Sebastian, worauf ihm der spanische Hof am 11. den Gegenbesuch in Biarritz machte. Dahin kam am 10. October auch das portugiesische Königspaar.

Elftes Buch.

Frankreichs innere Zustände.

Im Innern neutralisirte Napoleon III. die Parteien ganz eben so, wie er in seiner äußern Politik die Großmächte gegen einander gravitiren ließ.

Am meisten Rücksicht nahm er auf die klerikale Partei und das dem Klerus anhängende Landvolk und auf der andern Seite auf die arbeitende Classe. Das Landvolk und die städtischen Arbeiter bildeten den Kern des Volks. Ihnen also suchte er vorzugsweise zu genügen. Auf die Bourgeoisie, die s. g. gebildeten Classen, welche mit dem vulgären Liberalismus unter Ludwig Philipp die Herrschaft behauptet hatten, nahm er am wenigsten Rücksicht und trieb mit ihnen eigentlich ein übermüthiges Spiel, indem seine Thronreden und öffentlichen Kundgebungen es nie an liberalen Phrasen fehlen ließen, während er die Freiheit in Frankreich doch gerade am engsten und unnachsichtlichsten beschränkte.

Der Senat und der gesetzgebende Körper hingen ganz von ihm

ab, wie einst unter seinem Oheim und aus demselben Grunde. Der Senat wurde von ihm ernannt, das Wahlrecht zum gesetzgebenden Körper war beschränkt und wurde von einer Mehrheit ausgeübt, die der kaiserlichen Regierung aus Nützlichkeitsgründen und großentheils auch aus Ueberzeugung ergeben war. Frankreich genoß Ruhe und Ordnung, die Arbeiter waren beschäftigt; Frankreich hatte Erwerbungen von außen gemacht und nahm unter den Großmächten Europas beinahe wieder den ersten Rang ein. Das war viel. Die Partei, welche noch mehr, nämlich die s. g. Freiheit forderte, bedachte nicht, daß die Freiheit in Frankreich von jeher nur das Aushängeschild war für Leidenschaften, welche die Nation in ihrer ganzen Tiefe aufwühlten. Auch waren die Motive, von welchen sich die allmälig erstarkende Opposition in der Presse und in dem gesetzgebenden Körper leiten ließ, keineswegs das Bedürfniß politischer Freiheit oder edle Entrüstung über Tyrannei. Man muß eine relative und wechselnde Opposition von der dauernden und systematischen in Frankreich unterscheiden. Nur zeitweise machten hier die Klerikalen, dort die wahrhaft Freisinnigen Opposition gegen die Regierung, wenn die letztere sich, namentlich veranlaßt durch ihre auswärtige Politik, bald den kirchlichen Forderungen eine Grenze zu setzen, bald die Revolutionspropaganda zu zügeln genöthigt sah. Es ist notorisch, daß Napoleon III. nur dann schroffer gegen den Episcopat auftrat, wenn dieser eine gewisse Grenze der kaiserlichen Autorität überschreiten wollte, und daß er auch eine strengere Polizei nur handhaben ließ, wenn ihn neue Verschwörungen dazu nöthigten, daß er aber im Allgemeinen die Kirche schützte und mit den Bischöfen in gutem Einvernehmen zu bleiben suchte, wie er auch andererseits für die arbeitende Classe große Sorgfalt hegte und ihr somit keinen Anlaß mehr gab, in Emeuten auszubrechen. Von ganz anderer Art war die systematische Opposition, welche die Bourgeoisie, die unter Ludwig Philipp geherrscht

hatte und jetzt gestürzt war, der kaiserlichen Regierung zwar unter liberalem Aushängeschild, doch wirklich nur zu dem Zwecke machte, einen Regierungswechsel herbeizuführen und das Haus Orleans wieder auf den Thron zu bringen. Mit diesem Hause hoffte die Bourgeoisie auch wieder ihre alte Macht zu erlangen, die Macht des Kapitals und der Freigeisterei, die Macht, zum Besten der reichen Unternehmer die Arbeiter wieder zu Sclaven zu machen, oder sie, wie unter Casimir Perier, niederschießen zu lassen, und die Macht, Gott zu lästern im Geist Voltaires und Renans, die Kirche zu plündern, die christliche Religion auszurotten und die Zukunft zwischen Heidenthum und Judenthum zu theilen. Aber der Imperialismus des 2. Dezember hatte der Bourgeoisie eine lange und wohlthätige Furcht eingejagt.

In dieser Furcht war noch immer Witz, denn die Franzosen können über alles lachen. Beim Napoleonsfest am 15. August 1864 hörte man auf den elysäischen Feldern einen lauten Ruf: où est Lambert? und wie ein Lauffeuer pflanzte sich dieser Ruf durch ganz Paris fort und ein unbedeutender Zufall*) wurde von der politischen Langeweile zu einer Demonstration benutzt, so daß die Polizei den Ruf verbieten mußte.

Die Vorgänge in Italien übten eine starke Rückwirkung auf die öffentliche Meinung in Frankreich. Je nachdem Napoleon III. durch seinen Einfluß auf Victor Emanuel und durch die französische Besatzung in Rom bald den Papst schützte, bald ihn wieder in seinen Rechten beschränkte, erregte er dadurch auch bei der kirchenfreundlichen und kirchenfeindlichen Partei in Frankreich abwechselnd Sympathieen und Antipathieen. Allein die letztern waren ihm nicht ge-

---

*) Eine im Gedränge von ihrem Mann getrennte Frau soll nach ihm gerufen haben.

fährlich. Im gesetzgebenden Körper verstand es sein Sprechminister Billault, durch überlegene Rednergabe der schwachen Opposition jederzeit zu beweisen, daß sie Unrecht habe, und daß ihre Besorgniß unbegründet sey. Und wirklich konnte nicht einmal die Presse gegen den Imperator aufkommen. Denn wenn er auch einmal genöthigt war, allzu kühnen Bischöfen zu drohen, so vollzog er doch die Drohung nicht und zeigte sich den Kirchenmännern wieder mild und gnädig, und wenn er auch einmal seine Polizei gegen Unruhstifter und Verdächtige einschreiten ließ, so überflossen doch seine und seiner Minister Lippen von liberalen Betheuerungen und von dem civilisatorischen Berufe Frankreichs, welchen die Regierung nie aus den Augen verliere. Die Phrase: „das Kaiserreich ist der Frieden," galt dem Ausland; die andere Phrase: „das Kaiserreich ist die Freiheit," war auf das Inland berechnet und beide Phrasen wurden in unendlichen Variationen in einem eigenthümlich belehrenden, orakelnden, die Kammern und die Nation mit tiefer Ironie hofmeisternden Tone vorgetragen.

Vom constitutionellen Standpunkt aus kann man sich in der That keine ärgere Spötterei denken, als die, welche Napoleon III. mit den Kammern trieb, indem er am 25. November 1860 im Moniteur verkündete: „Indem wir den großen Staatskörpern eine direktere Theilnahme an der allgemeinen Politik und einen eklatanten Beweis unseres Vertrauens geben wollen, beschließen wir: Der Senat und der gesetzgebende Körper werden alljährlich in Erwiderung auf unsere Thronrede eine Adresse votiren und die Adresse in Gegenwart von Regierungscommissären berathen, welche Aufklärung über die innere und äußere Politik des Kaiserreichs geben werden."

Niemand erbitterte sich darüber mehr als Favre, der 1861 im gesetzgebenden Körper den kaiserlichen Liberalismus nur als eine grobe Täuschung bezeichnete, denn wer im Jahre 1858 Frankreich (nach dem

Orsini'schen Attentat) unter das Ausnahmegesetz gestellt habe, dürfe mit den Prinzipien von 1789 nicht prahlen.

Ein Hirtenbrief des Bischof von Orleans, dessen wir schon in der italienischen Geschichte gedacht haben, veranlaßte den Kaiser, noch schärfer gegen den Klerus vorzugehen, und sein Justizminister Delangle mußte denselben an die Gesetze erinnern, wonach Priestern, welche Regierungshandlungen tadeln, Strafen angedroht werden.

Im Mai 1861 brach ein merkwürdiger Conflict unter den französischen Freimaurern aus; — der bisherige Großmeister derselben, Prinz Murat, hatte sich nämlich als Candidat für den neapolitanischen Thron auf alle Fälle den Papst zu befreunden gesucht. Da nun die Maurerei Erbfeindin der Kirche ist, wurde dem Prinzen sein Schönthun mit Rom höchlich übel genommen und die Mehrheit der Maurer wählte den Prinzen Napoleon zu ihrem Großmeister, der sich schon sattsam als Feind der Kirche kund gegeben hatte. Der Kaiser ließ jedoch diese Wahl nicht gelten, annullirte sie am 22. Mai und hielt den Prinzen Murat aufrecht, sey es, daß er die demokratischen Elemente in den Logen nicht wollte zur Herrschaft kommen lassen, oder daß er in dieser Frage, wie in jeder, nur einfach beweisen wollte: Ich allein habe zu befehlen. Später hat er dem Orden seinen Marschall Magnan zum Großmeister octroyirt.

Im Juni hielt der Abgeordnete Keller aus dem Elsaß im gesetzgebenden Körper eine Rede, worin er seinerseits beweisen wollte, daß, wenn der Kaiser auch allein befehle, es doch nur durch Mittel geschehe, die Frankreich beschämen müßten. Er nannte den in diesen Mitteln waltenden Organismus geradezu ein teuflisches System und verbreitete sich insbesondere über die ganz von der Regierung abhängige Presse, deren zahllose Organe nur das Echo befohlener Lügen seyen. Die Bischöfe ließen sich inzwischen durch die Maßregelungen des Justizministers nicht einschüchtern. Der Erzbischof von Rennes,

der im August aus Rom zurückkam, hielt vor Tausenden von Wallfahrern eine flammende Rede, worin er das Volk beschwor, am Felsen Petri festzuhalten, und mit den Worten schloß: Les Empereurs passent, les Papes restent!

Prinz Napoleon, den man anfangs wegen seiner Dicke plonplon, seit dem Krimkriege aber craint plomb (der sich vor Blei fürchtet) nannte, vermochte sich nicht populär zu machen und kam wieder einmal in eine schlimme Situation. Als nämlich die Herzogin von Kent, die Mutter der Königin von England, gestorben war, wohnten deren Leichenbegängniß auch die Prinzen von Orleans bei, worüber sich die französische Presse sehr erbittert äußerte, in der Voraussetzung, der englische Alliirte hätte mehr Rücksicht für den gegenwärtigen Beherrscher Frankreichs nehmen und den Prinzen des abgesetzten Hauses keine Ehre erweisen sollen. In Folge dieser Schmähungen forderte einer der gedachten Prinzen, Heinrich Herzog von Aumale, den Prinzen Napoleon zum Zweikampf heraus. Dieser lehnte es ab und nun erst, im April 1861, ließ Aumale eine geistvolle Broschure drucken, worin er auf die Rede des Prinzen Napoleon im Senate Bezug nahm und ihm nicht nur einen Spiegel vorhielt, sondern auch die ganze damalige Lage Frankreichs als eine unglückliche beklagte, da die Regierung der gewaltthätigste Despotismus sey, welcher sich dadurch noch verhaßter mache, daß er die Doppelmaske bald der Prinzipe von 1789, bald eines Gläubigen und Beschützers der Kirche vornehme. Unter andern appellirte er an das Nationalgefühl und an die französischen Soldatenherzen, indem er hervorhob, wie schändlich man die französische Jugend und den hochherzigen Grafen Pimodan bei Castel Fidardo verrathen und aufgeopfert hat. Natürlicherweise hatte die Flugschrift den Zweck, den Franzosen zu sagen, Napoleon III. hat eure Wunden nicht geheilt, sondern euch nur noch schwerere geschlagen, welche wirklich zu heilen, wie er zu verstehen gab, vielleicht

das Haus Orleans berufen seyn würde. Diese Flugschrift war schon überall verbreitet, ehe sie confiscirt werden konnte. Der Herausgeber Dummerey wurde mit einem Jahr Gefängniß und einer Geldbuße gestraft. Prinz Napoleon trug indessen aus diesem ganzen Handel wenig Ehre davon.

Trotz aller bösen Reden, die der Kaiser von der klerikalen und demokratischen Opposition und nun auch von Aumale zu hören bekam, durfte doch niemand in Frankreich wagen, ihm mit einer That entgegen zu treten, und er blieb vollständig Herr der Situation im Innern.

Da der äußere Friede erhalten blieb, sorgte der Kaiser dafür, daß seine neugierigen Pariser immer von etwas Neuem zu reden hatten, wie man dem Hund einen Knochen hinwirft, um daran zu nagen. Die Gegenstände des Tagesgesprächs mußten aber beständig wechseln, damit keine Partei übermüthig werde oder die andere beneide. Inmitten dieser Comödie saß der Director mit souveräner Verachtung aller der Puppen, die er spielen und zuschauen ließ. Im Dezember 1860 ließ er zwei Spektakelstücke auf der Pariser Bühne in die Mode bringen, le massacre de la Syrie, worin dem kriegerischen Sinn der Franzosen geschmeichelt, ihm selbst aber Körbe voll Weihrauch gestreut wurden, und Mortara, die famose Geschichte des Judenjungen, welche die Engländer und die deutschen Philister schon längst bis zum Eckel ausgebeutet hatten, die aber von dem Privatsecretär des Kaisers neu in die Scene gesetzt werden mußte, um die klerikale Partei zu ärgern.

Im Januar 1861 erprobte Ollivier, der liberalste Sprecher im gesetzgebenden Körper, und Veuillot, der beredte Publicist der klerikalen Partei, die Tragweite der kaiserlichen Concessionen, und suchten um die Erlaubniß nach, ein Parteiblatt herausgeben zu dürfen, es wurde ihnen jedoch abgeschlagen. Der berühmte Prediger Lacordaire,

welcher damals gerade an Tocqueville's Stelle in die Akademie gewählt wurde, pries in seiner Antrittsrede die Freiheit gegenüber dem Despotismus, und Guizot übertraf noch in der nachfolgenden Rede die vorhergehenden. Daran reihten sich Verfügungen, welche dem gesetzgebenden Körper mehr Freiheit und Oeffentlichkeit der Debatte sicherten. Kurz vorher hatte der Constitutionel mit großer Ostentation das neue französische Staatsrecht verkündet, welches dem Königthum von Gottesgnaden, dem Erbrecht und der Personalunion das allgemeine Stimmrecht und das Nationalitätenprinzip entgegensetzt. Diese Demonstration wurde indeß nicht anders aufgenommen, als sie gemeint war. Kein Mensch ließ sich dadurch täuschen. Das Regime blieb so despotisch, der gesetzgebende Körper so ohnmächtig, wie vorher.

Am 6. April 1862 wollte der Erzbischof von Toulouse eine große kirchliche Feier zu Ehren der Pariser Bluthochzeit veranstalten, was ihm jedoch von der kaiserlichen Regierung untersagt wurde. Das Militär blieb dem Kaiser ergeben, wenn es auch hin und wieder nicht ganz mit seinem Verfahren zufrieden war. Marschall Bosquet, der Liebling der Armee, starb 1861. Daß die mit seinem Waffengefährten, dem gleichfalls sehr beliebten Lamoricière, kämpfenden tapfern Franzosen bei Castel Fidardo dem italienischen Verrath unterlegen waren, machte viel böses Blut in den französischen Lagern, und diesem Groll machte Marschall Pelissier Luft in dem offenen Briefe, in welchem er dem General Cialdini mit dem Absatz seines Stiefels drohte. Auch damit war man unzufrieden, daß der Kaiser die mit wenig Anstrengung errungenen Erfolge französischer Waffen in China wichtig genug nahm, um den General Montauban, der dort commandirt hatte, mit einer reichen Dotation zum Grafen von Palincao zu erheben, wobei die Begünstigung einer Dame mit ins Spiel kam. Am meisten Unzufriedenheit regte sich im Militär aus Anlaß der mexikanischen Expedition. Sie war nicht populär. Die Soldaten gingen ungern in

ein so entferntes Land, wo Verrath sie empfing, Verrath ihnen folgte und Verrath sogar sie commandirte. Ein gewisser heldenmüthiger Instinct sagte ihnen bald, daß dort keine Ehre zu holen sey. Daher wie in der Geschichte der Expedition berichtet ist, ein Zuavenregiment sich unterwegs empörte. Andere weigerten sich, überhaupt abzugehen. Als im October 1865 das 18. und 38. Linieninfanterieregiment in der Garnison Paris den Befehl erhielten, zur Verstärkung der französischen Armee nach Mexiko abzugehen, und der Oberst des 18. Regiments seine Offiziere versammelte, um ihnen den Befehl mitzutheilen, antwortete ihm ein tiefes Schweigen. Der Oberst wiederholte das Gesagte, aber die Offiziere verharrten sämmtlich in ihrem Schweigen und er entließ sie. Gleich darauf entwarfen sie ein gemeinschaftliches Schreiben an den Obersten, worin sie ihn ihrer vollen Achtung versicherten und ihr ungewöhnliches Benehmen einzig mit dem Umstande entschuldigten, daß sie den Marschbefehl nach jedem andern Lande als Mexiko mit dem größten Enthusiasmus würden aufgenommen haben. Die Regimenter blieben in Paris. So meldeten die Zeitungen.

In der Presse fand der napoleonische Imperialismus geistreiche, aber ohnmächtige Gegner. Graf Montalembert pries in einem Buch über England die freie Verfassung dieses Landes im Vergleich mit dem in Frankreich herrschenden Despotismus und beseufzte in einem andern Buche „Die Nation in Trauer" das Unglück der Polen und ihrer Kirche. Odilon Barrot schrieb ein sehr interessantes Werk über die Decentralisation Frankreichs. Dieser alte Liberale bekannte, seine Partei habe sich seit der Restauration einem groben Irrthum hingegeben, sofern sie die Centralisation gut geheißen habe, welche von den frühern französischen Königen unter Annullirung der provinziellen und corporativen Rechte durchgesetzt worden sey, um alle Gewalt in der Regierung allein zu vereinigen. Der Convent habe diese Centralisirung beibehalten, ja noch verschärft, um unter den damaligen Wirren

und Kriegen die nationale Einheit festzuhalten, und Napoleon I. habe sich wohl gehütet, von seiner Allgewalt auch nur den kleinsten Titel an eine Vertretung des Volks, der Provinzen, Corporationen und Communen abzutreten. Aber durch diese Einheit sey die Freiheit unterdrückt worden. Die französische Nation habe ein natürliches und ein historisches Recht auf Freiheit und dasselbe könne nur gesichert werden durch Decentralisation. Frankreich solle wieder ein lebendiger Organismus in gesunder Gliederung werden. Jede seiner Provinzen und Communen solle wie in England und Deutschland das verhältnißmäßige Recht der Selbstverwaltung wieder erlangen und nicht mehr in Bezug auf jede Kleinigkeit alleinige Befehle von Paris her einholen und empfangen müssen.

Im gesetzgebenden Körper wurde am 6. April 1865 ein Antrag auf Decentralisation gestellt, fiel aber durch. In den Provinzen wünschte man sehr, eine freiere Bewegung der Gemeinden zu erlangen, und am 20. Juli beschloß eine Versammlung zu Nancy, die Regierung darum anzugehen, daß der Maire künftig nur aus dem Gemeinderath gewählt würde und daß die Administrativ-Justiz eingeschränkt werden möchte. Alles ohne Erfolg. Ein Rundschreiben Lavalettes, Ministers des Innern, vom 20. September schärfte den Präfecten ein, nicht zu dulden, daß gemeinderäthliche Beschlüsse zur Oeffentlichkeit gelangten, noch daß in den Gemeinderäthen Dinge berathen würden, die außerhalb der Grenzen der Gemeindeverwaltung lägen.

Odilon Barrot erfuhr die Genugthuung, daß Napoleon III. selbst den Gedanken der Decentralisation guthieß und in einem öffentlichen Schreiben Reformen in diesem Sinne ankündigte, im Juni 1863. Allein man zweifelte an einer ernstgemeinten Durchführung. Napoleon III. erweiterte auch die Befugnisse des gesetzgebenden Körpers und drückte selbst den Wunsch aus, es möchte mehr Leben in die parlamentarischen Verhandlungen kommen. Allein man sah darin

nur eine Vorspiegelung, eine Koketterie mit dem Liberalismus, um der großen liberalen Partei in Europa Sand in die Augen zu streuen und hauptsächlich um die Sympathien der englischen Nation nicht zu verscherzen. Als die Wähler Frankreichs die neuen Concessionen ausbeuten wollten und alle altberühmten Namen der legitimen, orleanistischen und republikanischen Parteien in den Candidatenlisten wieder auftauchten, sorgte die Regierung nicht nur durch ihre Beamten mittelst der Wahlbeherrschung für die energische Zurückweisung der meisten Oppositionscandidaten, sondern erklärte sich auch öffentlich in der Presse. Herr von Persigny, des Kaisers ältester Vertrauter, erließ am 28. Mai 1863 ein Rundschreiben in alle Departements und ließ es zugleich in allen Straßen von Paris anschlagen. Darin hieß es, zum erstenmale wagten die Parteien gegen das Kaiserreich aufzutreten, indem sie Feinde desselben in die Kammer wählen wollten, mißkennend die Wohlthaten und die Größe, welche Frankreich dem Kaiserreiche verdankt. Da sie dieses Große nicht leugnen könnten, verdächtigten sie die Mittel, durch die es erreicht worden, und verbreiteten lügenhafte Gerüchte über die Finanzverwaltung. Das war hauptsächlich gegen Thiers gerichtet, von dem man fürchtete, er werde in der Finanzfrage die schwächste Seite des Kaiserthums angreifen. Die Sprache der Regierung war bestimmt und furchtlos. Auch wurden die Erwartungen der Opposition durch die Wahlen getäuscht. Sowohl Odilon Barrot, als Graf Montalembert fielen durch. Im Ganzen wurden nur etliche und zwanzig Männer der Opposition gewählt und darunter außer den bisherigen von den alten parlamentarischen Berühmtheiten nur Berryer und Thiers.

Thiers war immer noch der alte, daher von Napoleon mehr verachtet als gefürchtet und tief darüber erbost. Er konnte weder ein Portefeuille erlangen, noch dem Kaiser gefährlich werden, denn wäre das letztere der Fall gewesen, so wäre er verbannt geblieben

und nicht begnadigt worden. Daß er wieder im gesetzgebenden Körper an die Spitze der Opposition trat, war dem Kaiser vielleicht lieb. Nur ein neuer Lafayette, ein Mann von Ehre und edler Schwärmerei hätte ihm gefährlich werden können, nicht aber ein so eitler, charakterloser und längst verrufener Intrigant. Nur die Anhänger des Hauses Orleans lobpriesen diesen kleinen Thiers und hofften, er werde wenigstens zum Sturz des Napoleoniden mitwirken. Man widmete dem nichtswürdigen Helden der parlamentarischen Corruption daher Huldigungen, die er nicht verdiente. Er fing aber, boshaft genug, seine Opposition mit einem Angriff auf die Finanzverwaltung des Kaiserthums an, die allerdings dessen schwächste Seite war.

Zugleich wurden in verschwenderischer Weise Concessionen zu Eisenbahnunternehmungen ertheilt. Man wollte möglichst schnell ein vollständiges Eisenbahnsystem haben und das Publikum betheiligte sich dabei in Massen. Aber das Börsenspiel, die Agiotage gerieth dabei in einen früher nie gekannten Flor, und Spielwuth und Sucht, ohne Mühe zu gewinnen, verbreiteten sich bis in die untersten Classen. Bei diesen Operationen bediente sich der Kaiser, um nicht von dem großen europäischen Gläubiger Rothschild abhängig zu werden, des Juden Miré (Meier). Dieser hatte als Verwalter der Eisenbahnkasse das ihm anvertraute Geld zu den tollsten Spekulationen verwendet. Um die öffentliche Meinung zu beherrschen, hatte er zwei große Journale (Constitutionel und Pays) angekauft, aber in kurzer Zeit seine Kasse und seinen Kredit dermaßen angestrengt, daß er am 18. Februar 1861 plötzlich verhaftet wurde. Man erfuhr, der crédit mobilier allein verliere an ihm 8 Millionen und das gesammte Publikum 4—500 Millionen Franken. Die Anklage lautete, er habe ihm anvertraute Actien unterschlagen und das Inventar gefälscht. Mit ihm wurden auch die Mitglieder des Eisenbahnverwaltungsraths angeklagt. Der Administrator der Kasse, Vicomte de Richemont, schoß sich todt. Trotz

der auffallendsten Schuld kam Miré mit einem blauen Auge davon und wurde nach einiger Zeit wieder frei, weil er einem höhern Plane gedient hatte. Wie er es trieb, davon nur ein Beispiel. Er gab 100,000 Franken aus blos für Zeitungsartikel, durch welche er Aktien zu einem türkischen Anlehen in die Höhe treiben wollte. Er negociirte auch eine große spanische Anleihe und besaß Grund und Boden im Werth von 9 Millionen. Ein Prinz von Polignac nahm keinen Anstand, sein Schwiegersohn zu werden.

Ein zweiter, von Rothschild unabhängiger Jude war Pereire. Ein Pariser Correspondent der Augsb. Allg. Zeitung stellte über beide folgende Betrachtungen an (1861 Nr. 59): „Die Theorie, großes Vermögen ohne Arbeit durch künstliche Steigerung der Titel zu erkünsteln, beginnt sich zu rächen. Die Actionäre vieler glänzenden Unternehmungen, welche während mehrerer Jahre große Dividenden zahlten und deren Actien in Folge dessen aufs doppelte und dreifache gestiegen waren, beginnen einzusehen, daß sie von ihrem Capital gelebt haben. Vor acht Tagen versicherte Hr. Doubroux, der Director ‚der kaiserlichen Compagnie der Wagen,‘ die Angelegenheiten der Gesellschaft seyen in schönster Ordnung, und er im Begriff einen sehr günstigen Contract mit der Stadt Paris abzuschließen; jetzt ist für die nächsten Tage eine Generalversammlung der Actionäre ausgeschrieben, und es scheint, daß die Zustände der Gesellschaft sehr gefährdet, ihre Verhältnisse äußerst zerrüttet sind. Das Comptoir Bonnard soll nicht minder gefährdet seyn und bekanntlich fürchtet man sogar, daß der Credit mobilier nur noch auf Wochen sich halten kann. Hr. Isaac Pereire, die Seele desselben, steht bekanntlich gleichzeitig an der Spitze ‚der großen Gesellschaft der russischen Bahnen.‘ Diese Gesellschaft hat bis jetzt faktisch 380 Millionen Franken verbaut, wofür sich die Titel fast ganz in französischen Händen befinden sollen, und zwar in dem Verhältniß, daß das Haus Stieglitz, welches von der

ersten Actienemission von 600,000 Stück 225,000 genommen, als es liquidirte nur 1000 besaß. Fast alle in Rußland gezeichneten Actien sind längst nach Frankreich zurückgeflossen. Die große russische Eisenbahngesellschaft will jetzt abermals in Paris ein Anlehen von 75 Mill. und zwar in 4procent. Actien zu 500 Fr., deren Emissionspreis 365 Fr. Die Vermittlung hat der Credit mobilier übernommen. Hr. Isaac Pereire als Chef des Pariser Credit mobilier leiht also dem Hrn. J. Pereire, dem Chef der großen russischen Eisenbahngesellschaft. Es ist also die Frage: bei welcher von beiden Unternehmungen ist Hr. J. Pereire am meisten engagirt? Die Gesellschaft hat sich verpflichtet 4162 Kilometer zu bauen, sie wird bis Ende 1862 davon 1700 beendigt haben, zunächst sind aber nur 530 Kilometer in Betrieb. Das ganze System umfaßt vier Linien, aber in Angriff ist nur die von St. Petersburg nach Warschau und die von Moskau nach Nischnei-Nowgorod genommen. Nach der Veranschlagung soll die erstere 36,000 Fr. per Kilometer einbringen, die letztere 30,000 Fr. In der That hat bis jetzt die Warschau-Petersburger Linie nur 14,000 Fr. per Kilometer ergeben. Das ist eine trostlose Aussicht für die Actionäre. Was die Verhältnisse so außerordentlich verwickelt macht und jedes Vertrauen eigentlich vernichten muß, ist, daß die Leiter von französischen Gesellschaften, deren Interessen nicht blos verschieden, sondern entgegengesetzt sind, dieselben Personen, und daß die höchsten Beamten der französischen Regierung, die eigentlichen Stützen des zweiten Dezember aufs tiefste bei Gesellschaften betheiligt sind, deren Geschäfte sie direct oder indirect von Amtswegen zu controliren berufen sind. Eine solche Verwaltung muß zu den unlösbarsten Widersprüchen, und bei nicht ganz lautern Charakteren zur Corruption führen. Die Corruption liegt, wie in dem ganzen Regime des zweiten Dezember, nicht blos in den Personen, sie liegt im System, und weil eben das System durchaus wieder persönlicher Natur ist, so kann das Kaiserreich

sich weder von dem System noch von den Personen befreien. Es ist viel Verwandtes zwischen diesem finanziellen Getriebe und dem politischen. Durch die Accumulirung der Aemter hat man im letzteren Gebiet alle Controle, alle Sicherheit, welche die persönlichen Interessen der Individuen bietet, illusorisch gemacht, wie in dem ersteren. Man gab am 24. November der Deputirtenkammer neue Rechte, welche derselben wenigstens einen Einfluß, und somit dem Volk einigen Theil an der Regierung sichern sollten, aber die Regierung wählt diese Deputirten durch die bureaukratische Maschine und verbindet sie sich durch festen hohen Jahresgehalt."

Im September 1861 traf Napoleon III. ernste Maßregeln, um die Finanzen des Reichs in bessere Ordnung zu bringen, nachdem den leicht verführbaren Franzosen durch so vielerlei Finanzkünste so viel Geld abgeschwindelt worden, aber auch großentheils unter den Händen wieder verschwunden war. Ein dritter Jude, Fould, wurde zum Finanzminister ernannt, um alle Wunden zu heilen. Alle diese dem Kaiser dienstbaren Juden nannte Rothschild verächtlich nur „das kleine Judenthum."

Die consolidirte Staatsschuld betrug bei Napoleons I. Sturz nur 727 Millionen Franken. Der Finanzschwindel unter Louis Philipp brachte sie bis 1848 auf die Höhe von 5000 Millionen, ohne die sehr bedeutende schwebende Schuld, welche nebenher lief. Unter Napoleon III. war die consolidirte und die schwebende Schuld zusammen im Jahr 1861 bereits auf mehr als 12,000 Millionen angeschwollen. Die consolidirte Schuld ist durch Anleihen gedeckt, die ins große Schuldbuch (grand livre) aufgenommen sind. Formen der schwebenden Schuld sind die Schatzscheine (bons du trésor) des Finanzministers, Sparcassengelder, hinterlassene Cautionen und Vorschüsse (receveurs généraux). Zur schwebenden Schuld gehören die Zahlungsrückstände (découverts). Dazu kommt noch eine verdeckte Schuld in den obliga-

tions trentenaires, die Verzettelung einer augenblicklichen Schuld auf einen längeren Zeitraum. Außerdem ist das Staatsvermögen beträchtlich vermindert worden durch Verkauf der Eisenbahnen, großer Domänen des Staats und der Familie Orleans, großer Holzschläge 2c. Kurz es ist eine kolossale Verschleuderung und Schuldenmacherei. Da man nun nicht gut so fortwirthschaften konnte, ohne den Credit zu verlieren, so unternahm der von Napoleon III. neu ernannte Finanzminister Fould, durch eine Denkschrift vom 29. September 1861 eine großartige Reform in der Art vorzuschlagen, daß der Credit durch eine dem Liberalismus gemachte Scheinconcession aufrecht erhalten, erhöht, ja ins Endlose ausgedehnt werden sollte. Der Minister rieth nämlich dem Kaiser, „auf die Befugniß zu verzichten, ohne vorhergängiges Votum des gesetzgebenden Körpers über die Hülfsquellen des Staates zu verfügen.“ Das schien die strengste Controle und sogar das Steuerverweigerungsrecht in sich zu schließen, war aber nur eine Täuschung, nur eine Lockspeise, da der gesetzgebende Körper selbst in seiner Zusammensetzung immer nur ein Werkzeug der Krone seyn konnte. Der Kaiser folgte dem Rath seines Ministers und machte dem gesetzgebenden Körper die gedachte Concession, wobei er nicht verfehlte, dem europäischen Liberalismus ganz schmeichelhafte Dinge zu sagen. Denn mit dem finanziellen Zwecke in Bezug auf die innere Lage wurde hier ein politischer Bezug auf die äußere verbunden.

Die Tragweite der Fould'schen Reform wurde von einem Sachkundigen in der A. Allg. Zeitung (1861 Nr. 326) also bemessen: „Der gesetzgebende Körper soll das Budget nicht mehr blos ministeriumweise votiren; die außerbudgetmäßigen Ausgabe-Anweisungen (außerordentliche und Ergänzungscredite) sollen unterbleiben; der Kaiser bringt dieses Opfer für sich und seinen Sohn, im affectirten Ton des großgewordenen Parvenu. Die Danaer sind aber zu fürchten, auch wenn sie Geschenke bringen. Herrn Foulds Reformplan ist

in den Motiven und im Entwurf sehr hohl, wenn man ihm den Speer der Kritik in die Weiche wirft. Es soll von jetzt ab nach großen Capiteln von der Kammer votirt werden, innerhalb dieser aber die Regierung von nun an durch ‚Uebertragungen' der Specialposten zu einander gegen außerordentliche Bedürfnisse sich helfen, das Budget selbst aber soll voller bemessen seyn. Das Princip der Specialität der Etatverwilligung ist also für Herrn Fould im Jahr 1861 noch derselbe Gräuel wie im Jahr 1851; er sieht darin einen Uebergriff der gesetzgebenden Gewalt in den Bereich der Verwaltung: Also statt der Supplementarcredite fortan Uebertragungen innerhalb der großen Capitel eines ‚wohldotirten Budgets.' Damit ist die offene Andeutung verbunden, daß man in Nothfällen das ganz stattliche Budget des Ministeriums des Innern, des Handels und der öffentlichen Arbeiten übertragen wird; dieses ‚Uebertragen' wird sehr ergiebig seyn, zumal da im Nothfall in kürzester Zeit das Votum einer dienstergebenen Kammer für außerordentlichen Mehrbedarf eingeholt werden kann. Die französische Finanzperiode ist einjährig. Die finanzielle Verwirrung wird nur andere Formen haben, vielleicht aber störender wirken, da nun die wenigen productiven zu dem großen Heer der unproductiven Ausgaben werden ‚übertragen,' der ordentliche Dienst in Handel, Polizei, öffentlichen Arbeiten leicht angegriffen werden wird. Wenn eventuell unnöthige und unproductive Ausgaben statt durch außerordentliche Einnahmen mittelst Schmälerung der productiven Ausgaben gedeckt werden, so ist dieser neue leitende Wirthschaftsgrundsatz an sich eher schlimmer als das bisherige Schuldenmachen."

Im Anfang des Jahres 1862 setzte Fould eine Rentenconversion durch, wogegen Königswarter im gesetzgebenden Körper vergebens protestirte, obgleich er klar auseinandersetzte, welche Mittel immer noch wie unter Miré und Pereire angewendet würden, um neu ausgege-

bene Papiere zu empfehlen und die Course in die Höhe zu treiben, wodurch das Publikum immer zuletzt betrogen würde, weil die Course nothwendig wieder fallen müßten. Erst am Schlusse des Jahres erfuhr man, die Regierungsjuden seyen vom Kaiser alle nur in der löblichen Absicht gebraucht worden, die Finanzen des Reiches wenigstens vom Juden Rothschild unabhängig zu machen, sich wenigstens gegen den Druck dieses Hauses zu wehren. Einem ungeheuern langfüßigen Kraken gleich, der auf dem Meere die Schiffe der verschiedensten Herren zugleich umschlingt, haftet der Jude an den Finanzministerien und Staatscassen aller Staaten Europas und läßt sie nicht mehr los, weil sie nicht mehr im Stande sind, gegen seinen Willen anders woher als durch seine Vermittlung Geld zu bekommen.

Noch läßt sich nicht absehen, wenn der große Bankerot aller Staaten der Judenherrschaft ein Ende bereiten wird. Mit dem Sturz der Throne wäre es nicht gethan, denn wir sehen in der reinen Demokratie Amerikas den nämlichen Börsenschwindel, das nämliche Raffinement, wodurch die dummen Massen sich ausbeuten lassen. Es bedarf einer socialen und sittlichen Revolution. Der Verstand und die moralische Kraft des 19. Jahrhunderts scheint nicht auszureichen, um das Grundübel zu heilen.

Napoleons III. Operationen sind aber insofern von hohem Interesse, als in ihnen der Beweis liegt, der Knoten lasse sich nicht mehr lösen, sondern nur noch zerhauen. Der Kaiser versuchte, finanziell auf eigenen Füßen zu stehen, erst durch die große Nationalanleihe, dann durch die Nachahmung der Rothschild'schen Praxis mit Hülfe anderer, von Rothschild unabhängiger Juden die Börse zu beherrschen und die ungeheuren Gewinne, welche durch die künstliche Hausse erzielt werden, für sich zu behalten und nicht dem Hause Rothschild zu überlassen. Der Versuch mißlang. Gegen Ende des Jahres sah sich Napoleon III. genöthigt, sich vor Rothschild zu demüthigen, eine Ein-

ladung von demselben anzunehmen, um eine Jagdpartie mit ihm zu machen.

Ein Pariser Correspondent der Augsburger Allg. Zeitung schrieb damals: „Rothschild drückt vielleicht nicht gerade auf die Plane der Pereire-Fould'schen Hausse, aber er hilft auch nicht die Bewegung poussiren. Nichts aber ist wichtiger für das jetzige Regiment als ein hoher Stand der Rente; ein Cours von 75 für die dreiprocentige ist das Ideal des Bonapartismus, und der Tag, wo das erreicht würde, wäre ein zweiter Tag von Solferino für L. Napoleon. Es lohnt also der Mühe, die Großmacht Rothschild mehr als gut zu behandeln und durch allerhöchsteigene Anerkennung dieses realen Machtverhältnisses das wieder gut zu machen, was der Minister durch einseitige Bevorzugung der Pereire'schen Scheinmacht gesündigt hat. Ich sage in dieser Beziehung alles, wenn ich versichere, daß nach allgemeiner Annahme die heutige Börsendepesche nach Ferrières den beiden Potentaten die angenehme Nachricht einer Hausse bringt. Zu gleicher Zeit hat Rothschild gerade jetzt noch in anderer Beziehung seine große Wichtigkeit für die kaiserliche Politik. Das neue Ministerium in Italien wird bald genug einer Anleihe bedürfen. Dafür ist Rothschild der gegebene Vermittler, der Freund in der Noth — gegen die nöthigen Procente. Es gilt nun diese Quelle für Italien zu verstopfen, mindestens einigermaßen schwer zugänglich zu machen. Um solcher Zwecke willen bringt die kaiserliche ‚Realpolitik' schon ein Opfer, und um solchen Besuchs willen und für die darin liegende Anerkennung bringt auch Rothschild sein Opfer. Denn theuer genug kommt ihm allerdings die Ehre des heutigen Tages zu stehen; doch sind es vielleicht nur Auslagen, nur Geschäftsunkosten, die sich indirect wieder reichlich einbringen, wenn man, wie hier, mit ziemlicher Gewißheit wochenlang vorher weiß: am 16. Dez. geht die Rente in die Höhe. Wie gesagt, die Kosten dieses Besuches sind enorm. Seit Wochen ist das Inten-

banturpersonal des Hauses Rothschild in voller Thätigkeit für die Vorbereitungen gewesen: eine neue Auffahrt nach dem Schlosse Ferrières ist angelegt; für Kunstwerke, Silber, Porcellan sind bedeutende Summen verwandt; der chef de cuisine hat für Recherchen und Entdeckungen mehr verausgabt als bei uns ein Lieutenant Gage hat; der Kellermeister hat alle Tiefen seiner unterirdischen Räume erschlossen, wo die edelsten Weingeschlechter seit Jahrzehnten der Ruhe pflegen; das Frühstück soll die Kleinigkeit von etwa dreißig Gängen haben; während des Mahles wird das Personal der großen Oper ein eigens von Rossini componirtes Gesangstück (Ode oder Jägerchor) vortragen, und für die Jagd sind die schon zahlreichen Piqueurs des Hauses Rothschild auf ungefähr hundert vermehrt und sämmtlich neu eingekleidet. Man meint, daß Rothschild mit einer Million nicht reicht, um die Kosten zu decken für diesen Besuch von wenigen Stunden und wenigen Personen."

Daß sich der Napoleonismus oder der Heldengeist des Jahrhunderts vor dem Schachergeist beugen mußte, hätte eigentlich jedermann empören sollen. Der practische Engländer aber meinte, Napoleon III. demüthige sich nicht umsonst und der eigentlich Besiegte und Betrogene werde zuletzt der Jude seyn, wie Shylok in Venedig. „Der Haß der Rothschilds gegen Napoleon und umgekehrt war äußerst heftig, daher die Pereires, Solars, Mirés und Comp.; die Verachtung James Rothschilds gegen das, was er die ‚kleine Judenschaft‘ nennt, war kolossal. Man verwünschte sich gegenseitig. Das Kaiserreich schwur, Rothschild zu besiegen; der ‚große Baron‘ schwur, an dem Kaiserreiche ‚vorüberzugehen.‘ Beide Parteien fügten sich gegenseitig alles Ueble zu, bis sie sich endlich versöhnten. Wäre nicht Mexiko sammt einigen andern Thorheiten in den Weg gekommen, so hätte das Kaiserreich Rothschild völlig besiegt, aber Fould weiß nicht mehr, woher er Geld nehmen soll. Auf der andern Seite wurden

dem großen Baron alle fetten Geschäfte aus der Hand gewunden, und er sah bereits den Sturz seiner Weltmacht voraus. Daher die schließliche Versöhnung, welche nicht verhindert, daß die Suprematie des Hauses Rothschild vorüber ist. Der Großmogul der haute finance ist nicht mehr souverän; er ist ein kleiner Fürst geworden, der mit der ‚kleinen Judenschaft' unterhandeln mußte. Dies betrachtet man hier als ein Ereigniß, das die allgemeinste Aufmerksamkeit verdient."

In demselben Jahr, am 10. März 1865, starb der Herzog v. Morny, Napoleons III. Halbbruder, Freund und Minister, der übrigens auch viel in Geldgeschäften machte. Creizenach gab eine gute Schilderung von ihm: „Im Jahre 1793 machte der schreckliche Joseph Lebon als Commissär des Konvents seine Blutreise durch das nördliche Frankreich. Zu den Opfern, die er sich in der Vaterstadt Robespierre's, in Arras, ausersah, gehörte auch der Graf Flahault, der im Heere für einen verdienten Offizier galt. Die Wittwe des Hingerichteten entfloh mit ihrem zehnjährigen Sohne nach England. Hier völlig mittellos, theilte sie das Schicksal der Ausgewanderten, die man im allgemeinen bemitleidete und einzeln von sich wies. In die Nothwendigkeit versetzt, für sich und den Knaben zu sorgen, wurde Adele v. Flahault Schriftstellerin. Auf den Ertrag ihrer Werke angewiesen, fand Adele das Leben in England zu theuer und begab sich 1796 nach Hamburg. Bald nach dem Frieden von Campo Formio begab sie sich nach Paris zurück. Der von solcher Muttersorge gepflegte Knabe trat sehr früh als Reiter in die Armee ein.

Die Gräfin Flahault gewann in Paris durch ihren feinen Geist und ihr talentvolles Benehmen — Eigenschaften, die beim Herannahen des Kaiserreiches doppelten Werth hatten — ein großes Ansehen. Sie gehörte zu den Damen, welche die alte französische Anmuth aus dem Revolutionssturm in die neue Zeit hinüber zu retten

wußten. In den Kreisen, wo Elisa Bonaparte waltete, wo Chateaubriands Ruhm auftauchte, galt literarische Auszeichnung nicht gering. Ein großer Kenner der portugiesischen Literatur, José Maria de Souza-Bothela, lebte damals als Gesandter in Paris; er hat sich durch Forschungen über Camoëns einen Namen gemacht. Die Gräfin Adele vermählte sich mit ihm und wurde Marquise de Souza, neun Jahre nach der Hinrichtung ihres ersten Gemahls.

Der junge Flahault that sich im Dienste so rüstig hervor, daß Murat ihn unter seine Adjutanten wählte. Er stieg in Kriegsehren immer höher; den verlorenen Adel nahm er aus den Händen des Kaiserreiches zurück, indem Napoleon I. ihn nach der Schlacht bei Wagram zum Baron ernannte. Den Grafentitel erhielt er vier Jahre später, 1813. Er widmete der neuen Dynastie seine ganze Ergebenheit und schloß sich besonders an die Königin von Holland an.

Ludwig Napoleon legte 1810 die Regierung von Holland nieder. Seine Gemahlin, Hortense, begab sich nach Paris, wo sie als Gräfin v. St. Leu ein Hotel in der Rue d'Anjou St. Honoré bezog. Der Baron Flahault gehörte als grand écuyer zu ihrem Hofstaat und wurde bald ihr vertrautester Freund. Der Exkönig Ludwig lebte unterdessen in Graz als Privatmann den Wissenschaften und arbeitete an einem dreibändigen Roman ‚Marie, oder die Qualen der Liebe.‘

Am 23. October 1811 wurde in einem Gartenhause des genannten Pariser Hotels der (vor einigen Tagen verstorbene) Sohn des Barons Flahault und der Königin Hortense, der Halbbruder Napoleons III., geboren.

Unter den ehemaligen Emigranten, die noch immer als Bittsteller die Tuilerien umschwärmten, machte sich zu jener Zeit ein Graf Morny mit seiner Gemahlin bemerklich. Er hatte erst durch die neue Gesetzgebung sein Vermögen verloren, sodann in Port Louis auf Mauritius dasselbe durch Spekulationen wieder zu erlangen sich bemüht.

Mauritius aber kam an die Engländer und das Ehepaar Morny spazierte nun ziemlich hoffnungslos in Paris umher.

Unvermuthet wurde der Graf, der kinderlos war, eines Morgens zu Flahault beschieden und ihm der Vorschlag gemacht, er möge den neugeborenen Sohn der Gräfin von St. Leu durch Adoption als den seinigen anerkennen. Er ging darauf ein und erhielt für diesen Dienst die Summe von achtmal hunderttausend Francs, deren Renten er in Versailles verzehrte.

Das Kind, der spätere Herzog v. Morny, erhielt seine erste äußerst sorgfältige Erziehung hauptsächlich von seiner Großmutter, der Marquise de Souza, bis er in das College Bourbon eintreten konnte.

Auch die Geschichte des Hauses, dem die nun verwittwete Herzogin angehört, ist schicksalsschwer. Ihr Ahnherr war Dmitri Trubetzkoi, der an der Seite jenes allbekannten falschen Demetrius tapfer für den polnischen Einfluß in Rußland kämpfte. Ehe Michail Romanow den Thron bestieg (1613), war es eben dieser Trubetzkoi, den eine mächtige Partei zum Thron bestimmte. Ein näherer Verwandter derselben Dame war Sergei Trubetzkoi; er stand mit an der Spitze der Militärverschwörung, durch welche (1825) Czar Nikolaus gestürzt werden sollte, und für den Fall des Gelingens war er zu hohen Dingen bestimmt.

Den Stammbaum des Hauses Morny umschlingen glänzende Symbole, selbst Kaiserkronen. Freilich aber ist der Glanz dunkel und verhängnißvoll umschleiert; ein Eindruck, dessen man sich auch bei der neulich eingetroffenen Todeskunde nicht erwehren kann.

Die Times sagt u. a. über den Herzog Morny: ‚Das Beispiel des Herzogs von Morny ist nicht geeignet, der französischen Jugend ein hohes Ideal der politischen Kunst darzubieten. Er gehörte zu einer Classe von Menschen, die man nicht eigentlich unmoralisch

nennen kann, die aber als nicht moralisch gelten können; denn ihre Beweggründe und Handlungen haben mit keinem der anerkannten Moralsysteme etwas gemein. Der erste Napoleon sprach mit Billigung von Leuten, die ihr Herz im Kopfe tragen, und diese napoleonische Idee ist nicht auf dürren Boden gefallen. Die französischen Politiker verstehen meistentheils ihr Gewissen und ihren Verstand in verschiedenen Gefächern zu haben, und die Leute aus der Schule des Herzogs Morny würden lächeln über den Gedanken, in Staatsangelegenheiten das erstere zu Rathe zu ziehen. Das Leben war ihm ein langes Glücksspiel; er machte stets Plane zur Bildung neuer Aktiengesellschaften mit ungeheurem Kapital, und er trug das Temperament, wenn nicht die Grundsätze eines Spielers, in die Politik über. Manchmal stellte er seinen kaiserlichen Herrn bloß durch gewissenlose Benutzung geheimer Nachrichten; aber der Skandal wehte vorüber und das Glück war zuletzt immer zu seinen Gunsten. Seine gewinnende Art eroberte ihm die freundliche Gesinnung derer, die ihn am wenigsten bewunderten. Der Glanz seiner russischen Gesandtschaft verschaffte ihm die Hand einer russischen Erbin und trug dazu bei, eine freundliche Verbindung zwischen Frankreich und Rußland wieder herzustellen. So leistete er dem napoleonischen Hause außerordentliche Dienste, erreichte jedes Ziel seines Ehrgeizes und verschwand dann plötzlich von der politischen Schaubühne, wenige Freunde hinterlassend, aber sicher auch wenige Feinde. Er wird nicht zu denen gezählt werden, deren Patriotismus keinen Beisatz von Eigennutz hatte und die in Erfüllung ihrer Pflicht zum Ruhme gelangt sind; aber er hat sich mit Recht einen Platz an der Seite des Kaisers erworben, mit dem er in Zügen und Haltung eine so wunderbare Aehnlichkeit besaß, und dessen wunderbare Erfolge allen denen, die zu ihnen beigetragen haben, jedenfalls die Unsterblichkeit, gleichviel ob zum Guten oder zum Bösen, verleihen werden.'"

Der Kaiser, wie auch die Kaiserin ergriffen gern die Gelegenheit, sich beim Volke beliebt zu machen. Als im Jahre 1865 die Cholera wieder ziemlich heftig in Paris ausgebrochen war, besuchte Napoleon III. unerschrocken die Cholerakranken im Hotel Dieu; seine Gemahlin Eugenie folgte seinem Beispiel und besuchte auch noch mehrere andere Spitäler.

Napoleon III. wird sein bleibendes Andenken in Frankreich hinterlassen, sofern er aus der Stadt Paris etwas ganz anderes gemacht hat, als was sie früher war. Die engen und winkeligen Gassen, ganze Quartiere der alten Stadt wurden demolirt und nach einem neuen Plan breite Straßen mit neuen großen und eleganten Häusern angelegt, so daß die Physiognomie der Stadt sich von Jahr zu Jahr änderte. Der Zweck von alledem war erstens, alle jene Schlupfwinkel auszutilgen, aus welchen alle früheren Revolutionen von Paris regelmäßig hervorgebrochen waren und in welche sie sich wieder zurückgezogen hatten, besonders in den Vorstädten St. Antoine und St. Martin. Bei jedem großen Aufstande in Paris und namentlich noch bei dem im Juni 1848 hatte es dem Militär unendliche Mühe gekostet, in jene alten, enggebauten und winkeligen Stadttheile einzudringen. Jetzt verschwanden dieselben und von einem Ende von Paris zum andern kann das Militär sich frei bewegen und von den Hauptstraßen aus leicht die ganze Bevölkerung beherrschen.

Der Umbau von Paris hatte aber zweitens noch den Zweck, die arbeitende Classe beim Bauen zu beschäftigen und durch den guten Lohn zufrieden zu stellen.

Mit dem Umbau erlitt aber auch der Charakter der Bevölkerung und das Leben in Paris eine Aenderung. Das Kleinbürgerthum verschwand je mehr und mehr aus der Hauptstadt und zog in die Landstädte zurück. Dafür breitete sich die Hotelwirthschaft, das System der Schaufenster, der kolossalen und überfüllten Kaufläden,

der großen Etablissements, mit einem Wort die Tyrannei des Kapitals über ganz Paris aus. Ein Correspondent der Allgemeinen Zeitung machte darüber (1861 Nr. 158) eine gute Bemerkung. „Diese Wunder, welche ein Werk des kaiserlichen Staatsplanes sind, haben einen Hebel: die riesigen Capitalien der finanziellen Compagnien. Was die großen Latifundien zur römischen Kaiserzeit waren, die großen Feudalgebiete in den späteren Jahren der Karolinger und der Frühzeit der Capetinger, das schicken sich die finanziellen Compagnien an für die nahe Zukunft in Frankreich zu werden, freilich auf eine befruchtendere Weise. Das Resultat ist aber immer folgendes. Wie durch ihre gewaltigen Bauten in den Städten, besonders in Paris, und wie durch ihre dort gegründeten Hotels für Fremde, deren Capitalisten sie sind, durch ihre Waarenlager und Modehandlungen, deren Capitalisten sie sind, durch ihre Unternehmungen aller Eisenbahnen und aller Canäle, aller Entwässerung der Sümpfe, aller Bewässerung der Oeden, aller Revolutionen in der Agricultur und der Einführung gewaltiger Maschinen in den Ackerboden sie allgemach factisch den independenten Besitz des kleinen Bürgers der Städte, den independenten und höchst prekären Besitz (eine Folge der Zerstückelung alles Erbes) des kleinen Bauern auf dem Land und die independente Industrie des kleinen Fabrikanten je mehr und mehr gänzlich aufheben, so daß alles zum Geldcapital wird, Stadt und Land, alles zur riesigen Waare, so fällt nothgezwungen der Rentier, der Fabrikant, der Handwerker, der Bauer in ihre Clientel."

Man hat auch bemerkt, daß der Zudrang der Fremden, und besonders der reichen Fremden, des Adels aus dem östlichen Europa und der Millionäre aus Nord- und Südamerika zu den Genüssen von Paris größer geworden sey als je früher, und daß um ihretwillen der Luxus in Paris noch viel höher geschraubt werde, als es

sonst der Fall seyn würde. London ist größer, sein Reichthum solider, doch man lebt rascher und genußreicher in Paris.

Aber die Sitten sollen noch mehr verdorben worden seyn, als je zuvor. Hier eine kleine Scene aus der vornehmen Welt in Paris. Madame Julia Borucci gab Gesellschaften, in denen hoch gespielt wurde. Ein Herzog von Gramont-Caderouse, ein Marquis Miramon waren gewöhnliche Gäste. Die Herren Garcia und Calzado hielten Bank, betrogen aber entsetzlich. Als man dahinter kam, fielen die andern Spieler im Salon der Dame über beide her und nahmen ihnen alles ab, was sie in ihren Kleidern verborgen hatten, die falschen Karten und das schon zusammengeraubte Gold. Miramon hatte an diesem Abend allein 60,000 Francs an sie verloren. Garcia wurde zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt, jedoch nur in contumaciam, Calzado zu 15 Monaten, im März 1863.

In dem Pariser Blatte „Gironde" erschienen im Herbst 1861 Briefe eines Provinzialen aus Paris, worin es heißt: „Ich kann es hier nicht mehr aushalten. Ich weiß nicht, in welchem Dunstkreise man hier lebt, aber ich fühle etwas Unehrenhaftes um mich herum, ich athme nicht mehr, ich ersticke. Ich kehre deshalb schnell zur freien gesunden Luft meines Dorfes zurück, um meine Seele wieder rein zu waschen. Was ist aus dem Paris von ehedem geworden! Aus jenem Paris, welches dachte, welches sprach, welches weit in die Ferne strahlte und jeden Tag der Welt ein Werk, eine Wahrheit, eine Freiheit, eine Entdeckung zuwarf? Ach, es denkt nicht mehr, es will sich nur noch vergnügen. Suchen Sie, in welcher Richtung Sie wollen, nirgends werden Sie am Horizont irgend ein Talent auftauchen, irgend eine Idee erscheinen sehen. Treten wir in einen Buchhändlerladen, was finden Sie ausgestellt? Eine Schandliteratur, von einem Alkovenduft durchzogen, auf satinirtes Papier gedruckt in glacirtem Rosa-Einband: die Geschichte der Pompadour, der Dubarry,

die Courtisane auf dem Thron, das Königthum der Courtisane. Fräulein Mogador benutzt die Muße des Ehestandes, um uns ihr öffentliches Leben zu erzählen, und Fräulein Rigolboche überliefert uns die Geheimnisse ihrer Persönlichkeit mit obligater Photographie als Belegstück. Nur eine solche Hautgoutliteratur hat noch Erfolg. Ein Schmutzroman hat es binnen einem Jahr bis zur 14. Auflage gebracht. Wie die Literatur, so ist auch das Theater der Demi-Monde verfallen. Die Scene zeigt uns nur noch die Geheimnisse der unterhaltenden Frau. Das Herz ist bereits für die Bühne überflüssig geworden. Man schreibt nur noch Stücke für die Waden ꝛc. Die Malerei zieht an demselben Strange, wird aber noch von der Photographie und vom Stereoskop übertroffen. Die immer wachsende Entsittlichung dieser Zeit des Schlaraffenthums hängt mit der Häuslichkeits- und Familienflucht der Pariser zusammen. Es scheint, die Hälfte der Bevölkerung hat keinen Herd und kennt keine Pflicht der Familie mehr, sondern lebt nur noch im Caffééhaus oder in der Tabagie."

Ueber die damalige Modeliteratur wurde aus Paris geschrieben: „Man pflegt den Montépin'schen Produkten gegenüber jetzt die Zeit der Balzac, Soulié, Sue u. s. w. als die ‚gute' Zeit des Französischen Romans zu bezeichnen.

Aber auch Montépin sieht sich bereits durch eine Reihe von Publikationen verdrängt, welche die kunstvolle oder umschreibende Verhüllung gewisser unaussprechlicher Dinge gänzlich bei Seite schieben und in der brüsken Darstellung der traurigsten sozialen Thatsachen ihren Erfolg suchen und finden. Die früheren Erzeugnisse dieser Literatur-Branche suchten eine gewisse Eleganz in der Form zu wahren und gaben ihr Gift in zierlicher Schale. Das ist jetzt anders geworden. Man hat den Muth, sich über die Konvenienzen hinwegzusetzen und alles trocken und dürr beim Namen zu nennen. Die

Romane ‚Auguste‘ von Méry und ‚Les talons noirs‘ von Jaime sind hiervon abschreckende Beispiele, und die schon in fünfter Auflage erschienenen Memoiren der Rigolboche haben die rohe Demi-Monde selbst in die Arena der Literatur geführt. Diese Demi-Monde verdankt ihre literarischen Erfolge einfach der Stirn, mit der sie auftritt und ihre Abenteuer und Spekulationen der Lesewelt ohne Geist, ohne Witz und Bildung erzählt. Die Damen und Herren gerathen in eine förmliche Wuth, die Angelegenheiten ihres Herzens und ihrer Berechnung auf offenem Markt mit einem eigenthümlichen naiven chic zu erzählen, und eine Persönlichkeit verdrängt die andere. Auf Rigolboche folgte ‚Ces dames,‘ ein Buch, das drei der Rigolboche ähnliche Damen behandelt und gleich deren photographische Porträts bringt. Später kam ‚Ces Messieurs,‘ und so wird es fortgehen, bis wahrscheinlich einmal dieser literarische Industriezweig bei dem Zucht-Polizeigericht mit einem argen Skandal seinen Abschluß findet.“

Im Sommer 1865 klagte der General-Prokurator Dupin in einer geheimen Sitzung des Senats über die immer zunehmende Corruption und constatirte, sie gehe von oben aus und die untern Classen ahmen die höhern nur nach. Wenn gemeine Courtisanen mit den vornehmsten Damen im Putze wetteiferten, so stünden diese nicht an, jene zu bewundern, mit aufmerksamen Blicken zu verfolgen, ja zum Muster zu nehmen. Der Luxus ist so groß, daß die Moderechnungen selbst die beträchtlichsten Vermögen verschlingen. „Man hat Ihnen von Photographien zu fünf Sous gesprochen. Gehen Sie in die Theater. Es gibt Stücke, die nur eine lebende Ausstellung von Anfang bis zu Ende sind und welche die Typen von 200 Photographien darbieten, die alles übersteigen, worüber Sie sich beklagen.“

Man muß übrigens so billig seyn, sich zu erinnern, daß die

hier charakterisirte Immoralität in Frankreich schon sehr alt ist. Deutsche Leser sollte es interessiren, zu wissen, um wie viel sittenreiner sich, seitdem das Reich Karls des Großen in ein Deutschland und Frankreich getheilt wurde, der deutsche Theil erhalten hat, als der französische. Die germanischen Franken, Burgunder, Gothen und Normannen, die das alte Gallien eroberten und sich dort niederließen, fanden eine unter der Römerherrschaft gänzlich verdorbene, furchtbar lüderliche gallo-romanische Race vor. Was nun heute noch ritterliche, ehrenhafte und respectable Elemente im französischen Nationalcharakter sind, das kommt von den Deutschen her, stammt, wie schon Montesquieu gesagt hat, aus den deutschen Wäldern. Was aber Schlechtes und Thierisches darin enthalten ist, das kommt von der alten gallo-romanischen Bevölkerung her. Deren greuliche Entsittlichung ist am Ende der Römerzeit documentirt durch das classische Werk des Bischof Salvianus von Marseille und durch die übereinstimmenden Schriften aller damaligen Geistlichen, wie auch durch die Einleitung in das burgundische Gesetz, worin den germanischen Burgundern vorgehalten wird, sie sollen die Ehre und Tüchtigkeit ihrer Race wahren und vor der Verunreinigung durch die gallo-romanischen Laster behüten. Dennoch ließen sich mit der Zeit die in Gallien eingewanderten Deutschen allmälig mehr oder weniger von der Sinnenlust anstecken und mischte sich das kühlere deutsche Blut mit dem heißern der Romanen. So kam zuerst in der Provence eine Galanterie auf, wie sie weder früher den Germanen des Nordens noch auch den alten Römern bekannt gewesen war. Die deutsche Gemüthlichkeit nahm gleichsam noch schüchtern die sinnliche Leidenschaft des Südens an und so entstand jener wunderbare Cultus der Damen, der die provençalische Poesie der Troubadours auszeichnete. Das deutsche Element verrieth sich darin noch in einer außerordentlichen Zartheit der Empfindung und platonischen Auffassung der Liebe, das

romanische Element aber in dem auffallenden Umstande, daß die Sängerliebe sich immer nur an verheirathete Frauen adressirte.

Auf diese Lyriker folgten epische Dichter in zweierlei Richtungen. In den Heldengedichten, deren Mittelpunkt Karl der Große ist, herrscht durchaus das deutsche Element vor, Großherzigkeit, Ehrlichkeit, Gemüthlichkeit der Männer, Keuschheit und Treue der Frauen. Das Gegentheil davon unter ganz überwiegend romanischem Einfluß tritt uns in den Heldengedichten entgegen, in deren Mitte wir Artus mit seiner Tafelrunde finden. Hier ist das Heldenthum nur noch Randverzierung in arabeskenartiger Uebertreibung der Abenteuer. Das Hauptinteresse der Mitte aber dreht sich einzig um die Ehebrüche der Damen, um die lüderlichen Ausschweifungen der Liebhaber und die Lächerlichkeiten der gekrönten Ehemänner. König Artus selbst ist das Urbild eines Hahnrei, seine Gemahlin Ginevra das Urbild aller spätern galanten Damen in Paris, denen eheliche Treue lächerlich und Männerwechsel nur wie Kleiderwechsel vorkommt. Gawin und Lancelot sind die Urbilder aller lüderlichen Prinzen und Don Juans und selbst der sentimentale Tristan bemäntelt den gemeinsten Ehebruch nur mit affectirten Rührungen als Vorbild der empfindsamen Don-Juanerie, die seit Rousseau mehr noch in Deutschland als Frankreich Mode wurde.

An diese galanten Heldengedichte reihten sich sodann ein unzählbares Heer von Fabliaux und Contes, die allerdings mitunter sehr witzig sind und eine Menge menschlicher Schwächen mit gutem Humor enthüllen, sich aber alle nur mit Ehebruch, Verführung, Uebertölpelung, mit Weiber- und Buhlerlisten beschäftigen und ihr Wohlgefallen darüber kund geben, ohne je die betrogene Unschuld zu bemitleiden oder sich über das triumphirende Laster zu entrüsten. Diese Literatur stand in Frankreich in der höchsten Blüthe, als der Geschmack der Renaissance aus Italien herüber drang und vom französischen Hofe

eifrig gepflegt wurde. Da wurde die ganze Pandorabüchse der classischen Unzucht aufgethan, um die Phantasie der französischen Dichter und Künstler noch schlimmer zu erhitzen. Selbst die blutigen Religionskriege hemmten diese unreine Strömung nicht. Mitten im Kampfe feierte Katharina von Medicis ihre Orgien und im Lager der Hugenotten war Heinrich IV. und ein großer Theil des Adels nicht weniger frivol. Marot, der berühmteste der damaligen Dichter, sprang aus einem Lager ins andere über, schrieb hier die leichtfertigsten Unanständigkeiten und übersetzte dort die Psalmen für den Gottesdienst der Hugenotten, wurde dann aber bald wieder katholisch, wie Heinrich IV. selbst. Es war kein Krieg zwischen Katholiken und Protestanten wie in Deutschland, denn die Häupter der einen wie der andern Partei waren eigentlich keine Christen, sondern Heiden. Am besten charakterisiren sie die Memoiren des Brantome, die voll Geist und Menschenkenntniß, doch nur eine lange Skandalchronik sind. Eben so wühlen die contes des berühmten Lafontaine nur in Verführungen und Ehebrüchen.

Unter Ludwig XIV. wurde eine ehrbare, prüde und bigotte Maske vorgenommen, weil dieser König, als noch seine österreichische Mutter regierte, an spanische Grandezza und durch die Cardinalsregierungen Richelieus und Mazarins, sowie durch seine jesuitischen Beichtväter an feierliche Formen gewöhnt worden war. Zugleich trachtete er nach der Hegemonie im katholischen Europa, die den sowohl in Wien als Madrid erschlafften Habsburgern entschlüpfen zu wollen schien. Daher sein katholischer Fanatismus, die Andachtskoketterie seiner Maintenon, die Aufhebung des Edicts von Nantes, die Dragonaden, die Hinrichtung oder Vertreibung aller Reformirten. Daher auch das hochtrabende Pathos der Tragödien von Corneille und Racine, die langweilig prüden Romane der Scuderi. Daher die steife Würde der französischen Cavaliere in ungeheuern Alonge-

perücken und überlangen Degen. Allein das war nur eine Maskirung, im Innern blieb das französische Herz so frivol wie vorher. Der König selbst wechselte eine Maitresse mit der andern und gab seinem üppigen Hofe halb den Charakter des heidnischen Kaiserhofes im alten Rom, halb den eines Sultans. Er liebte, sich mit Augustus zu vergleichen und sich gleich diesem vergöttern zu lassen. Alle Götter und Göttinen des classischen Heidenthums umgaben ihn als Statuen oder Bilder in seinen Prachtsälen und Gärten. In seinem Schlafzimmer war Jupiter mit seinen Blitzen in der Hand gemalt. Alle schönen Damen des Hofes und des Reiches standen ihm wie einem Sultan zu Gebote. Deshalb hinderte ihn die bigotte Maske nicht im geringsten, sich auch an den Lustspielen Molières zu ergötzen. Er liebte diesen Dichter und ließ sogar dessen Tartüffe aufführen, der die Frömmelei als Heuchelei meisterhaft verspottete. Die Jesuiten ärgerten sich sehr, aber Molière gab vor, er habe nicht sie und ihren Anhang am Hofe gemeint, sondern die Jansenisten, eine kleine Partei, welche wirklich fromm und deswegen den Jesuiten ein Greuel war.

Unter dem Nachfolger des majestätischen Ludwig brach die alte Frivolität wieder durch alle Dämme. Die Maitressenwirthschaft entsagte dem vornehmen Schein; eine gemeine Gassendirne, die berüchtigte Dubarry, wurde die eigentliche Königin von Frankreich. Anstatt Anstoß an diesem Treiben des Hofes zu nehmen und die Ehre der Nation zu wahren, gab sich damals der erste Geist Frankreichs, der eigentliche Genius der Nation, Voltaire, zur Rolle des Ceremonienmeisters oder Oberpriesters der Unzucht her. Absichtlich wählte er la pucelle zum Gegenstande des Gedichtes, welches ihn am populärsten in Frankreich gemacht hat, von den Zeitgenossen im In- und Auslande verschlungen und auch später noch in zahllosen großen und kleinen Ausgaben und Uebersetzungen, mit obscönen Kupfern versehen,

gedruckt wurde. Die Jungfrau von Orleans, die Retterin Frankreichs, die reinste und edelste Gestalt der französischen Geschichte wurde von Voltaire nicht nur lächerlich gemacht, sondern als die gemeinste und abscheulichste Dirne weniger mit Farben, als mit Koth gemalt. An der Unzucht genügte es aber dem großen Dichter nicht, er mußte in jenem Nationalepos auch seinem diabolischen Religionshaß Ausdruck geben und faßte deshalb die christliche Religion, von welcher die Jungfrau von Orleans inspirirt war, als einen lächerlichen Pegasus mit langen Ohren, als einen geflügelten Esel auf, in den sich die Jungfrau verliebt und dem sie sich preisgibt. Eine solche Selbstschändung der Nation durch ihren größten Dichter läßt sich von keiner andern Nation nachweisen, und doch wird Voltaire heute noch in Frankreich bewundert und würdigte man ihn der Ehre des Pantheons.

Ihm zunächst an Ruhm stand sein Zeitgenosse Rousseau, der zwar viel delikater war, aber doch auch in seinem besten Roman, der neuen Heloise, mit aller Sentimentalität nur den Ehebruch entschuldigte und poetisch rechtfertigte. Die übrigen berühmten französischen Dichter des vorigen Jahrhunderts waren fast ohne Ausnahme Religionsspötter, Verächter der Sitte und poetische Beschöniger und Vertheidiger des Lasters. Nichts Schmutzigeres und das weibliche Geschlecht tiefer Herabwürdigendes als les bijoux indiscrets des berühmten Diderot, die schändlichen Romane Crebillons, die Erzählungen Grécourts, Cazottes verliebter Teufel, les liaisons dangereuses, Faublas 2c. Der Pucelle am nächsten kam Parny mit seinem „Götterkrieg.“ In diesem Gedicht nämlich werden die Götter Griechenlands nicht nur als Ideale den lächerlich gemachten Personen und Heiligen der Christenheit als Karikaturen gegenübergestellt, sondern jene heidnischen Götter dringen auch siegreich in den christlichen Himmel ein und ihre Ueberlegenheit gibt sich noch vornämlich dadurch kund, daß

sich die christliche Madonna vom schönen Apollo verführen läßt. Wie die Heiligen, so werden auch die christlichen Priester verhöhnt und der Ursprung der Klöster auf den Priapus als ihren ersten Stifter zurückgeführt. Auch dieses ruchlose Buch wurde in eleganten Ausgaben weit verbreitet. Das waren die Labsale der Jakobiner. Doch erreichte kein Buch die Popularität der Pucelle von Voltaire, deren Duodezausgabe mit den schändlichsten Kupfern in den Tornistern der französischen Soldaten einheimisch war, wie einst die kleinen Ausgaben einer englischen Uebersetzung des neuen Testaments in den Degenkörben der Puritaner.

Nachdem die Stürme der Revolution und des ersten Kaiserreichs vorübergebraust waren und die Ruhe der Restauration eintrat, brachten die alten Majestäten der Bourbons eine Langeweile und Prüderie mit, welche die der Scuderi noch übertraf, und eine Bigotterie, welche viel ernster gemeint war, als die unter Ludwig XIV., denn die greisen Emigrirten hatten die Schule des Unglücks durchgemacht. Das war nun den Franzosen unerträglich, welche nicht vergessen konnten, wie noch kurz vorher die siegesstolzen Männer und die lustgedrungnen Frauen Frankreichs unter dem Kaiserreich sich ihres Lebens gefreut hatten. Wie widerwärtig kamen ihnen der dicke von der Gicht geplagte König, die altmodischen alten Weiber mit grüner Brille und die schmächtigen Jesuiten mit Gebetfalten im Gesichte vor! Aber nach so schrecklichen Niederlagen, wie die von 1812 bis 1815 gewesen waren, mußten sie das Unvermeidliche einstweilen dulden. Doch die Leidenschaft kochte in ihren Herzen und brach in Ausschweifungen der sinnlichen Phantasie aus, die alles übertraf, was die schöne Literatur Frankreichs in diesem Gebiete bisher geleistet hatte. Die neue s. g. romantische Dichterschule in Frankreich malte nämlich eben so freche und gottlose Gemälde der Unzucht aus, wie früher, gab ihnen aber noch einen pikanteren Reiz, indem sie Gemälde des gräßlichsten mensch-

lichen Elends und der schaudervollsten Verbrechen unmittelbar damit verband. Der anerkannt größte Dichter dieser Periode war der noch lebende Victor Hugo, dessen Ruhm jeden andern überstrahlte und den Ludwig Philipp zum Pair von Frankreich machte, dessen vornehmstes Dichterwerk aber, die allbekannte Tragödie Lucretia Borgia, alles Interesse auf ein Weib hinlenkt, welches an Scham- und Gottlosigkeit alle ihres Geschlechts in der Weltgeschichte übertroffen hat, indem sie mit Männern aller Art, ja mit dem eignen Vater, dem eignen Bruder Buhlerei trieb und eben so als Giftmischerin mit dem Leben ihrer Angehörigen und Buhler spielte, wie mit deren Ehre. Aber wie einst die Pucelle den Voltaire, so machte diese Lucretia den Victor Hugo in den Augen der Franzosen groß. In den übrigen Werken Hugos herrscht derselbe unsittliche Grundton vor. Seine Marion rühmt sich der Befleckung. In seiner Notre Dame wird einem Priester ein Uebermaß von Lasterhaftigkeit aufgebürdet und wird die ehrwürdige Kirche von Paris zum Schauplatz eben so gräßlicher als lächerlicher, durchaus karikirter Unthaten gemacht.

Neben diesem großen Victor Hugo wurde Eugen Sue am meisten gefeiert und nur Napoleons III. richtiger Takt verhinderte, daß dieser Name die französische Akademie entehrte. Die Romane von Sue sind durchaus nur Ausbrüche des giftigsten Hasses gegen das Christenthum und gegen das Moralgesetz. Sein ewiger Jude ist eine Schmähung des Christenthums, auf dessen Kosten der Jude gelobt wird, sein Martin eine Schule der Unzucht. In seinen Geheimnissen von Paris predigt er die sociale Revolution, während er in fürstlichem Reichthum schwelgte. — Die geistvolle Madame Dudevant, die unter dem Namen George Sand schrieb, mißbrauchte ihr schönes Talent zu Dichtungen, welche die Ehe schmähen und verdammen und der freien Unzucht das Wort reden, feile Dirnen zu Heiligen erheben. Und an welchen von den vielen andern gefeierten Dichternamen Dumas,

Paul de Kock, Soulié, Janin, Alfred de Vigny, Merimée, Balzac ꝛc. knüpften sich nicht Unsittlichkeiten und Grausamkeiten aller Art, wie sie noch nie vorher in poetischen Darstellungen vorgekommen sind. Da strangulirt einer die Geliebte mitten in der feurigsten Umarmung, ein anderer stopft das Leck eines Schiffs mit dem Leibe seiner Geliebten; ein dritter verführt eine Blinde, ein vierter eine Blödsinnige, ein fünfter eine Wahnsinnige; ein sechster schildert die Seelenqualen einer schwangeren Frau, die gleich nach der Geburt hingerichtet werden soll; ein siebenter ist ein Zwitter und buhlt als Mann und Weib zugleich; ein achter verliebt sich in zwei zusammengewachsene Mädchen, und was dergleichen Ungeheuerlichkeiten noch mehr sind.*)

Das Greuelhafte ging allmälig in einen Grundzug von Gemeinheit über. Die Liebe, die sich dem Henker verkuppelt hatte, verließ ihn, um sich Jedermann feil zu bieten. Die Priesterin dieses neuen Venustempels, worin nur noch gekauft und verkauft wird, war eine gewisse Rigolboche. Das Bordell wurde zur Börse.

Genug, um zu beweisen, daß, worüber man in Frankreich selbst erstaunte, doch eigentlich nur eine alte Gewohnheit in neuer Façon war.

Ungeheures Aufsehen machte seit 1863 das „Leben Jesu" von Renan. Dasselbe erklärt die Evangelien nicht für Mythen, wie es das berüchtigte Buch von Strauß gethan hatte, wohl aber den Heiland für einen wohlwollenden, ein wenig beschränkten und ein wenig in die Charlatanerie hineinspielenden Schwärmer, wie das früher schon von den deutschen Rationalisten geschehen war, nur mit mehr Frivolität, um die Leser zu reizen. Das unwürdige Machwerk wurde von der kirchenfeindlichen Partei hochgepriesen und in unzähligen Exemplaren

---

*) Noch mehr über diese Literatur habe ich in meinem Werk: „Die letzten 120 Jahre der Weltgeschichte," Band V. S. 177 f. gesagt.

französisch, deutsch, italienisch rc. über die Welt ausgestreut. Renan wurde von dem College de France, an dem er Lehrer war, an die kaiserliche Bibliothek versetzt, aber im Juni 1863 wieder entlassen.

Erst im Frühjahr 1864 meldeten Pariser Blätter, die Särge von Voltaire und Rousseau im Pantheon seyen leer, weil die Gebeine schon 1814 im Beginn der Restauration durch Royalisten bei Nacht daraus entfernt und in eine Grube bei Bercy geworfen worden wären, deren Lage nicht mehr angegeben werden könne.

Im Laufe des Jahres 1863 ereignete sich ein merkwürdiger Fall in Montpellier. Ein gewisser Roux, katholischer Kutscher des reichen und reformirten Herrn Armand, wurde in einem Winkel mit zusammen gebundenen Händen und Füßen und einem Strick um den Hals gefunden und behauptete, sein Herr habe ihn umbringen wollen. Obgleich nun die Umstände, namentlich die sehr lockere Verstrickung des Roux darauf hindeuteten, daß er sich selbst in diese Lage gebracht hatte, um seinen Herrn anklagen und eine große Entschädigung von ihm fordern zu können, und überhaupt sein sittliches Prädicat kein günstiges war, wurde dennoch das katholische Volk gegen Armand erhitzt, und das Gericht verurtheilte den letztern, nachdem er acht Monate lang in Untersuchungshaft gesessen, dem Kutscher 20,000 Franken Schadenersatz zu zahlen. Das Obergericht sprach ihn von allen Anklagen frei, was jedoch das Volk in Montpellier nicht abhielt, Tumult gegen ihn zu erheben und einige Personen seines Anhangs zu mißhandeln. Doch gelang es, die Ruhe herzustellen. Der berühmte Abgeordnete Jules Favre war Armands Vertheidiger.

Zwölftes Buch.

Die pyrenäische Halbinsel.

I.

Spanien.

Das schöne Spanien wurde von innen und außen bedrängt durch Feinde, die dem eigentlichen Geist und Charakter seiner Bevölkerung fremd und zuwider waren. Nämlich im Innern durch die Progressisten, d. h. Fortschrittsmänner, welche jeder Autorität wie kirchlicher, so auch monarchischer oder aristokratischer Art widerstrebten und eine demokratische, wenigstens eine Parlamentsregierung verlangten, die, aus den Wahlen des Volks hervorgegangen, jeden Augenblick der Laune und wechselnden Meinung desselben gehorchen sollte. Sofern nun diese Partei im Innern bereits mehrmals ins Ministerium gelangt war, die Kirche geplündert und zur Magd der Staatsgewalt erniedrigt und zugleich das Königthum aufs äußerste geschwächt hatte, kam ihr von außen her die Politik Napoleons III. zu Hülfe, welcher gern die Bourbons ebenso aus Spanien, wie aus Italien vertrieben gesehen hätte. Die schwache Königin Isabella war nicht im Stande, diese

doppelte Gewaltströmung, die ihren Thron bedrohte, siegreich aufzuhalten.

Von der Königin Isabella, ihrem Gemahl und ihren Ministern gab der nordamerikanische Gesandte in Madrid (1862—1864), Gustav Körner, folgende Schilderung: „Die Königin ist eine sehr corpulente Dame und über Mittelgröße. Sie hat einen runden, nicht großen Kopf, ein Stumpfnäschen und ein bourbonisches Doppelkinn. Ihre Brust und Arme sind zwar sehr stark, doch schön geformt. Ihre Augen sind klein und lichtblau, ihr Haar dunkelblond. Sie hat einen sehr freundlichen Blick, und wenn sie spanisch spricht, wird er auch sehr lebhaft. In ihren Manieren ist sie mehr freundlich als graciös, sie ist, man kann fast sagen, zutraulich. Der König ist ein sehr schlankes feingeschnitztes Männchen, von dunkelm Teint, großen dunkeln Augen. Gesicht scharf geschnitten und länglich, Schnurr- und Knebelbart sehr zierlich. Er sieht gescheidt aus, spricht sehr im Discant, und etwas schneidend. Er ist gekleidet in die reiche Uniform eines Generalissimus, mit Orden behangen, um den Hals das goldene Vließ. Ihm zur Linken sitzt zunächst das älteste Kind, Maria Isabella, 13 Jahre alt, ist in den letzten Jahren sehr gereift. Fast so groß wie ihr Vater, ist sie von hübschem weißen Teint, hat unbestimmte dunkle Augen, Nase von der Mutter, ist was wir „délicate“ nennen. Dann kommt der kleine Prinz, Alphonso, ein kleines schwaches Kerlchen, bleich, etwa 6 Jahre alt. Er trägt Corporalsuniform, neigt das Köpfchen auf eine Seite, und wird sehr bald vom Handküssen müde.“

Der bewährteste Freund der Königin war Narvaez, der aber als Ministerpräsident dem ehrgeizigen O'Donnel weichen mußte. Körner entwirft von diesem folgendes Bild: „Kopf und Schultern hoch über die Menge hervorragend, wandelte die männliche und martialische Gestalt Leopold O'Donnels, Herzogs von Tetuan, einher. Sein röthliches,

jetzt schon ziemlich ergrautes Haar, seine gesunde Gesichtsfarbe, breites Gesicht und graue Augen verrathen auf der Stelle seine nordische Abkunft. Er ist sehr stark gebaut, mit breiter Brust, aber man sieht ihm schon das Alter an; seit meinem Aufenthalt hier habe ich stets eine Abnahme der Kräfte an ihm wahrgenommen; er geht zuweilen sehr gebückt. Er hat kühne Gesichtszüge, jedoch nicht ohne einen wohlwollenden Ausdruck, und in der Unterhaltung spielt auf seinen Lippen ein gutmüthiges Lächeln. Durch irgend einen Zufall ist seine Nase etwas plattgedrückt und schief geworden; doch ist dies nur in unmittelbarer Nähe bemerkbar. Er macht den Eindruck eines selbstbewußten Mannes, der stets weiß, was er will; er ist eine Art von Eisberg unter diesen leidenschaftlichen und für jeden Eindruck empfänglichen Spaniern, die, wie wir in den Vereinigten Staaten sagen würden, im Stande sind, jeden Augenblick in einer Tangenten-Richtung loszurennen. Seine kühle, nordische Natur gibt ihm einen mächtigen Vortheil über diese südlichen Geister und erklärt mehr als irgend welche große Talente die unbestrittene Superiorität, welche er seit mehr als zehn Jahren in den Angelegenheiten des Landes ausgeübt hat und welche er, obschon gegenwärtig außer Amt, jeden Augenblick, wie ich glaube, wieder erwerben kann."

Von O'Donnels Politik heißt es: „Nachdem er 1854 mit oder vielmehr durch Espartero zur Macht gelangt war, gelang es ihm, diesen zu verdrängen, um aber bald darauf Narvaez Platz zu machen. Er sah ein, daß weder die Moderados, die Progressisten noch die klerikale Partei allein stark genug sey, um sich behaupten zu können, und bildete deshalb aus den sogenannten Gemäßigten aller Parteien eine neue, deren Glieder hauptsächlich durch die Aussicht auf Beute zusammengehalten wurden. Als ein Schreiber dieser Partei einst bemerkte, daß sie alle liberalen Elemente jeder Partei in sich vereinige, und daß sie den Titel Pan-Liberal (All-Liberal) verdiene, bemerkte

ein oppositioneller Gegner witzig genug, daß die Union-Liberal allerdings den Namen verdiene, indem sie durchaus Pan-(Brod)-liberal sey. Von 1858 hielt sich diese Union-Liberal im Ministerium, bis ins Jahr 1863 hinein, mehr als 4 Jahre, eine fast unerhörte Regierungsdauer in Spanien. Die Spitze dieser Partei waren außer O'Donnel hauptsächlich die beiden Conchas, Manuel und José, Alexandro Mon, Serrano, Dulce Calderon Collantes und ganz besonders der sehr gescheidte Potada Herera, Minister des Innern."

Wie O'Donnel, so hatte es auch Bonaparte als erster Consul gemacht und aus allen schwachen Parteien eine stärkste für sich selbst zusammen geschmiedet. O'Donnel war nun freilich kein Bonaparte. Den ersten Krieg begann er 1859 mit Marocco, dessen räuberische Stämme die kleine spanische Besitzung, die an der Küste Afrikas gegenüber von Gibraltar lag, überfallen hatten, ohne Genugthuung zu geben. O'Donnel befehligte in Person, schlug im Winter auf 1860 die Maroccaner ohne viele Mühe zurück und eroberte Tetuan, worauf der Sultan von Marocco um Frieden bat, an Spanien einen kleinen Platz bis zur Bucht von Anghera abtrat und 20 Mill. Piaster Kriegssteuer bezahlte. Während die spanischen Truppen in Afrika waren, wagte General Ortega, Militärchef auf den balearischen Inseln, einen carlistischen Empörungsversuch, indem er den Grafen von Montemolin, Carlos, und dessen jüngeren Bruder Juan, Söhne des verstorbenen Prätendenten Don Carlos, an die spanische Küste hinüberführte. Allein er wurde bald übermannt und erschossen. Die Prinzen wurden gefangen und nicht eher losgelassen, bis Carlos förmlich dem spanischen Thron entsagt hatte, dessen rechtmäßiger Erbe er war, denn die Thronfolge des Mannstamms in Spanien umzustoßen zu Gunsten seiner Tochter, hatte Ferdinand VII. niemals ein Recht gehabt. Kaum aber waren sie frei, so erklärte der jüngere Bruder Juan, er nehme das Erbrecht für sich in Anspruch.

Die verzeihliche Eitelkeit der damaligen spanischen Regierung im Rückblick auf ihre jüngsten Siege wollte Napoleon III. benutzen, um Spanien, wie Italien, in sein Netz zu verstricken. Er wünschte nämlich, Spanien möchte sich in die Reihe der europäischen Großmächte aufnehmen lassen. Spanien folgte dieser Sirenenstimme nicht; O'Donnel aber suchte sich mit Frankreich gut zu stellen. Ein Antrag des Abgeordneten Aparizi in der Cortes, welcher Mißtrauen gegen Napoleon III. ausdrückte, wurde aus Rücksicht auf O'Donnel zurückgezogen. Am 5. April 1861 bewirkte er durch Kauf und Vertrag, daß sich die kleine Republik St. Domingo auf der Insel gleichen Namens, die durch die Nachbarschaft der schwarzen Republik Hayti immer bedroht war, mit Spanien vereinigte und somit die spanische Colonialmacht in Cuba verstärkte.

Am 14. Januar 1861 starb in Triest der spanische Kronprätendent, Don Carlos, Graf von Montemolin, mit seiner Gemahlin Carlotta, Schwester König Ferdinands II. von Neapel, am Scharlachfieber. Schon am 2. Januar war sein Bruder Don Fernando an derselben Krankheit gestorben und es blieb nur noch der dritte Bruder Don Juan, der mit zwei Söhnen in England lebt, als Kronprätendent übrig.

In Mexiko war der spanische, wie der englische und französische Handel unter der Regierung des Juarez beeinträchtigt und beraubt worden. O'Donnel schloß sich daher gern der französisch-englischen Expedition an und schickte den progressistischen General Prim mit Truppen nach Mexiko ab, kam jedoch in starke Verlegenheit, als Prim mit lauter Zustimmung der spanischen Nation sich von Juarez Genugthuung verschaffte und Mexiko wieder verließ, um sich nicht von den verhaßten Franzosen ans Schlepptau nehmen zu lassen. O'Donnel konnte nun Prims Verhalten, welches in Spanien sehr populär war, nicht mißbilligen und durfte auch gegen den mächtigen französischen

Nachbar nicht feindlich auftreten. Napoleon III. war sehr im Zorn, daß Spanien ihn in Mexiko im Stiche ließ und dem perfiden Beispiel Englands folgte, und machte diesem Zorn beim Empfang José Conchas, des neuen spanischen Gesandten, in derber Weise Luft. Da nun O'Donnel sich zu ohnmächtig fühlte, Satisfaction dafür zu fordern, und das schwache Spanien nicht daran denken konnte, einen Krieg mit Frankreich zu führen, mußte O'Donnel zurücktreten und einem Ministerium der Moderados unter dem Marquis de Miraflores Platz machen, welches sich jedoch nicht lange hielt, so daß im Herbst 1864 die Königin das Staatsruder wieder in die Hände ihres alten Freundes Narvaez legen konnte.

Dies hing mit den Höflichkeiten zusammen, die zwischen Madrid und Paris gewechselt wurden. Nachdem bereits der Besitz von St. Domingo als zu unsicher und kostspielig aufgegeben worden war, machte die Kaiserin Eugenie einen Besuch am Hofe zu Madrid. Nun vermählte aber die Königin Isabella ihre Tochter mit dem Grafen von Paris, was wieder in den Tuilerien so viel Unzufriedenheit erregte, daß der König von Spanien eilig nach Paris reisen mußte, um zu versöhnen, im August 1864. Dies hatte nun zur Folge, daß am 18. September Narvaez Ministerpräsident wurde, und auch die alte Königin-Mutter Christine nach Spanien zurückkehren durfte.

Ein neuer Krieg war mit Peru ausgebrochen. Es handelte sich um den Besitz der einträglichen Guanoinseln, welche Spanien für sich in Anspruch nahm. Narvaez beeilte sich, den Streit friedlich zu schlichten, der jedoch nur in eine neue Phase trat, indem die benachbarte Republik Chile sich einmischte, worauf die spanische Flotte im Frühjahr 1866 genöthigt wurde, Valparaiso und Callao zu beschießen. Damals aber regierte Narvaez nicht mehr, denn er wurde schon in der Mitte des Jahres 1865 wieder gestürzt. Er schien nämlich den Progressisten viel zu conservativ zu seyn, daher schon im Herbst

1864 eine progressistische Verschwörung entdeckt wurde, bei welcher Prim compromittirt war, so daß er Madrid verlassen mußte. Die schwächste Seite der Regierung war die finanzielle. Dahin wurden nun alle Angriffe gerichtet. Nach langer Mißregierung, Bürgerkriegen und unendlichen Verschwendungen der alten Königin war das Staatsvermögen elend zerrüttet. Das sollte nun die arme Isabella büßen. Man scheint ihr bedeutend Angst gemacht zu haben, denn sie sah sich genöthigt, von allen ihren Krongütern nur ein Viertel zu behalten und drei Viertel dem Staatsschatz zu überweisen.

Die Königin war der Lage nicht gewachsen. Die Liberalen beschwerten sich, daß unter der Hand durch die Nachgiebigkeit der Königin gegen den Klerus wieder Klöster hergestellt worden waren. Man schrieb es den Einflüsterungen ihres Beichtvaters, des Jesuiten Claret, zu. Zur Mißachtung der zum Regieren unfähigen Isabella trug vornehmlich bei, daß sie um ihre weibliche und königliche Würde nicht recht Sorge trug, sondern das sträfliche Beispiel ihrer Mutter nachahmte, die mit dem gemeinen Gardisten Munnoz gebuhlt, ihn zum Herzog erhoben und zur Ausstattung der Kinder, die sie von ihm hatte, ungeheure Summen ins Ausland geschafft hatte. Isabella wählte sich ebenfalls, nachdem sie schon viele Liebhaber (der erste war Serrano) gewechselt hatte, einen Domestiken aus, den schönen Marfori, und lebte mit ihm in einer skandalösen Vertraulichkeit, indem er sie überall begleiten mußte und von dem rechtmäßigen Gemahl gar keine Notiz nahm. Es lag nahe, sie zu beschuldigen, sie habe auch wie ihre Mutter und zu gleichem Zweck, große Summen ins Ausland geschafft.

In den Cortes wurde die heftigste Sprache gegen die Königin geführt. Am 10. April 1865 erhoben die Studenten in Madrid groben Tumult, weil der liberale Rector der Universität, Montalvan, von der Regierung abgesetzt worden war. Das Militär mußte einschreiten

und es gab sieben Todte und viele Verwundete. Das Feldgeschrei der Studenten war: Hoch Prim, nieder Narvaez! Am 11. Juni sollte eine Militärverschwörung in Valencia ausbrechen, welcher die Regierung zwar zuvorkam, unterdeß aber war der Königin dermaßen zugesetzt worden, daß sie bereits am 23. Juni das Ministerium Narvaez entließ und O'Donnell wieder an die Spitze der Regierung stellte. Dieser stützte sich auf die Progressisten und schmeichelte ihnen durch Erweiterung der Wahlrechte, während er andererseits die Gunst Napoleons III. zu gewinnen suchte und der napoleonischen Idee, nach welcher Spanien und Italien unter Frankreichs Schutz regenerirt werden sollten, zum Werkzeuge diente. Schon am 26. Juni verkündigte er durch Rundschreiben, Spanien erkenne das neue Königreich Italien an. Der spanische Gesandte am Hofe Franz II. zu Rom wurde abberufen und ein anderer am Hofe Victor Emanuels zu Florenz accreditirt. Darin lag zugleich eine Mißachtung des Papstes.

Im spanischen Klerus zeigte sich zwar eine schwache Bewegung zu Gunsten des Papstes, den die Anerkennung des Königreichs Italien von spanischer Seite eben so sehr kränkte als gefährdete. Man nannte Claret, Beichtvater der Königin, und den Erzbischof von Toledo als diejenigen, welche sich am feurigsten des Papstes annahmen. Allein O'Donnel achtete nicht darauf. In Valencia brach eine neue progressistische Verschwörung aus und im Juli 1865 kehrte General Prim ungefährdet zurück. Die Königin wurde im Herbst veranlaßt, eine Zusammenkunft mit Napoleon III. zu halten. Vielleicht hoffte sie von ihm einen bessern Schutz, als ihn ihr die Progressisten gewährten. Jedenfalls wurde sie ganz in sein Netz gezogen, als er sie am 9. August auf spanischem Boden in San Sebastian besuchte und sie wenige Tage später ihren Gegenbesuch in Biarritz auf französischem Boden machte.

Die unglückliche Isabella durfte ihren Sympathien für den

h. Stuhl so wenig mehr nachgeben, wie denen für ihre bourbonischen Vettern. Das Ministerium preßte ihr alles ab, was es wollte, unter fürchterlichen Drohungen der Presse, welche behaglich in den alten Sünden des Hofes wühlte, um die Dynastie anzuschwärzen. Diese Dynastie sollte vertrieben werden, wie die andern Bourbons. Man kann sich denken, wie schlimm es mit der Königin stand, wenn man erwägt, daß ihr beständig mit naher Absetzung gedroht wurde. Don Luis, König von Portugal, heirathete Pia, die Tochter Victor Emanuels und Schwägerin des Prinzen Napoleon, und nun hieß es, er sey ausersehen, durch die Progressisten und mit Hülfe Frankreichs und Italiens, nach Vertreibung der Königin Isabella, zum Alleinherrn der pyrenäischen Halbinsel, des für immer mit Portugal vereinigten Spaniens erhoben zu werden.

Man nannte diese Partei die iberische. Die iberische Halbinsel (Spanien und Portugal) sollte gleich der italienischen unter dem Protektorate Frankreichs stehen. Das gäbe eine große romanische Conföderation in der alten Welt, entsprechend derjenigen, welche Napoleon III. auch in der neuen Welt von Mexiko aus zu gründen gehofft hatte. Indessen stehen sich der spanische und portugiesische Volkscharakter zu schroff gegenüber, als daß der Plan so leicht ausführbar wäre. Der stolze Castilianer unterwirft sich keinem Portugiesen und der Portugiese hat von jeher getrachtet, seine Eigenheiten dem Spanier gegenüber zu behaupten. Der König von Portugal selbst nahm nicht die Miene an, als wisse er um den iberischen Plan. Indem er mit seiner Gemahlin aus Italien und Frankreich zurückkehrte, reiste er über Madrid und stattete der Königin von Spanien am 28. Dez. 1865 einen freundlichen Besuch ab.

Unmittelbar darauf, am 3. Jan. 1866, brach in den spanischen Garnisonen Aranjuez, Ocana und Avila eine Revolution aus, angeregt von dem unruhigen General Prim. Da dieselbe ausschließ-

lich die Erhebung Prims zum Zwecke hatte, der sich zum Dictator aufwerfen wollte, wurde sie nur von einer Minderheit des Militärs und der Progressisten unterstützt und konnte nicht gelingen. Denn nicht nur die conservative und klerikale Partei, sondern auch die iberische war gegen ihn. Prim hatte den französischen Kaiser im Beginn der mexikanischen Expedition vor den Kopf gestoßen. Endlich war O'Donnell nicht geneigt, die Regierungsgewalt, in deren vollem Besitz er damals war, dem Nebenbuhler abzutreten, schickte also gleich Truppen unter General Zabala und bald darauf unter dem Marschall Serrano gegen die Aufrührer ab, welch letztere keinen Anhang fanden, überall geschlagen wurden und sich eilig über die portugiesische Grenze flüchteten. Ein gleichzeitiger Aufstandsversuch in Barcelona wurde eben so leicht unterdrückt. Da zufällig am 8. Januar die Kammern in Lissabon eröffnet wurden, ergriffen die Portugiesen diesen Anlaß, um zu constatiren, daß sie weder von Prim, noch von dem iberischen Plane etwas wissen wollten. Der Justizminister erklärte, er werde die bei Aufruhr im Nachbarlande üblichen Maßregeln treffen, und in der Kammer wurde die Selbständigkeit Portugals betont. Eben so loyal handelte Portugal, indem es den dahin geflüchteten General Prim auswies.

Sofern sich O'Donnell gezwungen sah, gegen Prim aufzutreten, wurde der Riß in den Fortschrittsparteien offenbar und die conservative Partei ermannte sich, so daß es die Königin wagen konnte, am 11. Juni 1866 O'Donnell zu entlassen und das Staatsruder wieder in die Hände des General Narvaez zu legen. Dieser beseitigte augenblicklich die liberalen Gesetze seines Vorgängers, sistirte den Verkauf der Kirchengüter, verwarf das liberale Unterrichtssystem und verband die Schule ausdrücklich wieder mit der Kirche, unterstützt von dem Minister Bravo, der es zum erstenmal offen aussprach, im spanischen Volk sey die Mehrheit religiös, monarchisch, ehrsam und

friedliebend und halte sich eben deshalb von den Agitationen der Minderheit fern, welche die neuen liberalen Gesetze mißbrauche, zum Verderben des Volks, verführt durch eine fremde Doctrin, die für das Volk der Spanier nicht passe. Natürlicherweise geriethen die Progressisten in die äußerste Wuth. Aber auch Narvaez selbst fürchtete, Bravo und die extremen Klerikalen könnten ihm über den Kopf wachsen. Er verlangte daher im Winter von der Königin, sie solle die Cortes auflösen, und als 123 Cortesmitglieder dagegen Protest erhoben, wagte er einen Staatsstreich und ließ in der Nacht auf den 30. Dezember 1866 alle jene Herren plötzlich verhaften und den Präsidenten Rios Rosas mit 35 Andern deportiren. Auch Marschall Serrano, der nachträglich protestirte, wurde verhaftet, die Cortes wurden aufgelöst.

Narvacz lebte indeß nicht mehr lange und eine neue große Revolution brach aus, welche zwar außerhalb der Periode liegt, die wir in diesem Buche zu schildern haben, aber doch innerhalb derselben vorbereitet wurde. Narvaez deckte noch die Schwäche der Königin und den Skandal ihres Hofes zu. Mit ihm fiel der Schleier. Die Bourbons standen in einer Blöße da, welche den Stolz der Spanier unvorsichtig beleidigte. Da nun auch unter den Agnaten Isabellas kein tüchtiger Mann bekannt war, der für sie hätte eintreten können, wurde Spanien mehr als je der Tummelplatz, auf dem der Ehrgeiz der Generale mit den Parteien spielte.

Unter diesen Generalen machte sich damals schon Prim besonders bemerklich, nicht blos durch militärisches Talent, den Zauber seiner Persönlichkeit und große Popularität bei den Soldaten, sondern auch durch die chevalereske Leichtigkeit, mit der er von einer politischen Partei zur andern übersprang, um eine nach der andern zu seinem Emporkommen zu benützen. In Catalonien geboren, diente er in den dreißiger Jahren als Freiwilliger unter den Christinos gegen die

Karlisten, zeichnete sich aus und wurde in die Cortes gewählt. Als Espartero mit den Progressisten ans Ruder kam, schloß er sich diesem an; als die Moderados überwogen, auch wieder diesen, die ihn zum General und Graf von Reus erhoben. Von ihnen aber fiel er wieder zu den Progressisten ab und nahm an einer Verschwörung gegen Narvaez Theil, der ihm großmüthig verzieh. Als O'Donnell den Narvaez verdrängte, hielt sich Prim gleich wieder an diesen. Gewiß ein seltener Glücksritter, dem alle solche Wechsel und Treulosigkeiten nicht einmal etwas schadeten. Jeder Regent Spaniens brauchte ihn seiner Fähigkeiten wegen und verzieh ihm seinen Leichtsinn. Die Truppen aber vergötterten ihn, weil er verschwenderisch seinen Reichthum unter sie austheilte.

Die fortgesetzten Bemühungen der Engländer, unter den spanischen Liberalen protestantische Propaganda zu machen, führten wie bisher zu nichts, weil sie in Spanien gar zu unvolksthümlich waren. Im Jahr 1860 wurde ein Offizier Namens Matomoros verhaftet, weil er heimlich Protestant geworden war und man Briefe von ihm auffand, in denen er vertraute Freunde aufgefordert hatte, bei den Cortes eine Petition um Religionsfreiheit einzugeben. Im protestantischen Norden schlug sogleich die Presse Alarm, doch gelang es erst, nachdem Matomoros und 14 Mitschuldige 1862 zur Galeere verurtheilt worden waren, dieselben durch Fürsprache der Königin von England wieder frei zu machen.

II.

Portugal.

Die Geschichte von Portugal ist seit mehr als vierzig Jahren in Deutschland fast ausschließlich nur aus französischen und englischen Quellen geschöpft worden. Da nun das arme Land in dieser langen Zeit immer nur von den Intriguen des englischen und französischen

Cabinets beherrscht war, haben diese Cabinete auch dafür gesorgt, daß die Geschichte des Landes nur von ihren Agenten, die Zeitungscorrespondenzen aus Lissabon nur in ihrem Sinne geschrieben wurden. Brach durch dieses Lügensystem je ein Strahl der Wahrheit hindurch, so wurde ein Zetergeschrei durch ganz Europa intonirt: die widersprechende Nachricht sey erlogen und gehe nur vom finstern Pfaffenthum und von dem abscheulichen Tyrannen Dom Miguel aus. Auch wir haben uns in frühern historischen Darstellungen durch englisch-französische Quellen täuschen lassen, denn es war erst in den letzten Jahren möglich, endlich durch conservative englische Blätter und durch die Mittheilung echter Urkunden aus Portugal hinter die Wahrheit zu kommen. Doch ist es heute noch schwer, ja beinahe gefährlich, mit der Wahrheit durchdringen zu wollen, da die schlaueste und gewaltthätigste Cabinetspolitik durch den unermeßlichen Einfluß des Liberalismus in der Presse immer unterstützt wird.

Die Wahrheit ist, daß Portugal in Folge der großen napoleonischen Kriege im Anfang des Jahrhunderts eine englische Provinz wurde, während das regierende Haus Braganza nach Brasilien geflüchtet war. Nach dem Sturz Napoleons gesellte sich zum englisch-protestantischen Einflusse auch noch der französisch-liberale, um die gebildeten Klassen in Portugal zu beherrschen und die Freimaurerei einzuführen, während das Landvolk noch treu an der alten Kirche hing. Der schwache König Johann VI. kehrte zwar aus Brasilien, wo er seinen jungen Sohn Dom Pedro als Kaiser ließ, nach Lissabon zurück, blieb aber unter der Vormundschaft Englands und Frankreichs, welche damals als Vorkämpfer des Liberalismus gegen die drei nordischen Mächte zusammenhielten und daher in Portugal so wenig als in Spanien die Herrschaft einer klerikalen und conservativen Partei dulden wollten, damit die ganze pyrenäische Halbinsel auf ihrer Seite bleibe.

Da Dom Pedro in Brasilien zurückgeblieben war und aus-

drücklich seinem Erbrecht in Portugal hatte entsagen müssen, wurde sein jüngerer Bruder Dom Miguel zum Thronfolger in Portugal bestimmt. Da dieser Jüngling aber gewissenhaft genug war und seinem Volke so viel Treue bewahrte, daß er es von der englisch-französischen Bevormundung frei machen wollte, wofür auch das Landvolk mit unverbrüchlicher Treue an ihm hing, erhielt die ganze liberale Presse Europas die Ordre, den Prinzen zu verleumden und als ein moralisches Scheusal darzustellen. Es ist jetzt erwiesen, daß alles, was die Zeitungen von seiner Grausamkeit, von seiner Impietät gegen den Vater &c. erzählt haben, erlogen war und daß er in vollem Maße die Liebe und Anhänglichkeit des portugiesischen Volkes verdient hat. Auch hätte ihn die englisch-französische Cabinetsperfidie ohne einen blutigen Krieg nicht von seinem angestammten Throne entfernen können. Da sie aber der nordischen Mächte wegen es doch nicht wagen durfte, Portugal mit englisch-französischen Truppen zu überschwemmen, so bediente sie sich des charakterschwachen Dom Pedro, um ihren Plan durchzuführen. Dieser armselige Kaiser war von den Brasilianern fortgejagt worden und nur seinen gleichnamigen kleinen Sohn hatten sie auf dem Thron zurückbehalten, um in seinem Namen sich selbst zu regieren. Der Vater nun, in der neuen Welt durch seinen Sohn, in der alten durch seinen Bruder vom Thron ausgeschlossen, ließ sich von der englisch-französischen Arglist überreden, auf das Erbrecht, dem er in Portugal längst entsagt hatte, doch wieder Anspruch zu machen und mittelst einer Flotte und Landarmee, die ihm England und Frankreich verschafften, den Bruder aus Portugal zu vertreiben, 1831. Vergebens kämpfte das treue Volk für Dom Miguel, da auch im benachbarten Spanien der an England und Frankreich verkaufte Liberalismus gesiegt hatte und die nordischen Mächte den Westmächten nicht entgegenzutreten wagten. Dom Miguel floh nach Oesterreich, Dom Pedro wurde König von Portugal, starb 1834 und ernannte

seine noch unmündige Tochter Maria da Gloria zu seiner Nachfolgerin in Portugal. Eine Quadrupelallianz zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal sollte jeden Versuch der conservativen Partei in Portugal und Spanien, wieder aufzukommen, verhindern. Für die junge Königin regierten in Portugal die von England und Frankreich inspirirten Freimaurer Cabral und Villaflor und der Liberalismus mußte zum Aushängeschild dienen, um dieser Regierung bei der ganzen liberalen Presse Europas Credit zu verschaffen.

Die junge Königin wurde 1835 mit dem liebenswürdigen Prinzen August von Leuchtenberg vermählt, der aber schon nach zwei Monaten starb. Im Jahr 1836 vermählte sich die junge Königin schon wieder mit dem Prinzen Ferdinand von Coburg. Die Coburger waren es schon gewohnt, der englischen Politik auszuhelfen, wie in England selbst, so in Belgien, so wieder in Portugal. Es lag im Interesse der westmächtlichen Politik, daß die Königin von Portugal bald möglichst Mutter würde, um ihren Kindern eine Thronfolge zu sichern, welche, wenn die Königin kinderlos geblieben wäre, Dom Miguel abermals hätte ansprechen können. Der letztere hatte noch vielen Anhang im Lande, der sich auch 1846 empörte. Der Aufstand wurde unterdrückt, aber Cabral mußte weichen und die Regierungsgewalt dem Marschall Saldanha überlassen. Nicht lange nachher starb die Königin im Jahr 1853, mit Hinterlassung von fünf Prinzen, von denen der älteste, 16 Jahr alt, als Pedro V. den Thron bestieg. Bis zu seiner Großjährigkeit übernahm für ihn sein Vater Ferdinand von Coburg, der als Dom Fernando nur den Königstitel führte, die Regentschaft. Da Pedro noch als Jüngling bald nach dem Tode seiner Mutter die europäischen Höfe bereiste, zeigte er überall so viel persönliche Liebenswürdigkeit, Bescheidenheit und Intelligenz, daß er alle Herzen gewann, zumal in Berlin, wo ihm König

Friedrich Wilhelm IV. mit wahrhaft väterlicher Liebe zugethan war, und von wo er auch bald nachher seine liebenswürdige Braut empfing, die Prinzessin Stephanie von Hohenzollern-Sigmaringen.

So lachte dem jungen König von allen Seiten her das Glück, aber wenn man sein Portrait betrachtete, bemerkte man darin einen leisen Zug von Schwermuth. Während der junge König sein baldiges Ende ahnte, ersah ihn die ausländische Intrigue zum Werkzeug für die Ausführung weittragender Entwürfe. Nämlich damals schon tauchte der iberische Gedanke auf. In Spanien wankte unter der bourbonischen Dynastie der Thron, den ein schwaches Weib zwischen gewaltthätigen Parteien einnahm. Schon war der Plan gefaßt, die Bourbons aus Italien zu vertreiben. Der Plan, sie auch aus Spanien zu jagen, hing damit zusammen. Die Rolle, die man nicht lange nachher den König von Sardinien in Italien spielen ließ, dachte man damals schon dem Dom Pedro zu, der sie aber nicht spielen wollte. Im Jahr 1855 trat Dom Pedro die Regierung an, entfernte Saldanha und machte Loulé zum ersten Minister. Schon zwei Jahr später entstand daher ein Conflict zwischen dem jungen König von Portugal und Frankreich, und die letztere Macht benahm sich dabei so, daß man daraus erkennen konnte, sie werde eine unabhängige Politik des schwachen Portugal nicht dulden. Sobald das kleine Land nicht mehr unbedingt gehorchte, reckte die diplomatische Sammetpfote schreckliche Krallen hervor. Frankreich, das seine civilisatorische Mission stets im Munde führte, trieb gleichwohl noch Sclavenhandel und holte die Sclaven aus den afrikanischen Colonien Portugals. Die mit Gewalt fortgeschleppten Neger wurden fälschlich für frei angeworbene Arbeiter ausgegeben. Wie wir aus Livingstones Bericht ersehen, blüht dieser Sclavenhandel in den portugiesischen Colonien heute noch und kümmert man sich dort wenig um etwaige humane Vorschriften der Regierung in Lissabon. Der junge König

von Portugal war so human, so edel gesinnt und so seines Rechtes wie seiner Pflicht sich bewußt, daß er ein französisches Sclavenschiff mit Beschlag belegen ließ, das Schiff Charles-Georges, im Jahr 1857. Aber Frankreich schreckte ihn mit solchen Drohungen, daß er das Schiff wieder freigeben mußte. Rechtschaffenheit und Pflichtgefühl für die ihm anvertraute eigene Nation war es nicht, was die westmächtliche Politik einem Könige verzieh, der nur ihr Werkzeug seyn sollte und der überhaupt, wenn dieselbe Politik seinen Vater nicht protegirt hätte, gar nicht auf den Thron in Lissabon gelangt wäre.

Hier waltete zwischen der Tugend des jungen Königs und den fremden Zwecken, denen er dienen sollte, ein so großes Mißverhältniß, daß man sich nicht wundern darf, wenn Dom Pedros trübe Ahnungen in Erfüllung gingen. Im Sommer 1859 starb die junge Königin Stephanie. „Am 12. October 1861 kam Dom Pedro von einem Ausflug in Santarem an, und traf da seinen Vater, den König Ferdinand, welcher ihm mit zwei Brüdern von Lissabon hieher entgegengekommen war. Nach einem von der spanischen Eisenbahn-Verwaltung ihnen zu Ehren gegebenen Diner kehrten sie zusammen nach der Hauptstadt zurück. — — Es war des Königs letzte Reise gewesen. Nicht lange nach der Rückkehr klagten alle drei Brüder über Mattigkeit und allgemeines Uebelbefinden. Die Leibärzte schrieben dasselbe den Beschwerden der Reise, auch der Feuchtigkeit zu, welcher die Reisenden öftermals ausgesetzt gewesen waren, und erklärten das Ganze für eine rheumatische Affection ohne tiefere Bedeutung. Bald aber stellten sich heftige Fiebersymptome ein, so daß die Vermuthung nahe lag, der König und die Prinzen hätten sich ein tüchtiges Wechselfieber zugezogen. Als sich jedoch zu den Fiebererscheinungen auch noch nervöse Schmerzen gesellten, fingen die Aerzte an, beim Könige und dem Infanten Dom Fernando die Krankheit bedenklicher zu finden.“

Der letztere starb zuerst, der junge König folgte ihm schon am 11. November im Tode nach und nur der jüngste Bruder Dom Augusto blieb leben. Darauf wurde der nächstälteste Bruder Dom Luiz König. Ein jüngerer Bruder Dom Joao war ebenfalls gestorben.

Die Cortes erklärten am 30. Dezember in der allgemeinen Bestürzung, daß wenn auch Augusto durch einen schnellen Tod hingerafft würde, nicht der Kronprätendent Dom Miguel, sondern die Schwestern des Dom Luiz den Thron erben sollten. Luiz ließ sich von den Liberalen leiten, weil Dom Miguel noch immer den meisten Anhang unter den Klerikalen hatte. Er heirathete deshalb 1862 eine Tochter des Victor Emanuel, die Prinzessin Pia, und weil auch der Adel sich den Klerikalen anschloß, sorgte er 1863 dafür, daß die Majorate und die erbliche Pairswürde aufgehoben wurden. Der Papst war äußerst unzufrieden mit den Vorgängen in Portugal und als die junge Königin den ersten Sohn gebar, duldete er nicht, daß ihr im Banne befindlicher Vater Victor Emanuel bei der Taufe am 26. September 1865 Pathe seyn durfte, seine Stelle mußte Napoleon III. versehen.

In der Nacht auf den 15. November 1866 starb zu Braubach bei Wertheim am Main der viel verleumdete Exkönig Dom Miguel im Ruf eines menschenfreundlichen und wohlthätigen Fürsten. Seine Ansprüche auf die Krone von Portugal gehen auf seinen 1853 geborenen Sohn Dom Miguel über, dessen Mutter Adelheid eine Prinzessin von Löwenstein-Wertheim ist. Es wäre nicht unmöglich, daß in Portugal wie in Spanien das fromme und ritterliche Volk sich selbst wiederfände und die Stricke zerrisse, mit denen es durch englische und französische Intriguen wie in einem Netze gefangen liegt. Die liberale Partei auf der ganzen pyrenäischen Halbinsel

war und ist das Werkzeug fremder, dem spanischen wie dem portugiesischen Volke gleich verderblicher Politik.

Im Hinblick auf die neuesten Vorgänge in Spanien, in welchen die oben schon besprochene Idee einer Vereinigung beider Staaten oder der ganzen pyrenäischen Halbinsel zu einem Reiche eine Rolle spielt, dürfte es nicht unzeitgemäß erscheinen, am Schluß dieses Bandes die Aufmerksamkeit noch auf das verwickelte Terrain der pyrenäischen Halbinsel zu lenken. Gesetzt auch der iberische Plan wäre für die nächste Zeit unausführbar, — und allerdings kämpfen dagegen vielerlei und starke Interessen, — so entspricht doch dieser Plan der geographischen Lage eines ringsum vom Meer und von den zusammenhängenden Gebirgsmauern der Pyrenäen umschlossenen Landes. Die Natur selbst scheint diese große Halbinsel zur Einigung ihrer Bewohner bestimmt zu haben. Wenn überall in Europa das Nationalitätenprinzip über das partikularistische die Oberhand gewinnt, warum sollte nicht auch Spanien diesem Zuge der Zeit folgen müssen? Trotz der vielfachen partikularistischen Interessen, die hier noch mit einander im Streite liegen, läßt sich doch nicht leugnen, daß es der gemeinsame Vortheil aller Bewohner der Halbinsel seyn würde, wenn sie ein einiges Reich bildeten. Welchem Deutschen hätte nicht endlich klar werden müssen, daß die großen Interessen der deutschen Nation durch die Vielstaaterei und die partikularistischen Interessen Noth gelitten haben, daß Deutschland dadurch in große Gefahren und Unehren gestürzt worden ist. Wir erleben jetzt den Zeitpunkt, in welchem die deutsche Nation sich ihres Rechts und ihrer Pflicht, als ein Ganzes zusammenzuhalten, bewußt wird. In diesem Zeitpunkt liegt es uns nahe, den Bevölkerungen der pyrenäischen Halbinsel dieselbe Erkenntniß in Bezug auf ihre Interessen zuzutrauen.

Beide große Nationen, die iberische wie die deutsche, befinden

sich nicht nur in einem ähnlichen Falle, sondern haben auch ein gemeinsames Interesse. Die Schwächung Deutschlands war ein Unglück für die pyrenäische Halbinsel, weil sie allein, ohne den Beistand Deutschlands, sich des französischen Einflusses nicht erwehren konnte. Nur aus diesem Grunde wurde Spanien seit dem spanischen Erbfolgekriege eine Secundogenitur des in Frankreich herrschenden Hauses Bourbon und kam unter der Vormundschaft Frankreichs um seine alte Macht, seinen alten Ruhm. Auf der andern Seite würde auch das deutsche Reich von Frankreich her nicht so tief haben erschüttert werden können, wenn Spanien immer den Franzosen eine Diversion im Rücken gemacht hätte. Frankreich allein hatte den Vortheil davon.

Spanien ist gegenwärtig an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt. Die Spanier haben endlich eingesehen, wie tief sie durch ihre Bourbons erniedrigt und mißregiert worden sind. Von der Höhe einer europäischen Großmacht, ja der ersten unter allen in der Mitte des 16. Jahrhunderts, ist Spanien tief herabgesunken. Aber es scheint, die Nation hegt noch Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft und zu einem Berufe, der ihr ebenso Macht und Wohlstand und Ehre bringen soll, als sie bisher in Ohnmacht, Armuth und Zurücksetzung hat zubringen müssen. In Portugal wird dieses ehrenwerthe Gefühl der Spanier dermalen noch nicht getheilt, obgleich auch dieses kleine Land einmal groß in der Geschichte der seefahrenden Staaten dastand. Allein Spanien gibt den Ausschlag.

Der Kern der Bevölkerung auf der pyrenäischen Halbinsel ist uns Deutschen stammverwandt. Noch jetzt trägt Katalonien seinen Namen von dort eingewanderten deutschen Gothen und Alanen, Andalusien von den deutschen Vandalen. Auch die Sueven (Schwaben) gründeten sich im Westen Spaniens ein eigenes Reich. Alle schmolzen zusammen in das große Königreich der Westgothen. Heute noch rühmen sich alle adeligen und freien Spanier der gothischen Na-

tionalität. Erst im Anfang des 8. Jahrhunderts drangen die Araber von Afrika her in Spanien ein, in ungeheurer Menge und noch in der ersten Furie ihres Heldenthums, während den letzten König der Westgothen Verrath umgab. So fiel Spanien in die Gewalt des Islam. Die Araber überwältigten auch den westlichen Theil Frankreichs, wurden aber vom Heerbann der deutschen Franken, Alemannen, Bayern und Thüringer unter Karl Martell aufs Haupt geschlagen. Karl der Große nahm ihnen auch noch das Land zwischen den Pyrenäen und dem Ebro ab, und so konnte sich der in den Gebirgen des nordwestlichen Spanien frei gebliebene Rest der Gothen allmälig wieder erholen und ausbreiten. Der Heldenmuth und die zähe Ausdauer dieser christlichen Gothen, welche von den Bergen Asturiens aus dem Islam immer mehr Terrain abgewannen, ist über jedes Lob erhaben. Achthundert Jahre haben sie so fortgekämpft, bis endlich der letzte Muhamedaner wieder über das Meer flüchten mußte, von wo er hergekommen, und ganz Spanien frei war. Die ganze Weltgeschichte kennt keinen ähnlichen Kampf und Sieg. Wenn aber in diesen Spaniern des Mittelalters die ganze altgothische Kraft und Tugend sich bewahrte und im Cid ein Heldenideal schuf, dem nur das des deutschen Siegfried vergleichbar ist, machte sich doch auch bei ihnen wieder die alte deutsche Untugend des Partikularisirens geltend, denn sie schlossen sich nicht zu einem Staate zusammen, sondern gründeten mit der Zeit, indem sie den Arabern ein Terrain nach dem andern abgewannen, eine Menge kleinere Königreiche mit besondern Gesetzen, Verfassungen und Eigenthümlichkeiten, wodurch sie sich größtentheils heute noch von einander unterscheiden. Denn obgleich sie am Ende des 15. Jahrhunderts zusammenschmolzen in zwei Hauptstaaten, das größere Spanien und das kleinere Portugal, behauptete doch die Bevölkerung eines jeden der ehemaligen kleinen

Königreiche ihre besonders verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten (fueros), ihre besondere Sitte und Tracht.

Spanien hielt den christlich-germanischen Grundcharakter länger fest als Frankreich und ließ sich auch von der heidnischen Renaissance von Italien her nicht so leicht anstecken, so daß es noch einen christlichen Dichter wie Calderon hervorbringen konnte, während in Italien und Frankreich die ganze Bildung schon in heidnischer Mythologie und Unzucht versunken und Religionsspötterei der gute Ton war. Was hätte nicht aus dem spanischen Volke werden können, wenn ihm nicht ein unheilvolles Verhängniß fremde Dynastien, eine nach der andern, aufgedrängt hätte! Unter Ferdinand und Isabella wurde von Spanien aus Amerika entdeckt und begann die große spanische Eroberung dieses Welttheils. Aber sowohl seine Landmacht, die nach Vertreibung der letzten Muhamedaner in der höchsten Blüthe stand, wie auch seine, gerade jetzt sich so hoffnungsreich entfaltende Seemacht wurden von der fremden Dynastie mißbraucht, die das Erbrecht ins Land einführte. Die Habsburger haben Spanien wie Deutschland einer antinationalen Politik geopfert und dadurch beiden Ländern unermeßlichen Schaden zugefügt. Spaniens tapfere Armeen fochten nicht mehr für die Interessen der spanischen Nation, sondern nur noch für das ihnen ganz fremde und verderbliche Interesse der Habsburger. Für diese floß das edle Blut der Spanier in Italien, den Niederlanden und Deutschland, ohne allen Werth für Spanien und nur zum Unheil Italiens, der Niederlande und Deutschlands. Die edlen freien Spanier mußten unter Habsburgs Fahnen die Henker anderer Völker werden, die ihnen nie etwas zu Leide gethan hatten. Auch das viele Gold und Silber Amerikas kam nicht Spanien zu Gute, sondern wurde von der habsburgischen Politik verschlungen und diente überall nur, den an freien Völkern begangenen Verrath und Mord mit baarem Gelde zu bezahlen.

Philipp II. vollendete das Gebäude des berüchtigten dominatus absolutus, eines durch und durch heidnischen Despotismus, wie ihn später Ludwig XIV. von Frankreich wieder adoptirte, und zwar einer wie der andere unter christlicher Maske. Der katholische Fanatismus, die Inquisition, die Ketzerverfolgungen waren ihnen nicht Glaubenssache, sondern nur Mittel für den Zweck ihres persönlichen Despotismus. Wie die Völker vor ihnen zittern mußten, wenn sie vergebens nach Freiheit lechzten, so auch der Papst in Rom, den Philipp II. unter seiner Gewalt beugte und zum Werkzeug seiner habsburgischen Politik machte, wie später Ludwig XIV. ganz eben so gebieterisch mit dem Papst umsprang. Philipp II. schickte denselben Herzog von Alba nach den Niederlanden, um dort 18,000 Ketzer hinrichten zu lassen, und nach Rom, um den Papst, der ihm nicht gehorchen wollte, zum Gehorsam zu zwingen. Die Schuld der Greuel, die damals von Spaniern begangen wurden, fällt nicht auf den spanischen Volkscharakter und auch nicht auf die römische Kirche, sondern nur auf den Despotismus der Habsburger. Sowohl das spanische Volk als die Kirche sind von den Habsburgern nur verdorben worden.

Die Nachfolger Philipps II. setzten sein despotisches System fort, aber nur als Gewohnheitssache, ohne Leidenschaft, schläfrige und pedantische Naturen. Die ganze Energie der Diplomatie, des Heeres, der Marine, des Adels und des Volks erschlaffte, so daß im Anfang des vorigen Jahrhunderts, als der letzte Habsburger in Spanien starb, die spanische Nation nicht mehr im Stande war, aus der langen Lethargie zu erwachen und ihre Selbständigkeit zu wahren. Sie mußte sich von England, dem sie schon vorher die Hegemonie auf dem Meere hat überlassen müssen, helfen lassen, konnte aber der Uebermacht des ungleich energischeren französischen Nachbars nicht widerstehen und bekam einen französischen Prinzen zum König, einen Bourbon, der gleich allen seinen Nachfolgern nur dem Interesse der Bourbons in Frankreich

diente, also wieder einem fremden Interesse, wofür Spanien sich opfern mußte. Aus dem Verfall, in welchem es die Habsburger hinterlassen hatten, konnte es sich unter den Bourbons nicht wieder erheben. Es sank vielmehr immer tiefer und wurde immer schwächer. Auf den elenden fünften Philipp, die Kreatur Ludwigs XIV., folgte der blödsinnige Ferdinand VI., diesem Karl III., der sich blind an Frankreich anklammerte, in unsinnigen Kriegen für Frankreich die schwersten Opfer brachte, dann Karl IV., ein roher Jäger und einfältiger Mensch, der sein buhlerisches Weib und deren Liebhaber Godoy für sich regieren ließ. Alle diese Könige waren mehr Franzosen als Spanier, seit 1761 durch einen förmlichen Familientraktat an Frankreich gebunden und Frankreichs gehorsame Werkzeuge, namentlich in den Kriegen mit England, durch welche die spanische Marine immer mehr herunterkam.

Die Welt war daher nicht wenig überrascht, als im Jahr 1808 die spanische Nation plötzlich wieder ein Zeichen des Lebens gab und eine Energie entwickelte, ihres uralten Ruhmes würdig. In nichtswürdigem Hader zwischen Vater und Sohn war das regierende Haus Bourbon in Spanien so tief demoralisirt, daß beide, Vater und Sohn, Karl IV. und Ferdinand VII., wetteifernd um die Gunst des französischen Kaisers buhlten, nachdem ihre bourbonischen Vettern in Folge ihrer unerträglich gewordenen Mißregierung endlich durch die Revolution aus Frankreich waren vertrieben worden und Napoleon I. sich zum Kaiser aufgeschwungen hatte. Höhnisch zwang Napoleon die spanischen Bourbons, Vater und Sohn, ihm ganz einfach Spanien abzutreten, und sandte seine bisher überall siegreichen Armeen, um es in Besitz zu nehmen.

Dasselbe Schicksal hatte er auch Portugal zugedacht. Hier regierte das Haus Braganza, welches so hinlänglich populär war, daß die Portugiesen sich den wiederholten Versuchen der spanischen Habsburger und

Bourbons, Portugal zu annektiren, entschieden und kraftvoll widersetzten. Diese Versuche trugen nur dazu bei, eine Abneigung der Portugiesen gegen die Spanier zu nähren, die nicht nothwendig und natürlich und an der auch nicht das spanische Volk, sondern nur die spanische Dynastie schuld war. Wie schon Philipp II. den vergeblichen Versuch gemacht hatte, Portugal zu erobern, so ließ sich Karl IV. wieder von Napoleon verleiten, es ebenfalls zu versuchen, und unter dem Vorwand, ihm Hülfe zu leisten, rückte ein französisches Heer in Portugal ein. Da floh König Johann VI. mit seiner ganzen Familie davon nach der großen portugiesischen Colonie Brasilien und überließ es den Engländern, sein Stammland Portugal den Franzosen streitig zu machen.

Also wurde jetzt die ganze pyrenäische Halbinsel von französischen Truppen überschwemmt, während die spanische Armee kaum mehr als 30,000 Mann zählte, wovon die eine Hälfte noch mit den Franzosen verbunden in Portugal stand, die andere Hälfte aber durch Verrath des Königs und Godoy's dem Kaiser Napoleon zur Verfügung gestellt worden war, der sie weit weg an die Ostsee schickte. Die spanische Königsfamilie wurde von Napoleon zurückgehalten und so befand sich die ganze pyrenäische Halbinsel ohne Regierung und ohne Truppen, Spanien und Portugal sogar noch in gegenseitigem Kriegszustand, und diese unglücklichen Länder sahen sich plötzlich von mehr als 300,000 französischen Soldaten, den trefflichsten der Welt unter den berühmtesten Führern überfallen. Und dennoch unterwarfen sich weder die Spanier, noch die Portugiesen, sondern trotzten den für unüberwindlich gehaltenen Armeen und dem größten Manne des Jahrhunderts, vor dem das ganze übrige Europa bebte. Bauern, Bürger, Adel, Priester, alles griff zu den Waffen, um die übermüthigen Franzosen aus Spanien und Portugal wieder hinauszuwerfen, und wie viele tausende auch der Uebermacht des Feindes unterlagen, immer

und auf allen Punkten erneuerten die Spanier den Aufstand und erlangten endlich mit Hülfe einer regelmäßigen englischen Armee den Sieg.

Es war dasselbe Feuer der Begeisterung, derselbe Todesmuth, dieselbe zähe Ausdauer, mit der einst ihre Vorfahren nach und nach die ungeheure Uebermacht der Muhamedaner niedergekämpft hatten. Die Spanier bewiesen dadurch, daß sie immer noch die alten seyen, daß der Boden der Nation durch die lange Mißregierung, wie von einem bösen Winde doch nur auf der Oberfläche ausgedörrt sey, während dem Innern noch fruchtbare Kraft inwohne. Leider aber ging die große nationale Erhebung ohne eine andere Frucht vorüber, als die in dem thatsächlichen Beweise lag, sie sey durch das geisttödtende System der Habsburger und der Bourbons doch im Geist noch nicht getödtet worden. Aber der hohe nationale Wogenschlag legte sich und die aus der Napoleonischen Gefangenschaft heimgekehrte Dynastie brachte die alte Misere zurück. Nichts bewies so klar, wie der ganze auf Spanien lastende Fluch nur von der Dynastie ausging und wie sehr die Nation berechtigt gewesen ist, sich endlich einmal dieses auf ihr lastenden bösen und unreinen Alps zu entledigen.

Von der Höhe frommer Begeisterung und ritterlichen Heldenruhms, den sie im Kampf gegen Napoleon bewährt hatte, sank die spanische Nation in einen Sumpf hinunter, in dem alle alten Uebel mit neuen sich mischten, daß man an der Nation hätte verzweifeln können, die zwischen solchen Extremen schwankte. Nie wurde die Loyalität eines edlen Volkes von einem Könige mit schmählicherem Undank belohnt als die spanische nach der Rückkehr Ferdinands VII. Nie wurde die Frömmigkeit eines katholischen Volks gröblicher mißbraucht als von eben diesem König. Die Kirche wurde wieder die Magd des Staates und mußte sich mit allem Schmutz, den der

damalige Hof von Madrid von sich gab, besudeln lassen. Der spanische Adel war verkommen. Die stolzen Granden von ehemals waren auffallend degenerirt, in langem Hofdienst entnervt, zum Theil verarmt durch zu übertriebene Vergabungen an die Kirche. Eine Minderheit des Adels war demoralisirt, sofern sie die Sache der Nation verlassen und der Napoleonischen Politik gedient hatte.

Daraus nun erklärt sich, warum in so auffallender Weise der antikirchliche Liberalismus auch bei den so frommen Spaniern allmälig immer mehr Eingang finden konnte. Zwar bürdete derselbe irrthümlich der Kirche auf, was nur das verrottete Königthum gesündigt hatte, der Klerus selbst aber rechtfertigte die Liberalen, indem er sich an die Dynastie anschloß. Gegenüber dem König, wie nie eine Nation einen schlechteren besessen hat, gegenüber von Ferdinand VII., wie auch seiner lüderlichen und verschwenderischen Nachfolgerin Christine war die liberale Opposition vollkommen in ihrem Rechte. Es war die Nothwehr einer mißhandelten Nation, die endlich einsah, daß in ganz Spanien keine schlechtere Familie existirte als die der Bourbons im Königsschlosse zu Madrid und daß, sich von einer solchen Familie regieren zu lassen, die größte Schmach für eine Nation und unerträglich ist. Die Opposition ging aber von den bürgerlichen Classen aus, weil der Adel herabgekommen war und die Bauern noch meist am Klerus hingen. Die bürgerlichen Classen waren durch Handelsverkehr und Lectüre mit den in Frankreich und England vorherrschenden liberalen Ideen erfüllt worden. Mit Napoleon war der Haß der Spanier gegen die Napoleonischen Franzosen begraben worden. Mit Recht erbittert gegen die spanischen Bourbons konnten die Liberalen in Spanien nur mit den Liberalen in Frankreich sympathisiren, denn auch diese lagen im Kampf mit den Bourbons.

Bei den intelligenten Bürgern Spaniens kamen auf sehr natürliche Weise auch mancher persönliche Ehrgeiz mit ins Spiel. Schon

während des Kampfes gegen Napoleon hatten sich bürgerliche Talente im Kriegsdienst hervorgethan, andere glänzten als Redner und politische Parteihäupter. Bahnen des Ruhms thaten sich vor ihnen auf, als seit der Julirevolution der Liberalismus in Frankreich gesiegt hatte und auch in Spanien die Königin Christine für nöthig fand, sich an das liberale System Ludwig Philipps anzuschließen. Durch dieses ganz veränderte Regierungssystem fristete sich die bourbonische Dynastie noch eine Zeit lang, beschwichtigte die Opposition und trachtete so viel als möglich deren Häupter zu corrumpiren.

Auch das konnte der Dynastie nicht mehr aufhelfen, allein der Sieg des Liberalismus über die Dynastie sichert Spanien eine große und glückliche Zukunft noch nicht, so lange die innern Gegensätze in der Nation selbst nicht ausgeglichen sind. War das vielverschriene Pfaffenthum in den Zeiten der Inquisition ein Extrem, so ist es der vielgepriesene Liberalismus mit seinem Kirchenhaß und seiner religiösen Gleichgültigkeit nicht weniger. Beide Extreme stehen sich aber in Spanien noch unvermittelt gegenüber. Im spanischen Volk hat sich noch so viele achtungswürdige Frömmigkeit erhalten, daß die Progressisten und Republikaner ein Verbrechen an der Nation begehen, indem sie diese Frömmigkeit, die neben dem Heldenmuth der Spanier älteste und edelste Nationaltugend ist, verhöhnen und anfeinden, Kirchen und Klöster niederreißen und dafür Logen und Synagogen bauen. Fahren die Liberalen fort, die christliche Religion selbst entgelten zu lassen, was bisher die Pfaffen als Werkzeuge des weltlichen Despotismus gesündigt haben, so arbeiten sie nur einer Corruption und Anarchie in die Hände, wie sie die französische Revolution charakterisirt hat. Das ist gewiß nicht die Bestimmung des edlen spanischen Volks; es wird dem christlichen Glauben nicht entsagen, man sollte ihn ihm also auch nicht nehmen wollen.

Eine zweite Gefahr für die Zukunft Spaniens liegt in dem

Particularismus der Provinzen, der immer in die Parteistellungen eingreift, wenn nicht alle Provinzen von einer und derselben übermächtigen Idee begeistert sind. Und eine dritte Gefahr liegt in dem Ehrgeiz der Generale. In dieser Beziehung haben die spanischen Colonieen in Amerika, nachdem sie sich vom Mutterlande losgerissen und Freistaaten gegründet, ein böses Beispiel gegeben. Dort haben in den letzten sechzig Jahren der Particularismus der Provinzen und der Ehrgeiz der Generale die Revolution permanent gemacht und der Geschichtschreiber ist kaum im Stande, den immerwährenden Wechsel von Theilungen und Einigungen und wieder Theilungen der Provinzen, die Zahl der Revolutionen und die Namen der in jedem Einzelstaat einander verdrängenden Präsidenten alle in seine Register einzutragen. Möge das spanische Mutterland von diesem neuen Fluche frei bleiben, wie es sich glücklich von dem alten erlöst hat!

Berichtigungen.

Seite 16 Zeile 13 von unten lies 20. Dezember und Zeile 1 von unten lies 29. März.
— 17 Z. 7 v. u. l. 1862.
— 26 Z. 15 v. u. l. 2. September.
— 27 Z. 10 v. u. l. Nürnberg statt München.
— 33 Z. 8 v. o. l. 21. Dezember.
— 57 Z. 5 v. u. l. 6. April.
— 58 Z. 10 v. u. l. Forgach.
— 96 Z. 4 v. u. l. 1. Juli.
— 99 Z. 12 v. u. l. 22. Januar (mit 275 gegen 51 Stimmen).
— 105 Z. 2 v. o. l. 29. October.
— 111 Z. 4 v. u. l. worin er die Rechte des Augustenburgers.
— 121 Z. 3 v. u. l. 31. Dezember.
— 127 Z. 8 v. u. l. Elmshorn.
— 128 Z. 11 v. o. statt 8. Januar 1864 l. 31. Dezember 1863.
— 129 Z. 6 v. u. statt zwei l. drei.
— 130 Z. 12 v. o. l. 24. Januar.
— 131 Z. 6 v. o. l. 18. Januar.
— 133 Z. 2 v. u. del. noch vor den Preußen.
— 138 Z. 4 v. o. l. Fehmarn.
— 148 Z. 5 v. o. l. 25. Februar.
— 150 Z. 5 v. u. statt Osterfeiertagen l. Pfingstfeiertagen.
— 165 Z. 7 v. o. l. Bluhme. Zeile 5 v. u. statt Vermählung l. Verlobung.
— 169 Z. 8 v. u. l. 8. Dezember.
— 175 Z. 9 v. o. l. 1864. Z. 6 v. u. l. 14. Juli.
— 178 Z. 4 v. o. l. Wiener Frieden, und Z. 10 v. o. st. unmittelbar darauf l. kurz vorher.
— 180 Z. 10 v. u. l. 5. März.
— 182 Z. 9 v. o. statt 13. Juli l. 12. October.
— 192 Z. 15 v. o. l. Wiener Frieden.
— 199 Z. 5 v. o. statt Dezember l. November.
— 203 Z. 14 v. o. l. 14. November.
— 205 Z. 5 v. o. l. 6. Juni.
— 208 Z. 2 v. o. statt Pesth l. Ofen.
— 212 Z. 5 v. u. l. 3. März.
— 230 Z. 1 v. o. l. Januar des Jahres 1858.
— 234 Z. 2 v. o. l. die badischen Schützen. Z. 12 v. u. del. Minister schien. Man fand
— 237 Z. 15 v. o. l. 24. März 1866.
— 239 Z. 9 v. o. l. 11. Mai. Z. 9 v. u. l. Rothfelser. Z. 3 v. u. statt am 1. Dezember l. im Juni.
— 247 Z. 5 v. o. l. Fornerod. Z. 9 v. o. l. Fernay.
— 265 Z. 5 v. o. lies Vereine nicht.
— 275 Z. 11 v. u. l. Barbier de Tinan.